universität wien

# Dissertation

Titel der Dissertation

## Brasilien auf dem Weg zum *Global Player*?

## Das außenpolitische Vermächtnis Lulas

Verfasser

Mag. Marcus Hölzl, M.A.

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im März 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

**Gewidmet jenen, die freudig und sorglos der Zukunft unserer Welt entgegengehen:**

***Caroline, Nicolas, Juliane, Silas, Valentin und Florentin***

**Sie sind das Licht, das uns führt.**

*Deus é Brasileiro*

*Gott ist Brasilianer*

**Brasilianisches Sprichwort**

*Nas favelas, no senado*
*Sujeira para todo lado*
*Ninguém respeita a Constituição*
*Mas todos acreditam no futuro da nação*
*Que país é este?*

*In den Slums und im Senat*

*Der Schmutz ist überall*

*Niemand respektiert die Verfassung*

*Doch alle glauben an die Zukunft der Nation*

*Welch Land ist dies bloß?*

**Legião Urbana**, "Que país é este?"[1]

*„Immer wieder bin ich von neuem überrascht, welche verworrenen und unzulänglichen Vorstellungen selbst gebildete und politisch interessierte Menschen von diesem Lande haben, das doch unzweifelhaft bestimmt ist, einer der bedeutsamsten Faktoren in der künftigen Entwicklung unserer Welt zu werden.*

***Stefan Zweig***

---

[1] Die Zeilen stellen den Beginn des Liedes *Que país é este?* der sozialkritischen brasilianischen Musikgruppe *Legião Urbana* dar.

© RB-DESKKART www.welt-atlas.de
Mexico
Belize
Honduras
Guatemala
El Salvador
Nicaragua
Costa Rica
Panama
Kuba
Jamaica
Haiti
Dominik. Rep.
Karibisches Meer
Kolumbien
Venezuela
Guyana
Suriname
Fr. Guyana
Trinidad & Tobago
Ecuador
Peru
Bolivien
Brasilien
Paraguay
Argentinien
Chile
Uruguay
Falkland Inseln (GB)
South Georgia (GB)
Äquator
Galápagos-inseln (Ec.)
Osterinsel (Ch.)
Amazonas
Orinoco
Titicaca-see
Panama
PAZIFISCHER OZEAN
ATLANTISCHER OZEAN
Kap Horn
Feuerland

## Vorwort

Die stärkste und höchste Kraft, die das Universum durchzieht, ist die Liebe. Sie ist jene allumfassende Energie, die uns erschaffen hat, die uns einhüllt und die uns weiter begleiten wird, wenn unsere physischen Körper schon längst zu Staub zerfallen und wieder eins mit Gaia – unserer Mutter Erde – geworden sind. Dies ist die wesentliche Lektion (oder sollte ich besser sagen: Er-Innerung?), die ich aus meinem irdischen Dasein auf diesem Planeten bislang mitgenommen habe. Vor diesem Hintergrund versuche ich auf dieser uns dargebotenen Bühne zu agieren, bald mit mehr, bald mit weniger Erfolg, doch immer beseelt vom Glauben an das Gute im Menschen und in der Welt.

Ich danke vielen wundervollen Wesen, die mich bei der Schaffung dieser Arbeit – die in einer Zeit ihren Anfang nahm, als sich das Leben mir von einer nie gekannten melancholischen und wehmütigen Seite zeigte – unterstützt und ermuntert haben: Anna für ihre phantastischen graphischen Künste, die ich für höchst professionell halte; Julia für ihr herausragendes Lektorat, das mir in vielerlei Hinsicht augenöffnende Erlebnisse bescherte und meinen schriftstellerischen Horizont erweiterte; Sabine für ihre Gesellschaft und ihr Beistriche schlicht negierendes korrigierendes Auge; Herrn Friedrich, dessen Nachbarschaft ich stets sehr zu schätzen wusste, für den orthographischen Feinschliff, den er meinen Zeilen zukommen ließ; Nadia für ihren klaren Geist, den sie auch in meinen Dienst stellte, und ihr anmutiges, warmherziges und tiefgründiges Sein; allen meinen Freunden, die den Schöpfungsprozess der folgenden Seiten über ein Jahr hinweg aufrichtig interessiert und mit unzähligen konstruktiven Impulsen belebend verfolgt haben; jenen Personen, mit denen zu musizieren mir vergönnt ist und die mir dazu verhelfen, in der Musik das Tor zum Kosmos weit aufzustoßen und auf diese Weise Inspiration und Kreativität durch mich fließen zu lassen; und schließlich meiner Familie: meinen Eltern, meinen Geschwistern mit ihren Partnern und insbesondere meinen Neffen und Nichten, die uns Erwachsenen immer wieder mit einer uns zumeist entglittenen Selbstverständlichkeit und Natürlichkeit vor Augen führen, wo die wirklich wichtigen Dinge des Lebens zu finden sind.

Eine Dissertation ist eine Dissertation ist eine Dissertation. Trotz meines yangbetonten perfektionistischen Dranges, der mir innewohnt, habe ich stets versucht, mir diesen Umstand vor

Augen zu halten. Es ist dies eine wissenschaftliche Kopf- und Handarbeit aus meiner Werkstatt, in die sowohl die brasilianische Facette meines Herzens als auch der unverrückbare Glaube an eine positive Zukunft einflossen. Obgleich ich mit viel Energie, Begeisterung und Freude zu Werke ging und das Niederschreiben (beinahe) jeder Seite zutiefst genoss, so war mir doch stets klar – und immer wieder wurde es mir auch von jenem Abenteuerspiel namens Leben vor Augen geführt –, dass es essentiellere Dinge um und in mir gibt als dieses Opus Magnus meiner studentischen Karriere. Dieses mag mir in unserer materialistischen und profit- und nutzenorientierten Welt einen Platz am akademischen Firmament sichern, doch ist dieser wertlos, wenn man darüber seine Herzensqualitäten und sein wahres Selbst vergisst. Eine universitäre Ausbildung sollte unser Bewusstsein und unsere Achtsamkeit schulen und uns in die Lage versetzen, mit dem erhaltenen, wenngleich auch beschränkten und zu verstandesorientierten Wissen zu erkennen, dass wir als Zivilisation auf dem gegenwärtigen Weg der baldigen Endlichkeit entgegengehen. Mit den uns angeeigneten Kompetenzen, gepaart mit der in uns schlummernden und erwachen wollenden Herzensweisheit, müssen wir dafür Sorge tragen, diese Erde zu einem Platz zu machen, an dem sich jeder Mensch gemäß der großartigsten Version der größten Vision, die er jemals davon hatte, wer und was er wirklich ist, selbst verwirklichen kann. Dies ist die Aufgabe, von der wir das Gelingen unser aller Leben abhängig machen können (wenn wir dieses Gelingen denn überhaupt an eine Bedingung knüpfen möchten, diese Entscheidung ist jedem selbst überlassen): den Funken der inneren und äußeren Freiheit, der positiven Energie und der Lebenskraft, den ein jeder und eine jede in sich trägt, zu entfachen und zu einem Feuer werden zu lassen, das nichts verzehrt, doch alles nährt. Ein Feuer, in das wir wärmend unsere Hände legen können und das uns durch seine Lichtflut erleuchtet.

*Vollendet*

*am Tag des Gelben Planetaren Samens*

*in der Welle des Blauen Adlers*

*im Jahr des Gelben Selbstbestehenden Samens*

***Roter Elektrischer Mond***

# Inhaltsverzeichnis

**1. Einleitung ..... 15**

**2. Kolonie, Kaiserreich, Diktatur, Demokratie – eine wechselhafte Geschichte ..... 21**

2.1 Brasilien – ein Land der Zukunft? ..... 22

*2.1.1 Das vorkoloniale Brasilien ..... 26*

2.1.1.1 Exkurs: Gesellschaftliche Differenzierungsformen ..... 28

*2.1.2 Die Entdeckung einer neuen Welt – das Land des Brasilholzes ..... 30*

*2.1.3 Brasilien als portugiesische Kolonie – Gold und Sklaven ..... 33*

*2.1.4 Die Erlangung der Unabhängigkeit – Konsequenz der napoleonischen Kriege ..... 38*

*2.1.5 Das brasilianische Kaiserreich – der Monarch als poder moderador ..... 41*

*2.1.6 Die Erste Republik – Ordnung und Fortschritt im Zeichen des Positivismus ..... 48*

*2.1.7 Der Estado Novo – ein neuer Staat unter Getúlio Vargas ..... 53*

*2.1.8 Die Zweite Republik – Instabilität und prekäre Machtverhältnisse ..... 57*

*2.1.9 Die Zeit der Militärdiktatur – Sicherheit und Entwicklung ..... 62*

*2.1.10 Die Dritte Republik – Redemokratisierung und Konsolidierung ..... 69*

2.2 Politische Evolution in Brasilien – ein Epilog ..... 79

**3. Die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts ..... 85**

3.1 Weltordnungskonzepte der Gegenwart ..... 88

3.2 Die gegenwärtige Weltordnung im Umbruch ..... 96

*3.2.1 Potentielle zukünftige Entwicklungen ..... 99*

3.2.1.1 Die Herausbildung eines relativen Mächtegleichgewichts ..... 100

3.2.1.2 Die Transformation der Weltgesellschaft ..... 108

3.2.1.3 Exkurs: Der Zusammenbruch des ökonomischen Systems ..... 112

*3.2.2 Der Polaritätszyklus – Rückkehr in eine multipolare Welt ..... 123*

3.3 Eine mögliche Konsequenz: idealistischer Multilateralismus ..... 131

*3.3.1 Entwicklung des Multilateralismus ..... 132*

*3.3.2 Chancen und Herausforderungen ..... 135*

*3.3.3 Die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert ..... 144*

*3.3.4 Eine Welt in wechselseitiger Abhängigkeit und Zusammenarbeit ..... 152*

3.4 Resümee ..... 164

**4. Endogene Determinanten – Brasilien im Inneren ..... 166**

4.1 Das politische System Brasiliens ..... 167

4.2 Innenpolitische Gegebenheiten ..... 174

*4.2.1 Der historische Triumph der Linken ..... 175*

4.2.1.1 Linkstendenzen in Lateinamerika ..... 176

4.2.1.2 Lulas Wahlsieg – sozialistische Wende in Brasilien? ..... 180

*4.2.2 Ausblick: die Zeit nach Lula ..... 191*

4.3 Sozioökonomische Entwicklungslinien ..... 194

*4.3.1 Soziale Fragen ..... 195*

4.3.1.1 Brasilianische Sozialpolitik im Wandel der Zeit ..... 197

4.3.1.2 Veritable soziale Herausforderungen der brasilianischen Gesellschaft ..... 200

4.3.1.3 Sozialprogramme der Regierung Lula ..... 213

*4.3.2 Volkswirtschaftliche Tendenzen ..... 221*

4.3.2.1 Neoliberalismus brasilianischer Prägung ..... 222

4.3.2.2 Von Cardoso zu Lula – Konvergenzen und Divergenzen ..... 228

4.3.2.3 Das brasilianische Potential ..... 233

4.4 Brasilien – Bilanz einer inneren Verfasstheit ..... 237

**5. Exogene Determinanten – Brasilien in der Welt ..... 243**

5.1 Grundzüge der brasilianischen Außenpolitik ..... 244

*5.1.1 Geschichte ..... 245*

*5.1.2 Akteure ..... 247*

*5.1.3 Ziele ..... 248*

5.2 Brasilien als Führungsmacht auf dem südamerikanischen Kontinent? ..... 250

*5.2.1 Zwischen hegemonialem Anspruch und Wirklichkeit ..... 251*

*5.2.2 Nachbarschaftliche Beziehungen ..... 255*

*5.2.3 Der Mercosul – Brasiliens Projekt des gemeinsamen Markt des Südens ..... 258*

*5.2.4 Emanzipatorische Integrationsprojekte Lateinamerikas ..... 267*

5.3 Beziehungsambivalenzen in der westlichen Hemisphäre ..... 271

*5.3.1 Brasilien und die USA: ein legitimer Vergleich? ..... 272*

*5.3.2 Die historischen Phasen der US-brasilianischen Beziehungen ..... 274*

5.3.2.1 Die brasilianische Unabhängigkeit und erste US-Einflussnahmen ..... 274

5.3.2.2 Die Phase der Allianz: 1889-1945 ..... 276

5.3.2.3 Die Phase der Anbindung: 1945-1974 ..... 277

5.3.2.4 Die Phase der Autonomie: 1974-1990 ..... 278

5.3.2.5 Die Phase der Anpassung: 1990-2002 ..... 280

*5.3.3 Neue Multidimensionalität: die Regierung Lula und die USA ..... 286*

5.4 Ein neues Selbstbild: Brasilien als *Global Player* ..... 292

*5.4.1 Brasiliens Positionierung in internationalen Organisationen ..... 295*

*5.4.2 Transatlantische Bemühungen zwischen Brasilien und Europa ..... 300*

*5.4.3 Auf zu neuen Ufern: die Süd-Süd-Achse ..... 305*

*5.4.4 Brasiliens ambivalenter Beitrag zur Klimapolitik ..... 309*

5.5 Brasilien – Bilanz einer äußeren Verfasstheit ..... 313

**6. Conclusio ..... 318**

**7. Anhang ..... 330**

7.1 Ein kleines ABC der Begrifflichkeiten ..... 330

7.2 Abstract (deutsch) ..... 341

7.3 Abstract (englisch) ..... 342

**8. Quellenverzeichnis ..... 343**

8.1 Literatur ..... 343

8.2 Onlinequellen ..... 361

8.3 Abbildungen ..... 378

## 1. Einleitung

*O Brasil é o país do futuro e sempre será* heißt es oft: „Brasilien ist das Land der Zukunft und wird es immer sein". Zumindest der erste Teil dieses Sprichwortes wurde von einem Österreicher geprägt, denn in seinen letzten Lebensjahren verließ der Schriftsteller und Jude Stefan Zweig das vom anbrechenden Zweiten Weltkrieg zerrissene Europa und zog sich nach Petrópolis, einer kleinen Stadt in den Bergen unweit von Rio de Janeiro, zurück. Dort verfasste er 1941, inspiriert von Landschaft und Menschen, das Buch „Brasilien – das Land der Zukunft". Zweig hatte den tiefen Glauben, dass das Land ein schlafender Riese war, mit einem großartigen Potential, welches sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte entfalten würde.

Nahezu siebzig Jahre sind seither vergangen und Kritiker formten aus Zweigs Buchtitel jenes eingangs erwähnte Sprichwort, indem sie ihn mit dem sarkastischen Zusatz „und wird es immer sein" versahen. Und in der Tat ist man verleitet, diesen Stimmen zumindest zum Teil Gehör zu schenken, denn obgleich Brasilien in bestimmten Bereichen wie beispielsweise dem technologischen Sektor und der Exportlandwirtschaft beachtliche Fortschritte erzielt hat und es auf diese Weise schaffte, nicht mehr als Entwicklungsland, sondern als Schwellenland zu gelten, ist es im Grunde genommen doch noch immer mit denselben Problemen wie vor über einem halben Jahrhundert konfrontiert: eine ineffektive und überkomplexe Staatsbürokratie, eine immense Kluft zwischen Arm und Reich, eine in weiten Kreisen des Landes hungernde Bevölkerung, eine korrupte Polizei, eine exorbitant hohe Analphabetenrate sowie der zweifelhafte Ruf, weltweit zu den Ländern mit der höchsten Anzahl an Verbrechen mit Todesfolge zu gehören, sind jene Merkmale, die den Alltag von Millionen Brasilianern prägen. Vor allem die Gewalt in ihren unterschiedlichen Ausprägungen stellt eine wesentliche Komponente der brasilianischen Gesellschaft dar, wobei das Land hierbei auch von seiner Vergangenheit eingeholt wird:

> „Violence, in its various forms, has been an essential variable in the constitution of Brazilian society. The European occupation of what is now Brazilian territory was achieved with the destruction of hundreds of indigenous cultures and the death of millions of Native Americans. Whether by direct confrontation in combat or by diseases, slavery and the disorganization of their social life, the Amerindians were largely decimated. [...] Likewise, the institution of slavery, implying physical and symbolical violent domination, was first inflicted upon the Native

> Americans and, later, mostly upon African laborers – who, for almost four centuries, were to be the victims of the slave trade. [...] Inexorably, a complex and heterogeneous society was formed that, over and above the dimension of social exploitation and iniquity, also proffered extraordinarily rich sociocultural interactions and exchanges. [...] Therefore, having stemmed from a complex balance of hierarchy and individualism, traditional Brazilian society developed a kind of barter system that institutionalized, for well-defined social players, reciprocity in inequality and patronage, and a more or less legitimate resort to violence."[2]

Trotz allgegenwärtiger Gewalt in den urbanen Zentren und obgleich das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik in der Vergangenheit allzu oft erschüttert wurde, sprüht das brasilianische Volk vor Nationalstolz, Lebensfreude und Freundlichkeit. Eine Kombination, die europäischen Menschen wohl schwer begreiflich sein mag, in diesem Land der Vielfalt der Völker jedoch eine Selbstverständlichkeit darstellt. Ebenjene ethnische Komplexität wurde und wird nach wie vor als wesentlicher Baustein der brasilianischen Nation begriffen, wie Maia unterstreicht: „Die kulturelle Diversität an sich ist seit langem als das kennzeichnende Element unserer Identität bezeichnet worden, zu Ende des 19. Jahrhunderts begann sich bereits die Ideologie vom ‚Schmelztiegel Brasilien' herauszubilden."[3] Tatsächlich ist Brasilien wie kaum ein anderes Land geprägt vom Neben- und Miteinander sowie den Vermischungen zahlreicher unterschiedlicher Kulturen: die überlebenden Ethnokulturen der indigenen Völker und der in die portugiesische Kolonie verschleppten afrikanischen Sklaven spielen eine ebenso wichtige Rolle wie die lange Zeit auf einen europäischen Wertekanon hin ausgerichtete Elitekultur (die sogenannte Volkskultur, die in der Gegenwart durch die Massenmedien eine tiefgreifende Transformation erfährt); eine verordnete offizielle Kultur, wie sie verschiedene autoritäre Regime im Laufe der brasilianischen Historie durchzusetzen versuchten, stand den singulären und spezifischen Kulturen von Immigranten aus der ganzen Welt (Deutsche, Italiener, Spanier, Japaner und viele mehr) gegenüber. Längst ist er noch nicht abgeschlossen, dieser exorbitante Akkulturationsprozess, der eine einzigartige kulturell-integrative Dynamik auslöst und Brasilien auf seine Weise unverwechselbar und einzigartig macht.[4]

---

2 Velho 2001, 155ff.

3 Maia 2006, 49

4 vgl. Briesemeister 1994, 378

Wo steht dieser multiethnische und flächenmäßig größte Staat Südamerikas nun am Beginn des 21. Jahrhunderts und im letzten Jahr der Regierung Luiz Inácio „Lula“ da Silvas, den alle Welt schlicht Lula nennt? Dieser Frage – bezogen auf die innen- und außenpolitische, soziale, ökonomische und kulturelle Sphäre – werde ich in dieser Arbeit nachgehen und somit eine Bestandsaufnahme der Gegenwart vorlegen. Gerade in einer Phase, in der sich die Blicke der Weltöffentlichkeit primär auf die unaufhaltsam und exorbitant wachsenden asiatischen Staaten China und Indien richten, halte ich einen Beitrag zu Brasilien und seiner Rolle im Gleichgewicht (oder auch Ungleichgewicht) der Mächte für unerlässlich. Im Oktober 2010 finden im größten Staat Lateinamerikas Präsidentschaftswahlen statt und der über die Maßen populäre und in allen Umfragewerten klar voranliegende amtierende Staatschef Lula ist nach zwei Legislaturperioden nicht mehr berechtigt, ein weiteres Mal zu kandidieren. Nach der wirtschaftsliberalen und somit sozial polarisierenden Politik seiner Vorgänger waren die Hoffnungen der Bevölkerung in ihn und seine Arbeiterpartei PT enorm, die weit auseinanderklaffende gesellschaftliche Schere des Landes zwischen Arm und Reich durch eine Politik, welche den einfachen Menschen zugutekäme, zu schließen. Selbst aus schlichten Verhältnissen im benachteiligten Nordosten Brasiliens stammend und ohne Schulabschluss, machte sich Lula als linker Metallergewerkschafter in São Paulo einen Namen. Nachdem er sich als Präsidentschaftskandidat der PT, der einzig wirklichen Programmpartei des Landes, dreimal geschlagen geben musste (1989, 1994, 1998), sollte es im vierten Anlauf 2002 gelingen. Nun, acht Jahre später, ist ein guter Zeitpunkt, um eine Bilanz zu ziehen. Zwar widmet sich diese Analyse in erster Linie den außenpolitischen Errungenschaften der Regierung Lula, jedoch können diese nicht getrennt von der brasilianischen Innenpolitik betrachtet werden. Die endogene Verfassung eines Staates wirkt stets auf sein exogenes Auftreten. Im konkreten Falle bedeutet dies, dass die auf nationaler Ebene alles überlagernde soziale Frage, welche Lula offensiv in Angriff zu nehmen versprach, das Potential Brasiliens, seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu entfalten, durchaus beeinträchtigt. Dies, da Energien und Ressourcen im Inneren gebunden werden, welche ansonsten möglicherweise vermehrt den durchaus ambitionierten außenpolitischen Zielen zugeführt werden könnten. Ein Aspekt, den es zu beleuchten gilt, ist somit zweifellos die Frage nach dem Gelingen dieses Spagats zwischen interner und externer Agenda.

Der französische Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry, der so vielen Menschen durch seinen „Kleinen Prinzen“ die wahrhaft wichtigen Dinge des Lebens vor Augen geführt hat, meinte einmal: „Die Zukunft bauen, heißt die Gegenwart bauen. Es heißt, ein Verlangen zu erzeugen, das dem Heute gilt.“ Um ebendies zu erreichen und den Fokus in Bezug auf Brasi-

lien ganz und gar auf die Gegenwart richten zu können, um diese zumindest ansatzweise zu verstehen und darauf aufbauend einen Blick in eine mögliche Zukunft zu werfen, widme ich mich in Kapitel 2 der brasilianischen Vergangenheit. Diese beginnt aus eurozentristischer Sicht im Jahre 1500 mit der Ankunft der Portugiesen, die in der Folge dieses unbekannte und unendlich scheinende Territorium erschließen und kolonisieren sollten. Über fünfhundert Jahre hinweg entwickelten sich durch eine landesspezifische politische Evolution gesellschaftliche Unika, die in dieser Form lediglich in Brasilien auftraten, partiell bis heute Bestand haben und somit Erwähnung finden müssen, um einen größeren Blick auf das Ganze zu gewährleisten.

Die primäre Methode meiner Forschung ist der hermeneutische Zugang, also die Interpretation verschiedener Texte, welche bereits zu dieser oder einer verwandten Thematik verfasst wurden. Zudem werde ich mich diverser Statistiken bedienen, um die von mir aufgestellten Thesen empirisch zu unterlegen. Theoretisch wiederum liegt meiner Arbeit in Zeiten einer ständig zunehmenden Zahl relevanter politischer Akteure und des damit verbundenen sukzessiven Rückgangs der hegemonialen Ausnahmestellung der USA der Ansatz der komplexen Interdependenz zugrunde, wonach sowohl Nationalstaaten als auch internationale Organisationen wechselseitig immer stärker voneinander abhängig werden und den Herausforderungen der Zukunft – welcher Art auch immer – nur gemeinsam effektiv entgegentreten und diese bewältigen können. Vor diesem Hintergrund entwickle ich die Theorie einer neuen Qualität der globalen Kooperation zwischen den Nationen, welche sich mittelfristig Bahn brechen wird und der ich den Namen „Idealistischer Multilateralismus“ gebe. In diesem Kontext muss auch Brasilien als höchst wichtiger Akteur in das globale Spiel der Mächte miteinbezogen werden. Meine diesbezügliche Argumentation wird in Kapitel 3 ausführlich vorgestellt.

Das unmittelbare inhaltliche Kernstück meiner Arbeit repräsentiert zweifellos die Analyse brasilianischer Innen- und Außenpolitik der jüngsten Vergangenheit. Endogene Determinanten wie das politische Systems Brasiliens, die gegenwärtigen innenpolitischen Gegebenheiten in Form von Parteienlandschaft, parlamentarischen Mehrheiten und Entwicklungen hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen Ende 2010, soziale Problemfelder sowie ökonomische Entwicklungstendenzen werden in Kapitel 4 einer detaillierten Analyse unterzogen und sollen Aufschluss über das Potential des größten Landes Lateinamerikas geben sowie darüber, in welche Richtung es steuert und welche Konsequenzen daraus für die Bevölkerung erwachsen.

In Kapitel 5 schließlich wende ich mich den exogenen Determinanten und somit jenen Kräften zu, die Brasilien nach außen richtet und die definieren, auf welche Weise und mit welchen Zielen sich das Land in globaler Hinsicht präsentiert. Neben einer grundsätzlichen Erläuterung der wesentlichen Strukturmerkmale brasilianischer Außenpolitik stehen die drei essentiellen Dimensionen derselben im Blickpunkt: Brasiliens Rolle im kontinentalen Kontext, also in Südamerika; Brasiliens Beziehung zum unmittelbaren Konkurrenten innerhalb der westlichen Hemisphäre, den Vereinigten Staaten von Amerika; und schließlich Brasiliens Positionierung in der internationalen Gemeinschaft. Die allen Einzelaspekten untergeordnete forschungsleitende Fragestellung bleibt dabei stets jene, ob beziehungsweise inwieweit es dem Land unter Lulas achtjähriger Regierungszeit gelungen ist, sich auf dem Parkett der internationalen Politik als *Global Player* – als global relevanter nationalstaatlicher Akteur – zu etablieren und somit jene Rolle zu bekleiden, die Brasilien für sich selbst in Anspruch nimmt.

Nach der Conclusio, in der ich die Ergebnisse meiner Forschung zusammenfasse (Kapitel 6), findet sich noch ein Anhang, der neben einem kleinen Lexikon von Begrifflichkeiten der internationalen Politik noch den Abstract der Arbeit umfasst (Kapitel 7). Den endgültigen Abschluss stellt als 8. Kapitel das obligatorische Quellenverzeichnis dar, das sich aus Gründen der Übersicht in Literaturquellen, Onlinequellen (diese sind entlang des Fließtextes in den Fußnoten durch Hinzugabe des Abrufdatums von bibliographischen Quellen zu unterscheiden) und Bildverweise gliedert.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf verschiedene Aspekte der folgenden Seiten hinweisen: etwaige Übersetzungen aus dem Portugiesischen wurden teils der Literatur entnommen und teils von mir selbst vorgenommen. Die Begriffe „Lateinamerika“ und „Südamerika“ gebrauche ich synonym. Wohl ist mir bewusst, dass diesbezüglich feine Unterschiede existieren[5], doch werden diese hier der sprachlichen Ästhetik durch das Vermeiden zu vieler Wortwieder-

[5] Der Begriff „Südamerika“ umfasst den gesamten geographischen südamerikanischen Kontinent. „Lateinamerika“ andererseits – ein im 19. Jahrhundert von Frankreich geprägter Terminus – bezeichnet im Grunde genommen nur jene Staaten, in denen eine romanische Sprache gesprochen wird. So wäre beispielsweise Mexiko aufgrund seiner spanischen Sprache Teil Lateinamerikas, gehört jedoch geographisch zu Nordamerika. Surinam wiederum ist Teil Südamerikas, durch seine niederländische Sprache aber kein Bestandteil Lateinamerikas.

holungen untergeordnet. Zuguterletzt wird oftmals das Adjektiv „US-amerikanisch“ verwendet, wenn die Vereinigten Staaten gemeint sind. Der unglücklicherweise allgemein gebräuchliche Terminus „amerikanisch“ zur Bezeichnung der USA wäre im Kontext dieser Arbeit unangebracht, da er den gesamten amerikanischen Kontinent, also alle Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas, impliziert. Dieser Umstand wird in unserer Gesellschaft leider selbst in Qualitätsmedien nicht oder nur zu wenig berücksichtigt. Sämtliche Bezeichnungen von Personen- oder Volksgruppen sind stets – selbst wenn ich mich, was aufgrund der sprachlichen Einfachheit häufig geschehen wird, nur der grammatikalischen männlichen Form, bediene – als unbedingt geschlechtsneutral und sowohl weiblich als auch männlich zu verstehen. Im übrigen mag der geneigte Leser bemerken, dass meine Auffassung von Orthographie sich in manchen Punkten nicht mit der berüchtigten und meiner Ansicht nach größtenteils dilettantisch missglückten Reform der deutschen Rechtschreibung deckt. Vielmehr bin ich grundsätzlich ein glühender Verfechter der traditionellen Regelung und wende diese bis auf wenige Ausnahmen hier auch an. Als persönliche Vorliebe ist meine konsequente Kleinschreibung nach Doppelpunkten zu betrachten. Ich nehme mir diese Freiheit heraus und orientiere mich hier an der englischen Sprache, in der dies ebenso gehandhabt wird sowie an meinen eigenen sprachlich-ästhetischen Präferenzen.

Zuletzt verweise ich darauf, dass ich mit dieser Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe. Zwar habe ich mich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, sorgfältig zu recherchieren, mich meiner Quellen auf dieselbe Weise zu bedienen und in einem seriösen wissenschaftlichen Stile zu arbeiten, doch wurden die folgenden Zeilen nicht primär in der Absicht verfasst, in jeder Hinsicht makellos zu sein, vielmehr sollen sie mit Brasilien auf einen im Aufstieg begriffenen Akteur der internationalen Bühne hinweisen, über welchen neben den asiatischen Riesen (sowohl was die Demographie als auch das ökonomische Potential betrifft) China und Indien gerne hinweggeblickt wird, der jedoch meiner Meinung nach in den folgenden Jahren und Jahrzehnten eine essentielle Rolle im globalen Geschehen einnehmen wird und daher nicht der eurasischen Kurzsichtigkeit anheimfallen sollte, sondern ganz im Gegenteil eine intensive und detaillierte Auseinandersetzung verdient. Wie meinte in diesem der dogmatischen Perfektion abschwörenden Sinne schon Hermann Hesse, den ich wie Stefan Zweig ob seiner literarischen und philosophischen Ausdruckskraft bewundere: „Du sollst dich nicht nach einer vollkommenen Lehre sehnen, sondern nach Vervollkommnung deiner selbst.“

## 2. Kolonie, Kaiserreich, Diktatur, Demokratie – eine wechselhafte Geschichte

*„Wer immer Brasiliens Heute schildert, beschreibt unbewusst schon sein Gestern. Nur wer seine Vergangenheit ins Auge fasst, sieht seinen wahren Sinn."*

**Stefan Zweig**[6]

Um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft erahnen und möglicherweise in Nuancen sogar prognostizieren zu können, ist es stets lohnenswert, wenn nicht unverzichtbar, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. In diesem Falle bedeutet dies, zu den historischen Wurzeln jenes geographischen Raumes und Staatsgebildes zurückzukehren, das der Welt heute als Brasilien bekannt ist. Schon in diesem Folgesatz muss ich jedoch den vorhergehenden relativieren, da die Aussage, bis zu den „historischen Wurzeln" Brasiliens vorzudringen, die Gefahr in sich birgt, missverstanden zu werden: ich werde mit meiner geschichtlichen Betrachtung, die ich im Zuge dieser Arbeit unternehme, grob gesprochen im Jahre 1500 ansetzen, als ein Seefahrer namens Pedro Álvares Cabral am westlichen Rand des Atlantiks auf bislang unbekanntes Land stieß, dieses für die portugiesische Krone in Besitz nahm und mit diesem kolonisatorischen Akt gleichsam den Grundstein für die brasilianische Nation der Gegenwart legte. Mir ist klar, dass dieser chronologischen Einschränkung der Vorwurf des Eurozentrismus und der gleichzeitigen Negierung der zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahrhunderten vorhandenen indigenen Kulturen recht unmittelbar folgen kann und ich gehe soweit zu behaupten, dass wir europäische Menschen, die wir ein oftmals borniertes und in seiner Sichtweise tatsächlich sehr eingeschränktes Schulwesen durchlaufen durften, diesen Fehler auch noch immer häufig begehen.

Dabei übersehen wir gerne, dass nicht die europäischen Mächte der damaligen Zeit und die römisch-katholische Kirche es waren, die Kultur, Zivilisation und Spiritualität in die Neue Welt brachten, sondern dass all dies schon zur Genüge vorhanden war und es keiner europäischen Intervention bedurft hätte, um dem südamerikanischen Kontinent diese Qualitäten zu entlocken. Im Gegenteil, das Eindringen östlicher (von Amerika aus betrachtet) Mächte und Menschen zerstörte zahlreiche Errungenschaften der autochthonen Stämme und damals dort

---

6 Zweig 1941, 85

lebenden Ureinwohner. Zweifellos lagen diese Errungenschaften nicht im technologischen oder naturwissenschaftlichen Bereich (ein Umstand, aus dem Europa ein Gefühl der kulturellen Superiorität ableitete), doch vielmehr im Feld der spirituellen, der Lebensfähigkeit der Erde verpflichteten und somit ökologisch-nachhaltigen Lebensweise. Ein Bereich, welcher der Menschheitsfamilie zu Beginn des 21. Jahrhunderts große Sorgen bereitet, nach wie vor seiner Lösung harrt und auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit als globales Thema noch mehrmals zur Sprache kommen wird. Schon alleine vor diesem Hintergrund wäre es lohnend, sich intensiv mit den indigenen vorkolumbianischen Gesellschaften Amerikas auseinanderzusetzen.

Im Zuge meiner Abhandlung würde ein solcher Exkurs jedoch den Rahmen sprengen. Die Geschichte Südamerikas wurde mit der aggressiven Besiedelung durch Europa zu einem Stück europäischer Geschichte und trotz aller multiethnischen Einflüsse, welche wir im gegenwärtigen Brasilien glücklicherweise vorfinden und die es zu einem äußerst an- und aufregenden Schmelztiegel der Kulturen werden ließen, ist das Land heute in seinen fundamentalen kulturellen Grundzügen ein europäisches. Die von den indigenen Gesellschaften stammenden historischen Wurzeln und Prägungen sind im Zuge des Kolonisationsprozesses leider marginalisiert und nicht selten völlig getilgt worden. Obgleich noch Ureinwohner existieren und die gerechte Behandlung dieser verbliebenen Stämme in der brasilianischen Innenpolitik durchaus ein Thema darstellt, auf das in der jüngeren Zeit der Fokus vermehrt gerichtet wurde, müssen die Vermächtnisse der autochthonen Bevölkerung – bedauerlicherweise, wie ich ausdrücklich betone – nicht zwangsläufig umfassend in eine historische Betrachtung einfließen, um das Brasilien der Gegenwart in seinen Grundzügen erfassen zu können.

### 2.1 Brasilien – ein Land der Zukunft?[7]

Wie so viele ehemalige europäische Kolonien durfte Brasilien im Laufe der vergangenen fünf Jahrhunderte ein wechselhaftes Schicksal erfahren. 1500 – eine Jahreszahl, für welche ihm vermutlich noch heute Studierende der lusophonen Historiographie dankbar sind – von Pedro

[7] In Anlehnung an Stefan Zweigs 1941 im brasilianischen Exil erschienenes Werk „Brasilien – ein Land der Zukunft".

Álvares Cabral entdeckt und von diesem für Portugal in Besitz genommen, erlangte es am 7. September 1822 seine Unabhängigkeit (seither markiert dieses Datum den Nationalfeiertag Brasiliens), wurde 1889 zur Republik und musste von 1964 an eine zwei Jahrzehnte währende Militärdiktatur erdulden, ehe es 1985 zur demokratischen Staatsform zurückkehrte, die es seither beibehalten hat.

***Abb. 1**: Brasilien gegliedert nach Bundesstaaten und geographischen Regionen: Norden (grün), Nordosten (blau), Zentralwesten (violett), Südosten (rot) und Süden (gelb).*[8]

Die Föderative Republik Brasilien[9], so der offizielle Name, ist heute mit einer Fläche von 8,51 Millionen Quadratkilometern[10] das größte Land Südamerikas und das fünftgrößte der Erde. Es bedeckt 47 Prozent des südamerikanischen Kontinents und grenzt abgesehen von Chile und Ecuador an alle anderen Staaten dieses Erdteils. Hauptstadt ist mit einer Einwohnerzahl von 2,45 Millionen Menschen Brasília, das eigens für diesen Zweck künstlich ge-

---

8 Quelle: ARRL: *Map of Brazil*, 28. 12. 2008

9 Die portugiesische Originalbezeichnung lautet *República Federativa do Brasil*.

10 Um diese Dimension zumindest annähernd erfassen zu können: dies entspricht etwa zehnmal der Größe Deutschlands oder hundertmal jener Österreichs.

schaffen und 1960 offiziell eingeweiht wurde  Landessprache ist brasilianisches Portugiesisch (das sich vom europäischen Portugiesisch in Nuancen unterscheidet), jedoch finden sich in bestimmten Landstrichen auch Minoritätssprachen wie Spanisch, Deutsch und Italienisch, zudem eine große Zahl an indigenen Idiomen. Das Klima differiert durch die enormen Dimensionen des Landes zwischen tropisch im Norden und subtropisch im Süden. Mit circa 190 Millionen Einwohnern ist Brasilien gegenwärtig das fünftbevölkerungsreichste Land weltweit (wobei eine definitiv verlässliche Populationszahl nicht zu nennen ist, da die Angaben hier je nach Quelle zwischen 187 Millionen[11] und 196 Millionen[12] doch beträchtlich schwanken). Ins Auge sticht besonders seine ethnische Vielfalt: neben etwa 500.000 indigenen Einwohnern lassen sich weitere 220 Volksgruppen unterscheiden, welche das Land zu einem wahren Schmelztiegel der menschlichen Zivilisation machen.[13] Fasst man diese zahlreichen Ethnien in der größeren Kategorie der gemeinsamen Hautfarbe zusammen, so ergibt sich folgendes, noch immer buntes Bild: mit 53,7 Prozent ist mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung weiß, 38,5 Prozent sind als sogenannte Mulatten (Menschen mit einem weißen und einem schwarzen Elternteil beziehungsweise weißen und schwarzen Vorfahren) definiert, 6,2 Prozent schwarz (vorzugsweise im Norden des Landes, besonders jedoch im stark afrikanisch geprägten Bundesstaat Bahia), 0,9 Prozent sind weiteren ethnischen Gruppen zuzurechnen (Asiaten, Araber, etc.) und 0,7 Prozent bleiben in dieser Vielfalt undefiniert.[14]

Aus der religiösen Perspektive betrachtet stellt – was im Zuge der Kolonialisierung durch ein streng katholisch geprägtes Land wie Portugal nicht zu verwundern vermag – die römisch-katholische Kirche mit 73,6 Prozent den höchsten Anteil an Gläubigen, gefolgt von protestantischen Glaubensgruppen mit 15,4 Prozent und der in Brasilien sehr weit verbreiteten Philosophie des Spiritismus[15] (1,3 Prozent). Weitere diverse Religionen und spirituelle Gruppie-

---

11 vgl. Wirtschaftskammer Österreich: *Länderprofil Brasilien,* 5. 1. 2009

12 vgl. CIA: *The World Factbook*, 5. 1. 2009

13 vgl. Auswärtiges Amt Deutschland: *Brasilien auf einen Blick*, 4. 1. 2010

14 vgl. CIA: *The World Factbook*, 5. 1. 2009

15 Der Spiritismus ist eine spirituelle Weltanschauung, die der Ansicht ist, dass die Seelen Verstorbener sich durch ein irdisches Medium und unter gewissen Umständen mitteilen können. Die Botschaften, die auf diesem Weg empfangen wurden, bilden die Philosophie des Spiritismus. Seine ursprüngliche Form geht auf die Studien und Beobachtungen Allan Kardecs zurück, der dessen Grundlagen von 1857 bis 1868 in fünf Büchern veröffentlichte.

rungen summieren sich auf 1,8 Prozent der Population, 0,3 Prozent der Menschen bekennen sich zum Voodoo-Kult[16], über 0,2 Prozent liegen keine Informationen vor und 7,4 Prozent bekennen sich zu keiner Religion oder spirituellen Richtung, wobei den Statistiken nicht zu entnehmen ist, ob diese Menschen sich als Atheisten beziehungsweise Agnostiker betrachten oder schlicht ihrer individuellen Spiritualität und ihren persönlichen Glaubensvorstellungen folgen.[17]

Wirtschaftlich betrachtet ist Brasilien besonders reich an Bodenschätzen und Wasser. Die Landwirtschaft und die Industrie des mit einem Durchschnittsalter von nur 28,2 Jahren (zum Vergleich: in den EU-Staaten liegt dieses um die 40) jungen Landes profitieren vom Ressourcenreichtum. Stärkster Wachstumstreiber sind die Exporte, ausgeführt werden neben Textilien, Chemikalien, Baustoffen, Stahl und Motoren in erster Linie Kakao, Kaffee, tropische Früchte, Eisenerz und Sojabohnen, wobei 40 Prozent der Agrarausfuhren nach Europa gehen und lediglich 20 Prozent in die USA. Zwei Drittel der brasilianischen Bevölkerung sind bereits im Dienstleistungssektor tätig, nur mehr 20 Prozent hingegen in der traditionellen Landwirtschaft.[18] In ökonomisch konkrete Zahlen gegossen bedeutet dies für das Jahr 2008 ein Bruttoinlandsprodukt von circa 1411 Milliarden Dollar und ein BIP pro Kopf in der Höhe von etwa 7400 Dollar (bei einer Auslandsverschuldung von knapp 200 Milliarden Dollar). Das Wirtschaftswachstum lag im ersten Halbjahr 2008 – also noch vor Ausbruch der weltweiten Finanzkrise – bei 6 Prozent.[19]

Um diesen auf so nüchternen Fakten beruhenden Teil in etwas poetischerer Weise zu schließen und gleichsam auf die Wichtigkeit einer historischen Betrachtung Brasiliens hinzuweisen, möchte ich gerne auf Worte Stefan Zweigs zurückgreifen. Dieser hatte bereits 1941 in einer gewissen schwelgerischen Verklärtheit, die doch nicht vollends von der Hand zu weisen ist, über dieses Land geschrieben:

---

16 Voodoo (Aussprache: Wodu) ist eine kreolische Religion, die hauptsächlich auf Haiti, in Afrika und Teilen Amerikas beheimatet ist. Die Religion ist in westlichen Ländern vor allem durch Opferdarbringungen und vermeintliche Praktizierung schwarzer Magie bekannt. Durch die Sklaverei verbreitete sich Voodoo auf der ganzen Welt, wobei Elemente anderer Religionen oftmals integriert wurden.

17 vgl. CIA: *The World Factbook*, 5. 1. 2009

18 vgl. Focus: *Wirtschaft Bevölkerung, Inflation: Brasilien*, 22. 1. 2009

19 vgl. Wirtschaftskammer Österreich: *Länderprofil Brasilien*, 5. 1. 2009

„Verschwenderisch von der Natur bedacht mit Raum und unendlichem Reichtum innerhalb dieses Raumes, gesegnet mit Schönheit und allen erdenkbaren potentiellen Kräften, hat es noch immer die alte Aufgabe seines Anfangs: Menschen aus überfüllten Zonen einzupflanzen in seine unerschöpfliche Erde und, Altes mit Neuem verbindend, eine neue Zivilisation zu erschaffen. [...] [K]eine Phantasie reicht aus, zu erdenken, was dieses Land, diese Welt der nächsten Generation bedeuten wird. Wer immer Brasiliens Heute schildert, beschreibt unbewusst schon sein Gestern. Nur wer seine Vergangenheit ins Auge fasst, sieht seinen wahren Sinn."[20]

### 2.1.1 Das vorkoloniale Brasilien

Obgleich der südamerikanische Kontinent aus eurozentristischer Perspektive offiziell erst im Jahre 1492 von Christoph Kolumbus entdeckt wurde, reichen die Indizien menschlicher Besiedelung der sogenannten Neuen Welt viel weiter zurück. Die bekanntesten unter den indigenen Völkern Lateinamerikas sind zweifellos die präkolumbischen Hochkulturen der Azteken, Inka und Maya (zwischen 3000 v. Chr. und dem 16. Jahrhundert n. Chr.), doch belegen Skelettfunde im heutigen brasilianischen Bundesstaat Piauí, dass die Küstengebiete des heutigen Brasilien bereits um circa 8000 v. Chr. von den Paläo-Indianern[21] bewohnt waren, welche gemäß der orthodoxen Archäologie um 10.000 v. Chr. die Südspitze Amerikas erreichten. Traditionell wird angenommen, dass die ökologischen Bedingungen im Amazonasbecken die Entstehung von bevölkerungsstarken Hochkulturen wie im Andenraum nicht zuließen und man deshalb von einer geringen demographischen Dichte ausgehen müsse, jedoch wird in rezenteren Forschungen mitunter auch die Hypothese vertreten, dass die Aktivitäten der einheimischen Völker vor der europäischen Kolonialisierung weit über das bislang vermutete Ausmaß hinausgingen.[22] Untermauert wird dieser Ansatz vom britischen Archäologen Adrian Gilbert. Er wirft kritisch ein, dass die Behauptung, Amerika sei vor der Ankunft Kolumbus' von anderen transatlantischen oder transpazifischen Völkern weder entdeckt noch besiedelt worden, ein aufgrund der Fakten nicht länger haltbares Dogma der orthodoxen Archäologie sei. Während der Umstand, dass um das Jahr 1000 n. Chr. Wikinger unter Führung von Leif Eriksson im heutigen Neufundland landeten und dort eine Siedlung errichteten, mittlerweile

---

20 Zweig 1941, 85

21 Als Paläo-Indianer werden die ersten menschlichen Bewohner Amerikas bezeichnet, die den Kontinent am Ende der letzten Eiszeit besiedelten.

22 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

wissenschaftlich bestätigt ist, sei es in Fachkreisen nach wie vor ein Tabu, darauf hinzuweisen, dass auf dem amerikanischen Kontinent auch römische Artefakte, ägyptische Hieroglyphen sowie weitere Epigraphen, welche große Ähnlichkeit mit der alten karthagischen Schrift hätten, gefunden worden seien. Die Theorie „Alaska kam zuerst", wonach Amerika vor höchstens 10.000-15.000 Jahren von (die damals zugefrorene Beringstraße überquerenden) Einwanderern aus Asien besiedelt wurde, wird von den archäologischen Zeugnissen menschlicher Siedlung widerlegt. Archäobiologische Belege zeigen, dass Südamerika entgegen der Lehrmeinung vor Nordamerika erschlossen wurde. Im Zuge jüngerer Ausgrabungen im brasilianischen Pedra Furada im Capivara-Nationalpark (im nordöstlichen Bundesstaat Piauí) wurden Spuren einer Besiedlung dieses Ortes vor mindestens 56.000 Jahren nachgewiesen. Es ist dies das früheste bekannte Beispiel einer menschlichen Siedlung auf dem gesamten amerikanischen Erdteil und liegt somit chronologisch um mehrere zehntausend Jahre vor jener Epoche, in der die amerikanischen Ureinwohner angeblich aus Asien immigrierten. Da zu dieser Zeit jedoch keine Landbrücke nach Südamerika existierte, liegt der Schluss nahe (so man weiterhin davon ausgeht, Amerika sei durch Einwanderung erschlossen worden), dass die ersten Siedler über das Meer gekommen sind. [23]

Davon abgesehen ist die Geschichte der indigenen brasilianischen Bevölkerungsgruppen vor der Ankunft der Portugiesen im Jahr 1500 wesentlich schwieriger zu rekonstruieren als jene Mesoamerikas und des andinen Raumes, da im Bereich jener Region, die heute Brasilien darstellt, bis dahin keine Hochkulturen bestanden, die schriftliche Zeugnisse abgegeben oder die Jahrhunderte überdauernde Bauwerke geschaffen hätten. Die Forschung ist daher darauf angewiesen, die frühkoloniale Bevölkerung Brasiliens nach Sprachfamilien zu gliedern. Um die Komplexität dieser Strukturierung zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, dass Ethnologen insgesamt acht verschiedene dieser Sprachfamilien zählten, deren Angehörige wiederum in zahlreiche Untergruppen zerfielen, die jedoch keine miteinander verbundenen politischen oder sozialen Verbände bildeten. Zumindest von den küstennah siedelnden indianischen Ethnien (die portugiesische Kolonisierung beschränkte sich ja anfangs lange Zeit auf einen schmalen Küstenstreifen, die Erschließung des riesigen Hinterlandes begann erst relativ spät) lässt sich definitiv sagen, dass sie keine größeren zusammenhängenden politischen Einheiten hervorgebracht hatten. Vielmehr lebten sie zumeist in verwandtschaftlich verbundenen Sip-

[23] vgl. Gilbert 2006, 16f.

penverbänden mit bis zu mehreren hundert Mitgliedern, was nach Niklas Luhmanns gesellschaftlichen Differenzierungsformen auf eine segmentäre Differenzierung hinweist.[24]

Als die Portugiesen im Jahr 1500 die Küste des heutigen Brasilien erreichten, gab es dort Schätzungen zufolge etwa 4,5 Millionen Indigene, wohingegen in Portugal zum damaligen Zeitpunkt lediglich 500.000 Menschen lebten. Kolonisierungskriege und von den Europäern eingeschleppte Krankheiten sollten im Zuge der Kolonialzeit über vier Millionen Leben unter den Einheimischen fordern. Nach offiziellen Volkszählungen der brasilianischen Zensusbehörde IBGE hatte die Population der Autochthonen 1991 mit gezählten 294.000 Menschen ihren Tiefpunkt erfahren, in den folgenden Jahren wuchs diese jedoch überproportional stark und erreichte zur Jahrtausendwende mit 734.000 Indigenen eine Marke, wie es sie seit den Jahrhunderten der kolonialen Herrschaft nicht mehr gegeben hatte.[25]

#### 2.1.1.1 Exkurs: Gesellschaftliche Differenzierungsformen

Laut Luhmann lässt der geschichtliche Reichtum und die empirische Verschiedenartigkeit vormoderner Gesellschaften zwar jede dogmatische Klassifikation von vornherein scheitern, dennoch gibt es unbestreitbar gewisse Typenunterschiede zwischen ihnen. Essentiell in der weiteren Analyse sind somit Formen der Systemdifferenzierung. Obgleich nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich im Verlaufe der Evolution auch andere Formen bilden und nicht reine, sondern Mischformen durchaus typisch sind, haben sich in der bisherigen Gesellschaftsgeschichte nur wenige, nämlich vier, Differenzierungsformen herauskristallisiert[26]:

**I. Segmentäre Differenzierung**

**II. Differenzierung nach Zentrum und Peripherie**

**III. Stratifikatorische Differenzierung**

**IV. Funktionale Differenzierung**

---

24 vgl. Pietschmann 2000, 21f.

25 vgl. Costa 2008, 114

26 vgl. Luhmann 1998, 609ff.

Auf diese in evolutionstechnischer Hinsicht aufsteigend angeführten Differenzierungstypen wird im Anschluss noch näher einzugehen sein, jedoch möchte ich Luhmanns Auflistung noch durch Wimmers Klassifikation von Gesellschaften ergänzen. Obwohl natürlich durchaus vergleichbar und teils identisch, gibt es nuancierte Unterschiede. So verzichtet Wimmer einerseits auf eine explizite Erwähnung der zweiten Differenzierungsform, „Differenzierung nach Zentrum und Peripherie", ergänzt aber im Gegenzug die verbleibenden Typen um aufschlussreiche Unterkategorien[27]:

| | | |
|---|---|---|
| **I.** | **Segmentäre Gesellschaften** | • ***Konflikte zwischen Segmenten***<br>• ***Big-Men-Systeme: Competitive Leadership***<br>• ***Chiefdoms: Macht durch Rangvergesellschaftung*** |
| **II.** | **Hierarchisch-stratifizierte Gesellschaften** | • ***politisch dezentralisiert (europäischer Feudalismus, indisches Kastenwesen)***<br>• ***staatlich organisiert (Stadtstaaten, Imperien)*** |
| **III.** | **Funktional-differenzierte Gesellschaften** | • ***bürokratisch-autoritäre Regime, Militärdiktaturen, etc.***<br>• ***Demokratien*** |

[27] vgl. Wimmer 1996, 162

### 2.1.2 Die Entdeckung einer neuen Welt – das Land des Brasilholzes

1479 wurde zwischen den Streitparteien Kastilien[28] und Portugal im Vertrag von Alcáçovas eine Trennlinie gezogen, welche die damals bekannte Welt in Ost-West-Richtung durchschnitt und Portugal gegen einen Verzicht auf die Kanarischen Inseln das Recht auf alle Gebiete südlich davon zusicherte. Kastilien überließ mit diesem Schritt seinem Nachbarn de facto die Entdeckung der Ostroute nach Indien[29] und war fortan gezwungen, seinerseits den Seeweg dorthin im Westen zu suchen. Mit diesem Auftrag stach ein Kapitän namens Christoph Kolumbus 1492 in See. Zwar bekam er Indien nie zu Gesicht (obgleich er bis zum Ende seiner Tage davon überzeugt war, den Seeweg dorthin gefunden zu haben, wodurch die indigenen Völker Amerikas den Namen „Indianer“ erhielten), doch erreichte er am 12. Oktober 1492 die Neue Welt.

Der aus Valencia stammende Papst Alexander VI. übertrug nun in der päpstlichen Bulle „Inter caetera“ die im westlichen Atlantik entdeckten und noch zu entdeckenden Inseln und Festländer an Kastilien und legte zwischen Portugal und Kastilien eine neue, 100 Seemeilen westlich der kapverdischen Inseln in Nord-Süd-Richtung verlaufende Demarkationslinie zur Trennung der beiderseitigen Interessens- und Hoheitsgebiet fest. Alles westlich dieser Grenze war kastilischer, alles östlich davon lusitanischer Raum. Portugal musste handeln, umso mehr, als die historische Vermutung naheliegt, dass es bereits über eine größere Landmasse im Westen Bescheid wusste. Tatsächlich erreichte Lissabon 1494 im Vertrag von Tordesillas eine Verschiebung der Demarkationslinie nach Westen: aus den ursprünglich beschlossenen 100 wurden 370 Seemeilen westlich der Kapverden. Eine Verschiebung, die genügte, um einen Teil der südamerikanischen Ostküste in den lusitanischen Einflussbereich fallen zu lassen.[30] Dennoch war der nun definierte 50. Meridian als Grenze für Portugal nach wie vor nicht westlich genug, denn damit wären die beiden großen kontinentalen Flussbecken, der Amazonas und der Rio de la Plata, in spanischer Hand verblieben, was einer Ostküstenbesiedelung das Hinterland entzogen hätte.[31] Die Konsequenz war, dass sich die Portugiesen zukünftig auch über

---

[28] Der Name „Kastilien“ wird in der Folge häufig als Synonym für Spanien verwendet, wenngleich sich die geographischen Räume des historischen Kastilien und des heutigen Spanien nicht gänzlich decken.

[29] vgl. Exenberger 1999, Seite 14, 18. 5. 2009

[30] vgl. Pietschmann 2000, 20

[31] vgl. Novy 2001, 81

den Tordesillas-Pakt hinwegsetzten, so dauerte etwa der Kampf um das Plata-Becken noch Jahrhunderte.

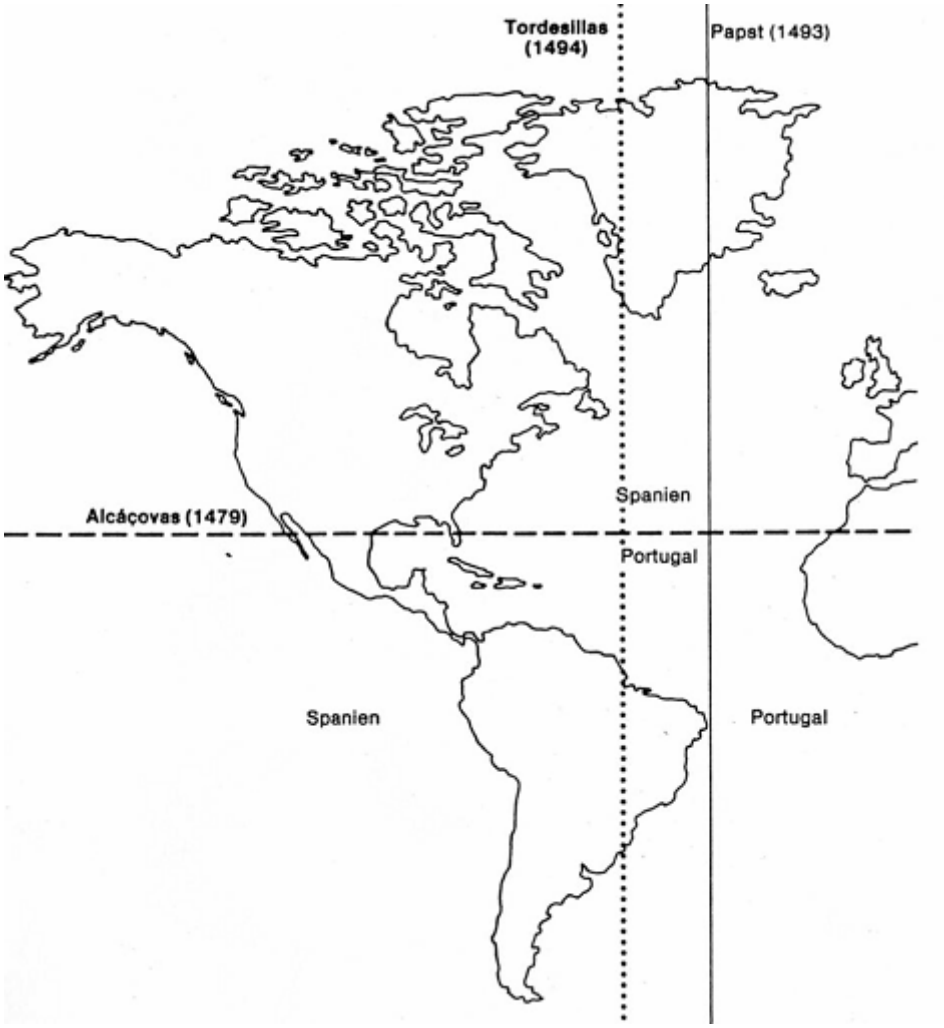


***Abb. 2:*** *Die Demarkationslinien von Alcáçovas (1479), der päpstlichen Bulle „Inter caetera" (1493) und Tordesillas (1494), welche die Welt zwischen den dominierenden Seemächten Portugal und Spanien aufteilte.*[32]

Ulrich Menzel hält fest, dass Portugal durch die im Vertrag von Tordesillas erzielten Änderungen gegenüber den ursprünglichen Bestimmungen der päpstlichen Bulle wesentliche Vorteile gegenüber Spanien erreichte, die den weiteren Verlauf der Weltgeschichte nachhaltig prägten:

---

[32] Quelle: Menzel, Mai 2004, Seite 21, 18. 1. 2009

> „Die Ordnung von Tordesillas […] war äußerlich eine Doppelhegemonie, wenngleich Portugal in Wirklichkeit Spanien übervorteilt hat, weil sich erstens in seiner östlichen Hemisphäre der Seeweg nach Indien tatsächlich befand, während die Spanier mit der Westroute einem Irrtum unterlegen waren, und weil es zweitens die Demarkationslinie so weit nach Westen zu verschieben vermochte, dass es in Brasilien Fuß fassen konnte. Erst 1580 hatte die Tordesillas-Linie mit der Annexion Portugals durch Spanien ihre Gültigkeit verloren, auch wenn sie im Grunde bereits seit den 1560er Jahren gegenüber Dritten nicht mehr durchsetzbar war. Für Brasilien ist sie allerdings von Bedeutung geblieben.“[33]

Portugal war die treibende Kraft, die für Europa das Tor zur Welt weit aufstieß. Befestigte Häfen an der afrikanischen Atlantikküste legten den Grundstein für die asiatische und amerikanische Kolonisierung.[34] Am 22. April des Jahres 1500 landete Pedro Álvares Cabral mit einer Flotte von dreizehn Schiffen und 1500 Mann nördlich der heutigen Stadt Porto Seguro im Bundesstaat Bahia und nahm das Land für die portugiesische Krone in Besitz. Offiziell befand sich Cabral auf einer Indienexpedition und wurde von widrigen Winden weit nach Westen abgetrieben. Durch diese wetterbedingte Fügung soll letztlich Brasilien entdeckt worden sein. Zahlreiche Historiker jedoch schenken diesem Zufall keinen Glauben, vielmehr vermuten sie hinter Cabrals Umweg Absicht oder sogar eine Weisung des Königs, was den Schluss nahelegt, dass Portugal bereits vor der offiziellen Entdeckung von der Existenz oder zumindest der ungefähren geographischen Lage Brasiliens wusste. Da bis zum Vertrag von Tordesillas die päpstliche Bulle „Inter caetera“ in Kraft war, die alle Gebiete hundert Meilen westlich von Kap Verde den Spaniern zugestand, hätte ein früheres Auffinden des neuen Territoriums tatsächlich den spanischen Besitz, nicht aber jenen Portugals, gemehrt. So musste zuerst sichergegangen werden, dass Lissabon im Zuge der Auffindung auch den rechtmäßigen Anspruch auf Brasilien geltend machen konnte, was in auffallend weiser Voraussicht durch den Vertrag von Tordesillas geschah. In diesem wurde die Demarkationslinie gerade so weit nach Westen verschoben, dass die neuentdeckte Küste von Cabral, der eigentlich auf dem Weg nach Osten gewesen sein soll, okkupiert werden durfte.[35]

---

33 Menzel, Mai 2004, Seite 22, 18. 1. 2009

34 vgl. Novy 2001, 77

35 vgl. Zweig 1941, 23f.

### 2.1.3 Brasilien als portugiesische Kolonie – Gold und Sklaven

1501 entsandte der portugiesische König Manuel I. zur Erkundung des neuen Landes eine Flotte unter dem Befehl Gonçalo Coelhos nach Brasilien. Die Expedition fuhr etwas 3200 Kilometer die Küste entlang. Einer ihrer Teilnehmer war höchstwahrscheinlich der Florentiner Amerigo Verspucci, dessen Vorname wenig später für die Bezeichnung des neuen Kontinents Pate stand. Energische Anstrengungen zur Besiedelung Brasiliens wurden von Portugal jedoch nicht unternommen, der Fokus war nach wie vor auf Indien und den damit verbundenen Gewürzhandel gerichtet. Lediglich Lizenzen zur Ausbeutung des wertvollen Brasilholzes, dem das Land seinen Namen verdankt und das heute vom Aussterben bedroht ist, wurden vergeben.[36]

Die eigentliche Triebkraft der Eroberung der Neuen Welt hatte laut Goldstein eine katholizistische Wurzel und war die aus dem Kreuzzugsdenken erwachsene Mentalität der *Reconquista* (Wiedereroberung) und der daraus hervorgehenden *Conquista* (Eroberung). Diese Osmose aus Evangelium und Politik fand ihre Manifestation 1454, als Papst Nikolaus V. den Portugiesen das Recht erteilte, alle neuentdeckten und noch zu entdeckenden Gebiete für die Krone in Besitz zu nehmen. Verbunden war dieses Entgegenkommen mit der Verpflichtung, zur Verteidigung und Ausbreitung des Christentums beizutragen. Kirche und Krone kamen somit als untrennbare Einheit nach Brasilien, die militärische und politische Eroberung wurde zum Nachweis der Wahrheit des christlichen Glaubens.[37] Für Luhr auf der anderen Seite dominierte das Handelsinteresse, ein wesentlicher Unterschied zu den Spaniern. Die Gründe hierfür waren die seit langem bestehenden kolonialen Beziehungen Portugals mit Indien und Afrika sowie kulturell relevante arabische und jüdische Elemente. Die größte Herausforderung bestand im Mangel an Arbeitskräften, denn die portugiesische Händlergesellschaft selbst war ungeübt und auch unwillig, die Urbarmachung des Bodens systematisch zu betreiben. Auf dieser Basis entwickelte sich eine Agrargesellschaft weniger Kolonisatoren mit äußerst geringer Siedlungsdichte, aber unumschränktem Herrschaftsanspruch. Zur Besiedelung mussten kapitalkräftige Unternehmer gewonnen werden, da Brasilien jedoch nicht durch Reichtü-

---

[36] vgl. Pietschmann 2000, 29ff.

[37] vgl. Goldstein 1994, 464

mer wie Gold und Silber locken konnte, musste diesen Privatleuten aus Gründen der Attraktivität die Stellung mächtiger Feudalherren übertragen werden.[38]

In den 1530er Jahren fasste König João III. – er hatte seinen Vater Manuel 1521 auf dem Thron beerbt – den Entschluss, die Kolonisierung Brasiliens entschlossener voranzutreiben und griff auf genau dieses machtpolitische Prinzip zurück: die Küste wurde in 15 Zonen, sogenannte Kapitanien (*Capitanias*), eingeteilt, die nun an zwölf Kolonisationsunternehmer adeliger Herkunft (*Donatários*) vergeben wurden, welche sich gegen ausgedehnte Machtbefugnisse zur Besiedelung und Verteidigung des ihnen übertragenen Territoriums verpflichteten. Dieses System stellte sich allerdings als wenig effektiv heraus. Wenige Jahre später war es lediglich in zwei *Capitanias* gelungen, als konsolidiert geltende Kolonien zu gründen. Erfolgsfaktor war in beiden Fällen die Duldung beziehungsweise Unterstützung der Europäer durch die indigene Bevölkerung gewesen.[39] In dieser historischen Phase der *Capitanias* nahm zudem ein dunkles Kapitel brasilianischer Geschichte seinen Anfang: angesichts der Schwierigkeiten, indigene Arbeitskräfte zu rekrutieren und des Umstandes, dass viele der dennoch für die Portugiesen arbeitenden Indios Selbstmord begingen oder an europäischen Krankheiten starben, wurde die Einfuhr schwarzafrikanischer Sklaven zu einer konkurrenzfähigen Alternative. 1538 wurden die ersten Afrikaner importiert und erst dreieinhalb Jahrhunderte später sollte die Sklaverei in Brasilien abgeschafft werden.[40]

In den 1540er Jahren spitzte sich die Situation für Portugal zu. Die portugiesische Kolonisierung Brasiliens war durch die Angriffe europäischer Seefahrer und Korsaren, Konflikte mit der indigenen Population, Schwierigkeiten, die Verbindung mit Europa aufrechtzuerhalten, extrem beschränkte finanzielle Ressourcen sowie Mangel an Siedlern ernsthaft bedroht. Verzweifelt schrieb der *Donatário* Luis de Goes 1548 an den König: „Wenn Eure Majestät nicht in kürzester Zeit den *Capitanias* an der Küste zu Hilfe kommen, werden nicht nur wir unser Leben und unsere Besitzungen verlieren, sondern auch Eure Majestät das ganze Land.“[41] Die Konsequenz aus dieser Notlage war, 1548 ein Generalgouvernement (*Governo Geral*), de

---

38 vgl. Lühr 1994, 151f.

39 vgl. Pietschmann 2000, 36ff.

40 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

41 zitiert nach Zweig 1941, 33

facto eine brasilianische Zentralregierung anstelle von 15 unabhängigen Kapitanieverwaltungen, zu installieren. Dieses sollte militärische, zivile, richterliche und fiskalische Aufgaben verrichten. Tomé de Sousa wurde zum ersten Generalgouverneur ernannt und traf im Jahr darauf in Brasilien ein. São Salvador da Bahía de Todos os Santos (das heutige Salvador da Bahia) wurde Sitz des *Governo Geral* und auf diese Weise zur Hauptstadt erhoben.[42]

Das Jahr 1578 markierte eine traumatische Zäsur in der lusitanischen Historiographie: Portugal erlitt auf afrikanischem Boden bei Alca-cer-Quibir eine vernichtende Niederlage gegen ein Araberheer. Da auch König Sebastian in der Schlacht fiel, war das Land führungslos und wurde zwei Jahre später mit Spanien in Personalunion unter König Phillip II. vereinigt. Für Brasilien hatte dies zwar keine unmittelbaren Folgen, da Phillip den Portugiesen versprochen hatte, ihr Imperium von spanischen Institutionen getrennt zu regieren, doch wurde das Land des Brasilholzes nun für mehrere Jahrzehnte spanischer Kronbesitz. Dadurch wurden die Feinde Kastiliens – Frankreich, England und vor allem die Niederlande – nun auch die Gegner Portugals. Brasilien wiederum bestand um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert noch immer aus einer bloßen Ansammlung verstreuter küstennaher Siedlungsschwerpunkte, die jeweils intensiveren Kontakt zum Mutterland als untereinander hielten. Neben mehreren kleinen Dörfern existierten lediglich drei Städte mit dem vollen Stadtrecht einer *Cidade*: Salvador da Bahia, Rio de Janeiro (gegründet 1565) und Philipéia (gegründet 1584 und so benannt als Hommage an den spanischen König Phillip).[43] Diese Schwäche wollten die Niederlande nun nutzen und setzten sich im Nordosten des Landes fest. 1624 wurde die Hauptstadt Salvador da Bahia eingenommen und 1635 unter der Führung Moritz von Nassaus Recife und die ganze Nordküste besetzt. Die Geschehnisse in Europa begünstigten in der Folge zwar eine Rückeroberung dieser Gebiete, denn 1640 hatte sich Portugal wieder von Spanien losgesagt und unter Dom João IV. aus dem Hause Bragança seine eigene Krone zurückgewonnen, doch den eigentlichen Ausschlag gab – während sich Portugal mit den Niederlanden noch in diplomatischen Verhandlungen über eine Rückgabe befand – eine unerwartete bewaffnete Erhebung in Brasilien. 1654 mussten die Holländer ihre letzte Festung Recife aufgeben und sich endgültig

---

42 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

43 vgl. Pietschmann 2000, 52

zurückziehen.[44] Zweig betrachtet resümierend die Epoche niederländischer Herrschaft im Nordosten allerdings aus Gründen der Identitätsfindung positiv:

> „Im ganzen bedeutet die holländische Episode in der Geschichte Brasiliens einen Glücksfall. Sie hat lange genug gedauert, um durch vorbildliche Verwaltung darzutun, was in diesem Lande bei guter, zivilisierter Organisation geleistet werden kann, und dauert doch anderseits nicht lange genug, um die Einheit der portugiesischen Sprache und der portugiesischen Sitte zu brechen; im Gegenteil: gerade die Bedrohung durch eine Fremdherrschaft erschafft und fördert erst das brasilianische Nationalgefühl. Von Norden bis Süden empfindet sich jetzt diese Kolonie als ein zusammengehöriges Land, das einhellig entschlossen ist, jede gewaltsame Einwirkung auf sein nationales Leben ebenso gewaltsam aus seinem Organismus auszuscheiden: alles Fremde muss sich von nun ab dem Brasilianischen amalgamieren, wenn es sich behaupten will. Scheinbar ist mit diesem Kriege Brasilien für Portugal zurückgewonnen, in Wirklichkeit aber schon sich selbst.“[45]

Portugal erkannte nun endlich den tatsächlichen Wert seiner Kolonie in Südamerika und definierte sie fortan als wesentlichen Eckpfeiler für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft und für die Erhaltung der politischen Unabhängigkeit. Nicht nur das, Brasilien rückte sogar in den Fokus des Interesses der portugiesischen Kolonial- und Handelspolitik. Dieser Umstand schlug sich auch darin nieder, dass die Krone in Lissabon nun keine Generalgouverneure mehr zur Verwaltung des riesigen Territoriums jenseits des Atlantiks ernannte, sondern vielmehr Vizekönige, die als unmittelbare Stellvertreter des Königs ein höheres Ansehen und eine größere Autorität genossen und so auch schwerwiegendere Entscheidungen selbständig fällen durften. Diese 1702 implementierte Praxis bedeutete in den Augen des Mutterlandes zweifellos eine Aufwertung Brasiliens, dürfte aber auf der anderen Seite auch den bis zu diesem Zeitpunkt hohen Grad an Autonomie eingeschränkt haben, den allein die Entfernung von Portugal und die Zersplitterung der Kolonie in zahlreiche, miteinander nur unregelmäßig kommunizierende Siedlungsregionen bot.[46] Begünstigt wurde der Aufstieg Brasiliens am Ende des 17. Jahrhunderts zusätzlich durch Gold- und Diamantenfunde von *Bandeirantes*-Expeditionen, die in dieser Epoche, als großteils erst schmale Küstenstreifen besiedelt waren, tief ins Hinterland vordrangen (insbesondere in der Gegend des heutigen Minas Gerais). Die

---

44 vgl. Zweig 1941, 59ff.

45 Zweig 1941, 62

46 vgl. Pietschmann 2000, 87f.

entdeckten Bodenschätze und die damit verbundenen strukturellen Verschiebungen von Raum und Macht nach Süden bildeten einerseits das Fundament für die Entwicklung reicher Barockstädte wie Ouro Preto[47], andererseits wurde den neuen Umständen 1763 durch die Verlagerung des Sitzes des Vizekönigtums von Salvador da Bahia nach Rio de Janeiro Rechnung getragen. Der wirtschaftliche Niedergang des Nordostens, der Wiege der europäischen Kolonisierung Brasiliens, führte zu seiner Abwertung als politischer Raum. Im Gegenzug konstituierte sich der Südosten als neues Zentrum des Landes.[48] Dieser Zustand hat bis heute Bestand. Um das Jahr 1700 schließlich verfügte Brasilien über ein effektiv besetztes und kolonisiertes Gebiet von etwa 110.000 km² in Küstennähe, an welches sich noch ein administrativ kaum erfasstes und weitgehend unbekanntes Territorium im Landesinneren anschloss. Das erschlossene Kerngebiet war zu diesem Zeitpunkt mit circa 350.000 Einwohnern in Relation zur Größe Brasiliens noch immer äußerst dünn besiedelt.[49]

Durch den Vertrag von Madrid wurden im Jahre 1750 die endgültigen Grenzen zwischen dem portugiesischen und dem spanischen Südamerika gezogen, wobei Spanien zu seinem Verdruss feststellen musste, dass Brasilien längst nicht mehr auf die nun anachronistischen Linien des Vertrages von Tordesillas zurückgedrängt werden konnte. Gleichzeitig keimte in der Kolonie ein neues Selbstbewusstsein der Bevölkerung, das die Vormundschaft Portugals nun immer mehr als Ungerechtigkeit und Einschränkung empfand. So mag es nicht verwundern, dass Brasilien den nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf der Vereinigten Staaten im Jahr 1776 mit großer Aufmerksamkeit verfolgte und daraus seine eigenen Schlüsse zog.[50] Die Kluft zwischen europäischen und bereits in Brasilien geborenen Portugiesen, die durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen gänzlich andere Verhaltenskodizes und Normen entwickelt hatten als ihre Landsleute aus Portugal, wuchs gegen Ende des 18. Jahrhunderts nun unaufhaltsam. Dieses latente Spannungsverhältnis mündete schließlich in Erhebungen, Rebellionen und Protestbewegungen. Ereigneten sich diese anfangs noch vereinzelt und waren für die herrschende Schicht vernachlässigbar, so gewannen sie im Laufe der Zeit sukzessive an Momentum und stellten bald die territoriale Integrität Brasiliens ernsthaft in Frage.[51] Den sig-

---

47 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

48 vgl. Novy 2001, 79

49 vgl. Pietschmann 2000, 94

50 vgl. Zweig 1941, 68f.

51 vgl. Pietschmann 2000, 104ff.

nifikantesten Widerstand gegen das Mutterland stellte der vom Geist der Französischen Revolution getragene Aufstand der *Inconfidência Mineira* in Minas Gerais dar, der jedoch niedergeschlagen werden konnte. Der Anführer Tiradentes wurde hingerichtet und somit in den Status eines Märtyrers und Nationalhelden erhoben. Nicht zuletzt deshalb glomm der Funke der Freiheitsbewegung im Untergrund weiter: „Zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts ist Brasilien wie alle seine südamerikanischen Nachbarstaaten von Argentinien bis Venezuela hinauf innerlich schon für den Abfall von Europa bereit und wartet nur noch auf die gegebene Stunde."[52]

Angesichts vielfältiger regionaler Sonderentwicklungen hätte der Staatenbildungsprozess in Brasilien zu Beginn des 19. Jahrhundert ohne weiteres zum Zerfall der riesigen Kolonie in eine Reihe von kleineren und voneinander unabhängigen Entitäten führen können. Jedoch gab es eine historisch bemerkenswerte Entwicklung, die dieses Szenario verhinderte: war die Unabhängigkeit des spanischen Amerika von unten, also durch plebiszitäre Erhebungen gegen den weit entfernten König in Madrid erfolgt, so geschah in Brasilien das Gegenteil. Die Loslösung vom Mutterland erfolgte von oben, durch das Königshaus Bragança selbst.[53]

### 2.1.4 Die Erlangung der Unabhängigkeit – Konsequenz der napoleonischen Kriege[54]

Um jenen Prozess, welcher schließlich zur brasilianischen Unabhängigkeit führte, verstehen zu können, ist es entgegen der Norm weniger notwendig, den Blick auf separatistische Tendenzen beziehungsweise Gruppierungen in Brasiliens selbst zu richten, sondern vielmehr, die Aufmerksamkeit auf die Gegebenheiten im portugiesischen Mutterland zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu lenken: Portugal befand sich in dieser Phase sowohl innen- als auch außenpolitisch in einer prekären Situation. Die europaweit ihre Kreise ziehende Französische Revolution, die Machtergreifung Napoleons in Frankreich sowie die Regentschaft der geistig kranken Maria I., die 1777 den Thron bestiegen hatte, ließen auf innere, staatliche Labilität und mangelnde militärische Widerstandskraft Portugals schließen. Die Fortführung der wirt-

---

52 Zweig 1941, 72

53 vgl. Pietschmann 2000, 107

54 vgl. Bernecker 2001, 71ff.

schaftlichen portugiesisch-britischen Allianz, welche auf dem Methuen-Vertrag von 1703 basierte, brachte zudem unweigerlich die offene Feindschaft der miteinander gegen England verbündeten Staaten Frankreich und Spanien mit sich.

Als die Franzosen sich anschickten, Portugal in Absprache mit Spanien zu besetzen, um die Kontinentalsperre[55] gegen Großbritannien durchzusetzen, fasste das portugiesische Königshaus den Entschluss, aus der Heimat zu fliehen und mitsamt dem Hofstaat nach Brasilien zu übersiedeln. Ende November 1807 verließ eine Flotte, die aus 36 Schiffen bestand und rund 15.000 Menschen beförderte, den Hafen Lissabons und erreichte Anfang März des folgenden Jahres Rio de Janeiro, von wo aus Portugal fortan von Prinzregent Dom João (der aufgrund des Gesundheitszustandes seiner Mutter Maria de facto die Herrschaft innehatte) regiert wurde. Es stellt dies in der europäischen Geschichte ein einzigartiges Ereignis dar, da zum ersten und auch einzigen Mal eine Kolonialmacht Hauptstadt und Regierungssitz ihres Reiches in eine Kolonie auslagerte. Diese Entscheidung sollte nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben, denn Rio de Janeiro wurde auf diese Weise zum Zentrum einer neukonzipierten politischen Einheit, was in der Bevölkerung mittelfristig zu der Überzeugung führte, dass Brasilien ein Land aus eigenem Recht und womöglich sogar eine Nation war.

Diese in Grundzügen bereits separatistischen Tendenzen sowie die Entscheidung Dom Joãos, aus persönlicher Vorliebe heraus auch nach dem Ende der napoleonischen Kriege und der damit verbundenen Befreiung Portugals in Brasilien zu bleiben, führten im Laufe der Zeit zwangsläufig zur Aufhebung des brasilianischen Kolonialstatus. Am 16. Dezember 1815 wurde schließlich im Rahmen des Wiener Kongresses das „Vereinigte Königreich von Portugal, Brasilien und Algarve" proklamiert und die formale Gleichstellung mit dem Mutterland dekretiert. Nachdem Maria I. in geistiger Umnachtung verstorben war, bestieg der Prinzregent 1818 als João VI. den Thron. Nach wie vor befand er sich in Rio de Janeiro und zeigte keine Anstalten, in die europäische Heimat zurückzukehren. Dies sollte sich erst ändern, als die gegen den Absolutismus gerichtete erstarkende liberale Bewegung Portugals 1821 die Einbe-

[55] Die Kontinentalsperre war eine von Napoleon verfügte Wirtschaftsblockade gegenüber den britischen Inseln, die bis zur französischen Niederlage 1814 in Kraft blieb. Sie sollte England mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges in die Knie zwingen.

rufung der *Cortes*[56], des portugiesischen Parlaments, und die Einführung einer konstitutionellen Monarchie forderte. Hatte bis zu diesem Zeitpunkt alles darauf hingedeutet, dass Portugal und Brasilien auch nach der postnapoleonischen Neuordnung Europas im Zuge des Wiener Kongresses ein vereintes Königreich zweier sich auf gleicher Stufe gegenüberstehenden Länder bleiben würden, so änderte sich die Situation nun schlagartig: die subversiven Tendenzen in Portugal, welche in der nordportugiesischen und seit jeher liberal ausgerichteten Hafenstadt Porto ihren Ausgang genommen hatten, griffen in Windeseile auf Brasilien über und brachten somit den Stein in Richtung brasilianische Unabhängigkeit ins Rollen.

Vor diesem Hintergrund war João VI. 1821 gezwungen, nach Portugal zurückzukehren. Er ernannte seinen Sohn Pedro zum Regenten des Königreichs Brasilien und soll diesem geraten haben, sich selbst an die Spitze der bereits absehbaren Unabhängigkeitsbewegung zu setzen, um das südamerikanische Kolonialreich für die Dynastie Bragança zu retten.[57] Die *Cortes* in Lissabon wiederum handelte in weiterer Folge äußerst kurzsichtig und aus portugiesischer Sicht machtpolitisch höchst ungeschickt. Es wurde versucht, Brasilien seiner noch jungen Rechte als gleichberechtigter Bruderstaat wieder zu berauben und es neuerlich dem bereits überwunden geglaubten kolonialen Joch zu unterwerfen. Diese Absicht, das Land wieder unter die Herrschaft Lissabons zu zwingen, war jedoch zum Scheitern verurteilt, vielmehr schürte sie die bereits vorhandenen separatistischen Tendenzen in Südamerika und führte dazu, dass diese nun offen zu Tage traten. 1822 begannen die Ereignisse sich zu überstürzen: die von der Radikalisierung der Unabhängigkeitsbewegung eingeschüchterten portugiesischen Truppen, welche bislang in Brasilien verblieben waren, verließen fluchtartig das Land. Im Mai ließ sich Dom Pedro – dem Rat seines Vaters folgend – zum „Ewigen Verteidiger“ (*Defensor Perpétuo*) Brasiliens ausrufen und etablierte einen Staatsrat (*Conselho de Estado*) als eigene Regierung. Kurze Zeit später folgte die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (*Constituinte*). Am 7. September – bis heute der brasilianische Nationalfeiertag – kam es zum legendären Ausruf Dom Pedros in Ipiranga bei São Paulo (*Grito de Ipiranga*): „Unabhängigkeit oder Tod“ (*Indenpendência ou Morte*). Einen Monat später wurde der Regent offiziell zum „Verfassungsmäßigen Kaiser und Ewigen Verteidiger Brasiliens“ ausgeru-

---

[56] *Cortes* (Plural von *Corte*, portugiesisch: *Hof*) war der Name der zeitweiligen Ständeversammlungen und später der Volksversammlungen in Portugal.

[57] Er tat dies angeblich mit den Worten: *„Pedro, ponha a coroa na cabeça, antes que alguns desses aventureiros o faça“* („Pedro, setze dir selbst die Krone aufs Haupt, ehe es irgendein Abenteurer tut“).

fen, die Krönung zum Kaiser (*Imperador*) Pedro I. erfolgte am 1. Dezember. Brasilien war unabhängig.

### 2.1.5 Das brasilianische Kaiserreich – der Monarch als *poder moderador*

Die Regierung der USA erkannte weltweit als erste die Unabhängigkeit Brasiliens an. Kurz nach der eigenen Loslösung vom Mutterland Großbritannien war den Vereinigten Staaten naturgemäß daran gelegen, die Emanzipation der iberischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent zu unterstützen, um die westliche Hemisphäre gänzlich aus der Umklammerung der europäischen Großmächte zu befreien. Europa wiederum hatte die Unabhängigkeit der USA akzeptiert, verhielt sich im Sezessionskampf der spanischen Kolonien neutral und konnte sich schließlich auch der Anerkennung der Souveränität Brasiliens nicht verweigern.[58] Im kontinentalen Kontext stellte die brasilianische Erlangung der Unabhängigkeit aus drei Gründen einen historischen Sonderfall dar: zum einen blieb im lusophonen Brasilien im Gegensatz zu seinen hispanoamerikanischen Nachbarländern die monarchische Staatsform mit einem Kaiser an der Spitze erhalten; zweitens erlebte das Land einen im wesentlichen friedlichen Übergang zur Selbständigkeit, wodurch es seine politischen und sozioökonomischen Strukturen konservierte – mit allen daraus resultierenden Vor- und Nachteilen; zuletzt wurde trotz wiederholter Sezessionsbestrebungen die Einheit der riesigen Nation nicht beeinträchtigt, was umso mehr erstaunt, als gegen Ende der Kolonialzeit keineswegs von Brasilien als homogener Entität gesprochen werden konnte.[59]

Auf Geheiß Dom Pedros wurde 1824 die „Politische Verfassung des Kaiserreiches Brasilien" erlassen. Diese erhob den Monarchen zum *Chefe Supremo da Nação*, zum obersten Herrscher der Nation, und stattete ihn mit der persönlichen Macht aus, als vierte Gewalt über Exekutive, Legislative und Judikative zu gebieten. Diese vierte und übergeordnete Instanz der Gewaltentrennung, welche ein brasilianisches Spezifikum darstellt, wurde als *poder moderador*, als mäßigende oder ausgleichende Gewalt (oder *moderating power* in der englischsprachigen Literatur), bezeichnet und sollte der Aufrechterhaltung der nationalen Einheit mit dem Kaiser

---

58 vgl. Araújo, April 2008, 2. 3. 2010

59 vgl. Bernecker 2000, 139

als identifikatorisches Gravitationszentrum dienen. 67 Jahre, bis zum Sturz der Monarchie und der Etablierung der Republik, behielt diese Verfassung ihre Gültigkeit und war somit die dauerhafteste in der Geschichte des Landes.[60] Der brasilianische Kaiser war nun im Besitz umfassender politischer Vollmachten: er war Haupt der Exekutive mit einem Ministerrat, der dem Parlament nicht verantwortlich war. Ebenjenes Parlament konnte von ihm durch ein Vetorecht, Drohung mit Neuwahlen und Amtsenthebungen unter Druck gesetzt werden, zudem ernannte er die Senatoren auf Lebenszeit. Lediglich die Justiz war vom Monarchen in einem stärkeren Maß unabhängig, da Richter und Geschworene lokal gewählt wurden. Die *poder moderador* wiederum diente dazu, bei Konflikten zwischen politischen Gruppen und Personen zu vermitteln und schließlich möglichst eine konsensuale, für alle Beteiligten verbindliche und das Reich nicht nachteilige Lösung zu finden.[61]

Mit dem Tod João VI. 1826 spitzte sich die Frage der Thronfolge in Portugal zu. Pedro I. verzichtete nach anfänglichen Bemühungen um die Doppelkrone schließlich zugunsten seiner Tochter Maria da Glória auf den portugiesischen Herrschaftsanspruch. Dennoch mussten der Kaiser und seine diplomatischen Berater ihre Aufmerksamkeit nun vermehrt dem einstigen Mutterland zuwenden, da sich Pedros jüngerer Bruder, Dom Miguel, ebenfalls um den Thron im Heimatland bemühte und diesen seiner Nichte nicht zugestehen wollte. Durch diese Hinwendung zu Portugal verlor der ohnehin umstrittene Regent in Brasilien weiter an Popularität.[62] Die Stimmung gegen ihn beruhte einerseits auf seiner autokratischen und den Prinzipien des Absolutismus verhafteten Regierungsweise (womit auch seine Rolle als mäßigende Gewalt zwischen den Fraktionen de facto unmöglich wurde), andererseits war sie schlicht Ausdruck genereller antiportugiesischer Ressentiments, die sich auf den portugiesischstämmigen Kaiser fokussierten: „Es hilft nichts, dass er *[Pedro I., Anm. d. Verf.]* 1830 [...] die ihm rechtlich zufallende Krone Portugals ausschlägt und damit bekundet, dass er sich eindeutig für Brasilien entschieden habe; er bleibt hier der Fremde, der Ausländer, und immer mehr organisieren sich die nationalen Elemente gegen ihn.“[63] Um eine weitere Einflussnahme der liberalen Opposition, deren erbitterte Gegnerschaft er inzwischen auf sich gezogen hatte, im Rahmen der Wahlen von 1830 zu verhindern, sah sich Dom Pedro gezwungen, eine gemäßigtere,

---

60 vgl. Paul 1994, 197f.

61 vgl. Heinz 2005, 27f.

62 vgl. Araújo, April 2008, 2. 3. 2010

63 Zweig 1941, 77

weniger konservative Regierung einzusetzen. Allein, auch dieser Schritt konnte keine Wende mehr einleiten, denn seine Gegner traten nun mit jedem Tag selbstsicherer auf. Angesichts dieser widrigen Umstände, der politischen Isolation im eigenen Land und der Aussicht auf die Gewinnung der portugiesischen Krone dankte Pedro I. im April 1831 völlig überraschend ab und hinterließ den brasilianischen Thron seinem fünfjährigen Sohn Pedro de Alcântara.[64]

> „Nur rechtzeitige Resignation des unbeliebten Kaisers kann den Thron noch gegen den republikanischen Ansturm retten; so dankt Pedro I. 1831 zugunsten seines Sohnes ab in der richtigen Erkenntnis: ‚Meu filho tem sobre mim a vantagem de ser Brasileiro'.[65] Auch bei dieser Abdankung wird wieder die brasilianische Tradition glücklich gewahrt, staatspolitische Umstürze womöglich ganz ohne Blutvergießen und in konzilianter Art zu vollziehen. Still, nicht verfolgt von Hass und Groll, verlässt der erste Kaiser Brasiliens das Land."[66]

Pedro I. kehrte zurück nach Europa, wo er für seine Tochter Maria da Glória den Thronfolgekrieg gegen seinen Bruder für sich entscheiden konnte. Allerdings war es ihm nicht vergönnt, die Früchte seines Sieges lange zu genießen, da er bereits 1834 starb.

Noch am Tage der Abdankung Pedros trat das Parlament zusammen und setzte einen dreiköpfigen provisorischen Regentschaftsrat ein. Durch eine Zusatzbestimmung wurden außerdem mehrere Reformen initiiert, so etwa mehr Autonomie für die Provinzen sowie die Einsetzung eines einzigen Regenten, der an die Stelle des Regentschaftsrates treten und in allgemeiner Wahl bestimmt werden sollte.[67] In dieser Phase begannen sich nun einerseits nach britischem Vorbild eine konservative und eine liberale Partei herauszukristallisieren (idealtypisch standen die Liberalen für eine föderative, die Konservativen für eine zentralistische Lösung der Staatsorganisation), andererseits schufen die Abdankung des Kaisers, der folgende Dezentralisierungsprozess sowie die wirtschaftliche Rezession jener Jahre ein Machtvakuum, das den Zusammenhalt des brasilianischen Reiches bedrohte. Die Epoche zwischen der Abdankung Pedro I. und der Inauguration Pedro II., von der Geschichtsschreibung als Zeit der Regent-

---

64 vgl. Bernecker 2000, 149f.

65 „Mein Sohn hat mir gegenüber den Vorteil, Brasilianer zu sein."

66 Zweig 1941, 77f.

67 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

schaft bezeichnet, die das Erste vom Zweiten Kaiserreich trennt, war im wesentlichen von drei Themen bestimmt, die allesamt von Liberalen und Konservativen geprägt wurden: erstens ging es zwischen den beiden Parteien um die Macht im Staat; zweitens wurde die stärkere Betonung eines föderalistischen oder eines unitaristischen[68] Herrschaftsprinzips diskutiert; und zuletzt bestand ein Konflikt um die Verankerung liberaler Grundsätze oder die Durchsetzung autoritärer politischer Doktrinen und Verhältnisse.[69]

1840 schließlich griff man zur Lösung dieser politischen Pattsituation, die lediglich instabile Verhältnisse und häufige Wechsel der Regenten hervorgebracht hatte, zu einer radikalen Maßnahme: nach zehn Jahren Interregnum wurde der erst 14jährige Thronfolger für mündig erklärt und feierlich zum brasilianischen Kaiser Pedro II. gekrönt. Stefan Zweig, unter anderem berühmt für seine lyrischen und romanhaften Biographien historischer Persönlichkeiten, beschreibt ebendiesen mehr als an die Spitze des Staates verirrten Poeten denn als machtbewussten Kaiser eines schier unermesslichen Reiches:

> „[D]ieser junge Monarch wird beinahe ein halbes Jahrhundert lang friedlich regieren und eine an sich schwierige Position mit Würde und unter allseitiger Achtung behaupten. Pedro II. ist dem Wesen nach eine kontemplative Natur, eher ein auf den Thron verschlagener Privatgelehrter oder Bibliothekar als ein Mann der Politik oder der Armee. Ein wahrhafter Humanist von anständiger Gesinnung, für dessen Ehrgeiz es höheres Glück ist, einen Brief von Manzoni, Victor Hugo oder Pasteur zu erhalten als bei militärischen Paraden zu glänzen oder Siege zu erfechten, hält er sich – obwohl äußerlich durch seinen schönen Bart und sein würdiges Auftreten sehr eindrucksvoll – möglichst im Hintergrund und verbringt seine glücklichsten Stunden in Petrópolis bei seinen Blumen oder in Europa mit Büchern und in Museen. Seine persönliche Haltung ist – und damit wirkt er durchaus im Geiste seines Landes – konziliatorisch, und der einzige Krieg, den er während seiner langen Regierungszeit zu führen genötigt war – der Kampf gegen Lopez, den aggressiven Militärdiktator von Paraguay –, endet nach dem Siege mit einer vollkommenen Versöhnung des Nachbarstaates, sogar die militärischen Trophäen werden dem besiegten Lande freiwillig zurückgegeben. Durch die äußerlich imposante, innerlich vorsichtig farblose Haltung des Kaisers, durch die staatsmännische Überlegenheit Rio Brancos, der alle Grenzkonflikte durch Schiedsgericht und internationale Vereinbarungen zu schlichten weiß,

---

[68] Der Unitarismus beschreibt das Streben nach einem möglichst einheitlichen Staatsaufbau mit klarer Befehlsgebung von oben nach unten und Ausschaltung föderalistischer, partikularistischer und anderer Zwischeninstanzen und Zuständigkeiten. Das Ziel ist der Einheitsstaat (im Gegensatz zum Bundesstaat).

[69] vgl. Bernecker 2000, 150ff.

> durch den sichtlich steigenden Reichtum des Landes, das, statt seine Grenzen gewaltsam zu erweitern, eine innere Konsolidierung anstrebt, erzwingt sich Brasilien in diesen fünfzig Regierungsjahren Dom Pedro II. eine ganz neue Respektstellung in der Welt."[70]

Mit dem jugendlichen Pedro II. als gekröntes Oberhaupt des Kaiserreiches gelang den Konservativen eine nachhaltige Konsolidierung ihrer Macht. Gleichzeitig avancierte der Kaiser in jenen Jahren zu der in der Verfassung vorgesehenen moderierenden Gewalt – eine Rolle, die sein Vater nie zu bekleiden in der Lage gewesen war –, indem er dafür sorgte, dass auch die Liberalen nicht gänzlich aus dem politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen wurden. 1853 vollzog der Anführer der konservativen Partei in Abstimmung mit Dom Pedro eine bemerkenswerte innenpolitische Wende: er stellte den Kampf gegen die liberalen Opponenten ein und nahm die bisherigen Gegner in die Regierung auf. Die Dauerkonflikte fanden vor dem Hintergrund dieser unorthodoxen Kooperation ein Ende, stattdessen wurde mit diesem Schritt die Ära der *Conciliação,* der nationalen Versöhnung, eingeläutet. Damit begann die Blütezeit des Kaiserreichs Pedro II., als deren herausragendes Charakteristikum denn auch der Versöhnungsprozess innerhalb der politischen Elite – der schließlich in den 1860er Jahren in der Gründung einer neuen Partei der Mitte, der *Liga Progressista,* gipfelte – gilt.[71]

Die innenpolitisch schwierigste und gleichsam wichtigste Herausforderung erwuchs nun aus der Entstehung einer weitreichenden Bewegung für die Aufhebung der Sklaverei. Tatsächlich konnten die Abolitionisten, wie ihre Anhänger genannt wurden, bald erste Teilerfolge feiern: 1853 wurde die Einfuhr afrikanischer Sklavinnen und Sklaven geächtet (wenn auch noch nicht verboten). Wenige Jahre später begann eine konzertierte Kampagne für die Befreiung aller 2,5 Millionen Sklaven in Brasilien und im Jahr 1871 verabschiedete das Parlament in Rio de Janeiro das *Lei do Ventre Livre* (Gesetz des freien Leibes), wonach alle ab diesem Zeitpunkt von Sklavinnen geborene Kinder als freie Menschen das Licht der Welt erblickten. 1885 wurden alle Sklaven, die älter als 60 Jahre waren, für frei erklärt und 1888 schließlich unterzeichnete die Regentin Kronprinzessin Isabel das *Lei Áurea*, das Goldene Gesetz, das die Sklaverei in Brasilien als letztem Land der westlichen Hemisphäre der Vergangenheit an-

---

70 Zweig 1941, 79f.

71 vgl. Bernecker 2000, 157ff.

heimfallen ließ und dem Isabel ihren Beinamen „Die Erlöserin“ verdankt.[72] In ihrer Bedeutung und Langlebigkeit war die abolitionistische Bewegung einzigartig in der brasilianischen Geschichte. Sie wurde von der Überzeugung geleitet, vom Geist des Fortschritts und der Zivilisation getragen zu sein. Den Kampf für die Abschaffung der Sklaverei empfand man als Beitrag zur Überwindung rückständiger Barbarei, durch den Brasilien sich auf die kulturelle Höhe der europäischen Moderne stellen konnte.[73] Pedro II., persönlich ein Proponent der abolitionistischen Idee, musste sich aufgrund seiner staatstragenden Position und zur Bewahrung seines Thrones mit offenen Meinungsäußerungen lange Zeit zurückhalten. Ein diplomatisches Schweigen, das laut Zweig das Leben des Kaisers durchaus beschwerte:

> „Die wirtschaftlichen Folgen sind im voraus so unberechenbar, der leidenschaftliche Gegensatz zwischen Abolitionisten und Sklavenhaltern so unerbittlich, dass der Thron sich gleichsam nur in einer Schaukelstellung zwischen beiden Parteien erhalten kann, weil das Überneigen zur einen oder zur anderen Gruppe seinen Sturz bedeuten könnte. Bis 1884, über vierzig Jahre, hält der Kaiser darum seine – privat wohlbekannte – Meinung möglichst zurück. Aber allmählich wächst die Ungeduld, sich von dem Odium zu befreien; ein vorläufiges Gesetz 1885 ordnet die Befreiung aller Sklaven an, soweit sie das sechzigste Jahr überschritten haben – wieder ist ein kräftiger Ruck nach vorwärts getan. Noch immer aber ist der Zeitraum, der automatisch zur Befreiung der letzten Sklaven in Brasilien führte, länger als jener, der einem alten und schon kranken Manne zugemessen scheint, der diese Stunde noch selbst erleben will; so stützt Pedro II. immer sichtlicher im Einverständnis mit seiner Tochter, Donna Isabella, der Thronerbin, die Partei der Abolitionisten. Am 13. Mai 1888 wird endlich das langersehnte Gesetz beschlossen, das eindeutig und ohne Aufschub die sofortige Freilassung sämtlicher Sklaven in Brasilien dekretiert.“[74]

Das *Lei Áurea* mag der letzte Funke gewesen sein, den die republikanische Bewegung benötigt hatte, um die Monarchie zu überwinden; der Ausgangspunkt der nun unaufhaltsamen Republikanisierung Brasiliens war jedoch ein anderes, ein äußeres Ereignis von kontinentaler Reichweite: der Paraguay- oder Tripelallianzkrieg zwischen 1865 und 1870 mit Paraguay auf der einen und Brasilien, Argentinien sowie Uruguay als Verbündete auf der anderen Seite. Dieser zeigte zum einen die Folgen einer extern induzierten Modernisierung auf, die kaum

---

72 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

73 vgl. Bernecker 2000, 205

74 Zweig 1941, 82

weiter als in das *litoral* (die Küstenregion) und die Bergbauzone (vor allem Minas Gerais) reichte, zum anderen offenbarte sich die Isolation des Landes in Lateinamerika und darüber hinaus. Das internationale Klima war abolitionistisch und republikanisch, doch Brasilien war nach wie vor eine Monarchie, welche sich auf die Sklaverei stützte. Die sich zuspitzenden innenpolitischen Konflikte mündeten schließlich in die Krise des Jahres 1868, die der *Liga Progressista* ein jähes Ende setzte und zu einer Radikalisierung der Politik führte. Es war ebendieser Radikalismus, der – beseelt vom „amerikanischen Geist" dieser Zeit, der im Zuge der Unabhängigkeit und des Sezessionskrieges in den Vereinigten Staaten entstanden war – einen Wechsel der Regierungsform förmlich zu diktieren schien.[75] Auch von Klein und Lula wird auf das Jahr 1870 als für die zukünftigen politischen Entwicklungen Brasiliens weichenstellende Wegmarke hingewiesen:

> „Despite a liberal ideology, political power was concentrated in the office of the emperor, who used his ‚Moderating Power' to create a powerful centralized state. The ministry responded to him, and the fear of a dismantling of the national state, and the slavery issue justified the centralization of power and the maintenance of Monarchy. Only after 1870 did effective criticism to the system emerge, with some declaring themselves republicans, and others demanding liberal reforms, such as increasing the right of suffrage and abolishing slavery."[76]

Die intellektuellen Befürworter des Abolitionismus waren häufig Republikaner, die in der Monarchie einen Anachronismus erblickten. Abschaffung der Sklaverei und der Krone wurden von dieser Generation junktimiert, das Ziel war eine sklavenfreie Republik und die Realisierung eines modernen Nationalstaats. Ihren Ideen war durch das Goldene Gesetz 1888 enormer Auftrieb beschieden und diesen wollten sie nutzen, um nun auch noch den Republikanismus zu verwirklichen. Der historische Wind war günstig, denn nicht nur betrachtete auch die Armee die Institution des Monarchen inzwischen als Relikt der europäischen Kolonialzeit, viele der einst kaisertreuen Großgrundbesitzer hatten sich aus Enttäuschung über den Verlust ihrer Sklaven nun ebenso der republikanischen Bewegung angeschlossen. In der Nacht vom 14. auf den 15. November 1889 kam es zum Putsch. Marschall Deodoro da Fonseca – zum ersten, jedoch nicht zum letzten Mal in Brasiliens unabhängiger Geschichte setzte sich das Militär an die Spitze eines Staatsstreichs – zwang die amtierende Regierung zum Rücktritt. In

---

75 vgl. Hentschke 2005, 49ff.

76 Klein/Luna 2006, 7

den Straßen der Hauptstadt Rio wurde die Republik ausgerufen. Kaiser Pedro II. verließ mit seiner Familie und einigen Getreuen bereits zwei Tage später, am 17. November, Brasilien und ging nach Portugal und von dort nach Frankreich ins Exil, wo er 1891 starb.[77]

> „Fast lautlos fällt die Kaiserkrone zu Boden, auch diesmal, da sie verloren geht, ebenso wenig von Blut befleckt, als da sie gewonnen wurde; der eigentliche moralische Sieger ist wiederum die brasilianische Konzilianz. Ohne jede Gehässigkeit legt die neue Regierung dem alten Manne nahe, der fünfzig Jahre ein wohlgesinnter Herrscher des Landes gewesen, friedlich sich zu entfernen und in Europa zu sterben. Und nobel und still, ohne ein Wort der Anklage, verlässt am 17. November 1889 Dom Pedro II. wie einst sein Vater und sein Großvater für immer den amerikanischen Kontinent, der für Könige keinen Raum hat.“[78]

Die Armee, die maßgeblich an der friedlichen Revolution beteiligt war, etablierte sich nun als bedeutsamer Faktor. Ihr Aufstieg wurde durch den Paraguaykrieg eingeleitet, aufgrund dessen die soziale Hierarchie in den Streitkräften aufbrach. Einfache Soldaten konnten nun zu Offizieren werden und formten in weiterer Folge eine stark von republikanisch-liberalen Ideen beeinflusste Generation, für welche die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen veraltet und reformierungsbedürftig anmuteten. Fortan definierte sich das Militär als Garant der nationalen Integrität und als Institution, in der Brasilianer unabhängig von ethnisch-kultureller Herkunft vertreten waren. Von diesem Bewusstseinswandel ging schließlich eine weitreichende Wirkung aus, die zu einer Politisierung des Heeres führte und dem Militär im 20. Jahrhundert eine fundamentale Rolle in Brasiliens Innenpolitik zukommen ließ.[79]

### 2.1.6 Die Erste Republik – Ordnung und Fortschritt im Zeichen des Positivismus

Die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stellte eine für die brasilianische Geschichte entscheidende Epoche dar. Mit dem Triumph der abolitionistischen Bewegung und der endgültigen Aufhebung der Sklaverei wurden 1888 die Voraussetzungen geschaffen, Brasilien in ei-

---

77 vgl. Bernecker 210f.

78 Zweig 1941, 84

79 Bernecker 2000, 165

nen modernen und demokratischen Nationalstaat zu transformieren. Die Abschaffung der Monarchie kurze Zeit darauf bedeutete das Ende des politisches Sonderstatus des Landes im lateinamerikanischen Raum. Der durch Anbau und Export von Kaffee erwirtschaftete Reichtum machte das Land des Brasilholzes als Einwanderungsziel attraktiv und legte den Grundstein für eine urbane Modernisierung und eine beginnende Industrialisierung. In welchem Maße Südamerika in diesem historischen Abschnitt zusammenzuwachsen begann, wird unter anderem darin deutlich, dass nun die Notwendigkeit entstand, die nationalen Grenzen exakt festzulegen. So fielen die letzten Territorialgewinne (1903: Acre) und Territorialverluste (1901: Markierung der Grenze mit Britisch-Guayana, dem heutigen Guyana) in diese Zeit.[80]

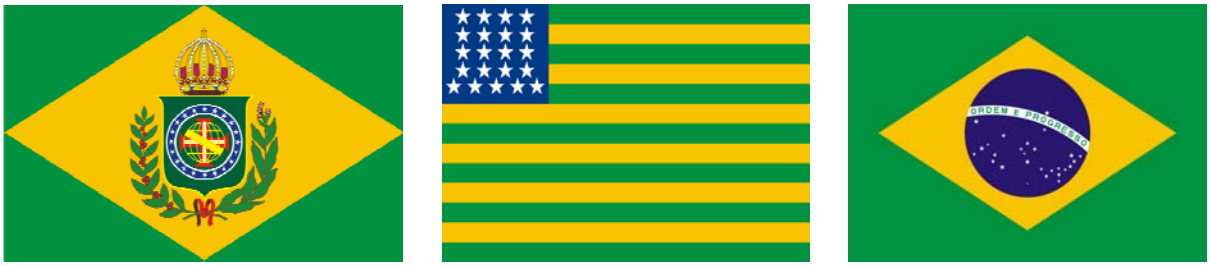


***Abb. 3:*** *Evolution der brasilianischen Staatsflaggen: ganz links die Flagge des Kaiserreiches Brasilien mit den Farben der Häuser Bragança (grün) und Habsburg (gelb). In der Mitte die erste Flagge der Vereinigten Staaten von Brasilien, die nur von 15. bis 19. November 1889 Bestand hatte und frappant jener der Vereinigten Staaten von Amerika glich. Rechts schließlich die Flagge der Gegenwart, welche sich an die der Kaiserzeit anlehnt, jedoch das kaiserliche Wappen durch eine blaue Himmelskugel mit der Sternenkonstellation des südlichen Himmels am 15. November 1889, dem Tag der Proklamation der Republik, ersetzte. Während die 27 Sterne die 26 Bundesstaaten sowie den Bundesdistrikt symbolisieren, ist die Kugel von einem weißen Band durchzogen, das die positivistische Aufschrift „Ordem e Progresso“ trägt.*[81]

---

80 vgl. Nitschack 2005, 7

81 Quelle: Wikipedia: *Flagge Brasiliens*, 3. 3. 2010

Die neugeschaffene Republik wurde den Prinzipien des Positivismus[82] unterstellt, demgemäß die Grundlage der Menschheitsreligion die Ordnung und ihr Ziel der Fortschritt sei. Dieser philosophisch-ideologische Zugang hatte Einfluss auf die Gestaltung der Flagge der jungen Republik, auf der fortan das positivistische Motto *Ordem e Progresso* aufschien.[83] Die bis zur Verfassung von 1891 amtierende provisorische Regierung unter Marschall Fonseca versuchte, diesem neuen Zeitgeist zu entsprechen und nahm verschiedene Reformen in Angriff: Kirche und Staat wurden getrennt, Religionsfreiheit und Zivilehe eingeführt, der Adel abgeschafft und einige soziale Maßnahmen durchgeführt.[84] In die neue Verfassung – welche nun 43 Jahre Bestand haben sollte – wurden Gewaltenteilung und, inspiriert vom französischen Schriftsteller, Politiker und Staatstheoretiker Benjamin Constant, die Idee der *poder moderador* integriert. Die einstige Funktion des Kaisers wurde nunmehr in der Republik dem Militär übertragen, wodurch dessen seit der Revolution ohnehin zentrale Rolle zusätzlich gestärkt wurde. Es lag diesem Schritt die Überzeugung zugrunde, dass es auch weiterhin erhebliche Differenzen zwischen politischen Gruppierungen und Politikern geben würde (eine Ahnung, die sich bewahrheiten sollte) und es somit einer Instanz bedurfte, welche diese zukünftigen Konflikte noch vor ihrer Eskalation im Interesse der Eliten lösen würde. In der politischen Entwicklung des Landes wuchs die Armee dadurch in diese Aufgabe auf natürliche Weise hinein und nahm sie in späterer Zeit als völlig selbstverständlich für sich in Anspruch. Die vom Militär ausgeübte *poder moderador* war prinzipiell von zwei Handlungsmustern geprägt: einerseits wurde die Übernahme politischer Ämter durch Politiker vereitelt, die das Militär als gefährlich ansah; andererseits wurde sogar versucht, den Amtsantritt von gewählten Präsidenten zu verhindern oder zumindest an Bedingungen zu knüpfen, wenn die militärische Führungsriege der

---

82 Der Positivismus ist eine Richtung der Philosophie, die fordert, Erkenntnis auf die Interpretation „positiver Befunde“ zu beschränken. Er geht in der Namensgebung auf Auguste Comte (1798–1857) zurück und wurde unter diesem und seinen Nachfolgern im 19. Jahrhundert vorübergehend zu einem weltumspannenden humanistischen Religionsersatz erweitert, der alles Transzendente aus den Überlegungen ausschloss. Brasilien erwies sich als jene Nation, die dem Positivismus langfristig den fruchtbarsten Boden bot. Das positivistische Motto *Ordem e Progresso* („Ordnung und Fortschritt“) scheint in der Flagge des Landes auf. Der Positivismus etablierte sich in Brasilien im politisch-sozialen Gefüge als machtvolle Ideologie, die sowohl dem Liberalismus nahestand als auch soziale Gerechtigkeit forderte. Bis heute gibt es die „Positivistische Gemeinde Brasiliens“ mit Tempeln in Rio de Janeiro, Curitiba und Porto Alegre. Liebe, Respekt und Anerkennung gegenüber Eltern und Vorfahren, den sozialen Institutionen, der Heimat und der Menschheit im allgemeinen sind die Kernpunkte dieser Vereinigung.

83 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

84 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

Auffassung war, diese Person sollte nicht die Regierung des Landes übernehmen. Entgegen der von einigen Wissenschaftern noch immer vertretenen These, das brasilianische Militär sei weitgehend unpolitisch gewesen, haben Militärführungen in der Geschichte wiederholte Male eine herausragende Rolle gespielt und die Geschicke ihres Landes maßgeblich beeinflusst. Begünstigt wurde dies durch eine tolerante Haltung der zivilen Politik, welche ein solches Procedere erleichterte und letztlich dadurch erst ermöglichte, dass hieraus eine politische Tradition wurde.[85]

In der Alten Republik (*República Velha*) herrschte die sogenannte Milchkaffee-Politik (*Café com Leite*) vor, im Rahmen derer sich die beiden damals mächtigsten und bevölkerungsreichsten Bundesstaaten, der Kaffeeproduzent São Paulo und der Milchhersteller Minas Gerais, bei der Besetzung der Zentralregierung abwechselten. Die oligarchische Vorherrschaft dieser Staaten wurde zudem durch die geringe politische Partizipation wesentlich erleichtert, denn durch das Wahlverbot für Frauen und Analphabeten blieb das Wahlrecht nur etwa fünf Prozent der gesamten Bevölkerung vorbehalten.[86] Trotz der durch die Einsetzung der neuen Verfassung erfolgreich überstandenen zwei Jahre währenden Transitionsphase, sah sich die junge Republik bald mit einer existentiellen Bedrohung konfrontiert, denn im Februar 1893 brach im südlichsten Bundesstaat Rio Grande do Sul ein blutiger Bürgerkrieg aus, der über 10.000 Opfer forderte. Der Konflikt konnte schließlich beigelegt werden und leitete nach den Militärs Fonseca und Peixoto eine Phase ziviler Präsidenten ein, die bis 1910 dauern und neben einer innenpolitischen auch eine außenpolitische Etablierung der Republik herbeiführen sollte.[87]

1922 feierte Brasilien hundert Jahre Unabhängigkeit. Das Land hatte sich in diesem Zeitraum nicht nur tiefgreifend verändert, es hatte sich gemäß dem positivistischen Wahlspruch „Ordnung und Fortschritt“ zum Besseren entwickelt. Brasilien wurde nicht von separatistischen Tendenzen geplagt, vielmehr konnte es durch die diplomatischen Künste des langjährigen Außenministers Baron von Rio Branco (1902-1910) neues Territorium erschließen und dennoch das Verhältnis zu seinen unmittelbaren Nachbarstaaten verbessern. Vor allem aber be-

---

85 vgl. Heinz 2005, 33 und 39

86 vgl. Costa 2008, 115

87 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

griff sich die Bevölkerung als brasilianisch, obwohl in der Frage der sozialen Gleichheit nur marginale Fortschritte zu verzeichnen waren. In nur 400 Kilometer Entfernung voneinander wuchsen mit Rio de Janeiro und São Paulo zwei Weltmetropolen heran und die staatlich forcierte Einwanderung vor allem aus Europa ließ Brasilien zu einem Immigrationsland werden.[88] Gerade in dieser Phase relativer Stabilität war es einmal mehr das Militär, das für Unruhe sorgen sollte: junge Offiziere, die *Tenentes* (vom portugiesischen Wort für „Leutnant"), organisierten in der Festung Copacabana in Rio einen Aufstand, der sich gegen die von den älteren Offizieren gestützte Regierung und die militärische Hierarchie richtete. Die Bewegung der *Tenentes* verstand sich als sozialrevolutionär und thematisierte Problemfelder wie Korruption, Wahlschwindel, soziale Rückständigkeit, regionale Disparitäten und fehlende Sozialpolitik für jene Menschen, welche unter der Armutsgrenze lebten.[89] Die *Tenentes* forderten basierend auf ihrem elitären Machtverständnis eine Revolution von oben nach unten sowie eine modernistische Erziehungsdiktatur mit einer fähigen Technokratenbürokratie. Sie waren aber schließlich gezwungen, ins Landesinnere zu fliehen, wo sie – stets von Regierungstruppen verfolgt – im Laufe der Jahre aufgerieben wurden. Die verbliebenen 600 Überlebenden (von ursprünglich 6000) flohen 1927 nach Bolivien, wo sie um Asyl ansuchten. Der bekannteste Vertreter des *Tenentismo* und auch in späteren Jahren eine wichtige Figur brasilianischer Innenpolitik war Luís Carlos Prestes. Er konvertierte zum Kommunisten und emigrierte in die Sowjetunion, wo er bis 1935 blieb. In der Nachkriegszeit sollte er die führende Figur der Kommunistischen Partei Brasiliens werden.[90]

Hatte das herrschende System die militärischen Aufstände der *Tenentes* noch angeschlagen überstanden, so versetzte die Weltwirtschaftskrise von 1929 der Ersten Republik den Todesstoß, denn im Jahr darauf war Brasilien bankrott. Der damals von 1926 bis 1930 amtierende Präsident war Washington Luis. Da er aus dem Bundesstaat São Paulo stammte, wäre gemäß der seit Jahrzehnten erfolgreich praktizierten Milchkaffee-Politik nun ein Politiker aus Minas Gerais an der Reihe gewesen, das höchste Amt im Staat auszuüben. Jedoch stellte sich Luis diesem Usus nun entgegen und nominierte wieder einen *Paulista*, Júlio Prestes (der in keiner-

---

88 vgl. Zoller 2000, 233f.

89 Auch beinahe ein Jahrhundert nach dem *Tenentismo* lassen sich in Brasilien dieselben Punkte kritisieren. Lediglich in Hinblick auf die Sozialpolitik konnten insbesondere unter Lula Fortschritte verzeichnet werden.

90 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

lei verwandtschaftlichem Verhältnis zu Luís Carlos Prestes stand), als Nachfolger. Als Gegenkandidat trat der aus Rio Grande do Sul stammende Jurist Getúlio Vargas an. Es war dies der erste Versuch, einen Brasilianer aus dem Süden zum Präsidenten wählen zu lassen und die große heterogene Koalition der Unzufriedenen sowie junge Intellektuelle mit Kontakten zum *Tenentismo* scharten sich um ihn.[91] Der *Gaúcho*[92] Vargas verlor die Wahl am 1. März 1930 mit 744.000 zu 1.097.000 Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 5,7 Prozent der Bevölkerung). Prestes' Wahlsieg trug allerdings nicht zur Beruhigung der Lage bei, vielmehr warf ihm die Opposition Wahlfälschung vor. Die Ermordung des an der Seite von Vargas aufgestellten Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten war schließlich das auslösende Element für einen Putsch. Revolutionäre Truppen setzten sich landesweit in Bewegung und das militärische Oberkommando in Rio de Janeiro enthob Washington Luis seines Amtes. Am 1. November 1930 zog Getúlio Vargas als Kommandant einer siegreichen „Revolution von oben" in der Hauptstadt ein und sollte insgesamt 19 Jahre Präsident Brasiliens bleiben.[93]

### 2.1.7 Der Estado Novo – ein neuer Staat unter Getúlio Vargas

Vargas' Usurpation des Präsidentenamtes mit Unterstützung der Armee war gleichsam der vorletzte Schritt des Militärs in das unmittelbare Zentrum der politischen Macht, ehe es 1964 selbst die Herrschaft an sich riss:

> „The Revolution of 1930, which brought an end to the First Republic and the hegemony of the São Paulo coffee oligarchy, was in no real sense a revolution at all. Getúlio Vargas, governor of Rio Grande do Sul and the defeated candidate in the elections in March, came to power in November 1930 as a result of an armed rebellion led by dissident members of the political elite, especially in Rio Grande do Sul and Minas Gerais but also São Paulo, and disaffected military officers; this triggered intervention by the federal army to remove President Washington Luis from office. It represented yet another shift in the balance of power between landed regional el-

---

91 vgl. Zoller, 241f.

92 In Brasilien ist der Terminus *Gaúcho* (in der weiblichen Form *Gaúcha*) die Eigenbezeichnung der Einwohner des südlichsten Bundesstaates Rio Grande do Sul.

93 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

ites more than the emergence of new social forces and brought the military to the centre of power, where it remained for the next 60 years."[94]

Am 3. November 1930 übernahm Vargas die Macht und leitete eine Ära ein, die von einer staatsinterventionistischen und zentralistischen Nationalisierungspolitik geprägt war. Die Verfassung der Ersten, nunmehr der Alten Republik, wurde von ihm bereits wenige Tage nach seiner Inauguration durch ein Organisationsgesetz der provisorischen Regierung de facto außer Kraft gesetzt – Vargas vereinte die Autorität des Staates nun in seiner Person. Sein sozial- und wirtschaftspolitisches Programm war auf Koalitionspartner und Gruppierungen unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung zugeschnitten. Es war dies gleichsam Vargas' politische Strategie und großes Talent: sich der Unterstützung heterogener Bewegungen und Gruppen zu versichern, diese gegeneinander auszuspielen und durch geschicktes Abwägen von widerstreitenden Interessen den größtmöglichen persönlichen Vorteil zu erlangen, ohne sich selbst auf eine Position festlegen zu müssen. Entgegen den Hoffnungen zahlreicher Liberaler, die politische Neuorientierung würde nun zu einer verstärkten Demokratisierung im Staate führen, ging die provisorische Regierung den positivistischen Weg eines autoritär-nationalistischen Staates. Föderale Prinzipien wurden frontal angegriffen, denn Vargas ließ den Kongress, die regionalen Parlamente und die Gemeindevertretungen schließen und ersetzte die Gouverneure der Bundesstaaten durch sogenannte Interventoren. Mit Hilfe eines riesigen Verwaltungsapparates, neuer Institutionen und Ministerien sowie durch Sozial- und Infrastrukturpolitik sollte auch die agrarische Gesellschaft im Hinterland von Vargas' Projekt erfasst werden. Dabei setzte der Präsident auf eine Mobilisierung der Bevölkerung, die einerseits forciert und andererseits kontrolliert wurde. Eine intensive Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Schul- und Universitätsgründungen sollten das Land nachhaltig modernisieren, zudem benötigte Vargas Intellektuelle, da er gemäß den Grundsätzen des Positivismus von der Lösbarkeit ökonomischer und sozialer Probleme mittels eines kompetenten Technokratenheeres überzeugt war. Da dieses Konzept der Nationsbildung und Modernisierung langfristig ausgelegt war, wurde im Juli 1934 eine neue Verfassung verabschiedet, die Vargas für die nächste Amtsperiode bis 1938 als Präsident Brasiliens bestätigte. Seine illegitime Position an der Spitze des Staates war somit für weitere vier Jahre gesichert.[95]

---

94 Bethell 2003, 35

95 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

Als die Wahlen von 1937 näherrückten, zu denen Vargas verfassungsgemäß nicht mehr antreten durfte, täuschte der geschickte Machtpolitiker aufgrund gefälschter Unterlagen eine kommunistische Verschwörung vor, woraufhin der Kongress den Kriegszustand sowie die Aufhebung der verfassungsmäßigen Richtlinien proklamierte. Am 10. November ließ Vargas vom Militär den Kongress auflösen und verkündete offiziell den Beginn des *Estado Novo*, des Neuen Staates, dessen autoritäre und zentralistische Verfassung er bereits im Vorfeld – der Staatsstreich scheint demnach von sehr langer Hand geplant gewesen zu sein – ausarbeiten lassen hatte. Mit der Ausrufung des *Estado Novo* wurden alle Parteien verboten, auch jene, die Vargas bis zu diesem Zeitpunkt unterstützt hatten. Es war keine Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative mehr vorgesehen. Interessanterweise kam die neue Magna Charta in der Praxis allerdings nie zur Wirkung, da der „wohlwollende Diktator“[96] bis 1945 durch Dekrete regierte.[97]

Das wesentliche politische Vermächtnis der Ära Vargas stellte eine robuste und zentralisierte Staatsstruktur dar, die ein zentrales Merkmal des interventionistischen Staates, der bis zum Ende der Militärdiktatur 1985 und der anschließenden demokratischen Konsolidierung in Brasilien die Norm blieb, war. Anfang der 1940er Jahre begann der *Estado Novo* zu wanken und die häufig gewaltsam unterdrückte Opposition wuchs kontinuierlich an. Auch in militärischen Kreisen nahm die Unruhe zu und so erzwangen die Offiziere von Vargas das Versprechen, das autoritäre Regime nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu beenden. 1945 stimmte Vargas zu, am Jahresende Präsidentschafts-, Kongress-, und Gouverneurswahlen abzuhalten. Zudem deklarierte er, nicht mehr als Kandidat antreten zu wollen. Mit der Aussicht auf die Rückkehr zur Demokratie und formale Wahlen konstituierten sich drei neue Parteien, die bis zum Militärputsch 1964 die brasilianische Innenpolitik dominieren sollten: die sich vom Regime distanzierende Nationaldemokratische Union (UDN) mit einer urbanen Basis und einer konservativ-liberalen Ausrichtung, die Sozialdemokratische Partei (PSD), welche das die Regierung unterstützende Lager repräsentierte und die von Vargas selbst ins Leben gerufene Brasilianische Arbeiterpartei (PTB), durch die er einerseits die Kontrolle über die Arbeiterschaft erlangen und andererseits der UDN potentielles Klientel entziehen wollte. Trotz seiner Zusage, Wahlen zu organisieren und selbst nicht zu kandidieren, war das Misstrauen ge-

---

96 vgl. BrasilGate, 14. 5. 2009

97 vgl. Zoller 2000, 252

genüber Vargas' tatsächlichen Intentionen groß. Als die sogenannte *Queremista*-Bewegung tatsächlich öffentlich den Verbleib des autokratischen Präsidenten zu fordern begann, wurde dieser vom Militär kurzerhand abgesetzt.[98]

Die populistischen Regime Lateinamerikas dieser Zeit definierten sich besonders durch den Aspekt der klassenübergreifenden politischen Allianzen, welche Vargas hervorragend zu schmieden verstand, und der erstmaligen Integration proletarischer Schichten wie jener der Arbeiter, um den Machterhalt zu sichern:

> „Das elitebasierte exportorientierte Wirtschaftsmodell, das die Länder Lateinamerikas als Lieferant von Primärgütern auf dem Weltmarkt auftreten ließ, war im Zuge der Weltwirtschaftskrise tief erschüttert worden. Das neue, binnenorientierte, auf importsubstituierende Industrialisierung abzielende Wirtschaftsmodell setzte sich mit einem spezifischen Typus politischer Herrschaft durch: dem lateinamerikanischen Populismus. Charismatische Führerfiguren, sowie **klassenübergreifende politische Allianzen** unter erstmaliger Integration proletarischer Schichten bilden die länderübergreifenden Kennzeichen dieses Typus."[99]

Die Wahlen für Präsidentschaft, Kongress und Gouverneursposten fanden wie geplant am 2. Dezember 1945 statt. General Dutra, der Kandidat der Vargas nahestehenden Parteien PSD und PTB, wurde mit 55 Prozent der Stimmen zum Staatschef gewählt, sein Gegner Eduardo Gomes aus den Reihen der UDN erhielt 35 Prozent. Der erfolgreichste Kandidat des Wahlganges war jedoch niemand anderer als Getúlio Vargas selbst: ohne Kampagne wurde er stante pede in sechs Bundesstaaten als Abgeordneter und in zwei weiteren, darunter Rio Grande do Sul, als Senator in den Kongress gewählt. Er nahm den Senatorensitz für seinen Heimatstaat an und blieb der Bühne brasilianischer Innenpolitik erhalten.[100]

---

98 vgl. Klein/Luna 2006, 10f.

99 Kaller-Dietrich/Mayer, 2005a, Seite 9, 3. 3. 2010 (Hervorhebung im Original)

100 vgl. Zoller 2000, 257f.

### 2.1.8 Die Zweite Republik – Instabilität und prekäre Machtverhältnisse

Die Phase zwischen 1945 und 1964 markiert jene Zeitspanne, in der Brasilien seine ersten Erfahrungen mit offener, demokratischer und kompetitiver Politik machen durfte. Gleichzeitig ereigneten sich in den Jahren 1945, 1954, 1955, 1961 und 1964 fünf erfolgreiche beziehungsweise versuchte Staatsstreiche durch das Militär, dessen politischer Aktivismus während dieser zwei Jahrzehnte stetig anstieg: „The military's role in arbitrating or moderating the political system increased as political conflict increased."[101] In der Verfassung von 1946 wurde das Militär zwar der obersten Gewalt des Präsidenten unterstellt, allerdings „innerhalb der Grenzen des Gesetzes". Diese schlüssig wirkende Einschränkung brachte den gewichtigen Nachteil mit sich, dass sie die Entscheidung, ob ein Befehl des gewählten Staatsoberhauptes als rechtmäßig angesehen wurde, der Militärführung überließ.[102] Dieser Umstand konnte nur eine erhebliche Schwächung einer westlich verstandenen demokratischen Ordnung – also des Primates der Politik über das Militär – bedeuten.[103] Alfred Stepan gibt aus diesem Grund zu bedenken, die *Coups d'État* dieser Zeit nicht lediglich als unilaterale und von der Zivilgesellschaft lösgelöste Initiativen der Armee zu betrachten. Vielmehr wurde der interventionistische Nährboden gerade durch den Umstand bereitet, dass politische Entscheidungsträger jeglicher Couleur sowie zivile Interessensgruppierungen mit Nachdruck darum bemüht waren, das Militär für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren:

> „It was seen that all the major actors in the polity utilized the military to further their own political ends, and that coups could be considered not merely as unilateral response of an arbitrary and independent military institution acting on behalf of its own institutional needs and ideology, but as a dual response of both military officers and civilians to political divisions in the society."[104]

---

101 Stepan 1974, 85

102 Zum Vergleich: die von den Militärs während der Diktatur ausgearbeitete Verfassung von 1967/69 verlangte Gehorsam gegenüber den „bestehenden Institutionen", nicht gegenüber den demokratischen Institutionen. Auf die „Grenzen des Gesetzes" wurde aus gutem Grund nicht verwiesen.

103 vgl. Heinz 2005, 33f.

104 Stepan 1974, 85

General Dutra, ehemaliger Kriegsminister von Getúlio Vargas, regierte Brasilien von 1946 bis 1951 und bescherte seinem Land im ersten Jahr seiner Amtszeit eine neue Verfassung, die zwar bis 1967 ihre prinzipielle Gültigkeit behielt, jedoch durch häufige Adaptierungen stark verwässert wurde. Sie rekonstituierte Meinungsfreiheit, individuelle Bürgerrechte und Gewaltenteilung und verlängerte die Amtszeit des Präsidenten von vier auf fünf Jahre, jedoch weiterhin ohne die Option auf eine Wiederwahl. Zudem erhielten die Bundesstaaten ihre Autonomie zurück.[105] Dennoch enthielt die Verfassung zahlreiche Unausgewogenheiten, welche eine nachhaltige Stabilität verhinderten. Vor allem das Militär blieb einer zivilen Kontrolle entzogen:

> „The distribution of seats in Congress under the 'democratic' constitution of 1946 ensured that the more conservative states of the north and northeast were overwhelmingly over-represented at the expense of the states of the south and southeast, especially São Paulo. Finally, and most important of all, the military retained its independent political power. It remained largely beyond civilian control, and without its support it was impossible for any elected president to remain in power."[106]

Die Regierung stellte sich als zutiefst konservativ heraus. Die Arbeiterbewegung war Repressionen ausgesetzt und die Kommunistische Partei wurde verfolgt und 1947 für illegal erklärt. Dutra selbst distanzierte sich zusehends von Vargas und eng mit diesem in Verbindung stehenden Gruppen. Sein Ziel war es nun, den Einfluss seines Vorgängers drastisch zu reduzieren. Die konservativ-liberale UDN ihrerseits, die Vargas' politische Gegner – es könnte auch berechtigterweise von Feinden gesprochen werden – und die meisten jener Offiziere umfasste, die für dessen Absetzung verantwortlich zeichneten, hatte gehofft, im Zuge der Präsidentschaftswahl an die Macht zu gelangen und war gescheitert. Auch die Wahlen der folgenden Jahre sollten dem oppositionellen Lager vorwiegend Niederlagen bescheren. Es war nicht zuletzt diese mangelnde Fähigkeit, Siege auf demokratische Weise zu erringen, welche die UDN schließlich dazu verleitete, militärische Interventionen zu unterstützen.[107]

---

105 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

106 Bethell 2003, 37

107 vgl. Klein/Luna 2006, 12

1951 erlebte Brasilien ein historisches Déjà-vu und eine politische Auferstehung sondergleichen: Getúlio Vargas hatte die Zeit fern der Macht genützt, um im Hintergrund seine politischen Kräfte zu reorganisieren und kehrte triumphal in den Präsidentenpalast zurück, nachdem er die Wahlen gegen Eduardo Gomes, den Dauer-Kandidaten der UDN, eindeutig für sich entschieden hatte. Er suchte nach einer breiten politischen Basis und holte Vertreter von PSD, PTB, UDN und PSP (*Partido Social Progressista*, Soziale Fortschrittspartei) in sein Kabinett. Vargas' Rhetorik war nationalistisch, seine Handlungen jedoch nun pragmatisch, so gründete er verschiedene staatliche Institutionen, die in Brasiliens Wirtschaft noch heute eine fundamentale Rolle spielen: die Nationale Entwicklungsbank BNDE, die Ölgesellschaft Petrobrás und den Stromversorger Eletrobrás. Dennoch verlor die Regierung sukzessive an Unterstützung in der Bevölkerung, während gleichzeitig der Gegenwind von Seiten der Opposition immer stärker wurde. Im Laufe der Zeit intensivierten sich zusätzlich die Spannungen zwischen Vargas und der Militärführung, die ultimativ seine Demission einforderte. Konfrontiert mit aufgedeckten Korruptionsaffären, Rücktrittsforderungen von zahlreichen Seiten und einer Armee, die bereit war, ihn ein zweites Mal abzusetzen, beging Vargas Selbstmord.[108] Er erschoss sich in der Nacht des 24. August 1954 in seinem Büro im Präsidentenpalast. und schuf ein Trauma brasilianischer Politik:

> „Die Nachricht vom Selbstmord des Präsidenten rast durch die erwachende Stadt; die Geschäftsleute, die eben ihre Läden geöffnet haben, lassen die Gitter gleich wieder herunterrasseln. Getúlio Vargas hat sich erschossen. Für einen Augenblick steht in Rio de Janeiro die Zeit still. Dann braust der Sturm los. Die Menschen laufen auf die Straße, viele weinen. Sie ziehen vor die Rathäuser, die Kirchen, vor die Zeitungsverlage und -redaktionen, die Kasernen – und vor die Botschaft der USA. Sie schlagen Scheiben zu Bruch und plündern Geschäfte; Priester werden verprügelt. Die Polizei schaut zu, die Soldaten bleiben in den Kasernen."[109]

Vargas hatte einen pathetischen Abschiedsbrief an das brasilianische Volk verfasst. Die letzten Worte des Textes, in dem er die internationalen Mächte anklagte, gegen sein freiheitsbringendes Regime gekämpft zu haben, waren: „I gave you my life. Now I offer you my death. Nothing remains. Serenely, I take my first step on the road to eternity and I leave life to enter

---

108 vgl. Zoller 2000, 260f.

109 Goerdeler, August 2004, 6. 3. 2010

history."[110] Und tatsächlich zwang Vargas mit diesem radikalen Schritt posthum seine Gegner ein letztes Mal in die Knie. Er schuf einen politischen Mythos und wurde zum Märtyrer und Nationalhelden hochstilisiert. Die öffentliche Meinung schwenkte zu seinen Gunsten um. Das Kalkül von UDN und Militär war nicht aufgegangen, sie blieben einmal mehr als Verlierer zurück, denn die Wahlen 1955 sollte mit Juscelino Kubitschek wiederum ein Vertreter von Vargas' Parteien PSD und PTB für sich entscheiden.[111]

Während Kubitscheks Amtszeit blieb die wachsende militärische Opposition eine ständige Bedrohung. Der Enkel tschechischer Immigranten und studierte Mediziner war allerdings ein geschickter Politiker und führte eine angesichts der Umstände relativ stabile und effektive Regierung durch eine vollständige Legislaturperiode – ein seltenes Phänomen in der brasilianischen Geschichte. Unter Kubitscheks Ägide wurde das bis dahin größte Fortschritts- und Industrialisierungsprogramm des Landes initiiert. Den Höhepunkt seiner Präsidentschaft bildete der Bau der neuen Hauptstadt Brasília, die im April 1960 im Hochland zwischen Minas Gerais und Goiás eingeweiht wurde. Ziel dieses Jahrhundertprojekts war es, die Entwicklung auch im bisher vernachlässigten Landesinneren voranzutreiben und die Regierung aus der Umklammerung der mächtigen südlichen Bundesstaaten zu befreien, der sie in Rio ausgesetzt war. Obgleich Kubitschek das Land durch sein ambitioniertes Programm mit einem hohen Schuldenberg zurückließ und inflationärem Druck aussetzte, wurde seine Regierungszeit als überaus erfolgreich betrachtet. Der Präsident bot UDN und Armee wenig Angriffsfläche und so war eine friedliche Nachfolge durch Wahlen gewährleistet.[112] Die ökonomischen und politischen Konsequenzen seiner Amtszeit mussten indes Kubitscheks Erben tragen. Der erste Nachfolger, Jânio Quadros[113], blieb allerdings eine kurios anmutende historische Randnote, denn er trat bereits nach wenigen Monaten im Amt zurück. Quadros versuchte in dieser kurzen Zeit, durch unpopuläre Maßnahmen die Währungsstabilität wiederherzustellen. Gleichzeitig betrieb er eine ungewöhnlich offensive Außenpolitik, positionierte Brasilien als Land der

---

110 zitiert nach Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

111 vgl. Zoller 2000, 261

112 vgl. Klein/Luna 2006, 14

113 Quadros gewann die Präsidentschaftswahlen als Kandidat einer kleinen Randpartei, die UDN unterstützte ihn allerdings in der Hoffnung, auf diese Weise schließlich an die Macht zu gelangen. Ehe er das Amt des brasilianischen Staatspräsidenten antrat, hatte Quadros eine Blitzkarriere gemacht und war Bürgermeister und Gouverneur von São Paulo gewesen.

Dritten Welt und nahm trotz seiner wertkonservativen Grundhaltung diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf.[114] Einer Beschreibung seines unorthodoxen Regierungsstils ist mit der Erwähnung dieser beiden Aspekte aber nicht Genüge getan:

> „Jánio Quadros marked his short administration with unpredictable acts and a heterodox governing style. He concentrated on absolutely irrelevant moral issues in government, and though an essentially conservative anticommunist leader with major support from the UDN, he confronted the North American government by receiving Che Guevara and awarding him a medal. [...] his manner of acting and his management skills showed his lack of preparation for such an important position, which demanded high levels of political talents for conciliation and negotiation. In August 1961, after just eight months of government, he unexpectedly – and without any logical explanation – resigned his presidency."[115]

Quadros Demission führte zu einer Staatskrise. Der verfassungsgemäße Nachfolger, Vizepräsident João Goulart (ein Mann der Linken, der unter Kubitschek bereits dieselbe Position innegehabt hatte), war von der Wirtschaft gefürchtet. Auf der Suche nach einem Kompromiss kam man zu dem Entschluss, Goulart das Amt des Präsidenten antreten zu lassen, jedoch sollte er durch die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems de facto entmachtet werden. Goulart akzeptierte diese Lösung, woraufhin der Kongress die Verfassungsänderung absegnete und das neue Staatsoberhaupt bereits wenige Tage später den Amtseid ablegen konnte. Im Jänner 1963 wurde ebendiese Änderung durch eine von Goulart initiierte Volksabstimmung (die eigentlich erst 1965 hätte stattfinden sollen) wieder aufgehoben und der Präsident war gleichzeitig wieder Regierungschef.[116] Doch seine Position war alles andere als konsolidiert: in den 1960er Jahren leistete die prekäre Kombination aus wirtschaftlichem Abschwung und Kubanischer Revolution einer Radikalisierung der politischen Kräfte in Brasilien Vorschub. Die Linke mit Goulart an der Spitze forderte einen radikalen sozialen und ökonomischen Wandel, während die Rechte (die neben führenden Militärs, vielen Gouverneuren und ihrem kirchlich-konservativen Stammklientel mittlerweile auch große Teile der urba-

---

114 vgl. Zoller 2000, 265f.

115 Klein/Luna 2006, 15

116 vgl. Zoller 2000, 266f.

nen Mittelklasse umfasste) bereit war, einen militärischen Staatsstreich zu unterstützen, so sich dies als der einzige Weg herausstellen sollte, den linken Kräften Einhalt zu gebieten:

> „Overestimating the strength of the forces for change and underestimating the strength of the existing power structure, civilian and military, and its unity and decisiveness when its interests came under threat, President João Goulart (1961-64) attempted to create an opening to the Left. The result was his overthrow by the military [...], bringing to an end Brazil's post-war 'experiment with democracy'."[117]

Am 31. März 1964 stürzte ein von den USA und vom internationalen Großkapital unterstützter Putsch durch die von den nationalen Eliten auf den Plan gerufene Armee die reformwillige und demokratisch legitimierte Regierung Goularts und beendete somit die Zweite Republik Brasiliens.[118] Hatten sich die Streitkräfte in der Vergangenheit nach den zahlreichen von ihnen angeführten politischen Interventionen und einem erfolgreichen Regierungswechsel in ihrem Sinne in der Regel wieder zurückgezogen, so übernahmen die Generäle diesesmal selbst die Macht und errichteten eine zwei Jahrzehnte währende Militärdiktatur.

### 2.1.9 Die Zeit der Militärdiktatur – Sicherheit und Entwicklung

Das Heer nahm an jeder entscheidenden Wendung der brasilianischen Geschichte Anteil und war stets ein bestimmender Faktor in Zeiten der Krise. Die alte Armee Fonsecas und Peixotos hatte 1889 die Erste Republik aus der Taufe gehoben, ehe sie die Regierungsgeschäfte an Zivilisten übertrug. 1930 war das Heer maßgeblich daran beteiligt, der oligarchischen Republik ein Ende zu bereiten, 1937 unterstützte es die Machtergreifung und anschließende Installierung des *Estado Novo* von Getúlio Vargas. Dieselbe Armee schob dem autoritären Experiment 1945 einen Riegel vor und setzte den Politiker aus Rio Grande do Sul ab, um einem demokratischen System Platz zu machen, das es 1964 für mehr als zwanzig Jahre wieder stürzen sollte. Wirft man einen genauen Blick auf die sechs militärischen Interventionen in Brasilien seit 1930, so ist auffällig, dass sich vier Staatsstreiche (1937, 1954, 1961 und 1964) gegen

---

117 Bethell 2003, 37

118 vgl. Calcagnotto 1996, 180

pluralistische Demokratien richteten und lediglich zwei (1945 und 1955) der Aufrechterhaltung konstitutionell legalisierter Systeme dienten.[119] Aus seinem historisch gewachsenen Selbstverständnis heraus definierte sich das Militär in der Nachfolge des Kaisers als die ausgleichende Gewalt, die *poder moderador*, welche das Gleichgewicht im Staat aufrechterhalten musste:

> „This series of pressures and regulating coup-like interventions in alternative directions seems to support the thesis of a 'moderating power' that the army is supposed to have inherited from the emperor and exercised until 1964. This role, which is difficult to define legally, consists in avoiding crises, reestablishing political equilibrium, and 'correcting' the legal authorities and national representatives when they act in opposition to the real relations of force and de facto authorities. It is a 'power that is not active, not creative, that preserves and reestablishes'; it maintains 'order' and guarantees 'progress' in accordance with the national motto *[„Ordnung und Fortschritt", Anm. d. Verf.]*."[120]

Den konzeptionellen Hintergrund für die vom Heer betriebene Militarisierung der Politik bildete die Doktrin der „Nationalen Sicherheit". Die beiden Hauptziele der Militärregierung waren dementsprechend Sicherheit und Entwicklung, die im Wahlspruch *Segurança e Desenvolvimento* ihren Ausdruck fanden. „Sicherheit" bezog sich hierbei auf den Bestand der und die Machtverteilung zwischen den Institutionen sowie darauf, die Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten und Legitimität für die Junta zu schaffen. Als Aufgabe der „Entwicklung" wurden das Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistung, der steigende Einfluss des Staates und zunehmend das internationale Prestige Brasiliens angesehen. Konkrete Zukunftspläne des Regimes blieben jedoch in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens stets vage. Viel gewichtiger waren die vergangenheitsbezogenen Verweise auf das zurückliegende und durch die militärische Machtübernahme überwundene politische Chaos sowie die vom Militär gewährleistete Sicherheit der ökonomischen Entwicklung. Die Struktur des neuen Regimes war gemäß realistischer Paradigmatik primär von drei Faktoren gekennzeichnet[121]:

---

119 vgl. Rouquié 1982, 277f.

120 Rouquié 1982, 278

121 vgl. Moltmann 1989, 89ff.

- Die Organisation der politischen Machtverhältnisse wurde auf die Staatsspitze hin konzentriert. Wahlen standen nicht mehr im Zeichen des Wettbewerbs, sondern beschränkten sich auf innen- wie außenpolitische Alibiveranstaltungen und Mobilisierungskampagnen.
- Staat und Nation als Maßstab und Norm für politisches Handeln erhielten den höchsten Rang. Deren Gefährdung und Sicherheit wurden ausschlaggebend für den von Militärs dominierten politischen Entscheidungsprozess.
- Die politische Realität wurde national wie international vor allem als Konflikt wahrgenommen. Gewalt galt als angemessenes Instrument, diese Auseinandersetzung erfolgreich zu bewältigen.

Von 1964 bis 1967 regierte General Humberto Castelo Branco. Der Präsident ging fortan stets aus einem illustren Kreis der militärischen Elite hervor, da die Direktwahl des Amtes außer Kraft gesetzt worden war. Bereits wenige Tage nach der Machtübernahme rollte eine Welle der Gewalt durch das Land: etwa 50.000 Oppositionelle und der Subversion Verdächtigte – unter ihnen Gewerkschaftsführer, Politiker, Führer katholischer und kommunistischer Organisationen und studentischer Gruppen – wurden bis 1979 interniert, zahlreiche andere gingen ins Exil. Über 9000 Staatsbedienstete und Offiziere wurden entlassen und hochrangige Politiker ihrer Rechte beraubt. Terror und Gewalt waren dem Regime immanent und erlebten ihren Kulminationspunkt in den Jahren General Médicis zwischen 1969 und 1973.[122] Die Verfassung wurde mittels sogenannter „Institutioneller Akte“ modifiziert, so gab der „1. Institutionelle Akt“ (AI-1) dem Präsidenten unmittelbar nach dem Putsch 1964 die Möglichkeit, gewählten politischen Volksvertretern das Mandat abzuerkennen. Durch den „2. Institutionellen Akt“ (AI-2) im Jahr darauf wurden die bestehenden Parteien aufgelöst und ein künstliches Zweiparteiensystem kreiert, welches im offiziellen Sprachjargon als „relative Demokratie“[123] tituliert wurde. Alle politischen Amtsträger mussten innerhalb einer 45tägigen Frist die Entscheidung treffen, ob sie der Regierungspartei *Aliança Renovadora Nacional* (ARENA) oder der oppositionellen *Movimento Democrático Brasileiro* (MDB) angehören wollten, wobei die

---

122 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

123 Das russische Herrschaftssystem der Gegenwart unter dem Tandem Medwedjew/Putin wird vergleichsweise als „gelenkte Demokratie“ bezeichnet.

Haltung der Junta gegenüber der MDB zwischen Repression und Förderung schwankte, um politischen Protest zu kontrollieren und zu kanalisieren.[124]

1967 übernahm General Artur da Costa e Silva das Präsidentenamt. Unter seiner Herrschaft implementierte die Regierung 1968 den „5. Institutionellen Akt“ (AI-5), der dem Präsidenten die bislang größte Machtfülle zubilligte: er verfügte nun über Teile der Legislative, konnte Richter absetzen, die politischen Rechte jedes Staatsbürgers für die Dauer von zehn Jahren aussetzen und Disziplinarverfahren einleiten. Die alte republikanische Verfassung war faktisch aufgehoben und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten wurden mit dem AI-5 erheblich eingeschränkt.[125] Als Costa e Silva im August 1969 einen Schlaganfall erlitt, übernahmen die Militärminister kollektiv die Präsidentschaft, der eigentliche Vizepräsident Pedro Aleixo, ein Zivilist, wurde in der Nachfolge schlicht übergangen, da er durch seine Ablehnung des AI-5 in Ungnade gefallen war. Im Oktober kehrte man jedoch zum Prinzip des starken Mannes zurück und etablierte mit General Emílio Garrastazu Médici den Kommandanten der I-II. Armee als Präsidenten, einen Verfechter der „harten Linie“ (*Linha Dura*). Nur wenige Tage später wurde unter dem Namen „Konstitutionelle Ergänzung Nr. 1“ eine neue Verfassung erlassen, die 27 Zusätze erfuhr, ehe 1988 die Verfassung der Neuen Republik verabschiedet wurde. Die Regentschaft Médicis sah einerseits den Höhepunkt des sogenannten *Milagre Brasileiro,* des brasilianischen Wirtschaftswunders[126], auf der anderen Seite aber zivilen Terror und staatlichen Gegenterror. In keiner Phase der Militärdiktatur war das Regime repressiver als in den fünf Jahren unter dem Hardliner Médici, in denen Hunderte angeblich kriminelle Menschen von staatlich legitimierten Todesschwadronen, den *Esquadrões da Morte,* liquidiert wurden.[127]

---

124 vgl. Kaller-Dietrich/Mayer, 2005b, 3. 3. 2010

125 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

126 Brasilien erlebte ab 1968 einen ökonomischen Aufschwung, der bis zur Ölkrise 1973 anhielt und von Wirtschaftswachstumsraten von über 10 Prozent pro Jahr gekennzeichnet war. Allerdings profitierten lediglich die Mittel- und Oberschicht von der Hochkonjunktur. Ungleiche Einkommensverteilung, galoppierende Inflation und eine drastisch gestiegene Auslandsverschuldung führten schließlich zu einem Scheitern der dirigistischen Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur.

127 vgl. Zoller 2000, 282ff.

> „President Médici's term would be the most closed and repressive of the military regime. He governed from October 1969 until March 1974. These would be the years of major euphoria in economy with high growth rates. [...] These results gave the government a relatively popular acceptance despite its ferocious censorship, repression and constant violation of individual rights. In contrast to other military presidential periods, the Médici administration used mass communication intensively to sell the image that Brazil was a rapidly progressing country that was quickly becoming a world power."[128]

Politische Öffnung (*Abertura*) und Entspannung (*Distensão*) leitete erst Médicis Nachfolger, der deutschstämmige General Ernesto Geisel, ab 1974 ein. Geisel galt im Gegensatz zu seinem Vorgänger als Proponent der „weichen Linie" (*Linha Branda*), obgleich auch er zuweilen heftig auf Widerstand reagierte und noch 1993 in einem Interview mit Historikern davon sprach, dass die Anwendung von Folter in gewissen Fällen, so etwa zur Geständniserpressung, sinnvoll und notwendig gewesen wäre. In den Jahren seiner Präsidentschaft, 1974 bis 1979, begannen sich die Interessen der Zivilgesellschaft deutlich zu artikulieren. Die heterogene Opposition, die sich aus Privatunternehmern, Arbeitern, Gewerkschaften, Intellektuellen und der katholischen Kirche zusammensetzte, erstarkte zusehends. Soziale Bewegungen flammten ausgehend vom Industrieproletariat auf und sorgten für eine illegale Streikbewegung, die durch ihre Geschlossenheit und Dimension große Teile der brasilianischen Gesellschaft hinter sich zu vereinen vermochte, was ein militärisches Eingreifen unmöglich machte.[129] Nicht zuletzt hatte die Bewegung der *Música Popular* mit Protagonisten wie Caetano Veloso, Milton Nascimento, Maria Bethânia oder Chico Buarque wesentlichen Anteil an der *Abertura*. Sie repräsentierte durch ihre Musik vor allem in den 1970er Jahren für eine breite Öffentlichkeit die Stimme eines verschlüsselten Widerstandes, so beispielsweise in Chico Buarques Lied *Pai, afasta de mi esta cálice* – „Vater, lass diesen Kelch an mir vorübergehen". Aufgrund der Homophonie des Wortes *cálice* (Kelch) mit der Imperativform *cale-se* (Halt den Mund!) kam der Zeile eine codierte Doppelbedeutung zu: „Vater, lass dieses ‚Halt den Mund!' an mir vorübergehen."[130] Eine zwar überaus subtile, aber eben dennoch akustisch omnipräsente und somit unterschwellig wirksame Regimekritik.

---

128 Klein/Luna 2006, 20

129 vgl. Kaller-Dietrich/Mayer, 2005b, 3. 3. 2010

130 vgl. Nitschack 1996, 251

Der von Geisel selbst forcierte Nachfolger und gleichzeitig letzte militärische Machthaber vor der Redemokratisierung war General João Baptista Figueiredo. Auch er vertrat die *Linha Branda* und somit bedeutete die Annahme seiner Wahl durch die militärische Führungsriege die endgültige Niederlage für die Falken unter den Offizieren. Figueiredo trat sein Amt im März 1979 mit dem festen Vorhaben an, den Öffnungsprozess, an dessen Ende die Machtübergabe an eine zivile Regierung stehen sollte, allen Widerständen zum Trotz weiterzuführen: „Figueiredo's government faced the need of a brutal recessive adjustment, without foreign support. In addition, the deterioration of economy caused the complete deterioration of the political scene. Nonetheless, the path to democratization was maintained, under strong and constant political pressure of the civil society."[131] Die Streitkräfte konnten zu diesem Zeitpunkt im Grunde keine Alternative mehr zu der sich abzeichnenden Demokratisierung aufweisen, wollten sie den Ruf ihrer Institution nicht noch schwerer und dauerhaft schädigen: ihre Wirtschaftspolitik war ins Stottern geraten, die Inflation galoppierte, der Schuldenberg drohte den Staat zu erdrosseln und der soziale wie auch politische Gegenwind waren übermächtig geworden.[132] Zwei von Figueiredos ersten Maßnahmen unterwarfen die innenpolitischen Gegebenheiten sodann auch rasch einer Veränderung: zum einen trat im August 1979 ein Amnestiegesetz in Kraft, das politisch verfolgten Personen Begnadigung zukommen ließ. Führende Oppositionelle kehrten unverzüglich aus dem Exil nach Brasilien heim. Zum anderen ermöglichte Figueiredo infolge des wachsenden Drucks und in einem Versuch, die absehbare Demokratisierung unter Kontrolle zu halten, die Wiederzulassung und Neugründung unabhängiger politischer Parteien. Die bestehenden regimegesteuerten Fraktionen ARENA und MDB wurden dabei aufgelöst und in PDS (*Partido Democrático Social*) und PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*) transformiert. Eine wirkliche Neugründung war allerdings die PT (*Partido dos Trabalhadores*, Arbeiterpartei) unter der Führung des Gewerkschafters Luiz Inácio „Lula" da Silva, die neben zahlreichen inkonsistenten und verwechselbaren Parteien, die jener Zeit entsprangen, eine veritable Innovation auf der politischen Bühne bedeutete, da sie über eine gut strukturierte Organisation und eine kohärente Ideologie und Programmatik verfügte.[133]

---

131 Klein/Luna 2006, 20

132 Rey 2006, 172

133 vgl. Zoller 2000, 294ff.

Bei den Wahlen 1982 umfasste das politische Spektrum bereits über zwanzig Parteien und die Opposition stellte bei Wahlen zehn der 22 direkt gewählten Gouverneure, die Regierungspartei PDS (vormals ARENA) wiederum verlor im Parlament ihre absolute Mehrheit, was die Junta ihrer Kontrolle über den Liberalisierungsprozess faktisch beraubte. Ständiger Protest aus den Reihen des Volkes wurde nun die Norm und so ereigneten sich 1983/84 mit der unter dem Motto *Diretas Já!* (Direkte Präsidentschaftswahlen jetzt!) stehenden Kampagne die außergewöhnlichsten Großkundgebungen der Demokratiebewegung.[134] Präsident Figueiredo war es zwar in diesem Umfeld nicht möglich, innenpolitisch die Zügel in der Hand zu behalten und seine Nachfolge unmittelbar zu steuern, doch gelang es dem Regime zumindest, die geforderten direkten Präsidentschaftswahlen abzuwenden und das Staatsoberhaupt stattdessen in einem manipulierten Wahlmännergremium küren zu lassen. Dennoch sollten sich die Wahlen für das Militär als unerfreuliche Überraschung herausstellen, denn die regimetreue PDS konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, woraufhin sich eine Gruppe von Parlamentariern unter der Führung des PDS-Vorsitzenden José Sarney abspaltete und die FL (*Frente Liberal*, Liberale Front) gründete. Durch dieses Manöver wurde am 15. Jänner 1985 unerwarteterweise der Oppositionskandidat Tancredo Neves mit der klaren Mehrheit von 480 zu 180 Stimmen zum Präsidenten Brasiliens gewählt. Der abtrünnige PDS-Politiker Sarney, der Neves unterstützt hatte, wurde Vizepräsident.[135] Mit Neves kehrte ein Zivilist in die erste Reihe zurück, der bereits unter Vargas Minister und unter Goulart Ministerpräsident gewesen war, der politische Kreis hatte sich allen militärischen Interventionen zum Trotz geschlossen. Erstmals seit über zwei Jahrzehnten übernahm wieder eine zivile und demokratisch (aber noch nicht direkt vom Volk) gewählte Regierung die Amtsgeschäfte:

> „Tancredo's overwhelming victory in the electoral college showed the dominant political aspirations of the Brazilian political elite and implicitly expressed the hegemonic project that would prevail over the next presidential period: to build a New Republic – a democracy that would not restrict popular movements and organisations and that held up a renewed national-developmentalism as its economic orientation, willing to combine growth with income redistribution."[136]

---

134 vgl. Sallum Jr., 180ff.

135 vgl. Klein/Luna 2006, 26

136 vgl. Sallum Jr., 182

Zu ihren Gunsten konnten die Generäle am Ende ihres autoritären Projekts anführen, die Industrialisierung Brasiliens entschlossen fortgesetzt zu haben, entgegen allen wirtschaftlichen und finanziellen Fremdabhängigkeiten auf der Suche nach eigenen technologischen Kompetenzen beachtliche Fortschritte erzielt zu haben und ihrer Nation den außenpolitischen Schritt vom US-Vasallen zum selbstbewussten Schwellenland ermöglicht zu haben. Anzukreiden sind ihnen neben Kapitaldelikten wie Repression und Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folter und Mord vor allem noch ökonomische Defizite: Korruption, Überschuldung und die Unfähigkeit, aus dem Mechanismus der monetären Indexierung (der automatischen, periodischen Anpassung von gewissen Preisen, Mieten und öffentlichen Tarifen) auszusteigen, als der Moment dazu günstig war. Solange die Inflation bis 1973 eine sinkende Tendenz aufgewiesen hatte, mochte die Indexierung für die Wirtschaft ein positiver Faktor gewesen sein. Als sich jedoch der Preisauftrieb infolge der Ölkrise im selben Jahr und der Verschuldung wieder beschleunigte und die unterdrückende Macht des Regimes gleichzeitig schwand, konnte sie nur alle Übel verschlimmern.[137]

### 2.1.10 Die Dritte Republik – Redemokratisierung und Konsolidierung

Das Militär hatte 1964 die Führung Brasiliens in einer Krise an sich gerissen. 21 Jahre später ließen die Generäle Staat und Wirtschaft in einer größeren Krise zurück. Sie übertrugen die Verantwortung nicht nur wieder an Zivilisten, sie gaben sie – Kuriosum der Geschichte – vielmehr jenen Personen, die sie im Zuge ihres Staatsstreichs zwei Dekaden zuvor aus der Politik verbannt hatten, den ideologischen Erben von Vargas, Kubitschek und Goulart. Dennoch oder gerade deswegen wurden mit der Amtsübernahme Tancredo Neves' große Hoffnungen verbunden. Der unerwarteten Wendungen war nach dem überraschenden Wahlsieg der Opposition allerdings noch nicht Genüge getan: der 75jährige Neves erkrankte einen Tag vor seiner offiziellen Amtsübernahme und wurde ins Krankenhaus eingeliefert, wo er wenige Wochen später, ohne vorher den Amtseid ablegen und sein Amt antreten zu können, am 21. April 1985 starb.[138] Der plötzliche Tod des designierten Präsidenten führte zu einer bizar-

---

137 vgl. Rey 2006, 172

138 Neves hatte seine Krankheit lange verschwiegen, um noch vor der notwendigen Operation als Präsident angelobt zu werden. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus wurde er aufgrund eines Magengeschwürs innerhalb von 38 Tagen sieben Mal operiert. Er starb schließlich an Infektionen, die er sich im

ren innenpolitischen Situation, denn verfassungsgemäß war Neves' Nachfolger sein Stellvertreter José Sarney, der sich nun in einer zutiefst zerrissenen Position wiederfand: er war wenige Monate vorher noch Vorsitzender der Regimepartei PDS gewesen und konnte somit kaum als Vertreter der neuen Kräfte auftreten; andererseits sahen die Militärs in ihm einen Dissidenten und Verräter, der sich opportunistisch auf die Seite der Opposition geschlagen hatte. Sarney aber war fest entschlossen, die ihm so unerwartet zugefallene Aufgabe anzunehmen. Sein Vorgänger und langjähriger politischer Weggenosse Figueiredo weigerte sich verbittert, die Amtsgeschäfte persönlich an ihn zu übergeben und verließ den Präsidentenpalast durch einen Nebenausgang – ein symbolträchtiger Abgang des Militärregimes nach seiner über zwei Jahrzehnte währenden diktatorischen Herrschaft.[139] Zwar war Sarney nun Präsident Brasiliens, doch seine politische und moralische Legitimation war äußerst fragil:

> „In fact, Sarney inaugurated his government without any clear programme. His political weakness was evident: he was marked by his former links with the military regime, had not been elected by popular vote and was not attached to the party that was expected to lead the new government (the PMDB). His legitimacy was easily questioned, and the administration was vulnerable to all kinds of pressure, from the heterogeneous and competing political forces that composed his government to the opposition parties and organised sectors of civil society demanding social democracy."[140]

Sarneys Regierungszeit von 1985 bis 1990 wird in der Geschichtsschreibung ambivalent beurteilt: während manche Stimmen davon sprechen, dass der Einfluss diktatorischer Politik in seiner Person den Übergang zu wirklich demokratischen Verhältnissen deutlich erschwerte[141], vermögen andere dieser Legislaturperiode durchaus Positives abzugewinnen: „Those who were anticipating simply a continuation of military rule by other means were, however, confounded. Sarney, despite some delaying tactics, presided over a genuine transition to democracy, culminating in the presidential elections of 1989 based on universal suffrage."[142] Zahl-

---

Zuge dieser Eingriffe zugezogen hatte. Zwar nährte sein Tod naturgemäß zahlreiche Gerüchte und Verschwörungstheorien, doch bleiben bei seriöser Betrachtung letztlich wohl nur Zweifel an den Standards medizinischer Versorgung sogar für Brasiliens Elite.

139 vgl. Zoller 2000, 298f.

140 D'Alva Kinzo/Dunkerley 2003, 5

141 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

142 Bethell 2003, 38

reiche Verordnungen, die eine breite politische Partizipation des Volkes bislang verhindert hatten, wurden sofort zu Beginn seiner Präsidentschaft abgeändert: „The first half of 1985 saw the introduction of the following: a) direct elections over two rounds for the presidency; b) direct elections for the state capitals [...]; c) the Federal District would be represented in the House of Deputies and in the Federal Senate; d) voting rights for the illiterate; e) freedom of party organisation, even for communists; and a slew of other minor alterations in the same direction."[143] Von manchen politischen Beobachtern wird Sarney als jener Mann betrachtet, der den demokratischen Transitionsprozess einem erfolgreichen Ende zuführte: „[H]is administration undoubtedly represented a major development in the final consolidation of the democratic process. One may say that the long transition, started during Geisel's government and continued during Figueiredo's, would be completed in the Sarney period."[144] Ebenfalls in seine Amtszeit fiel die Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung, die am 5. Oktober 1988 verabschiedet wurde und bis zum heutigen Tag ihre Gültigkeit behalten hat:

> „Die 559 verfassungsgebenden Abgeordneten und Senatoren tagten 19 Monate lang (613 Arbeitstage), hielten 21.000 Reden, die Sitzungsprotokolle füllen 100 Bände. Aus der Bevölkerung wurden insgesamt 61.142 Änderungsvorschläge eingebracht und in den 24 Subkommissionen diskutiert. Auch erschien eine Reihe nicht-offizieller Verfassungswerke, die von angesehenen Juristen, Parteien oder Senatoren entworfen worden waren. Die *Constituinte*[145] machte täglich Schlagzeilen auf den Titelseiten der Tagespresse. Am Ende hatte das Graphische Zentrum des Senats 1400 Tonnen Papier verbraucht und dafür ca. 300 Millionen US-$ benötigt."[146]

Die Verfassung beschnitt den Einfluss der Regierung, stärkte Parlament und Justiz und dezentralisierte die Macht zugunsten der Gemeinden. Das Wahlrecht wurde auf 16 Jahre herabgesetzt und das Streikrecht ausgebaut. Erstmals wurde (zumindest auf dem Papier) das nationale Naturerbe wie Amazonasgebiet oder Pantanal[147] respektiert, gleichsam wurde der Schutz

---

143 Sallum Jr. 2003, 183

144 Klein/Luna 2006, 27

145 *Constituinte* ist der portugiesische Name der verfassungsgebenden Versammlung.

146 Paul 1994, 200

147 Das südamerikanische Pantanal (portugiesisch für „Sumpf") ist mit einer Fläche von etwa 230.000 km² eines der größten Binnenlandfeuchtgebiete der Erde. Obwohl das artenreiche Sumpfbiotop unter Natur-

der indigenen Völker festgeschrieben. Pressezensur wurde verboten und die Amtsdauer des Präsidenten auf fünf Jahre (später wurde dieser Zeitraum auf vier Jahre verkürzt) ohne Wiederwahl festgesetzt.[148] Ungeachtet all dieser wichtigen Errungenschaften hatte die Magna Charta von 1988 den schalen Beigeschmack, dass es den entthronten Streitkräften gelungen war, sich in drei wichtigen Punkten durchzusetzen: bei der Festlegung auf ein Präsidialsystem anstelle einer parlamentarischen Struktur, bei der Aufgabenbestimmung der Streitkräfte im Verfassungstext und bei der Regelung der Amnestie für Soldaten. Den Jahren der Diktatur spottend war das Militär nach wie vor bestrebt, seine traditionelle Rolle als „Hüter der Verfassung“ zu wahren und weiterhin als politischer Akteur betrachtet und respektiert zu werden.[149]

Während die Verfassung trotz ihrer nicht zu leugnenden Defizite als Erfolg betrachtet werden kann, war Sarneys ökonomisches Vermächtnis eindeutig problematisch: in seinem ersten Regierungsjahr wuchs die brasilianische Wirtschaft dank der Exporte zwar um exorbitante acht Prozent, allerdings stieg im selben Zeitraum auch die Inflation auf 235 Prozent an. Ende 1988 hatte sie sich trotz Inflationsbekämpfung vervierfacht und war mit 1038 Prozent erstmals vierstellig, ein Jahr später erreichte sie unglaubliche 1783 Prozent. Brasilien sah sich der Gefahr einer Hyperinflation ausgesetzt, das lange anhaltende Wirtschaftswachstum war der Stagnation gewichen und Sarneys Popularität auf Tiefstwerte gesunken. Da sich der Präsident mit einer Beschränkung seiner ursprünglich auf sechs Jahre anberaumten Amtszeit auf fünf Jahre einverstanden erklärt hatte, war die inflationäre Bedrohung das wesentliche Erbe, welches er seinem Nachfolger hinterließ.[150]

Zu Recht kann festgehalten werden, dass es zwar Wahlen ohne Demokratie, allerdings keine Demokratie ohne Wahlen geben kann: „There can be elections without democracy but there cannot be democracy, at least not liberal representative democracy, without elections.“[151] Da Brasilien nun den Anspruch stellte, eine liberale, repräsentative Demokratie westlicher Prä-

---

schutz steht und im Jahr 2000 von der Unesco zum Weltnaturerbe erklärt wurde, ist es durch Industrialisierung und Rodung akut gefährdet.

148 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

149 vgl. Moltmann 1994, 235

150 vgl. Zoller 2000, 299ff.

151 Bethell 2003, 29

gung zu sein, fanden 1989 das erste Mal seit fast dreißig Jahren wieder direkte Präsidentschaftswahlen statt. Diese waren bereits am Ende der Militärdiktatur von der Demokratiebewegung gefordert, damals aber noch vom Regime abgeblockt worden. Zudem repräsentierten diese Wahlen gleichsam den endgültigen Abschluss der politischen Öffnung und Redemokratisierung, die 1974 unter General Geisel initiiert worden waren. Mehrere Studien liefern Anhaltspunkte dafür, dass sich die demokratische politische Kultur in Brasilien im Rahmen eines erstaunlich autonomen Spielraums bereits zu Zeiten der Diktatur kontinuierlich ausbreitete[152]:

1. Als Reaktion auf den Anfang der 1970er Jahre gegen die Opposition offen ausgeübten Staatsterror gewann die Forderung nach Wiedereinführung formal demokratischer Rechte allgemein an Akzeptanz.
2. Mit der *Abertura* ab 1974 drückten auch die ökonomischen Eliten zunehmend ihren Unmut über das seit Ende 1973 rezessive Wirtschaftswachstum aus.
3. Die soziale und ökonomische Modernisierung brachte neue soziale Kräfte mit sich und transformierte Brasilien zu einer urbanen Gesellschaft, in der sich Schulbildung grosso modo verallgemeinerte und die Medienindustrie mit der Schaffung eines enormen Informationsmarktes eine erhebliche Einflussposition erlangte (dieser letzte Aspekt sollte für den Ausgang der Wahlen 1989 mitentscheidend sein).
4. Im Rahmen des von den Militärs zugelassenen semikompetitiven Wahlsystems fanden regelmäßig Parlamentswahlen statt, die zu einer Infragestellung des Regimes an sich führten und der Stimmabgabe einen plebiszitären Charakter verliehen. Diese Entwicklung spaltete die herrschenden Eliten und die Junta musste laufend Legitimationsverluste hinnehmen.

Die in Meinungsumfragen voranliegenden Favoriten waren 1989 Leonel Brizola (PDT, *Partido Democrático Trabalhista*, Demokratische Arbeiterpartei) und Lula (PT), beides Kandidaten der Linken, welche in den Reihen der Eliten und Mittelklasse Besorgnis hervorriefen. Gewonnen wurden die Wahlen indes von einem bis dahin weitgehend unbekannten Politiker, der sich im zweiten Wahlgang gegen Lula durchgesetzt und es geschickt verstanden hatte, durch sein Charisma eine Lobby von einflussreichen Unterstützern hinter sich zu versammeln:

---

[152] vgl. Calcagnotto 1994, 176f.

> „Fernando Collor de Mello – young, energetic, psychologically unstable and corrupt (as we know now), a hitherto virtually unknown politician from the poor northeast state of Alagoas with no significant party behind him. He proved attractive to the dominant class, which, after the 21-year military dictatorship, had no credible candidate of its own; to the poor who were susceptible to his populist appeal; to some sections of the middle class; and, to their lasting shame, to some intellectuals."[153]

Fernando Collor de Mello war erst drei Jahre zuvor als Kandidat der PMDB zum Gouverneur von Alagoas gewählt worden. Als er seine Kandidatur für die Präsidentschaft bekanntgab und für diesen Zweck eine neue Partei, die marginale PRN (*Partido de Reconstrução Nacional*, Partei des nationalen Wiederaufbaus) gründete, nahm dies in Brasilien niemand ernst. Dass er dennoch siegreich aus den Wahlen hervorgehen konnte, ist primär zwei Faktoren geschuldet: zum einen stellten sich ihm – abgesehen von Lula, der damals ebenfalls noch mit dem Nimbus des aufstrebenden Newcomers behaftet war – anachronistische Gegenkandidaten in den Weg, die mehr die Vergangenheit als die Zukunft repräsentierten. Zum anderen, und vermutlich noch gewichtiger, wurde Collors Wahlkampf von Roberto Marinho, dem Herrn des mächtigen brasilianischen Medienimperiums *Rede Globo*, unterstützt:

> „TV Globo's *Jornal Nacional*, the main TV news bulletin in the country, also shaped the outcome of the 1989 presidential election in important ways. One of the most important and controversial aspects of TV Globo's role in the election was the editing of the second of the two debates between Collor and Lula by *Jornal Nacional*. [...] [T]he way that the most popular news programme edited and evaluated the candidates' performances became a central issue. The day after the debate TV Globo's lunchtime news programme, *Jornal Hoje*, presented a balanced evaluation of the event. Nevertheless, the prime time *Jornal Nacional*, which has a much broader audience, broadcast a quite different edited version of the debate. Collor not only appeared more frequently (eight times, one more than Lula), but spoke more (3 minutes and 34 seconds, compared to Lula's 2 minutes and 22 seconds), and Lula was shown in some of his most insecure and hesitant moments. Although it is hard to measure the impact of *Jornal Nacional*'s editing of the debate, polls conducted immediately after it suggest that it had an important effect in a very close election."[154]

---

153 Bethell 2003, 38

154 Porto 2003, 299

Der Wahlprozess repräsentierte daneben auch einen Markstein in den ideologischen Positionierungen des polarisierten brasilianischen Parteienspektrums. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Konfrontation zwischen demokratischer und autokratischer Ausrichtung, welche das System seit der unter General Geisel begonnenen *Abertura* charakterisiert hatte, weniger prägend. Die politischen Kräfte reorganisierten sich stattdessen entlang neuer Trennlinien, die vorwiegend in der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Markt bestanden. Collor selbst war ein Politiker, der mit neoliberalem Gedankengut identifiziert wurde, so stellten die Wahlen von 1989 für Brasilien einen historischen Wendepunkt zwischen zwei Epochen in der politischen Transformation des Landes dar: jener vergangenen Ära, in der Demokratisierung höchste Priorität hatte, und jenem neuen Abschnitt, in dem der wichtigste Aspekt politischen Wandels in der ökonomischen Liberalisierung bestand.[155]

Als Collor seine Regierung bildete, herrschte in Brasilien eine nahezu chaotische Situation: die Inflation belief sich im Februar 1990 auf 72,78 Prozent (über zwölf Monate gerechnet auf 2751,34 Prozent) und die Wirtschaftsleistung sank um 4,3 Prozent. Es herrschte ein Klima der Unsicherheit im Land, was den neuen Präsidenten dazu veranlasste, sich zunächst vorwiegend in symbolischen Handlungen zu ergehen (Verminderung der Zahl der Ministerien von 23 auf 12; Verkauf von Wohnungen, Landhäusern und Fahrzeugen der Regierung; Kürzung von Subventionen). Doch bereits sein erster konkreter Akt, der zur Inflationsbekämpfung gedachte *Plano Brasil Novo,* rief einen veritablen Sturm der Entrüstung hervor: die Regierung fror temporär Bank- und Sparguthaben ab einer gewissen Höhe (umgerechnet etwas über 200 Euro) ein, um den Geldumlauf zu vermindern. Mit diesem Schritt traf Collor die Mittelschicht ins Herz; er versuchte, die Inflation auf einen Schlag zu beseitigen, doch sein ambitioniertes Programm scheiterte. Es stürzte Brasilien vielmehr in eine jahrelange Rezession, ohne die Inflation einzudämmen.[156] Collor war jener Politiker, der in Brasilien den neoliberalen *Washington Consensus* implementierte: er öffnete den brasilianischen Markt nach außen und forcierte Deregulierung und Privatisierung. Sein Vorteil war es hierbei, keiner großen Partei oder sonstigen Interessensgruppe anzugehören, dadurch fühlte er sich in der Lage, fundamentale ökonomische Reformen in Angriff zu nehmen. Problematisch waren allerdings auf der anderen Seite seine daraus resultierende politische Isolation, ein autoritärer Regierungsstil und

---

155 vgl. Sallum Jr. 2003, 186f.

156 vgl. Zoller 2000, 303f.

die kontinuierliche Verschlechterung der Wirtschaftslage.[157] Collors kurze Amtszeit von zweieinhalb Jahren war darüber hinaus reich an Skandalen, in den Schatten gestellt wurde alles jedoch von der Aufdeckung seines aus Alagoas nach Brasília mitgebrachten Korruptionssystems. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde der erste direkt gewählte Präsident seit den Zeiten der Militärdiktatur am 2. Oktober 1992 vom Abgeordnetenhaus für 180 Tage suspendiert. Kurz vor der Abstimmung über ein Amtsenthebungsverfahren (*impeachment*) im darauffolgenden Dezember trat er freiwillig zurück. Collor wurde für acht Jahre jegliche politische Tätigkeit untersagt, doch wurde er vor Gericht aus Mangel an Beweisen freigesprochen.[158] Kurze Zeit später wurden zahlreiche Abgeordnete, die den Präsidenten mit kaum zu übertreffendem moralischen Pathos aus dem Amt entfernt hatten, selbst der Korruption überführt.[159]

In der tiefgreifenden Krise des politischen Systems, die durch das *impeachment* gegen Collor ausgelöst wurde, hielten sich die brasilianischen Streitkräfte bei aller Kritik an der Regierung politisch zurück. Das Militär unterdrückte zwar nicht seine Besorgnis ob der prekären Situation, betonte jedoch gleichzeitig, dass eine Lösung mit den Mechanismen des demokratischen Systems innerhalb der verfassungsrechtlichen und legalen Parameter gefunden werden müsse. Eine offizielle Erklärung der Armee brachte diese Abkehr vom Interventionismus damals auf den Punkt: „Wir haben nichts mit der Generation von Soldaten gemeinsam, die 1968 den institutionellen Akt Nr. 5 (AI-5) durchsetzte. Heute gibt eine Generation von Soldaten den Kurs an, die mit dem Vorsatz in die Geschichte eingehen will, nicht in einer politischen Krise interveniert zu haben.“[160] Tatsächlich gelang es, den Übergang an der Staatsspitze gemäß der Verfassung zu gestalten und so durfte zum zweiten Mal in Folge ein Vizepräsident das höchste Amt Brasiliens übernehmen.[161] Im Dezember 1992 wurde Itamar Franco, ein ehemaliger Senator der PMDB, den Collor für seine Sache hatte gewinnen können, als neuer Präsident

---

157 vgl. Klein/Luna 2006, 31

158 Seit 2006 ist Fernando Collor de Mello als Senator seines Heimatstaates Alagoas wieder im brasilianischen Kongress vertreten. Zuvor hatte er erfolglos als Bürgermeister von São Paulo und Gouverneur von Alagoas kandidiert.

159 vgl. Zoller 2000, 305f.

160 zitiert nach Moltmann 1994, 236

161 Beziehungsweise hatte Tancredo Neves das Amt aufgrund seiner Krankheit ja gar nicht erst antreten können, als sein Stellvertreter José Sarney wenige Jahre zuvor Präsident wurde.

der Republik angelobt. Unter seiner Ägide fand im Jahr darauf das in der Verfassung von 1988 vorgesehene Plebiszit über die künftige Staatsform Brasiliens statt: die Republik setzte sich dabei mit 66 Prozent der Stimmen gegenüber der Monarchie (10 Prozent) durch und der Präsidentialismus behielt mit 55 Prozent die Oberhand über den Parlamentarismus (25 Prozent). So blieb das politische System, wie es war. Als konservativer und nationalistischer Politiker bemühte sich Franco ohne viel Erfolg, der Liberalisierungspolitik seines Vorgängers Einhalt zu gebieten. Was allerdings gelang, war die Stabilisierung der Währung durch Francos Finanzminister Fernando Henrique Cardoso, der im Juli 1994 im Zuge des Programms *Plano Real* den annähernd inflationsfreien Real einführte (kurz zuvor hatte die Inflation hochgerechnet auf ein Jahr noch 5150 Prozent betragen). Auf die brasilianische Bevölkerung wirkte diese letztlich erreichte Konsolidierung wie ein Wunder und plötzlich war Cardoso der Favorit für die anstehenden Präsidentschaftswahlen, die er gleich im ersten Wahlgang mit 54,3 Prozent der Stimmen für sich entschied. Lula erreichte mit 27 Prozent den zweiten Platz.[162]

Mit dem Sieg Cardosos war es wiederum dem Kandidaten einer verhältnismäßig kleinen Partei, der nominell sozialdemokratischen PSDB, gelungen, die Präsidentschaftsanwärter der etablierten Großparteien hinter sich zu lassen. Auch weitere Parallelen zwischen den Wahlen von 1989 und 1994 lassen sich ziehen, so etwa der unbedingte Wille der konservativen Kräfte, den als Sozialisten gefürchteten Lula im höchsten Staatsamt um jeden Preis zu verhindern. In diesem Zusammenhang mutet es beinahe bizarr an, dass die daraufhin von den Parteien rechts der Mitte unterstützte Alternative ein ehemals globalisierungskritischer Dependenztheoretiker[163] und Soziologe war, der sich in seinen Studienjahren in São Paulo intensiv und wohlwollend mit dem Marxismus auseinandergesetzt hatte:

> „The 1994 election was again won by neither the PMDB, nor the PDT, nor the PT, but by Fernando Henrique Cardoso and the small Centre-Left/Centre PSDB, which had split from the PMDB in 1988, backed by the parties of the Centre-Right/Right, especially the PFL. In 1994, even more than in 1989, the principal aim of the conservative forces in Brazil, which again, af-

---

162 vgl. Zoller 2000, 307ff.

163 Cardoso war entscheidend an der Entwicklung der Dependenztheorie (*Dependência*) beteiligt. 1976 veröffentlichte er gemeinsam mit Enzo Faletto das maßgebliche Buch „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“.

> ter the Collor debacle, had no candidate of their own, was to defeat Lula, who six months before the election had a considerable lead in the opinion polls and was apparently heading for victory. It was the Real Plan, of course, with its promise of a final end to runaway inflation, that guaranteed victory for Cardoso and in particular secured the support of the poorest sections of Brazilian society."[164]

Der *Plano Real* mag für Cardosos Wahlsieg enorm wichtig gewesen sein, der einzige Grund für seinen Triumph – wie es zuweilen dargestellt wird – war er aber definitiv nicht. Vielmehr hingen sowohl der Erfolg des *Plano Real* als auch Cardosos Kandidatur an sich fundamental von der Art und Weise ab, wie sie in den Medien rezipiert und weitervermittelt wurden. Einmal mehr stellte sich das hegemoniale Medienimperium *Rede Globo* mit seinem Sender *TV Globo* im fernsehdominierten Brasilien als wahlentscheidender Faktor heraus:

> „In the 1994 presidential elections TV Globo's prime time newscast favoured the candidacy of Cardoso, first through the usual explicit inequality in the treatment of the candidates and later on in more implicit and subtle ways. Between March and May *Jornal Nacional*'s coverage dedicated more space to Cardoso and also framed the candidates in particular ways. Cardoso was presented in terms of his ability to unify political forces and build consensus, while Lula was linked to interest groups (particularly to trade unions) and to conflict and discord."[165]

Cardoso sah die neugewonnene Stabilität des Landes vorwiegend in seiner Person und nicht in der Institution seines Amtes begründet, deshalb nutzte er das Prestige, das ihm sein überwältigender Wahlsieg und der erfolgreiche *Plano Real* verschafft hatten, um die Verfassung zu seinen Gunsten ändern zu lassen. Fortan war es möglich, den Präsidenten für eine zweite Amtszeit wiederzuwählen, was 1998 auch geschah: mit 53 Prozent der Stimmen erhielt Cardoso bereits wieder im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, gefolgt einmal mehr von Lula (32 Prozent).[166] Wenig später büßte der Real 40 Prozent seines Außenwertes ein, woraufhin Cardosos Popularitätswerte ähnliche Tiefen erreichten wie jene Collors nach der Aufdeckung des Korruptionsskandals. Derart geschwächt konnte FHC – wie Cardoso in einer Abkürzung seiner drei Namen in Brasilien oft genannt wird – in seiner zweiten und letzten Legislaturpe-

---

164 Bethell 2003, 38f.

165 Porto 2003, 304

166 vgl. Zoller 2000, 313f.

riode keine entscheidenden Akzente mehr setzten. Als Ironie der Geschichte blieb die Tatsache zurück, „that both Itamar Franco, an obstinate nationalist and advocate of public monopolies, and Fernando Henrique Cardoso, a well-known dependency theorist and left intellectual, ended up by promoting privatizations and the liberalization of the national economy."[167] Am 27. Oktober 2002 wurde Luiz Inácio „Lula" da Silva zum 35. Präsidenten Brasiliens gewählt. Er trat sein Amt am 1. Jänner 2003 an.

## 2.2 Politische Evolution in Brasilien – ein Epilog

Ein konziser Überblick über beinahe zweihundert Jahre brasilianischer Politik veranschaulicht Stabilitäten und Instabilitäten, Konstanten und Brüche des Systems:

> „Brazil went from being a colony to an empire in 1822 with relatively less conflict than occurred for most of the countries of Latin America in the nineteenth century. From 1822 to 1889, a legitimate monarchy governed the country and brought an unusual level of political stability. But the transition from empire to republic was not an easy one, and from 1889 to the present Brazil passed through several periods of centralizing and decentralizing regimes and slowly and hesitatingly moved from an oligarchic and limited democratic republic to a full democracy. But that long process from 1889 to the present was broken by military coups and military interventions and a political party system that was fragmented and incapable of sustaining and developing a viable political elite. It was the shock of a long and ruthless military dictatorship that finally created a climate of political compromise and democratic commitment that has enabled Brazil to emerge as a very powerful and well-structured democratic state in the past quarter century."[168]

Eines der dunkelsten Kapitel der brasilianischen Geschichte ist – neben der Vertreibung, Unterjochung und Ermordung der indigenen Bevölkerung und der Sklaverei, die Brasilien als letztes Land der westlichen Welt erst 1889 abschaffte – die Militärdiktatur, die dem Land während zweier Dekaden von 1964 bis 1985 die Herrschaft der Armee aufzwang. In der ersten Hälfte dieses Regimes wurden bis 1974 etwa 20.000 Brasilianerinnen und Brasilianer ge-

---

167 Klein/Luna 2006, 31

168 Klein/Luna 2006, 6

foltert und dabei rund 300 getötet. Mehr als die Hälfte der Ermordeten waren Studenten und Schüler der überwiegend weißen Mittelschicht. Diese gewalttätigste Phase der postmonarchischen Geschichte des Landes diente zahllosen Uniformierten auf dem gesamten südamerikanischen Kontinent als Beispiel, wie mit Dissidenten und linksradikalen Rebellen umzugehen sei.[169] Vor dem Hintergrund dieser Repressionen entwickelte sich – nachdem Politik in Brasilien über beinahe zweihundert Jahre hinweg ausschließlich Angelegenheit der Eliten gewesen war – im Land eine Zivilgesellschaft heraus, die gegen diese Zustände aufbegehrte und nach der Rückkehr zur Demokratie rief: „Die Demokratiebewegung, die anfangs alle Widerstandsinitiativen gegen die Militärs umfasste, stellt eine wichtige Zäsur in der brasilianischen politischen Geschichte dar, da sich hier zum ersten Mal eine handlungsfähige und vom Staat unabhängige Zivilgesellschaft formierte.“[170] Aus Gründen der Vollständigkeit muss allerdings an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass die Militärjunta in Brasilien weniger gewalttätig war als in anderen Staaten Lateinamerikas; ein Umstand, der zweifellos die begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nicht entschuldigt, sie aber in einer anderen Relation erscheinen lässt.[171] Auch stellte das Militär keine homogene Gruppe dar und vertrat in Bezug auf die Anwendung physischer und struktureller Gewalt durchaus divergierende Ansichten: so gab es den nationalistischen und den autoritären Flügel. Während ersterer Repression, Zensur und Folter als äußerst radikale Handlungsoptionen betrachtete, die nur in letzter Instanz herangezogen werden sollten, vertrat letzterer die Auffassung, dass dies fundamentale Instrumente seien, die gebraucht würden, um die Linke zu zerstören. Letztlich setzten sich die Vertreter der *Linha Branda* durch und leiteten den Redemokratisierungsprozess ein.[172] Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wiederum fungierte die Militärdiktatur in Brasilien (so wie auch weitere Militärregime im Lateinamerika dieser Zeit) als bewaffneter Arm des nationalen und internationalen Kapitals: „Sie verteidigten die Klasseninteressen der Besitzenden, die unter Druck geraten waren.“[173]

In dem Bemühen, dem Neuen nach dem Ende der Militärdiktatur 1985 einen Namen zu geben und die Richtung anzudeuten, die nun einzuschlagen war, um die Repression endgültig zu

---

169 vgl. Rey 2006, 171

170 Costa 2008, 116

171 vgl. Arns 2001, 223

172 vgl. Klein/Luna 2006, 17f.

173 Sterr 1997, 35

überwinden und die Partizipation aller Brasilianer an politischen Entscheidungsprozessen in einer Neuen Republik zu gewährleisten, nannten Sozialwissenschafter den Bereich dieser neuartigen Opposition, die sich in Form der Demokratiebewegung manifestiert hatte, „zivile Gesellschaft“. Mit dieser Bezeichnung wurde versucht, eine Abgrenzung gegenüber dem „militärisch-technokratischen Komplex“, den es in die Schranken zu weisen galt, sowie der „politischen Gesellschaft“, die als vorbelastet und korrumpiert angesehen wurde, vorzunehmen.[174] 1989 wurden erstmals seit dreißig Jahren wieder freie und direkte Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die brasilianische Demokratie konsolidiert. Der politische Einfluss des Militärs ist stark zurückgegangen und freie und demokratische Wahlen stellen in der Gegenwart eine Selbstverständlichkeit dar – der vorläufige Endpunkt eines Prozesses, der, ausgehend von der Ausrufung der Ersten Republik 1889, exakt einhundert Jahre der Elaboration in Anspruch genommen hat:

> „Historically, elections in Brazil had more to do with public demonstrations of personal loyalties, the offer and acceptance of patronage, the reduction of social (and regional) tensions and conflict and, above all, control of a patrimonial state and the use of public power for private interests without resource to violence that it did with the exercise of power by the people in choosing and bringing to account those who govern them. Before 1989 Brazil was a case study in elections without democracy.“[175]

Eine Schattenseite der Evolution der brasilianischen Gesellschaft in den vergangenen zweihundert Jahren ist zweifellos der Umstand, dass – wie in so vielen anderen Ländern weltweit – eine wahrhaft gleichberechtigte Behandlung zwischen weißer und farbiger Bevölkerung bis heute de facto nicht verwirklicht wurde, obgleich es dem Land im Zuge seiner modernen Historiographie grundsätzlich gelungen ist, sich selbst als Schmelztiegel der Ethnien und Mischgesellschaft zu begreifen und auf diese Weise eine *racial democracy* zu formen:

> „Brazilian modernity is a product of the last 70 years. Sociologists and political scientists have generally delimited that modernity with reference to the 1930 revolution, which put an end to the First Republic (1889-1929). In comparison with the Empire (1823-89), the First Republic sought to modernise by adopting new institutions, Europeanising customs and encouraging

---

174 vgl. Schrader 1994, 109

175 Bethell 2003, 23

> European emigration. It also maintained continuity with the Empire in the form of a conspicuously polarised nationality marked by enormous distance between whites and blacks – the civilised and the provincial. It was only after 1930, particularly with the New State Regime (1937-45) and the Second Republic (1945-64), that Brazil definitely acquired a 'people', meaning that the nation invented for itself a tradition and an origin. The fundamental idea of a new nation was that different races do not possess innately different civilising qualities but rather different cultures. Brazil began to think of itself as a hybrid, mestizo civilisation – not only European but also the product of miscegenation among whites, blacks and Indians. The Brazilian 'ethnic melting pot' was capable of absorbing and *Brazilianising* the cultural traditions and manifestations of the various peoples that immigrated during their respective eras."[176]

Dennoch existiert in Brasilien nach wie vor ein subtiler Rassismus, der zwar von Seiten der Brasilianerinnen und Brasilianer gerne negiert wird, latent aber vorhanden ist. Katharina Bosl von Papp schlägt ein Konglomerat von historischen Gründen vor, weshalb die aktive Rolle von Sklaven und Befreiten an der Durchsetzung des Abolitionismus 1888 nicht zu deren nachhaltiger gesellschaftlichen Integration führte und die schwarze Population Brasiliens bis heute einer Marginalisierung unterworfen ist[177]:

- Ziel des politischen Abolitionismus war in erste Linie der Übergang von Sklavenarbeit zu freier Lohnarbeit, nicht (!) die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung.
- Demokratisierungstendenzen, die mit dem Abolitionismus entstanden, wurden nicht fortgesetzt.
- Das afrikanische Erbe galt den Kaffee-Eliten São Paulos als Synonym für Sklaverei und koloniale Rückschrittlichkeit und wurde verdrängt.
- Die massive europäische Immigration im 20. Jahrhundert verstärkte die Tendenz zur Verdrängung.
- Die Modernisierung der urbanen Zentren drängte die schwarze Population an die Peripherie.

---

176 Guimarães 2003, 252 (Hervorhebung im Original)

177 vgl. Bosl von Papp, 160f.

- Die Ideologien des *branqueamento*[178] und des wissenschaftlichen Rassismus verstärkten die Marginalisierung der schwarzen Bevölkerung und wirken bis heute nach.
- Die Kirche unterwarf die traditionellen katholischen Bruderschaften der Schwarzen einer autoritären Kirchendisziplin und beraubte sie auf diese Weise ihrer Selbständigkeit und kulturellen Identität.
- Afrobrasilianische Religionen und Kulturen wurden kriminalisiert und verfolgt.
- Die Europäisierung der Kirchenstrukturen ließ die Distanz zur schwarzen Bevölkerung wachsen.
- Die Ansätze traditioneller Orden zur Integration befreiter Sklavinnen und Sklaven scheiterten an einer liberal-kirchenfeindlichen Politik und einer konservativen Kirchenreform, der das Verständnis für die historische Dimension und das schwerwiegende Vermächtnis der Sklaverei fehlte.

Neben diesem latenten Rassismus als gesellschaftlich-soziales Problem weist Heinz auf ein weiteres beunruhigendes Paradoxon Brasiliens hin, nämlich den Umstand, dass es auch unter den demokratisch legitimierten Regierungen immer wieder zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen komme. Zudem definiert er berechtigterweise drei Grundschwächen der brasilianischen Demokratie: erstens führe das geltende präsidentielle System oft zu einer Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative, weil der gewählte Präsident in der Regel über keine parlamentarische Mehrheit im Kongress verfüge; zweitens seien in Brasilien beinahe alle Parteien programmatisch nicht gebunden, was dazu führe, dass Kandidaten und Parteien gewählt würden, die nicht auf Grundlage substantieller Programme zusammenarbeiteten, sondern lediglich Einzel- und klientelistische Interessen bedienten; drittens habe die Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Armut leben müsse, unmittelbaren Einfluss auf die Chancen für politische Beteiligung der breiten Masse. Besonders auf dem Land und in den städtischen Armutsvierteln würden Analphabetismus, mangelnde politische Bildung und feh-

[178] Hinter der Idee des *branqueamento*, der Weißwerdung oder Aufhellung, steht die anachronistische Vorstellung, dass die allmähliche Weißwerdung der brasilianischen Bevölkerung Fortschritte für die Entwicklung der Nation bedeute (vgl. Powils 2009, 39f.).

lender Wohlstand das Wahlverhalten der Menschen von Vergünstigungen und Versprechungen der Kandidatinnen und Kandidaten abhängig machen.[179]

Dennoch konzediert Brandão, dass die „brasilianische Gesellschaft einen immensen – und nicht immer gewürdigten – Weg seit den Zeiten der Kämpfe um demokratische Freiheiten und gegen die Militärdiktatur zurückgelegt hat." Es zeuge von Blindheit, das Ausmaß und die Tiefe des politischen Demokratisierungsprozesses im Brasilien der 1980er Jahre zu bagatellisieren: „[W]eil diese Demokratie hauptsächlich durch den Kampf um sie errungen wurde, im Unterschied zur Redemokratisierung von 1945, die eine fast natürliche Folgewirkung der Niederlage des Faschismus im Krieg war und bei der die Rolle des internen Widerstands sehr viel geringer war."[180] Das Fazit nach 500 Jahren brasilianischer Geschichte ist allen bestehenden Schwächen und Mängeln des Landes zum Trotz ein hoffnungsvolles:

> „Auch wenn jede nationale Geschichte einzigartig bleibt und keine Verallgemeinerungen möglich sind: Brasilien schneidet im 20. Jahrhundert im Entwicklungsvergleich mit seinen lateinamerikanischen Nachbarnländern und vielen anderen Staaten der (einstigen) Dritten Welt nicht schlecht ab. Vor nun fünf Jahrhunderten der Geschichte Brasiliens sollten daher Anerkennung und Bewunderung für die menschlichen Leistungen ebensowenig fehlen wie der Optimismus, dass Brasilien doch ein ‚Land der Zukunft' wird – und es nicht nur für immer bleibt."[181]

---

179 vgl. Heinz 1996, 80ff.

180 Brandão 2006, 67

181 Zoller 2000, 319f.

## 3. Die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts

*Krieg hat nie einen unserer wirtschaftlichen oder sozialen Übelstände geheilt, noch hat er zu einer Verständigung in menschlichen Beziehungen geführt, und doch bereitet sich die ganze Welt ununterbrochen auf Kriege vor.*

***Krishnamurti**, „Vollkommene Freiheit“*

Es mag etwas unkonventionell für eine wissenschaftliche Arbeit erscheinen, dass der ihr als Fundament zugrundeliegende nominell theoretische Teil nicht traditionsgemäß auf die Einleitung folgt, sondern sich nach dem inhaltlich ersten Kapitel einreiht, jedoch betrachte ich diese Abfolge als die für die Homogenität der Abhandlung stimmigere und logischere. Während der vorhergehende Part einen ersten Einblick in das historische Brasilien geben sollte, um in die Geschicke dieses Landes einzutauchen und mit ihm in Berührung zu kommen, um etwas von jenem Reiz, den es auf so viele Menschen ausübt, verspüren zu können, stellt der vorliegende Abschnitt nun den Auftakt zum Kern der Arbeit dar. Obgleich ich diesen nicht als grauen Theorieteil betrachte, der eine trockene Notwendigkeit als Grundlage der weiteren Kapitel darstellt, möchte ich an dieser Stelle Robert Keohane und Joseph Nye zitieren, die ein Plädoyer für die Unverzichtbarkeit theoretischer Fundierung ablegen:

> „Yet theory is inescapable; all empirical or practical analysis rests on it. Pragmatic policymakers might think they need pay no more heed to theoretical disputes over the nature of the world than they pay to medieval scholastic disputes over how many angels can dance on the head of a pin. Academic pens, however, leave marks in the minds of statesmen with profound results for policy.“[182]

[182] Keohane/Nye 2001, 4

Ich werde in der Folge ein mögliches zukünftiges Modell von *Global Governance*[183] skizzieren, um damit zum Herzstück meiner Ausführungen – Brasilien und seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts – vorzudringen und gleichsam darzulegen, weshalb eine Beschäftigung mit diesem Land auch in politikwissenschaftlicher Hinsicht und abseits empirischer touristischer Erfahrungen durchaus lohnend und wichtig ist.

Es wird häufig von den USA die Rede sein, was möglicherweise irritierend scheinen mag, so man sich vor Augen hält, dass der eigentliche Fokus dieser Arbeit auf Brasilien gerichtet ist. Jedoch wird rasch evident werden, dass die gegenwärtige und vielmehr noch die zukünftige Bedeutung des südamerikanischen Riesen erst dann vollends zur Geltung kommen kann, wenn die global dominierende Position, welche die Vereinigten Staaten im Moment zweifellos noch innehaben, aufgeweicht und geschwächt sein wird. Dass dieser Prozess sich soeben vollzieht, werde ich auf den kommenden Seiten darlegen und stütze mich in dieser These sowohl auf renommierte politische Denker als auch auf meine persönliche Überzeugung, wonach die hegemoniale Phase der USA unweigerlich ihrem Ende entgegengeht und aus der bestehenden unipolaren eine multipolare Weltordnung und damit verbunden eine Weltordnungspolitik von neuer Qualität hervorgehen wird, welche durchaus Anlass zur Hoffnung geben darf.

Mit dem Niedergang oder besser gesagt der machtpolitischen Relativierung jener Nation, die in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges oftmals als alleinige Supermacht und zuweilen sogar als Hypermacht und Imperium in der Tradition des antiken Roms bezeichnet wurde, geht zwangsläufig der Aufstieg anderer Staaten einher. Wird die Waagschale der einen Seite leichter, so gewinnt die andere an Gewicht und ein bislang höchst einseitiges Ungleichgewicht wird mittelfristig zu einem Gleichgewicht führen. Dass von den USA übrigens erst seit relativ kurzer Zeit als Supermacht gesprochen wird, obgleich sie ihre hegemoniale Rolle be-

---

183 Der Begriff *Global Governance* (Synonyme: Weltinnenpolitik, Weltordnungspolitik, Globale Ordnungs- und Strukturpolitik) ist eine Bezeichnung für internationale Politik, bei der kooperative Entscheidungen auf freiwilliger Basis ohne bestimmende Regierung oder Obrigkeit getroffen werden. Ziel dieser multilateralen Politik ist es, globale Probleme auf Basis eines gemeinsamen Konsens zwischen nationalstaatlichen Organen und unabhängigen Organisationen zu lösen.

reits zur Mitte des 19. Jahrhunderts sukzessive einzunehmen begannen, führt Robert Pfaltzgraff Jr. gemeinsam mit einer konzisen Definition des Begriffes näher aus:

> „The term superpower did not come into common usage until the beginning of the second half of the twentieth century. Historically, we had spoken of great powers, usually within Europe's classical balance of power. The term superpower came into vogue in the era of bipolarity between the United States and the Soviet Union. By definition, a superpower has interest in all regions of the world, together with capabilities enabling it to act on behalf of its interests. Superpowers can project their power and influence into regions remote from their own geographic space."[184]

Unbestreitbar werden die USA noch über mehrere Jahre hinweg der essentielle nationalstaatliche Akteur dieser Welt sein und ebenso langfristig von Bedeutung bleiben, wenn auch, wie gesagt, nicht mehr als allein vorherrschende Macht, sondern als eine von mehreren: bereits heute ist absehbar, mit welchen Staaten beziehungsweise Staatenbünden sich die politische Führungsriege in Washington in Zukunft arrangieren müssen wird: neben den etablierten Partnern Europa (in Form der EU, die ihr tatsächliches politisches Gewicht jedoch nur dann gänzlich ausspielen kann, wenn sie als geeinte kontinentale Entität und nicht als Interessenssammelsurium diverser Nationalstaaten auftritt) und Japan (speziell in ökonomischer Hinsicht) steigen am östlichen Horizont China und Indien auf, und auch der russische Bär scheint sich vom Zusammenbruch der Sowjetunion weitgehend erholt zu haben und auf Basis seines natürlichen Ressourcenreichtums wiederzuerstarken. Lediglich Afrika liegt in weltpolitischer Hinsicht nach wie vor brach und kann auf keinen entscheidenden Akteur verweisen, der in der internationalen Gemeinschaft über substantiellen Einfluss verfügen würde. Womöglich verfügt Südafrika hier über eine Perspektive, doch dies werden erst die nächsten Jahre und Jahrzehnte zeigen. Neben all den im eurasischen Raum angesiedelten wesentlichen Akteuren sollte jedoch nicht jene Nation übergangen und vergessen werden, die sich immer mehr als regionale Führungsmacht Südamerikas herauskristallisiert und sowohl die Fähigkeiten als auch den Willen besitzt, diese Rolle einzunehmen: auch Brasilien wird meiner Ansicht nach global einen substantiellen Platz einnehmen und die alleinige Dominanz der Vereinigten Staaten innerhalb der westlichen Hemisphäre durchbrechen. Es wird wesentliche Verantwortung für diese Region übernehmen, aus welcher in weiterer Folge eine umfassende *Global Governance*

---

[184] Pfaltzgraff Jr. 1998, 19

mit den bereits genannten Ländern erwachsen kann. Aus diesen Gründen ist eine Beschäftigung mit der existierenden Weltordnung, an deren Spitze im Moment die USA stehen, sinnvoll.

### 3.1 Weltordnungskonzepte der Gegenwart

Lässt man seinen Blick in der Geschichte der Menschheit zurückschweifen, so kommt man nicht umhin zu konstatieren, dass das Zusammenleben der Staaten in einem großen Ausmaß durch Anarchie geprägt ist. Konkret bezieht sich der Zustand der Anarchie in diesem Kontext auf Phasen, in welchen Krieg und Konflikt gegenüber Frieden und der Maxime „Leben und leben lassen“ die Oberhand behielten. Obgleich es nun im Grunde unmöglich ist, im Walten der Staaten ein regelmäßiges Muster zu erkennen und herauszuarbeiten, welches sodann empirisch erfasst und zu einer allgemeingültigen wissenschaftlichen Theorie entwickelt werden könnte, versucht die politikwissenschaftliche Lehre der Internationalen Beziehungen dennoch, sich dieser Herausforderung zu stellen und sich dieser Problematik auf der theoretischen Ebene zumindest anzunähern, sei dies auch mit der Einschränkung verbunden, dass das endgültige Erreichen des Zieles niemals realisiert werden kann.

Die Zugänge hierzu sind naturgemäß unterschiedlich, doch lassen sich sehr deutlich einige Hauptströmungen erkennen, welche bemüht sind, der Anarchie der Staatenwelt eine gewisse Systematik abzugewinnen. Der Politologe Ulrich Menzel greift zu diesem Zweck auf vier wesentliche Paradigmen der Weltordnung zurück: das realistische, das idealistische, das hegemonietheoretische sowie das imperialistische Paradigma. Die drei erstgenannten Modelle konkurrieren aus seiner Sicht gegenwärtig miteinander und sollen in der Folge kurz vorgestellt werden[185]:

- *Realismus*

  Alle Staaten sind souverän. Dieses war das wichtigste Prinzip, welches mit der Etablierung des internationalen Staatensystems durch den Westfälischen Frieden von 1648

[185] vgl. Menzel, Juli 2004, 18. 1. 2009

erstmals vertraglich festgeschrieben wurde. Mit dem Souveränitätsprinzip jedoch ist eine überstaatliche Gewalt nicht vereinbar, und so rückt die realistische Denkschule Konkurrenz und Selbsthilfe in den Mittelpunkt ihrer Annahmen. Jeder Staat hat außenpolitische Interessen, die er gegen widerstrebende Interessen anderer Staaten durchsetzen möchte. Das Instrument zur Durchsetzung derselben ist Macht. Um nun im Sinne von Thomas Hobbes[186] im Kampf aller gegen alle entsprechend gewappnet zu sein, muss ein Staat sein Machtpotential maximieren und durch Rüstung und im äußersten Falle Krieg die nationale Sicherheit gewährleisten. Zweifellos ist aber der Frieden – wenngleich im Kontext des Realismus auch eher in seiner negativen Deutung als Nicht-Krieg – durchaus ein erstrebenswertes Ziel der Politik. Dieses kann dann erreicht werden, wenn für einen potentiellen Angreifer das Risiko des Krieges zu groß ist. Instrumente zur nachhaltigen Friedenssicherung sind somit Aufrüstung zum Zweck der Abschreckung oder auch ein Gleichgewicht der Kräfte, welches durch wechselnde Bündnissysteme sichergestellt werden kann.[187] Möchte man die realistische Weltordnungspolitik in wenigen Stichworten zusammenfassen, so kann man von Wahrung der Souveränität, Machtstreben und Gleichgewicht als klassische Grundsätze sprechen.

- *Idealismus*

Einen anderen Zugang wählte die jüngere idealistische Schule, die gedanklich auf Philosophen wie Immanuel Kant und dessen Werk „Zum ewigen Frieden“[188] gründet. Zur Lösung der Anarchieproblematik baut diese auf den Kooperationswillen und die Kooperationsfähigkeit der Staaten und somit auf den normativ fundierten positiven Frieden[189], welcher sich nicht lediglich in einem Zustand des Nicht-Krieges erschöpft.

---

186 siehe Hobbes 2006

187 Zu Zeiten des Kalten Krieges standen sich die Bündnisse Nato und Warschauer Pakt gegenüber und schufen jenes vielzitierte „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion.

188 siehe Kant 2009

189 Ein „Positiver Frieden“ bedeutet nicht nur die bloße Abwesenheit von Krieg und Konflikt (dies wäre ein „Negativer Frieden“), sondern umfasst weiterreichende Aspekte: Abwesenheit struktureller Gewalt; Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit; Demokratie und egalitäre politische Partizipation; Rechtsstaatlichkeit; Garantie menschlicher und sozialer Sicherheit; Verwirklichung des gesellschaftlich Möglichen.

Zweifellos ist für diesen Zugang ein anderes Menschenbild als im Realismus notwendig. Der Mensch strebt nicht nur nach Macht, Sicherheit und Besitz, sondern ist auch vernunftbegabt und lernt aus Erfahrung. Damit einher geht die Einsicht, dass internationale Interessenskonflikte durch Kompromiss, internationale Abkommen, internationale Organisationen, Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen und die Etablierung des Völkerrechts dauerhaft geregelt und friedlich gelöst werden können. Auf Basis dieser Überlegungen ist der Institutionalismus eine Variante des Idealismus in den Theorien der Internationalen Beziehungen. Die Grenzen der idealistischen Politik scheinen – wie im Vorfeld der beiden Weltkriege wie auch im Ost-West-Konflikt ersichtlich wurde – jedoch dann erreicht, wenn sich einzelne Staaten nicht an die Regeln des Völkerrechts halten. Dies kann verschiedene Gründe haben: so wird beispielsweise konzediert, dass sich idealistisch-kooperatives Verhalten und der damit korrelierende partielle Souveränitätsverlust für die Akteure auch rechnen muss. Ist dies nicht der Fall, wird ein Beschreiten realistisch-konfliktiver Wege wahrscheinlicher. Zum anderen ist in der Regel kooperatives Verhalten zwischen Staaten, welche selbst idealistischen und somit auch demokratischen Normen verhaften sind, wahrscheinlicher als Zusammenarbeit mit oder zwischen autokratisch regierten Systemen.

- *Das Paradigma hegemonialer Weltordnung*

  Das an dieser Stelle relevanteste und mit den klassischen Theorien des Realismus und Idealismus konkurrierende Konzept ist jedoch jenes der hegemonial bestimmten Weltordnung. Es ist dies ein mit den klassischen Schulen des Realismus und Idealismus konkurrierendes Erklärungsmodell, in welchem die Annahme von der Anarchie der Staatenwelt in Frage gestellt und stattdessen versucht wird, den Nachweis zu erbringen, dass das internationale System vor und nach 1648 – dem Jahr des Westfälischen Friedens und somit der Institutionalisierung des modernen Staatensystems – trotz des Souveränitätsprinzips eine Ordnung aufweisen konnte. Diese Ordnungsstruktur wird durch eine Abfolge wechselnder Hegemonialmächte geschaffen, die somit als die essentiellen Akteure einer *global governance* zu betrachten sind. Im Zenit ihrer Macht sind sie in der Lage, eine neue Weltordnung zu begründen.

  Die unterschiedlichen Hegemonialmächte sorgten demnach weltweit oder regional für internationale Ordnung. Diese Aufgabe erfüllten sie durch die Bereitstellung internati-

onaler öffentlicher Güter, von denen zu den beiden wichtigsten Sicherheit im Sinne von Frieden und Stabilität im Sinne einer Garantie, dass die internationale Wirtschaft ungestört funktionieren kann, zählen. Aus diesem Grund wird der hegemoniale Ordnungsansatz auch „Theorie der hegemonialen Stabilität“ oder „machtstruktureller Ansatz“ genannt. Voraussetzungen, dass es zu einer von einem Hegemon dominierten Ordnung kommt, sind zum einen die Existenz eines Akteurs, der über die zur Machtausübung notwendigen Ressourcen verfügt, und zum anderen sein Wille zur Vorherrschaft.

Zur Ablösung von Hegemonialmächten und somit der Initiierung einer neuen langen Welle (siehe folgende Abbildung) kommt es im Zuge dieser Theorie wiederum durch wiederkehrende globale Kriege, die als hegemoniale Ausscheidungskämpfe bezeichnet werden. Große Mächte, die sich aufgrund besonderer Innovationskraft im Aufstieg befinden, fordern eine Revision der internationalen Ordnung und versuchen diese in letzter Instanz auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Umgekehrt ist es das Bemühen etablierter Mächte, den drohenden Verlust der hegemonialen Macht abzuwehren, indem zusätzliche militärische Anstrengungen unternommen werden, wodurch jedoch im Sinne Paul Kennedys[190] ein *imperial overstretch* – eine imperiale Überdehnung also – provoziert werden kann, der den Hegemon im Grunde nur weiter schwächen würde.

190 siehe Kennedy 2000 und Kapitel 3.3

| Lange Welle | Hegemonial-macht | Leitsektor | | Zeitspanne |
|---|---|---|---|---|
| LW 1 | China (Nördl. Sung) | K 1<br>K 2 | Druck und Papier<br>Herausbildung des Binnenmarkts, Nassreis, Eisen, Papiergeld | 930– 990 |
| LW 2 | China (Südl. Sung) | K 3<br>K 4 | öffentl. Finanzwesen, Reform des Tributsystems<br>Expansion des Seehandels, Kompass | 1060–1120<br>1120–1190 |
| LW 3 | Genua | K 5<br>K 6 | Champagne-Messen<br>Schwarzmeerhandel | 1190–1250 |
| LW 4 | Venedig | K 7<br>K 8 | Galeerenflotten<br>Pfeffer | 1300–1355 |
| LW 5 | Portugal | K 9<br>K 10 | Gold aus Guinea<br>Indischer Pfeffer | 1430–1494<br>1494–1540 |
| LW 6 | Niederlande | K 11<br>K 12 | baltischer und atlantischer Handel<br>Handel mit Fernost | 1540–1580<br>1580–1640 |
| LW 7 | Groß-britannien I | K 13<br>K 14 | amerikanisch-asiatischer Handel (Zucker)<br>amerikanisch-asiatischer Handel | 1640–1688<br>1688–1740 |
| LW 8 | Groß-britannien II | K 15<br>K 16 | Baumwolle, Eisen<br>Eisenbahn, Dampfmaschine | 1740–1792<br>1792–1850 |
| LW 9 | USA I | K 17<br>K 18 | Stahl, Chemie, Elektrotechnik<br>Automobil, Flugzeug, Elektrotechnik | 1850–1914<br>1914–1973 |
| LW 10 | USA II | K 19 | Informationstechnik | 1973–2030 |

LW = Lange Welle; K = Kondratieff-Zyklus
Quelle: Modelski/Thompson 1996, S. 69, 171,191 (leicht modifiziert)

***Abb. 4:*** *Ulrich Menzels Hegemoniezyklen nach Modelski und Thompson.*[191] *Differenziert wird zwischen langen Wellen und Kondratjew-Zyklen.*[192] *Demnach lösten die USA zur Mitte des 19. Jahrhunderts Großbritannien als globalen Hegemon ab, eine Position, die sie bis heute innehaben.*[193]

---

191 vgl. Modelski/Thompson 1996

192 Die Kondratjew-Zyklen beschreiben den Kern einer vom sowjetischen Wirtschaftswissenschafter Nikolai Kondratjew entwickelten Theorie zur zyklischen Wirtschaftsentwicklung, der Theorie der langen Wellen. Ausgangspunkt für die langen Wellen sind Paradigmenwechsel und die damit verbundenen innovationsinduzierten Investitionen: es wird vehement in die neue Technik investiert und somit ein Aufschwung hervorgerufen. Hat die Innovation sich allgemein durchgesetzt, verringern sich die damit verbundenen Investitionen drastisch, und es kommt zu einem Abschwung. In der Zeit des Abschwungs wird jedoch bereits an einem neuen Paradigma gearbeitet.

193 Quelle: Menzel, Juli 2004, 18. 1. 2009

An dieser Stelle müssen die Implikationen des hegemonialen Paradigmas noch weiterverfolgt werden, denn eine besondere Rolle spielen zu Beginn des 21. Jahrhunderts zweifellos die USA, welche von zahlreichen Seiten als Hegemon der Gegenwart – sei es in politischer, ökonomischer, kultureller oder besonders in militärischer Hinsicht – betrachtet werden. Als den vorerst letzten großen hegemonialen Ausscheidungskampf sieht Menzel dementsprechend auch den Kalten Krieg, den die Vereinigten Staaten ohne eine direkte militärische Konfrontation für sich entscheiden konnten: „Die USA stehen am Beginn eines neuen und diesmal unangefochtenen Hegemoniezyklus, der sich auf ihre Stärke im Bereich der Informationstechnologien, im Finanzwesen, im Mediensektor […] stützt. Aufgrund ihrer finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit werden sie auch weiterhin die militärisch führende Rolle spielen und diese weltweit exekutieren."[194] Ich persönlich zweifle vor dem Hintergrund jener zwei Hauptthesen, welche ich in diesem Teil meiner Arbeit aufstelle –Multipolarität in neuer Form sowie Interdependenz in neuer Form – genau diese Sichtweise an und werde meine Einwände im folgenden Kapitel näher ausführen. Zuvor sollen jedoch noch die aufschlussreichen Meinungen einiger bedeutender US-amerikanischer Wissenschafter und Autoren zum gegenwärtigen Status der USA vorgestellt werden. Dabei sollte man sich jedoch vor Augen halten, dass diese Ansichten aus der Regierungsära George W. Bushs stammen, dessen Außen- und Sicherheitspolitik sich wesentlich von jener seines Nachfolgers im Weißen Haus, Barack Obama, unterschied. Trotz dieses ideologischen Umschwungs in Washington wirken die zwei Amtsperioden des Republikaners Bush auf internationaler Ebene noch nach und somit bleibt auch das Bild, welches sich bei vielen Menschen auf dem ganzen Globus in diesen acht Jahren von den Vereinigten Staaten eingeprägt hat, weiterhin bestehen.

Robert Kagan, einer der bekanntesten Neokonservativen in den USA, hielt 2002 fest, dass es zwischen Europäern und US-Amerikanern unüberbrückbare Differenzen gebe und vergleicht die transatlantische Beziehung mit jener zwischen Mann und Frau. Denn, so meint er, Europäer seien von der Venus und US-Amerikaner vom Mars:

> „Europe is turning away from power, or to put it a little differently, it is moving beyond power into a self-contained world of laws and rules and transnational negotiation and cooperation. It is entering a post-historical paradise of peace and relative prosperity, the realization of Kant's

194 vgl. Menzel, Juli 2004, 18. 1. 2009

> "Perpetual Peace." The United States, meanwhile, remain mired in history, exercising power in the anarchic Hobbesian world where international laws and rules are unreliable and where true security and the defense and promotion of a liberal order still depend on the possession and use of military might. That is why on major strategic and international questions today, Americans are from Mars and Europeans are from Venus: They agree on little and understand one another less and less."[195]

Der Kolumnist Charles Krauthammer wiederum, in seiner politischen Gesinnung ebenfalls konservativ ausgerichtet, spricht vom unipolaren Moment in der Weltgeschichte und differenziert zwischen fünf potentiellen Strategien der US-Außenpolitik: zum einen sei dies Isolationismus, weiters ein liberaler Internationalismus, ein Realismus in seiner traditionellen Form, ein demokratischer Globalismus (auch Neokonservativismus genannt) sowie abschließend ein demokratischer Realismus. Es ist diese letzte Option, für die sich Krauthammer ausspricht: „Hence the central axiom of democratic realism: we will support democracy everywhere, but we will commit blood and treasure only in places where there is a strategic necessity – meaning, places central to the larger war against the existential enemy, the enemy that poses a global mortal threat to freedom."[196]

Kritisch stehen dieser Doktrin des demokratischen Realismus John Ikenberry und Charles Kupchan gegenüber und zeigen in ihrem 2004 erschienenen Artikel „Liberal Realism: The Foundations of a Democratic Foreign Policy", dessen Titel bereits viel Aussagekraft über seinen Inhalt besitzt, den liberalen Realismus als überlegene Alternative auf. Den beiden Wissenschaftern zufolge existieren zwei konkurrierende Visionen von der Rolle der USA in der Welt: einerseits der (damals praktizierte) Zugang, dass internationale Ordnung nur aus US-amerikanischer Vorherrschaft hervorgehen könne, wobei die Vereinigten Staaten ihre ungehemmte Macht dazu nutzten, um ein Ausscheren anderer Akteure zu verhindern und die internationale Hierarchie gemäß ihren Vorstellungen zu gestalten; andererseits die von Ikenberry und Kupchan favorisierte Idee des liberalen Realismus, wonach internationale Ordnung dann entstehe, wenn die USA ihre vorherrschende Stellung in der Welt mit ihren liberalen

---

195 Kagan 2002, 20. 4. 2009

196 Krauthammer, Herbst 2004, 20. 4. 2009

Gründungsprinzipien verknüpften und ihren Einfluss geltend machten, um konsensuale und legitime Mechanismen von *Global Governance* zu schaffen.[197]

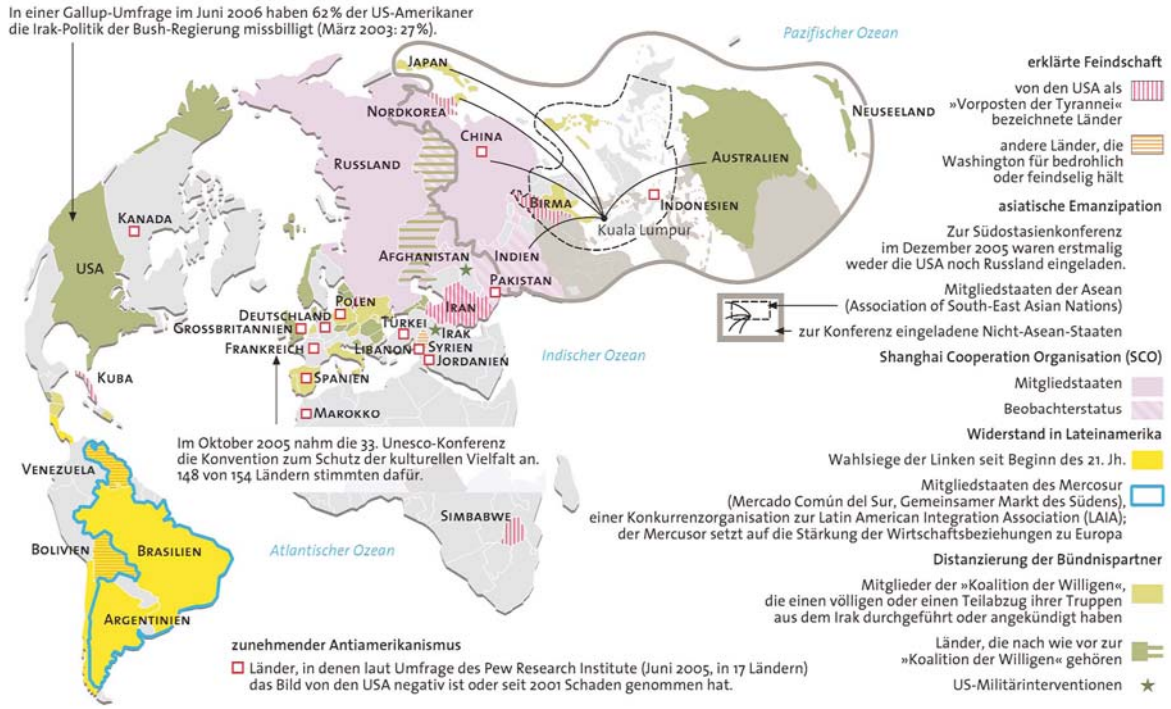


***Abb. 5:*** *Der Widerstand gegen die hegemoniale Stellung der USA ist mannigfaltig und wird an unzähligen Fronten in unterschiedlicher Form und Vehemenz zum Ausdruck gebracht.*[198]

Einen polemisierenden Ansatz, der umstritten ist und seinem Autor reichlich Kritik bescherte, wählt Michael Mandelbaum, denn er vertritt die Meinung, dass de facto bereits eine Weltregierung der USA bestehe. Seine Sichtweise der Vereinigten Staaten legte er 2005 in einer zoologischen Metapher dar:

> „America is not the lion of the international system, terrorizing and preying on smaller, weaker animals in order to survive itself. It is, rather, the elephant, which supports a wide variety of other creatures – smaller mammals, birds, and insects – by generating nourishment for them as it goes about the business of feeding itself."[199]

---

197 vgl. Ikenberry/Kupchan 2004, 21. 4. 2009

198 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 55

199 Mandelbaum 2005, 283

Ein letztes Weltordnungskonzept soll an dieser Stelle noch einfließen. Es zielt dieses nicht explizit auf die USA ab, sondern weist eine gewisse Ähnlichkeit mit den hegemonialen Wellen Menzels auf: Adam Watson beschreibt in seinem Buch „The Evolution of International Society" eine historische Pendelbewegung, wonach die Weltordnungen einem Pendel gleich auf einer Skala, welche von Multipolarität über Hegemonie, Suzeränität[200] und Dominium bis zum Empire reicht, ständig hin- und herschwingen. Die Idealsituation wäre demnach dann gegeben, wenn sich das Pendel in der Mitte (in diesem Falle also bei „Suzeränität") einpendelt.[201]

### 3.2 Die gegenwärtige Weltordnung im Umbruch

Im Jahr 2000 bemerkte der britische Historiker Paul Kennedy in seinem Standardwerk „Aufstieg und Fall der großen Mächte", dass die USA als hegemoniale Weltmacht einem *imperial overstretch* unterlägen und sie sich dieser unbequemen Wahrheit nun stellen müssten:

> „Die Vereinigten Staaten [unterliegen] heute jener Gefährdung, die Historikern, die sich mit dem Aufstieg und Fall ehemaliger großer Mächte beschäftigen, so vertraut ist und die grob ‚imperiale Überdehnung' genannt werden könnte. Die Entscheidungsträger in Washington müssen nun der unangenehmen Tatsache ins Auge sehen, dass die Gesamtsumme der globalen Interessen und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten heutzutage weit größer ist als die Kraft des Landes, sie alle gleichzeitig zu erfüllen."[202]

Zum Zeitpunkt, als Kennedy seine Zeilen verfasste, lagen jene traumatischen Geschehnisse des 11. Septembers 2001 noch in – wenn auch nicht mehr allzu ferner – Zukunft. Der im Weißen Haus residierende Präsident hieß damals Bill Clinton und die aus 9/11 resultierende

---

200 Suzeränität ist eine machtpolitische Staatenverbindung, in welcher ein Staat wichtige Befugnisse eines anderen, souveränen Staates ausübt (zumeist in Militär- und Außenpolitik), und dafür im Gegenzug die Verpflichtung zu dessen Schutz übernimmt. Die Suzeränität ist das tragende Prinzip einer Schutzherrschaft beziehungsweise eines Protektorats. Das Verhältnis zwischen Tibet und China im 18. und 19. Jahrhundert ist oft auf diese Weise beschrieben worden.

201 vgl. Watson 2003

202 Kennedy 2000, 759

Weltpolitik der USA eines George W. Bush war für den Autor noch nicht absehbar.[203] Dennoch stellte er bereits damals eine imperiale Überdehnung fest, ohne zu wissen, dass die Vereinigten Staaten binnen weniger Jahre unter dem Deckmantel des Krieges gegen den Terror auch in Afghanistan und im Irak intervenieren und sich dort dauerhaft niederlassen würden. Ihre militärischen sowie finanziellen Kapazitäten und Ressourcen wurden und werden durch diese Politik an die äußersten Grenzen getrieben beziehungsweise gehen sogar über diese hinaus. Die Reputation der einst von vielen Seiten als Weltpolizist geschätzten Nation hat durch ihre Politik der letzten Jahre gelitten und auf internationaler Ebene erheblichen Schaden genommen. Die USA scheinen bei Tageslicht betrachtet für die Welt heute mehr zu einem Problem denn zu einer respektierten und vertrauenswürdigen Ordnungsmacht geworden zu sein.

Zbigniew Brzezinski, unter Jimmy Carter Sicherheitsberater im Weißen Haus, entwarf 1997 eine Strategie, der eine zukünftige Geopolitik Washingtons seiner Meinung nach folgen müsse, um mittelfristig die globale Vorherrschaft aufrechterhalten zu können. Dass dies langfristig nicht möglich sein würde, konzediert er mit den Worten: „Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance.“[204] Gleichzeitig jedoch sollte als langfristiges, imperiales Vermächtnis ein dauerhaftes Rahmenwerk globaler geopolitischer Zusammenarbeit geschmiedet werden. Die Politik der USA müsse somit laut dem polnisch-amerikanischen Politologen ohne Wenn und Aber ein doppeltes Ziel verfolgen: einerseits die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren, andererseits einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln könne. Eine von Amerika sowohl angeregte als auch vermittel-

---

203 Zweifellos interessant, jedoch vergangenheitsbezogen und rein spekulativ (und daher in diesem Kontext in weiterer Folge irrelevant), ist die Frage, welche Charakteristik eine US-amerikanische Außenpolitik unter Bushs damaligem demokratischen Gegenkandidaten Al Gore aufgewiesen hätte, so dieser die Wahlen gewonnen hätte. Nochmals ausdrücklich betont soll an dieser Stelle werden, dass ernsthaft in Zweifel zu ziehen ist, ob am 7. November 2000 tatsächlich dem Willen des US-amerikanischen Volkes Ausdruck verliehen worden ist. Abgesehen davon, dass Gore mit 50.994.082 Stimmen mehr als Bush (50.461.080) erhielt und dieser Umstand lediglich durch das komplexe Wahlmännersystem (266:271) aufgehoben wurde, schwebt bis heute in Anbetracht der zahlreichen Unregelmäßigkeiten der Verdacht der Wahlfälschung über diesem Ergebnis.

204 Brzezinski 2003, 303

te längere Phase sich allmählich ausdehnender Kooperation mit wichtigen eurasischen[205] Partnern könne außerdem helfen, die Voraussetzungen für eine Aufwertung der bestehenden und zunehmend veralteten UN-Strukturen zu verbessern.[206]

Betrachtet man diese strategische Richtlinie[207], so wird offensichtlich, dass das von Brzezinski vorgegebene erste Ziel, die beherrschende Stellung der USA zu bewahren, mit Vehemenz verfolgt wurde, sich jedoch die Art und Weise, wie versucht wurde, dieses zu erreichen, fundamental von seinem Vorschlag unterscheidet. Mag es nun jedoch sein, dass die brachiale Machtpolitik Washingtons, deren Zeuge wir in der jüngeren Vergangenheit werden durften, kein Zeichen von Stärke, sondern vielmehr von aufkeimender Schwäche darstellt? Dass das aus dem Kalten Krieg als alleinige Supermacht hervorgegangene Land vielmehr an sich selbst und der Aufrechterhaltung seiner Position als globale Führungsmacht zweifelt? Dass der weltweite Kampf gegen den Terrorismus und die Kriege in Afghanistan und im Irak einer tiefgehenden Unsicherheit über die zukünftige Rolle im Weltsystem entspringen und lediglich über den sukzessiven Niedergang der hegemonialen Stellung hinwegtäuschen sollen? Zumindest der französische Politologe Emmanuel Todd hat auf diese Fragen eine sehr klare Antwort:

> „Die Vereinigten Staaten, die noch bis in allerjüngste Zeit ein internationaler Ordnungsfaktor waren, erscheinen nun immer deutlicher als Unruhestifter. Die amerikanische Wirtschaft gibt uns zunehmend Rätsel auf: Wir können nicht mehr genau sagen, welche Unternehmen tatsächlich real existieren. Wir verstehen vor allem nicht mehr, wie die US-Wirtschaft funktioniert, und wir wissen nicht, welche Wirkung es auf die verschiedenen Bereiche haben wird, wenn die Zinsen endgültig bis auf null gesenkt sein werden. [...] Zum wirtschaftlichen Durcheinander kommt noch ein außenpolitisches und militärisches Chaos dazu. Die Irakpolitik der Vereinigten Staaten zielt darauf ab, die Welt in den Krieg zu stürzen. Aber der hektische Aktionismus der amerikanischen Regierung, ihr Beharren darauf, unbedingt ‚Stärke' zu demonstrieren, verrät nur, wie unsicher Amerika in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und strategischer

---

205 Der wesentliche und zukünftig entscheidende geopolitische Raum ist für Brzezinski Eurasien.

206 vgl. Brzezinski 2003, 306

207 Für die genannten Aussagen wurde Brzezinski oftmals als kalter und zynischer Machiavellist gescholten, mitunter allerdings zu Unrecht, da er für sich persönlich (und eben im Jahr 1997) von einem sehr positiven Bild und einem ausgeprägten guten Willen der USA ausgeht und auf Basis seiner Geostrategie am ehesten das primäre Ziel, eine langfristige Sicherung des internationalen Friedens, erreichbar sieht.

> Hinsicht ist. Denn die USA beherrschen längst nicht mehr die Welt, sie sind dabei, die Kontrolle zu verlieren.“[208]

Dass Todds auf den ersten Blick womöglich irritierende, in jedem Fall aber provokante These durchaus nicht jeglicher Grundlage entbehrt, sondern ganz im Gegenteil viel Wahrheitsgehalt in sich trägt, wird im folgenden Kapitel gezeigt.

### 3.2.1 Potentielle zukünftige Entwicklungen

Zbigniew Brzezinski attestierte noch am Ende des vergangenen Jahrtausends den Vereinigten Staaten in den seiner Ansicht nach vier entscheidenden Domänen globaler Macht die unangefochtene Superiorität. So habe ihre weltweite Militärpräsenz nicht ihresgleichen, wirtschaftlich gesehen blieben die USA die Lokomotive weltweiten Wachstums, der technologische Vorsprung in den bahnbrechenden Innovationsbereichen werde gehalten und ihre Kultur finde trotz einiger Missgriffe nach wie vor weltweit unübertroffenen Anklang[209]: „All das verleiht den Vereinigten Staaten von Amerika eine politische Schlagkraft, mit der es kein anderer Staat auch nur annähernd aufnehmen könnte. *Das Zusammenspiel dieser vier Kriterien ist es, was Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne macht*.“[210]

Ich widerspreche in einer auf die mittelfristige Zukunft gerichteten Perspektive dieser Meinung (wenn auch nicht gänzlich ohne Zugeständnisse) und stütze mich hierbei auf Indizien, welche darauf hindeuten, dass sich die USA nicht am Beginn eines neuen Hegemoniezyklus nach Menzel befinden, sondern der Kulminationspunkt eines ebensolchen bereits überschritten wurde und die Phase globaler Vorherrschaft – das unipolare Moment im Sinne Krauthammers also – in ihre finalen Jahre eingetreten ist. Ein Blick auf die Tabelle der Hegemoniezyklen (siehe Kapitel 3.1) relativiert Menzels These ebenso, da der Ausgangspunkt der zweiten langen Welle hier mit 1973 datiert ist und der Kondratjew-Zyklus „Informationstechnik“ demnach bis etwa 2030 ausklingen wird. Diese Prognose deckt sich mit der im November

---

208 Todd 2003, 9f.

209 vgl. Brzezinski 2003, 44

210 Brzezinski 2003, 44 (Hervorhebung im Original)

2008 veröffentlichten Analyse „Global Trends 2025“ des US-amerikanischen *National Intelligence Council* (NIC), auf welche ich in der Folge noch detaillierter eingehen werde. Die Kernaussage, wonach die Dominanz der USA in den kommenden Jahren bis 2025 ein nachhaltiges Ende finden werde, sei jedoch bereits an dieser Stelle vorweggenommen. Ähnliche Prognosen finden sich – um nur die wesentlichsten Quellen zu nennen – ebenso im Band „Globale Trends 2007“ der *Stiftung Entwicklung und Frieden* sowie im „Atlas der Globalisierung“, welcher von der Fachzeitschrift *Le Monde diplomatique* herausgegeben wird.

#### 3.2.1.1 Die Herausbildung eines relativen Mächtegleichgewichts

Die globale Vorherrschaft des Westens, insbesondere der hegemoniale Status der USA, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann, geht sukzessive ihrem Ende entgegen. Neue *Global Player* tauchen am Horizont auf und künden von einer nachhaltigen Umstrukturierung der Internationalen Beziehungen. Im „Atlas der Globalisierung“ des Jahres 2009 steht zu lesen: „Das internationale System des 21. Jahrhunderts wird [...] nicht mehr auf ein Zentrum ausgerichtet sein, sondern mehrere Entscheidungspole aufweisen – historisch gesehen eine echte Revolution, mit der die zwei Jahrhunderte dauernde westliche Vorherrschaft an ihr Ende gelangt. Die Welt kehrt damit – wenn auch unter neuen Vorzeichen – zu der polyzentristischen Konstellation zurück, die der ‚großen Kluft’ zwischen Europa und der außereuropäischen Welt einst vorausging.“ Und an späterer Stelle indirekt zu der Notwendigkeit einer umfassenden Reform der UN sowie der Bretton-Woods-Institutionen: „Der Polyzentrismus führt nicht nur zu einer gerechteren Verteilung der Reichtümer zwischen den Ländern, sondern auch zu einer Umwälzung der politischen Beziehungen: Die internationalen Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, müssen dringend umgestaltet und den neuen Realitäten angepasst werden“[211]

Für den US-amerikanischen Autor Fareed Zakaria wiederum ist es „Der Aufstieg der Anderen“. Sein jüngstes Buch trägt in der deutschen Fassung diesen Namen, der Titel der englischen Originalausgabe ist jedoch nicht weniger treffend: „The Post-American World“.[212]

---

211 Le Monde diplomatique 2009, 102

212 siehe Zakaria 2009

Nicht immer sind derartige Prophezeiungen zutreffend (und naturgemäß kann sich auch die vorliegende Vorausschau und damit die These einer neuen Multipolarität zu gegebener Zeit als falsch herausstellen): 1983 etwa sagte der französische Philosoph Jean-François Revel das Ende der Demokratien voraus, da diese nicht in der Lage seien, sich gegen den gefährlichsten ihrer äußeren Feinde, den Kommunismus als vollendetes Modell des Totalitarismus, zu behaupten.[213] Francis Fukuyama, US-amerikanischer Politikwissenschafter, läutete 1992 wiederum das „Ende der Geschichte" ein und verkündete den uneingeschränkten weltweiten Sieg des westlichen Gesellschaftsmodells und der liberalen Demokratie als dessen politisches System.[214] Dass allerdings zuweilen Prognosen, welche zu jener Zeit, als sie ausgesprochen wurden, noch abwegig und skurril geklungen haben mögen, durchaus zutreffend sein können, hat Emmanuel Todd 1977 bewiesen, als er das absehbare Ende der Sowjetunion heraufbeschwor. Obgleich dieser Aussage anfangs sowohl von wissenschaftlicher als auch von politischer Seite wenig Glauben geschenkt wurde (wie die oben angeführten Thesen von Todds Landsmann Revel wenige Jahre später belegen), mussten sich seine Kritiker kaum mehr als ein Jahrzehnt später vom Gegenteil überzeugen lassen, als der Eiserne Vorhang fiel und der Kommunismus in sich zusammenfiel.[215]

Heute stellt sich die Frage, ob die Welt multipolar wird. Zwar werden die USA in den kommenden Jahren definitiv noch die vorherrschende Macht im internationalen System bleiben, doch fordern Staaten, denen man im Zuge der Globalisierung bereits die Opferrolle zugeschrieben hatte, nunmehr ihren Platz an der Sonne. Brasilien, Russland, Indien und China – die sogenannten BRIC-Staaten – stellen die bestehende Ordnung in Frage. Zudem verfolgen Länder wie Iran, Südafrika, Israel, die linksgerichteten südamerikanischen Staaten und Indonesien ihre regionalen Ziele mit großer Entschlossenheit. Erstmals seit der Entkolonialisierung können die Länder des Südens realiter unabhängige politische Wege beschreiten und sich neue Partner suchen. Setzen sich von nun an eine Diversität von Entwicklungswegen sowie eine multipolare Ordnung durch, wird nicht lediglich die ökonomische Vorherrschaft des Westens in Frage gestellt, sondern auch dessen Anspruch, sich im Namen von Moral und Menschlichkeit in Angelegenheiten auf der ganzen Welt zu involvieren und zu entscheiden,

---

213 vgl. Revel 1984, 11

214 siehe Fukuyama 1992

215 siehe Todd 1977

was als internationales Recht zu gelten hat. Dennoch muss eine multipolare Perspektive auch aus westlicher Sicht nicht notwendigerweise einer Bedrohung gleichkommen, sondern kann laut Alain Gresh ebenso als Chance begriffen werden, einen echten Universalismus zu ermöglichen.[216] Ich werde jedoch in Kapitel 3.3 noch gesondert auf mögliche Implikationen einer neuen Multipolarität eingehen.

***Abb. 6****: Die potentielle Bedeutung der BRIC-Staaten wird bereits anhand ihrer geographischen Ausdehnung ersichtlich. Bedenkt man zudem, dass diese vier Staaten (drei von ihnen sogenannte Schwellenländer) jährliche Zuwachsraten der Wirtschaftsleistung von fünf bis zehn Prozent aufweisen, werden jene Prognosen nachvollziehbar, welche besagen, dass sie bis etwa 2050 die G8-Staaten überflügeln könnten. Damit würde die westliche Welt erstmals seit 500 Jahren ihre dominierende Stellung in der Weltwirtschaft verlieren.*[217]

Aufschlussreich ist eine im November 2008 publizierte Analyse des US-amerikanischen *National Intelligence Council* (NIC) [218], welche sich mit den globalen Trends bis zum Jahr 2025

---

216 vgl. Gresh 2008, 22. 4. 2009

217 Quelle: Wikipedia: *Die BRIC-Staaten*, 22. 4. 2009

218 Das *National Intelligence Council* (NIC) ist das Zentrum für mittel- und langfristige Strategiestudien innerhalb der *US Intelligence Community* (ein Zusammenschluss von 15 Nachrichtendiensten der Vereinigten Staaten, dessen Funktion die Aufklärung potentieller Bedrohungen der nationalen Sicher heit im strategischen und polizeilichen Bereich und die rechtzeitige Warnung der Bundesregierung ist). Aufgabe des NIC ist es, die Regierungsspitzen mit akkuraten und objektiven Informationen und Analy-

auseinandersetzt. Zwar wird einleitend konzediert, dass die Studie "more a description of the factors likely to shape events than a prediction of what will actually happen"[219] sei, doch geht das NIC immerhin so weit, in den zukünftigen Entwicklungen zwischen *Relative Certainties* und *Likely Impact* zu differenzieren. Die wichtigsten und gleichsam meine These einer neuen Multipolarität untermauernden Punkte sind folgende[220]:

| Relative Certainties | Likely Impact |
|---|---|
| A global multipolar system is emerging with the rise of China, India, and others. The relative power of nonstate actors [...] also will increase. | By 2025 a single ‚international community' composed of nation-states will no longer exist. Power will be more dispersed with the newer players bringing new rules of the game while risks will increase that the traditional Western alliances will weaken. |
| The United States will remain the single most powerful country but will be less dominant. | Shrinking economic and military capabilities may force the US into a difficult set of trade-offs between domestic versus foreign policy priorities. |

Gemäß dem NIC wird jenes uns heute bekannte internationale System, welches aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges hervorging, im Jahre 2025 nicht wiederzuerkennen sein. Diese Transformation verdankt sich dem Aufstieg neuer Mächte, einer sich globalisierenden Wirtschaft, einem historischen Transfer von Wohlstand und ökonomischem Einfluss von Westen nach Osten sowie der wachsenden Bedeutung nichtstaatlicher Akteure. Eine multipolare Struktur, in der sich die Protagonisten auf der globalen Bühne verändern und der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern schmilzt, entsteht. Obgleich die Vereinigten Staaten aller Voraussicht nach der mächtigste Staat bleiben werden, wird ihre relative Stärke

---

sen zu versorgen, unabhängig davon, ob diese den entsprechenden Personen und Institutionen genehm sind.

219 National Intelligence Council 2008, s.p., 18. 1. 2009

220 National Intelligence Council 2008, Seite iv, 18. 1. 2009

abnehmen und ihr Einfluss größeren Einschränkungen unterworfen sein, als dies heute der Fall ist. Gleichzeitig ist unklar, in welchem Umfang neue Akteure – sei es auf staatlicher oder nichtstaatlicher Ebene – gewillt oder auch fähig sein werden, die Bürden einer globalisierten Welt auf sich zu laden. Politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit werden sich im Angesicht einer Transitionsphase von einem vergangenen zu einem noch nicht gänzlich entstandenen neuen internationalen System mit einem steigenden Bedürfnis nach multilateraler Kooperation konfrontiert sehen.[221]

2025 wird sich die internationale Gemeinschaft aus zahlreichen relevanten staatlichen und auch nichtstaatlichen Akteuren zusammensetzen. Laut NIC ein System, das diesen Namen beinahe nicht mehr verdient: „Indeed, ‚international system' is a misnomer as it is likely to be more ramshackle than orderly, its composition hybrid and heterogeneous as befits a transition that will still be work in progress in 2025."[222] Zwar haben auch in der Vergangenheit bereits (zumeist konfliktträchtige) multipolare internationale Systeme existiert, doch ist jenes, welches gerade im Entstehen begriffen ist, in der Tat einzigartig und beispiellos. Dieser Umstand rührt daher, dass es zum einen den gesamten Globus umfasst und zum anderen eine Kombination aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren mit sich bringt, die es in dieser Form in der bekannten Geschichte der Menschheit bislang noch nicht gab. Die bedeutsamsten Charakteristika dieser neuen Weltordnung sind somit eine Verlagerung von einer von den USA dominierten unipolaren Welt zu einer relativ unstrukturierten Hierarchie alter Mächte und aufstrebender Nationen sowie eine Machtdiffusion zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.[223] Das Resümee angesichts dieser Entwicklungen ist ein ambivalentes: „History tells us that rapid change brings many dangers. […] we do not believe that we are headed toward a complete breakdown […]. However, the next 20 years of transition toward a new international system are fraught with risks." Tatsächlich werden wir uns demnach mit mehr Risiken und fundamentaleren Transformationsprozessen konfrontiert sehen, als noch im vorhergehenden Report „Mapping the Global Future", der Perspektiven für das Jahr 2020 entwarf, erwartet wurden. In diesem wurde weiterhin eine langfristige Dominanz seitens der Vereinigten Staa-

221 vgl. National Intelligence Council 2008, Seite vi, 18. 1. 2009

222 National Intelligence Council 2008, Seite 1, 18. 1. 2009

223 vgl. National Intelligence Council 2008, Seite 1, 18. 1. 2009

ten angenommen, da die konkurrierenden Mächte die Idee, ein globales Gleichgewicht zu schaffen, aufgrund der Aussichtslosigkeit aufgegeben hätten.[224]

Ebenso konzediert die sich intensiv mit potentiellen zukünftigen Entwicklungen auseinandersetzende deutsche *Stiftung Entwicklung und Frieden* (SEF), dass die sich am Anfang des 21. Jahrhunderts noch unipolar darstellende Weltordnung nur von kurzer Dauer sein werde. Durch den rasanten Aufstieg Chinas und Indiens werde die Etablierung einer multipolaren Machtkonstellation, deren zentrale Pole die USA und ebendiese beiden asiatischen Staaten sein werden, bis spätestens 2025 abgeschlossen sein: „Setzt sich der Aufstieg Chinas und Indiens in den kommenden zwei Jahrzehnten unvermindert fort, wird im Jahr 2025 von einer westlich dominierten Weltordnung nicht mehr die Rede sein können. Die Machtverschiebung Richtung Osten wird die Grundmuster der Weltpolitik und die *Global Governance*-Architektur umfassend verändern.“[225] Europa könne in dieser sich drastisch verändernden weltpolitischen Landschaft nur noch einen handlungsfähigen Part spielen, so eine gemeinsame EU-Strategie zur Gestaltung der Globalisierung gefunden werde.[226]

Wer sind nun die neuen Spieler auf dem globalen Schachbrett? China und Indien wurden bereits genannt und stehen aufgrund ihrer demographischen Entwicklung sowie eines trotz der Weltwirtschaftskrise im weltweiten Vergleich starken ökonomischen Wachstums als *Global Players* der Zukunft außer Frage (siehe folgende Abbildung). Sie sind die beiden aufstrebenden Schwergewichte der Weltpolitik. Sofern der gegenwärtige Trend anhält, wird China im Jahr 2025 hinter den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde und eine militärische Führungsmacht sein. Indien wiederum wird ein multipolares System anstreben, in dem Neu Delhi einen der essentiellen Pole repräsentiert und zudem möglicherweise als politischer und kultureller Brückenkopf zwischen Peking und Washington dienen kann. Eine weitere Schlüsselrolle kann Russland besetzen, das 2025 wohlhabender, stärker und selbstbewusster sein kann. Andererseits könnten diverse Zwänge Moskau darin einschränken, sein volles ökonomisches Potential zu entfalten. Andere Staaten, die wichtige Positionen in der zukünftigen

---

224 siehe National Intelligence Council 2004, 23. 4. 2009

225 Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 50

226 vlg. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 49

Multipolarität erlangen könnten, sind etwa Indonesien, die Türkei und ein postklerikaler Iran.[227]

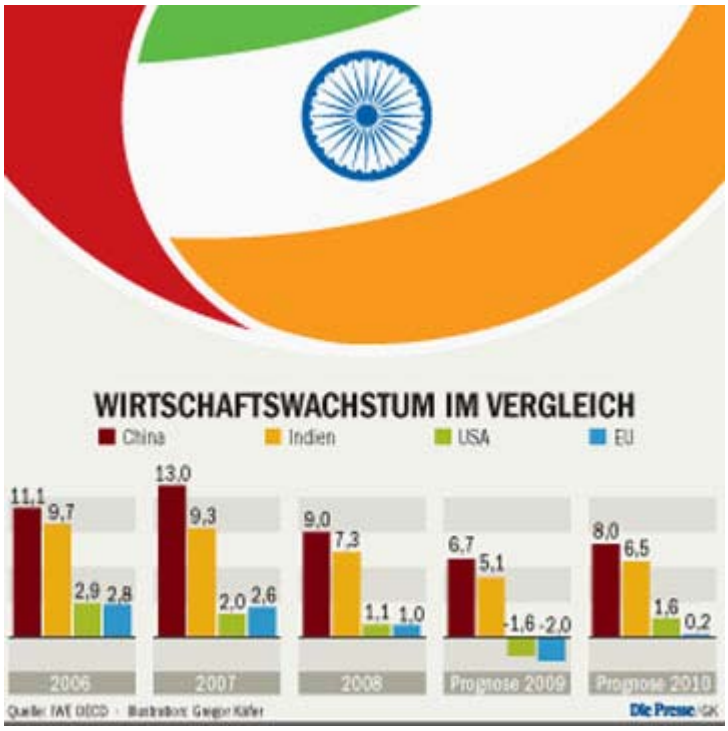


***Abb. 7:*** *Obgleich die jährlichen Zuwachsraten durch die globale Wirtschaftskrise bedingt den zweistelligen Bereich verlassen haben, bleibt China global betrachtet das ökonomische Zugpferd. Lediglich Indien als zweiter asiatischer Aspirant auf eine bedeutsame Rolle innerhalb einer neuen Multipolarität kann den Anschluss wahren, während die westlichen Akteure USA und EU abgeschlagen hinterherhinken.*[228]

Die zentrale Rolle innerhalb dieser Arbeit nimmt jedoch der vierte der BRIC-Staaten ein: laut NIC wird Brasilien bis 2025 seine regionale Führungsrolle als Primus inter pares in Südamerika ausgebaut und konsolidiert haben. Neben seiner wachsenden Signifikanz als Energieproduzent und Handelsmacht wird es zudem mehr und mehr die Fähigkeit entwickeln – wenn auch nicht im selben Ausmaß wie China und Indien –, seine Einflusssphäre über den Kontinent hinaus auszudehnen und als wesentlicher Akteur der Weltpolitik zu agieren. Schon längst hat sich die brasilianische Selbstdefinition, eine regionale wie globale Führungsmacht zu sein

---

227 vgl. National Intelligence Council 2008, Seite 29ff., 18. 1. 2009

228 Quelle: Bischof, März 2009, 23. 4. 2009

und auch sein zu wollen, über die Parteigrenzen hinweg als politischer Anspruch durchgesetzt und ist in das nationale Bewusstsein der Bevölkerung eingeflossen. Zweifellos wird der Fortschritt, den Brasilien in den kommenden Jahren in Bezug auf soziale Fragen wie gerechte Verteilung des Wohlstandes, Alphabetisierung sowie Kriminalitäts- und Armutsbekämpfung machen kann, den zukünftigen Führungsstatus und die Stärke des Landes wesentlich mitbestimmen. Auf diesen Bereich wird jedoch noch in Kapitel 4 eingegangen.[229]

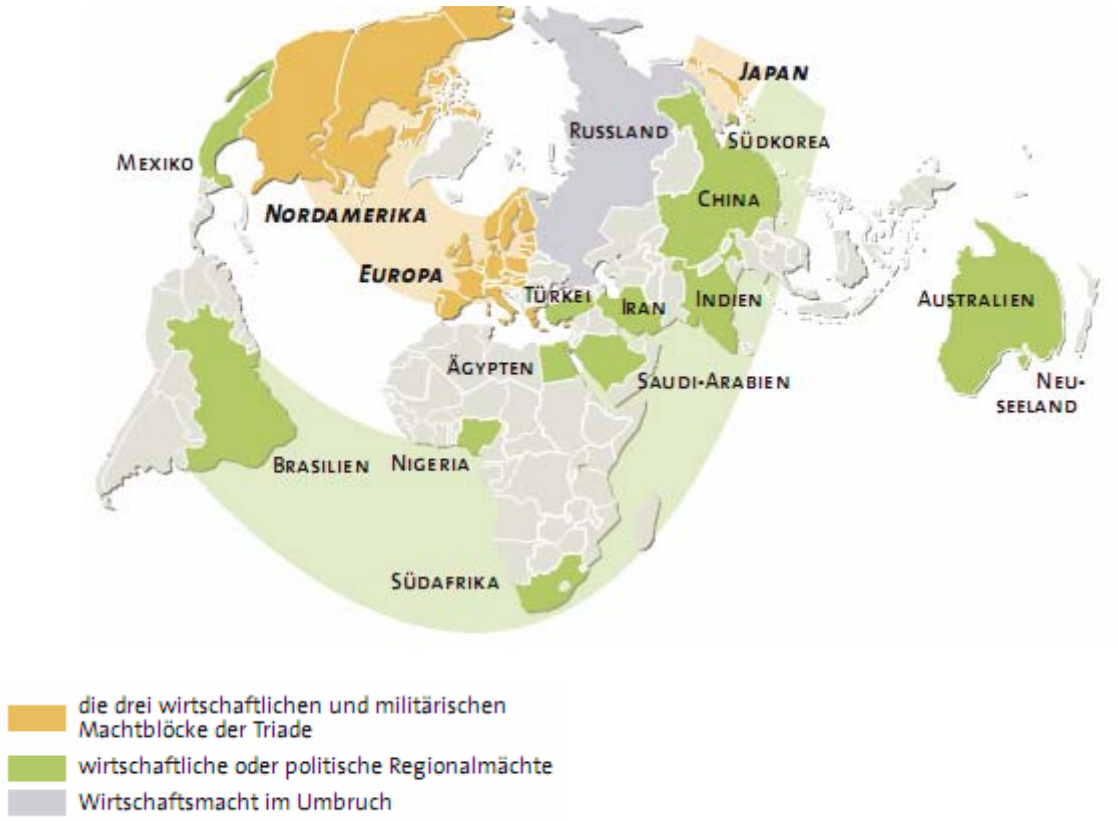


***Abb. 8:*** *Die Machtkonstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist bereits grundsätzlich multipolar veranlagt. Neben der wirtschaftlich noch vorherrschenden Triade Nordamerika-Europa-Japan wachsen an der Peripherie aufstrebende ökonomische Regionalmächte sukzessive zu globalen Akteuren heran – darunter auch Brasilien.*[230]

---

229 vgl. National Intelligence Council 2008, Seite 35, 18. 1. 2009

230 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 61

### 3.2.1.2 Die Transformation der Weltgesellschaft

*„Die Weltgesellschaft ist das einzige Gesellschaftssystem, das es gegenwärtig auf der Erde noch gibt."*

***Rudolf Stichweh***[231]

Nicht nur die realpolitische Landschaft wird sich aller Voraussicht nach in den kommenden Jahrzehnten fundamental verändern, die Gesellschaft als Ganzes wird, so man Zukunftsforschern Glauben schenkt, einer gewaltigen Transformation unterworfen sein, welche ihre Kreise ins Private und bis tief in das ökonomische System zieht. Patricia Aburdene definiert sieben wesentliche Tendenzen, die Leben und Arbeiten der Menschen bis zum Jahr 2020 substantiell umstrukturieren und womöglich – obgleich sie im Moment noch futuristisch und illusorisch anmuten mögen – durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der Gegenwart noch verstärkt werden[232]:

1. **Die Macht der Spiritualität**

   Die Menschen werden sich intensiver mit dem Göttlichen auseinandersetzen. Eine Beschäftigung, die mit positiven Auswirkungen auch auf das Wirtschaftsleben übergreifen wird.

2. **Das Aufkommen eines zukunftsfähigen Kapitalismus**

   Die freie Wirtschaft wird neu gestaltet, um Interessensvertretern und Aktionären größere Anerkennung zu verschaffen.

3. **Eine Unternehmensführung aus der Mitte**

   Das Ende überbezahlter CEOs ist absehbar. Gewöhnliche Mittelklasse-Manager werden durch Einfluss, Werte und ethische Autorität den Wandel kreieren.

---

231 Stichweh 2001, 1, 23. 4. 2009

232 vgl. Aburdene 2008

**4. Wirtschaftliches Handeln aus Glaubensüberzeugungen heraus**

Immer mehr Unternehmen werden ihren Aktivitäten Glaubensüberzeugungen zugrundelegen.

**5. Wertorientierte Konsumenten**

Die Zahl jener Verbraucher, welche sich an ethischen Werten orientieren, wird zunehmen. Die Menschen werden sich zu Marken und Herstellern hingezogen fühlen, die positive Werte verkörpern – vom Hybridauto bis zum Ökohaus.

**6. Eine Welle bewusster Lösungen**

Von Yoga bis *HeartMath* – Herzintelligenz: sukzessive wird das volle Spektrum spiritueller Techniken von der etablierten Wirtschaft aufgenommen und integriert.

**7. Ein sozialverträglicher und sozialverantwortlicher Investment-Boom**

Auch Bernd Linder-Hofmann vom *Institut für Innere Form* konstatiert in ähnlicher Weise, dass mit der globalen Wirtschaftkrise im ausgehenden ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine Krise des Bewusstseins einhergehe, die zwangsläufig die Frage aufwerfe, ob die von uns bislang geschaffenen Vorgehensweisen und Modelle ihrer Aufgabe noch gerecht würden. Es gehe nun darum, aus der Einseitigkeit der Moderne herauszufinden, nicht alles der Effizienz unterzuordnen und Beziehungen und Bindungen in Leben und Arbeiten der Menschen zu integrieren. Die Gedankenwelt, die sich die Menschen aufgebaut haben, spiegle nun ihre destruktiven Konsequenzen massiv wider; die Gesellschaft gründe auf Vorstellungen und Modellen, welche sich als nicht tragfähig erwiesen hätten: das Bild des Homo oeconomicus, die Annahme von der Steuerbarkeit komplexer Systeme und das Prinzip der persönlichen Gier vor dem Allgemeinwohl.[233] Zudem würden Menschen Schutz in der inneren Sicherheit suchen, so sich Krisen im Äußeren abzeichneten: in der Besinnung auf Schicksalsgemeinschaften wie Familie, Kinder und Freunde sowie in der Spiritualität, welche laut Linder-Hofmann

[233] vgl. Aichinger 2009

in den kommenden Jahren einen signifikanten Aufschwung erleben werden, womit der Bogen zu den bereits dargelegten Ausführungen von Aburdene geschlagen ist.

Jenseits von Spiritualität, die jedoch offenkundig ein essentieller Bestandteil der Zukunft sein wird, decken sich die genannten Prognosen in ökonomischer Hinsicht mit jener Alain Touraines, der 2001 – also noch zu seiner Blütezeit – vom neoliberalen Wirtschaftsmodell als Übergangsphase sprach. Der französische Soziologe meinte bereits damals in seinem Essay „Globalisierung – eine neue kapitalistische Revolution", einen Prozess in Gang kommen zu sehen, der die Wiedereinführung staatlicher Kontrollen im Wirtschaftsleben vorsieht. Unter diesem Aspekt dürfe man nicht vom Eintritt in eine liberale Gesellschaft, sondern müsse vom Verlassen einer liberalen Übergangsphase sprechen.[234] Ein bemerkenswerter Gedanke, welcher heute wohl das Denkgebäude sowohl globalisierungsbejahender als auch globalisierungskritischer Theoretiker ins Wanken bringen würde, war es doch zu diesem Zeitpunkt die konventionellere These, zu behaupten, die Liberalisierung sei unaufhaltsam und irreversibel. In diesem Zusammenhang scheint auch die Aussage wichtig, dass „der Begriff der Globalisierung [...] einen ideologischen Ausdruck für die neue kapitalistische Revolution und nicht für die Moderne [...] darstellt" sowie, dass „Kapitalismus keinen Gesellschaftstyp, sondern einen Entwicklungsmodus [...] der Industrialisierung bzw. Postindustrialisierung bezeichnet."[235] Allesamt Behauptungen, die an sich im Widerspruch zu gängigen Erklärungsmodellen der Globalisierung zu stehen scheinen, welche jedoch womöglich tatsächlich weiter gedacht waren und heute zutreffender sind als viele der konventionellen Konstrukte.

Auch Touraine sieht – ähnlich wie Aburdene – „fünf Megatrends" eines somit nichtexistenten neuen Gesellschaftstypus: eine rasante Entwicklung der sogenannten Informationsgesellschaft, ein Wachstum des internationalen Handels, die Errichtung finanzwirtschaftlicher Netzwerke, ein rapides Wachstum der Schwellenländer sowie die kulturelle und militärische Hegemonie der USA.[236] Jeder dieser Punkte wird aber gleichzeitig von ihm selbst in Zweifel gezogen, so sei zum Beispiel die Informationsgesellschaft nicht mit einer Weltgemeinschaft gleichzusetzen und das Wachstum des internationalen Handels bedeute nicht im selben Atem-

234 vgl. Touraine 2001, 47

235 Touraine 2001, 48

236 vgl. Touraine 2001, 49

zug, dass man von einer Weltwirtschaft sprechen könne. Nach Touraine ist es nicht nur notwendig, die alte Gesellschaft abzuschaffen, sondern auch, eine neue aufzubauen und neue Formen gesellschaftlicher Kontrollen für eine sich rasant verändernde wirtschaftliche und technologische Welt zu erfinden (jedoch sah er diesen Prozess bereits im Gange, als er seinen Essay 2001 verfasste). Es sei nun höchste Zeit für die Menschen, aus einer liberalen Übergangsphase herauszutreten und Netzwerke, kulturelle Ansprüche, soziale Bewegungen und politische Entscheidungssysteme zu entwickeln.[237]

Insbesondere die letzteren der in diesem Kapitel aufgezeigten Erläuterungen und Exkurse mögen bisweilen weit hergeholt erscheinen, doch dies nur auf den ersten Blick, denn es ist meine Überzeugung, dass sich die These eines an Einfluss und Substanz verlierenden unipolaren Weltordnungsmodell nicht erschöpfend durch die politische Sphäre erklären und belegen lässt. Ebenso wesentlich sind hierbei zweifellos ökonomische, gesellschaftliche (worunter etwa der Bereich Spiritualität fällt) und ökologische Variablen, um nur diese Hauptfelder zu nennen. Weder der Umbruch eines politischen Systems noch jener einer etablierten Weltordnung geschieht in der Regel an der Spitze der Pyramide, sondern beginnt vielmehr an der Wurzel, mit der Einstellung und den Gedanken jedes einzelnen Individuums, da sich aus diesen seine Worte und Handlungen ableiten, die wiederum andere zu bestimmten Handlungsweisen motivieren und inspirieren können. Aus diesem Grund ist etwa die Prognose einer vertieften Spiritualität im Leben vieler Menschen höchst relevant, da sich aus stärker pronoucierten spirituellen Maximen eine neue Ethik in der Gesellschaft entwickeln und in der Folge konsolidieren kann. Ein Wertekanon, der aller Voraussicht nach nicht lediglich das herrschende wirtschaftliche System transformieren, sondern auch vor einer sodann anachronistischen politischen Weltordnung[238] nicht haltmachen wird.

---

237 vgl. Touraine 2001, 60ff.

238 Wie sie heute beispielsweise im UN-Sicherheitsrat durch die von 1945 herrührenden Privilegien der Vetomächte (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) Ausdruck findet.

### 3.2.1.3 Exkurs: Der Zusammenbruch des ökonomischen Systems

*Reicher Mann und armer Mann*
*standen da und sah'n sich an.*
*Und der Arme sagte bleich:*
*Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.*

***Bertolt Brecht***

Dass das herrschende, neoliberale Weltwirtschaftssystem in den kommenden Jahrzehnten nicht lediglich stetig und somit auf relativ sanfte Weise transformiert werden könnte, sondern auch die völlige Implosion desselben durchaus keine gänzlich unrealistische Option mehr darstellt, wurde und wird der Weltgemeinschaft gerade zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit durch die Banken- und Finanzkrise aufgezeigt. Diese nahm im Frühsommer 2007 als US-Immobilienkrise ihren Ausgang und hat seit Ende 2008 auch veritablen Einfluss auf die Realwirtschaft, indem sie Nationalökonomien und die globale Wirtschaft als Ganzes in eine tiefe Rezession schlittern lässt. Da das sich gegenwärtig noch unipolar darstellende politische Herrschaftssystem in nicht unerheblichem Maße mit den global erschaffenen ökonomischen Strukturen verbunden ist, lohnt an dieser Stelle ein Exkurs über die möglichen Zukunftsperspektiven des Weltwirtschaftssystems. Durch das in zahlreichen Aspekten nahtlose Ineinandergreifen und die häufige schlichte Verschmelzung der Interessenslagen von politischer und ökonomischer Sphäre, wird die Zukunft des einen Systems notgedrungen das andere beeinflussen.

*Die Entstehung eines weltumspannenden Wirtschaftssystems*

Per definitionem ist als Weltwirtschaftssystem die Gesamtheit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten und ihrer Regelungsmechanismen zu verstehen. Ein derartiges System, das beinahe den gesamten Wirtschaftsraum Erde, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und Qualität erfasste, entstand im Zuge der Industriellen Revolution, wobei sich seine Strukturierung und folgende Expansion in einem Klima klassisch-liberaler ökonomischer Grundsätze vollzogen. Nachdem der Erste Weltkrieg die bestehende Ordnung bereits temporär au-

ßer Kraft gesetzt hatte, scheiterte 1929 der Versuch, den alten Zustand zu rekonstruieren, endgültig. Grund dafür war die in diesem Jahr ausbrechende Weltwirtschaftskrise, welche als Folge einer übersteigerten Spekulation mit einem Kurssturz an der New Yorker Börse begonnen hatte.[239] In rascher Folge griff die Krise von den Vereinigten Staaten auf Europa und den Rest der Welt über und mündete schließlich in eine jahrelange Depression mit Massenarbeitslosigkeit. Die alten Strukturen waren der Dimension dieser Katastrophe hinsichtlich ihrer Reichweite, der Dauer sowie des Ausmaßes der rezessiven Entwicklungen nicht mehr gewachsen und brachen angesichts eines um sich greifenden nationalen Protektionismus und des unbedingten Vorragens binnenwirtschaftlicher Ziele in sich zusammen. Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war jedoch nicht nur ein ökonomischer Schuss vor den Bug der globalen Staatengemeinschaft, sondern stellte auch die noch jungen und somit noch nicht gefestigten demokratischen Errungenschaften in Europa vehement in Frage, wie etwa am Beispiel Italiens und Deutschlands durch den Aufstieg faschistischer beziehungsweise nationalsozialistischer Strömungen unmissverständlich veranschaulicht wird. Die Weltwirtschaftskrise machte deutlich, dass ein System, welches exorbitante Krisen wie diese zuließ, aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen und humanitären Gründen nicht länger tragbar war.

Als Konsequenz aus dieser traumatischen Erfahrung wurde, noch während sich der Zweite Weltkrieg in seinen letzten Zügen befand, auf Initiative der USA und Großbritannien hin eine Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems angeregt. Das vorliegende Integrationskonzept sah wohl die Rückkehr zu einem relativ liberalen und somit marktorientierten System vor, jedoch sollte dieses, anders als in der Vergangenheit, vertraglich abgesichert und durch neue internationale Institutionen zumindest ansatzweise gesteuert werden. Das Resultat dieser Überlegungen war das 1944 beschlossene Bretton-Woods-System (benannt nach dem Tagungsort im US-Staat New Hampshire): nach der Idee des britischen Ökonomen John Maynard Keynes wurden im internationalen Währungssystem nun feste Wechselkurse definiert, welche vom goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt waren. Auf diese Weise sollten den krisenträchtigen Schwankungen der Wechselkurse entgegengewirkt werden. Auf institutioneller Ebene wurden der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie die Weltbank gegründet.

---

[239] In die Geschichte eingegangen ist der 25. Oktober 1929 – jener Tag, an dem die amerikanische Börse zusammenbrach – als „Schwarzer Freitag“.

Nach über zwei Jahrzehnten Wirtschaftswunder in Europa auf Basis dieser Maßnahmen erhoben sich zu Beginn der 1970er Jahre neuerlich Rufe nach einer Reform des Weltwirtschaftssystems. Krisenhafte Entwicklungen hatten um sich gegriffen, denn zum einen war 1973 das in Bretton Woods gegründete Währungssystem in sich zusammengefallen und der Wechselkurs wieder freigegeben worden, zum anderen brach im Herbst desselben Jahres die erste Ölkrise aus. Beide Faktoren forcierten die weltweite Inflationsentwicklung und führten in eine Rezession. Zu den wichtigsten und lautesten Kritikern des bestehenden Wirtschaftssystems entwickelten sich in dieser Phase die sogenannten Entwicklungsländer, welche in diesem die Hauptursache für ihre unzureichenden Fortschritte und Möglichkeiten sahen. In den 1980er Jahren verstärkten sich einerseits Krisentendenzen, andererseits wurden durch das Ende des Ost-West-Konflikts neue politische Rahmenbedingungen geschaffen. Dennoch konnte nun nicht mehr von der Hand gewiesen werden, dass das seit dem Wegfall stabiler Wechselkurse nun eindeutig neoliberal geprägte Modell das Ökosystem Erde zunehmend gefährdete. Festgehalten wurde dies unter anderem von der Nord-Süd-Kommission (auch Brandt-Kommission genannt, da der ehemalige deutsche Bundeskanzler Willy Brandt den Vorsitz führte), welche 1979 einen Bericht mit dem Titel „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ veröffentlichte. Demnach müsste der Ordnungsrahmen einer sozial und ökologisch verträglichen Marktwirtschaft auch auf der internationalen Ebene verankert werden, da diese keine natürliche – also naturgegebene – Ordnung sei, sondern national wie international eines politisch gesetzten Regulativs bedürfe, um einerseits eine ausgewogene ökonomische Entwicklung zwischen Nord und Süd, andererseits eine nachhaltige ökologische Entwicklung auf der Erde gewährleisten zu können.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg (und hier insbesondere seit 1973, als sich nicht lediglich Ölkrise und Deregulierung der Wechselkurse ereigneten, sondern – bemerkenswerte zeitliche Koinzidenz – die sogenannten *Chicago Boys*[240] nach dem erfolgreichen Militärputsch gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes in Chile das ökonomische Ruder an sich rissen und das Land in der Folge zu einer experimentellen Spielwiese neoliberaler Wirtschaftspolitik machen sollten) zeigte jedoch trotz zarter regulativer

[240] Die sogenannten *Chicago Boy*s sind eine Gruppe von 25 wirtschaftsliberalen chilenischen Wirtschaftswissenschaftern, die in den 1970er Jahren an der *University of Chicago* studierten. Sie wurden dabei insbesondere von den Ansichten Arnold Harbergers und Milton Friedmans, zweier Wegbereiter des Neoliberalismus, geprägt und entfalteten im Chile des Diktators Augusto Pinochet großen Einfluss.

Strukturen zu Beginn alles in allem in eine andere Richtung. Sie war gekennzeichnet durch eine kontinuierliche Zurückdrängung des Staates und einer signifikant gewachsenen privatwirtschaftlichen Integration, welche sich in den 1990er Jahren, angetrieben von der Revolution in der Informations- und Kommunikationstechnologie und zunehmender Liberalisierung der Märkte, noch einmal beschleunigte. Insbesondere diese letzten Jahre des ausgehenden 20. Jahrhunderts untergruben die Effektivität nationalstaatlicher wirtschaftspolitischer Steuerung vehement und führten zu einem faktischen Souveränitätsverlust in diesem essentiellen Bereich, ohne dass es auf der Gegenseite zu einem kompensatorischen Ausbau internationaler Handlungsbefugnisse, etwa durch eine entschlossene Übertragung von Kompetenzen auf internationale Organisationen, kam.[241]

Die brasilianische Soziologin Walquiria Domingues Leão Rego äußert sich folgendermaßen zu den 1990er Jahren:

> „Unmittelbar nach dem Ende des verfassungsgebenden Prozesses *[im nach dem Ende der Militärdiktatur wieder demokratisierten Brasilien der ausgehenden 1980er Jahre, Anm. d. Verf.]* treten wir in das neoliberale Jahrzehnt der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts ein, in dem [...] weltweit ein starker und koordinierter Angriff auf soziale Rechte und den öffentlichen Bereich der Wirtschaft unternommen wurde. Alles und jeder hatte sich den Marktgesetzen zu unterwerfen, die einmal mehr zum größten Fetischobjekt des öffentlichen Lebens erkoren wurden. Der Markt wurde dabei nicht als Teil einer Gesellschaft, die auf Integration setzt, betrachtet, sondern mit ihr verwechselt. Seine Regeln wurden nun zu absoluten sozialen Regeln, den einzigen legitimen für das gemeinschaftliche Leben.“[242]

Vor diesem Hintergrund fordern die Entwicklungsländer zwar regelmäßig eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsorganisationen, doch ist eine Kompetenzstärkung derselben wohl unwahrscheinlich, wenn ihre Entscheidungsstruktur danach nicht mehr die realen internationalen Machtverhältnisse – also das Primat des ökonomisch bestimmenden Nordens beziehungsweise der westlichen Industrieländer – widerspiegeln sollte.[243] Das Resümee, das Uwe Andersen zieht, ist dementsprechend ein ernüchterndes: „Insgesamt gilt, dass der beste-

---

241 Andersen 2005, 583ff.

242 Domingues 2009

243 vgl. Andersen 2005, 590

hende weltwirtschaftliche Ordnungsrahmen im Hinblick auf das extrem gewachsene Maß weltwirtschaftlicher Verflechtung fragil und stärkungsbedürftig bleibt."[244]

*Zukunftsperspektiven des Weltwirtschaftssystems*

Bezüglich möglicher Zukunftsszenarien in Hinblick auf das globale ökonomische System äußerte der deutsche Politikwissenschafter Reinhard Rode noch 2004 zwar die Meinung, dass sich dieses bis 2010 nicht dramatisch verändern würde.[245] Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man ihm in dieser Einschätzung durchaus beipflichten, denn trotz Finanz- und Wirtschaftskrise und der dadurch offensichtlich gewordenen Notwendigkeit von tiefgreifenden Veränderungen des bestehenden Systems konnten sich die maßgeblichen Institutionen und die am Steuer derselben stehenden federführenden Personen bis zum Ende dieser ersten Dekade des 21. Jahrhunderts noch nicht darauf einigen, welche Form und Dimension eine Transformation haben sollte. Meiner Meinung nach wiederum befinden wir uns in einer Zeit des Umbruchs, welcher eine unaufhaltsame Eigendynamik entwickelt hat, die manchen Überlegungen der Finanzwelt durchaus vorauseilen und diese somit schlicht obsolet machen wird. Diese Ansichten werden in weiterer Folge noch durch Argumente an Plausibilität gewinnen, vorher jedoch wird nochmals Bezug auf Rode genommen, welcher drei mögliche Szenarien der zukünftigen weltwirtschaftlichen Ordnung zeichnet[246]:

- *Gruppenhegemoniales Management*

  Ein gruppenhegemoniales – also in anderen Worten multipolares und multilaterales – Management der Austauschbeziehungen sei demnach die optimale Lösung. Für ein Funktionieren dieses Weges müssten weniger Blockegoismus an den Tag gelegt und die Integration innerhalb der OECD-Welt weiter vorangetrieben werden. Das bereits bestehende hohe wirtschaftliche Verflechtungsniveau dränge zwar auf diesen Kurs, doch würde dieser in Konjunkturtälern in der Regel von nationalen wie regionalen Interessen erheblich behindert.

---

244 Andersen 2005, 590

245 vgl. Rode 2004, 609

246 vgl. Rode 2004, 610

- *Blockbildung*

  Eine verstärkte Blockbildung und Regionalisierung sei die wahrscheinlichste Variante. Dies würde zwar nicht unbedingt regionale Abschottung und Protektionismus bedeuten, in jedem Fall aber weniger Freihandel zwischen den Blöcken. Eine Verfestigung dieses Entwicklungsstranges sei jedoch nicht zwingend notwendig, da es durchaus die Möglichkeit gebe, dass eine vermehrte Blockbildung eine Transitionsphase auf dem Weg zu einem noch höheren Interdependenz- und Integrationsniveau darstelle.

- *Katastrophe*

  Nicht auszuschließen sei hingegen auch ein Rückfall in einen harten Wirtschaftsnationalismus und -regionalismus, der mit einer schweren Weltwirtschaftskrise einherginge. Rode schränkt die Wahrscheinlichkeit dieser Option aber insofern ein, als er das Interdependenzniveau nach der Globalisierungswelle der vergangenen beiden Jahrzehnte für zu hoch hält und die Ansicht vertritt, dass die historische Lektion der großen Depression der 1930er Jahre von den führenden Eliten zu gut verstanden worden sei.

Angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklungen im Zuge der Finanzkrise, die sich 2008 auch endgültig als realwirtschaftliche Krise[247] manifestierte, stellt jedoch insbesondere die Variante der „Katastrophe“ eine ernsthaft in Erwägung zu ziehende Option dar, die nicht leichtfertig als unerheblich eingestuft werden sollte. Auch Tobias Plettenbacher, Ökologe und Experte für komplementäre Währungssysteme, teilt diese Meinung und fasst das Grundproblem des gegenwärtigen Geld- und Wirtschaftssystems, das im ökonomischen Diskurs ein Tabuthema darstellt, in einem Wort zusammen: Zinseszinseffekt. Was provokant klingen mag, da das Zinssystem im vorherrschenden wirtschaftlichen Denken der Menschen ein scheinbar unumstößliches Grundprinzip darstellt, welches nicht in Frage gestellt wird, ergibt durchaus Sinn, so

---

247 Da im Kontext dieser Überlegungen das Wort „Krise“ so häufige Verwendung findet, an dieser Stelle ein Verweis auf die Etymologie desselben: aus dem Griechischen stammend bezeichnet *crisis* eine „(Ent-)Scheidung“, eine „entscheidende Wendung“ und bedeutet eine „schwierige Situation oder Zeit, die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt“, wobei es sich hierbei durch aus um einen positiven Wendepunkt handeln kann.

man sich die Mühe macht, diesen Gedanken weiterzuverfolgen: der Geldkreislauf besteht darin, Geldvermögen anzusparen und dieses in Form von Krediten weiterzuverleihen. Zusätzlich zur Tilgung des aufgenommenen Kredits müssen jedoch auch Zinsen zurückbezahlt werden, wodurch sowohl Geldvermögen als auch Schuldenberg kontinuierlich weiter anwachsen – in den Augen Plettenbachers eine monetäre Teufelsspirale.[248]

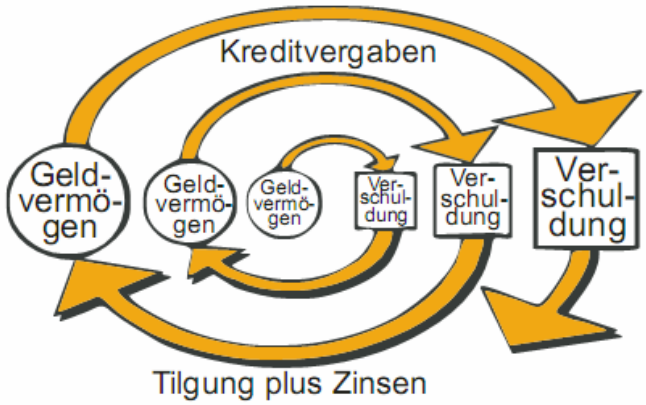


***Abb. 9**: Nach Art eines Perpetuum mobile bläht sich die Finanzspirale auf, was durch die Zinsen bedingt langfristig unweigerlich zu einer Eskalation von Vermögen und Schulden führt.*[249]

Das Problem, welches entsteht, ist ein mathematisches, da das Wachstum nicht gleichmäßig, also linear erfolgt, sondern sich durch den sogenannten Zinseszinseffekt (die Mitverzinsung der Zinsen) immer schneller steigert. Man spricht von exponentiellem Wachstum, eine Art des Wachstums, die auch bei geringen Wachstumsraten (im konkreten Falle widergespiegelt durch Zinssätze) in kurzer Zeit zu astronomischen Beträgen führt.[250] Der US-amerikanische Ökonom und Systemanalytiker Dennis Meadows, der bereits 1972 mit seiner Studie „Die Grenzen des Wachstums“ einen lauten, jedoch vermeintlich ungehört verhallten Warnruf ausstieß, nahm im Oktober 2008 zu dieser gegen den Strom der Masse gerichteten Argumentation vor dem Hintergrund der heranbrechenden Finanz- und Wirtschaftskrise Stellung. Auf die Frage, ob die von ihm prognostizierte Entwicklung, wonach die Grenzen des Wachstums zwi-

248 Plettenbacher 2008, 12

249 Quelle: Plettenbacher, Seite 4, 13. 3. 2009

250 Plettenbacher 2008, 12

schen 2010 und 2020 erstmals sichtbar würden und 2050 der zivilisatorische Kollaps drohe, durch die Finanzkrise eine Akzeleration erfahren habe, meinte er:

> „Die Aussagen über die Grenzen des Wachstums gelten, egal welche Finanzordnung gerade herrscht. Es kann zwar sein, dass die aktuelle Misere an den Finanzmärkten wie ein Katalysator wirkt und die Krise früher kommt, weil das Geld für Investitionen in neue Energieträger oder Entlastungssysteme für die Umwelt fehlt. Die monetären Probleme können aber auch etwas verzögernd wirken, weil in der Rezession zunächst weniger knappe Ressourcen nachgefragt werden. Das ändert jedoch nichts an der langfristigen Perspektive: Systeme, die exponentiell wachsen, also mit steigender Rate größer werden, stoßen an eine natürliche Grenze, wenn man nicht rechtzeitig etwas dagegen unternimmt. Wird ein bestimmtes Niveau überschritten, kommt es zum Kollaps, alles bricht zusammen.“[251]

Was lässt sich nun unter der Gegenüberstellung von exponentiellem und natürlichem Wachstum verstehen? Bei exponentiellem Wachstum, das aufgrund seiner ab einem gewissen Zeitpunkt exorbitanten Ausmaße vom menschlichen Verstand kaum erfasst werden kann, nimmt ein Betrag jährlich um einen gewissen Prozentsatz zu und verdoppelt sich im Laufe der Jahre immer schneller. Die Geschwindigkeit dieser Verdoppelung kann berechnet werden, indem man 72 Jahre durch den Zinssatz dividiert. Bei acht Prozent Verzinsung verdoppelt sich ein Betrag demnach alle neun Jahre, selbst bei lediglich zwei Prozent geschieht dies alle 36 Jahre. Vermögen und Schulden wachsen durch den Zinseszinseffekt symbolisch gesprochen in den Himmel. Demgegenüber stellt sich die Frage, welchen Verlauf natürliches – also von der Natur vorgegebenes und somit nachhaltiges – Wachstum nimmt. Hier präsentiert sich ein konträres Bild, denn natürliches Wachstum verläuft logarithmisch, also anfangs hoch und mit der Zeit abnehmend. Schließlich folgt der Stillstand und das Wachstum geht von einem quantitativen in ein qualitatives über, wie illustrativ am simplen Beispiel eines Baumes nachvollzogen werden kann.

---

[251] Boehringer 2008, 13. 3. 2009

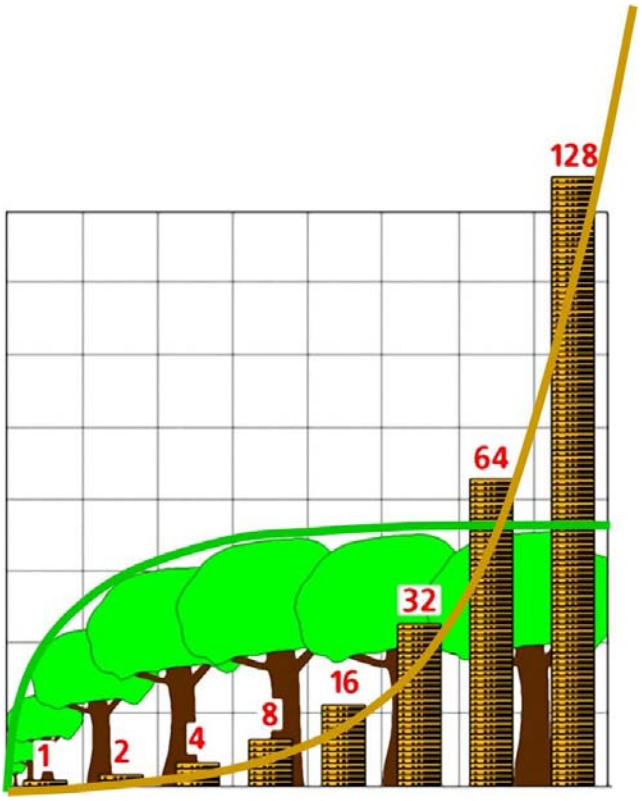


***Abb. 10**: Stellt man exponentielles Vermögenswachstum (gelbe Kurve) in graphischer Form dem logarithmischen Wachstum (grüne Kurve) gegenüber, welches sich in der Natur findet, so wird die Problematik des ersteren deutlich.*[252]

Die heimtückische Komponente am exponentiellen Wachstum ist, dass es – wie bereits kurz erwähnt – anfangs kaum wahrnehmbar ist, jedoch plötzlich förmlich explodiert. Begibt man sich in der freien Natur auf die Suche nach exponentiellem Wachstum, so findet man dieses nur bei extremen Ungleichgewichten oder Krankheiten vor, etwa bei Krebszellen oder einer Algenblüte durch Nährstoffüberschuss.[253] Das *Hamburger Abendblatt* widmete dieser Thematik einen Artikel mit dem Titel „Die Folgen von exponentiellem Wachstum unterschätzen wir gern“. Darin heißt es:

> „Exponentielles Wachstum unterschätzen wir [...] gerne. Dabei regiert es fast alle Prozesse in der Natur, zum Beispiel die Ausbreitung von Pflanzen. Wenn die Zahl von Seerosen auf einem Teich in einer Woche 10 und in der nächsten 20 beträgt, dann gehen wir intuitiv davon aus, dass

252 Quelle: Plettenbacher, Seite 6, 13. 3. 2009

253 Plettenbacher 2008, 16

es eine Woche später um die 30 sein werden – das ist die lineare Sicht der Welt. Tatsächlich werden es aber 40 sein, dann 80, und bald ist der ganze See bedeckt. Am afrikanischen Viktoriasee gibt es seit 20 Jahren immer wieder genau dieses Problem mit der eingeschleppten Wasserhyazinthe. Unbegrenztes exponentielles Wachstum gibt es in der Natur nicht – selbst die Ausbreitung einer Art, die keine natürlichen Feinde hat, wird irgendwann durch Nahrungsmangel gestoppt. Für die Wirtschaft sagen uns Ökonomen dagegen, dass sie nur gesund ist, wenn sie stetig weiter wächst. In dem Buch "Die Grenzen des Wachstums" rechnete der Club of Rome 1972 aus, wann unser Planet bei dieser Art der Entwicklung zugrunde gehen würde. Die Befürchtungen des Reports sind nicht eingetreten, weil wir gelernt haben, ressourcenschonender zu produzieren. Trotzdem bleibt die Frage spannend, wie lange unsere Zivilisation ihr in vielen Bereichen exponentielles Wachstum aufrechterhalten kann."[254]

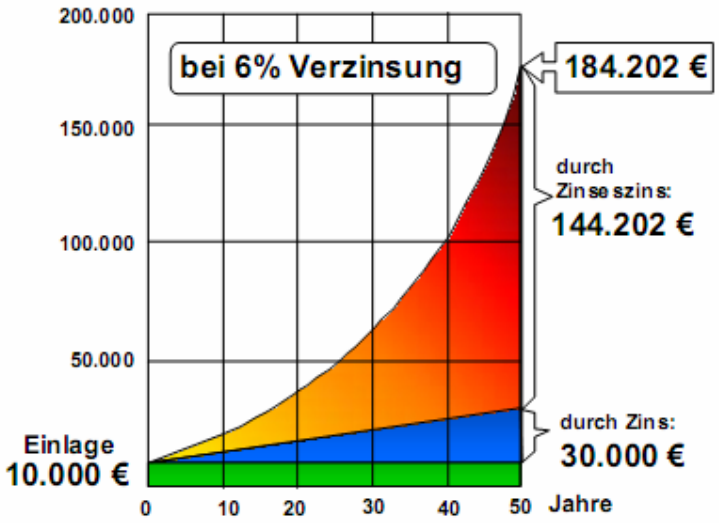


***Abb. 11**: Bei sechs Prozent Verzinsung werden aus 10.000 Euro durch Zins im Zuge von 50 Jahren 30.000, durch Zinseszins mehr als 184.000 Euro.*[255]

Es ist nicht verwunderlich, dass sich angesichts derartiger Entwicklungstendenzen ein vernichtendes Urteil über das Konzept der Marktwirtschaft und den Kapitalismus, der von der führenden Elite als Axiom betrachtet wird, fällen lässt. In kompromissloser Klarheit äußert sich dementsprechend Robert Kurz, der in seinem „Schwarzbuch Kapitalismus" das System an den Pranger stellt:

---

254 Hamburger Abendblatt, Juni 2008, 13. 3. 2009

255 Quelle: Plettenbacher, Seite 6, 13. 3. 2009

> „Der letzte klägliche Rest eines dumpfen Geschichtsbewusstseins, den die Marktwirtschaft übriggelassen hat, ist ihre eigene Legende: dass sie nämlich grundsätzlich ‚wohlfahrtssteigernd' sei. Demnach hätte die Menschheit vor der marktwirtschaftlichen Modernisierung im Elend verschmachten müssen. In Wirklichkeit verhält es sich für die große Mehrheit der Bevölkerung genau umgekehrt. Zwar hat der Kapitalismus zweifellos die Produktivkräfte verwissenschaftlicht und ihre Entwicklung ungeheuer beschleunigt. Die Steigerung der Wohlfahrt war damit jedoch merkwürdigerweise immer nur zeitweilig verbunden, begrenzt auf bestimmte soziale Segmente und Weltregionen. Denn der Kapitalismus ist ein brutales Gewinner-Verlierer-Spiel, dessen totalitärer Charakter die pure soziale und selbst die physische Existenz als Einsatz nicht ausspart; und er hat von Anfang an mehr Verlierer als Gewinner hervorgebracht. Die Gesamtbilanz ist nicht nur negativ, sondern verheerend."[256]

Hierbei sei angeführt, dass ich es als Autor an dieser Stelle nicht als meine Aufgabe erachte, Alternativen zum herrschenden Finanzsystem aufzuzeigen, sondern vielmehr darauf hinweisen möchte, dass die Zukunftsfähigkeit desselben in Frage zu stellen ist. Die Art und Weise, wie es sich entwickelt hat und wie es sich am Beginn des 21. Jahrhunderts darstellt, repräsentiert keine zwingende Notwendigkeit und kann für sich nicht den Nimbus des vom französischen Soziologen Pierre Bourdieu geprägten Begriffs des TINA-Prinzips[257] in Anspruch nehmen. Diese Ausführungen meinerseits implizieren wiederum keineswegs das Fehlen von Alternativen. Zahlreiche kritische Geister aus Vergangenheit und Gegenwart haben sich zu dieser Frage geäußert. Stichwortartig seien deshalb einige Beispiele genannt: die Tobin-Steuer gegen Devisenspekulation, umlaufgesichertes Geld nach den Modellen des rostenden und alternden Geldes zurückgehend auf Silvio Gesell und Rudolf Steiner, Vollgeld nach Josef Huber, ein Netzwerk komplementärer Währungen nach Bernard A. Lietaer und Margrit Kennedy sowie die These der Geldökologie von Richard Douthwaite.[258] Zudem liegen von Seiten globalisierungskritischer Bewegungen wie etwa Attac zahlreiche Publikationen zu diesem Thema vor.

---

256 Kurz 2002, 15

257 Das TINA-Prinzip (Abkürzung für „**T**here **I**s **N**o **A**lternative") bezeichnet ein simples Muster, mit welchem Politiker zuweilen versuchen, in der Öffentlichkeit unliebsame Entscheidungen mit dem Verweis auf Sachzwänge zu legitimieren. Die ehemalige konservative Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, beliebte sich dieser rhetorischen Floskel häufig zu bedienen. Die Globalisierungskritikerin Susan George stellte dem TINA-Prinzip den Ausruf „TATA!" gegenüber: „**T**here **A**re **T**housands of **A**lternatives!"

258 Alle genannten Konzepte sind aufgelistet in Plettenbacher 2008.

Zum Abschluss dieses Exkurses sei nochmals Dennis Meadows zitiert, der als Konsequenz aus unserer gegenwärtigen destruktiven Lebensweise für eine Gesellschaft plädiert, die keinen auf ökonomischen Dogmen aufbauenden Raubbau am Planeten Erde betreibt, sondern vielmehr im Gleichgewicht mit der Natur lebt:

> „Um manche Bedürfnisse zu decken, brauchen wir viel Geld. Wir müssen aber zu einer Gesellschaft werden, die im Gleichgewicht mit der Natur ist, und nicht ständig den Energieverbrauch steigert und nur auf Wirtschaftswachstum aus ist. Ansonsten werden die Reichen und Mächtigen ihren Lebensstandard bewahren und die Armen auf der Strecke bleiben. Und der Markt wird dafür nicht immer die richtigen Signale senden."[259]

### 3.2.2 Der Polaritätszyklus – Rückkehr in eine multipolare Welt

Die folgende Grafik mit dem Titel „Der Polaritätszyklus" soll den zyklischen Ablauf von Polarität im internationalen System im Laufe der vergangenen hundert Jahre veranschaulichen. Konnte man gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch von einem relativ ausgewogenen Konzert der Mächte und somit einer eindeutig multipolaren Welt mit den wesentlichen und in ihrer Bedeutung im Laufe der Jahrzehnte variierenden nationalstaatlichen Akteuren USA, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Deutschland, Italien, Japan und Russland sprechen, so wurde diese Multipolarität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Bipolarität und dem damit verbundenen Kalten Krieg der beiden Supermächte USA und Sowjetunion abgelöst. Auch dieses Weltordnungsmodell war nur von begrenzter Dauer und machte nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989/91 Platz für eine unipolare Welt, dominiert von der nunmehr einzig verbliebenen Supermacht USA. Ein Zustand, der sich bis in die Gegenwart erstreckt.

Meine These ist nunmehr, dass – wie auch Charles Krauthammer zu Beginn der 1990er Jahre bloß vom „unipolaren Moment" sprach[260] und Emmanuel Todd[261] sowie Paul Kennedy[262] im

---

259 Dowideit 2008, 13. 3. 3009

260 vgl. Zürn 2007

261 siehe Todd 2003

Zuge ihrer Theorien um den sogenannten *hegemonic decline* den Aufstieg und auch das Vergehen jeglicher Imperien beziehungsweise Hegemonialmächte prognostizierten – diese Unipolarität im Laufe der kommenden Jahre und Jahrzehnte aufgeweicht werden wird, die USA ihre hegemoniale Stellung verlieren und eine neue Multipolarität mit den maßgeblichen Akteuren USA, China, Europäische Union, Russland, Japan, Indien und Brasilien entsteht. Jedoch muss diese neue Multipolarität aus dem nun zu eng gewordenen Korsett der Nationalstaatlichkeit befreit und um zwei substantielle Komponenten bereichert werden: zum einen ist dies die vom Staat heute weitgehend losgelöste globale Privatwirtschaft (primär in Form von multinationalen Konzernen und dem internationalen Bankensystem), die sich im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte das ökonomische Paradigma des Neoliberalismus zunutze machte, um ihre Rolle neu zu interpretieren und über das wirtschaftliche Feld hinaus auch in der politischen Sphäre massiv tätig zu werden und an Macht zu gewinnen.

---

[262] siehe Kennedy 2000

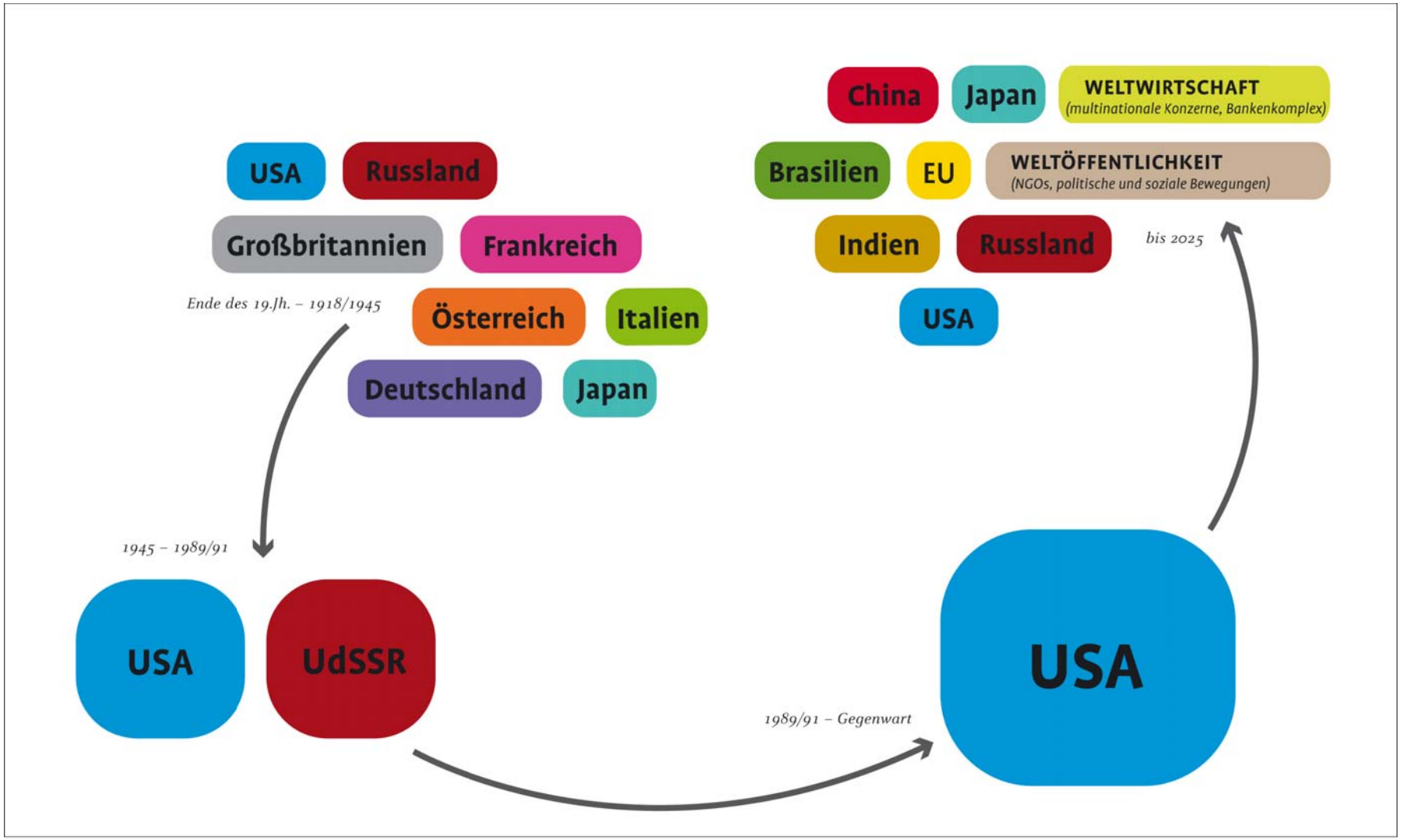


***Abb. 12:*** *Nach einem Zyklus von einem Jahrhundert schließt sich der Kreis in neuer Form wieder: Multipolarität – Bipolarität – Unipolarität – Neue Multipolarität* (Quelle: eigene Darstellung)

Diesem Umstand trägt auch Susan Strange, eine Vertreterin der Internationalen Politischen Ökonomie Rechnung, wenn sie postuliert, dass sich die akademische Disziplin der Internationalen Beziehungen von ihren veralteten Vorstellungen einer primär nationalstaatlich geordneten und von den Nationalstaaten geprägten internationalen Politik endlich befreien müsse. Ihr zentrales Argument ist hierbei, dass die Kräfte des Weltmarktes, der sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte mehr durch die Entscheidungen nichtstaatlicher Akteure im Finanzsektor, in der Industrie und im Handel als durch konzertierte Beschlüsse von Regierungen integriert habe, mittlerweile bereits mächtiger geworden seien als die Staaten, denen man gemeinhin nach wie vor die höchste politische Autorität über Gesellschaft und Wirtschaft zugestehe. Die Staaten verlören jedoch vielmehr an Einfluss, sie würden zu einer Entscheidungsmacht unter mehreren, mit begrenzter Macht und begrenzten Ressourcen.[263] Wie weit Bedeutungsverlust und Machteinbußen der Nationalstaaten tatsächlich reichen, ist in politischen wie wissenschaftlichen Kreisen naturgemäß ein heiß umstrittenes Thema, jedoch scheint zumindest weitgehender Konsens darüber zu bestehen, dass die Nationalstaaten nicht als relevante Akteure verschwinden, sich aber im Zuge der Globalisierung ihre Handlungsspielräume in der Wirtschaftspolitik verringert haben und sie dadurch gezwungen werden, ihre Aufgaben und Funktionen speziell in diesem Bereich, aber auch generell, neu definieren zu müssen.[264]

Auf genau diesen Punkt bezieht sich auch Zakaria. Er meint, dass ein Aspekt dieser neuen Ära die Tatsache sei, dass Macht von Staaten auf andere Protagonisten übergehe:

> „Die aufsteigenden ‚Anderen' umfassen häufig Akteure aus dem nicht-staatlichen Bereich. Gruppen und Individuen erhalten verstärkt Mitspracherechte, während Hierarchien, Zentralisierung und Verfügungsgewalt an Bedeutung verlieren. Aufgaben, die einst den einzelnen Staaten oblagen, werden heute gemeinsam mit internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation und der Europäischen Union wahrgenommen. Zu allen erdenklichen Themen sprießen heute Tag für Tag überall auf der Welt nicht-staatliche Organisationen aus dem Boden. […] Die Macht bewegt sich von den Nationalstaaten weg – nach oben, unten und zu den Seiten. Unter diesen Rahmenbedingungen büßt der traditionelle Gebrauch nationaler Macht im ökonomischen

263 Strange 1996, 87

264 vgl. Krell 2003, 94f.

und militärischen Bereich an Effizienz ein. Das im Entstehen begriffene internationale System wird vermutlich ganz anders aussehen als alle vorangegangenen."[265]

Am Beispiel des gegenwärtig größten Konzerns weltweit, der US-amerikanischen Einzelhandelskette Wal-Mart, die 2008 einen Umsatz von beinahe 400 Milliarden US-Dollar[266] erwirtschaftete, wird diese Entwicklung besonders deutlich: mit 1,6 Millionen Angestellten (mehr als ein Prozent aller in den USA erwerbstätigen Menschen) und einem Umsatz, der 2,5 Prozent der US-Wirtschaftsleistung entspricht, ist dieses ökonomische Imperium, das 1962 mit einem von Sam Walton gegründeten kleinen Lebensmittelladen in Bentonville im US-Bundesstaat Arkansas seinen Anfang nahm, heute zum Inbegriff der „Macht der Multis" geworden.[267] Kurios, wenn auch nicht überraschend, mutet dabei an, dass der Jahresumsatzes eines Konzerns wie Wal-Mart die Bruttoinlandsprodukte zahlreicher Nationalstaaten wie der bevölkerungsreichen Türkei oder des wohlhabenden Finnland deutlich in den Schatten stellt.

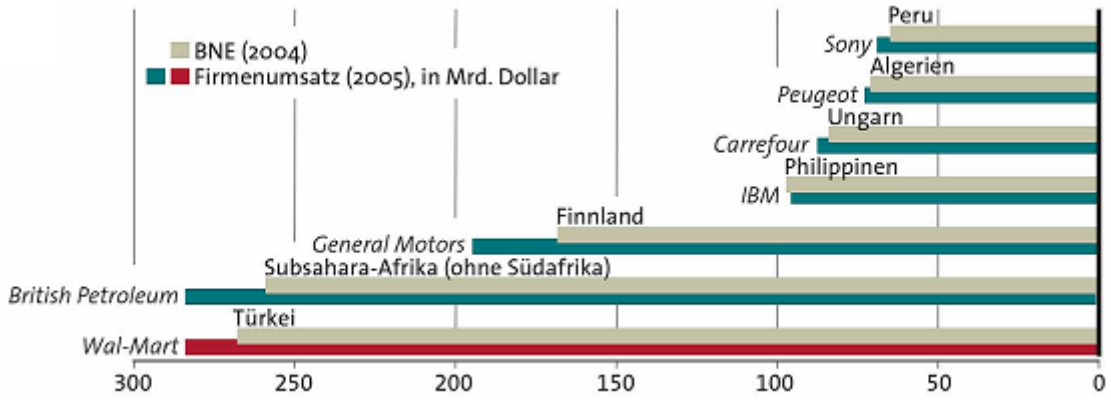


***Abb. 13:*** *Beim Vergleich des Firmenumsatzes multinationaler Konzerne mit dem Bruttonationaleinkommen (BNE) ausgewählter Staaten ergibt sich ein paradoxes Bild. Die Finanzkraft des japanischen Technologieunternehmens Sony ist etwa über jene Perus mit einem vergleichsweise geringen BNE zu stellen, der Energiekonzern BP mit Sitz in London sowie die US-amerikanische Handelskette Wal-Mart hängen Subsahara-Afrika respektive die Türkei ab.*[268]

---

265 Zakaria 2008, 31f.

266 vgl. CNNmoney.com: *Global Fortune 500*, 12. 3. 2003

267 vgl. Le Monde diplomatique 2007, 64

268 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 65

Zum anderen kann in Zeiten der Globalisierung (mit all ihren nicht zu leugnenden Schattenseiten, jedoch an dieser Stelle vor allem ihren positiven vernetzenden und verbindenden Eigenschaften) die Bevölkerung der Erde als eine Weltöffentlichkeit neuer Qualität betrachtet werden. Eine globale Instanz, die vom engen Korsett der nationalstaatlichen Identität losgelöst eine eigene Entität repräsentiert und durch moderne, technologische Hilfsmittel in Form von planetaren, sozialen Bewegungen agiert und reagiert, sich zunehmend jedoch auch in Form von NGOs, also nichtstaatlichen Organisationen, manifestiert.

Die Zahl der NGOs und ihrer Mitglieder stieg in den letzten Jahren, nicht nur in der sogenannten Ersten Welt, auch in den Regionen des Südens beständig an. Seit ihrem entschlossenen Auftreten beim Rio-Gipfel, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992, gelten sie als die Bausteine einer globalen Zivilgesellschaft, seit dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre im Jahr 2000 spricht man auch von einem „neuen Internationalismus“. Die sozialen Bewegungen, auf denen dieser beruht, stehen in vielfachen und komplexen Verbindungen zu den NGOs. Dabei bezieht sich der Begriff „soziale Bewegung“ auf mannigfaltige Aktivitäten, die jeweils für eine Gesellschaft spezifisch sind. Ihre Träger sind Gruppen, die durch ein oder mehrere Ziele zusammengehalten werden und sich zu einer aktiven politischen Kraft auf nationaler oder internationaler Ebene entwickeln. Zahlreiche NGOs spielen heute eine wichtige Rolle für die globale Entwicklung und innerhalb der neuen sozialen Bewegungen, die gemäß dem Motto der Weltsozialforen „Um outro mundo é possível“ („Eine andere Welt ist möglich“) auf eine „andere Globalisierung“ setzen.

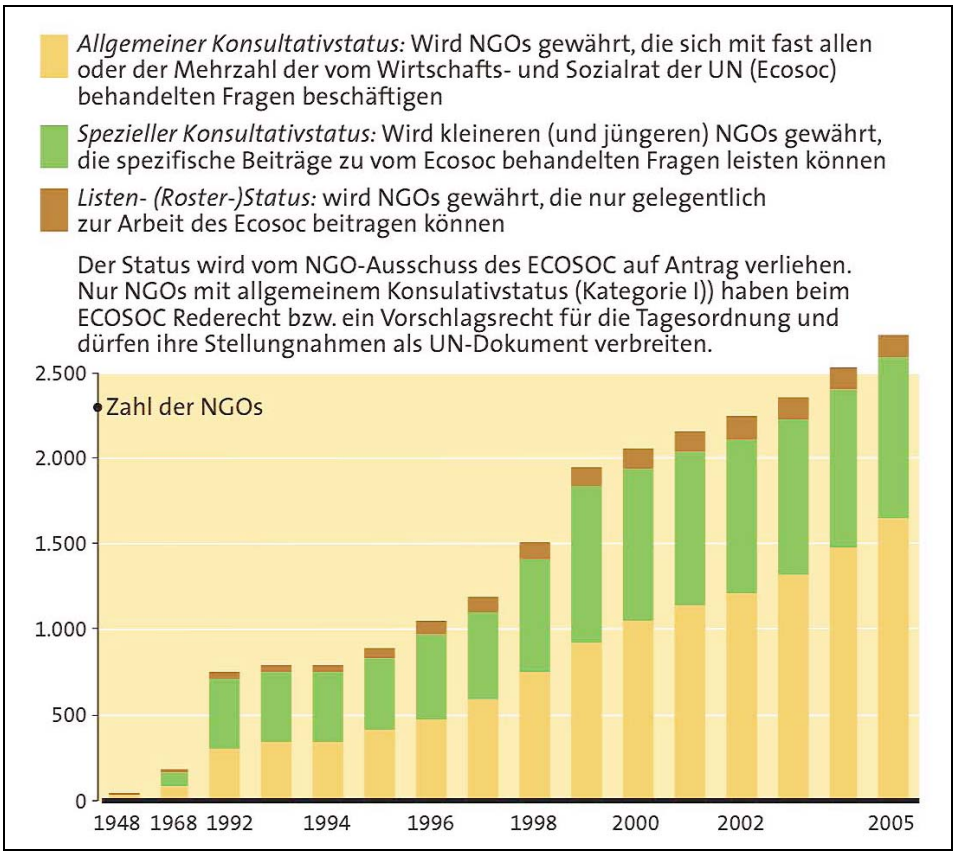


***Abb. 14:*** *Die Mitsprachemöglichkeiten der NGOs bei den UN haben in den vergangenen Jahren einen signifikanten Aufschwung erfahren und sich seit 1992 vervierfacht.*[269]

Unter diesen Voraussetzungen müssen in das multipolare Modell des 21. Jahrhunderts aufgrund ihrer ökonomischen und daraus resultierend auch politischen Bedeutung ebenso die (private) Weltwirtschaft sowie die globale Zivilgesellschaft in vielfältigen und bunten Manifestationen von global agierenden Protestgruppen, Bewegungen und NGOs Eingang finden. Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung etwa schreibt in diesem Sinne, dass eigentlich nicht von internationalen Beziehungen gesprochen werden dürfe, sondern vielmehr von „Beziehungen zwischen den Ländern“, da der Staat nur eine Organisation in einem Lande darstelle. Und diese eine Organisation habe im Zeitalter transnationaler Konzerne (repräsentativ für das Kapital und somit ökonomische Macht) und internationaler Nichtregierungsorganisationen (repräsentativ für die Zivilgesellschaft) kein Monopol mehr auf die auswärtigen Angelegenheiten.[270]

---

269 Le Monde diplomatique 2007, 97

270 vgl. Galtung 1998, 34

Dennoch soll an dieser Stelle nicht der Eindruck entstehen, die Relevanz der noch immer bedeutsamen nationalstaatlichen Akteure werde gänzlich unterminiert (die Nationalstaaten sind gleichsam Einzelbestandteile der IGOs, der internationalen staatlichen Organisationen; dies ist der Grund, weshalb Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen an dieser Stelle nicht als expliziter Faktor angeführt werden, da es darum geht, die essentiellen Pole außerhalb der nationalstaatlichen Sphäre aufzuzeigen). Dies ist nicht der Fall, vielmehr werden wir Zeugen eines Prozesses, welcher eine neue Art der Trilateralität, die sich aus staatlichen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzt, schafft. Auch Paul Kennedy zieht das Fazit, dass der Nationalstaat wohl wanke, jedoch nicht falle und auch auf absehbare Zeit (noch) nicht fallen werde:

> „Selbst wenn der Status und die Funktion des Staates durch transnationale Tendenzen untergraben werden, hat die Verlagerung der Autorität keinen adäquaten Ersatz geschaffen, der ihn als die Schlüsseleinheit in der Reaktion auf globale Veränderung ablösen könnte. Was der Nationalstaat tut und insbesondere, wie seine politische Führung handelt, um das Volk auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten, behält seine zentrale Bedeutung, selbst wenn die traditionellen Instrumente der staatlichen Regierung ihre Unzulänglichkeiten immer deutlicher zeigen. Die Zukunft des Nationalstaates mag in Frage stehen, aber paradoxerweise ist seine Existenz notwendig, um einige Antworten zu liefern.“[271]

So führt der Polaritätszyklus von der Multipolarität der Vorkriegszeit über die Bipolarität der Nachkriegszeit und die Unipolarität des ausgehenden 20. Jahrhunderts wieder zurück zu einer multipolaren Weltordnung, wenn auch in einer erweiterten und qualitativ variierten Form. Ob diese neue Multipolarität zu gegebener Zeit wiederum in ein bi- oder unipolares Modell umschwenken wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu prognostizieren, jedoch halte ich einen solchen Prozess in seiner traditionellen, also großteils nationalstaatlichen Form für unwahrscheinlich. Die Gründe für diese Annahme werden zum Teil durch die Einführung neuer Akteure bereits vorweggenommen, jedoch werde ich in der Folge noch detailliert darauf eingehen.

---

[271] Kennedy 2002, 177

### 3.3 Eine mögliche Konsequenz: idealistischer Multilateralismus

*„It is for the world community to decide whether this moment of uncertainty presages wider conflict, deepening inequality and the erosion of the rule of law, or is used to renew institutions for peace, prosperity and human rights. Now is the time to act."*

***Aus dem UN-Report "In Larger Freedom"***

Die Staaten der internationalen Gemeinschaft arbeiten heute – sicherlich auch gezwungenermaßen durch die Globalisierung und die damit verbundene ökonomische und gesellschaftliche Vernetzung – enger denn je zusammen und müssen dabei Interessen verschiedenster Seiten berücksichtigen. Ein multilaterales Denken ist in vielen Bereichen unerlässlich und zum Standard geworden, dennoch dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschlossen werden, dass Verträge, Regime und Institutionen, die einem funktionierenden Multilateralismus Vorschub leisten sollen, oftmals nicht jene Beachtung und jenen Respekt finden, der ihnen zukommen sollte. In zahlreichen Feldern sind multilaterale Schwachpunkte vorhanden, welche immer wieder weidlich ausgenutzt werden. Nach wie vor betrachten viele Staaten ein unilaterales Vorgehen als die bessere Option, um ihre eigenen Interessen gewahrt zu sehen und keine Kompromisse eingehen zu müssen, vergessen jedoch dabei auf das übergeordnete globale Anliegen. Dass sich eine multilaterale Politik im Laufe der vergangenen hundert Jahre nicht linear entwickelt hat, sondern immer von Rückschlägen und unilateralen Einschränkungen begleitet war, sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine positive Entwicklung gegeben hat und bis in die Gegenwart kontinuierlich Fortschritte gemacht worden sind. Zudem stellt sich Multilateralität und somit eine funktionierende internationale Kooperation vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts als einzige seriöse zukunftsfähige Handlungsmöglichkeit dar, um diesen zu begegnen. Um diese kleinen, aber stetigen Schritte nach vorne aufzuzeigen, soll daher ein kurzer historischer Abriss multilateraler Politik Eingang finden.

### 3.3.1 Entwicklung des Multilateralismus[272]

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts konnte von einem effektiven Multilateralismus nicht die Rede sein. Vielmehr stand die Welt im Zeichen eines konkurrenzbetonten Gleichgewichts der Mächte, welches schließlich in den Ersten Weltkrieg münden sollte. Weltpolitik galt lediglich als Summe der nationalstaatlichen Außenpolitiken und zuweilen in einer schärferen Definition als die auf Weltherrschaft gerichtete Außenpolitik der Großmächte. Als solche wurden im europäischen Kontext Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, das Deutsche Kaiserreich, Russland und Italien definiert, darüber hinaus im asiatischen Raum nach dem Russisch-Japanischen Krieg Japan und in der westlichen Hemisphäre natürlich bereits die aufstrebenden USA.

Multilateralismus war unter diesen Umständen schwer vorstellbar, auch deshalb, weil das Bewusstsein um gemeinsame, staatenübergreifende Probleme und Interessen oder die Vorstellung einer staatenübergreifenden Rechtsordnung noch nicht sehr ausgeprägt waren. Erste bescheidene Ansätze einer multilateralen Ordnungsstruktur lassen sich dennoch bereits im 19. Jahrhundert ausmachen, als parallel zur Industrialisierung und Expansion des Außenhandels die ersten zwischenstaatlichen Institutionen im Bereich des Verkehrs, der Kommunikation und der technischen Standards entstanden. Diese Entwicklungen lassen sich unter dem Überbegriff des *funktionalen Multilateralismus* subsumieren. Bald darauf drängten idealistische Politiker und Friedensbewegungen jedoch darauf, dieses multilaterale Konzept auszuweiten und plädierten für einen *menschenrechtlichen und sicherheitspolitischen Multilateralismus*. Die Möglichkeiten zu Kriegsführung und Rüstung sollten rechtlich eingegrenzt werden. Diese Initiativen führten durch die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 zum Kriegsvölkerrecht und zur Einrichtung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, nach dem Ersten Weltkrieg zudem zur Gründung des Völkerbundes. Nur marginal verfolgt wurde hingegen der *ökonomische Multilateralismus*, da die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen großteils dem privaten Netzwerk der sogenannten Hochfinanz überlassen wurden (Parallelen zum neoliberalen Wirtschaftssystem der Gegenwart sind nicht von der Hand zu weisen). Als einziges multilaterales Zugeständnis innerhalb dieses Feldes wurde nach dem

---

[272] vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2007, 62ff.

Ersten Weltkrieg im Zuge der Versailler Verträge die Absicherung grundlegender Arbeitsnormen im Rahmen einer internationalen Organisation, der ILO, vereinbart.

Die weitere Entwicklung der multilateralen Ordnung im Rahmen des Völkerbundsystems war von vielfältigen unilateralen Blockaden und Rückschlägen gekennzeichnet (die USA traten der Organisation niemals bei; Deutschland, Italien und Japan traten aus; europäische Kolonialreiche blieben unangetastet; die Sowjetunion blieb aus Institutionen lange Zeit ausgeschlossen). Erst die traumatischen Erfahrungen eines weiteren großen Krieges konnten die politischen Akteure und auch die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer multilateralen Weltordnung jenseits klassischer Machtpolitik überzeugen und öffneten der Menschheit die Augen für die gemeinsamen Interessen, die zweifellos existierten. Trotzdem bedurfte es der Initiative der neuen Supermacht USA, um dem Multilateralismus nach dem Zweiten Weltkrieg politisch zur Durchsetzung zu verhelfen. Diese setzte auf der Konferenz in Bretton Woods eine offene, liberale Weltwirtschaftsordnung durch, die auf den beiden internationalen Finanzorganisationen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie auf dem GATT-Welthandelsregime[273] gründete. Die Vereinigten Staaten erreichten zudem die Ablösung des sicherheitspolitisch ineffektiven Völkerbundes durch die UN, deren Mitgliedsstaaten die Hauptverantwortung für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden dem Sicherheitsrat übertrugen. Im Laufe der Jahrzehnte gelang im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen der Aufbau eines dichten Netzes funktionaler internationaler Organisationen, deren finanzielle und personelle Ausstattung jedoch stets bescheiden blieb. Von Beginn an war somit auch dem Multilateralismus nach dem Zweiten Weltkrieg das unilaterale und imperiale Element inhärent. Trotz dieses Umstandes, den sich naturgemäß insbesondere die USA zunutze machten, und zahlreicher Rückschläge und Hemmnisse darf nicht darüber hinweggeblickt werden werden, dass der Entwicklungsprozess der globalen multilateralen Staatenordnung große Fortschritte im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und der friedlichen Lösung von Konflikten zeitigte und sich der Multilateralismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts somit in positiver Hinsicht wesentlich von jenem zu Anfang des 20. unterscheidet.

---

[273] Durch das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) wurde gleichsam der Grundstein zur Schaffung der Welthandelsorganisation WTO 1995 gelegt, der es noch heute eingegliedert ist

| *Fortschritte und Rückschritte des globalen Multilateralismus*[274] | |
|---|---|
| **Stärkung des Multilateralismus** | **Schwächung des Multilateralismus** |
| **1899/1907**<br>Haager Friedenskonferenzen etablieren die Haager Landkriegsordnung und eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit | **1914-1918**<br>Erster Weltkrieg |
| **1919**<br>Gründung des Völkerbundes und der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO)[275] durch den Versailler Vertrag<br>**1928**<br>Briand-Kellogg-Pakt zur Kriegsächtung | **1921**<br>US-Kongress lehnt Beitritt der USA zum Völkerbund endgültig ab<br>**1933-1937**<br>Deutschland, Italien und Japan verlassen Völkerbund<br>**1939-1945**<br>Zweiter Weltkrieg |
| **1944**<br>Die Konferenz von Bretton Woods führt zur Schaffung von IWF, Weltbank und GATT<br>**1945**<br>Die Vereinten Nationen werden gegründet und die UN-Charta verabschiedet<br>**1948**<br>Die UN-Generalversammlung verkündet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte<br>**1971**<br>Die Volksrepublik China wird Mitglied der UN und des Sicherheitsrates<br>**1974**<br>UN proklamieren eine Neue Weltwirtschaftsordnung | **1948**<br>Beginn des Kalten Krieges und Entstehung eines bipolaren Mächtegleichgewichts zwischen USA und UdSSR<br>**1974**<br>Der Westen lehnt eine Neue Weltwirtschaftsordnung ab<br>**1984**<br>USA treten aus der UNESCO aus<br>**1989-1991**<br>Ende des Kalten Krieges und Beginn der unipolaren US-Hegemonie |

274 Quelle: Stiftung Entwicklung und Frieden 2007, 65

275 Die ILO war eine Einrichtung des Völkerbundes mit dem Ziel, den Weltfrieden auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit zu sichern.

| | |
|---|---|
| **1991**<br>Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits mit UN-Mandat<br>**1992**<br>UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro mit großer NGO-Beteiligung<br>Erstes Gipfeltreffen des UN-Sicherheitsrates beauftragt den UN-Generalsekretär, eine „Agenda für den Frieden“ zu erstellen<br>**1993/94**<br>Der UN-Sicherheitsrat gründet internationale Strafgerichtshöfe für Ex-Jugoslawien und Ruanda<br>**1994**<br>WTO-Verträge abgeschlossen<br>**1998**<br>Staatenkonferenz verabschiedet Statut des Internationalen Strafgerichtshofes<br>**2000**<br>Millenniumsgipfel der UN-Generalversammlung beschließt die *Millennium Development Goals* (MDG) | **1993-1995**<br>Versagen der UN-Blauhelme in Ex-Jugoslawien und Ruanda<br>**1997**<br>Krise des IWF im Rahmen der Asienkrise<br>**1999**<br>Kosovokrieg der Nato ohne UN-Mandat<br>**2003**<br>Irakkrieg ohne UN-Mandat<br>**2005**<br>Scheitern weitreichender UN-Reformen |

### 3.3.2 Chancen und Herausforderungen

*„All civilization is at stake, and we can save it only if all peoples join together in the task.”*

***Kofi Annan***

Wie zahlreiche Zeitgenossen – der diesbezügliche Diskurs ist weitgefächert, da er im Grunde jedes Gesellschaftsfeld berührt – bin auch ich der Ansicht, dass die globalen Herausforderungen, mit denen die Menschheit am Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert ist, eine substantielle Bedrohung für ihren Weiterbestand in der gegenwärtigen Form darstellen. Diesen kann nur durch einen akkordierten kooperativen Prozess der Weltgemeinschaft, die im Sinne der neuen Multipolarität aus Politik (Nationalstaaten und internationale staatliche Organisatio-

nen), Wirtschaft (Konzerne) und Zivilgesellschaft (NGOs, politisch-aktivistische Bewegungen) besteht, effektiv und erfolgreich begegnet werden. Kurz vor dem Ende seiner zweiten Amtsperiode als Generalsekretär der Vereinten Nationen hielt Kofi Annan eine Rede in Missouri, in der er festhielt, dass er im Zuge seiner zehnjährigen Tätigkeit an der Spitze der UN – „the indispensable common house of the entire human family“[276] – fünf wesentliche Lektionen gelernt habe, wie sich Zusammenleben auf der Erde zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstelle und dieses in Zukunft zum Wohle aller verbessert werden könne[277]:

**1.** *„In today's world, the security of every one of us is linked to that of everyone else."*

Im Angesicht von globalen Bedrohungen wie Massenvernichtungswaffen in den Händen vieler, weltweit auftretenden Seuchen, gescheiterten Staaten, die Terroristen einen sicheren Hafen bieten können und dem uns alle betreffenden Klimawandel, kann es keiner Nation gelingen, Sicherheit zu schaffen, indem sie die Vorherrschaft über alle anderen Staaten anstrebt. Die Menschen teilen die Verantwortung für die Sicherheit aller und dauerhafter Schutz kann nur erreicht werden, indem jeder für die Sicherheit des anderen arbeitet.

Der Kernpunkt hierbei ist die *responsibility to protect*, jene Verantwortung, die laut Annan so lange lediglich reine Rhetorik bleiben wird, bis jene, welche die politische und ökonomische – und als letzten Ausweg auch militärische – Stärke haben, effektiv zu einer positiven Veränderung beizutragen, bereit sind, ihre Führerschaft verantwortungsvoll anzunehmen.

---

276 Office of the Spokesperson for the Secretary-General 2006, 22. 1. 2009

277 vgl. Office of the Spokesperson for the Secretary-General 2006, 22. 1. 2009

**2.** *„We are not only all responsible for each other's security. We are also […] responsible for each other's welfare. Global solidarity is both necessary and possible."*

Den Mitbürgern – nicht lediglich in einem nationalen, vielmehr in einem globalen Kontext – muss die Chance geboten werden, am Wohlstand der begüterten Welt teilzuhaben. Aus diesem Grund wurden von den Vereinten Nationen acht *Millennium Development Goals* (MDG) ausgerufen, die bis 2015 verwirklich werden sollen:

- Extreme Armut und Hunger beseitigen
- Grundschulbildung für alle Kinder gewährleisten
- Gleichstellung der Geschlechter und Einfluss der Frauen fördern
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- Bekämpfung von Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten
- Eine globale Partnerschaft im Dienste der Entwicklung schaffen

**3.** *„Both security and development ultimately depend on respect for human rights and the rule of law."*

Trotz steigender Interdependenz ist die Welt nach wie vor gespalten, nicht nur durch ökonomische Diskrepanzen, sondern auch in religiöser und kultureller Hinsicht. Dieser Umstand per se stellt laut Annan noch nicht das Problem dar, da das menschliche Leben der uns bekannten Geschichte stets von Diversität bereichert wurde. Doch wenn es das Ziel der gegenwärtigen Generation sein solle, gemeinsam in Frieden zu leben, so müsse die Menschheit den Schwerpunkt auf jene Aspekte legen, die uns verbinden: unsere gemeinsame Menschlichkeit und der gemeinsame Glaube daran, dass Würde und Rechte der Menschen durch Gesetze geschützt sein sollen. Kurzum: Menschen-

rechte und Rechtsstaatlichkeit sind unentbehrliche Voraussetzungen für globale Sicherheit und Wohlstand.

**4.** *„Governments must be accountable for their actions in the international arena, as well as in the domestic one."*

Die Handlungen eines Staates können das Leben von Menschen in anderen Staaten und auf der ganzen Welt heute entscheidend beeinflussen, aus diesem Grund müssen alle Länder zur Verantwortung gezogen werden können. Während es hingegen einfach scheint, schwache Staaten zu belangen, da diese zumeist auf irgendeine Form von Hilfe aus dem Ausland angewiesen sind, können die herrschenden Mächte, deren Taten den größten Einfluss auf andere haben, nur durch die eigene Bevölkerung in ihrem Handeln eingeschränkt werden. Dieser Umstand verleiht den Menschen und Institutionen dieser Staaten gemeinsam mit den nichtstaatlichen Akteuren ein großes Maß an Verantwortung, den politischen Prozess innerhalb ihres Landes konstruktiv zu beeinflussen.

**5.** *"My fifth and final lesson derives inescapably from those other four. We can only do all these things by working together through a multilateral system, and by making the best possible use of […] the United Nations."*

Nur durch multilaterale Institutionen können Staaten einander zur Verantwortung ziehen. Dadurch ist es so wichtig, diesen Einrichtungen eine faire und demokratische Struktur zu geben. Der UN-Sicherheitsrat etwa spiegelt nach wie vor die Realität von 1945 wider, nicht jene der Gegenwart. Eine allfällige Reform des Sicherheitsrates muss demnach zwei voneinander unabhängige Komponenten in sich vereinen: zum einen sollten neue Mitglieder aufgenommen werden, sei es auf permanenter oder aber zumindest langfristiger Basis, um auch jenen Weltregionen Repräsentation zu verschaffen, welche heutzutage nur mit eingeschränkter Stimme sprechen können. Zum anderen müssen alle im Sicherheitsrat vertretenen Nationen – und insbesondere die ständigen Mitglieder – jene besondere Verantwortung akzeptieren, die mit dem Privileg, diesem politischen Organ anzugehören, einhergeht. Bereits Harry Truman, von

1945 bis 1953 Präsident der USA, meinte gemäß dieser Maxime: „The responsibility of the great states is to serve and not dominate the peoples of the world."

Kofi Annan verdichtet schließlich diese fünf wesentlichen Lektionen, die gleichsam das Resümee seiner zehnjährigen Amtszeit als Generaldirektor der UN darstellen, in ebenso vielen Prinzipien, die er für die zukünftige Handhabung der Internationalen Beziehungen als essentiell betrachtet: **kollektive Verantwortung**, **globale Solidarität**, **Rechtsstaatlichkeit**, **gegenseitige Rechenschaftspflicht** sowie **Multilateralismus**.

Im 2005 veröffentlichten zukunftsweisenden UN-Report „**In Larger Freedom. Towards Development, Security and Human Rights for All**" werden die Herausforderungen, mit denen das 21. Jahrhundert die Menschheit konfrontiert, präzise geschildert. Bereits die einleitenden Sätze bringen die Botschaft, die durchaus Appellcharakter aufweist, auf den Punkt, wenn es dort unmissverständlich heißt:

> „Humanity will not enjoy security without development, it will not enjoy development without security, and it will not enjoy either without respect for human rights. In a world of interconnected threats and opportunities, it is in each country's self-interest that all of these challenges are addressed effectively. Hence, the cause of larger freedom can only be advanced by broad, deep and sustained global cooperation among States. The world needs strong and capable States, effective partnerships with civil society and the private sector, and agile and effective regional and global intergovernmental institutions to mobilize and coordinate collective action. The United Nations must be reshaped in ways not previously imagined, and with a boldness and speed not previously shown."[278]

Vier wesentliche Punkte sind es, welche auf der Agenda der internationalen Staatengemeinschaft höchste Priorität genießen sollten[279]:

---

[278] United Nations 2005, 16. 3. 2009

[279] vgl. United Nations 2005, 16. 3. 2009

## 1. Freedom from want

Die Generation der Gegenwart ist die erste der uns bekannten Geschichte, welche über die Ressourcen und die Technologie verfügt, das Recht auf Entwicklung zu einer Realität für jede und jeden auf diesem Planeten zu machen und die Menschheit auf diese Weise von Mangel und Entbehrung zu befreien. Weltweit akzeptierte Bezugswerte für die Erreichung dieses ambitionierten Zieles sind heute die *Millennium Development Goals* (MDGs). Primäre Handlungsfelder müssten dementsprechend folgende sein:

*Nationale Strategien*

Jedes Entwicklungsland, das unter extremer Armut leidet, sollte eine ambitionierte nationale Entwicklungsstrategie verabschieden, um die Ziele der MDGs bis 2015 zu erreichen.

*Entwicklung finanzieren*

Die globale Entwicklungshilfe muss im Laufe der kommenden Jahre mehr als verdoppelt werden. Hierfür sind keine neuen Versprechungen der Geberländer notwendig, es müssen lediglich die bereits gegebenen Zugeständnisse eingehalten werden.

*Schuldenerleichterung*

Die Schulden eines jeden Landes sollten im Sinne der Schuldenverträglichkeit einem Niveau angepasst werden, das ein Erreichen der MDGs bis 2015 möglich macht.

Weitere entschlossene Initiativen sind unerlässlich, damit ökologische Nachhaltigkeit sichergestellt werden kann, insbesondere den Klimawandel, die fortschreitende Wüstenbildung und die Erhaltung der Biodiversität betreffend. Zudem sollten ein weltweites Frühwarnsystem für Umweltkatastrophen, unterstützende Maßnahmen für Wissenschaft und Technologie im Sinne der Entwicklung und für regionale Infrastruktur, effektivere Kooperation im Bereich Migration sowie eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen in Angriff genommen werden.

## 2. Freedom from fear

In Bezug auf die globale Sicherheit mangelt es der Welt an einem Basiskonsens. Bedrohungen für Frieden und Sicherheit umfassen im 21. Jahrhundert nicht nur internationale Kriege und Konflikte, sondern auch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität und zivile Gewalt. Zudem tragen Armut, Seuchen und die zunehmende Zerstörung der Umwelt ihren Teil zur Fragilisierung der kollektiven Sicherheit bei.

*Terrorismus vorbeugen*

Die internationale Staatengemeinschaft sollte eine auf fünf Säulen beruhende umfassende Antiterrorstrategie verabschieden: Menschen davon abzubringen, sich terroristischer Mittel zu bedienen oder diese zu unterstützen; Terroristen den Zugang zu Geldmitteln und Materialien zur Konstruktion von Waffen vorzuenthalten; Staaten davon abzuhalten, Terrorismus zu fördern; die Fähigkeit der Staaten zu erhöhen, Terrorismus zu bezwingen; sowie die Menschenrechte zu verteidigen.

*Nukleare, chemische und biologische Waffen*

Um ABC-Waffen wirkungsvoll entgegenzutreten, sind Fortschritte in den Bereichen Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen essentiell.

*Verbreitung und Risiko von Kriegen verhindern*

Die 192 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sollten eine intergovernementale Peacebuilding-Kommission ins Leben rufen, um das UN-System in der Aufgabe zu unterstützen, Länder erfolgreich im Transitionsprozess von Krieg zu Frieden zu begleiten.

*Einsatz von Gewalt*

Der Sicherheitsrat sollte eine Resolution verabschieden, die Prinzipien in Bezug auf Fragen zum Einsatz von Gewalt festlegt. Zudem sollte er seine Absicht kundtun, diese

zu beherzigen, so eine Entscheidung getroffen werden muss, ob der Einsatz von Gewalt in einem bestimmten Falle autorisiert und mit einem UN-Mandat versehen werden darf.

### 3. Freedom to live in dignity

In der UN-Millenniumsdeklaration hielten die Mitgliedsstaaten im Jahre 2000 fest, keine Mühen zu scheuen, um Demokratie zu fördern, Rechtsstaatlichkeit zu stärken sowie der Einhaltung aller international anerkannten Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten weltweit zur Durchsetzung zu verhelfen. Zu diesem Zweck müsse jedoch das normative Rahmenwerk erweitert werden.

*Rechtsstaatlichkeit*

Die internationale Gemeinschaft solle sich die Handlungsmaxime der *Responsibility to Protect* (R2P)[280] als Basis für ein kollektives Vorgehen gegen Völkermord, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu eigen machen.

*Menschenrechte*

Das Büro des Hohen Beauftragten für Menschenrechte solle mit mehr Ressourcen und Personal ausgestattet und auf diese Weise gestärkt werden.

---

280 Der Begriff ***Responsibility to Protect*** (R2P) ist ein Konzept der internationalen Politik. Unter dem Schlagwort R2P wird eine moralische Verantwortlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft, vornehmlich der UN, gegenüber Staaten und ihrer politischen Führung bezeichnet, die innerhalb ihres Territoriums die Kriterien von *Good Governance* entweder nicht erfüllen können oder wollen. In der globalisierten Gesellschaft hat ebenfalls die Notwendigkeit zugenommen, universale Moralvorstellungen zum Schutz der Bevölkerung in anderen Ländern durchzusetzen. R2P zielt damit also nicht nur auf die Verantwortung des einzelnen Nationalstaates gegenüber seiner Bevölkerung ab, sondern ebenfalls jener der Staatengemeinschaft gegenüber Bedrohungen in Ländern, die nicht ihrem eigenen Verantwortungsbereich unterliegen.

*Demokratie*

Ein Demokratiefonds solle im Rahmen der UN gegründet werden, um Ländern zur Seite stehen zu können, die danach streben, demokratische Verhältnisse zu schaffen oder bestehende zu konsolidieren.

## 4. Strengthening the United Nations

Die Botschaft ist so kurz wie klar: die Vereinten Nationen müssen gänzlich den Bedürfnissen und Umständen des 21. Jahrhunderts angepasst werden, um den Herausforderungen dieser Zeit adäquat Rechnung tragen zu können.

*Generalversammlung*

Die Generalversammlung muss kühne Maßnahmen ergreifen, um Agenda und Beratungsprozess zu modernisieren. Sie sollte in der Lage sein, sich voll und ganz auf die substantiellen Tagesthemen zu konzentrieren und Mechanismen implementieren, um die Interessen der Zivilgesellschaft berücksichtigen zu können.

*Sicherheitsrat*

Der Sicherheitsrat sollte die Machtrealitäten der heutigen Welt widerspiegeln und ein repräsentatives Forum aller führenden Staaten sein.

*Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc)*

Eine allfällige Reform des Wirtschafts- und Sozialrates sollte diesem die Fähigkeit verleihen, Fortschritt in der UN-Entwicklungsagenda kompetent und effektiv zu beurteilen.

*Menschenrechtsrat*

Im Report „In Larger Freedom“ wird zu diesem Thema festgehalten, dass die unter sinkender Glaubwürdigkeit und Professionalität leidende *Menschenrechtskommission*

durch einen kleineren und effizienteren Menschenrechtsrat ersetzt werden sollte. Dies ist in der Zwischenzeit bereits geschehen: der Menschenrechtsrat löste im Juni 2006 die UN-Menschenrechtskommission ab. Der Rat kann zur Überwachung der Menschenrechtssituation in einem Mitgliedsstaat mit absoluter Mehrheit die Entsendung von Beobachtern beschließen. Neben einigen weiteren institutionellen Änderungen gehören ihm anstatt der früheren 53 Mitglieder nur noch 47 an.

Die von Kofi Annan und dem UN-Report „In Larger Freedom" proklamierten Ziele sind zweifellos schwer zu erreichen und in manchen Bereichen mutet ihre Umsetzung auf dem Fundament der gegenwärtigen politischen Verhältnisse illusorisch an. Auch kann die Richtigkeit einzelner Reformen und einiger der aufgelisteten Vorschläge in dieser Form durchaus in Zweifel gezogen werden. Dennoch scheint zu jenem roten Faden, welcher diese Handlungsanweisungen in Bezug auf die unbedingte konstruktive Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft durchzieht, jegliche Alternative zu fehlen, so die Erde auch den uns nachfolgenden Generationen weiterhin als Lebensraum zur Verfügung stehen soll.

### 3.3.3 Die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert

*„The UN was not created to take humanity to heaven, but to save it from hell."*

***Dag Hammarskjöld***

Die bereits zuvor erwähnte notwendige Reform beziehungsweise die Stärkung der Vereinten Nationen ist zwar ein weitgefächertes Thema, das an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden kann, dennoch seien ihm einige Zeilen gewidmet, da hier wohl nicht der einzige, doch in jedem Fall ein möglicher und höchst relevanter Schlüssel liegt, um den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerechter zu werden.

Eine Reform der UN ist aufgrund einer Reihe von Entwicklungen heute dringlicher als etwa vor einem Vierteljahrhundert: zum ersten wird eine solche durch die Veränderungen in Machtpolitik und Weltordnung bedingt. Die Friedensvereinbarungen von 1945 entsprechen,

wie bereits mehrfach erwähnt, nicht mehr den Gegebenheiten der Gegenwart. Der stetige Wandel, dem das internationale politische System unterliegt, lässt sich durch keinen Vertrag einfrieren oder aufhalten. Die Welt entwickelt sich ständig weiter. Mehr denn je verschiebt sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das (Un)Gleichgewicht der globalen ökonomischen und militärischen Einflusssphären, wobei die Hauptlinien deutlich erkennbar sind: im Jahre 2045, zum 100jährigen Bestehen der Vereinten Nationen, dürfte China bei annähernd gleichbleibender Entwicklung noch vor den USA die größte Wirtschaftsmacht der Erde sein; Indien wird zu diesem Zeitpunkt aller Voraussicht nach der drittgrößte ökonomische Akteur weltweit sein; zudem können Indonesien[281], Brasilien und ein wiedererstandenes Russland rasche Fortschritte machen und die west- und mitteleuropäischen Staaten an wirtschaftlicher Stärke überflügeln. Justin Morris fasst das sich verändernde Umfeld, innerhalb dessen die Vereinten Nationen in Zukunft operieren müssen, prägnant zusammen:

> „Today the United Nations is having to adopt to a radically changing international environment. An organization constrained by a constitutional framework written over fifty years ago, must simultaneously find ways of accommodating a fourfold increase in membership, the end of the Cold War bi-polarity which prevailed for the majority of its existence, a diversification of power in the increasingly complex world of inter-state relations, and the challenge to the primacy and sovereignty of the state which accompanies the relentless march of globalization."[282]

Ein weiterer Grund, der für eine Reform der Vereinten Nationen spricht, ist die Konfrontation mit verschiedenen globalen Problemen, die über das Potential verfügen, das Überleben der Menschheit in ihrer gegenwärtigen Form ernsthaft zu bedrohen – insbesondere in ökologischen Belangen, jedoch auch in Hinblick auf das in dieser Vehemenz noch relativ junge Phänomen des internationalen Terrorismus. Die USA unter der Regierung George W. Bushs haben deutlich aufgezeigt, dass sich dieser von keiner noch so einflussreichen Nation im Alleingang besiegen lässt, sondern ein aggressives Vorgehen sogar kontraproduktive Folgen zeitigt. Die internationale Gemeinschaft als kompaktes Ganzes kann hier jedoch Abhilfe schaffen, und dies nicht lediglich in einem martialischen Sinne, sondern wesentlich tiefergehend und

---

281 Über 191 Millionen der 240 Millionen Einwohner Indonesiens sind muslimisch. In keinem anderen Nationalstaat der Erde leben mehr Moslems.

282 Morris 1998, 211

radikaler durch gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes und gleiche Chancen für alle Menschen, Völker und Staaten weltweit.

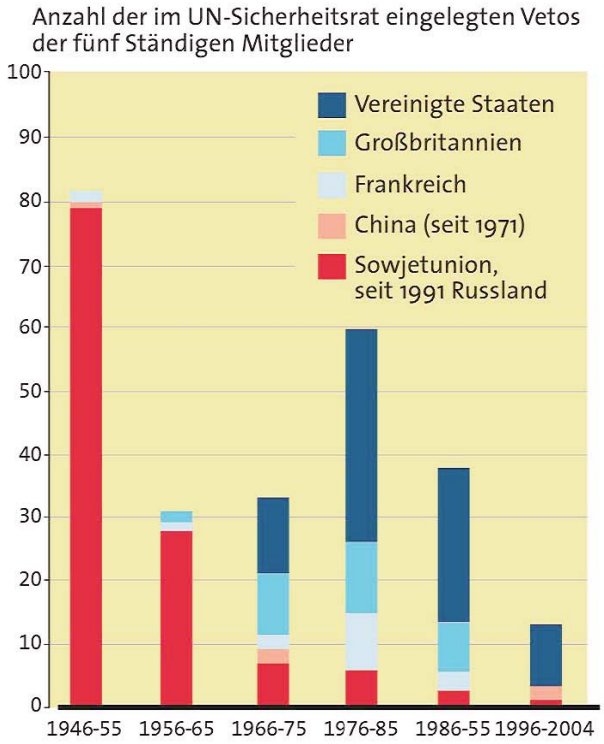


***Abb. 15:*** *Wurde die überwältigende Mehrheit der Vetos in den ersten beiden Jahrzehnten des Bestehens der Vereinten Nationen noch von der Sowjetunion eingelegt, entwickelten sich in dieser Hinsicht seit Mitte der 1960er Jahre die USA zum primären Hemmfaktor der Weltorganisation.*[283]

Zuletzt sind funktionierende und an die Prämissen der Zeit adaptierte UN notwendig, um das Problem der gescheiterten Staaten – der sogenannten *failed* oder *failing states* – lösen zu können. In diesen Ländern, die besonders stark auf dem afrikanischen Kontinent anzutreffen sind, muss Herausforderungen wie Völkermord, Hungersnöten und anderen Katastrophen unterschiedlichster Art wirksam begegnet werden, damit den betroffenen Staaten zu ihrer legitimen Souveränität zurückverholfen werden kann. Auch in einem globalen Kontext ist es unumgänglich, das Augenmerk auf diese gescheiterten Staaten zu lenken, da die Weltgemeinschaft genau dort ein nicht hinnehmbares Ausmaß an Gewalt, eine Missachtung der Rechte von

283 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 92

Frauen und Kindern, Umweltzerstörung und Brutstätten beziehungsweise Rückzugshorte des Terrorismus vorfindet.

Alle genannten Punkte führen unweigerlich zur Gretchenfrage: wie können die anachronistischen Vereinten Nationen der Gegenwart mit der neuen und veränderten globalen Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Einklang gebracht werden, so dass sie effektiv agieren und den großen Herausforderungen der Zukunft begegnen können? Es sind drei Reformansätze, die sich hier kompetitiv gegenüberstehen. Der erste Ansatz steht unter dem Motto „Stall ausmisten“ und möchte auf eine Verkleinerung der Vereinten Nationen und ein Ausmerzen aller bürokratischen Redundanzen hinaus. Zwar wird von Befürworten dieser Richtung auf unbestreitbare Mängel im gegenwärtigen System hingewiesen, was durchaus positiv zu vermerken ist, doch hegt diese Denkschule einen grundsätzlichen Argwohn gegen internationale Regierungsstrukturen und sieht darin eine Bedrohung der nationalen Autonomie. Der zweite Zugang ist am anderen Ende des politischen Spektrums angesiedelt und plädiert für eine Änderung der UN-Verfassung, also der Charta selbst, auf Basis diverser Reformberichte und Vorschläge. Damit einher ginge eine signifikante Umverteilung von Macht und Privilegien, was diesen Weg nüchtern betrachtet als wenig erfolgsversprechend erscheinen lässt. Die dritte Option ist moderater und positioniert sich zwischen den beiden genannten Extremen. Hierbei sollen die Vereinten Nationen keinesfalls verkleinert werden, sondern ihre Möglichkeiten und Effektivität durch praktische, realpolitisch durchsetzbare Veränderungen erhöht werden – mit der längerfristigen Hoffnung, dass zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Adaptierungen sich als erfolgreich herausgestellt haben sollten, auch wesentlichere Reformen und fundamentale Alterationen der Charta möglich sein werden.[284]

Wie in vielen Situationen des täglichen Lebens scheint es auch in diesem Fall nicht opportun und zielführend, eine radikale Position des äußeren Randes zu vertreten, sondern den gemäßigten Mittelweg einzuschlagen. Das wohl dringlichste und zugleich umstrittenste Thema in Zusammenhang mit der UN-Reform ist die Gestaltung des Sicherheitsrates. Zwar gibt es nach wie vor Stimmen, welche einer Beibehaltung des Status quo nicht ablehnend gegenüberstehen (primär sind dies naturgemäß die Vertreter jener Staaten, welchen die gegenwärtigen Spielre-

[284] vgl. Kennedy 2007, 278ff.

geln zugute kommen, also der P5[285]: USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien), doch liegt es vor dem Hintergrund der bereits genannten Argumente auf der Hand, dass der Sicherheitsrat nicht dauerhaft die Organisationsstruktur von 1945 konservieren kann, wenn sich um ihn herum das Fundament der globalen Machtverhältnisse gleich einer tektonischen Plattenwanderung kontinuierlich verschiebt. Systemisches Konstrukt und Realität werden sich – wie dies auch heute bereits ansatzweise der Fall ist – sodann eines Tages nicht lediglich nicht mehr decken, sondern einander vielmehr widersprechen, was die Legitimität und Handlungsfähigkeit der UN in ihren Grundfesten erschüttern wird. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist eine Aufstockung der Zahl der Mitglieder von gegenwärtig 15 auf 23 im Gespräch, wobei sich bei diesem Vorschlag nicht nur die nichtständigen, sondern auch die ständigen Mitglieder vermehren würde. Die Namensliste jener Kandidaten, die für dieses Privileg in Betracht gezogen werden, ist kurz und wiederholt sich ständig: Japan und Deutschland als zweit- und drittgrößte Einzahler in das UN-Budget, Indien aufgrund des demographischen Faktors, seiner Stellung als größte Demokratie der Erde und als aufstrebende Wirtschaftsmacht, Südafrika als Repräsentant des afrikanischen Kontinents und Brasilien als Vertreter Südamerikas und regionale Führungsmacht des amerikanischen Subkontinents (ein Status, den allerdings besonders Argentinien seinem Nachbarn nicht zugesteht und heftig bestreitet, wie dies übrigens auch von Seiten Nigerias und Ägyptens gegenüber Südafrika der Fall ist). Dieses Konzept wird manchmal von der sinnvoll anmutenden Idee begleitet, der Europäischen Union einen ständigen Sitz zu verleihen, welcher sodann dem Rotationsprinzip unterläge. Gewiss müsste es der Union hierfür zunächst einmal gelingen, in außenpolitischen Belangen mit einer Stimme zu sprechen. Ein Unisono, das in der Vergangenheit nur selten von Erfolg gekrönt war. Möglicherweise begünstigt aber das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages und die damit verbundene Bestellung der Britin Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (de facto das Amt einer Außenministerin, wenngleich es auch aufgrund britischer Interventionen nicht so genannt werden darf) in Zukunft ein akkordierteres Vorgehen der 27 Einzelstaaten.

---

[285] **P5**: Abkürzung für „Permanent 5“. Gemeint sind die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, deren privilegierter Status sich nicht in ihrer ständigen Zugehörigkeit zu diesem politischen Schlüsselorgan der Weltgemeinschaft erschöpft, sondern die zudem über ein Vetorecht verfügen und somit jegliche Resolution oder Entscheidung, die ihnen nicht zusagt, unabhängig von der Meinung der restlichen 14 Mitglieder blockieren können.

Mein persönliches Fazit zur Problematik der verkrusteten UN-Strukturen und notwendigen Reformen deckt sich mit jenem Kennedys, das zugegeben äußerst pragmatisch und nüchtern ausfällt:

> „Dieses Kapitel hat versucht, eine Antwort auf die grundlegende Frage zu geben: ‚Was muss getan werden?' Die Antwort lautet, dass die Weltorganisation ihrer Natur nach so komplex und schwerfällig ist, dass ein einzelner Vorschlag zur Verbesserung absurd wäre. Reformen werden oder sollten schrittweise erfolgen. Gar nichts zu tun, ist angesichts des weltweiten Bedarfs nach besserer Kooperation und Lenkung unmöglich. Änderungen der Charta, die die gegenwärtigen Machtstrukturen vollständig neu definieren würden, haben keine Chance auf Erfolg. Also brauchen wir einen Mittelweg, der uns jetzt einige Veränderungen erlaubt mit der Möglichkeit, weitere folgen zu lassen."[286]

Doch auch falls eine längst überfällige Reform der Vereinten Nationen noch länger auf sich warten lassen wird, kann mit etwas gutem Willen der entsprechenden Akteure auch auf Basis der gegenwärtigen Rahmenbedingungen die Effizienz und Effektivität dieser wesentlichsten internationalen Organisation durchaus gesteigert werden:

> „[T]he permanent five could make the world safer and more orderly by showing a greater willingness to work together using the existing structure. They are not going to turn the UN into a world government, as some Utopians would like. America in particular will not consent to being tied down like Gulliver, especially where it thinks its security is at issue. But at a moment when their rivalries are small, yet most are anxious about the same range of transnational threats, all the big powers ought to see the benefit of making better use of the potential for joint, lawful international action that the UN uniquely provides. If not now, when?"[287]

Zudem sollte nicht übersehen werden, dass die UN trotz all ihrer augenscheinlichen Unzulänglichkeiten und Probleme im globalen Kontext bereits eine enorm wichtige Funktion als Plattform symbolisch-verbindender Politik erfüllt. Es war Murray Edelman, der 1976 erstmals die Verbindung zwischen Verhaltensforschung, Ethnologie und Sozialpsychologie einerseits

---

[286] Kennedy 2007, 313

[287] Economist 2007, 16. 3. 2009

und der Politikwissenschaft andererseits herstellte.[288] Er konstatierte Mythen, Ritualen und Symbolen eine identitätsstiftende und konfliktentlastende Wirkung. Diese können im negativen Falle zweifellos manipulativ eingesetzt werden, verfügen jedoch auch über das positive Potential, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gemeinschaft zu erzeugen.[289] So „kann die immer renovierungsbedürftige UNO einige politisch fundamentale symbolische Leistungen erbringen wie kaum eine andere Instanz auf der Welt.“[290] Es ist dies eine entscheidende Funktion, welche die UN auf globaler Ebene alleine durch ihre Existenz und ihren Nimbus, das einzig legitime „Weltparlament“ zu sein, erfüllt. Besondere Leistungen der UN-Symbolik sind hierbei folgende[291]:

- *Die UN als Legitimationsspender*

  Als von fast allen Staaten der Erde in Kraft gesetzter internationaler Vertrag verleiht die Charta der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat der UNO eine einzigartige Stellung. Er alleine verfügt über eine Autorität, die einem supranationalen Monopol zur legitimen Ausübung von Gewalt am nächsten kommt. Eine Entscheidung, die in diesem prestigeträchtigen Rahmen gefällt wird, gilt als Ausdruck des Willens der Weltgemeinschaft und birgt somit eine Legitimation höherer Ordnung in sich. Dieses einzigartige Attribut der Schaffung und Gewährung von politischer Legitimation auf globaler Ebene, welche rechtlich nur dem Sicherheitsrat zugestanden wird, strahlt in Form eines positiven Wirkradius auf alle Teilinstitutionen der UN aus.

- *Die UN als Hoffnungsträger*

  Die Vereinten Nationen spenden nicht nur politischen Entscheidungen von zuweilen enormer Tragweite Legitimation, sondern verleihen auch den Menschen immer wieder Hoffnung. Insbesondere zu Zeiten des Kalten Krieges war es die optimistische Vorstellung (manche Zeitgenossen würden sie wohl auch als illusorisch oder utopisch bezeichnen) der „Einen Welt“, die dem nach dem Scheitern des Völkerbundes wiederge-

---

288 vgl. Edelman 1976

289 vgl. Voigt 1989, 16ff.

290 Wesel 2004, 136

291 vgl. Wesel 2004, 135ff.

gründeten Unternehmen „Weltfriedensorganisation“ eine herausragende symbolische Kraft verlieh. Das die UN tragende Versprechen war und ist in diesem Sinne, ohne Streit, vielmehr in Kooperation und Friedfertigkeit, politische, soziale und kulturelle Menschheitsziele zu verwirklichen und den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt weltweit zum allgemeinen Wohle zu organisieren und zu verbreiten.

- *Die UN als Sündenbock*

  Selbst in der selten freiwilligen Annahme der Rolle des Sündenbocks können die UN noch konstruktives Potential entfalten, um einen Staat nicht das Gesicht vor der internationalen Gemeinschaft verlieren zu lassen. So etwa in der Ungarn-Krise 1956, als die USA ihre vermutlich weise Entscheidung, nicht zu intervenieren, um keinen Krieg mit der Sowjetunion zu riskieren, mit der Machtlosigkeit der UN tarnen konnten. Auch Conor Cruise O’Brien, ehemaliger Sondergesandter Dag Hammarskjölds, gesteht dieser symbolischen Funktion der Vereinten Nationen durchaus ihre nutzbringende und wichtige Legitimität zu:

  > „[F]alling into discredit from time to time is an important part of the UN’s repertoire. One of the things the major powers value it for is its scapegoat role. If leading players [...] want to do as little as possible, while sounding as if determined to do a great deal, then it is handy that the ensuing mess should be seen as a failure of the United Nations. [...] Bosnia 1992 is like Hungary 1956, not in terms of what is at stake, but because in both cases the theatre of the UN is being used for rituals designed for the avoidance of a disastrous military involvement. If a scapegoat role for the UN can help such an involvement, then indeed that is a useful item in the UN’s repertoire.“[292]

- *Die UN als Forum der Zivilgesellschaft*

  Eine stetig wichtiger werdende symbolische Funktion der UN und besonders ihrer Konferenzen ist es, der sich zunehmend über die Nationalstaaten hinwegsetzenden und globalisierenden Zivilgesellschaft ein Experimentierfeld zu bieten, von dem alle beteiligten Akteure profitieren können: Regierungen und Behörden haben die Möglichkeit,

---

[292] O’Brien 1993, 23. 3. 2009

auszutesten, in welchen Formen, in welchem Ausmaß und mit welchen Schwierigkeiten es sich mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und anderen nichtstaatlichen Akteuren arbeiten lässt; die NGOs erkennen, inwieweit beziehungsweise mit welchen Mitteln sie mit ihren Themen Staaten und Weltöffentlichkeit erreichen können; und die diese Öffentlichkeit bedienenden Medien sind in der Lage, neue Formen der Wahrnehmung und Vermittlung zu entwickeln.

### 3.3.4 Eine Welt in wechselseitiger Abhängigkeit und Zusammenarbeit

*We live in an era of interdependence. This vague phrase expresses a poorly understood but widespread feeling that the very nature of world politics is changing. The power of nations – that age-old touchstone of analysts and statesmen – has become more elusive.*

***Robert Keohane und Joseph Nye***[293]

Das NIC wirft in seinem Report „Global Trends 2025“ die Schlüsselfrage auf, ob die globalen Mächte der Zukunft mit den multilateralen Institutionen kooperieren werden, um deren Struktur den veränderten geopolitischen Voraussetzungen anzupassen. Gegenwärtig offenbaren die aufstrebenden Akteure eine gewisse Ambivalenz gegenüber Organisationen wie den UN und dem IWF, doch könnte sich dieses Verhalten dann auf konstruktive Weise verändern, wenn sie zuerst gänzlich ihre neue Rolle als *Global Player* mit den dazugehörigen Verantwortlichkeiten annehmen.[294] Innerhalb dieses Übergangs von einer westlichen zu einer stärker international geprägten Weltordnung dürften dennoch zunächst die Instabilitäten des internationalen Systems zunehmen, da alte Machtstrukturen und etablierte internationale Organisationen an Bedeutung verlieren werden. Sollte in dieser Phase aber ein Interessensausgleich zwischen den etablierten Akteuren USA und Europa auf der einen sowie aufstrebenden Staaten wie China, Indien und auch Brasilien auf der anderen Seite gelingen, könnte die Welt um 2025

---

293 Keohane/Nye 2001, 3

294 vgl. National Intelligence Council 2008, Seite v, 18. 1. 2009

sogar stabiler sein als in der Gegenwart. [295] Nicht auszuschließen wird jedoch eine Renaissance des Konkurrenzkampfes der großen Mächte um die hegemoniale Rolle in der globalen Politik sein:

> „Die Geschichte des Auf- und Abstiegs alter Mächte zeigt, dass solche Phasen der Machttransition in der Weltpolitik in der Regel Turbulenzen und Konflikte bis hin zum Krieg mit sich bringen. Der Westen, allen voran die USA, wird lernen müssen, mit den Machtansprüchen Chinas und Indiens produktiv umzugehen. Die westliche Führungsmacht wird spüren, dass die Phase der ‚globalen Dominierung' (Brzezinski) durch die einzige Supermacht nur ein kurzer historischer Moment war und neue Formen internationaler Kooperation entwickelt werden müssen, die den sich herausbildenden globalen Machtverteilungen entsprechen."[296]

Dieser Ansatz gibt ein positives Menschenbild wieder und soll dementsprechend ein optimistisches Bild einer multipolaren Zukunft zeichnen, in welcher sich die Akteure der Weltgesellschaft (Nationalstaaten, Wirtschaft und soziale Bewegungen), konfrontiert mit den vorgestellten globalen Problemen und Krisen, die nur gemeinsam gelöst werden können, auf einen multilateralen Weg neuer Qualität besinnen. Geschah die freiwillige Einbindung von Staaten in internationale Regelwerke und Institutionen in der Vergangenheit in der Regel auf Basis des rationalen Kalküls, durch Kooperation die eigenen Interessen besser wahrnehmen und zwischenstaatliche Konflikte günstiger regeln zu können, so werden voraussichtlich langfristig idealistische Motive und Aspekte die Oberhand gewinnen und somit ein Miteinander kreieren, das ich an dieser Stelle als Konzept einen Idealistischen Multilateralismus nennen möchte. Was illusorisch anmuten mag, scheint allerdings durchaus realistisch, wenn bedacht wird, dass die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf interdependente Weise miteinander verflochten ist. Somit ist jeder von jedem abhängig (wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung) und niemand bleibt davon unberührt, was an einem anderen Ort geschieht. Insbesondere auf die großen Herausforderungen der Gegenwart kann nur akkordiert und im globalen Konsens eine Antwort gefunden werden, die ökologische Nachhaltigkeit und als Konsequenz daraus weiterhin menschliches Leben auf diesem Planeten gewährleistet.

---

295 vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 21f.

296 Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 21

*Komplexe Interdependenz*

Die Vorbedingung, sich aus idealistischen Beweggründen heraus einem weltumspannenden Multilateralismus unter Federführung der zukünftigen essentiellen Pole USA, China, Indien, Europa, Russland, Japan und Brasilien anzuschließen, ist es, zu erkennen, dass heute alles mit allem zusammenhängt, nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Bereits in den späten 1960er Jahren leiteten Denker der internationalen Beziehungen aus der Vermehrung und Verdichtung globaler Verflechtungen das Theorem der Komplexen Interdependenz ab. So schuf der britische Politologe John W. Burton, der den Begriff der Weltgesellschaft (*world society*) im internationalen Diskurs verankerte[297], das sogenannte Spinngewebe-Modell. In diesem sind staatliche Akteure in Mehrebenen-Entscheidungssystemen in eine Vielzahl von Beziehungsgeflechten und transnationalen Aktivitäten von staatlichen und nichtstaatlichen, nationalen und internationalen Akteuren eingebunden. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung entgleitet die alleinige Entscheidungssouveränität sukzessive dem rein nationalstaatlichen Kontext und verlagert sich auf globale Wirkungszusammenhänge.[298]

Robert Keohane und Joseph Nye erweiterten und vertieften dieses Konzept der wechselseitigen Abhängigkeit in ihrem erstmals 1977 erschienen Buch „Power and Interdependence“ und definieren Interdependenz einführend als „mutual dependence. Interdependence in world politics refers to situations characterized by reciprocal effects among countries or among actors in different countries.“[299] Das Konzept der Komplexen Interdependenz betrachten die Autoren als Gegenstück zum realistischen Ansatz, welcher in ihren Augen drei integrale Annahmen zur Erklärung der Welt umfasst: zum ersten seien Nationalstaaten als kohärente Einheiten die dominanten Akteure der Weltpolitik (wobei dies eine doppelte Unterstellung ist, denn hier wird zum einen zum Ausdruck gebracht, dass Staaten kohärente, also zusammenhängende, Einheiten seien und zum anderen, dass sie vorherrschend seien), zweitens sei Gewalt ein nützliches und effektives Instrument der Politik, und drittens gebe es in der Weltpolitik eine klare Hierarchie an Themen, allen voran Fragen der militärischen Sicherheit.

---

297 siehe Burton 1972

298 Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 9f.

299 Keohane/Nye 2001, 7

Jedoch kann jede dieser realistischen Hypothesen in Zweifel gezogen werden. Stellt man alle drei Annahmen gleichzeitig in Frage, so wird eine Welt vorstellbar, in der außer Nationalstaaten weitere Akteure unmittelbar in die weltpolitischen Entscheidungsprozesse involviert sind, in der keine klare thematische Rangordnung existiert und in der Gewalt als ineffektives politisches Instrument erkannt wird. Es sind dies zugleich die drei primären Charakteristika Komplexer Interdependenz, welche dem Realismus somit diametral entgegengesetzt sind. In leicht variierter Form können diese folgenderweise wiedergegeben werden[300]:

1. **Gesellschaften sind durch mannigfaltige Kanäle miteinander vernetzt**, durch informelle Verknüpfungen zwischen staatlichen wie zivilen Eliten und transnationalen Organisationen ebenso wie durch offizielle diplomatische Beziehungen. Diese Kanäle können subsumiert werden als interstaatliche, transgovernementale und transnationale Beziehungen (Interstaatlich bezieht sich auf die konventionellen nationalstaatlichen Verbindungen, die auch von Realisten angenommen werden; transgovernementale Verflechtungen entstehen dann, wenn die Annahme des Realismus, dass Staaten kohärente Einheiten seien, abgeschwächt wird; von transnationalen Kanälen zu sprechen, ist dann zutreffend, wenn von der These abgegangen wird, Staaten seien die einzigen handelnden Akteure).

2. Die Agenda internationaler Beziehungen setzt sich aus **zahlreichen Themen** zusammen, die **in keiner klaren oder konsistenten Hierarchie zueinander** stehen. Dieses Fehlen einer Rangordnung impliziert unter anderem, dass militärische Sicherheit keine wichtigere Angelegenheit als andere Themenfelder repräsentiert.

3. In jenem geographischen Raum, in dem Komplexe Interdependenz vorherrscht, wenden Regierungen **keine militärische Gewalt** gegen andere Regierungen an.

---

300 vgl. Keohane/Nye 2001, 21f.

So ergibt sich resümierend folgendes diskrepante Bild politischer Prozesse unter den Bedingungen von Realismus beziehungsweise Komplexer Interdependenz[301]:

| | **Realism** | **Complex interdependence** |
|---|---|---|
| ***Goals of actors*** | Military security will be the dominant goal. | Goals of states will vary by issue area. |
| ***Instruments of state policy*** | Military force will be most effective, although economic and other instruments will also be used. | Power resources specific to issue areas will be most relevant. |
| ***Roles of international organizations*** | Roles are minor, limited by state power and the importance of military force. | Organizations will set agendas, induce coalition-forming, and act as arenas for political action by weak states. |

Zudem gibt es mehrere Entwicklungsstränge, welche die Erwartung, dass signifikante Aspekte der Weltpolitik sich den Konditionen Komplexer Interdependenz noch stärker annähern werden, untermauern[302]:

- Die steigende Vielfalt der nationalen innen- wie außenpolitischen Zielsetzungen und die Schwierigkeit, diese hierarchisch zu ordnen.
- Die Herausbildung unzähliger Informationskanäle im Zuge der Globalisierung.
- Eine Relativierung der Bedeutung militärischer Gewalt durch das für alle Seiten bedrohliche Zerstörungspotential moderner Waffentechnologie.
- Die dominierende Nation hat nach wie vor großen Einfluss auf andere Staaten, doch bedeutend weniger auf das globale System als Ganzes.

---

301 vgl. Keohane/Nye 2001, 32

302 vgl. Keohane/Nye 2001, 198f.

- Der Niedergang einer hegemonial strukturierten Hierarchie im internationalen System zeugt möglicherweise von einer weltweiten Tendenz hin zu mehr Demokratisierung und Gleichberechtigung.

*Idealistischer Multilateralismus*

Eine Entwicklung in Richtung einer kooperativen *Global Governance*-Architektur, die durch einen fairen und ausgewogenen Multilateralismus, frei von rein realistisch-machtgeleiteten Erwägungen, charakterisiert ist, stellt in einer multipolaren Welt keineswegs einen Automatismus dar, sondern bedarf zweifellos großer politischer und vor allem moralischer Kraftanstrengungen der relevanten globalen Akteure. Neben positiven Merkmalen, welche darauf hindeuten, dass dieser paradigmatische Übergang erfolgreich bewerkstelligt werden könnte, tauchen auch diverse Fallstricke auf, die diesem Optimismus zu widersprechen scheinen. Drei Mechanismen sind hier von Bedeutung[303]:

**1.** Es fällt Supermächten schwer, von einer Strategie der globalen Dominanz auf ein Konzept globaler oder geteilter globaler Führerschaft umzustellen. Peter Bender etwa vergleicht in seinem Artikel „America: The New Roman Empire?“ die Machthybris der USA in der Folge der Ereignisse vom 11. September 2001 mit der Dominanz des Römischen Reichs und meint, dass Weltmächte ohne Rivalen eine Klasse für sich seien, die niemanden als gleichberechtigt akzeptierten und schnell bereit seien, loyale Anhänger als Freunde zu bezeichnen. Sie würden nicht mehr kämpfen, sondern nur noch strafen, sie führten keine Kriege mehr, sondern würden nur noch Frieden schaffen und wären ehrlich empört, so ein Vasall nicht als solcher handeln würde.[304] Zweifellos ist diese Beobachtung bezogen auf die Vereinigten Staaten unter George W. Bush zutreffend, jedoch ließ die Anfang 2009 angetretene Regierung Barack Obamas bislang in mannigfaltigen Bereichen einen radikalen politischen Kurswechsel erkennen. Insofern besteht durchaus die berechtigte Hoffnung, dass die USA sich in

303 vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 55ff.

304 zitiert nach Brzezinski 2004, 216

eine neue globale Machtkonstellation als einer von mehreren essentiellen Akteuren friedlich und kooperativ einfügen werden.

**2.** Besonders herausfordernd wird die Aufgabe sein, den fairen Multilateralismus der Zukunft wesentlich anders zu gestalten als den westlichen und auf US-Hegemonie basierenden Multilateralismus der vergangenen Dekaden. Letzterer wurde durch vier Dynamiken unterminiert und auf diese Weise zum Teil diskreditiert:

- durch die unilateralen Attitüden der US-Außenpolitik der letzten Jahre
- durch die Schwäche der EU-Außenpolitik
- durch die zu engen Grenzen des klassischen zwischenstaatlichen Multilateralismus, die durch den Bedeutungszuwachs privater Akteure sowie die zunehmende Komplexität der Globalisierung manifest wurden und die ein Maß an politischer Steuerung jenseits des Nationalstaates erfordern, das über die gegenwärtigen Kompetenzen und Möglichkeiten der existierenden internationalen Organisationen hinausreicht
- durch den Aufstieg insbesondere Chinas und Indiens, der die globalen Machtverhältnisse nachhaltig verschiebt und das Projekt eines transatlantisch, also westlich gesteuerten Multilateralismus von vornherein zum Scheitern verurteilt

**3.** In China und Indien dominieren (noch) klassische Souveränitäts-, Macht- und Nationalstaatskonzepte das Denken der politischen Meinungsführer, auch wenn sich beide Länder einer multilateralen Rhetorik bedienen. Die Idee, dass Multilateralismus ein Konzept für schwache Akteure sei, wie der neokonservative Denker Robert Kagan im Kontext der Debatte um den dritten Irakkrieg den Europäern darlegte, findet in den Reihen der aufsteigenden asiatischen Mächte durchaus Befürworter.

Wie bereits erwähnt, existieren jedoch nicht lediglich die genannten Einschränkungen auf dem Weg zu einer friedlichen und kooperativen Einbettung der globalen Machtverschiebung und der mit ihr einhergehenden weltpolitischen und ökonomischen Anpassungsprozesse und

Turbulenzen, sondern durchaus auch zum Optimismus Anlass gebende Punkte, die günstige Prämissen für den Aufbau einer tragfähigen *Global Governance*-Architektur sein können[305]:

**a.** Im Gegensatz zu den internationalen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts gibt es in der Gegenwart kaum ernsthaft den Frieden bedrohende Konflikte um Territorien (wenn auch mit der nicht unwesentlichen Ausnahme des Streites zwischen China und Taiwan).

**b.** Es gibt keine fundamentalen ideologischen Konflikte zwischen den existierenden und aufsteigenden Mächten, welche in ihrer Tragweite mit der Frage aus dem Kalten Krieg „Kommunismus oder liberale, westliche Demokratie" vergleichbar wären (auch hier ist einschränkend China anzuführen, jedoch ist dessen politisches System in ökonomischer Hinsicht dem kapitalistischen des Westens bereits weitgehend angepasst, wodurch ein schwerwiegender ideologischer Streit vermieden wird).

**c.** Aus den großen ökonomischen Interdependenzen zwischen den wesentlichen Machtpolen der Gegenwart resultiert ein gemeinsames Interesse an internationaler Stabilität.

**d.** Die Zahl der nationalstaatlichen Demokratien ist so groß wie nie zuvor in der Weltgeschichte. Einiges spricht dafür, dass dieses demokratische Fundament die Befriedung der internationalen Beziehungen erleichtert.

Viel wird letztlich davon abhängen, ob die relevanten Akteure USA, China, Indien, Russland, die EU und Brasilien sukzessive lernen, sich wechselseitig als sogenannte *benign powers* (gutartige Mächte) zu akzeptieren und wahrzunehmen. Charles Kupchan vom *Council on Foreign Relations* konstruierte bereits am Ende des 20. Jahrhunderts eine Strategie, gemäß welcher die USA die globale Entwicklung einer *benign regional unipolarity* auf den verschiedenen Kontinenten unterstützen und fördern sollten, um der schwindenden Vormachtstellung Washingtons entgegenzuwirken. Konkrete Empfehlungen an die US-Außenpolitik (die von

---

[305] vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 57

der Regierung Bush offensichtlich nicht beherzigt wurden) lauteten damals etwa, sich in globaler Machtausübung zurückzuhalten und den Fokus auf die Konsolidierung der pluralistischen Zentren in Europa und Ostasien zu legen.[306] Das *Peace and Government Programme* der UN-Universität in Tokio hat zudem auf der Grundlage historischer Studien zu *Power in Transition* drei zentrale Kriterien herausgearbeitet, welche die wechselseitige Wahrnehmung zwischen aufsteigenden und absteigenden Mächten als *benign powers* begünstigen können: erstens forcieren vielfältige externe Bedrohungen jenseits direkter Machtauseinandersetzungen zwischen den großen Mächten eine Reduzierung des Konfliktpotentials zwischen globalen Auf- und Absteigern. Dieses Argument gewinnt vor dem Hintergrund essentieller globaler Herausforderungen, die einzig und allein durch Kooperation gelöst werden können, enorm an Bedeutung. Zweitens entstehen Vertrauen, Reziprozität und kontinuierliche kognitive Veränderungen der Wahrnehmung der jeweils anderen Akteure durch den Aufbau gemeinsamer Institutionen und Strategien der Selbstbindung an gemeinsam aufgestellte Normen und Regeln. Und drittens erleichtern kollektive kulturelle Erfahrungen, gemeinsame Sprache sowie geteilte Identitäten den Aufbau ineinandergreifender Interessen. Die Herausforderung, der sich alle beteiligten Akteure in diesem Kontext stellen müssen, besteht also darin, dass sowohl westliche als auch neue asiatische (oder eben lateinamerikanische) Mächte nach einem gemeinsamen normativen Fundament tragfähiger und nachhaltiger Kooperation streben sollten.[307]

Fareed Zakaria, liberaler US-amerikanischer Denker mit indischen Wurzeln, betrachtet den „Aufstieg der Anderen“ hauptsächlich als ein wirtschaftliches Phänomen, jedoch zeitige dieser zweifellos auch politische, militärische und kulturelle Konsequenzen: „Mit zunehmender Macht und steigendem Wohlstand werden aufstrebende Nationen selbstbewusster auftreten und die USA, die darum ringen müssen, das Vertrauen der Welt zurückzugewinnen, stärker herausfordern.“[308] Der multipolaren Zukunft in einer postamerikanischen Welt kann seiner Meinung nach dennoch zuversichtlich entgegengeblickt werden, denn obwohl es auf einem Schachbrett, auf dem mehr Akteure als früher selbstbewusster als zuvor auftreten würden, auch mehr Gegenspieler gebe, seien gleichzeitig auch mehr Unterhändler und regionale Spit-

306 vgl. Kupchan 1998, 77f., 7. 5. 2009

307 zitiert nach Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 57f.

308 vgl. Zakaria 2008, 21

zenpolitiker am Werk, denen am Friedenserhalt gelegen ist. So sich dieser Impuls organisieren und stärken lasse, werde die kommende Weltordnung besser als die vorherige sein:

> „Man stelle sich vor, welche außerordentlichen Chancen sich jedem Einzelnen eröffneten, wenn wir uns zusammentäten und die gemeinsamen Probleme der Menschheit auch gemeinsam angingen. Man stelle sich vor, wir stellten neue Regeln auf, die es erlaubten, diesen Globalisierungs- und Wachstumsprozess dauerhaft und in jedem gesellschaftlich Bereich voranzutreiben, den Lebensstandard und die Gesundheit der Ärmsten der Armen zu verbessern und es immer mehr Menschen zu ermöglichen, sich ihrem Potential entsprechend zu entwickeln. Trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leben wir in außergewöhnlichen Zeiten. Überall auf der Welt gibt es Länder voller Hoffnung und Lebensfreude. Die Weltwirtschaft verheißt Menschen überall die Aussicht auf ein anständiges Leben. Dank der Kommunikationstechnik können wir uns in einem bislang ungekannten Maße kennenlernen und voneinander lernen. Jeden Tag vollbringen Menschen an jedem Ort der Erde erstaunliche Dinge. Nun ist es an der Zeit, dass die Regierungen durch eigene Neuerungen, durch die Schaffung neuer Formen der Zusammenarbeit und Problemlösung in einer globalisierten Welt mit diesem menschlichen Erfindungsreichtum Schritt halten. […] Das ist das große Projekt des 21. Jahrhunderts: eine neue Architektur, die der Welt Frieden, Wachstum und Freiheit garantiert.“[309]

Einen außergewöhnlichen und beinahe schon utopisch anmutenden Ansatz bringt Robert Thurman, einer der bekanntesten akademischen Vertreter des Buddhismus in den USA, in den Diskurs ein: seiner Ansicht nach werden die zahlreichen noch immer von Kolonialmächten besetzten Gebiete[310] in aller Welt nach und nach ihre nationale Selbstbestimmung wiedererlangen. Die Großmächte – nicht nur die Vereinigten Staaten sind gemeint, auch eine Anspielung auf den Vielvölkerstaat China ist hierin enthalten – lösen sich demnach als bloße Überreste der imperialistischen Weltreiche von militärisch-politischen Gebilden in dezentralisierte Föderationen auf, was endlich zur Bildung einer echten Weltgemeinschaft führen wird. Eine Regierung untereinander assoziierter Staaten der ganzen Welt könnte dann für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung unter den Völkern sorgen, was gleichsam der Idealform eines Idealistischen Multilateralismus entsprechen würde.[311]

---

309 Zakaria 2008, 26f.

310 Aus seiner buddhistischen Sicht heraus bezieht sich Thurman mit dieser Formulierung insbesondere – aber nicht ausschließlich – auf die chinesische Kolonie Tibet.

311 vgl. Thurman 1993, 276

Obgleich Zakaria und Thurman mit ihren Worten vielen Menschen aus dem Herzen sprechen mögen und auch ich die Meinung vertrete, dass sich allen wie auch immer gearteten Widerständen zum Trotz ein irreversibler Prozess in Bewegung gesetzt hat, welcher auf die viel beschworene „Eine Welt“ hinwirkt, muss dennoch abschließend auch noch Dieter Senghaas Gehör finden, der vier Teilwelten unterscheidet und dem zum gegenwärtigen Zeitpunkt in dieser Einschätzung zweifellos auch beizupflichten ist: zum einen die postmoderne „Erste Welt“, also die hochintegrierte und pazifizierte OECD-Welt der entwickelten Industriestaaten; weiters die moderne „Neue Zweite Welt“ der erfolgreichen Nachzügler in Osteuropa und Ostasien; außerdem die pseudomoderne „Dritte Welt“ der Entwicklungsländer mit ihren strukturell heterogenen Ökonomien, politischen Autokratien und parasitären Eliten; und abschließend die prämoderne „Vierte Welt“ mit einem Mangel an Staatlichkeit bis hin zu *failing states* oder *failed states* und ihren Gewaltökonomien.[312] Senghaas veranschaulicht die Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und kooperatives Verhalten der modernen Welt in seinem zivilisatorischen Hexagon. Hierin werden sechs interdependente Bausteine der Zivilisierung benannt, nämlich *Gewaltmonopol*, *Konfliktkultur*, *Soziale Gerechtigkeit*, *Interdependenzen und Affektkontrolle*, *Demokratische Partizipation* sowie *Rechtsstaatlichkeit*. Diese Dimensionen verdeutlichen, in welche Richtung sich Gesellschaften beziehungsweise die Weltgesellschaft als Ganzes entwickeln muss, um den Prozess der konstruktiven Zusammenarbeit und des positiven Friedens zu fördern.

[312] Senghaas 2003; zitiert nach Krell 2003, 35

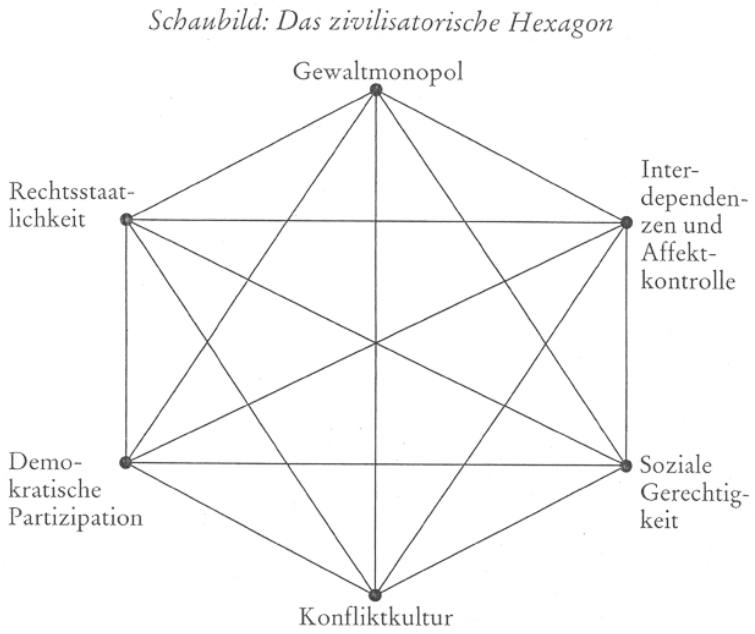


***Abb. 16:*** *Das zivilisatorische Hexagon von Friedensforscher Dieter Senghaas stellt eine Friedenstheorie dar, die Frieden als Zivilisierungsprozess versteht. In dieser Perspektive herrscht Frieden dann vor, wenn eine bestimmte Konstellation von sechs Bedingungen, welche sich zueinander interdependent verhalten, vorhanden ist.*[313]

Der Aspekt der Interdependenz, der Abhängigkeit jedes einzelnen Aspekts von und der Zusammenhang mit jedem anderen, kommt in Senghaas' Hexagon durch die Verbindung jedes Punktes mit allen anderen eindringlich zur Geltung und veranschaulicht in bildlicher Form nochmals den Kern meiner Ausführungen: die Existenz einer komplexen und interdependenten globalisierten Welt, in der Konflikte und Probleme ihren Wirkradius in politischer, ökonomischer, sozialer, kultureller oder atmosphärischer Form auf die ganze internationale Gemeinschaft erstrecken und eine Weltgesellschaft, die sich des Umstandes bewusst ist, dass aus genau diesem Grund globale Schwierigkeiten und Krisen nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung und in einem Klima der Kooperativität und des Friedens gemeistert werden können. Wie bereits der Brite Arnold J. Toynbee, einer der bedeutendsten Geschichtsphilosophen des 20. Jahrhunderts, in seinem Standardwerk „Der Gang der Weltgeschichte"[314] (englischer Originaltitel: „A Study of History") in einer Verschmelzung von hoffnungsvoller und zu-

313 Quelle: Universität Trier, 27. 4. 2009

314 siehe Toynbee 1954

gleich wirklichkeitsnaher Perspektive meinte: „Entwicklung findet immer dann statt, wenn eine Herausforderung eine erfolgreiche Antwort zeitigt, die ihrerseits eine weitere und andersgeartete Herausforderung hervorruft. Wir stießen auf keinen immanenten Grund, weshalb sich dieser Prozess nicht unbegrenzt wiederholen sollte, auch wenn es eine historische Tatsache ist, dass die meisten Kulturen im Laufe der Geschichte untergingen.“[315]

### 3.4 Resümee

Die aufgestellte Gleichung ist eine einfache: eine neu entstehende Multipolarität wird in den kommenden Dekaden vor dem Hintergrund globaler Interdependenz zu einem Multilateralismus idealistischer Prägung führen, in welchem nicht opportunistische Erwägungen und rationales Kalkül um des eigenen Vorteils willen Triebfedern der Akteure sind, sondern der bewusste Versuch, den globalen Herausforderungen als „Eine Welt“, als eine in einem Ziel vereinte Weltgesellschaft gegenüberzutreten: „Thus, in the long run, under the pain of the collective suicide of the world, the need for a commitment to coexistence will impose itself, leading to the establishment of a *Pax Universalis*.“[316]

**Neue Multipolarität + Komplexe Interdependenz = Idealistischer Multilateralismus**

Dieser Zugang ist ein optimistischer, doch abgesehen davon, dass der Menschheit angesichts der zahllosen Krisenherde ohnehin keine andere Wahl bleibt, so man menschliches Leben in seiner gegenwärtigen Form auf diesem Planeten sicherstellen möchte, bedeutet Realismus (an dieser Stelle nicht in seiner theoretisch-politikwissenschaftlichen, sondern in seiner semantischen Bedeutung, also als Beschreibung der Außenwelt mit Sätzen, Aussagen und Gedanken, die eine eindeutige Interpretation sind und somit mit wahr oder falsch beurteilt werden können) nicht zwangsläufig, eine negative Sicht der Dinge zu konzipieren und in ein theoreti-

315 zitiert nach Zakaria 2008, 7

316 Jaguaribe 2001, 18

sches Modell zu gießen. Aus persönlicher Überzeugung und auch anhand jener zahlreicher Indizien, welche dargelegt worden sind, ergibt sich ein zuversichtlicher Blick in die Zukunft. In diesem Zusammenhang soll ein letztes Mal auf Keohane und Nye Bezug genommen werden, die sich zur Subjektivität von Theoriebildung mit dem folgenden Satz äußern: „One's assumptions about world politics profoundly affect what one sees and how one constructs theories to explain events."[317]

Eine wesentliche Rolle als regionale Führungsmacht und global bedeutsamer Akteur wird in diesem Spiel Brasilien einnehmen. Eine Nation, die geprägt ist von sozialen Gegensätzen, doch eine enorme Energie und schier unerschöpfliches Potential aufweist und somit über die notwendigen Ressourcen verfügt, die Welt des 21. Jahrhunderts entscheidend mitzugestalten. Dies ist gleichsam der Grund, weshalb dieses Land in den Mittelpunkt dieser Arbeit gerückt wird und seine Stärken und Schwächen, Chancen und Herausforderungen einer detaillierten Analyse unterzogen werden.

[317] Keohane/Nye 2001, 20

## 4. Endogene Determinanten – Brasilien im Inneren

*„Der Sieg von Lula ist eines der wenigen Ereignisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts, das uns Hoffnung für den Rest des Jahrhunderts gibt."*

***„Folha de São Paulo" im November 2002***[318]

Brasilien ist in seinem Innern ein ambivalentes und in gewisser Weise sogar schizophrenes Land. Ökonomische Höchstleistungen stehen abgrundtiefem Elend und eine lebensbejahende und freundliche Mentalität erschreckend hoher und gewaltsamer Kriminalität gegenüber. Henning Suhr, Mitarbeiter des in Rio de Janeiro ansässigen Studienzentrums der Konrad-Adenauer-Stiftung, bringt diese Dichotomie pointiert zum Ausdruck:

> „Brasilien ist ein Land mit vielen Facetten [...]. Auf der einen Seite handelt es sich um ein Entwicklungsland, das dringend die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen erneuern muss und auf der anderen Seite um ein Land mit hoch entwickelten Industriezweigen. Etliche auswärtige Besucher, die wir empfangen haben, konnten sich davon bereits ein Bild machen. So zeigte sich eine Gruppe Mainzer Wirtschaftswissenschaftler bei einem Besuch der *Petrobras* verwundert, als ihnen ein Manager erklärte, dass sein Arbeitgeber nicht nur eines der größten börsennotierten Erdölunternehmen der Welt, sondern auch im Bereich der Tiefseebohrungen führend sei. Und wer weiß schon, dass die brasilianische *Embraer* der drittgrößte Flugzeugbauer oder *Vale* eines der größten Bergbauunternehmen der Welt ist?"[319]

Brasilien bleibt für viele Menschen ein Rätsel. Hört man sich in europäischen Breitengraden um, so ist das Bild von diesem Land häufig vorurteilsbeladen und wird mit den geläufigen Stereotypen von Karneval, Fußball und dem Zuckerhut assoziiert. Tatsächlich aber ist Brasilien eine ungleich vielschichtigere Nation, die sowohl in Bezug auf die Menschen als auch auf die geographischen Gegebenheiten über ein immenses Potential verfügt. Ein Potential, das sich jedoch aufgrund exorbitanter sozialer Ungleichheit nicht ausreichend entfalten kann. Um

---

318 zitiert nach Schmalz 2008, 10

319 Suhr, November 2008, Seite 4f., 17. 6. 2009

einen Einblick in die Stärken und Schwächen, Chancen und Dilemmas dieses mit knapp zweihundert Jahren noch jungen Landes zu gewähren, werde ich mich drei Politikfeldern zuwenden, die prägend für die endogene Verfassung eines jeden Nationalstaates und nicht losgelöst voneinander zu begreifen sind: Parteipolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Durch diese Trinität wird sichtbar werden, welche Regierungskonstellation gegenwärtig welche sozialen Fragen mit welcher Form von ökonomischer Ideologie zu lösen versucht, welche Herausforderungen und Schwierigkeiten sich im Zuge dieses Prozesses offenbaren und welche zukünftigen Perspektiven dabei entstehen.

## 4.1 Das politische System Brasiliens[320]

Ehe ich mich der innenpolitischen Situation und den sozioökonomischen Aspekten Brasiliens zuwende, ist es nicht uninteressant, den Fokus auf die zentrale Rechtsgrundlage des Staates, die Verfassung, zu lenken. Dem Auge des Betrachters wird dabei nicht entgehen, dass das politische System Brasiliens frappant jenem der USA gleicht. Dies ist zweifellos kein Zufall und wird es direkt und ohne Umschweife formuliert, so ist die brasilianische Verfassung im Grunde nichts anderes als eine Kopie der US-amerikanischen:

> „Bei der Redaktion der *Constituição da República dos Estados Unidos do Brasil* von 1891 hat die *Constitution of the United States of America* von 1781 Pate gestanden. In diesem Urteil sind sich heute alle Verfassungsjuristen Brasiliens einig. Sie geben ohne weiteres zu, wenn auch mit dem Unterton des Bedauerns, dass seinerzeit die historischen Verfassungsväter von Rio de Janeiro das angloamerikanische Modell schlicht ‚kopiert' haben."[321]

Der Grund für diesen Mangel an eigenen Ideen und Innovation war Zeitdruck, denn nach der Deklaration der Republik im November 1889 war eine schnelle Verfassungsgebung unumgänglich, um das neue politische System in seinen Grundfesten zu sichern.

---

320 Die folgende konzise Beschreibung des politischen System Brasiliens ist – sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt – Costa 2008, 117ff. entnommen.

321 Paul 2005, 14

*Verfassung*

Verfassung und Verfassungsgebung waren in den vergangenen beinahe zweihundert Jahren ständigen Alterationen im Zuge politischer Wirren und Umstürze ausgesetzt. Es ist somit keine Konstanz wie im Falle der USA gegeben, deren Verfassung seit ihrem Beschluss im Jahr 1787 in Kraft ist[322] (obgleich diese natürlich im Laufe der Zeit ständig durch Zusatzartikel ergänzt wurde, jedoch wurde sie niemals – wie im Falle Brasiliens – in ihren Grundzügen verändert oder gänzlich annulliert und durch eine andere ersetzt).

Die erste Verfassung eines unabhängigen Brasilien trat 1824, also unmittelbar nach der Loslösung von Portugal, in Kraft. Nach dieser bildete das Land eine repräsentative Monarchie mit vier Gewalten: Exekutive, Judikative, Legislative und die Moderationsgewalt (*Poder Moderador*), personifiziert durch den Kaiser. Pedro I. wurde Staats- und Regierungschef und fungierte zudem als moderierende Institution, die für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den drei traditionellen und auch heute noch gültigen Gewalten Sorge tragen sollte. 1891, zwei Jahre nach Ausrufung der Republik, entstand die erste republikanische Verfassung, bei der – wie schon angesprochen – beinahe vorbehaltlos das ein Jahrhundert zuvor entstandene US-Modell übernommen wurde. Die Provinzen, die fortan Staaten (*Estados*) genannt wurden, bekamen nun wie die Kommunen (*Municípios* beziehungsweise Munizipien) neue Befugnisse und durften ihre Regierungschefs und ihre Legislative für ein vierjähriges Mandat selbst wählen. Auch der Präsident, in der Präsidialrepublik Staats- und Regierungschef in Personalunion, sollte in diesem Turnus gewählt werden. Die zweite republikanische Verfassung trat 1934 in Kraft, hatte jedoch lediglich bis zur autoritären Machtübernahme Getúlio Vargas' und der Ausrufung des *Estado Novo* 1937 Bestand. Dieser hob die geltende liberale Rechtsordnung auf und verabschiedete durch ein präsidentielles Dekret eine neue Verfassung.

Nach dem vom Militär herbeigeführten Sturz Vargas' legte die *Constituinte*, die verfassungsgebende Versammlung, 1946 einen Verfassungstext vor, der wieder die föderativen und demokratischen Errungenschaften implementierte (grundlegenden Freiheitsrechte, allgemeine

---

322 Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist eine der ältesten republikanischen Verfassungen, die heute noch in Kraft sind. Die älteste ist jene der Republik San Marino aus dem Jahr 1600.

und direkte Wahlen, Autonomie der Staaten und Munizipien, unabhängige Legislative und Judikative). Im Anschluss an den Putsch im Jahr 1964 und der Errichtung einer Diktatur führte die Militärregierung 1967 eine neue Verfassung ein, wonach der Präsident und sein Stellvertreter nicht mehr direkt, sondern von einem Wahlgremium gewählt wurden. Ebenso wurden die Kompetenzen des Präsidenten stark erweitert: für die wesentlichsten Politikbereiche fungierte er nunmehr als Gesetzgeber, der dem Parlament nicht verpflichtet war. Zudem dehnte das Regime seine Macht mit einem Dekret von 1968, dem *Ato Institucional Nr. 5*, und einer Verfassungsergänzung vom Oktober 1969, der *Emenda Constitucional Nr. 1*, seine Macht weiter aus.

Nach dem Ende der Militärdiktatur wurde schließlich die bis heute bestehende Verfassung von 1988, die achte in der Geschichte eines unabhängigen Brasilien, verabschiedet, der nach der Redemokratisierung des Landes eine ungemeine symbolische Bedeutung zukam. Sie wurde zu einem Resonanzboden sozialer Gruppen, die aufgrund ihrer Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit vom Militär unterdrückt worden waren. Der Verfassungstext weitete die Sozial- und Partizipationsrechte der Bevölkerung in einem bislang unbekannten Ausmaß aus und ist daher als „Bürgerverfassung" (*Constituição cidadã*) in die Annalen der brasilianischen Zeitgeschichte eingegangen. Die Grundlage des rechtsstaatlichen Institutionengefüges stellen demnach eine autonome Judikative, eine Legislative mit zwei Kammern sowie eine auf dem Präsidentialismus basierende Exekutive dar. Ebenfalls von entscheidender Wichtigkeit sind das Prinzip des Föderalismus und die daraus folgende Autonomie der Staaten und Munizipien.

Nach Meinung internationaler Verfassungsjuristen stellt die brasilianische Verfassung von 1988 eines der im weltweiten Vergleich liberalsten Grundgesetze überhaupt dar. Die Bevölkerung trug mit 61.142 Eingaben und Vorschlägen zu deren Schaffung bei, die *Constituinte* tagte zudem über einen Zeitraum von insgesamt 19 Monaten.[323] Dennoch muss resümierend noch einschränkend hinzugefügt werden, dass es in Brasilien trotz seiner von den Idealen des Humanismus inspirierten und progressiven Verfassung wie in vielen anderen lateinamerikanischen Demokratien an einer fundamentalen Strukturschwäche krankt, nämlich an der mangelnden Verfassungswirklichkeit. Diese Diskrepanz aufzulösen und die *Constituição cidadã*

[323] vgl. Brasilianische Botschaft Berlin 2008, 4. 6. 2009

über den Status eines bloßen Konvoluts voll hochtrabender, doch in der Realität unbedeutender Paragraphen und Absätze zu erheben, wird eine der essentiellen zukünftigen Herausforderungen brasilianischer Politik sein.

*Staatsoberhaupt*

Die Macht des brasilianischen Staatsoberhauptes ist als ambivalent zu sehen, denn der Präsident verfügt über Kompetenzen, die in anderen Demokratien durchaus unüblich sind. Gleichzeitig muss er aufgrund der bunten und mannigfaltigen Parteienlandschaft jeden Tag um seine parlamentarische Mehrheit bangen und kämpfen. Für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt, steuert der Präsident die Exekutive und ist somit sowohl Staats- als auch Regierungschef (die Parallelen zum politischen System der USA sind hier evident). Er leitet die Verwaltung auf nationaler Ebene und ist befugt, sein Kabinett selbst zusammenzustellen und auch beliebig umzubilden. Ministerien können nach seinem Begehr gestrichen oder gegründet werden. Da jedoch eine einzige Partei aufgrund des Verhältniswahlrechts nicht in der Lage ist, der Regierung und somit dem Präsidenten eine parlamentarische Majorität zur Seite zu stellen, müssen auf legislativer Ebene stets breite Koalitionen aus mehreren Fraktionen gebildet werden – ein Umstand, dem das brasilianische Modell in der Fachliteratur die Bezeichnung „Koalitionspräsidentialismus“ verdankt.

*Parlament*

Auf Bundesebene ergänzen sich zwei legislative Häuser, der Senat (*Senado*) sowie die Abgeordnetenkammer (*Câmara dos Deputados*), bei der Gesetzgebung. Gesetzesentwürfe, die in einer Kammer beschlossen werden, bedürfen der Bestätigung der anderen. Im *Senado* sind die 26 Staaten der brasilianischen Föderation sowie der Regierungssitz Brasília (*Distrito Federal*) mit jeweils drei Vertretern gleichberechtigt repräsentiert. Die Senatorinnen und Senatoren werden für ein Mandat von acht Jahren direkt von der Bevölkerung eines Staates gewählt. Die *Câmara dos Deputados* setzt sich aus 513 Sitzen zusammen, welche unter den Staaten und dem *Distrito Federal* proportional nach der Anzahl der Einwohner verteilt werden. Die Amtszeit beträgt hier vier Jahre.

*Regierung und Verwaltung*

Die Regierungs- und Verwaltungsaktivitäten teilen sich in klassischer Weise auf drei Sphären auf: der Präsident leitet mit dem von ihm zusammengestellten Kabinett die Zentralverwaltung in Brasília, wo auch alle Ministerien ihren Hauptsitz haben (von dem aus wiederum die landesweiten Vertretungen gesteuert werden). Die zweite Ebene bilden die Bundesstaaten mit ihren jeweiligen Gouverneuren und Landesregierungen, die letzte Stufe stellen die Munizipien, also die Kommunen, dar. Die brasilianische Föderation besteht aus 26 Staaten, dem *Distrito Federal* und 5560 Munizipien.

*Gesetzgebung*

Die Gesetzgebung erfolgt in allen drei genannten föderativen Sphären in der Legislative, wobei sich jedoch das Zweikammernsystem aus *Senado* und *Câmara* lediglich auf der nationalen Ebene wiederfindet. Die *Estados* und *Municípios* weisen nur ein legislatives Gremium auf. Zudem kommen der Exekutive auf nationaler Ebene ebenfalls legislative Kompetenzen zu, denn der Präsident kann dem Parlament Gesetzesvorhaben vorlegen und verfügt in jenen Bereichen, welche die Verwaltung, den Staatshaushalt oder neue Steuern tangieren, über das gesetzgeberische Monopol. Auch hat er ein Vetorecht gegenüber Gesetzesentwürfen, die im Parlament bereits angenommen wurden, jedoch kann dieses in einer gemeinsamen Sitzung beider parlamentarischer Kammern wieder aufgehoben werden.

*Wahlsystem und Wahlverhalten*

Ab einem Alter von 16 Jahren sind alle brasilianischen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt (die einzige Ausnahme stellen Soldaten während der Ableistung ihres Wehrdienstes dar). Bis zum 18. und ab dem 70. Lebensjahr ist die Stimmabgabe freiwillig, ansonsten besteht grundsätzlich Wahlpflicht. Somit machen sich Personen, die nicht zur Wahl gehen, strafbar.

*Parteienlandschaft*

Bald nach Beginn der Diktatur wurde 1965 ein Zweiparteiensystem etabliert, das jedoch noch während der autoritären militärischen Herrschaft im Jahr 1980 durch ein Mehrparteiensystem ersetzt wurde. Es entstanden in der Folge zunächst sechs Parteien: PDS (*Partido Democrático Social*) und PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*), direkte Nachfolger der Regierungspartei ARENA und Oppositionspartei MDB in der Zeit der Diktatur; die Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*), in der die unabhängige Gewerkschaftsbewegung und die neuen sozialen Strömungen repräsentiert waren; die liberalkonservative PP (*Partido do Povo*); sowie PDT (*Partido Democrático Trabalhista*) und PTB (*Partido Trabalhista Brasileiro*), die beide das nationalpopulistische Erbe von Getúlio Vargas für sich in Anspruch nahmen.

Im Laufe der Regierungszeit José Sarneys (1985-1989) veränderte sich die Parteienlandschaft radikal: die Anzahl der anerkannten Parteien stieg bereits 1985 auf elf, wobei sogar zwei kommunistische Parteien, die während der Militärdiktatur gezwungen gewesen waren, in den Untergrund zu gehen, wieder legalisiert wurden. Bis Ende der 1980er Jahre dehnte sich das Parteienspektrum noch weiter aus, sodass die Wahlbehörde für die Präsidentschaftswahlen 1989 insgesamt 22 Parteien akkreditiert hatte. Ab den 1990er Jahren lässt sich eine gewisse Konsolidierung des brasilianischen Parteiensystems ausmachen, denn dank gesetzlicher Restriktionen sowie wahlstrategischer Entscheidungen fusionierten einige kleinere Parteien, zudem nahm die Häufigkeit der oftmals praktizierten Parteiwechsel ab. Es kristallisierten sich nun die Präferenzen der Wählerschaft für vier bis fünf Parteien heraus, die heute landesweit vertreten sind, die größten Fraktionen im Parlament bilden und die Präsidentschaftswahlen entscheiden. Es sind dies die PT, die PMDB, die Democratas (vormals *Partido da Frente Liberal*), die PSDB (*Partido da Social Democracia Brasileira*) sowie die PP (*Partido Progressista*). Es existieren aber auch die kleinen Parteien weiter, die zwar regional zum Teil große Bedeutung erfahren können, auf nationaler Ebene hingegen nicht über die Rolle von Juniorpartnern hinauskommen.

*Medien*

Das meistverbreitete Medium in Brasilien stellt das Fernsehen dar. Je nach Region erreicht es über 96 Prozent der brasilianischen Bevölkerung und stellt somit auch das Hauptmedium für die Vermittlung politischer Informationen insbesondere unter den ärmeren und weniger gebildeten Menschen dar. Printmedien bleiben den sozial privilegierten Schichten vorbehalten, was die bescheidene Leserdichte, also die Anzahl der Zeitungsexemplare pro Einwohner, erklärt. Alle Medienbranchen in Brasilien sind von Machtkonzentration gekennzeichnet, wobei sich dies im Fernsehbereich besonders ausgeprägt niederschlägt, da das Angebot praktisch von vier Privatfernsehanstalten, die landesweit senden, kontrolliert wird. Der Marktführer *TV Globo* erreicht Einschaltquoten von über 70 Prozent und versteht es auch, aus seinem sozialen Prestige politischen Nutzen zu ziehen. Der Beitrag dieses Senders zum Wahlerfolg von ihm nahestehenden Politikern ist hinlänglich bekannt.

*Militär*

Eine besondere Rolle im politischen System Brasiliens nahm seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert das Militär ein. Seinen Kulminationspunkt fand dieser Umstand, als das Heer entsprechend seinem Selbstverständnis als Hüter der nationalen Integrität, welche es in dieser Phase als bedroht ansah, zwischen 1964 und 1985 die Macht an sich riss und eine Militärdiktatur errichtete. Zahlreiche Historiker betrachten den sogenannten Tripelallianzkrieg (eine Achse aus Brasilien, Argentinien und Uruguay) gegen Paraguay zwischen 1864 und 1870 als Scheidelinie in der modernen Geschichtsschreibung Brasiliens, welche den eigentlichen Aufstieg der Armee und ihre ungemein starke Position im Land erst möglich machte. Zwar hatte diese Auseinandersetzung mit dem Sieg der Allianz und somit Brasiliens geendet, doch konnte der mit herben Verlusten erfochtene Triumph nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der brasilianischen Gesellschaft zahlreiche Probleme schwelten. Allen voran wurden die Unzulänglichkeiten der nationalen Verteidigung und der Streitkräfte offensichtlich. Indem diesen Mängeln in der Folge entgegengetreten wurde, entwickelte sich das Militär, ausgestattet mit einem messianischen Sendungsbewusstsein der Nation gegenüber, zum entscheidenden machtpolitischen Faktor des Landes. Es sah sich wie bereits erwähnt als Garant der nationalen Integrität und ebenso als eine Institution, in der Brasilianer unabhängig von ihrer ethnisch-

kulturellen Herkunft vertreten waren. Letztere Eigendefinition ist nicht falsch, da die kollektive Kriegserfahrung der Mittelschichten, welche die überwiegende Mehrheit des Offizierskorps stellten, ein Gemeinschaftserlebnis geschaffen hatte, das die soziale Hierarchie innerhalb der Streitkräfte aufbrach. Einfache Soldaten schafften nunmehr den sozialen Aufstieg in die Offiziersränge und formten auf diese Weise eine wesentlich von republikanisch-liberalen Ideen beeinflusste Führungsgeneration, die sich nicht mehr an überkommenen hierarchischen Vorstellungen orientierte.[324]

Neben dem Tripelallianzkrieg im 19. Jahrhundert und der Diktatur zwischen 1964 und 1985 wurden die Militärs auch 1930 (als Getúlio Vargas auch mit ihrer Hilfe erstmals die Macht übernahm) und 1945 (als sie Vargas stürzten und die Demokratie wiedereinführten) zu Protagonisten. Nach dem Ende der diktatorischen Herrschaft scheint das Heer heute seine Unterordnung unter eine demokratisch konstituierte Zivilmacht in zunehmendem Maße zu akzeptieren. Seit 1999 wurden die drei Heeresabteilungen (Marine, Bodentruppen und Luftwaffe) unter einem einzigen Verteidigungsministerium zusammengefasst, welches von einem zivilen Minister geleitet wird.

### 4.2 Innenpolitische Gegebenheiten

Oftmals wird in der Gegenwart, in welcher sich eine zumindest nominell soziale Marktwirtschaft als die unumstößliche und alternativlose Prämisse eines neoliberalen internationalen Systems herauskristallisiert hat, vom Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik gesprochen.[325] Nicht zu Unrecht, da die Majorität staatlicher Entscheidungsprozesse inzwischen in erster Linie von der Frage geprägt ist, wie profitabel eine bestimmte Initiative am Ende des sprichwörtlichen Tages zu sein verspricht. Im Verlaufe des vierten Kapitels (insbesondere in Teil 4.3.2, in dem eine Auseinandersetzung mit Brasiliens Wirtschaftspolitik seit 2002 erfolgt) wird sich unter anderem zeigen, dass sich auch die brasilianische Regierung unter Lula seit ihrem Amtsantritt zahlreichen ökonomischen Zwängen gegenübersieht, denen sie als Vermächtnis ihrer Vorgängerregierung(en) nicht ausweichen kann und die sie daher vielmehr

---

[324] vgl. Bernecker 2000, 164f.

[325] siehe etwa Wagner, 13. 10. 2009

in ihre Programmatik zu integrieren versucht. Ein zweischneidiges Schwert, das zuweilen mit dem Schnitt ins eigene Fleisch verbunden ist.

Trotz aller wirtschaftlichen Restriktionen, welchen Nationalstaaten – vor allem jene der Dritten Welt – auf regionaler und vor allem globaler Ebene unterliegen, kann dennoch keiner Regierung eine nach wie vor wesentliche Palette an Handlungsdynamiken und Gestaltungsmöglichkeiten abgesprochen werden. Diese verbliebene politische Potenz sollte eine Regierung in das Wohl ihres Volkes investieren und so ist es letztlich nicht irrelevant, ob die Staatsführung im politischen Spektrum links, rechts oder in der Mitte angesiedelt ist, denn Ideologien und Paradigmen konservativer, liberaler, nationaler oder sozialdemokratischer Kräfte unterscheiden sich in vielen Aspekten und führen eine Nation sowohl innen- als auch außenpolitisch in die eine oder die andere Richtung. Aus diesem Grunde ist es wichtig, einen Blick auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Brasilien und ihre Herausbildung zu werfen. Ebenso interessant kann sich eine solche Betrachtung allerdings in Bezug auf den lateinamerikanischen Kontinent als Ganzes gestalten, da das regionale politische Umfeld, in welchem die Regierung in Brasília agiert und zwangsläufig agieren muss, naturgemäß Gegen- oder Rückenwind mit sich bringt.

### 4.2.1 Der historische Triumph der Linken

Seit dem angebrochenen 21. Jahrhundert ist in Lateinamerika eine politische Tendenz feststellbar, welche den Entwicklungen in Europa offenkundig zuwiderläuft. Während in der Alten Welt mehr und mehr Staaten von Mitte-Rechts-Koalitionen und somit konservativen Parteien regiert werden, geht der amerikanische Subkontinent den umgekehrten Weg und wendet sich in der Mehrheit verstärkt sozialdemokratischen oder sozialistischen Strömungen zu. Mit Brasilien (Lula), Argentinien (Nestor Kirchner, seit Dezember 2007 dessen Frau Cristina Kirchner), Bolivien (Evo Morales), Ecuador (Rafael Correa), Uruguay (Tabaré Vázquez, seit März 2010 José Mujica), Paraguay (Fernando Lugo) und Venezuela (Hugo Chávez) werden die Staatsgeschicke in sieben von zwölf südamerikanischen Staaten von linksgerichteten[326]

[326] Ich verwende die Begriffe „links“ und „linksgerichtet“ als Ausdruck einer politischen Gesinnung, jedoch im Bewusstsein, dass diese nur eine sehr grobe Beschreibung der Realität wiedergeben. Politi-

Präsidentinnen und Präsidenten gelenkt.[327] Dabei gibt es zwar mitunter große Unterschiede zwischen einer moderaten und konsensorientierten Ausformung linker Politik, wie dies am Beispiel Lulas ersichtlich wird, und durchaus radikaleren und polemisierenden Ansätzen, die durch den venezolanischen Staatschef Hugo Chávez versinnbildlicht werden. Dennoch bleibt die ideologische Grundgesinnung im Kern dieselbe, was das Fazit zulässt, dass Lateinamerika in der vergangenen Dekade einen politischen Linksschwenk vollzogen hat. Welche Gründe und Hintergründe für dieses Phänomen im allgemeinen und im Falle Brasiliens im besonderen zu nennen sind, soll in der Folge aufgezeigt werden.

#### 4.2.1.1 Linkstendenzen in Lateinamerika

Lange Zeit galt Lateinamerika als Laboratorium für neoliberale Strategien und zugleich als deren Opfer, doch ist der Subkontinent nach einer Reihe linker Wahlerfolge und dem Erstarken sozialer Bewegungen für manche zum „Symbol des Widerstands gegen die Globalisierung à la USA“[328] geworden. Dass das neoliberale Modell in seinem einstigen Epizentrum, wo es nach dem Militärputsch gegen Salvador Allende in Chile mit den *Chicago Boys* während der Diktatur Augusto Pinochets seinen Anfang nahm, inzwischen großteils abgelehnt wird, hat mehrere Ursachen: Armut, gravierende Defizite im Gesundheits- und Bildungswesen und die exorbitant ungleiche Einkommensverteilung sind dabei die wichtigsten. Solche Lebensumstände müssen jedoch zwangsläufig und beinahe schon gesetzmäßig Widerstand an der Basis hervorrufen. Zumeist entwickelte sich dieser Widerstand außerhalb der im Normalfall bereits diskreditierten traditionellen Parteien, die keine akzeptierte Ideologie vorweisen konnten und den Rückhalt in der Bevölkerung bereits verloren hatten. Die konservativen

---

sche Ideologien müssen weitaus differenzierter betrachten werden, als sie lediglich in ein Schwarz-Weiß-Schema von „links“ und „rechts“ – beziehungsweise in manchen Fällen noch „liberal“ – zu unterteilen. Dennoch erfüllt der Terminus „links“ im konkreten Falle als umschreibender Sammelbegriff sozialdemokratischer oder sozialistischer Politik seinen semantischen Zweck und soll daher an dieser Stelle Verwendung finden.

327 Lediglich Chile schwimmt hier gegen den Strom, denn dort musste sich das linksmoderate Wahlbündnis *Concertación* im Jänner 2010 den konservativen Kräften geschlagen geben, die in Person des Unternehmers Sebastián Piñera erstmals seit der Ära Pinochet wieder an die Macht kamen und erstmals seit 1958 auf demokratisch durch freie Wahlen legitimierte Weise.

328 Le Monde diplomatique 2007, 88

Kräfte der westlichen Hemisphäre definieren diese Entwicklung als den Aufstieg eines „radikalen Populismus“, womit in der Regel Strömungen gemeint sind, welche sich der neoliberalen Doktrin widersetzen, Verfechter partizipatorischer demokratischer Modelle und politische Führer, die einen alternativen Weg propagieren.[329]

Einen weiteren Bogen zur Erklärung dieser Entwicklungen schlägt Emir Sader[330], der die These aufstellt, dass es in Lateinamerika in den vergangenen Jahrzehnten drei Zyklen linksgerichteter Massenmobilisierung gab[331]:

**I.** Ab dem Machtantritt der Regierung Getúlio Vargas 1930 in Brasilien begannen nationalistische Bewegungen eine hegemoniale Rolle einzunehmen, wobei häufig enge Bande zu kommunistischen Parteien bestanden. Als sich diese Bewegungen radikalisierten – ein Prozess, der in Brasilien besonders während der Regierung von João Goulart zu beobachten war –, ergriff die Armee die Macht und bildete eine Militärdiktatur.

**II.** In den 1960er und 1970er Jahren drückte sich die linksgerichtete Massenmobilisierung in Form von Guerilla-Kämpfen im ruralen und urbanen Bereich gegen die Diktaturen und für Sozialismus aus. Als Auslöser fungierte hierfür die kubanische Revolution von 1959 unter Fidel Castro und Che Guevara.

**III.** Nach der sukzessiven Demokratisierung in den 1980er Jahren wurde der Partisanenkrieg obsolet und linkes Engagement verlagerte sich von nun an stark auf institutionelle Praxis und Widerstand gegen das aufkeimende wirtschaftsliberale Primat. Im Übergang vom zweiten zum dritten Zyklus sind soziale Bewegungen als die essentiellen Akteure hervorzuheben, wobei sich diese Gruppierungen in Lateinamerika vorwiegend aus jungen und alten Menschen der Unterschichten rekrutierten (im Gegensatz zur sogenannten Ersten Welt, in der die jüngere Generation der Mittelschicht das Gros bildete). In Brasilien waren zudem zahlreiche soziale Bewegungen vor dem Hintergrund des Widerstan-

---

329 vgl. Le Monde diplomatique 2007, 88

330 siehe Sader, Juni 2005, 13. 10. 2009

331 zitiert nach Leubolt 2007, 130ff.

des gegen die Militärdiktatur entstanden. Diese konnten ihre Stärke in relativierter Form auch nach der Etablierung einer konstitutionellen Demokratie beibehalten.

Nicht immer erfolgte der Übergang zu sozialistisch ausgerichteten Regierungen der letzten Jahre in den lateinamerikanischen Ländern friedlich oder zumindest ohne physische Gewaltanwendung. Reguläre Wahlen fanden etwa in Venezuela (1998), Brasilien (2002) und Uruguay (2004) statt. In diesen Staaten siegte eine linke Partei oder eine Koalition mit einem linken Präsidentschaftskandidaten. In Argentinien (2001/02) und Ecuador (2000) wiederum kam es zu teils blutigen Aufständen, welche die verfassungsmäßig gewählten Präsidenten zwangen, zurückzutreten. In den darauffolgenden Neuwahlen setzte sich jeweils ein linker Kandidat durch. In Bolivien dauerte der Transitionsprozess etwas länger (2003 bis 2006) als in anderen südamerikanischen Staaten, war dafür allerdings umso profunder, da 2005 der Kandidat der Cocalero-Gewerkschaften, Evo Morales, mit einer bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellbaren Mehrheit von 53 Prozent zum Präsidenten gewählt wurde. Unabhängig vom jeweils spezifischen nationalen Kontext und dem Zeitpunkt, ist all diesen Machtwechseln gemein, dass sie nach heftigen innenpolitischen Konflikten zustandekamen, wobei aber das verfassungsmäßig vorgegebene Procedere grundsätzlich immer gewahrt blieb.[332]

Um nochmals auf die differenzierten Ausprägungen von linker Politik in Lateinamerika Bezug zu nehmen: so sehr sich die genannten Regierungen in ihrer Herkunft, ihrem Profil und ihrer ideologischen Orientierung auch von Fall zu Fall unterscheiden mögen, so überwiegen letztlich doch die Konvergenzen. Wesentliche verbindende Charakteristika, die partiell aufeinander aufbauen, sind folgende[333]:

- Die neuen lateinamerikanischen Linksregierungen definieren sich allesamt über eine – geringere oder größere – Distanz gegenüber einem ungezügelten Neoliberalismus.

---

332 vgl. Boris 2007, 9f.

333 vgl. Boris 2007, 11f.

- Mit dieser kritischen Betrachtung der herrschenden Wirtschaftsdoktrin geht eine Wiederaufwertung des Staates einher.

- Auf diesem neuen Paradigma basierend wird versucht, durch bewusst gelenkte Politik eine Nachfragesteigerung herzustellen, die gekoppelt ist mit einer breiten Sozial- und Armutsbekämpfungspolitik. In diesem Kontext wenden sich die betroffenen Regierungen oftmals auch alternativen Wirtschaftsprojekten zu.

- Mit dem letztgenannten Punkt korrespondiert ein besonderes und oftmals enges Verhältnis zu sozialen Bewegungen. Diese unterstützen unter dem Aspekt, vermehrt eigene Positionen in die politische Praxis einzubringen, die Regierungswechsel häufig maßgeblich.

- Nach außen hin demonstrieren die genannten Regierungen in der Regel ein neues Selbstbewusstsein und betonen ihre nationale Souveränität (dies wird etwa im Verhältnis des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez zur Hegemonialmacht USA sehr deutlich).

- Damit zusammenhängend streben sie neue regionale Bündnisse und Integrationsprojekte an beziehungsweise arbeiten aktiv daran, bestehende integrative Modelle mit (mehr) Inhalt zu füllen.

#### 4.2.1.2 Lulas Wahlsieg – sozialistische Wende in Brasilien?

Nachdem Luiz Inácio „Lula“ da Silva[334] aus drei Präsidentschaftswahlkämpfen als Verlierer hervorgegangen war (1989 unterlag er Fernando Collor de Mello, 1994 und 1998 jeweils Fernando Henrique Cardoso), gelang ihm mit der PT im Jahre 2002 der langersehnte Wahlsieg, der Brasilien nach den Vorstellungen der Linken in eine neue Richtung lenken sollte. Dass dieses Ziel nach so langer Zeit schließlich erreicht werden konnte, ist verschiedenen Gründen zuzuschreiben: zum einen war die Mehrheit der Bevölkerung von Cardosos neoliberaler Politik enttäuscht, die keine nachhaltigen Verbesserungen im Sozialbereich gezeitigt hatte; zweitens trat die herrschende Klasse im Wahlkampf sehr zersplittert auf, was naturgemäß der Opposition entgegenkam; weiters war ein grundsätzliches politisches Erstarken Lulas und seiner Partei in diesem Kontext zu verzeichnen; viertens gelang es der PT, sich als eine glaubhafte Alternative gegen den Neoliberalismus zu positionieren; und abschließend schlug sich der allgemein bekannte Umstand nieder, dass Brasilien eine der ungerechtesten Gesellschaften der Welt ist, was die Wohlstandsverteilung anbelangt.[335] Boris wiederum sieht drei substantielle Aspekte, die mit der Wahl Lulas eine andere als die neoliberale Perspektive zuließen: erstens, wenn es auch widersprüchlich klingen mag, die relativen Erfolge der Cardoso-Regierung, die jedoch gleichsam das Selbstbewusstsein der Menschen förderten und somit eine neue politische Ausgangsbasis der Selbstverantwortung schufen; zweitens die negativen und defizitären Seiten derselben Regierung, die Kritik und Veränderungswillen in der Bevölkerung verstärkten; und drittens die wachsende Akzeptanz Lulas und der Arbeiterpartei PT bis weit in die Mitte des brasilianischen Wählerspektrums hinein.[336]

Die noch junge Geschichte der PT beginnt im Jahre 1980. Zu Zeiten der Militärdiktatur gab es lediglich zwei von der Nomenklatura geduldete Parteien, zum einen die Regierungspartei ARENA (*Aliança Renovadora Nacional*) und auf der anderen Seite die von den Eliten als

---

334 Ursprünglich als Luiz Inácio da Silva geboren, nahm der brasilianische Präsident seinen Spitznamen Lula (eine Koseform von Luiz) später offiziell in den Namen auf. Als Lula ist er heute auch der brasilianischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft bekannt, kaum jemand macht sich noch die Mühe, ihn beim Familiennamen oder gar vollen Namen zu nennen.

335 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 197

336 vgl. Boris 2003, 11

natürlicher Ausgleich akzeptierte Oppositionspartei MDB (*Movimento Democrático Brasileiro*), die als konservative PMDB weiterexistierte und im Kabinett Lula II auch Regierungsverantwortung trägt. Der politischen Linke jedoch verblieben lange Zeit nur die beiden Optionen, entweder illegal zu operieren oder unter dem Dach der erlaubten Opposition tätig zu werden. 1980 schließlich, als die Repression unter dem letzten Präsidenten des Regimes, General João Baptista de Oliveira Figueiredo, deutlich entschärft wurde, wurde als Alternative die Arbeiterpartei *Partido dos Trabalhadores* (PT) gegründet, die sich von nun an sukzessive zu einem Sammelbecken für die linksgerichteten Kräfte entwickelte und sich der Redemokratisierung des Landes verschrieb. Sie setzte sich aus einer heterogenen sozialen Basis zusammen, sowohl Gewerkschaftsaktive, Teile des progressiven Flügels der Kirche und kritische Intellektuelle als auch marxistische Gruppen fanden sich unter dem Dach der PT zusammen, die fortan trotz des nationalen (einflussreiche gesellschaftliche Gruppen aus Wirtschaft, Medien und Staatsapparat versuchten, die junge Arbeiterbewegung in Misskredit zu bringen) und internationalen (durch den sich Bahn brechenden Neoliberalismus) Gegenwindes als sozialistische Alternative allmählich an Stärke gewann.[337] Tatsächlich unterschied sich das Profil der PT wesentlich von jenem anderer brasilianischer Parteien:

> „Die Partei Lulas […] symbolisierte einerseits den Kampf der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aus den 1980er Jahren, andererseits aber stellte sie eine Option für die noch junge Demokratie Brasiliens dar. Lula kündigte einen wirklichen Richtungswechsel an, da seine Partei sich im politischen Umgestaltungsprozess nach den Wahlen an keiner Regierungskoalition beteiligt hatte und als klare Opposition auftrat. […] Sie war eine Partei mit einer fest gefügten Bezugsgruppe, mit den Charakteristika einer Massenpartei, und sie war nie von der Unterstützung des Staatsapparats abhängig. Sie hatte immer darauf geachtet, Abstand zu Führungsbündnissen und Parteien zu halten, die am Militärregime oder am Pakt zur politischen Umgestaltung und der Konstruktion einer neuen Regierung beteiligt waren."[338]

Seit die PT allen Widerständen zum Trotz auf kommunaler und regionaler Ebene die ersten Wahlen gewann und mit der Umsetzung ihres Programms begann, wurde sie auch über Brasilien hinaus als linke Kraft populär, die konkrete Alternativen zum vorherrschenden Wirtschaftsliberalismus entwickelte. Heute gilt sie als einzige große Programmpartei des Landes.

---

337 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 193

338 Krause 2006, 27. 10. 2009

Da sie, wie der Name bereits zum Ausdruck bringt, aus der Selbstorganisation der Arbeiter hervorging, sorgte sie stets dafür, eine Balance zwischen Regierungsteilnahme und sozialen Bewegungen beizubehalten.[339] Dieser Aspekt wird auch von Leubolt unterstrichen: „Einmalig wurde die PT im nationalen und internationalen Vergleich jedoch vor allem durch die organische Einbindung sozialer Bewegungen in die politische Arena […]. Die PT war in Brasilien somit die Partei, die den republikanisch motivierten Kampf der sozialen Bewegungen um soziale BürgerInnenrechte […] am stärksten verkörperte.“[340] Zuletzt darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die PT in fast allen Bereichen die qualifiziertesten Intellektuellen und Wissenschafter hinter sich vereinen konnte, ein Ergebnis der zwanzigjährigen innovativen und programmatischen Entwicklung der Partei in der brasilianischen Gesellschaft.[341] Somit waren die Rahmenbedingungen für eine neue Art von Politik und einen gesellschaftlichen Wandel im Land nach zwei Jahrzehnten oppositioneller Arbeit auf Bundesebene für die PT am Vorabend der Präsidentschaftswahlen günstig.

*Die Ära Lula I*

Am 27. Oktober 2002 errang der PT-Kandidat Lula im zweiten Wahlgang (gegen José Serra, den Kandidaten der Cardoso-Partei PSDB) mit 61,3 Prozent der Stimmen eine eindrucksvolle absolute Mehrheit. Der Arbeiterpartei gelang es zudem, die Zahl ihrer *Deputados* im Abgeordnetenhaus von 58 auf 91 zu steigern. Damit repräsentierte sie zu diesem Zeitpunkt mit der Okkupation eines Fünftels der zur Verfügung stehenden Sitze die stärkste parteipolitische Kraft in Brasilien (inzwischen musste sie im Zuge nachfolgender Wahlen diese Position der PMDB überlassen und ist heute die zweitstärkste Fraktion). Die PT galt zu diesem Zeitpunkt als die mit Abstand am wenigsten korrupte Partei des Landes, welche durchaus erfolgreiche und bürgernahe kommunale sowie regionale Verwaltungs- und Amtsperioden vorzuweisen hatte.[342] Lulas siegreiche Wahlkampfstrategie bestand zu einem Großteil darin, sein bisher radikalisiertes Bild eines reaktionären Sozialisten zu entschärfen und sich als moderate und flexible Persönlichkeit darzustellen. Er signalisierte zudem Bereitschaft, mit den Unterneh-

339 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 194

340 Leubolt 2007, 132

341 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 202

342 vgl. Boris 2003, 12

mern, welche bis dahin gleichsam den natürlichen Antagonisten der PT verkörpert hatten, in Dialog zu treten und Verhandlungen aufzunehmen. Gegen seinen wirtschafsliberalen Amtsvorgänger Cardoso nahm er eine wohlwollende Position ein und lobte dessen Politik der Inflationskontrolle und den *Plano Real*. Auf diese Weise demonstrierte er die Bereitschaft, den eingeschlagenen makroökonomischen Weg nicht in Frage zu stellen, was von vielen Seiten – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – als große Bedrohung gefürchtet worden war. Der gemäßigte Lula war es schließlich, der am Tag der Wahl in bürgerliche Wählersegmente vorstoßen konnte, die ihm und seiner Partei bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund der strengen Positionierung am linken Rand des politischen Spektrums verschlossen geblieben waren. Auch im Amt, das er mit 1. Jänner 2003 antrat, behielt der neugewählte Präsident seine konziliante und kompromissbereite Linie bei und schuf eine Koalition, die von ihrer ideologischen Ausrichtung tendenziell als Mitte-Rechts-Bündnis einzustufen war. Dies manifestierte sich besonders prononciert in der Ernennung des Unternehmers José Alencar von der Liberalen Partei PL zum Vizepräsidenten. Somit waren auch die Unternehmerverbände des Landes in der neuen Regierung repräsentiert.[343]

Der politische Preis für die Einbindung der liberalen Kräfte war ein äußerst heterogenes Kabinett: von 25 Ministerien fielen zwar 14 der PT zu, doch waren die weiteren Ämter höchst zersplittert auf Parteilose und jene sieben Parteien aufgeteilt, die Lula im zweiten Wahlgang unterstützt hatten.[344] Die erste von insgesamt drei Regierungsumbildungen während der Ära Lula I ließ vor diesem Hintergrund nicht lange auf sich warten und wurde bereits zum Jahreswechsel 2003/04 notwendig. Diese Umstrukturierung, in deren Zuge ein neues Superministerium für Soziale Entwicklung und Bekämpfung von Hunger und Armut unter PT-Führung geschaffen wurde, hatte eine doppelte Motivation: zum einen wurden Schwierigkeiten in der parlamentarischen Mehrheitsfähigkeit der Regierung Lula offenbar (die Koalition kam nur auf 213 *Deputados* im Abgeordnetenhaus bei einer notwendigen einfachen Mehrheit von 257 Stimmen, im Senat hatte man mit 30 von 81 Sitzen ebenfalls eine Minderheitsposition inne), dieses Problem wurde aber durch die Integration der bislang oppositionellen PMDB, die zwei Ministerien erhielt, gelöst. Man hatte nun im Kongress eine bequeme Majorität, gleichwohl wurde die Kompromissfindung innerhalb der Regierung schwieriger, da sich die Positionen

---

343 vgl. Krause 2006, 27. 10. 2009

344 vgl. Boris 2003, 13

der PT und der PMDB in vielen Punkten nicht deckten. Zum anderen bedeutete diese Umbildung ein klares Bekenntnis zur Fortführung der konservativen Finanz- und Wirtschaftspolitik was die Demokratische Arbeiterpartei PDT veranlasste, die Koalition zu verlassen. Auch mehrere Parlamentarier der PT selbst, die sogenannten *Radicais* (die Radikalen), begehrten gegen diese Festlegung auf, woraufhin sie aus der PT ausgeschlossen wurden und im Juni 2004 mit der Partei PSOL ein eigenes Linksprojekt gründeten. Offenkundig wurden somit bislang lediglich latent vorhandene ideologische Gräben in der Arbeiterpartei zwischen zwei entgegengesetzten strategischen Konzeptionen, der neoliberalen und der sozialkeynesianischen Achse, wobei sich im konkreten Fall der wirtschaftsliberale Flügel durchsetzte.[345] Die PT bezahlte somit in doppelter Hinsicht einen hohen Preis für die Rückerlangung der legislativen Mehrheitsfähigkeit im Kongress. Neben den internen Differenzen nahm durch die Hinzunahme der konservativen PMDB die exekutive Potenz ab: „Einen gemeinsamen Nenner zwischen den Zielen der ‚Partei der neuen Linken' auf der einen Seite und der traditionellen Mitte-Rechts-Partei PMDB auf der anderen Seite zu finden, ist jedoch schwierig. So trat das Paradoxon ein, dass in dem Maße, in dem das Regierungsbündnis an gesetzgeberischer Durchsetzungsfähigkeit gewann, die politische Gestaltungsfähigkeit abnahm."[346]

Zur zweiten Veränderung kam es durch die Schwächung zweier Koalitionspartner im Zuge der Kommunalwahlen im Oktober 2004: infolge herber Verluste beschlossen PMDB und die *Partido Popular Socialista* (PPS), aus der Regierung auszutreten (die Exekution dieser Entscheidung ließ jedoch noch einige Monate auf sich warten). Die kurz zuvor installierten PMDB-Minister blieben allerdings ohne die Unterstützung ihrer Partei im Amt, der PPS-Minister hingegen wechselte das Parteibuch und gehörte fortan der *Partido Socialista Brasileiro* (PSB) an.[347] Den Ausgangspunkt für die dritte Umbildung stellte schließlich die Schmiergeldaffäre ab Juni 2005 dar. Die PT und führende Regierungsmitglieder hatten aufgrund der prekären Mehrheitsverhältnisse im Kongress durch monatliche Zahlungen die

---

345 vgl. Schmalz 2008b, 110f.

346 Meier/Rademacher, März 2006, Seite 4, 9. 11. 2009

347 Die brasilianische Parteienlandschaft ist mannigfaltig und Fraktionswechsel stellen dort, anders als etwa in Europa, durch die geringere ideologische Bindung und die oft vage Programmatik der einzelnen vielmehr die Regel als die Ausnahme dar. 2005 – also drei Jahre nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen – hatten 186 Abgeordnete insgesamt 328 Parteiwechsel vollzogen. 82 Parlamentarier hatten mehrmals gewechselt, zwei sogar sieben (!) Mal.

Stimmen von Abgeordneten gekauft. Die Spendenaffäre führte in eine tiefe politische Krise, im Zuge derer Spitzenfunktionäre der Regierung belastet wurden. PMDB und PPS setzten nun ihre Beschlüsse, sich von der Regierung zu lösen, in die Tat um. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und eine Ethikkommission wurden ins Leben gerufen, die eine zweistellige Zahl an Abgeordneten ihrer Ämter enthob, wobei die Regierung an dieser Stelle auch in die Gegenoffensive ging und mehrere *Deputados* der Opposition anklagte. Trotz allem hatte es im Herbst 2005 den Anschein, dass die Regierung sich von dieser Krise nicht erholen würde, zum ersten Mal seit seiner Inauguration als brasilianischer Präsident lag Lula in den Umfragewerten neun Prozent hinter seinem möglichen Herausforderer José Serra (tatsächlich war Lulas Gegenkandidat in den Wahlen 2006 allerdings der wie Serra der PSDB angehörende Geraldo Alckmin, damals Gouverneur des wichtigen Bundesstaates São Paulo).[348] So schwerwiegende Konsequenzen der Korruptionsskandal auch mit sich brachte und so sehr er das ohnehin geringe Vertrauen der Bevölkerung in ihre Politiker noch zusätzlich erschütterte, so lagen seine Gründe doch auf einer grundsätzlichen strukturellen Ebene, wie Schmalz berechtigterweise einwirft:

> „Zum einen wurde die Korruption durch die Minderheitenposition der Regierungsfraktion im Parlament begünstigt. Die Partei musste sich die Zustimmung der eigenen Regierungsbasis erkaufen, während gleichzeitig jegliche Versuche einer Reform des politischen Systems abgeblockt wurden [...]. Diese Situation bildete den Nährboden für die Ausweitung der Affäre, da als Alternative lediglich das Regieren mit Präsidialdekreten blieb. Zum anderen war die politische Krise Ausdruck des Versuches der brasilianischen Eliten, eine politische Hegemonie der PT zu verhindern [...]. Die Korruptionskrise ging deswegen mit einem Kräftemessen einher, bei dem die politische Rechte ihre politische Position stärken und gute Ausgangsbedingungen für den Wahlkampf 2006 herstellen wollte."[349]

Die Ausgangssituation für Lula und seine angestrebte Wiederwahl schien also vor den Präsidentschaftswahlen 2006 beinahe aussichtslos zu sein. Jedoch gab es letztlich zwei wichtige Faktoren, welche es trotz aller gravierenden widrigen Begleitumstände zuließen, dass die PT weiterhin die Regierung führen würde: einerseits ging der Kampagne der Opposition um den Jahreswechsel 2005/06 das Momentum verloren und zahlreiche Menschen wandten sich über-

---

348 vgl. Schmalz 2008b, 111ff.

349 vgl. Schmalz 2008b, 115

sättigt von der ständigen Berichterstattung und den Fernsehübertragungen zur Spendenaffäre von diesem Thema ab. Sie wollten schlicht ein Parlament und eine Regierung, die angesichts der sozialen Probleme im Land für sie arbeiteten und sich nicht in einem ständigen Kampf bis zur Erschöpfung und Handlungsunfähigkeit aufrieben. Andererseits offenbarte sich in diesen entscheidenden Monaten ein faszinierendes und wohl auch kulturell bedingtes Phänomen, welches aufzeigt, dass die Protagonisten der politischen Bühne und nicht die Parteien und deren Programme die wesentlichen Faktoren in Brasilien sind. Der politische Missbrauch fiel zwar auf die Koalition zurück, nicht aber auf den Präsidenten:

> „Die Öffentlichkeit assoziierte die Korruption und die durch die Medien veröffentlichten Skandale zwar mit der Regierung Lulas; dies stellte aber überraschenderweise keine direkte Bedrohung für die weiterhin positive Bewertung der Regierung und für die Wiederwahl des Präsidenten dar. Ein wichtiges Indiz, um diesen scheinbaren Widerspruch zu erklären, ist die Personalisierung der Politik Brasiliens. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung wusste, dass es Korruption innerhalb der Regierung Lulas gab, vertraut sie weiterhin ihrem Präsidenten.“[350]

*Nach den Wahlen 2006*

Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2006 erreichte Lula 48,61 Prozent der Stimmen, sein Herausforderer Geraldo Alckmin 41,64 Prozent. Da keiner der Kandidaten auf Anhieb eine absolute Mehrheit erreicht hatte, wurde eine Stichwahl nötig, in der sich Lula mit seinem linksmoderaten Wahlbündnis *A Força do Povo* (Die Kraft des Volkes) und 60,83 Prozent der Stimmen gegen Alckmins Wahlbündnis *Por um Brasil Decente* (Für ein anständiges Brasilien) mit 39,17 Prozent klar durchsetzen konnte.

---

350 Krause 2006, 27. 10. 2009

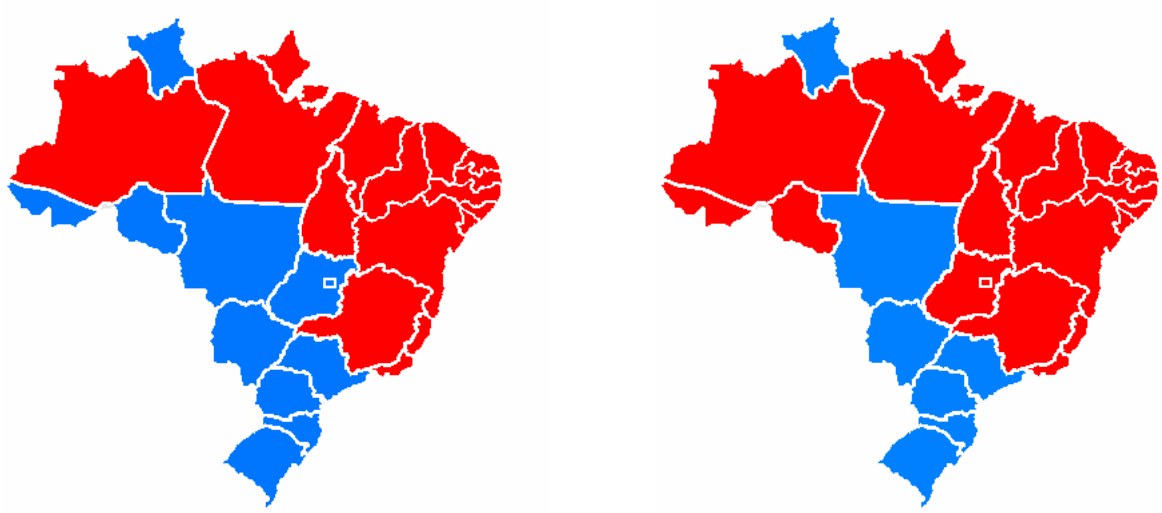

***Abb. 17:*** *Erster (links) und zweiter Wahlgang (rechts) der brasilianischen Präsidentschaftswahlen 2006. Die roten Staaten konnte Lula für sich entscheiden, in den blauen siegte sein letztendlich unterlegener Gegenkandidat Geraldo Alckmin.*[351]

Offenkundig wurde durch das Wahlergebnis die innere Zerrissenheit Brasiliens: während Lula im ersten Wahlgang im Nordosten und Norden, den ärmsten Regionen des Landes, etwa 65 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte (bei lediglich 25 Prozent für Alckmin), ist dieses Verhältnis im wohlhabenden Südosten (mit den Zentren Rio de Janeiro und São Paulo) und Süden ein gänzlich anderes: hier erreichte der Herausforderer 55 Prozent, während Lula nur auf 35 Prozent kam. Der Amtsinhaber gewann also dort, wo die von ihm forcierten Sozialprogramme ihren Schwerpunkt haben und verlor dort, wo sich der Produktivsektor und die Mittelschichten konzentrieren.[352]

21 Parteien gelang zudem bei den Wahlen 2006 der Einzug ins Abgeordnetenhaus (dies sind zwei mehr als noch vier Jahre zuvor): stärkste Fraktion ist seither die PMDB, gefolgt von der PT.[353] Im Senat sind 13 Parteien vertreten, von denen jedoch keine über die absolute Mehrheit der 81 Mandate verfügt. Stärkste Kraft sind hier die Democratas, die mit der PSDB auf knapp 40 Prozent in diesem Haus des Kongresses kommen. Das siegreiche Wahlbündnis *A Força do Povo* – aus PT, *Partido Republicano Brasileiro* (PRB) und *Partido Comunista do Brasil*

---

351 Quelle: Wikipedia: *Wahlen in Brasilien 2006*, 10. 6. 2009

352 vgl. Gratius/Zilla 2006, Seite 2, 28. 10. 2009

353 Siehe auch Abbildung auf nächster Seite

(PCdoB) – erreichte hingegen nur knapp 19 Prozent. In den Bundesstaaten errang oder verteidigte die PT in fünf Regionen (Acre, Bahia, Piauí, Pará und Sergipe) die Landesregierung, dennoch erhöhte sich insgesamt die Anzahl jener Gouverneure, welche Lula unterstützten, womit die Regierung aus den Gouverneurswahlen gestärkt hervorging.[354] Dieser Faktor spielt insofern eine wesentliche Rolle, als die Gouverneure großen Einfluss auf die Abgeordneten ihres Bundeslandes ausüben, von mehreren Seiten wird sogar die Meinung vertreten, dass dieser jenen der eigenen Parteien noch übertreffe. Aus Sicht der Opposition spielen PSDB und *Democratas* die führende Rolle, wobei erstere die zwei Gouverneure der wichtigsten Bundesstaaten des Landes – Minas Gerais und São Paulo – sowie jenen in der südlichsten Provinz, Rio Grande do Sul, einer ehemaligen Hochburg der PT, stellt.[355]

| **Die zehn stärksten Parteien im Abgeordnetenhaus** | **Prozent der Wähler 2006** | **Sitze 2006** | **Prozent der Wähler 2002** | **Sitze 2002** |
|---|---|---|---|---|
| **Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB)** | **14,6** | **89** | **13,4** | **77** |
| **Partido dos Trabalhadores (PT)** | **15,0** | **83** | **18,4** | **91** |
| **Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB)** | **13,6** | **65** | **14,3** | **69** |
| **Democratas (DEM)** | **10,9** | **65** | **13,4** | **84** |
| **Partido Progressista (PP)** | **7,1** | **42** | **7,8** | **49** |

354 vgl. Gratius/Zilla 2006, Seite 2, 28. 10. 2009

355 vgl. Krause 2006, 27. 10. 2009

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| **Partido Socialista Brasileiro (PSB)** | **6,2** | **27** | **5,3** | **22** |
| **Partido Democrático Trabalhista (PDT)** | **5,2** | **24** | **5,1** | **21** |
| **Partido Trabalhista Brasileiro (PTB)** | **4,7** | **22** | **4,6** | **26** |
| **Partido Liberal (PL)** | **4,4** | **23** | **4,3** | **26** |
| **Partido Popular Socialista (PPS)** | **3,9** | **21** | **3,1** | **15** |

***Abb. 18:*** *Die zehn stärksten Fraktionen (von insgesamt 21) im Abgeordnetenhaus mit Sitzen und prozentuellem Wähleranteil nach den Wahlen 2006.*[356]

*Kommunalwahlen als Generalprobe für 2010*

Im Oktober 2008 fanden in Brasilien Kommunalwahlen statt. Diese finden bundesweit zum selben Zeitpunkt statt und gelten – zumal sie die Halbzeit der zweiten und somit letzten Legislaturperiode Lulas markieren – als wichtiger Indikator, um die politische Stimmung im Land abzuwägen. In 5567 Gemeinden und Städten wurden von 128 Millionen wahlberechtigten Brasilianerinnen und Brasilianern die Bürgermeister (*Prefeitos*) und Gemeinderäte beziehungsweise Stadträte (*Vereadores*) neu gewählt.

Vor allem den Regierungsparteien PT, PMDB und PSB gelangen Erfolge, die PT etwa stellte in elf jener 15 Landeshauptstädte, in denen bereits in der ersten Wahlrunde eine Entscheidung gefallen war, den Sieger oder unterstützte diesen im Zuge eines Parteienbündnisses.[357]

356 Quelle: Wikipedia: *Wahlen in Brasilien 2006*, 27. 10. 2009

357 vgl. *Der Standard* vom 6. Oktober 2008a, 3. 11. 2009

| Partei | Wahl 2004 | Wahl 2008 | plus/minus |
|---|---|---|---|
| **PMDB** | 1054 | 1201 | +147 |
| **PSDB** | 861 | 785 | -76 |
| **PP** | 548 | 549 | +1 |
| **PT** | 399 | 547 | +148 |
| **DEM** | 794 | 497 | -297 |
| **PSB** | 171 | 311 | +140 |
| **PPS** | 305 | 130 | -175 |

***Abb. 19:*** *Die Anzahl der gewonnenen Bürgermeisterwahlen (nach dem ersten Wahlgang) ausgewählter brasilianischer Parteien im Oktober 2008.*[358]

Anders das Bild bei der Stichwahl drei Wochen später: hier erlitt die PT fast durchwegs Niederlagen, die Großstädte São Paulo, Salvador (Hauptstadt von Bahia) und Porto Alegre (Rio Grande do Sul) wurden von rechtsgerichteten Kandidaten gewonnen. Besonders das Ergebnis in Porto Alegre schmerzte Lulas Arbeiterpartei, sollte doch hier das Amt des Stadtoberhauptes, welches man 2004 nach 16 Jahren verloren hatte, gegen den Bürgermeister des Koalitionspartners PMDB zurückgeholt werden. Lediglich aus den Stichwahlen in Belo Horizonte (Minas Gerais) ging der von der PT forcierte und durch ein Wahlbündnis unterstützte PSB-Kandidat siegreich hervor. In Rio de Janeiro wurde die Kür eines grünen Bürgermeisters, was eine Sensation bedeutet hätte, in letzter Minute abgewendet. Fernando Gabeira, ehemaliger Guerillakämpfer in Zeiten der Militärdiktatur und in den 1970er Jahren in Schweden im Exil, musste sich mit einem Stimmenanteil von 49,17 Prozent letztlich Eduardo Paes von der Regierungspartei PMDB (50,83 Prozent) geschlagen geben.[359]

Einen Sonderfall stellt die elf Millionen Einwohner zählende Metropole São Paulo dar, wo die PT-Kandidatin im zweiten Durchgang dem amtierenden Bürgermeister der *Democratas,* Gil-

358 Quelle: Suhr, Oktober 2008, Seite 1, 3. 11. 2009

359 vgl. *Der Standard* vom 27. Oktober 2008, 3. 11. 2009

berto Kassab, mit lediglich 39,3 Prozent der Stimmen klar unterlegen war. Nicht unerheblich war hier sicherlich der Umstand, dass Kassab vom Gouverneur des Bundesstaates São Paulo[360], José Serra[361] von der PSDB, der Rücken gestärkt wurde. Serra wiederum wollte sich mit diesem Schachzug die Unterstützung der *Democratas* als Präsidentschaftskandidat des bürgerlichen Lagers 2010 sichern.[362] Der wesentlichste Grund für die PT-Niederlage war jedoch sicherlich der Faktor „Lula": in ganz Brasilien warben unzählige Kandidaten – auch jene, die nichts mit der PT zu tun hatten – mit ihrem guten Verhältnis zum Präsidenten. In São Paulo verkehrte sich dieser Effekt ins Gegenteil. Die Tageszeitung *O Globo*, Teil des mächtigen brasilianischen Globo-Medienimperiums, brachte dies mit dem Kommentar auf den Punkt, dass die größte und wichtigste Stadt des Landes keine Hochburg der PSDB, sondern eine Hochburg der Lula-Gegner sei. In São Paulo war Lulas Wahlkampfunterstützung für die Kandidatin der PT somit irrelevant, wenn nicht sogar kontraproduktiv.[363]

### 4.2.2 Ausblick: die Zeit nach Lula

Das Ergebnis der Kommunalwahlen stellte keinen großen Bruch in der politischen Landschaft Brasiliens dar. Mit PT, PMDB und PSB gelang es drei Regierungsparteien, in den Bürgermeisterwahlen die größten Zugewinne zu verzeichnen, allerdings wurden der Partei Lulas in den großen urbanen Zentren wie São Paulo ihre Grenzen aufgezeigt. In Hinblick auf die Wahlen 2010, in denen neben der Präsidentschaft auch über die beiden Kammern im Kongress, die Gouverneure der 27 Bundesstaaten sowie deren Landesparlamente abgestimmt wird, hat sich auf Seiten der Opposition besonders José Serra gut für eine Kandidatur um das höchste Staatsamt in Stellung gebracht. Obgleich dieser bei den Kommunalwahlen gar nicht zur Disposition stand, machte er doch seinen Einfluss geltend, um in São Paulo-Stadt eine Wieder-

---

360 Zu differenzieren ist in diesem Zusammenhang zwischen dem Staat São Paulo und der Stadt São Paulo, die wiederum die Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates ist. Auch in der Bezeichnung der Einwohner gibt es hier einen feinen Unterschied: ein in der Stadt São Paulo Geborener ist *Paulistano* (oder eben *Paulistana*); jemand, der im Bundesstaat São Paulo das Licht der Welt erblickt, ist *Paulista* (dieser Terminus ist sowohl männlich als auch weiblich).

361 Jener José Serra, welcher Lula in den Präsidentschaftswahlen 2002 in der Stichwahl den Vortritt lassen musste.

362 vgl. *Der Standard* vom 27. Oktober 2008, 3. 11. 2009

363 vgl. Suhr, Oktober 2008, Seite 4, 3. 11. 2009

wahl des amtierenden *Democratas*-Bürgermeisters zu sichern. Serra muss sich parteiintern auch noch gegen Aécio Neves, den Gouverneur des ebenfalls eminent wichtigen Bundesstaates Minas Gerais, durchsetzen. Er gilt jedoch als klarer Favorit.[364]

Lula hat mit seiner Regierung am Ende der zweiten Amtszeit Umfragewerte wie keiner seiner Vorgänger. Im Dezember 2008, also nur wenige Wochen nach den Kommunalwahlen, beurteilten 70 Prozent der brasilianischen Bevölkerung die Leistungen der Regierung trotz Finanzkrise und extremer Armutsprobleme im Land als „sehr gut" oder „gut". [365] Die Bewertung der Person Lula fiel mit 66,8 Prozent Zustimmung im Februar 2008 ebenso positiv aus.[366] Es war dies der höchste affirmative Wert eines Präsidenten seit der Redemokratisierung 1985. Dennoch ist es Lula verwehrt, sich um eine dritte Amtsperiode zu bewerben und der ehemalige Gewerkschafter hat auch wiederholt betont, dass er nicht beabsichtige, diesen Passus der Verfassung zu seinen Gunsten abzuändern. Eine Ansage, mit welcher er sich und Brasilien vom tendenziellen *Caudillismo*[367] einiger Nachbarstaaten – etwa Venezuela, wo sich Hugo Chavéz inzwischen durch ein Referendum die unbegrenzt mögliche Wiederwahl als Präsident ermöglichte – abgrenzt. Vielmehr zieht er im Hintergrund die Fäden, um die Fortsetzung des PT-Regierungsprojektes und -programmes auch über die nächsten Wahlen hinaus zu gewährleisten.

Bereits 2008 wurde deutlich, dass Lula in Bezug auf seine Nachfolge seine Präsidialamtsministerin[368] Dilma Rousseff favorisiert, eine geschickte und durchsetzungsfähige, jedoch wenig charismatische Politikerin, die als Urheberin des Konjunkturprogramms *Programa de Acele-*

---

364 vgl. Fischer-Bollin, Mai 2009, Seite 4, 3. 11. 2009

365 vgl. *Der Standard* vom 5. Dezember 2008, 3. 11. 2009

366 vgl. Hofmeister, März 2008, Seite 6, 25. 6. 2009

367 Mit dem Begriff *Caudillismo* bezeichnet man eine autoritäre und institutionell nicht verankerte Führung, welche eine Person – eben der *Caudillo* (aus dem Spanischen für „Heerführer") – über eine Gruppe ausübt, um eine für diese Gemeinschaft politisch, sozial oder ökonomisch unvorteilhafte Situation zu verändern. Der *Caudillismo* hatte seine Blütezeit zwischen 1820 und 1870 in Lateinamerika, wenn gleich seine Auswirkungen insbesondere in dieser Region bis heute spürbar sind und somit die politische Instabilität in mehreren südamerikanischen Ländern begünstigen.

368 In etwa vergleichbar mit dem deutschen Kanzleramtsminister, jedoch mit mehr direkten operativen Vollmachten ausgestattet.

*ração do Crescimento* (PAC) präsentiert wird. Ein Erfolg des PAC würde somit ihre Position innerhalb der Regierung und auch der PT nachhaltig stärken. Meinungsumfragen zeigen eine ambivalente Entwicklung auf: einerseits hat der Segen des amtierenden Präsidenten für einen bestimmten Kandidaten nach gegenwärtigem Stand als wahlentscheidender Faktor zu gelten, denn im März 2009 meinten 50 Prozent der befragten Wählerinnen und Wähler, dass sie bereit wären, einen von Lula unterstützten Kandidaten ihre Stimme ohne weitere Bedenken zu geben; andererseits zeigen rezente repräsentative Umfragen, dass Rousseff lediglich die Präferenz von etwa 23 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung genießt, wohingegen der wahrscheinliche Konkurrent José Serra etwas mehr als 40 Prozent für sich verbuchen kann. Dennoch ist bislang unklar geblieben, welche politische Alternative ein Kandidat des oppositionellen bürgerlichen Lagers, allen voran PSDB und *Democratas*, zur Achse Lula/Rousseff offerieren könnte. Zudem verfügen die genannten Parteien nicht wie die Regierungsparteien PT und PMDB über flächendeckende und landesweite Strukturen.[369] Besonders die PMDB, die stimmenstärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus, wird 2010 neben PSDB und PT bei den Präsidentschaftswahlen eine gewichtige Rolle spielen. Zwar hat sie bislang nicht klar deklariert, ob sie definitiv jemanden ins Rennen um Lulas Nachfolge entsenden wird, es ist jedoch davon auszugehen, da sie im Moment die stimmenstärkste Partei Brasiliens darstellt (sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat) und bereits bei den letzten drei (!) Präsidentschaftswahlen auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hat. Als staatstragende Partei, der von Kritikern häufig vorgeworfen wird, als einziges Programm die Teilhabe an der Macht zu haben, kann sie es sich aller Voraussicht nach 2010 nicht mehr leisten, keinen Anwärter zu stellen. Zuweilen wird Verteidigungsminister Nelson Jobim, der bereits mehrere hohe Staatsämter bekleidete und auch einige Jahre Präsident des Obersten Gerichts war, als personelle Option ins Spiel gebracht.

Während sich die 1400 Delegierten der PT auf ihrem Parteitag im Februar 2010 unter dem Motto „Mit Dilma auf dem Weg, den uns Lula gezeigt hat“ durch Akklamation definitiv für Roussef als Kandidatin aussprachen[370], könnte der Wahlkampf durch eine unerwartete und schwer berechenbare Kandidatin wesentlich an Spannung gewinnen: Marina Silva, ehemalige PT-Umweltministerin, hat die Einladung der Grünen Partei Brasiliens (*Partido Verde*, PV)

---

369 vgl. Fischer-Bollin, Mai 2009, Seite 1ff., 3. 11. 2009

370 vgl. Dilger, Februar 2010, 22. 2. 2010

zur Präsidentschaftskandidatur angenommen. Nachdem sie zwanzig Jahre lang Politikerin der Arbeiterpartei gewesen war, hatte sie das Kabinett Lula II im Mai 2008 verlassen, da sie sich nicht länger für eine aus ihrer Sicht bedenkenlose Industrialisierungspolitik in Brasilien missbrauchen lassen wollte. Im August 2009 trat sie aus der PT aus. Neben ihrer Charakterstärke werden ihr Charisma und Eigenständigkeit als positive Attribute zugute gehalten. Zwar gestehen ihr Beobachter im Moment keine Siegchancen bei den Präsidentschaftswahlen zu, jedoch könnte sie durch ihr politisches Gewicht erheblichen Einfluss auf die Agenda des Wahlkampfes nehmen und diesem einen deutlich grünen Anstrich geben.[371]

### 4.3 Sozioökonomische Entwicklungslinien

Soziale und ökonomische Aspekte sowie deren Kombination in Form sozioökonomischer Indizes zeichnen ein relativ klares und deutliches Bild von der inneren Verfassung eines Staates. Im Falle Brasiliens ist ein Blick auf diese Kriterien besonders interessant, da sich dieses Land einerseits wohl zu den größten Volkswirtschaften der Erde zählen darf, andererseits jedoch die soziale Lage in mannigfaltigen Bereichen noch immer als prekär – wenn auch auf dem Wege der sukzessiven Besserung begriffen – einzustufen ist. Es ist nicht zuletzt diese Kluft, diese Kraft der extremen Gegensätze, die Brasilien für außenstehende Beobachter zu solch einer interessanten und faszinierenden Nation erhebt.

Eine substantielle Frage, die sich als Konsequenz des starken Gefälles zwischen Arm und Reich im Land stellt, ist jene, ob Brasilien einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat in jenem Sinne darstellt, in dem diese Begriffe in der Regel in der westlichen OECD-Welt gebraucht werden? Die Definition der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung lautet, dass ein Wohlfahrtsstaat

> „die Kurzbezeichnung für einen Staat [ist], der eine Anzahl unterschiedlicher (Fürsorge-) Maßnahmen, Programme und Politiken anwendet, die der sozialen, materiellen und kulturellen Wohlfahrt der Bevölkerung dienen. Die Bezeichnung stammt aus der anglo-amerikanischen Politikwissenschaft (*welfare state*) und wird häufig gleichlautend für den Begriff Sozialstaat ver-

[371] vgl. Fischer-Bollin, September 2009a, 1. 12. 2009

> wendet, ist aber umfassender zu verstehen und wird (aus der neo-liberalen Kritik heraus) in jüngster Zeit eher mit einer individuellen Bevormundung, mit Einschränkung von Eigeninitiative und Verantwortung in Verbindung gebracht als mit den (im Deutschen üblichen) Begriffen Wohlfahrt und Wohlergehen."[372]

Der Sozialstaat wiederum bezeichnet einen demokratischen Staat, der seiner Bevölkerung verfassungsgemäß nicht nur die Grundrechte sowie die persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten garantiert, sondern auch rechtliche, finanzielle und materielle Maßnahmen ergreift, um soziale Gegensätze und Spannungen zumindest bis zu einem gewissen Maß auszugleichen.[373]

In der Folge soll auf Basis dieser beiden definitorischen Kriterien untersucht werden, inwieweit man in Bezug auf Brasilien von einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat in seiner klassischen Bedeutung sprechen kann. Da der Wohlfahrtsstaat entgegen der in der Definition erwähnten negativ konnotierten neoliberalen Sichtweise in dieser Analyse nach wie vor als eine erstrebenswerte sozialstaatliche Errungenschaft betrachtet wird, wird der aus dem angloamerikanischen Raum stammenden Pejoration dieses Konzepts auf den folgenden Seiten keine weitere grundlegende Bedeutung zukommen. Vielmehr sind die zentralen Begrifflichkeiten und Stichwörter, um die es sich handelt, die Prinzipien Wohlfahrt und Wohlergehen sowie die Frage, inwieweit der brasilianische Staat soziale Spannungsfelder ausgleicht beziehungsweise zumindest bemüht ist, diese einem Gleichgewicht zuzuführen.

### 4.3.1 Soziale Fragen

Das soziale System eines Landes und somit die Art und Weise, wie es mit den Menschen, die es bewohnen, umgeht und sich um sie kümmert, haben in meinen Augen eine enorme Aussagekraft über die innere Verfassung eines Staates. Zweifellos werden Extensität und Intensität moderner Sozialstaatlichkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts und somit in einer ökonomisch neoliberal ausgerichteten Epoche, in der Sozialleistungen tendenziell eher gekürzt als ausge-

---

372 Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 4. 2009

373 vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 4. 2009

weitet und eher privatisiert denn in der Obhut des Staates belassen werden, maßgeblich von äußeren Zwängen wie Schuldendienst und wirtschaftlichen Motiven beeinflusst; doch gerade deshalb stellt in der Gegenwart das Ausmaß von Wohlfahrtsstaatlichkeit einen ausgezeichneten Indikator für die Frage dar, inwieweit eine Nation in sich gefestigt ist und somit in weiterer Folge auch nach außen als stabile Einheit auftreten kann, die nicht durch interne Klassenkämpfe und eine prekäre Sicherheitslage stets am Rande der staatlichen Existenz wandelt. Im Falle von Brasilien wird sichtbar werden, dass wohl die Verteilung des Reichtums eine immens ungerechte ist (und die Kriminalität aus diesem Grund insbesondere in den urbanen Zentren floriert), jedoch seit einigen Jahren veritable Anstrengungen unternommen werden, um dieses Gefälle durch sozialstaatliche Umverteilungsmaßnahmen zumindest bis zu einem gewissen Grad auszugleichen. Auf den Umstand, dass dies in Brasilien im Gegensatz zum klassischen Sozialstaatsmodell Europa in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit war und nicht zuletzt dadurch heute eine immense Herausforderung darstellt, weist Mattos in einer etwas verklärenden Sicht Europas[374] hin:

> „Anders als in den europäischen Gesellschaften, die ein wohlfahrtsstaatliches System eingerichtet haben, das der gesamten Bevölkerung Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung von guter Qualität garantiert, wodurch in diesen Gesellschaften Situationen des Elends und der Armut, zumindest die sozial bedingten, behoben werden konnten, hat es in Brasilien keinerlei Art von Maßnahmen gegeben, welche die reale Eingliederung der unteren Klassen in einen bürgerlichen Moralkodex sowie ihre effektive Beteiligung am Marktsystem gefordert hätten. Die größere Gleichheit, die in Gesellschaften mit einem Wohlfahrtsstaat besteht, ist das Ergebnis von sozialen und politischen Lernprozessen, die sich in Brasilien nicht ereignet haben.“[375]

Erst vor dem Hintergrund einer gefestigten und relativ gerechten sozialen Lage vor der eigenen Haustüre kann das Land auch seine weltpolitischen Ambitionen effektiv in Angriff nehmen. Andernfalls wird es immer durch innenpolitische Aufgaben gebunden und somit in seiner Außenwirkung gehemmt sein.

---

374 Die Tendenz, Europa in sozialer Hinsicht zu verklären, ist in der brasilianischen Bevölkerung relativ weit verbreitet. Dass Armut und Elend auch östlich des Atlantiks, wenn auch in wesentlich geringerem Ausmaß, existieren, ruft zuweilen Verwunderung hervor, wie ich in persönlichen Gesprächen wiederholte Male feststellen durfte.

375 Mattos 2006, 116

#### 4.3.1.1 Brasilianische Sozialpolitik im Wandel der Zeit

Um die brasilianische Sozialpolitik der Gegenwart verstehen zu können, lohnt es, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen, um stetige Entwicklungen, Kontinuitäten und Brüche derselben im Raster der Zeit nachvollziehen zu können. Darauf aufbauend ist es zweifellos möglich, auch die sozialen Initiativen und Versäumnisse der Regierung Lula einer differenzierteren und ausgewogeneren Betrachtung zu unterwerfen. Bernhard Leubolt und Anne Tittor sprechen in diesem Zusammenhang von semiperipherer Sozialstaatlichkeit, womit die „Entwicklung von Sozialpolitik, eingebettet in die politische Ökonomie semi-peripherer Nationen“[376] gemeint ist. Semiperiphere Staaten wiederum werden in Anlehnung an Immanuel Wallerstein als Bindeglieder zwischen den globalen kapitalistischen Zentren und den entgegengestellten Peripherien definiert. Zwar produzieren diese teilweise Industriegüter für den Binnenmarkt und schwächere Nachbarländer, doch bleibt der Export in Staaten der sogenannten Ersten Welt in der Regel auf Primärgüter beschränkt, womit in Relation zu Industrieländern der periphere Status konsolidiert und mitunter einzementiert wird.[377] Grundsätzlich können in Bezug auf Brasilien vier sozialstaatliche Entwicklungsphasen unterschieden werden, welchen naturgemäß ihre jeweiligen Eigenheiten, Rückschritte und Innovationen zu eigen sind. An dieser Stelle soll jedoch lediglich auf die drei historischen Zyklen eingegangen werden, da dem vierten, der gegenwärtigen Sozialstaatlichkeit unter Lula und seiner PT, noch ein eigenes Kapitel gewidmet wird[378]:

*I. Sklaverei und Patrimonialismus als Grundlagen der Exportorientierung*

Nach Andreas Novy muss der erste Zyklus brasilianischer (Sozial)Staatlichkeit als auf Sklaverei basierend und exportorientiert bezeichnet werden.[379] Abgesehen vom langsam vor sich gehenden und fragmentierten Aufbau eines staatlichen Schulwesens gab es bis in die 1920er Jahre de facto keine von der Regierung lancierte und gestaltete Sozialpolitik oder gar soziale

376 Leubolt/Tittor 2008, 116

377 vgl. Wallerstein 1979, 48ff.

378 vgl. Leubolt/Tittor 2008, 126ff.

379 vgl. Novy 2001, 75ff.

Rechte, lediglich philanthropische Fürsorgeleistungen privater Natur lassen sich in Einzelfällen ausmachen. Resümierend wurde jedoch in dieser Periode, die sich bis weit in die Epoche der Ersten Republik hinein erstreckt, der Grundstein für die weitere brasilianische Entwicklung gelegt, die eine bis in die heutige Zeit exorbitant ungleiche Sozialstruktur sowie eine hartnäckige Politik des Klientelismus[380] hervorbringen sollte.

*II. Importsubstitution, Positivismus, Populismus und Militärdiktatur*

1930 trat Brasilien mit einem Militärputsch und der anschließenden Machtergreifung Getúlio Vargas' in einen neuen Abschnitt ein. In positivistischer Manier verfolgten die herrschenden Eliten nunmehr eine Modernisierung von oben. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise musste auf Binnenentwicklung gesetzt werden, woraufhin das durch diesen Prozess erstarkende Industrieproletariat über die Gewährung von Arbeitsrechten in das Regime integriert wurde. Diese Maßnahme stellte jedoch gleichsam den Beginn des zunehmenden Aufkommens staatlicher Sozialpolitik dar. Zwar waren die Sozialleistungen in dieser frühen Phase noch stark der Verantwortung der Unternehmen überlassen, doch zeigte sich in den 1930er Jahren ein deutlicher Trend zur Verstaatlichung dieser Leistungen. Einschränkend muss jedoch hinzugefügt werden, dass diese neuerworbenen Rechte nur für das formell beschäftigte urbane Industrieproletariat galten, die informell beschäftigten Menschen und Landarbeiter blieben ausgeschlossen. Einen Meilenstein brasilianischer Sozialpolitik stellte sodann die *Consolidação das Leis do Trabalho* – ein Gesetz zur Sicherung der Arbeitsrechte – im Jahre 1943 dar, die Urlaubs-, Kündigungs- und Pensionsrecht regelte.

---

380 Klientelismus ist ein System persönlicher und ungleicher Abhängigkeitsbeziehungen in politischen Apparaten, welches zwischen einflussreichen Personen und ihren Klienten auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung stattfindet. Politischer Klientelismus bezeichnet den Tausch von Gefälligkeiten, Gütern und Dienstleistungen von Seiten parteipolitischer Führungspersönlichkeiten gegen politische Unterstützung oder Loyalität, etwa in Form von Wahlstimmen seitens des oder der Klienten. Besonders gängig ist diese Praxis bis heute in Lateinamerika: gerade in armen Stadtvierteln werden dort Dependenzen geschaffen, indem etwa von der Gemeindeverwaltung Sozialleistungen an Bedürftige verteilt werden und sich so die Unterstützung für den bevorzugten Kandidaten gesichert wird.

Mit lediglich geringfügigen Änderungen blieb dieses System bis zum Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahren aufrecht, erst im Zuge der Demokratisierungsbewegung meldeten sich soziale Strömungen zu Wort, die unter dem Schlagwort *Cidadania* gleiche staatsbürgerliche Rechte für alle verlangten. Die Forderung nach demokratischer Partizipation wurde dabei mit jener nach Gewährung von sozialen Rechten und sozialer Sicherheit junktimiert, ein Prozess, der 1988 schließlich in der Teilnahme der sozialen Bewegungen an der *Constituinte* – der verfassungsgebenden Versammlung – und der Schaffung der oftmals so betitelten demokratischen Bürgerverfassung, der *Constituição Cidadã*, gipfelte.

### *III. Universalisierung und Treffsicherheit im Neoliberalismus*

Eine der zentralen sozialpolitischen Errungenschaften der Verfassung von 1988 ist die Festlegung von Mindeststandards sozialer Sicherheit. Gemäß diesen Grundsätzen müssen Bildungs-, Pensions- und Gesundheitssystem sowie die staatlichen Sozialtransfers universell allen brasilianischen Bürgern im städtischen und ländlichen Bereich offenstehen. Als Konsequenz wurde eine Mindestpension für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung eingeführt, welche 1994 zwar von 6,5 Millionen Menschen bezogen wurde, was aber umgerechnet auf die Größe und den Bevölkerungsreichtum Brasiliens eine relativ geringe Zahl darstellt. Diese Tatsache erklärt sich nicht zuletzt aus dem Umstand, dass jene Personen, die aufgrund informeller und prekärer Beschäftigungsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit keine Beiträge entrichten, nicht pensionsberechtigt sind. Auch in die Grundbildung wurde insbesondere während der Regierungszeit Cardosos investiert, wodurch der Analphabetismus von 18 Prozent im Jahr 1990 auf 11,8 Prozent zwölf Jahre später gesenkt werden konnte. Die staatlichen Gesundheitseinrichtungen sind seit der Verfassungsreform verpflichtet, alle Menschen zu versorgen, die medizinische Betreuung benötigen. So kam es insgesamt zu einer Universalisierung der brasilianischen Sozialpolitik. Dies zeitigte auch insofern Wirkung, als Brasilien in den streng neoliberalen 1990er Jahren eines der wenigen lateinamerikanischen Länder repräsentierte, in denen die staatlichen Sozialausgaben stiegen.

Dennoch war die Sozialpolitik weiterhin chronisch unterfinanziert, da große Teile der ursprünglich für diesen Bereich gedachten Gelder letztlich in den Schuldendienst flossen. Den Rahmen für diese finanzielle Umleitung bildete das sogenannte *Lei da Responsabilidade Fis-*

*cal*, das „Gesetz für fiskalische Verantwortung“. Das Resultat dieser Kombination aus Universalisierung der Sozialpolitik einerseits und ihrer finanziellen Unterrepräsentierung andererseits war ein Absinken der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen gemäß dem Motto „Quantität vor Qualität“. Die Konsequenz ist ein Exodus der Mittel- und Oberschichten aus dem öffentlichen System in private Schulen und Krankhäuser. Eine Entwicklung, die unter dem Schlagwort „Soziale Treffsicherheit“ legitimiert wird. Die Ära Cardoso kann retrospektiv als idealtypischer Sozialliberalismus beziehungsweise *inclusive liberalism* definiert werden: liberale Wirtschaftspolitik wird durch (vordergründig) treffsichere Maßnahmen der Armutsbekämpfung flankiert. Soziale Rechte wiederum werden zu Gunsten von Almosen untergraben, da die philanthropisch-gönnerhafte Tradition des brasilianischen Sozialsystems, die ihren Ausgang noch zu Zeiten der Sklaverei nahm, beibehalten wird. Wie es Leubolt und Tittor in ihren eigenen Worten resümieren:

> „Insgesamt zeigt sich in Brasilien, dass seit dem partizipativen Verfassungserstellungsprozess 1988 die starke strukturelle Heterogenität des Sozialsystems zu Gunsten der Universalisierung von staatlich garantierten sozialen Rechten abgeschwächt wird. Dieser Prozess der Verrechtlichung wird jedoch vom Trend zur Treffsicherheit begleitet. Damit wird zwar die regressive Wirkung der Sozialpolitik bekämpft, gleichzeitig aber der Universalisierung sozialer Rechte entgegengewirkt.“[381]

#### 4.3.1.2 Veritable soziale Herausforderungen der brasilianischen Gesellschaft

Zahlreiche Schwierigkeiten im Sozialbereich wie etwa die in bestimmten Regionen Brasiliens überquellende Kriminalität und Gewalt resultieren schlicht aus der Ungleichheit nach Klasse und Rasse, welche im Lande nach wie vor herrscht. Trotz dieser prioritären Problemfelder dürfen auch eine prekäre Bildungspolitik (die natürlich wiederum der Ungleichheit Vorschub leistet), eine brisante Indianerpolitik sowie die in politischen Kreisen schier omnipräsente Korruption nicht übersehen werden.[382]

---

381 Leubolt/Tittor 2008, 134

382 Weitere zweifellos ebenso relevante Bereiche wie etwa die ökologische Problematik durch die Abholzung des Regenwaldes werden jedoch an dieser Stelle nicht mehr abgedeckt, da sie den Rahmen sprengen würden.

*Soziale Ungleichheit*

Trotz seines mittleren bis höheren Entwicklungsstandes als Schwellenland der Semiperipherie manifestiert sich in Brasilien nach wie vor ein drastisches Maß an sozialer Ungleichheit:

> „In terms of inequality, Brazil remains the country with the most unequal distribution in Latin America and is one of the most unequal societies in the world, and this has changed little in the past quarter century *[ausgehend vom Jahr 1980, Anm. d. Verf.]*. Close to a third of the population in 1980 was classified as poor, and this number has not changed in the past quarter century. This helps explain why the GINI index of inequality has hovered around 0.60 in this period, higher than any Latin American country and almost double the norm for the advanced countries of the world."[383]

Dieser Umstand zeigt sich sowohl zwischen sozialen Klassen als auch in regionalen Ausformungen. Teile des Landes wie etwa Süden und Südosten sind hochentwickelt, andere Gebiete wie Norden und Nordosten weisen hingegen ein extrem niedriges sozioökonomisches Entwicklungsniveau auf. Armut und Ungleichheit stellen eines der essentiellsten strukturellen Hindernisse sowohl für die politische Entwicklung als auch für einen nachhaltigen und ausgewogenen wirtschaftlichen Fortschritt dar.[384] Der Status Brasiliens als eines der Länder mit den prononciertesten sozialen Ungleichheiten der Welt spiegelt sich in der kontinuierlich disparaten Einkommensverteilung wider: die reichsten zehn Prozent der Menschen verfügen relativ konstant über 50 Prozent des Volkseinkommens, während für die ärmsten 50 Prozent kaum mehr als 10 Prozent des Gesamteinkommens übrigbleibt.[385] Die Komplexität struktureller Ungleichheit und die Notwendigkeit, dieser wirkungsvoll zu begegnen, wird evident, so man einen Blick auf die Unterschiede in der Einkommensverteilung nach Hautfarbe und Geschlecht wirft: „In 1993 white people earned on average 3.6 minimum wages while black people received 1.7, a difference of 111.7%. Ten years later, there was little change: white people earned 3.9 minimum wages on average, and black people 1.93. Therefore the average wage difference between whites and blacks was still 102%." Nicht wesentlich anders stellt

---

383 Klein/Luna 2006, 240

384 Bertelsmann Stiftung 2007, Seite 10, 17. 6. 2009

385 vgl. Leubolt 2007, 130

sich die Situation in punkto Gendergerechtigkeit dar, wobei auch hier wenig überraschend zwischen weißen und farbigen Frauen differenziert werden muss: „[W]omen workers earn on average half of what male workers do, [...] the income of a white woman is twice a black woman's earnings, and [...] white male workers earn 3.8 times the wage of black women workers."[386] Fábio Reis lässt sich aufgrund dieser Daten zu einem interessanten Vergleich hinreißen: er meint, dass es besser sei, ein prosperierendes und egalitäres, wenn auch ökonomisch abhängiges und mit einer farblosen nationalen Identität ausgestattetes Kanada zu sein, als ein Brasilien, das möglicherweise über eine herausragende nationale Identität verfüge, aber beschwert von ausufernder Ungleichheit und Ungerechtigkeit sei.[387]

Laut einem Menschenrechtsbericht, der im Dezember 2008 an der renommierten Rechtsfakultät der Universität São Paulo von führenden Aktivisten der katholischen Kirche und der brasilianischen Sozialbewegungen präsentiert wurde, habe sich die soziale Ungleichheit unter Lula sogar noch verstärkt. Nicht nur in finanzieller Hinsicht seien die Entwicklungen bedenklich, vielmehr gehöre es gemäß den Kritikern heute zur staatlichen Politik, dunkelhäutige Arme zu terrorisieren und einzuschüchtern. Im Hinterland existiere außerdem nach wie vor die strikt verbotene Sklavenarbeit.[388] Generell zeigt sich in Brasilien eine prekäre Tendenz zur Informalisierung[389] von Arbeit:

> „Die Bewegung der ‚Informalisierung' der Arbeitsverhältnisse als weltweite Tendenz zeigt verschärfte Züge in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Die ‚Informalisierung' erscheint in Anführungszeichen, denn es handelt sich nicht um eine gelegentliche und vorübergehende Anormalität, sondern um das Ergebnis einer brutalen Modernisierung [...]. Die ‚Informalität', die in Brasilien seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine wiederkehrende Praxis gewesen ist, brei-

386 Oliveira/Pietricovsky 2005, 18. 6. 2009

387 vgl. Reis 2003, 114

388 vgl. *Der Standard* vom 5. Dezember 2008, 3. 11. 2009

389 Als informeller Sektor wird jener Teil einer Volkswirtschaft bezeichnet, dessen wirtschaftliche Tätigkeiten nicht in der offiziellen Statistik erfasst sind. In industrialisierten Ländern wird von Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit gesprochen, in Entwicklungsländern gehören auch die Herstellung und der Verkauf von Produkten auf lokalen Märkten und einfache Dienstleistungen dazu.

tet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit unvergleichlicher Geschwindigkeit und Reichweite aus."[390]

Brasiliens Ungleichheit wird von der internationalen NGO *Social Watch* als eine komplexe und durch Klasse, Rasse, Ethnizität sowie Geschlecht determinierte Matrix beurteilt, welche schwer aufzulösen ist, zumal der öffentliche Schuldendienst einen großen Teil jener finanziellen Ressourcen auffrisst, die ansonsten in den sozialen Sektor fließen könnten. Zwischen 1995 und 2004 verschlang die Schuldenamortisierung circa 268 Millionen US-Dollar, ein Betrag, der dreimal so hoch wie die Bildungsausgaben und zehnmal so hoch wie die Gelder für soziale Sicherheit für denselben Zeitraum ist sowie 43 Prozent des geschätzten BIP des Jahres 2004 entspricht. Noch ist es Brasilien nicht gelungen, das Vermächtnis der Sklavenhaltergesellschaft abzuschütteln, vielmehr trägt es auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch schwer an diesem Joch: „Starting with a colonial history marked by slavery and patrimonialism, Brazil's socio-economic inequality continues to exclude a significant proportion of the population from social, cultural, technological and scientific benefits."[391]

Nicht von der essentiellen Frage der sozialen Ungleichheit zu trennen ist jene der *questão agrária*, der nur schleppend vorankommenden Landreform. Im Wahlkampf hatte Lula angekündigt, 430.000 landlosen Familien bis zum Jahr 2006 Land und somit eine Existenz zu verschaffen. Nicht durch Enteignungen, sondern durch den Ankauf brachliegenden Territoriums sollte dies geschehen. Doch der Fortschritt der versprochenen Reformen ist schleppend. Laut der international bekannten Landlosenbewegung MST[392] (***M****ovimento dos Trabalhadores Ru-*

---

390 Aued 2006, 112

391 Oliveira/Pietricovsky 2005, 18. 6. 2009

392 Die 1984 gegründete MST oder *Bewegung der Landlosen* ist eine Massenbewegung in Brasilien, die sich für eine umfassende Landreform einsetzt und zudem soziale und politische Forderungen stellt. Sie erhielt 1991 den Alternativen Nobelpreis. Bis Ende der 1990er Jahre konnte die Landlosenbewegung für etwa 350.000 Familien Land erkämpfen, eine scheinbar große Zahl, die sich allerdings relativiert, wenn man bedenkt, dass in Brasilien geschätzte 4,5 Millionen Familien ohne Land sind. Verschaffte sich die MST zu Anfang ihres Wirkens durch gezielten Aktionismus wie Landbesetzungen und Großdemonstrationen viele Sympathien insbesondere in den ärmeren Schichten der Bevölkerung, so hat ihr Ansehen in den letzten Jahren durch das Abgehen vom Prinzip der Gewaltlosigkeit und einer Radikalisierung der Bewegung gelitten.

*rais **S**em **T**erra*) wurde bis Mitte 2005 lediglich 73.000 Familien ein Grundstück zugewiesen, während die Regierung von 118.000 spricht. Auf jeden Fall ist die Schonfrist, welche die MST Lula zu Beginn seiner Amtsperiode einräumte, nunmehr abgelaufen, denn im Jänner, Februar und März des Jahres 2008 wurden 110 Farmen von Großgrundbesitzern besetzt (im Vergleichszeitraum des Jahres zuvor waren es nur 41). Für den Präsidenten wiederum ist die Umsetzung der versprochenen Reformen durch die Einbindung der parlamentarisch mehrheitssichernden, jedoch konservativen PMDB in die Regierung definitiv nicht einfacher geworden. In der Zwischenzeit warnte Lula die MST vor illegalen Aktivitäten, da die Landreform gesetzeskonform und so friedlich wie möglich durchgeführt werden müsse.[393]

*Kriminalität und die Frage der Staatlichkeit*

„Without the state, how is social order to be maintained?“[394] Diese von Michael Taylor stammende Frage nimmt die grundsätzlich konsensuale These der Staatstheorie vorweg, wonach das Konstrukt des Staates, so wie wir ihn heute begreifen, grundsätzlich auf die Herausforderung der Aufrechterhaltung von sozialer Ordnung innerhalb seines Herrschaftsraumes bezogen ist. Was jedoch, wenn der Staat dieser Aufgabe zumindest partiell nicht mehr nachkommen kann? Die Probleme der inneren Sicherheit in Brasilien sind derart ausgeprägt, dass das staatliche Gewaltmonopol wohl im Prinzip, nicht aber in allen Bereichen vorbehaltlos konsolidiert und durchgesetzt ist. Insbesondere die hohen Kriminalitätsraten in den urbanen Zentren sowie das davon nicht zu trennende wachsende Problem des organisierten Drogenhandels bereiten der Exekutive ernsthafte Schwierigkeiten. Weite Teile der Favelas[395] in Rio de Janeiro und São Paulo werden von Drogenbanden kontrolliert, was häufig zu bewaffneten Auseinandersetzungen entweder zwischen den Banden selbst oder mit der Polizei führt – ein Phä-

393 vgl. *Der Standard* vom 8. Juni 2008, 9. 11. 2009

394 Taylor 1989, zitiert nach Wimmer 2000, 211

395 Mit dem Begriff *Favela* werden die besonders in Randlagen der großen Städte Brasiliens liegenden Armenviertel bezeichnet. Es handelt sich um informelle Siedlungen, deren Bewohner nicht über legalen Grundbesitz verfügen. Diese „Städte in der Stadt“ sind weitgehend unabhängig von der offiziellen Stadtverwaltung organisiert und unterliegen oft der Leitung des Anführers des dortigen Drogenkartells. Die Bezeichnung für die Armenviertel kommt von einer brasilianischen Kletterpflanze, welche den Namen Favela trägt. Ähnlich dieser Kletterpflanze siedeln sich Armenviertel an den zahlreichen Hügeln Rio de Janeiros an und klettern diese – metaphorisch gesprochen – hinauf.

nomen, unter dem vor allem die mittleren und unteren Schichten zu leiden haben. In anderen Teilen des Landes wiederum, besonders im Norden und Nordosten, kann sich der Staat oft nur mit Mühe gegen die mächtigen Landbesitzer durchsetzen, welche nicht selten das Recht in die eigene Hand nehmen und durch Fälle von Sklaverei oder Umweltzerstörung auf sich aufmerksam machen.[396] Mitunter schwächt sich die Polizei auch selbst, wie etwa in São Paulo im Oktober 2008, als bei Zusammenstößen zwischen tausenden streikenden Zivilpolizisten, die für eine Lohnerhöhung demonstrierten, und ihren uniformierten Kollegen dreißig Menschen verletzt wurden.[397]

Dass die Sicherheitslage in den Großstädten tatsächlich prekär und als daraus folgende Konsequenz die Staatlichkeit bestimmter Zonen in Frage gestellt ist, zeigen die Zeilen eines persönlichen Erfahrungsberichts:

> „Sobald es dunkel wird und sich die Straßen und Gassen im Zentrum von Rio de Janeiro leeren, verändert sich auch die Atmosphäre. [...] Ab dieser Uhrzeit überlegt man zweimal, wo man zu Fuß entlang geht. Die Straßenkriminalität ist nach wie vor ein allgegenwärtiges Problem in Rio. Es überrascht mich selber, wie sehr ich mich bereits daran gewöhnt habe, die Sicherheitslage stets zu berücksichtigen. Ebenso habe ich mich an die vielen Zäune, Gitter, Absperrungen und Schranken gewöhnt, hinter denen sich die Menschen freiwillig oder zwangsläufig einschließen. [...] Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit fällt hier den wenigsten auf, zumal die überwiegende Mehrheit nichts anderes gewohnt ist. [...] Auch wenn die Situation objektiv nicht so gefährlich sein mag, so ist die gefühlte Unsicherheit dennoch bei vielen sehr groß. Jeder kennt Überfall- und Horrorgeschichten, sei es aus den Medien oder durch Erzählungen von Freunden und Bekannten. Auf diese Weise spielen die Sicherheitsgedanken permanent eine Rolle im Alltag.“[398]

---

396 Bertelsmann Stiftung 2007, Seite 6, 17. 6. 2009

397 vgl. *Der Standard* vom 6. Oktober 2008b, 9. 11. 2009

398 Suhr, November 2008, Seite 5f., 17. 6. 2009

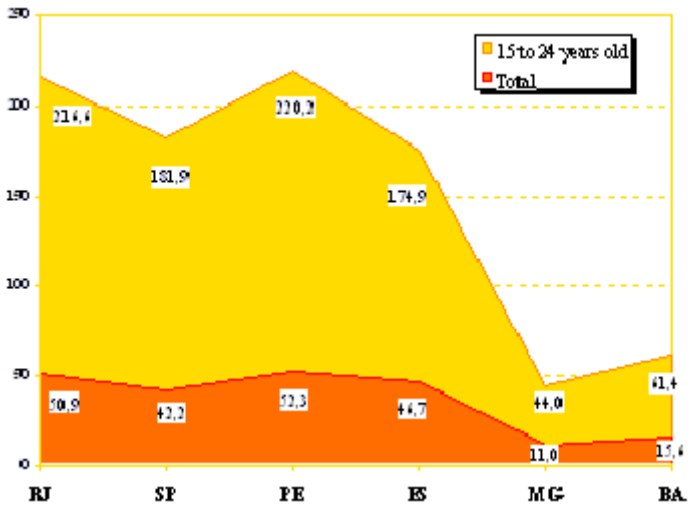


***Abb. 20:*** *Die Mordrate ausgewählter brasilianischer Bundesstaaten pro 100.000 Einwohner (RJ=Rio de Janeiro, SP=São Paulo, PE=Pernambuco, ES=Espírito Santo, MG=Minas Gerais, BA=Bahia). Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2000.*[399]

Brasilien befände sich zwar nicht im Kriegszustand, dennoch erinnerten die Todeszahlen an einen Bürgerkrieg, heißt es in einer besorgniserregenden Studie von *Social Watch*. Laut offizieller Statistik sind zwischen 2001 und 2005 mehr als 200.000 Personen in Brasilien Opfer von Gewalt und Kriminalität geworden, pro Jahr wurden etwa 40.000 Todesopfer gezählt.[400] Komparative Analysen mit Ländern, welche sich im Kriegszustand oder zumindest höchst konfliktintensiven Situationen befinden, zeigen, dass in derselben Zeitspanne mehr feuerwaffenbezogene Todesfälle in Rio de Janeiro auftraten als etwa in Angola (1998-2000), Sierra Leone (1991-1999), Jugoslawien (1998-2000), Afghanistan (1991-1999) oder Israel (1991-1999). Ähnlich den sozialen Ungleichheiten im Land lässt sich auch bei Morden eine auffällige Ungleichverteilung feststellen, so konzentrieren sich diese primär auf junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren, wobei 90 Prozent der Opfer in diesem Alter männlichen Geschlechts sind. Zudem geschehen mit Gewalteinwirkung verbundene Todesfälle wesentlich häufiger zwischen jungen Schwarzen, ein Trend, der die disparate Verteilung von Wohlstand und sozialen Ressourcen in der brasilianischen Gesellschaft widerspiegelt.[401]

---

399 Quelle: Ramos/Lemgruber 2004, 18. 6. 2009

400 vgl. Oehrlein 2007, 17. 6. 2009

401 Ramos/Lemgruber 2004, 18. 6. 2009

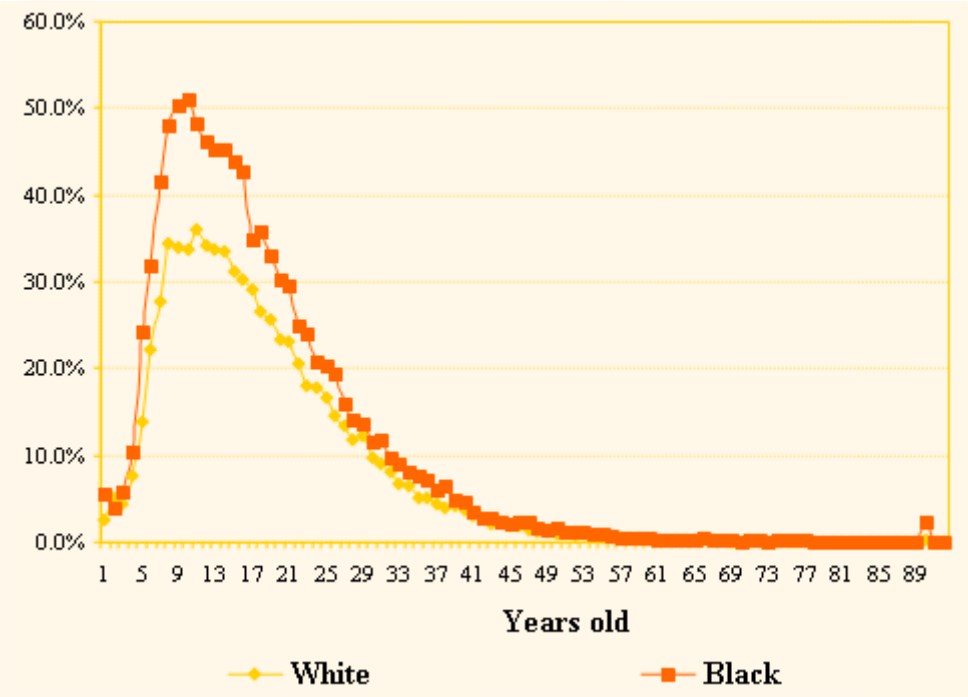


***Abb. 21:*** *Der Prozentsatz der Tötungsdelikte im Vergleich zur Gesamtheit der Sterbefälle in Brasilien zwischen 1997 und 2000. Besonderheiten sind die Kluft zwischen weißen und schwarzen Gesellschaftsschichten sowie die Häufigkeit von Totschlag in jungen Jahren.*[402]

Nicht zuletzt werden immer wieder Fälle bekannt, in denen die Polizeieinheiten ihre Kompetenzen deutlich überschreiten und sich gewalttätiger Übergriffe bis hin zum Mord schuldig machen. Sie stellen somit insbesondere in den urbanen Zentren nicht jenen Fels der Sicherheit in der Brandung dar, welcher aufgrund der ohnehin hohen Gewaltrate für die Bevölkerung wünschenswert wäre. Zehn Prozent aller Tötungsdelikte, welche in Rio de Janeiro und São Paulo geschehen, werden nach Daten von Leandro Carneiro von Mitgliedern der Polizei begangen. Drei Prozent der Gesamtpopulation und fünf Prozent der Männer werden Opfer von Erpressung durch Polizistinnen und Polizisten. Gewisse Praktiken öffentlicher Sicherheitseinrichtungen verhalten sich damit kontraproduktiv zu einer effektiven Formulierung und Implementierung von kriminalitätsvorbeugenden Maßnahmen.[403]

---

402 Quelle: Ramos/Lemgruber 2004, 18. 6. 2009

403 vgl. Carneiro 2003, 249

*Indianerpolitik*

Während sich das komplizierte Verhältnis von Weißen und Afrobrasilianern nur schwerlich mit dem hierfür zu undifferenzierten Begriff „Rassismus“ beschreiben lässt, scheint die Anwendung desselben Terminus in Bezug auf Brasilianer (also derjenigen Menschen, die innerhalb der westlich geprägten Zivilisation leben) und Indios bereits naheliegender. Die Überzeugung, dass sie selbst und die eigene moderne Kultur den Ureinwohnern und deren Bräuchen und Traditionen überlegen seien, gilt für fast alle Teile der Bevölkerung. Unterschiede gibt es jedoch hinsichtlich der Auffassung, wie die Indigenen zu behandeln seien. Einerseits existiert die Ansicht, diese in die brasilianische Gesellschaft zu integrieren (wobei sich hierbei die Frage stellt, ob dies von Seiten der Ureinwohner denn gewünscht wird), andere Stimmen vertreten die Meinung, sie in Reservaten friedlich leben und ihre Kultur ausüben zu lassen. In seltenen radikalen Fällen taucht auch nach wie vor der Vorschlag auf, sie schlicht auszurotten. Bestandteil der offiziellen Indiopolitik Brasiliens waren in den vergangenen hundert Jahren jedoch lediglich die ersten beiden Auffassungen.[404]

Zu Beginn seines Amtsantritts gab Lula den indigenen Völkern Brasiliens das Versprechen, sich für die ihnen verfassungsmäßig zugestandenen Rechte einzusetzen. Mittlerweile regiert der Präsident in seiner zweiten Legislaturperiode, doch ist die Stimmung der Indigenen eher von Wut und Enttäuschung als Zufriedenheit und Genugtuung geprägt. Insbesondere bei Landstreitigkeiten kommt es in regelmäßigen Abständen zu gewalttätigen Konfrontationen, in denen Indianer sowohl Opfer als auch Täter sind. Es offenbaren sich nunmehr grundlegende Probleme und jahrzehntelange Versäumnisse der brasilianischen Politik im Umgang mit den etwa 220 indigenen Stämmen des Landes. Zwar scheint Lula prinzipiell durchaus gewillt, den Autochthonen zu ihren Rechten zu verhelfen, allerdings stehen ihm bei diesem Vorhaben sowohl opponierende Interessensgruppen als auch das von ihm proklamierte Wachstumsprogramm im Wege.[405]

---

404 vgl. Schelsky 1994, 135

405 vgl. Suhr, Juni 2008, Seite 1, 17. 6. 2009

Die Brisanz der Thematik wird deutlich, so man sich vor Augen hält, mit welch harten Bandagen zum Teil um bereits demarkierte indigene Territorien gekämpft wird, so etwa im Indianerreservat Roosevelt im Bundesstaat Rondônia: trotz mehrmaliger Ausweisungen drangen immer wieder *Garimpeiros*[406] in das Gebiet der Ureinwohner ein. Indianer des Stammes Cinta Larga ermordeten daraufhin 29 der Eindringlinge. Aufgrund der Weitläufigkeit und äußerst geringen Siedlungsdichte der Reservate, welche sich zum größten Teil im Amazonasgebiet Brasiliens befinden, ist die Versuchung der *Garimpeiros* groß, auf illegale, doch oftmals äußerst lukrative Weise in den Territorien der Indigenen nach Gold und Diamanten zu suchen. Die brasilianische Verfassung erlaubt den Abbau von Metallen und Rohstoffen jedoch nur dann, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht. Da eine solche in diesem Fall nicht existiert, ist der Abbau untersagt. Die derzeit ausgewiesenen Indianerreservate umfassen knapp 13 Prozent der Fläche Brasiliens, wobei sich die größten Gebiete im sogenannten *Amazônia Legal* befinden, ein Raum, der alle Bundesstaaten umfasst, die über tropischen Regenwald oder Amazonasregion verfügen. In den anderen Regionen des Landes gestaltet sich die Demarkation aufgrund der höheren Siedlungsdichte und der höheren Grundstückspreise als ungleich schwieriger. Nicht zuletzt, da laut Verfassung in den Demarkierungsprozess alle wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf diesem Gebiet stattfinden, in die Projektplanung inkludiert werden müssen. Nicht nur bestehende wirtschaftliche Aktivitäten, auch geplante weitere Infrastrukturmaßnahmen sorgen für Kontroversen um die Unverletzbarkeit indigenen Territoriums. Vor allem durch das von ihm selbst initiierte *Programa de Aceleração do Crescimento* (PAC), eines der ambitioniertesten Wachstumsprogramme in der Geschichte Brasiliens, gerät Lula in eine Zwickmühle, da er einerseits darum bemüht sein muss, sich der Sache der Ureinwohner authentisch anzunehmen, andererseits die positive Rezeption seiner Politik in weiten Kreisen der Bevölkerung jedoch an die erfolgreiche Umsetzung des PAC geknüpft ist, jenem Programm, dem wiederum zuweilen die Indianerreservate als ökonomisches Hemmnis entgegenstehen.[407] So berichtet etwa der seit 1965 in Brasilien lebende österreichische Bischof Erwin Kräutler, dass die Kirche beim Schutz des Indio-Landes häufig mit Großgrundbesitzern in Konflikt komme. Diese würden riesige Gebiete aufgrund der dort brachliegenden Bodenschätze schlicht beschlagnahmen und die Justiz sowie die Polizei bestechen. Gemäß Kräutler existierten die erforderlichen Gesetze zum Schutze der Indigenen zwar, doch küm-

---

406 Brasilianischer Begriff für Diamanten- und Goldsucher.

407 vgl. Suhr, Juni 2008, Seite 6f., 17. 6. 2009

mere sich aufgrund der florierenden Korruption von den Behörden niemand um deren Umsetzung.[408]

Die nationale Presse klagt in Kommentaren über die sich wiederholenden Gewaltauswüchse und den zunehmend rauheren Ton in den Konflikten zwischen Indigenen und Nicht-Indigenen. Zudem offenbarte sich im Zuge dieser Auseinandersetzungen das Selbstbildnis vieler Ureinwohner, die sich nicht als Teil der brasilianischen Gesellschaft begreifen, sondern als eigenes Volk mit dem damit verbundenen Recht auf eigenes Land. Häufig melden sich Sozialwissenschafter und vor allem Militärs zu Wort, die in der Demarkation von Indianerreservaten einen Angriff auf die nationale Souveränität sehen, zumal die Indios viel Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Lula hingegen widerspricht dieser These bei jeder Gelegenheit und betont, dass die Reservate die staatliche Souveränität nicht bedrohten und die Indigenen Brasilianer wären und blieben. Resümierend zeigt sich, dass bei der Umsetzung der verfassungsrechtlich definierten Indianerpolitik oftmals mit zweierlei Maß gemessen wird, denn es spielen in sie viele (insbesondere ökonomische) Interessen hinein, die der ursprünglichen Intention – dem Schutz des indigenen Lebensraumes – nicht förderlich sind. Aus diesem Grund ist eine gänzliche Verwirklichung der verfassungsmäßigen indigenen Rechte zumindest in naher Zukunft nicht wahrscheinlich.[409]

*Wahlbetrug und Korruption*

Nach wie vor stellen vor allem Korruption und zuweilen trotz einer prinzipiell funktionierenden demokratischen Ordnung auch Wahlbetrug eine immense Herausforderung der brasilianischen Politik und somit der Gesellschaft dar. Ein Teil der Probleme in diesem Feld resultiert aus der hohen politischen Fragmentierung. Die große Zahl an Parteien ist auf ein Wahlsystem zurückzuführen, das weniger Parteien als vielmehr individuelle Politiker forciert. Diese Vielzahl erschwert die Bildung stabiler Parlamentskoalitionen. Als Konsequenz daraus muss für diverse Gesetzesbeschlüsse oftmals am Rande der Legalität, also durch Korruption, für die notwendigen Stimmen gesorgt werden. Begünstigt wird dieses Vorgehen durch den Umstand,

---

408 vgl. *Der Standard* vom 21. Oktober 2008, 9. 11. 2009

409 vgl. Suhr, Juni 2008, Seite 8ff., 17. 6. 2009

dass sich Abgeordnete häufig nicht an die Parteidisziplin gebunden fühlen und nicht selten während der Legislaturperiode einen fliegenden Wechsel von einer Fraktion zur anderen vollziehen.[410] Auch die Regierung Lula musste sich gegen Ende ihrer ersten Amtszeit mit berechtigten Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen, die ihre Kreise bis ins engste Umfeld des Präsidenten zogen. Interessanterweise wurde dadurch die Reputation der bis dahin als integer geltenden Arbeiterpartei PT stark in Mitleidenschaft gezogen, jene des Präsidenten jedoch blieb unversehrt, was sich auch in der relativ souveränen Wiederwahl niederschlug.

Auch wenn das elektronische Wahlsystem Brasiliens sehr gut funktioniert und die Stimmenauszählung in den vergangenen Jahren reibungslos verlief, kann es doch nach wie vor zu Wahlbetrug kommen. Häufige Methoden sind hierbei der Stimmenkauf durch direkte oder indirekte Verfahren und der Missbrauch öffentlicher Ämter zur Beeinflussung der Wähler und der Medien. In solchen Fällen eröffnen die Wahlgerichte, welche die Wahlen als Kontrollinstanzen überwachen, Prozesse gegen Politiker und Kandidaten, die in manchen Fällen zwar zu Verurteilungen und Mandatsverlusten führen, häufig aber schlicht im Sande verlaufen. Seit den vergangenen bundesweiten Wahlen 2006 sind beim *Tribuno Supremo Eleitoral* (TSE), dem obersten Wahlgericht, Verfahren gegen acht Gouverneure und mehr als tausend Bundes- und Landtagsabgeordnete anhängig.[411] Zudem kam es im Zuge der Kommunalwahlen 2008 zu kleineren Unregelmäßigkeiten. Obgleich das Militär den Urnengang in 461 Gemeinden (von insgesamt jedoch 5567 *Municípios*, in denen gewählt wurde) überwachte, kam es vereinzelt zu Tumulten und Gewaltausbrüchen. Das TSE registrierte 4656 Unregelmäßigkeiten, 208 Kandidaten wurden festgenommen und 416 weitere waren in fragwürdige Vorfälle verwickelt. Zumeist handelte es sich um verbotene Wahlwerbung oder anderweitige Versuche, auf die Wahlentscheidung des Elektorats Einfluss zu nehmen, so mussten sich etwa 80 Personen wegen illegalen Stimmenkaufs verantworten. Auch der organisatorische Ablauf der Wahlen verlief nicht reibungslos, da Hunderte von defekten elektronischen Wahlmaschinen durch den traditionellen Stimmzettel aus Papier ersetzt werden mussten.[412]

---

410 vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, Seite 8f., 17. 6. 2009

411 vgl. Hofmeister 2008, Seite 12, 25. 6. 2009

412 vgl. Suhr, Oktober 2008, Seite 6f., 3. 11. 2009

Selbst für ein riesiges und menschenreiches Land wie Brasilien stellt dies eine beachtliche Zahl an Unregelmäßigkeiten dar, die dem Land auch durch den daraus entstehenden Vertrauensverlust in der Bevölkerung zu schaffen macht und somit verhindert, dass von einem völlig einwandfrei funktionierenden demokratischen System gesprochen werden kann. Von Susanne Gratius wird dem Land zwar das Attribut einer stabilen Demokratie zugestanden, gleichzeitig schränkt sie dieses Urteil jedoch drastisch ein:

> „Die brasilianische Demokratie ist mit zahlreichen Defiziten behaftet. Zwar schneidet Brasilien besser als die meisten seiner Nachbarn ab, aber in vielen Bundesstaaten des Landes ist die Korruption noch immer ein massives Hindernis für die junge Demokratie. Brasilien kann nur mit großem Vorbehalt als demokratischer Rechtsstaat bezeichnet werden. [...] Insgesamt gesehen ist Brasilien zwar eine demokratische Führungsmacht in Lateinamerika, aber kein Vorbild in Demokratie."[413]

*Prekäres Bildungssystem*

Bildung wird heute als Schlüsselfaktor für die Erlangung und Konsolidierung von Demokratie und Entwicklung betrachtet. Bereits vor einem Jahrhundert meinte dementsprechend der US-amerikanische Philosoph John Dewey, „that progressive education is a vital component of successful democracy, promoting independent thinking and cooperation."[414] Wirft man einen Blick auf das brasilianische Bildungswesen, so ist dessen Zustand allerdings besorgniserregend. Während in Europa in diversen Ländern über den Absturz auf PISA-Ranglisten und die Frage nach Gesamt- und Ganztagsschule als alternative Schulkonzepte diskutiert wird, muss sich der Bildungsdiskurs in Brasilien mit fundamentaleren Schwierigkeiten auseinandersetzen: Schulgebäude sind verkommen und baufällig und die Qualität des Bildungsangebots ist verbesserungswürdig. Rezente Untersuchungen des Bildungsministeriums zeigen, dass sich das brasilianische Bildungswesen in den vergangenen Jahren sogar tendenziell verschlechtert haben, was durch nationale wie auch internationale Evaluierungen der Unterrichtsergebnisse bestätigt wird.

---

413 Gratius, März 2004, Seite 26f., 4. 11. 2009

414 Hall 2003, 269

Nur 70 Prozent aller Kinder zwischen sieben und 14 Jahren, welche die Grundschule besuchen, erreichen auch den Abschluss derselben, wie eine Erhebung von 2005 zeigt. Zudem gibt es eine hohe Zahl an Repetenten (diese machten 2004 an den Grundschulen 13 Prozent aus) und das Phänomen der Schulflucht (viele Schüler gehen vorzeitig von der Schule ab, wobei die Gründe hierfür verschiedener Natur sind: die einen nehmen lieber eine Arbeitsstelle an, die anderen verlassen die Bildungseinrichtung, weil sie nicht genügend lernen oder zu oft die Klasse wiederholen mussten). In internationalen Vergleichsstudien – auch bei der bereits erwähnten PISA-Studie – scheint Brasilien in allen Fächern an einer der letzten Stellen bezüglich der durchschnittlichen Schulleistung auf. Zusätzlich erschwert wird die Situation des brasilianischen Bildungswesens durch den Umstand, dass es 2,4 Millionen jugendliche Analphabeten im Alter zwischen 15 und 29 Jahren gibt. Die Mehrheit konzentriert sich hierbei mit 65 Prozent der Gesamtzahl auf den Nordosten des Landes. Letztlich erhalten zahlreiche Kinder und Jugendliche, für die das Schuljahr grundsätzlich im März eines Kalenderjahres beginnen sollte, oftmals im April noch keinen Unterricht, was auf einen eklatanten Lehrermangel und eine nicht gesicherte schulische Infrastruktur zurückzuführen ist. Im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco hatten etwa im April 2007 circa 100.000 Grundschüler noch keinen Unterricht, weil für sie entweder keine Lehrer zur Verfügung standen oder ihren Schulen ein Dach fehlte. Jedoch sind trotz aller Defizite auch zarte Fortschritte zu verzeichnen, was etwa für die Einschulungsraten und die Universalisierung des Grundschulunterrichts gilt. Nahezu 100 Prozent der schulpflichtigen Kinder besuchen mittlerweile auch tatsächlich die erste Klasse.[415]

#### 4.3.1.3 Sozialprogramme der Regierung Lula

Eine Woche nach seinem Amtsantritt meinte Lula: „Ihr könnt sicher sein, dass wir unsere Prioritäten zugunsten der ärmsten Gebiete des Landes gestalten werden, denn die Armen brauchen die Regierung am meisten und nicht die Reichen, die sich vielmehr nur von der Regierung bedienen lassen.“[416] Hat der Präsident, in den so viele Hoffnungen gesetzt wurden, sein Wort gehalten? Zumindest zum Teil lässt sich diese Frage – um die Antwort vorwegzu-

---

415 vgl. Fontoura 2007, 18. 6. 2009

416 zitiert nach Andrioli/Schmalz 2005, 192

nehmen – bejahen, jedoch war Lula bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht jener Heilsbringer, als der er von seinen Anhängern vor allem aus den ärmeren Schichten im höchsten Staatsamt begrüßt wurde. Zweifellos besteht eine Diskrepanz zwischen dem vor einer Wahl Gesagten und Getanen und dem, was die Realpolitik, die exogenen Zwängen insbesondere makroökonomischer Natur ausgesetzt ist, schließlich zulässt (dieses Phänomen ist jedoch nicht nur in einem Schwellenland wie Brasilien, sondern auch in den sozioökonomisch höchstentwickelten und reichsten Industrieländern der Erde zu beobachten und stellt somit eine globale Konstante dar). Fernando Henrique Cardoso etwa, jener weltgewandte Intellektuelle, der sich seine Reputation vor seiner Zeit als Finanzminister Brasiliens als linksgerichteter Soziologe und Dependenztheoretiker in Diensten der CEPAL[417] erworben hatte, ließ pünktlich zum Amtsantritt als brasilianischer Staatspräsident seine Vergangenheit mit den Worten „Vergessen Sie alles, was ich geschrieben habe!“[418] hinter sich. Bei dieser Gratwanderung zwischen ökonomischen Zwängen und sozialen Notwendigkeiten nicht das Gleichgewicht zu verlieren, war auch die substantielle Herausforderung, der sich Lulas Regierung bei der Bereitstellung der staatlichen Gelder für die Implementierung ihrer Sozialprogramme zu stellen hatte.

Der Bericht des *Bertelsmann Transformation Index* (BTI) aus dem Jahre 2008 fasst die Initiativen zur Stärkung des Wohlfahrtsstaates, welche Lula während seiner ersten Amtszeit in Angriff nahm, überwiegend positiv zusammen. Er konstatiert, dass seit 2003 deutliche Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensqualität unternommen worden sind, so etwa Programme gegen Unterernährung und zur Jugendbeschäftigung sowie die Bündelung von Sozialhilfen zur effektiveren Armutsbekämpfung:

---

417 Die CEPAL (*Comissão Económica para América Latina*), die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, wurde im Februar 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN mit Sitz in Santiago de Chile gegründet. Ihre Aufgaben bestehen in der wissenschaftlichen Untersuchung der Entwicklungsprobleme und -prozesse in Lateinamerika, der Unterstützung und Beratung lateinamerikanischer Regierungen in ihren Entwicklungsanstrengungen sowie in der Ausbildung von Planungsstäben für die nationalen Verwaltungen.

418 zitiert nach Schmalz 2008a, 75

> „During its first term in office, the Lula administration launched several high priority social initiatives, including efforts to eradicate hunger ("Fome Zero"), create youth employment ("Primeiro Emprego"), and unify conditional cash transfer programs for greater effectiveness in reducing poverty ("Bolsa Família"). The government also implemented an ambitious reform of the social security system, with far-reaching fiscal and equity effects, bringing generous public employee benefits more in line with the private sector while introducing a complementary, providing a fully-funded pension plan for civil servants. After initial problems, the reforms have shown some effects in recent years. Benefiting from favorable external conditions and a growing economy, unemployment has declined, poverty has been reduced, income inequality is improving, and those in need increasingly have access to a more efficient social safety net."[419]

Um diese Politik fortsetzen zu können, wird jedoch laut BTI ein jährliches Wirtschaftswachstum von zumindest fünf Prozent benötigt, was in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise auch für Brasilien, das 2007 in diesem Bereich eine ausgesprochen positive Entwicklung erlebte und dessen ökonomischer Motor laut Wilhelm Hofmeister im Frühjahr 2008 noch auf Hochtouren lief[420], keine Selbstverständlichkeit darstellt. Zudem führt die grundsätzliche Kontinuität der liberalen wirtschaftlichen Orientierung der Vorgängerregierungen Collors, Francos und Cardosos (mehr hierzu in Kapitel 4.3.2) zu politischen Konfliktlinien: „Die neue Regierung steht vor dem Widerspruch, ihre Sozialpolitik ausbauen und gleichzeitig die restriktive Wirtschafts- und Finanzpolitik fortführen zu wollen bzw. zu müssen."[421] Es bleibt also abzuwarten, wie es dem Land gelingen wird, die negativen Auswirkungen der Krise abzufedern, ökonomisch wieder an Fahrt aufzunehmen und sodann eine stabile und erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit einer effektiven und effizienten Sozialpolitik zu verknüpfen.

*Soziale Initiativen*

War der soziale Fokus zu Lulas Amtsantritt mit der Initiative *Fome Zero*, die eine Soforthilfe für 46 Millionen unterernährte Brasilianer darstellte, noch völlig auf die Beseitigung des Hungers gerichtet, so wurde dieser Rahmen bald erweitert und konzentrierte sich mehr und mehr auf die Einkommenstransferprogramme, welche zu einem Gutteil noch aus der Ära Car-

---

419 Bertelsmann Stiftung 2007, Seite 13f., 17. 6. 2009

420 vgl. Hofmeister 2008, 25. 6. 2009

421 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 204

doso stammten, jedoch in manchen Fällen nicht mehr realisiert worden waren. Das Ziel war es, diese auszubauen und einer verbesserten Koordination zu unterwerfen, woraus schließlich in Verbindung mit Sozialprogrammen aus den Feldern Bildung und Gesundheit die Familienbeihilfe *Bolsa Família* hervorging.[422] Nach Regierungsangaben konnten durch diese bis Ende 2006 rund 11,1 Millionen Familien mit monatlichen Geldleistungen von durchschnittlich 61 Reais (24 Euro) versorgt werden. Bis zum Jahr 2010 wird die *Bolsa Família*, die gegenwärtig ausschließlich von der Mutter der jeweiligen Familie bezogen werden kann, in ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Brasilien lebenden Menschen umgewandelt.[423] Ihre Auszahlung wurde zudem an den Schulbesuch der Kinder gekoppelt, was als bildungspolitische Maßnahme verstanden werden kann.[424]

Bis zum Ende der ersten Legislaturperiode wurden vier Millionen formelle Arbeitsplätze geschaffen und der Mindestlohn um ein Viertel erhöht. Andere Projekte wie die umstrittene Reform der Sozialversicherung, die drei Millionen Menschen in das Sozialversicherungssystem integrierte, jedoch auch das Rentenantrittsalter für Staatsbedienstete anhoben, hatten einen ambivalenten Charakter.[425] Dieses Projekt wurde gegen den Widerstand der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und somit gegen einen Teil der PT-Basis durchgeführt, wodurch es zu Streiks und Protesten von bis zu 40.000 Menschen und zum Parteiausschluss dissidenter PT-Politiker kam, die dem Gesetzespaket ihre Zustimmung verweigerten.[426]

Ende Februar 2008 brachte die Regierung Lula ein neues Sozialprogramm auf den Weg, das den bestehenden Sozialhilfefond *Bolsa Família* ergänzte: die *Territórios de Cidadania* (Gebiete der Bürgerschaft). Dieses richtet sich an jene etwa 1000 Gemeinden Brasiliens mit dem niedrigsten Index menschlicher Entwicklung und soll dazu beitragen, Armut und soziale Unterentwicklung insbesondere im ländlichen Raum zu überwinden. Mit einem Budget von 12 Milliarden Reais (ca. 4,8 Millionen Euro) sollen Schulen, Gesundheitsposten, Krankenhäuser, Apotheken, Ausbildungsmaßnahmen, Geburtenvorsorge, Wasserversorgungs- und

---

422 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 205

423 vgl. Schmalz 2008a, 79f.

424 vgl. Leubolt/Tittor 2008, 132

425 vgl. Schmalz 2008a, 80

426 Andrioli/Schmalz 2005, 205f.

Abwasseranlagen und noch weitere Projekte gefördert und unterstützt werden. Besonders berücksichtigt wurden Gebiete mit vielen Kleinbauern und Agrarreformprojekten, sogenannte *quilombolas* (Siedlungen ehemals geflohener Sklaven), Indianersiedlungen sowie Gemeinden mit einer hohen Konzentration von Empfängern der *Bolsa Família*.[427]

In der Arbeitsmarktpolitik wurden ebenso neue Akzente gesetzt, da der gesetzliche Mindestlohn über die Jahre hinweg von 200 Reais (2002) über 350 Reais (2006) auf 465 Reais (2009) sukzessive angehoben wurde. Mit 1. Jänner 2010 soll er 506,44 Reais erreichen. In Verbindung mit den an die Höhe des Mindesteinkommens gekoppelten Steigerungen von Sozialtransfers und Mindestpensionen führte diese Maßnahme zu einer substantiellen Erhöhung geringer Einkommen. Eine Neuerung ist zudem die Fokussierung auf staatlich geförderte Mikrokredite, die in gewisser Weise als Instrumente treffsicherer Hochzinspolitik bezeichnet werden könnten, da sie die effektiven Zinsen absenken. Diese stiegen von 752 Reais 1995 auf 21,09 Milliarden zehn Jahre später und fanden insbesondere im Rahmen von Krediten für landwirtschaftliche Familienbetriebe (*Programa Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familiar* – PRONAF) Verwendung.[428] Nicht zuletzt diese Initiative führte dazu, dass Brasilien heute „among the most advanced countries in the developing world in reducing levels of poverty among its rural population“[429] rangiert.

Auf dem Bildungssektor wurde im April 2007 der *Plano de Desenvolvimento da Educação* (PDE), ein Plan zur Entwicklung des Bildungswesens, vorgestellt, der in den nächsten Jahren dazu beitragen soll, die Defizite im Schulbereich zu vermindern. Konkret ist die Priorität des PDE, in einer konzertierten Aktion der Bundesstaaten und Gemeinden unter Einbeziehung der Familien und der Zivilgesellschaft für eine Qualitätsverbesserung des Grundschulunterrichts zu sorgen. Der Plan dehnt sich aber grundsätzlich auf alle Schultypen, von den Kindertagesstätten bis zu den Graduiertenkursen, aus. Bis 2010 sind zur Erreichung dieses ambitionierten Ziels zusätzliche Investitionen in Höhe 8 Milliarden Real (2,9 Milliarden Euro) vorgesehen.[430] Dass trotz der nach wie vor schwierigen Bildungssituation gerade auf diesem Sektor in den

---

427 vgl. Hofmeister 2008, Seite 6, 25. 6. 2009

428 vgl. Leubolt/Tittor 2008, 133

429 Klein/Luna 2006, 196

430 vgl. Fontoura 2007, 18. 6. 2009

vergangenen 25 Jahren durchaus Fortschritte erzielt wurden, gestehen auch Klein und Luna zu: „In few areas Brazil was so far behind the rest of the hemisphere and even comparable third world countries than in education and in few areas has more changed in the past quarter century.“[431] Als maßgebliche Erfolge betrachten sie hierbei, dass erstens die traditionell hohe Schwankungsbreite im Alter der eingeschulten Kinder nachgelassen hat und diese nun vermehrt mit sechs Jahren in die erste Klasse eintreten, dass weiters mehr Schülerinnen und Schüler auch die letzten vier Jahre der achtjährigen Primärschule in Anspruch nehmen und schließlich den Umstand, dass der Anteil jener Kinder, die in ihrer jeweiligen Altersgruppe die Schule besuchen, stetig steigt. Auf der Minusseite verbuchen sie jedoch die nach wie vor bestehenden signifikanten Qualitätsunterschiede in Bezug auf Region, Infrastruktur und Lehrpersonal.[432] Auch auf universitärer Ebene – der PDE bezieht sich primär auf die Grundschulausbildung – wurde mit dem Stipendienprogramm *ProUni* eine bildungspolitische Maßnahme implementiert, die sich in die Riege treffsicherer Sozialtransferprogramme einreiht. Hierbei wird das Studium von Kindern aus armen Familien an privaten Universitäten durch Stipendien gefördert. Zusätzlich existieren seit 2003 Quotenregelungen für staatliche Universitäten, welche arme und dunkelhäutige Brasilianer fördern.[433]

*Effizienz der Sozialausgaben*

In Brasilien – einem Land mit großer Armut und einer exorbitanten Einkommensungleichheit – wird eine lebhafte Diskussion über die Effizienz der Sozialpolitik geführt. Aus diesem Grund publizierte das Finanzministerium im Dezember 2005 einen Bericht mit Berechnungen zu Höhe und Effizienz der brasilianischen Sozialausgaben. Demnach betrugen die Sozialausgaben der Regierung im Jahr 2004 beinahe 250 Milliarden Reais (entspricht etwa 89 Milliarden Euro[434]), eine Summe, die 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dieses Jahres entspricht. Generell erreichten die akkumulierten Sozialausgaben von Bund, Ländern und Munizipien jedoch in den 2004 vorrangegangenen Jahren jeweils etwa ein Viertel des BIP, womit sich Brasilien in Lateinamerika auf den vorderen Plätzen wiederfindet. Zieht man

---

431 Klein/Luna 2006, 182

432 vgl. Klein/Luna 2006, 184f.

433 Leubolt/Tittor 2008, 132

434 Die angegebenen Umrechnungen ziehen einen Wechselkurs von 2,80 Reais pro 1 Euro heran.

komparativ die OECD-Länder mit durchschnittlichen Sozialausgaben in der Höhe von 26 Prozent des BIP heran, so liegt Brasilien knapp darunter.

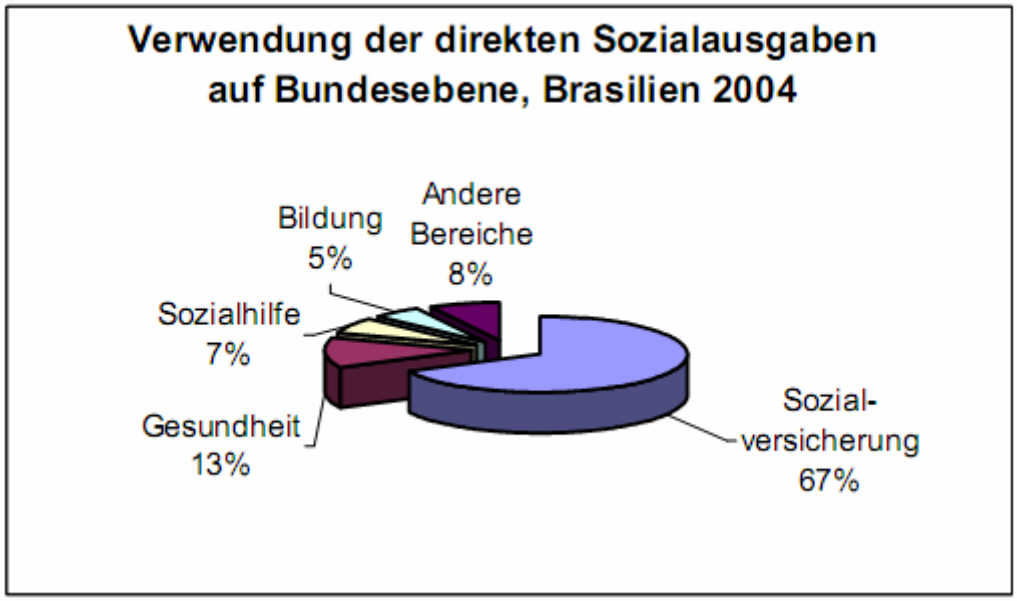


***Abb. 21:*** *Die prozentuale Verwendung der direkten Sozialausgabe – die 89 Prozent des gesamten Sozialbudgets ausmachen – im Jahr 2004. Den am höchsten dotierten Posten stellt die Sozialversicherung mit 67 Prozent dar, gefolgt vom Bereich Gesundheit mit 13 Prozent. Für Bildung wurden lediglich fünf Prozent aufgewendet.*[435]

Eine interessante Frage stellt die Höhe der Sozialausgaben pro Einwohner dar. 2002/03 betrugen diese 676 US-Dollar, womit sich Brasilien auch in dieser Kategorie im oberen Mittelfeld Südamerikas einreiht. Die Spanne der Gelder pro Kopf variiert jedoch in diesem geographischen Kontext erheblich, da etwa Nicaragua im genannten Zeitraum lediglich 68 US-Dollar pro Bürger für Soziales aufwendete, während es in Argentinien 1283 US-Dollar waren. Der Durchschnitt aller lateinamerikanischen und karibischen Länder betrug 481 US-Dollar, ein Wert, den Brasilien somit um etwa 40 Prozent übertraf. Der Gini-Index[436] wiederum konnte durch Transferzahlungen 2003 von 0,63 auf 0,58 gesenkt werden. Die Einbeziehung von di-

---

435 Quelle: Breuer, August 2006, 18. 6. 2009

436 Der Gini-Index (oder Gini-Koeffizient) wird global als Maß zur Darstellung von Ungleichverteilung angewandt. Sein Wert kann zwischen 1 (extreme Ungleichverteilung) und 0 (exakte Gleichverteilung) liegen.

rekten Steuern drückte diesen weiter auf 0,56, was insgesamt jedoch bloß einer Reduzierung der Einkommensungleichheit von 11 Prozent entsprach. In der Europäischen Union etwa – ein hinkender Vergleich zugegeben, doch anschaulich – konnte der Gini-Index 2004, im Jahr der großen Osterweiterung, um 37 Prozent von 0,51 auf 0,32 gesenkt werden.

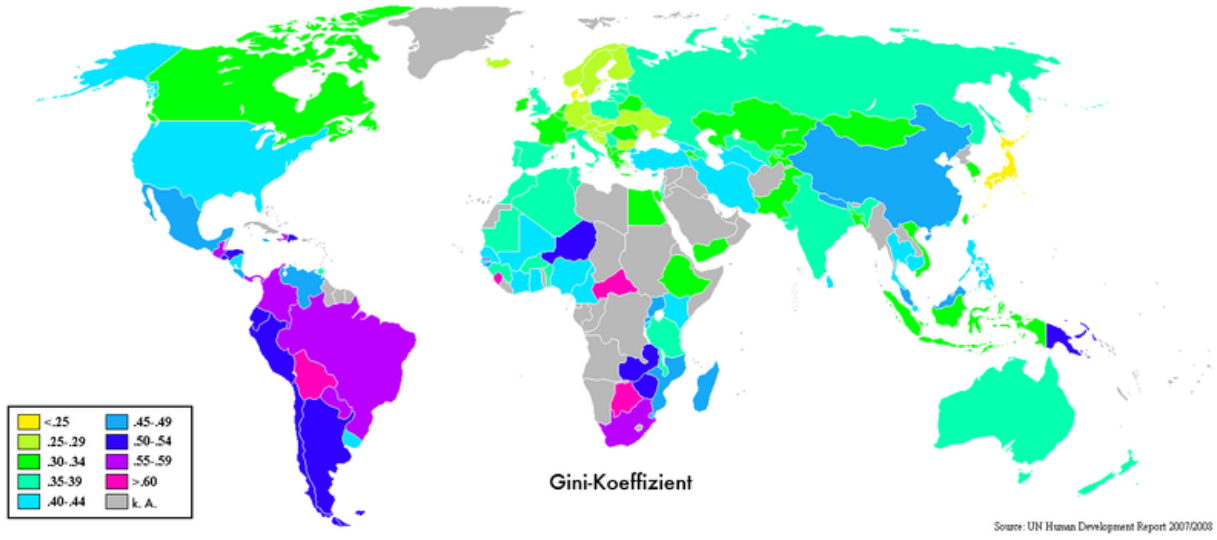


***Abb. 23:*** *Globale Einkommensverteilung gemäß dem Gini-Koeffizienten nach dem* Human Development Report 2007/08 *der UN. Die höchste Dichte an Staaten mit ungleicher Lohnverteilung findet sich auf dem lateinamerikanischen Kontinent wieder. Vermutlich stellt sich die Situation in Afrika ähnlich dar, jedoch stehen zu wenige seriöse Daten zur Verfügung, um diese Annahme zu belegen.*[437]

Die Bewertung der brasilianischen Sozialausgaben hängt resümierend stark von der jeweiligen Perspektive ab. Mögen diese in absoluten Zahlen wesentlich geringer als in den meisten Industriestaaten sein (was aufgrund des niedrigeren BIP eine logische Konsequenz darstellt), so sind sie im lateinamerikanischen und karibischen Raum im Spitzenfeld anzusiedelnr (auch dies stellt keine Überraschung dar, da Brasilien in dieser Region das mit Abstand größte und bevölkerungsreichste Land ist). Geht man von der Absolutheit ab und betrachtet den prozentualen Aspekt, ergibt sich insofern ein differenzierteres Bild, als der Anteil des BIP, welchen Brasilien für das Sozialwesen aufwendet, sich nun in ähnlichen Dimensionen wie in den OECD-Staaten befindet.[438]

---

437 Quelle: Wikipedia: *Gini-Koeffizient*, 19. 6. 2009

438 vgl. Breuer 2006, 18. 6. 2009

Insgesamt offenbart sich in Brasilien das Bild, dass seit dem Ende der Militärdiktatur und dem folgenden partizipativen Verfassungserstellungsprozess 1988 die zuvor signifikante strukturelle Heterogenität des Sozialsystems zu Gunsten einer Universalisierung von staatlich garantierten sozialen Rechten abgeschwächt wurde. Dieser Prozess der Verrechtlichung wird vom Trend zur Treffsicherheit begleitet, womit zwar die regressive Wirkung der Sozialpolitik bekämpft, gleichzeitig aber ebenso der Universalisierung sozialer Rechte entgegengewirkt wird. Rosa Maria Marques, Koordinatorin einer Studie des brasilianischen Ministeriums für Soziale Entwicklung, kommt dementsprechend zum Ergebnis, dass zwar die ärmsten Gemeinden des Landes tatsächlich die meisten Ressourcen im Rahme der *Bolsa Família* erhalten, dass jedoch ebenso „im Namen der Stabilität, des Wachstums und der Einhaltung von ‚Verträgen' mit internationalen und nationalen Gläubigern die Idee der Universalisierung von Sozialpolitik fallengelassen wird und stattdessen alte assistenzialistische[439] Formen für die Armen zum Tragen kommen, eine Sozialpolitik, die für alle nicht Anspruchsberechtigten nur den Markt als Alternative anbiete."[440] Dennoch kann aus Sicht Leubolts und Tittors ein überwiegend positives Fazit gezogen werden: „Aktuell finden [...] bemerkenswerte sozialpolitische Neuerungen statt, da nun die in den Kämpfen um die demokratische Verfassung von 1988 durchgesetzten sozialen Rechte mit Armutsbekämpfung kombiniert werden. Somit entsteht eine neue Konstellation jenseits der Dichotomie zwischen universellen sozialen Rechten und sozialer Treffsicherheit."[441]

### 4.3.2 Volkswirtschaftliche Tendenzen

Die soziale Frage hält einer eingehenden Analyse nicht stand, so sie ohne die dahinterstehenden wirtschaftlichen Ansätze und Konzepte betrachtet wird. Insbesondere Brasilien wandelt seit dem Amtsantritt Lulas auf dem schmalen Grat zwischen neoliberaler und somit konservativer Wirtschaftspolitik einerseits und einer akzentuierten Strategie des Wohlfahrtsstaates und

---

439 Prinzipiell kann zwischen einem universalistischen und einem assistenzialistischen Versorgungsprinzip unterschieden werden: gemäß ersterem hat jeder Bürger ein Anrecht auf staatliche Leistungen, unabhängig von vorhergehenden Leistungen; bei zweiterem wiederum soll die größte Not durch milde Gaben an „Bedürftige" gemildert werden, ohne dass jedoch ein Rechtsanspruch besteht.

440 zitiert nach Leubolt 2007, 149

441 Leubolt/Tittor 2008, 136

somit sozialdemokratischer Sozialpolitik andererseits. Dass dieses Spannungsfeld zwischen rechten wirtschaftlichen und linken sozialen Ideen entstehen konnte, ist darauf zurückzuführen, dass der globale Siegeszug des Neoliberalismus zu Beginn der 1990er Jahre auch vor Brasilien nicht haltgemacht hat und der Weg der Privatisierung und Deregulierung von der Regierung Collor mit großer Vehemenz implementiert und von Cardoso fortgesetzt wurde. Nicht zuletzt diese Wirtschaftspolitik verhalf Lula 2002 zum historischen Wahlsieg der linksgerichteten Arbeiterpartei, die jedoch in der Folge erkennen musste, dass das bestehende ökonomische Diktat des Neoliberalismus nicht ohne zahlreiche Kollateralschäden für den Wirtschaftsstandort Brasilien schlichtweg über Bord geworfen werden konnte. Seither ist die Regierung Lula bemüht, das Paradoxon der Kombination zweier grundsätzlich nicht kompatibler Modelle aufzulösen und eine oktroyierte liberale Wirtschaftspolitik mit Forcierung und Ausbau der staatlichen Sozialleistungen zu verbinden.

#### 4.3.2.1 Neoliberalismus brasilianischer Prägung

Die brasilianische Ausprägung des Neoliberalismus wird höchst ambivalent gesehen, ein Umstand, der die Komplexität dieser Materie zum Ausdruck bringt und ein eindeutiges und abschließendes Urteil über Erfolg und Misserfolg dieses umstrittenen ökonomischen Prinzips in Brasilien erschwert. Während Kritiker die Wirtschafts- und Sozialpolitik Lulas lediglich als Fortführung und zuweilen sogar als Vertiefung der neoliberalen Ausrichtung der Vorgängerregierung(en) diskreditieren, weisen andere Betrachter auf die positiven Ergebnisse genau dieser wirtschaftlichen Orientierung hin und erkennen eine Trendwende hin zu einer sozialdemokratischeren Politik. Die Gründe für diese Unstimmigkeiten sind nicht zuletzt in differierenden Analyseperspektiven zu finden, da die kritischen Stimmen tendenziell die strukturellen Grundlagen des neoliberalen Wirtschaftsmodells untersuchen und die dort vorgefundenen – und aus ihrer Sicht negative Folgen zeitigenden – Kontinuitäten betonen, während Befürworter wiederum einzelne Politikfelder herausgreifen, in denen deutliche Veränderungen zum Positiven evident werden. Erst mit der Regierung Collor de Mello im Jahr 1990 konnte sich in Brasilien überhaupt ein Machtblock etablieren, welcher vehement eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzte. Die Periode der Zustimmung aber war kurzlebig, denn von einer faktischen Hegemonie dieser Ausrichtung kann lediglich in der Phase von der Amtsübernahme Cardosos 1995 bis zur Finanz- und Währungskrise 1998/99 gesprochen werden. Wenige Jahre später zog bereits Lula in den *Palácio de Planalto* ein, der sich zumindest rhetorisch

klar gegen den Neoliberalismus stellte, sich jedoch ebenso mit der politischen (und ökonomischen) Wirklichkeit arrangieren musste, die zeigte, dass die Folgen der kurzen neoliberalen Periode Brasiliens weiterhin deutlich spürbar waren.[442]

1989 standen sich in der Stichwahl der ersten freien Präsidentschaftswahlen nach der Epoche der Militärdiktatur der bis dahin unbekannte, jedoch vom Medienimperium *Rede Globo* unterstützte Regionalpolitiker Fernando Collor de Mello sowie die Galionsfigur der Arbeiterpartei, Luiz Inácio „Lula" da Silva, gegenüber. Die beiden Kandidaten verkörperten genau jene entgegengesetzten Wirtschaftsprojekte, die sich bereits gegen Ende der 1970er Jahre abgezeichnet hatten: Collor setzte auf einen populistischen Antikorruptionsdiskurs und ein wirtschaftsliberales Programm, während Lula auf der anderen Seite eine sozialistische Alternative einforderte.[443] Der Sieg Collors in dieser historischen Wahl wird als die entscheidende Weichenstellung für die Durchsetzung des Neoliberalismus in Brasilien betrachtet.[444] Die von ihm eingeläutete ökonomische Ära, die mit der Tradition des nationalstaatszentrierten Entwicklungsstaates brach, erhielt den Namen *Collorstroika*: „The inauguration of Fernando Color de Mello brought a funamental change in Brazilian economic policy: first, by the arbitrary stabilization plan that he immediately implemented, and, second, by the commitment he made to a neoliberal ideology."[445]

Die neoliberale Ideologie, die sich ihren Weg selbst im lateinamerikanischen Vergleich erst spät nach Brasilien zu bahnen vermochte, erschien als theoretische und politische Reaktion auf den keynesianischen Interventionismus. Sie propagierte das Primat der unbedingten Freiheit des Marktes und stellte sich gegen die Idee des sozialen Wohlfahrtsstaates, welches bis zu diesem Zeitpunkt und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das politisch-ökonomische Denken geprägt hatte. Der Staat sollte demnach in diesem Bereich keine aktive Politik betreiben, sondern seinen wirtschaftlichen Fokus vielmehr auf die Stabilisierung von Währung und Preisen, das Garantieren von abgeschlossenen Verträgen sowie den freien Wettbewerb richten. Für Anhänger dieser Doktrin stellt Ungleichheit ein fundamentales und notwendiges E-

442 vgl. Schmalz 2008a, 68f.

443 vgl. Schmalz 2008a, 74

444 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 194f.

445 Klein/Luna 2006, 61f.

lement von Kapitalismus dar und sollte aus diesem Grund erhalten werden. In nur wenigen Jahren entwickelte sich der Neoliberalismus zum beherrschenden ökonomischen Konzept in den wichtigsten Industriestaaten und setzte von dort aus seinen Siegeszug in die ganze Welt fort. In die Peripherie gelangte er durch den sogenannten *Washington Consensus*[446], der 1990 vom Briten John Williamson formuliert wurde. Die darin festgehaltene Agenda umfasste zehn Kernpunkte: Haushaltsdisziplin; Konzentrierung der öffentlichen Ausgaben auf Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, zusätzlich Abbau von Subventionen; Steuerreformen zur Senkung der Steuersätze; vom Markt definierte positive Zinsraten zur Verhinderung von Kapitalflucht und um ausländisches Kapital anzuziehen; kompetitive Wechselkurse; Liberalisierung der Handelspolitik; Verbesserung der Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen; Privatisierung öffentlicher Einrichtungen; Deregulierung und Abbau staatlicher Einflussnahme; und Schutz des Privateigentums.[447]

Collor leitete sofort nach seiner Amtsübernahme mit dem Entstaatlichungsplan *Programa Nacional de Desestatização* (PND) einen Privatisierungsschub ein und bediente damit primär die Interessen des Unternehmerlagers. Gleichzeitig öffnete die Regierung als zweite wesentliche Maßnahme die Märkte für Importprodukte, indem sie die Außenzölle massiv senkte, jedoch durch diesen Schritt auch Zukunftsindustrien wie etwa den brasilianischen Informatiksektor der oftmals besser qualifizierten ausländischen Konkurrenz preisgab. Die *Collorstroika* fand zwar schließlich ein jähes Ende, denn Teile der nationalen Bourgeoisie stemmten sich gegen den Öffnungskurs und strengten ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten an, nachdem in dessen engstem Kreis ein umfangreiches Korruptionssystem aufgedeckt worden war[448], „[b]ut precedence for such a neoliberal economic and ideological reform program was established in Brazil, and would slowly come to dominate government policy from the late 1990s onward, thus breaking with the traditions of the previous fifty years.“[449] Während die Amtsübernahme von Vizepräsident Itamar Franco für Schmalz zu einer kurzen Unterbre-

---

446 Der Begriff *Washington Consensus* bezeichnet eine Anzahl von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Regierungen aus neoliberaler Sicht zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durch führen sollten. Das erstmals 1990 auf einer Konferenz in Washington vorgestellte Konzept wird von IWF und Weltbank propagiert und gefördert.

447 Klein/Luna 2006, 62

448 vgl. Schmalz 2008a, 74f.

449 Klein/Luna 2006, 63

chung der neoliberalen Hegemonie führte[450], verlieh dieser in den Augen Kleins und Lunas den unter Collor eingeleiteten Liberalisierungs- und Privatisierungsprozessen Kontinuität.[451] Wie man es auch sehen mag, war der essentielle Baustein der Franco-Regierung in jedem Falle der vom damaligen Finanzminister Fernando Henrique Cardoso implementierte *Plano Real*, welcher die langanhaltende Hyperinflation endlich beendete. Cardoso wiederum ebnete sich durch diesen enormen Erfolg den Weg ins Präsidentenamt, in das er 1994 mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde.

In den folgenden acht Jahren nahm das neoliberale Projekt eine stabile sozialliberale Form an, wobei im Zentrum die auf dem Wechselkurs basierende Stabilisierung der Währung stand. Das wichtigste Instrument der Inflationsbekämpfung war eine lose Koppelung an den US-Dollar bei gleichzeitiger Überbewertung des brasilianischen Real. Der damit einhergehende Importboom – im Ausland hergestellte Produkte wurden schlagartig billiger – trieb viele heimische Betriebe in den Konkurs, was das beständige Ansteigen der offenen sowie der informellen Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Gestützt wurde das System durch die Liberalisierung des Kapitalmarktes und ausländisches Kapital, welches durch im internationalen Vergleich sehr hohe Realzinssätze angelockt wurde. Die hohe Verzinsung von brasilianischen Staatsanleihen führte in weiterer Folge zu einer Explosion der Staatsverschuldung und somit auch des Schuldendienstes. Die resultierende Situation der externen Abhängigkeit wurde von verschiedenen Seiten treffend als Neodependenz charakterisiert. Der Begleichung des Schuldendienstes klar untergeordnet fand eine Neuorientierung der Sozialpolitik statt. Treffsicherheit wurde zur neuen Maxime erhoben, wodurch einerseits zwar für die armen Bevölkerungsschichten eine Basisversorgung sichergestellt wurde, andererseits aber die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen beträchtlich abnahm.[452]

Resümierend waren die langfristigen Folgen der neoliberalen Entwicklungsstrategie für Brasilien verheerend. Es kam zu einem chronischen Leistungsbilanzdefizit, die Auslandsschulden wuchsen stetig an und es entwickelte sich eine ständige Fluktuation zwischen hektischen Kapitalzu- und -abflüssen, was sich in Leitzinserhöhungen niederschlug und zu sehr kurzen

---

450 vgl. Schmalz 2008a, 75

451 Klein/Luna 2006, 63

452 vgl. Leubolt 2007, 138ff.

Wachstumszyklen führte. Als direkte Konsequenz aus der Asienkrise geriet Brasilien 1998/99 in eine schwere Finanz- und Währungskrise. Diese Schwierigkeiten wurden von einer Privatisierungs- und Entnationalisierungswelle begleitet, in der es zu 1200 Übernahmen kam und Deindustrialisierungstendenzen bemerkbar wurden. Das Wachstum der Auslandsschulden auf insgesamt 227,8 Milliarden US-Dollar gegen Ende von Cardosos zweiter Amtszeit im Jahr 2002 mündete zudem in eine gravierende Vertiefung der Außenabhängigkeit.[453] Obgleich bei oberflächlicher Betrachtung also das Konzept, mittels Inflationsbekämpfung und einem attraktiven Investitionsklima für ausländische Investoren den Grundstein für einen neuen Wachstumszyklus zu legen, zunächst aufzugehen schien, begannen die Defizite des Modells nach der ersten erfolgreichen Phase des Projektes *Plano Real* immer deutlicher zu werden. Die Regierung Cardoso vermochte in der zweiten Legislaturperiode keine neuen wirtschaftspolitischen Impulse mehr zu setzen.[454] Dass das Fazit der präsidentiellen Ära des ehemaligen Dependenztheoretikers in Expertenkreisen durchaus umstritten ist und gewissermaßen eine Dichotomie hervorbringt, zeigen die beiden folgenden Einschätzungen. Dieter Boris kommt zu einem vernichtenden Urteil:

> „Insgesamt kann die ökonomische Bilanz der Regierungszeit Cardosos nur als negativ bezeichnet werden: mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des BIP von etwa 2,4% und des Pro-Kopf-Einkommens von 1% jährlich konnte diese Politik der brasilianischen Ökonomie und Gesellschaft keinen Impuls für eine nachhaltige Entwicklung geben. Nimmt man die praktisch seit zehn Jahren unveränderte extrem ungleiche Einkommensverteilung hinzu, das Ausmaß und den Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die Ausdehnung des informellen Sektors etc., dann wird die Verbreitung der Unzufriedenheit mit der Cardososchen Wirtschaftspolitik plausibel. Selbst Apologeten des neoliberalen Kurses für Brasilien können nicht umhin, festzustellen, dass das Land heute *[gemeint ist das Jahr 2003, Anm. d. Verf.]* in vielen wesentlichen Aspekten genau dort steht, wo es sich bereits vor zehn Jahren befand.“[455]

Edmund Amann wiederum, anscheinend ein von Boris beschriebener „Apologet des neoliberalen Kurses“ kommt zu einem gänzlich anderen Schluss:

---

453 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 196

454 vgl. Schmalz 2008a, 76

455 Boris 2003, 9f.

> „The transformation of the Brazilian economy over the past decade *[gemeint sind die Regierungsjahre Cardosos, Anm. d. Verf.]* has been impressive in its intensity and shows little sign of slowing. Having pursued an inward orientated industrialisation strategy for much of the post-war period, since the late 1980s Brazil has embarked on a path of progressive integration into the global economy. At the same time, thanks to a well planned, carefully implemented stabilisation programme, the hyperinflation of the past has become a fading memory."[456]

Den Weg der Mitte beschreitet in seiner Einschätzung Romeo Rey, er verweist darauf, dass sich Cardoso in seiner Regierungszeit dem weltweiten Trend folgend zur neoliberalen Linie bekannt habe, gleichzeitig den Versuchungen und Extremen dieser Doktrin aber weniger als etwa Menem in Argentinien und Fujimori in Peru verfiel: „Er behielt für den Staat stärkeren Einfluss zurück und sorgte dafür, dass die einheimische Industrie durch den Importhandel nicht derart rücksichtslos geschunden wurde wie in jenen beiden Ländern."[457]

Der neoliberalen Hegemonie in Brasilien waren letztlich drei Charakteristika inhärent, die neben den bereits an früherer Stelle genannten politisch-sozialen Gründen für den Wahlsieg der PT 2002 mitentscheidend sein sollten: zum einen konsolidierte sich die neoliberale Vorherrschaft im Vergleich zu anderen Staaten Lateinamerikas in Brasilien erst relativ spät und konnte somit nie eine derart tiefgreifende Wirkung wie etwa in Chile oder Argentinien entfalten; zweitens erfuhr der konservativ-orthodoxe Neoliberalismus eines Fernando Collor de Mello zwar eine Reformulierung durch den stärker sozialdemokratisch akzentuierten Weg eines Fernando Henrique Cardoso, der ökonomische Härten mit sozialpolitischen Konzessionen abfederte, doch blieb die wirtschaftliche Entwicklungsstrategie im Kern eine auf den freien Markt ausgerichtete neoliberale; zuletzt wurden die potentiellen Träger einer Gegenbewegung, so auch die PT, zwar von den makroökonomischen Umstrukturierungen der 1990er Jahre geschwächt, jedoch nicht in einem Ausmaß, das ihre grundsätzliche Bedeutung in der brasilianischen Innenpolitik in Frage gestellt hätte.[458] So konnte schließlich am 1. Jänner 2003 nach drei vorangegangenen erfolglosen Versuchen der linksgerichtete Lula in den *Palácio de Planalto* einziehen. Auf seinen Schultern ruhte die Hoffnung unzähliger Brasilianerinnen und Brasilianer aus den weniger begüterten Schichten, die sich eine neue Art von Politik erwarte-

---

456 Amann 2003, 136

457 Rey 2006, 52

458 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 197

ten, welche weniger das abstrakte Konzept eines freien Marktes, sondern vielmehr den Menschen wieder in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen würde.

#### 4.3.2.2 Von Cardoso zu Lula – Konvergenzen und Divergenzen

Cardosos „verfluchtes Erbe“ [459] konnte jedoch nicht einfach von einem Tag auf den anderen abgeschüttelt werden, zumal sich die PT zur Erlangung einer Parlamentsmehrheit unter anderem der Unterstützung der rechtskonservativen *Partido Liberal* (PL) versichern musste, die mit dem Unternehmer José Alencar[460] auch den Vizepräsidenten stellen durfte. Dennoch wurde Lulas Amtsantritt in Brasilien ebenso wie in der linksgerichteten internationalen Presse euphorisch begrüßt. Ignacio Ramonet, damals Direktor der globalisierungskritischen Zeitschrift *Le Monde Diplomatique*, sah in diesem Machtwechsel den Anbruch einer neuen Ära in Lateinamerika:

> „Der im Oktober 2002 gewählte Staatspräsident Brasiliens, der ehemalige Gewerkschaftsführer und derzeitige Chef der Arbeiterpartei, Luiz Inácio „Lula“ da Silva, tritt sein Amt in einer Zeit an, da Lateinamerika tief greifende Umwälzungen erlebt. Das riesige Land Brasilien – mit seinen 170 Millionen Einwohnern die zehntgrößte Industrienation der Welt – wird erstmals in seiner Geschichte unter der Regierung eines Politikers aus dem Lager der radikalen Linken und der Gegner der neoliberalen Globalisierung stehen. Es ist ein Ereignis von erstrangiger Bedeutung, das, wenn auch in einem völlig veränderten Umfeld, an die Wahl des Sozialisten Salvador Allende zum Präsidenten von Chile im Jahr 1970 erinnert. Insofern markiert der 1. Januar 2003 den Beginn eines neuen historischen Zyklus in Lateinamerika.[461]

Dieter Boris wiederum griff bereits kurz nach dem historischen Regierungswechsel jenen Gedanken auf, dem brasilianische Unternehmer und sonstige Kapitalrepräsentanten ebenso wie IFW und Wall Street nachhingen: warum sollte Lula nicht ein ähnliches kapitalistisches

---

459 Leubolt 2007, 138

460 2006 wechselte Alencar, wie auch viele seiner Parteikollegen, zur neugegründetetn Partei *Partido Republicano Brasileiro* (PRB) über. Dieser Fraktion werden enge Verbindungen zur *Igreja Universal do Reino de Deus*, der wichtigsten evangelikalen Sekte Brasiliens, nachgesagt.

461 Ramonet 2003, 7. 7. 2009

Wandlungspotential mitbringen wie seinerzeit Cardoso, der vom semimarxistischen Linken und Begründer der Dependenztheorie zum kapitalfreundlichen, dem Neoliberalismus zugewandten Präsidenten mutierte?[462] Gegen solche Unterstellungen wiederum verwahrte sich als einer von vielen Tarso Genro, konzeptioneller Vordenker der PT, enger Vertrauter Lulas und heute brasilianischer Justizminister. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung[463] wird er als einer der aufrichtigsten und kreativsten unter den brasilianischen Intellektuellen und Politikern der Linken bezeichnet und in einem Atemzug mit Leonardo Boff, einem der Hauptvertreter der Befreiungstheologie[464], genannt.[465] Genro definierte 2003 die Zielsetzung der Regierung Lula in einem Artikel mit dem konzilianten Titel „Kein Bruch! Ein Übergang" folgendermaßen:

> „Es geht darum, ein Modell zu installieren, das sich durch folgende Merkmale auszeichnet: hohe wirtschaftliche Zuwachsraten, die dank eines weltweiten kompatiblen Produktionssektors möglich werden, und eine demokratische Einkommensverteilung – getragen von breiten politischen Allianzen. Was in Brasilien auf dem Spiel steht, ist keine Transition zum Sozialismus oder zu einer Volksdemokratie. Unser Horizont ist viel bescheidener. Wir suchen eine produktive, zivilisatorische und demokratische Plattform und hoffen, damit Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, für einen anderen Sozialismus zu kämpfen."[466]

Erst wenn die genannten Aspekte – und diese sind zweifellos nur ein Bruchteil der relevanten Faktoren – gebührend berücksichtigt werden, können die Kontinuitäten einerseits und Brüche andererseits zwischen der Politik Cardosos und jener seines Nachfolgers Lula objektiv betrachtet und kompetent eingeschätzt werden.

---

462 Boris 2003, 29

463 Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine der deutschen Partei *Die Linke* nahestehende Stiftung, die sich dem demokratischen Sozialismus verbunden fühlt. Ihre Zielsetzung ist die politische Bildung.

464 Die Befreiungstheologie ist eine in Lateinamerika entwickelte Richtung der christlichen Theologie. Sie versteht sich als Stimme der Armen und will zu deren Befreiung aus Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung beitragen.

465 vgl. Thielen 2001, Seite 248, 5. 7. 2009

466 zitiert nach Schmalz 2008b, 241

*Konvergenzen*

Aus Sicht der wirtschaftsliberalen Bertelsmann-Stiftung hat die PT-geführte Regierung die Stabilitätspolitik ihres Vorgängers fortgesetzt und somit für solide makroökonomische Verhältnisse gesorgt. Dadurch wurden trotz anfänglicher Zweifel an der Person des „radikalen Linken" Lula die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft gestärkt, was die Basis für eine weitere marktwirtschaftliche und soziale Entwicklung darstelle[467]: „The president himself reaffirmed his commitment to stability, ongoing contracts, and the nonbreaking of established rules. And so it was done. The new administration maintained the essentially conservative economic policy of its predecessor, perhaps even more conservatively than would have been adopted by the liberal candidate."[468] Tatsächlich gab die PT – auch aus Gründen der Wählbarkeit – ihre sozialistische Ausrichtung endgültig auf und akzeptierte vor dem Hintergrund einer weiteren Finanz- und Währungskrise im Sommer 2002 die Schuldenbedienungspolitik. Der neue Pakt mit der PL war zudem Ausdruck einer tiefergehenden sozialstrukturellen Veränderung, denn die Verlierer der kurzen aber intensiven neoliberalen Phase sammelten sich im Umfeld der neuen Regierung. Das Verbindungsglied war die Hoffnung auf eine politische Alternative, wobei jedoch – und dies stellt nun das Paradoxon dar – Kernelemente der Wirtschaftspolitik Cardosos, so etwa die rigide Inflationsbekämpfung, nicht hinterfragt wurden. Die neue Regierung bewegte sich somit von Anfang an im Spannungsfeld, ökonomische Elemente der vergangenen Epoche integrieren zu müssen und gleichzeitig durch einzelne Initiativen zumindest mittelfristig strukturelle Veränderungen zu erzeugen. Den Kontinuitätsanker repräsentierte hierbei die Wirtschafts- und Finanzpolitik, während die innovativen Bereiche in der Außen- und Sozialpolitik vorzufinden waren, auf die in der Folge noch eingegangen werden wird.[469]

Realpolitisch manifestierte sich dieser Kurs, der im Widerspruch zum Wahlprogramm der PT stand, in erster Linie in der Beibehaltung der Hochzinspolitik. Brasilien hatte seit der Machtübernahme Lulas über weite Strecken die höchsten Realzinssätze der Welt (von 2003 bis 2006 lag dieser durchschnittlich bei zwölf Prozent), womit Finanzanlagen meist rentabler sind als

---

467 Bertelsmann Stiftung 2007, Seite 12, 17. 6. 2009

468 Klein/Luna 2006, 76

469 vgl. Schmalz 2008a, 78

Investitionen im produktiven Sektor. Die Konsequenz daraus war die Stagnation der Arbeitslosigkeit auf relativ hohem Niveau. Ein weiterer kontinuitiver Bereich liegt in der Priorität, die der Bedienung des Schuldendienstes gegenüber anderen staatlichen Leistungen zugestanden wird. Die Zinszahlungen machten in der Ära Lula zwischen 7,3 und 9,4 Prozent des BIP aus, was bei einer Steuerquote von zwischen 34,9 und 37,3 Prozent ein Viertel der Staatsaufgaben bedeutet. In der drängenden Frage der Landreform wurde das unter Cardoso praktizierte Modell des staatlichen Kaufs von unproduktivem Land und dessen Übergabe an bis dahin landlose Bürger fortgesetzt. Obgleich die Anzahl der Familien, die nun Land erhielten, unter Lula wuchs, blieb die Regierung dennoch weit hinter den diesbezüglich gesteckten Zielen zurück.[470] In den Augen von Andrioli und Schmalz stimmt es letztlich nicht – und sie widersprechen mit dieser Behauptung Tarso Genro –, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik einen Übergang darstellt. Es würden durch diese keine Spielräume eröffnet, die es ermöglichen könnten, ökonomisch in eine andere Richtung zu gehen. Eine Kontinuität des wirtschaftspolitischen Kurses sei somit absehbar.[471]

*Divergenzen*

In drei Feldern sind klare Brüche mit der Vorgängerregierung zu verzeichnen: in der Sozialpolitik, bezüglich der Privatisierungen und in der Außenpolitik. Auf die Sozialpolitik wurde bereits in Kapitel 4.3.1 detailliert eingegangen, aus diesem Grund wird diese hier nur mehr überblicksweise vorgestellt. Die Initiativen zur Armutsbekämpfung können insgesamt als relativ erfolgreich bezeichnet werden: der Mindestlohn wurde angehoben, was sich auch auf die Pensionen auswirkt, da die Mindestpension an den Mindestlohn gekoppelt ist, und aus dem Programm *Fome Zero* ging die umfassendere Unterstützung *Bolsa Família* hervor, die bedürftigen Familien ein Grundeinkommen garantiert. Abgesehen von der bereits erwähnten umstrittenen Pensionsreform kam es unter Lula außerdem anders als zu Cardosos Zeiten zu keinen neuen Privatisierungen. Dieses Vorgehen basiert auf einem nationalen Konsens, denn eine Studie brachte zutage, dass sich 70 Prozent der brasilianischen Bevölkerung gegen weitere Privatisierungen von Unternehmen im Staatseigentum aussprachen. Selbst Geraldo Alckmin, in den Präsidentschaftswahlen 2006 der Kandidat der liberalen PSDB, sah sich unter

---

470 Leubolt 2007, 144ff.

471 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 204

diesen Bedingungen genötigt, sich während des Wahlkampfes explizit gegen weitere Auslagerungen von staatlichen Unternehmen an Private zu verwehren.[472] Hier konnte die Regierung Lula somit einen essentiellen Erfolg erringen, da selbst der politische Kontrahent entgegen seiner eigentlichen Überzeugungen gezwungen wurde, sein Programm in diesem Teilbereich an jenes der PT anzupassen.

Besonders deutlich ist auch der Umschwung in der Außenpolitik (detailliert wird darauf noch in Kapitel 5 eingegangen), und innerhalb dieser wiederum die Veränderung der Außenhandelspolitik. Die Regierung Lula trug maßgeblich zur Bildung der G20[473] bei, der es gelang, die Doha-Welthandelsrunde[474] in die Schranken zu weisen. Auch auf regionaler Ebene konnte die brasilianische Regierung zusammen mit ihren Verbündeten aus Argentinien und Venezuela Erfolge verzeichnen, da dieses Triumvirat das von US-Kapitalinteressen motivierte Projekt der panamerikanischen Freihandelszone ALCA[475] zu Fall brachte.[476] Als Gegenprojekt begann Brasilien neben Bestrebungen zur Stärkung des Mercosul die Süd-Süd-Kooperation auszuweiten, unter anderem mit Südafrika und Indien im Rahmen des *India-Brazil-South Africa Dialogue Forum*, einer intensiven Partnerschaft mit China und weiteren bilateralen Abkommen mit Staaten aus Afrika und dem mittleren Osten.[477] Als weiterer großer Schritt der konti-

---

472 Leubolt 2007, 149ff.

473 Die G20, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, ist ein seit 1999 aus 19 Staaten und der Europäischen Union bestehender informeller Zusammenschluss. Sie soll als Forum für Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen.

474 Als Doha-Runde oder auch Doha-Entwicklungsagenda (*Doha Development Agenda*, DDA) wird ein Paket von Aufträgen bezeichnet, welche die Wirtschafts- und Handelsminister der WTO-Mitgliedsstaaten 2001 auf ihrer vierten Konferenz in Doha bearbeiten und bis 2005 abschließen sollten. Das Arbeitsprogramm umfasste Themengebiete wie die Liberalisierung des Investitionsverkehrs, des öffentlichen Auftragswesens sowie des Agrarhandels. Zu einem Verhandlungsabschluss kam es aufgrund unterschiedlicher Ansichten der WTO-Mitglieder bislang nicht.

475 ALCA soll eine gesamtamerikanische Freihandelszone und somit einen gemeinsamen Markt von Alaska bis Feuerland schaffen. Alle 34 Staaten in Nord-, Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik (vorerst mit Ausnahme Kubas) wären darin inkludiert, ein Gebiet, das knapp 800 Millionen Menschen mit jährlich erwirtschafteten Gütern und Dienstleistungen im Wert von über zehn Billionen US-Dollar umfasst. Die Planungen für ALCA begannen bereits Anfang der 1990er Jahre, sind aber ins Stocken geraten und konnten bis heute nicht finalisiert werden.

476 vgl. Schmalz 2008a, 80

477 vgl. Leubolt 2007, 147

nentalen Integrationsbemühungen kann womöglich auch nach dem Vorbild der Europäischen Union die Gründung der „Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“ im Dezember 2004 gelten, aus der knapp vier Jahre später die Union Südamerikanischer Staaten *UNASUL* wurde. Der UNASUL gehören alle zwölf südamerikanischen Länder mit Ausnahme Französisch-Guyanas (das eine Region Frankreichs und somit Teil der EU ist) an, jedoch hat sich bisher keine nachhaltige Integrationsdynamik entfaltet.[478] Nicht zuletzt nahm die Außenabhängigkeit Brasiliens ab, weil die externe gegenüber der internen Verschuldung beträchtlich sank, da der Staat bemüht ist, ausländische Gläubiger auszubezahlen. So wurde etwa das von der Vorgängerregierung abgeschlossene Abkommen mit dem IWF nicht verlängert, vielmehr wurde der IWF-Kredit zur Gänze zurückgezahlt. Die inhaltlichen Vorgaben des Währungsfonds werden dennoch weiterhin – und hier manifestiert sich wiederum eine Konvergenz zur auf das Finanzkapital ausgerichteten Wirtschaftspolitik Politik Cardosos – „freiwillig“ umgesetzt, um potentielle und im Land aktive Investoren nicht zu vertreiben.[479]

#### 4.3.2.3 Das brasilianische Potential

Die Wirtschaftslage übt zweifellos einen entscheidenden Einfluss auf die Befindlichkeit eines Landes und seiner Menschen aus. Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, in denen sich Staaten durch die Verabschiedung von Konjunkturpaketen hoch verschulden und zahlreiche Arbeitsplätze verlorengehen, kann dieses Phänomen weltweit beobachtet werden (wenngleich auch beispielsweise in Europa auf einem im globalen Vergleich hohen Niveau an Lebensqualität, das in der Regel durch soziale Netze zumindest bis zu einem gewissen Grad abgesichert ist). Noch mehr trifft diese Problematik in der Regel auf Schwellenländer zu, in denen Postmaterialismus für die Mehrheit der Bevölkerung noch ein Fremdwort darstellt und vielmehr immer noch das endgültige Eintreten des Materialismus erwartet wird. In Brasilien ist das Bemühen zu beobachten, makroökonomische Stabilität mit konkreten Fortschritten für die Menschen, insbesondere jenen aus den niedrigen Einkommensschichten, zu verknüpfen. Die weltweite Krise hat naturgemäß auch Brasilien einen erheblichen Dämpfer versetzt, betrachtet man jedoch die Wirtschaftsentwicklung des Landes zwischen 2002 und 2007, so zeigt

---

478 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 206

479 vgl. Leubolt 2007, 147f.

sich ein durchaus positiver Trend, der mit großer Wahrscheinlichkeit mittelfristig auch fortgesetzt werden kann[480]:

| **Wirtschaftsdaten Brasilien** | **2002** | **2007** |
|---|---|---|
| *BIP in Mrd. US-$* | 459,4 | 1.240 |
| *BIP in Prozent* | 2,66 | 5,4 |
| *Inflation* | 8,31 | 4,6 |
| *Handelsbilanz in Mrd. US-$* | 13,12 | 40,04 |
| *Beschäftigung* | -3,34 | 5,56 |
| *Arbeitslosigkeit* | 11,68 | 7,4 |

Im Frühjahr 2009 teilte der IWF mit, dass die Rezession infolge der Wirtschaftskrise in Brasilien wesentlich kürzer und weniger hart ausfallen würde als in den meisten sogenannten Industriestaaten. Dies hat seinen Grund unter anderem darin, dass Lateinamerika keine Finanz- oder Steuerkrise, sondern in erster Linie eine Handelskrise zu verzeichnen hatte. Die CEPAL korrigierte ihre Wirtschaftsprognose und ging für 2010 bereits wieder von einem Wachstum aus.[481]

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Brasilien ein immenses Potential innewohnt, das bislang nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft wurde. So das Land diesen Weg – gepaart mit einer ausgewogenen Sozialpolitik – fortsetzen kann, ist auch auf der globalen Bühne mit ihm als wesentlicher Akteur zu rechnen:

> „Brazil today is the fifth largest nation in the world in terms of population and the size of its territory. It has the most advanced industrial base in Latin America and has become one of the world's most important agricultural producers. Much of what Brazil is today is the result of major transformations that have occurred only in the past quarter century. In 1980, it ranked poorly

480 vgl. Hofmeister, März 2008, Seite 1ff., 25. 6. 2009

481 vgl. Knobloch, Mai 2009b, 24. 2. 2010

> even among most Latin American countries in terms of health and education of its population, it contained one of the region's poorest and most backward rural sectors, and it maintained a large but closed economy. [...] Brazil has undergone profound social, economic, and political changes. For the first time in its Republican history, it has established a vibrant and functioning democratic system, free from military tutelage [...]. It was in this period that Brazil fortified its position in the world economy by becoming one of the largest international exporters of numerous agricultural products on the level of Canada, the United States, and Australia."[482]

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, im Jänner 2007, kündigte Lula ein Programm zur Beschleunigung des Wachstums an, das *Programa de Aceleração do Crescimento* (PAC). Dieses sieht immense Investitionen in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Energiegewinnung, Stadtsanierung sowie Wasser- und Abwasserversorgung vor. Dem Land sollen auf diese Weise zusätzliche Wachstumsimpulse gegeben und die Lebensbedingungen vieler Menschen in ärmlichen Peripherien und ländlichen Regionen verbessert werden. 503,9 Milliarden Reais (200 Milliarden Euro) fließen in dieses Mammutprojekt, davon ein erheblicher Teil in Form von Steueranreizen für private Investitionen. Nach der euphorischen Ankündigung des PAC wurde es zunächst etwas stiller um das Programm. Auf der einen Seite erwies es sich als schwierig, innerhalb kurzer Zeit eine solche Vielzahl an Projekten zu konzipieren und zu realisieren, andererseits bedurften zahlreiche Maßnahmen der Zustimmung des Kongresses, welcher wiederum zu einer raschen Bearbeitung nicht in der Lage oder nicht gewillt war. Seit dem letzten Quartal 2007 zeichnet sich jedoch ab, dass das PAC mehr als eine vollmundige populistische Ankündigung war, da mittlerweile zahlreiche Vorhaben in Angriff genommen wurden.[483]

Wenn man jedoch einen Schritt über die allgemein gültigen ökonomischen Konventionen hinausgeht und die aktuelle Wirtschaftspolitik als jenes Grundproblem betrachtet, aus dem zahlreiche weitere soziale Schwierigkeiten hervorgehen, welche Spielräume hätte die Regierung, eine Gegenhegemonie zum neoliberalen System zu kreieren? Wie könnten die wirtschaftliche Dependenz effektiv reduziert und das ursprüngliche, progressivere Programm der PT in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung umgesetzt werden? Ausgangspunkt für eine veritable Alternative müsste die Schaffung neuer politischer

---

[482] Klein/Luna 2006, 1

[483] Hofmeister, März 2008, 1ff.

Rahmenbedingungen sein, denn die programmatische Grundlage der Arbeiterpartei war es stets, die Souveränität des Staates gegen die Unterwerfung der Entwicklungsländer unter die Sanktionsmacht der Finanzmärkte zu verteidigen. Ein derartiger Weg könnte nach Meinung von Andrioli und Schmalz aus vier substantiellen Schritten bestehen[484]:

- Eine Wiedererlangung der nationalen Souveränität bei den Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik durch Kapitalverkehrskontrollen, Reorganisation des Finanzsektors und der Zentralbank durch Änderungen in der Bundesverfassung, Neuverhandlung der Auslandsschulden, Senkung der Leitzinsen und Priorität für soziale Programme und eine umfangreiche Steuerreform.
- Die Stärkung des demokratischen Charakters der Entwicklung durch eine institutionelle Reform des politischen Systems, Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen des Landes, Entprivatisierung und Abbau des repressiven Charakters des Staates sowie Förderung der Volksbeteiligung und von direkter Demokratie.
- Die Nutzung der strategischen Funktion von staatlichen Unternehmen, die durch infrastrukturelle Verbesserungen einen wichtigen Beitrag zur nationalen Entwicklung leisten können.
- Die Durchsetzung einer umfassenden Agrarreform.

Obgleich die Verwirklichung dieser Punkte bei nüchterner Betrachtung und unter Berücksichtigung des globalen Kontexts wohl mittelfristig nicht realistisch erscheint, so ist das Potential Brasiliens, diesen Maßnahmen zur Geburt und dem eigenen Land somit zu mehr Selbstbestimmung zu verhelfen, durchaus gegeben und könnte mit dem notwendigen politischen Willen und einer großen Entschlossenheit, der es zweifelsohne bedarf, realisiert werden.

---

484 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 208

### 4.4 Brasilien – Bilanz einer inneren Verfasstheit

Boris konstatierte ein Jahr nach Lulas gleichermaßen vielumjubeltem und vielgefürchtetem Amtsantritt drei potentielle Szenarien, welche sich in den Folgejahren entspinnen könnten: zum ersten eine pragmatische Weiterführung des Kurses Cardosos, also eine gemäßigt sozialdemokratische, jedoch primär neoliberale Linie. Die zweite Option könnte – nach einer auf Konsolidierung und Beruhigung der internationalen Wirtschaft und Finanzmärkte setzenden Anfangsphase – ernsthafte sozialpolitische Reformansätze auf verschiedenen Gebieten enthalten (Land-, Bildungs-, Gesundheits- und Steuerreform, Förderung besonders zurückgebliebener Regionen, Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe, etc.). In einem dritten Zukunftsbild könnte versucht werden, soziale Maßnahmen schneller und mit mehr Druck von der Basis umzusetzen, wobei dadurch vermutlich die Kontrolle der Regierung geringer würde; politische Allianzen wären schwieriger zu bilden oder würden einfach zerfallen, da die interne wie externe Blockadepolitik gegenüber einem solch progressiven Kurs härter wäre.[485] Andrioli und Schmalz wiederum gestanden der Regierung Lula im Jahr 2005 folgende Perspektiven zu: entweder werde weiterhin eine Kombination konservativer Wirtschaftspolitik mit geringfügigen Veränderungen zugunsten der subalternen Klassen betrieben werden, also eine Art Sozialliberalismus; oder das Programm *Brasilien für alle* werde nach einer Übergangsphase umgesetzt, was unwahrscheinlich sei; oder aber das Regierungsprojekt scheitere in letzter Instanz infolge der Vielzahl von internen Widersprüchen.[486]

Aus heutiger Sicht – Lula befindet sich im achten und somit letzten Jahr seiner Amtszeit – kann die realpolitische Umsetzung oder Negierung der genannten Szenarien, welche damals auch von vielen weiteren Experten in dieser oder ähnlicher Manier skizziert wurden, naturgemäß besser beurteilt werden. Lula stellte sich nicht als zweiter Cardoso heraus, der in seinen Ansichten pünktlich zur präsidentiellen Inauguration eine radikale Kehrtwende vollzog, jedoch war er, um seinen Machterhalt über die erste Legislaturperiode hinaus zu sichern und somit eine längerfristige und nachhaltige Entwicklung in Brasilien in seinem Sinne zu garantieren, zu einschneidenden Konzessionen an die nationale wie internationale Wirtschaft bereit.

---

485 vgl. Boris 2003, 28

486 vgl. Andrioli/Schmalz 2005, 209

Während er dem orthodoxen ökonomischen Kurs seines Vorgängers nicht aus Überzeugung, doch vielmehr aus politischem Kalkül heraus, Kontinuität verlieh, bemühte er sich, die Sozialpolitik in eine ausgewogenere Richtung zu lenken. Sie sollte nun primär den armen Schichten zugute kommen und diesen zu einem besseren Leben verhelfen. Initiativen wie die sukzessive Erhöhung des Mindestlohns sowie das Programm *Bolsa Família* zeugen davon, dass es Lula nicht bei leeren Versprechungen beließ, sondern dass er tatsächlich darum bemüht war, die exorbitante soziale Ungleichheit im Land abzumildern. Gleichzeitig vermied er aber eine linksradikale Politik, im Wissen, dass diese angesichts zahlreicher endogener wie exogener ökonomischer Zwänge kontraproduktiv wäre und seine Position und somit seine Handlungsfähigkeit massiv untergraben würde. Laut Gilberto Calcagnotto würde es der Komplexität der Aufgabe nicht gerecht werden, Lulas Regierungsprogramm schlicht ein Etikett wie „neoliberal", „neokonservativ" oder einfach „kontinuistisch" anzuhängen, vielmehr hält er die Bezeichnung „post-neoliberal" für angebracht[487], die in diesem Kontext womöglich tatsächlich die beste Definition darstellt. Lula agierte und agiert vor dem Hintergrund einer zwei Dekaden währenden oppositionellen Erfahrung nach der pragmatischen Maxime, dass es besser sei, aus einer gestaltenden Rolle heraus möglicherweise nicht alles umsetzen zu können, als außerhalb der Regierung über keinerlei Einfluss zu verfügen und zum Nichtstun verdammt zu sein. Seine Politik kommt somit Boris' zweitem beziehungsweise Andriolis und Schmalz' erstem Szenario am nächsten, der ernsthaften Verfolgung sozialer Reformen mit gleichzeitigen Zugeständnissen an das vorherrschende neoliberale Wirtschaftssystem, was somit grob umrissen als Sozialliberalismus definiert werden kann. Dieser Benennung stimmt auch Leubolt zu: „Die individuelle Konzeptionalisierung der Sozialleistungen sowie die makroökonomischen Maßnahmen der Beibehaltung von Hochzinspolitik und der Fortsetzung des Kurses der Verlagerung der Wirtschaft vom produktiven in den Finanzsektor weisen [...] in Richtung Sozialliberalismus."[488] Gleichzeitig könnten aber auch klassische sozialdemokratische Tendenzen jenseits des „Dritten Weges"[489] diagnostiziert werden, denn der neue Zugang der PT

---

487 Calcagnotto 2003, 341

488 Leubolt 2007, 154

489 Der *Dritte Weg*, den etwa prototypisch der frühere britische Premierminister Tony Blair mit seinem Projekt des *New Labour* ab 1997 beschritt, stellt den Versuch dar, die „alte Sozialdemokratie" sowie den Neoliberalismus zu überwinden und damit die Sozialdemokratie zu erneuern. In seinem 1998 veröffentlichten Buch „Der dritte Weg" stellt der britische Soziologe Anthony Giddens seine diesbezügliche Theorie grundlegend dar.

zu öffentlichen Dienst- und Sozialleistungen der Regierung zwang politische Gegner, ihr Programm entgegen früheren ideologischen Positionen dem der Arbeiterpartei anzugleichen.[490]

Der *Bertelsmann Transformation Index* verbucht auf der innenpolitischen Habenseite der Regierung Lula, dass diese sich den Idealen einer liberalen Demokratie sowie einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt und diesen Zielen deutliche Priorität einräumt. Zudem wurden die verfügbaren Ressourcen weitgehend effizient genutzt: disziplinierte Fiskal- und Geldpolitik, kluge Wirtschaftspolitik einschließlich der Erwirtschaftung eines Haushaltsüberschusses und ein angemessenes Schuldenmanagement sorgten dafür, dass jenes Misstrauen, welches Lula anfangs entgegengebracht wurde, kontinuierlich schwand. Innerhalb der Region ist man bemüht, kooperative und konstruktive Beziehungen mit den Nachbarn auf dem lateinamerikanischen Kontinent so weit wie möglich auszubauen. Zudem wird Brasilien in der internationalen Gemeinschaft als glaubwürdiger und verlässlicher Partner betrachtet und verfügt somit über ein großes Potential an *soft power*, ein Konzept, auf das in Kapitel 5 noch eingegangen wird. Verbesserungsbedarf wird andererseits in der Umsetzung längst überfälliger politischer Reformen – Stichworte hierbei sind Wahlgesetzgebung und Parteiengesetzgebung – gesehen, die immer wieder Mal hinausgeschoben werden. Zahlreiche Mängel der Regierungsführung sind auf die schwierige Politikkoordinierung im brasilianischen Parlament, dem *Congresso Nacional*, zurückzuführen. Die Probleme ergeben sich hierbei als logische Konsequenz aus der fragmentierten politischen Landschaft. Die Exekutive ist meistens gezwungen, heterogene und somit fragile Allianzen zu bilden, was nur um den Preis hoher Zugeständnisse an die Koalitionspartner bis hin zu korrupten Praktiken gelingt.[491] D'Alva Kinzo fasst die Problematik hoher Fragmentierung und dennoch geringer programmatischer Klarheit aufgrund fehlender ideologischer Bindung im Parteiensystem Brasiliens konzis zusammen:

> „Fragmentation of the party system would not be a problem for the functioning of democracy if it did not affect the intelligibility of the electoral process – the capacity of the system to produce clear options for the voters who would choose according to their knowledge about them or identity with them. The problem in Brazil is that there is a combination of high fragmentation and

---

490 vgl. Leubolt 2007, 154

491 vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, 17. 6. 2009

> low intelligibility of the competition. In fact, in a fragmented party system one would expect to have parties with clearer contours, based on some social, regional or political cleavage. This would mean that voters had clearly defined options to choose in the electoral competition. This assumption does not apply to the Brazilian situation, because, in spite of the presence of ideological differentiation between the parties – broadly a continuum from left to right – most of the parties, individually, have no clear boundaries."[492]

Die Aufgaben, mit denen sich Brasilien zu Beginn des 21. Jahrhunderts in sozialer Hinsicht konfrontiert sieht, sind zahlreich und bedürfen einer immensen Kraftanstrengung, um gelöst zu werden. Obgleich dieses Land, das aufgrund der historischen Einflussnahme verschiedenster Völker und Nationen eine der ethnisch diversifiziertesten Bevölkerungen der Welt sein eigen nennt, im Laufe der Jahrzehnte immer wieder die Fähigkeit zur Erneuerung unter Beweis gestellt hat, stellt die Schließung der weit auseinanderklaffenden sozialen Schere zwischen Arm und Reich – um in diesen groben Extremen zu sprechen – die Gretchenfrage brasilianischer Innenpolitik dar, an der sich ihre tatsächliche Kompetenz und ihr wahrhaft vorhandener Wille zur positiven Veränderung des Landes im Sinne des vielgebrauchten Leitsatzes der Regierung *Brasil – um país de todos* (Brasilien – ein Land für alle) messen lassen müssen. Es ist dies jenes Kernelement, welches in eine evoluiertere und somit gerechtere Form transformiert werden muss, damit jene grundsätzliche innere Stabilität geschaffen werden kann, aus welcher als Konsequenz erst die äußere Stärke hervorgehen kann, die Brasilien befähigen wird, seinen Part als globaler Akteur wahrhaft zu erfüllen. Scheitert das Vorhaben der sozialen Ausgewogenheit, werden auch die weltpolitischen Ambitionen Brasílias nicht von Erfolg gekrönt sein. In diesem Punkt liegt trotz aller Fortschritte und positiven Entwicklungen in zahlreichen Bereichen eine außergewöhnliche Crux begraben:

> „In the last quarter century, profound transformations in Brazilian society have occurred. Traditionally agricultural and rural, Brazil is now a modern urban and industrial society. This transformation has affected all regions and all segments of society. Brazil has even made major advances in consolidating a democratic society and more just society. But it has been incapable of changing the historically dramatic inequality of this society."[493]

---

492 D'Alva Kinzo 2003, 57

493 Klein/Luna 2006, 236

Dennoch wäre es zu einseitig, die soziale Frage auf diesen Aspekt zu beschränken. Die Palette der brasilianischen Herausforderungen reicht weit darüber hinaus. Wimmer sieht die entwicklungspolitischen Engpässe im politischen System und definiert fünf Kriterien, welche Brasilien aus seiner Sicht erfüllen müsse, um die Transformation zu einem leistungsfähigen und einflussreichen Industriestaat erfolgreich zu einem Ende zu bringen[494]:

1. Brasilien braucht dringend ein konsolidiertes Parteiensystem.
2. Wirtschaftspolitisch müssen Privatisierungs- und Deregulierungsprozesse beschleunigt werden, ansonsten werden sich die vorhandenen Tendenzen hin zu einer korrumpierten Bürokratie und einer klientelistischen Patronagepolitik nicht einschränken und weitere Kompetenzsteigerungen im Staatsapparat nicht erreichen lassen. Erst eine stärkere funktionale Differenzierung zwischen Staat und Wirtschaft bietet Chancen für eine weitere Leistungssteigerung in beiden Bereichen der Gesellschaft.[495]
3. Brasilien weist eine der gravierendsten sozioökonomischen Ungleichverteilungen weltweit auf und muss somit entschlossen darangehen, einen geordneten und leistungsfähigen Sozial- und Wohlfahrtsstaat aufzubauen.
4. Der ungebremste Raubbau an den natürlichen Ressourcen muss beendet und ein lebensfähiger und vernünftiger Kompromiss zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, ökonomischen und ökologischen Interessen gefunden werden.
5. Brasilien muss das Problem der zivilen Führung über das Militär lösen.[496]

---

494 vgl. Wimmer 2000, 185f.

495 Es ist dies eine Meinung, die ich in dieser Form nicht teile, welche jedoch als Sichtweise Wimmers an dieser Stelle Eingang findet. Meine Ansicht korrespondiert vielmehr mit jener von Kerstenetzky und Cardim Carvalho, die ebenfalls bezugnehmend auf den brasilianischen Staat im Sinne der Ergebnisse des Weltgipfels für soziale Entwicklung in Kopenhagen meinen: „[A] positive agenda for a new State requires a firm commitment to social development, and a new perception of the role of public policies and their connection to organized civil society. This means radicalizing democracy and strengthening the State in order to exercise its moderation role, as well as expanding participatory democracy."

496 Zumindest dies ist aus heutiger Sicht geschehen, denn das Militär stellt zu Beginn des 21. Jahrhunderts keinen latent-relevanten politischen Faktor mehr dar und ist einem zivilen Verteidigungsminister unterstellt.

Es ist also nicht die Wirtschaftspolitik alleine, die über den weiteren Verlauf des brasilianischen Entwicklungsweges entscheiden wird, sondern vielmehr ein Konglomerat aus Faktoren politischer, sozialer, ökonomischer, ökologischer und auch kultureller Natur. Auch Ulrich Menzel schließt sich dieser Sichtweise an und seine Worte aus den frühen 1990er Jahren tragen trotz partieller Verbesserungen in manchen Bereichen heute noch grundsätzlich dieselbe Aktualität in sich wie damals. Seiner Meinung nach habe die Antwort sehr viel mit Bildung, technischer Qualifikation, sozialer Durchlässigkeit, Rechtssicherheit, innovationsfördernder Konkurrenz, Lösung der Agrarfrage, administrativer Kompetenz, Entfaltung von Eigeninitiative und intelligenter handelspolitischer Absicherung zu tun. Der Aufbau von geeigneten internen gesellschaftlichen Strukturen sei die entscheidende Dimension zur erfolgreichen Bearbeitung der Entwicklungsproblematik.[497] Der renommierte Ökonom Celso Furtado, in den 1950er Jahren in der CEPAL tätig und vor der Machtergreifung der Militärs Mitarbeiter der Regierungen Kubitschek, Quadros und Goulart, stellt den brasilianischen Entwicklungsweg schließlich in einen noch größeren Kontext. Für ihn geht es in einer Epoche stetig schneller werdender Zeit um die essentielle Frage, ob der historische Prozess der Entstehung eines Nationalstaates in Brasilien entgegen zentrifugalen Kräften erfolgreich sein wird:

> „In half a millennium of history, from a constellation of trading posts, of disperse indigenous peoples, of slaves transplanted from another continent, of European and Asian adventurers in search of a better fate, we have become a people of extraordinary cultural polyvalence, a country unparalleled for its territorial vastness and linguistic and religious homogeneity. However, we lack the experience of crucial ordeals *[Martyrium, Anm. d. Verf.]*, such as those known by other peoples whose survival was once threatened. And we also lack a true awareness of our possibilities and, mainly, of our weaknesses. But we do not ignore that historical time is speeding up and that the counting of this time works against us. It is a matter of knowing if we have a future as a nation that matters in the construction of the human future. Or if the forces that strive to interrupt the historical process of our becoming a nation-State will prevail."[498]

---

497 vgl. Menzel 1992, 219f.

498 Furtado 2001, 182

## 5. Exogene Determinanten – Brasilien in der Welt

*„Brasilien ist dabei, eine Weltmacht zu werden, es braucht dazu nicht unsere Zustimmung, und es ist unsere außenpolitische Pflicht, uns mit der existierenden Realität auseinanderzusetzen.“*[499]

***Henry Kissinger***

In der Vergangenheit spielte Brasilien auf dem internationalen Parkett keine relevante Rolle. Nach der Unabhängigkeit 1889 kümmerte sich das Land in erster Linie um sich selbst, zumal es um den nationalen Aufbau und die Konsolidierung seiner territorialen Integrität ging, die durch innere Emanzipationsbewegungen immer wieder gefährdet war. Auch im 20. Jahrhundert blieb Brasiliens weltpolitische Rolle bescheiden. Seine Teilnahme am Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Alliierten erfolgte spät und diskret.[500] Über lange Zeit hinweg galt Brasilien dadurch als passive Regionalmacht, die in einer Position der Selbstisolation verharrte. Die Außenpolitik war stets professionell organisiert, aber zurückhaltend. Bereits seit der Präsidentschaft Cardosos und insbesondere dem Amtsantritt Lulas deutet vieles darauf hin, dass Brasilien eine außenpolitische Metamorphose hin zu einer regionalen Führungsmacht und einem globalen Akteur vollziehen möchte. Besonders zwei Aspekte könnten dem Land bei der Erreichung dieses Ziels dienlich sein: zum einen der Umstand, dass Brasilien in Südamerika als demokratischer Stabilitätsanker fungiert, zum anderen könnte das Land – so Lulas Bestrebungen, die eklatante Ungleichheit im Land zu bekämpfen, von Erfolg gekrönt sein sollten – ein Vorbild für sozialen Wandel darstellen.

Mitunter wird auch von Brasiliens natürlicher „Berufung“ gesprochen, sich auf regionaler und globaler Ebene zu einem bedeutsamen und ernstzunehmenden Faktor zu entwickeln:

> „Brazil has the opportunity to seek more influence on a regional – and perhaps also global – level as a (small) global player and/or trader. […] the intention of Brazilian ‘active foreign pol-

499 Kissinger 2002, 135

500 vgl. Costa 2008, 133f.

> icy' is not to obtain a 'hegemonic position', but rather one of self-affirmation in consonance with the country's 'natural weight' or 'vocation', as the Brazilian foreign policy makers formulate. This 'vocation' derives from Brazil's geographical size (8,5 million km²), geostrategic position in South America (common boundaries with all South American countries except Chile and Ecuador), economic volume […] and its political significance […]. But the way towards this regional self-affirmation seems to be arduous […]."[501]

Welche Fortschritte Brasilien gemacht hat, seit Gilberto Calcagnotto 1998 diese Zeilen verfasste, und ob der Weg zur regionalen Selbstbestätigung tatsächlich so beschwerlich war und ist, wie er meint, soll in der Folge näher betrachtet werden.

### 5.1 Grundzüge der brasilianischen Außenpolitik

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Außenpolitik Brasiliens von Tradition, hoher Professionalität und Qualität gekennzeichnet. Auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hatte dies erkannt und kleidete sein Urteil in folgende Worte:

> „Vor seiner Unabhängigkeit war Brasilien nicht so sehr eine Kolonie als vielmehr der größere Teil des Königreichs Portugal. Fast für die Dauer einer Generation, während Napoleon Portugal besetzt hielt (1807-1811) und noch einige Zeit danach (bis 1820), war Rio de Janeiro die Hauptstadt des portugiesischen Reiches. Diese Geschichte hat Lateinamerikas effektivsten Auswärtigen Dienst hervorgebracht – gut ausgebildet, mehrsprachig, die nationalen Interessen Brasiliens mit einer Mischung aus Charme, Beharrlichkeit und einer sorgfältigen Einschätzung der internationalen Realitäten verfolgend."[502]

Das nach einem Platz in Brasília *Itamaraty* genannte Außenministerium verfügt über acht Außenstellen im Inland und bildet angehende Diplomaten am *Instituto Rio Branco*[503], der hauseigenen diplomatischen Akademie, aus. Diese institutionalisierte Struktur gewährleistet

---

501 Calcagnotto 1998, 85f.

502 Kissinger 2002, 134

503 Benannt nach dem Baron von Rio Branco (1845-1912), einem der bedeutendsten Diplomaten Brasiliens.

Kontinuität in der langfristigen Ausrichtung der Außenpolitik, da man somit nicht dem unmittelbaren Einfluss und den divergierenden Interessen der politischen Parteien sowie der gerade amtierenden Regierung unterworfen ist.[504] Kardinal Paulo Evaristo Arns hebt in seinem Essay „Brazil: Challenges and Perspectives" trotz zahlreicher anderer Kritikpunkte an seinem Land das diplomatische Korps Brasiliens wohlwollend hervor: „Itamarati, Brazil's Foreign Office, has stood out in international relations and managed to solve, at least until now [...], all frontier issues with our neighbors exclusively through diplomatic efforts, with no resort to the dire resource of war."[505] Barrios verweist darauf, dass das Ziel des *Itamaraty* – der Aufstieg Brasiliens im internationalen System an den Platz, der ihm gebühre – als politische Gegensätze überwindendes oder zumindest überdeckendes Element fungiere. Das Bewusstsein, hiermit eine historische Mission zu verfolgen, erwies sich zudem „als besonders funktional für den Aufbau eines diplomatischen Dienstes, der sich durch einen starken Corpsgeist und ein hohes Selbstbewusstsein auszeichnet."[506] Die brasilianischen Bemühungen um eine internationale Öffnung sind nicht zu übersehen, insbesondere in den vergangenen Jahren unter den Präsidentschaften Cardosos und Lulas: seit 1998 wurden 36 neue Botschaften auf der ganzen Welt eröffnet und die Zahl der internationalen Studiengänge erhöhte sich von bescheidenen fünf auf mehr als 100.[507]

### 5.1.1 Geschichte

Brasilien unterhielt traditionell gute Beziehungen zu den USA, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass die Vereinigten Staaten im Jahre 1822 als erstes Land die brasilianische Unabhängigkeit anerkannten und im 19. Jahrhundert als Hauptabnehmer von Kaffee zum wichtigsten Handelspartner avancierten. Unter der außenpolitischen Federführung von Baron von Rio Branco (1902-1909) nahm das Land eine Vermittlerrolle zwischen den USA und Lateinamerika ein. Diese auf den nördlichen Nachbarn fokussierte Sonderbeziehung währte bis zum Ende der 1950er Jahre, denn in der Zeit unmittelbar vor der Militärdiktatur war unter den Präsidenten Kubitschek, Quadros und Goulart eine kritischere Haltung gegenüber Washington

504 vgl. Gratius 2004, Seite 7ff., 4. 11. 2009

505 Arns 2001, 223

506 Barrios 1999, 115

507 vgl. Fischer-Bollin, September 2009b, Seite 1, 1. 12. 2009

und eine Rückbesinnung auf Lateinamerika zu verzeichnen. Zudem ging man von einer regionalen zu einer globalen Außenpolitik über. Nach dem Militärputsch wurden von der Junta anfangs durch die Politik des *Realinhamento* (Wiedereinordnung) die engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wieder aufgenommen, ab Mitte der 1970er Jahre wurde allerdings einhergehend mit der schrittweisen politischen Öffnung des Regimes unter den Präsidenten Geisel und Figueiredo wieder ein autonomerer außenpolitischer Weg eingeschlagen, der sogenannte *pragmatismo responsável* (Verantwortungsbewusster Pragmatismus), ein pragmatisches beziehungsweise opportunistisches Abwerfen von ideologischem Ballast, um den Krisenerscheinungen des brasilianischen Entwicklungsmodells wirkungsvoll zu begegnen.[508]

Nach dem Fall der Militärdiktatur überwogen in der Außenpolitik der neuformierten Republik zunächst die Kontinuitätslinien zum Vorgängerregime. Weiterhin war man bemüht, den *pragmatismo responsável* fortzusetzen. Ein Abgehen von dieser Strategie erfolgte erst 1989 mit dem Amtsantritt Fernando Collor de Mellos, der bestrebt war, die bilateralen Divergenzen mit den USA sukzessive auszuräumen, da sie von der neuen Regierung als kontraproduktiv für die Entwicklung des Landes eingeschätzt wurden. Collors durch Korruptionsskandale erzwungener Rücktritt führte zu keinem Bruch in der brasilianischen Außenpolitik, Itamar Franco behielt die bestehende Ausrichtung bei. Ab 1994 erhielten die internationalen Beziehungen unter der Ägide Cardosos jedoch eine höhere Kohärenz, indem eine konsistentere Agenda mit einer Rangfolge von Prioritäten definiert wurde. Einer der essentiellsten Punkte war in dieser Phase die Konsolidierung und weitere Vertiefung des Mercosul. Auch im Rahmen multilateraler Organisationen demonstrierte man Engagement und nahm innerhalb der Rio-Gruppe[509] eine federführende Rolle ein. Das Ziel war nun, die Präsenz und das Gewicht Brasiliens im internationalen Kontext zu erhöhen und dabei im System der Staatengemeinschaft an Profil und Status zu gewinnen. Bis heute nicht verstummte Rufe nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat als Teil einer integralen Reform der Vereinten Nationen wurden zu diesem Zeitpunkt erstmals laut.[510]

---

508 vgl. Gratius 2004, Seite 8f., 4. 11. 2009

509 Die Rio-Gruppe ist eine 1986 gegründete Konsultationsplattform lateinamerikanischer Demokratien.

510 vgl. Barrios 1999, 108ff.

Die „neue Außenpolitik“ der Gegenwart beruht schließlich auf zwei Grundpfeilern: einerseits erweist sich das Projekt eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat als Konstante und wurde seit dem Aufkeimen der diesbezüglichen Diskussion in den 1990er Jahren beibehalten. Damit einhergehend wird in internationalen Foren nach wie vor eine aktive und offensive Außenpolitik betrieben, die zur Erreichung dieses Zieles verhelfen soll. Andererseits stellt der globale und regionale Export von Lulas Entwicklungsmodell eine wesentliche Säule dar. Hierunter ist das langfristig angelegte politische Projekt des lateinamerikanischen „Dritten Weges“ zwischen klassischer Sozialdemokratie und Neoliberalismus zu verstehen, das sich auf wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit und partizipative Demokratie stützt. Die Ende der 1980er Jahre formulierte These, Brasiliens Außenpolitik sei vor allem Außenwirtschaftspolitik, gilt hingegen nicht mehr.[511]

### 5.1.2 Akteure

Im Gegensatz zu den USA, wo Fragen der internationalen Politik im Kongress zuweilen für erbitterte und polemische Debatten zwischen Demokraten und Republikanern sorgen, kommt Außenpolitik im brasilianischen Parlament nur relativ selten zur Sprache. Vielmehr sind der Blick und das Handeln über die eigenen Staatsgrenzen hinaus eine Domäne der Exekutive. Maßgeblich sind hierbei im wesentlichen vier Personen[512]:

- Der Präsident, **Luiz Inácio „Lula“ da Silva**, seit Anfang 2003 bis Ende 2009 im Amt. Er möchte Brasilien zu einer souveränen Nation machen, die sich des eigenen Gewichts auf der internationalen Bühne bewusst ist.

- Der Außenminister, **Celso Amorim**, ist Berufsdiplomat und bekleidete diesen Posten bereits während des Übergangskabinetts unter Itamar Franco von 1993 bis 1994. Amorim steht für eine tendenziell pragmatisch-konservative Politik und verficht mit

511 vgl. Gratius 2004, Seite 11, 4. 11. 2009

512 vgl. Gratius 2004, Seite 9f., 4. 11. 2009

Überzeugung eine Stärkung des Multilateralismus. Als Vertreter des *Itamaraty* repräsentiert er Kontinuität und Verlässlichkeit der brasilianischen Außenpolitik.

- Der außenpolitische Berater des Präsidenten, **Marco Aurélio Garcia**, ist ein enger Vertrauter Lulas und betreibt eine unabhängige und linke Außenpolitik. Seiner Ansicht nach verfolgt Brasilien nun jenen internationalen Weg, den bereits Cardoso hätte beschreiten sollen. Grundlage für eine internationale Profilierung sei neben der Lösung der sozialen Frage im Inneren eine souveräne Außenpolitik mit dem Schwerpunkt Lateinamerika und dem langfristigen Ziel einer multilateralen und symmetrischen Weltordnung. Garcia steht außerhalb des *Itamaraty* und ist für schwierige internationale Sonderfragen verantwortlich, welche schnelle Reaktionen ohne langwierige interne Abstimmungen erfordern.

- Bis 20. Oktober 2009 war die vierte außenpolitische Säule Samuel Pinheiro Guimarães Neto, Leiter des Forschungsinstituts des *Itamaraty*. Von Cardoso noch aufgrund seiner Kritik an der geplanten panamerikanischen Freihandelszone ALCA entlassen, avancierte er im Kabinett Lulas zum Generalsekretär für Außenbeziehungen und war als solcher de facto stellvertretender Außenminister. Am 27. Oktober übernahm der Diplomat **Antônio de Aguiar Patriota**, der bis dahin Botschafter in Washington gewesen war, das Amt.

### 5.1.3 Ziele

Bereits Lulas Amtsvorgänger Fernando Henrique Cardoso hatte eine Politik eines in die internationalen Institutionen eingebetteten und auf deren Regeln basierenden Multilateralismus verfolgt. Unter der Regierung Lula profilierte sich Brasilien als strategischer Partner in der Welt der Entwicklungsländer und hat dabei vier substantielle Ziele vor Augen[513]:

---

513 vgl. Gratius 2004, Seite 16f., 4. 11. 2009

***1.*** *Aufnahme in den UN-Sicherheitsrat*

Seit Mitte der 1990er Jahre ist Brasilien offensiv darum bemüht, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erhalten. Die Regierung versucht, für dieses Ziel gleichgesinnte Verbündete wie etwa Deutschland auf seine Seite zu ziehen[514] und auch andere Staaten von der Notwendigkeit einer permanenten brasilianischen Mitgliedschaft zu überzeugen.

***2.*** *Stärkung der Süd-Süd-Kooperation*

Die Regierung Lula forciert den Aufbau eines Interessensblocks mit Indien und Südafrika. Aufgrund ihrer Anfangsbuchstaben spricht man auch von den IBSA-Staaten (IBSA = **I**ndien, **B**rasilien, **S**üd**a**frika). Es sind dies drei Länder, welche sich in vielfacher Hinsicht ähneln: sie sind Regionalmächte und gleichzeitig repräsentative Demokratien, ihre Wirtschaftsleistung ist in denselben Dimensionen angesiedelt und sie verzeichnen ein hohes Entwicklungsgefälle. In den Bereichen Sicherheits-, Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie im Transportwesen wurde bereits eine engere Kooperation vereinbart. Zudem teilt die IBSA-Achse internationale Interessen: alle drei Nationen fordern eine ständige Repräsentation aller Weltregionen im UN-Sicherheitsrat, sie einigten sich auf eine gemeinsame Verhandlungsposition in der WTO und initiierten durch die Schaffung ihrer Süd-Süd-Allianz die Gründung der „Gruppe der 20“ (G20).

***3.*** *Gleichberechtigter Nord-Süd-Dialog*

Ein langfristiges Ziel brasilianischer Außenpolitik ist eine ausgewogene multipolare Weltordnung. Um dies zu erreichen, strebt Brasilien einen politischen Gegenpol der Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber den Industrieländern an, von denen es den Abbau ihres wirtschaftlichen Protektionismus verlangt. Aus brasilianischer Sicht sind Fairness im Handel und der Verzicht der reichen Länder des Nordens auf Agrarsubventionen unabdingbare Prämissen, damit eine sozioökonomische Entwicklung der südlichen Staaten ermöglicht werden kann.

---

514 vgl. auch Boeckh 1996, 107

***4.*** *Neue Allianz mit Afrika*

Aufgrund der erst 1888 abgeschafften Sklaverei verbinden Brasilien traditionell enge Bande mit Afrika, wenngleich die bilateralen Beziehungen bis vor die Jahrtausendwende etwas an Dynamik verloren hatten. Nach Nigeria gilt Brasilien als die zweitgrößte „schwarze" Nation der Welt, denn 40 Prozent der Brasilianer haben afrikanische Vorfahren. Das Land versteht sich als natürliche amerikanische Brücke insbesondere zu Südafrika und zum lusophonen Teil Afrikas (Angola, Mosambik, Kap Verde, São Tomé und Príncipe sowie Guinea-Bissau). Nach vielen Jahren der Passivität steht eine Allianz mit afrikanischen Staaten als Baustein der angestrebten Süd-Süd-Zusammenarbeit nun wieder weit oben auf der politischen Agenda. Eine Absicht, die Lula bereits durch verschiedene Staatsbesuche in der Region zu untermauern verstand.

## 5.2 Brasilien als Führungsmacht auf dem südamerikanischen Kontinent?

„Die Zeiten sind vorbei, in denen wir, die aufstrebenden Volkswirtschaften, vom Internationalen Währungsfonds abhängig waren. Die Zeit ist vorbei, in der Lateinamerika keine eigene Stimme hatte."[515] Nicht nur nimmt Lula mit dieser Aussage, die er im Oktober 2008 traf, in Anspruch, dass der südamerikanische Kontinent sein Schicksal gegenüber den Industriestaaten und den internationalen Finanzinstitutionen in Zukunft selbst in die Hand nehmen möchte, vielmehr versteckt sich darin auch der implizite Hinweis, dass sein Land die Stimme dieses Kontinents zu sein beabsichtigt.

Die Frage, ob Brasilien im lateinamerikanischen Kontext bereits den Part eines wohlwollenden Hegemons übernommen hat, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen. Die diesbezügliche Zielsetzung und das Potential sind zweifellos vorhanden, doch scheint das Land dieser Rolle noch nicht völlig gerecht werden zu können. Abgesehen vom Widerstand anderer Staaten (Argentinien und Mexiko), nimmt die Regierung in Brasília häufig zu wenig Rücksicht auf die Interessen der kleineren Länder, sei es auf bilateraler Ebene oder im Rahmen größer dimensionierter Integrationsprojekte wie dem Mercosul. Auch erwächst Brasilien in seiner

---

515 zitiert nach Lemoine 2008, 6. 1. 2010

Region durch Venezuela ein Konkurrent, zwar nicht in ideologischer, sehr wohl aber in machtpolitischer Hinsicht. Hugo Chávez versteht es blendend, lautstark Initiativen an sich zu reißen, wohingegen die Diplomatie Lulas und des brasilianischen Außenministeriums *Itamaraty* subtiler, mehr auf Ausgleich bedacht und somit oft auch weniger öffentlichkeitswirksam ist. Für Pignotti ist der brasilianische Präsident aus Überzeugung und charakterlicher Veranlagung ein unverbesserlicher Beschwichtiger.[516] Dies ist jedoch ebenso eine Stärke, verfügt doch Brasilien somit über eine Qualität, die etwa Venezuelas Chávez definitiv nicht für sich in Anspruch nehmen kann: jene der *soft power*, also des diplomatischen Geschicks und des Respekts im internationalen Staatensystem. Brasiliens Chancen, schließlich jene Position einzunehmen, die es seit Beginn des 21. Jahrhunderts vehement anstrebt, sind somit trotz des noch zurückzulegenden Weges intakt.

### 5.2.1 Zwischen hegemonialem Anspruch und Wirklichkeit

Brasilien orientiert sich in seiner Außenpolitik neben dem Multilateralismus an den Prinzipien der Selbstbestimmung, der Nichteinmischung und der Gleichheit der Staaten. Durch die Verknüpfung seines Potentials von *hard power*[517] und *soft power* kann das Land mittlerweile durchaus als Regionalmacht eingestuft werden. Wenngleich sich die brasilianische Regierung auch zurückhaltend zeigt, dies gegenüber den Nachbarstaaten allzu freimütig zu äußern, so liegen die führungspolitischen Ambitionen doch auf der Hand.[518] Die außenpolitische Fokussierung des Landes auf Südamerika ist dabei relativ neu, da sie erst Mitte der 1980er Jahre durch den Integrationsprozess mit Argentinien begann. Zuvor zeigten die politischen Führer Brasiliens ausgesprochen wenig Interesse an der eigenen Region. Viele genossen schlicht die privilegierte Stellung, die man lange Zeit gegenüber den USA innehatte.[519]

---

516 vgl. Pignotti 2008, 6. 1. 2010

517 Dass auch die *hard power* nicht gänzlich ausgeklammert wird, zeigen die Bestrebungen des Verteidigungsministers Nelson Jobim, bis 2020 das erste Atom-U-Boot Lateinamerikas entwickeln zu lassen. Dieses soll die vor kurzem vor der Küste gefundenen Ölreserven schützen und stellt natürlich ebenso ein technologisches Prestigeprojekt dar.

518 vgl. Zilla 2009, Seite 86, 1. 1. 2010

519 vgl. Pignotti 2008, 6. 1. 2010

Aus Sicht von Susanne Gratius wird diese Politik zwar von den Nachbarn überwiegend wohlwollend, aber auch mit einer Spur Argwohn verfolgt. Einerseits wünschten diese eine starke brasilianische Führung als Stabilitätsgarantie und Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten, andererseits kritisierten sie den Führungsanspruch, sobald eigene Interessen betroffen wären. Explizit widerspricht sie interessanterweise der These, dass Argentinien den brasilianischen Bestrebungen ablehnend gegenüberstünde, vielmehr würden diese gerade von Buenos Aires akzeptiert, da der Status als wichtigster Partner Brasiliens den damit einhergehenden Bedeutungs- und Einflussverlust wesentlich milderte. In Bezug auf weitere Integrationsschritte im Mercosul würde eine Führungsrolle Brasiliens geradezu erwartet.[520]

Anhand von fünf Kriterien können zusammenfassend Brasiliens regionale Führungsqualitäten bewertet werden[521]:

1. *Militärische Fähigkeiten*

   Trotz der geringen externen Bedrohung verfügt Brasilien über eine bedeutende Streitmacht. Mit 314.000 Soldaten – 200.000 Heer, 64.000 Marine und 50.000 Luftwaffe – nennt es das größte Militärpotential Lateinamerikas sein Eigen. An politischer Bedeutung haben die Streitkräfte, die bis zum Ende der Diktatur in dieser Hinsicht traditionell ein substantieller Faktor waren, allerdings verloren und erfüllen heute vor allem drei Aufgaben: internationale und regionale Friedenssicherung, die Kontrolle des Amazonasgebiets sowie eine interne Ordnungsfunktion. Brasilien ist definitiv keine Militärmacht von Weltrang, doch aufgrund seiner bloßen quantitativen Truppenstärke und des Umstandes, dass sein Verteidigungsbudget ein Drittel der gesamten militärischen Ausgaben Südamerikas ausmacht, ist das hierin liegende Potential von regionaler Bedeutung. Sicherheitspolitik ist jedoch für Brasilien kein effizientes Instrument, um im kontinentalen Rahmen Führung auszuüben. So dient das Militär in erster Linie der Profilierung als mögliche künftige Großmacht.

---

520 vgl. Gratius 2004, Seite 15, 4. 11. 2009

521 vgl. Gratius 2004, Seite 22ff., 4. 11. 2009

2. *Wirtschaftliches Gewicht und Potential*

Zwar ist Brasilien mit einem Anteil von über einem Drittel an der regionalen Wirtschaftsleistung und dem umfassendsten Binnenmarkt mit 190 Millionen Einwohnern die größte lateinamerikanische Wirtschaftsmacht, doch stellt es als Schwellenland noch keinen ökonomischen Stabilitätsanker dar. Hinter Chile, Costa Rica und Uruguay belegt es zudem hinsichtlich der Standortattraktivität für ausländische Investoren nur den vierten Rang. Dennoch: Brasilien ist das einzige Land Lateinamerikas, das auf dem Weltmarkt als *Global Player* auftritt, über eine ausgewogene Produktions- und Außenhandelsstruktur verfügt und in Branchen wie Flugzeugbau, Stahl, Automobil- und Computerindustrie auf internationaler Ebene konkurrenzfähig ist. Durch die ausgewogenen Handelsbeziehungen mit der EU, den USA, Asien und dem eigenen Kontinent muss Brasilien als regionale Wirtschaftsmacht gelten.

3. *Entwicklungsstand*

Die bereits in Kapitel 4 eingehend beleuchtete enorme soziale Kluft zwischen Arm und Reich macht Brasilien zu einem Schwellenland der Extreme. In der Konzentration von Einkommen und Landbesitz sowie dem Wohlstandsgefälle zwischen dem modernen, industrialisierten Süden und dem armen, unterentwickelten Nordosten liegt die wesentliche Schwäche und Entwicklungsbarriere für das Land. Dieser Umstand verhindert bislang den Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht. Auch die jahrzehntelange Vernachlässigung des Bildungssektors brachte einen weiteren die Entwicklung hemmende Flaschenhals hervor. Gerechte Landverteilung, Renten- und Steuerreformen sind essentielle Elemente, ohne die ein sozialer Wandel nicht nachhaltig gelingen kann. Trotz Lulas Bemühungen in den vergangenen Jahren, dieses Ungleichgewicht auszubalancieren, wird es noch Jahrzehnte dauern, bis das endogene Entwicklungsgefälle abgebaut und eine sozial ausgewogene Gesellschaft hervorgebracht werden kann.

4. *Legitimation und Stabilität*

Brasilien ist eine der größten Demokratien der Welt und die größte Lateinamerikas. Durch die demokratische Konsolidierung seit dem Ende des Militärregimes repräsentiert es in der Region allen Defiziten zum Trotz ein Musterbeispiel an politischer Stabilität. Die Schwächen liegen vor allem in einer ausgeprägten Korruption, der häufi-

gen Verletzung der Menschenrechte sowie einer Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols durch weitverbreitete kriminelle Netzwerke. Aus diesen Gründen kann der Terminus Rechtsstaat nur bedingt Anwendung auf das Land finden. Brasilien ist somit eine demokratische Führungsmacht in Südamerika, aber kein Vorbild in Demokratie.

5. *Grad des Selbstbewusstseins und der Globalisierung der Außenpolitik*

   Wurde Brasilien in der Vergangenheit oft als introvertiertes Land und zuweilen sogar als Inselstaat bezeichnet, so hat es sich in den letzten Jahren aus dieser Isolation gelöst. Heute vertritt es seine eigenen Interessen wie jene des Mercosul in der Region und in der Welt mit einer selbstbewussten Außenpolitik. Während unter Cardoso diese außenpolitische Profilierung noch diskret geschah, so wird sie unter Lula gezielt offensiv und im Kollektivinteresse der Schwellen- und Entwicklungsländer verfolgt. Gelingt es Brasilien noch mehr, regionale Verantwortung zu übernehmen, so kann es langfristig zum Stabilitäts- und Entwicklungsmagneten für die Region avancieren. In internationalen Foren ist es dem Land bereits gelungen, durch Kooperation mit anderen Staaten eigene Positionen glaubwürdig zu vertreten. Gemeinsam mit neuen Partnern wie Indien und Südafrika stellt sich Brasilien gegenwärtig als weltpolitisch aufstrebendes Land mit Großmachtanspruch dar, dessen Beiträge im multilateralen System stärkere Beachtung als früher finden. Aus Sicht Lothar Marks hat es somit den Aufstieg vom *global trader* zum *global actor* vollzogen.[522] Die neue brasilianische Außenpolitik ist von Dynamik und einem pragmatischen Wandel hin zu einer engeren Süd-Süd-Kooperation gekennzeichnet, die internen Voraussetzungen für eine Vormachtstellung in Südamerika haben sich dadurch verbessert.

Obgleich Brasilien durch seine Streitkräfte und im internationalen Kontext konkurrenzfähige Wirtschaftssektoren über *hard power* verfügen würde, setzt es außenpolitisch und insbesondere in regionalen Belangen ausschließlich *soft power* ein, was sein Ansehen wesentlich stärkt. Gratius verwendet für diesen Umstand den Begriff der „zivilen Regionalmacht“, welche sich durch ihre kompetente Außenpolitik als regionale Führungsmacht qualifizieren würde. Von den Nachbarn wird Brasilien vor diesem Hintergrund zwar als Regionalmacht, aber (noch)

---

522 vgl. Mark 2002, 272

nicht als Führungsmacht anerkannt. Eine Profilierung im Alleingang lehnt allerdings auch Brasilien selbst ab, vielmehr beabsichtigt es, den Status als lateinamerikanische Führungsmacht im Verbund mit seinen Nachbarn zu erreichen. Daher kann es als „kooperative regionale Führungsmacht“ bezeichnet werden.[523] Ein klares Bekenntnis zur Regionalmacht Brasilien, das mit geringen Abstrichen 1998 wie heute Gültigkeit besitzt, gibt abschließend Calcagnotto ab:

> „The overt functions of the regional power are highly positive, since they point to cooperation for peace and development both on the internal and external fronts with regard to bilateral, regional, multilateral and international relationships. No hegemonic ambitions nor violent instruments are imminent. Brazilian foreign policy makers reveal a great awareness about the country’s social, economic, political, and geostrategic problems and perspectives, as well as about the same perspectives and problems of partners.“[524]

### 5.2.2 Nachbarschaftliche Beziehungen

Häufig macht Brasilien noch zu wenige Zugeständnisse an die kleineren Nachbarländer, damit auch diese sich gut entwickeln können. Dies ist ein wesentlicher Grund, warum dem Land auf dem eigenen Kontinent noch keine unangefochtene Führungsrolle zugestanden wird. Solange es jedoch auf regionaler Ebene nicht als (positiv konnotierter) Hegemon verankert ist, kann es auch auf der Weltbühne nicht als anerkanntes Sprachrohr der südamerikanischen Staaten auftreten.[525] Die jüngere Vergangenheit hat aber gezeigt, dass Brasilien in diesen Belangen lernfähig zu sein scheint: ein im Juli 2009 geschlossenes Abkommen zwischen Brasília und Asunción räumt Paraguay zahlreiche Zugeständnisse ein. Aus brasilianischer Sicht wurden einem unzufriedenen Nachbarn (Kernpunkt der Vereinbarung waren die Nutzung und der Einsatz der Ressourcen des gemeinsamen Wasserkraftwerks Itaipú: in dem 1973 noch zu Zeiten der Stroessner-Diktatur und der brasilianischen Militärjunta entstandenen ursprünglichen Vertragswerk wurde Paraguay finanziell stark benachteiligt[526]) akzeptable Konzessionen

---

523 vgl. Gratius 2004, Seite 28, 4. 11. 2009

524 Calcagnotto 1998, 113f.

525 vgl. Fischer-Bollin, September 2009b, Seite 2, 1. 12. 2009

526 vgl. Knobloch 2009, 7. 1. 2010

angeboten, die vom paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo innenpolitisch als großer Erfolg präsentiert werden konnten. Brasilien seinerseits war dem Vorsatz gefolgt, den kleineren Staaten der Region in seiner Rolle als südamerikanische Führungsmacht zu helfen und deren Entwicklung zu fördern. Im konkreten Fall zeigte es nun dieses Verantwortungsbewusstsein, welches ihm zuweilen abgesprochen wird, und konnte auf diese Weise verstärkt jene Rolle einnehmen, welche sowohl im Inland als auch international erwartet und gefordert wird.[527]

Obgleich seit dem Ende der Militärregime in beiden Ländern ein beispielloses Annäherungsprozess zwischen Brasilien und Argentinien vonstatten ging, gehören Friktionen und Dissonanzen nach wie zur Tagesordnung. Beim Gipfeltreffen zwischen Südamerika und der Arabischen Liga etwa, das im Mai 2005 in Brasília stattfand und vom Gastgeber pompös zelebriert wurde, erreichten die nachbarschaftlichen Spannungen einen Höhepunkt. Der damalige Präsident Argentiniens, Nestor Kirchner, wurde in der Presse mit den zynischen Worten zitiert: „Es gibt einen Platz in der WTO, Brasilien will ihn. Es gibt einen Platz in der UNO, Brasilien will ihn. Es gibt einen Platz in der FAO[528], Brasilien will ihn. Sogar den Papst wollen sie wählen.“[529] Auch im Rahmen des III. Treffens der südamerikanischen Staatspräsidenten in Cuzco im Dezember 2004, in dessen Zuge die *Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen* gegründet worden war, wurden Differenzen offensichtlich: Kirchner hatte durch Abwesenheit geglänzt, beim kurze Zeit später stattfindenden ersten Gipfel der neuformierten Gemeinschaft in Brasília reiste er vorzeitig ab. Lula kritisierte die Haltung seines argentinischen Amtskollegen. Auf der anderen Seite war Nestor Kirchners fehlende Begeisterungsfähigkeit für die von Brasilien angeregten internationalen Aktivitäten und seine fehlende Bereitschaft, sich dem brasilianischen Führungsanspruch in der Region zu unterwerfen, stets bekannt.[530] Trotz regelmäßig auftauchender Kalamitäten ist ein grundsätzliches Auseinanderdriften der beiden Staaten jedoch nicht zu erwarten, zu ähnlich sind die Interessenslagen in Bezug auf die regionale Integration und zu wesentlich ist der Faktor Brasilien auf dem südamerikanischen Kontinent.

---

527 vgl. Blanco 2009, Seite 8, 6. 1. 2010

528 *Food and Agriculture Organization of the United Nations* (FAO), im deutschen Sprachraum auch als Welternährungsorganisation bekannt.

529 zitiert nach Hofmeister, Mai 2005, 9. 1. 2010

530 vgl. Rodrigues, Oktober 2005, 9. 1. 2010

Die Beziehungen Brasiliens zu Venezuela wurden im Laufe der letzten Jahre enger. Hatten sich die Akteure in der Vergangenheit kaum beachtet, so änderte sich dies, sobald in beiden Ländern mit Chávez (1999) und Lula (2003) linksgerichtete Präsidenten im Amt waren. Eine der ersten außenpolitischen Initiativen Lulas war somit auch unmittelbar zu Beginn seiner ersten Regierungsperiode die Gründung der *Freundschaftsgruppe Venezuela*. Zudem bestand und besteht Interesse an verstärkter Kooperation im Erdölsektor, der für beide Seiten von strategischer Bedeutung ist.[531] Die Zusammenarbeit wurde im Lauf der Zeit kontinuierlich vertieft, inzwischen hat das brasilianische Parlament nach dreieinhalbjähriger Verzögerung auch Venezuelas längst beschlossenen Beitritt zum Mercosul ratifiziert. Ein Unterfangen, das für Lula aufgrund der komplexen Mehrheitsverhältnisse im Senat und manch polemischer Äußerung von Chávez kein leichtes war. Im Juli 2008 hatte der brasilianische Präsident noch gemeint, es handle sich um eine Frage von „einigen Tagen, einem oder zwei Monaten." Eine Rolle für die doch signifikante Verspätung spielte wohl auch der Umstand, dass Brasilien die angestrebte führende Rolle in Lateinamerika vom wortgewaltigen Regierungschef Venezuelas durchaus streitig gemacht werden könnte.[532] Von anderen Seiten werden wiederum die handelspolitischen Vorteile dieser Partnerschaft betont. So stiegen die Exporte Brasiliens nach Venezuela von 2003 bis 2008 um 758 Prozent, mit 4,6 Milliarden US-Dollar ist der Handelsüberschuss des größten lateinamerikanischen Landes gegenüber seinem nördlichen Nachbarn zweieinhalbmal so groß wie gegenüber den USA. Besonders profitieren große Baufirmen und das Agrobusiness, die auf weitere Wettbewerbsvorteile hoffen.[533] Zudem gibt es unregelmäßige Zusammentreffen des Triumvirates Brasilien, Argentinien und Venezuela, durch welche die Kooperation trotz allfälliger politischer Differenzen verstärkt werden soll. Chávez ging in diesem Rahmen so weit, von der Verbindung zwischen Caracas und Brasília als „Rückgrat Südamerikas" zu sprechen.[534]

---

531 vgl. Gratius, März 2004, Seite 14, 4. 11. 2009

532 vgl. Niebel, Juli 2008, 9. 1. 2010

533 vgl. Dilger, Dezember 2009, 9. 1. 2010

534 vgl. Berger, August 2008, 9. 1. 2010

### 5.2.3 Der Mercosul – Brasiliens Projekt des gemeinsamen Markt des Südens

***Abb. 24:*** *Die Mitgliedsstaaten des Mercosul im Jahr 2010: Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela, dessen Beitritt vom Parlament in Asunción noch nicht ratifiziert wurde.*[535]

Der Mercosul[536] und im Kern die darin enthaltene Allianz mit Argentinien ist eines der zentralen Projekte der Regierung Lula. Mit diesem wirtschaftlichen Integrationsprojekt sollte ein intermediärer Ort zwischen dem globalisierenden Raum der Welt und dem Territorium der partizipierenden Nationen geschaffen werden.[537] In seiner Antrittsrede am 1. Jänner 2003 formulierte er dies mit folgenden Worten: „Die außenpolitische Priorität meiner Regierung ist die Schaffung eines politisch stabilen, wohlhabenden und vereinten Südamerikas, auf der Grundlage von demokratischen Prinzipien und sozialer Gerechtigkeit. Um dies zu erreichen, müssen wir uns entschlossen für die Revitalisierung des Mercosul einsetzen.“[538] Vergleichbar mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Kontext lieferte die Partnerschaft mit Argentinien hierbei wichtige Integrationsimpulse. Auch für Außenminister Celso

---

535 Quelle*:* Sfmission: *Mercosul*, 14. 1. 2010

536 Die portugiesische Abkürzung Mercosul steht für *Mercado Comum do Sul* (Gemeinsamer Markt des Südens). Das häufiger gebrauchte spanische Äquivalent ist Mercosur *(Mercado Común del Sur).*

537 vgl. Novy 2001, 125

538 zitiert nach Gratius, März 2004, Seite 11, 4. 11. 2009

Amorim genießt die südamerikanische Integration den Status einer „Priorität unter den Prioritäten“. So versuchte die Regierung Lula in Kooperation mit ihren Nachbarn, den Integrationsmodus auf eine veränderte Grundlage zu stellen: der Mercosul wurde mit Venezuela territorial erweitert (wenngleich der Aufnahmeprozess aufgrund der noch nicht erfolgten Ratifizierung durch das paraguayische Parlament bislang nicht völlig abgeschlossen ist) und es scheint ein regionaler Konsens über die Vertiefung der sozial-politischen Dimension und den Ausbau eines gemeinsamen institutionellen Gefüges zu herrschen.[539] Gleichwohl tritt der Mercosul heute wie bereits zur Jahrtausendwende aus verschiedenen Gründen auf der Stelle.

*Gründung und Krise des Mercosul*

Mit Beginn der makroökonomischen Stabilisierungsversuche der Regierungen Carlos Menem in Argentinien (1989-99) und Fernando Collor de Mello in Brasilien erfolgte eine Modifizierung der bilateralen Integrationspolitik. Anstatt sektoraler Abkommen sah die am 6. Juli 1990 unterzeichnete *Acta de Buenos Aires* die Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen beiden Ländern bis Ende 1994 vor. Im August wurde zudem der Pufferstaat Uruguay formell an diesem Prozess beteiligt, später folgte auch Paraguay. Mit dem Vertrag von Asunción wurde der der Mercosul bereits im März des darauffolgenden Jahres gegründet. Ziele waren die Schaffung einer Freihandelszone, einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes zwischen den vier Signatarstaaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Angestrebt wurden also ein freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsländern sowie gemeinsame Zollsätze und eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittländern.[540] Dietrich betrachtet den Mercosul als emanzipatorisches Gegenstück zur panamerikanischen NAFTA – dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko – und besonders der bis heute nicht verwirklichten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA. Als *hidden agenda* sei im Gründungsvertrag als Reaktion auf die Militärdiktaturen der Vergangenheit zudem über das Vehikel der suprastaatlichen Integration die Absi-

539 vgl. Schmalz 2008b, 178

540 vgl. Barrios 1999, 255f.

cherung der nationalen parlamentarischen Systeme durch die völkerrechtliche Verunmöglichung nationalistisch-dirigistischer Regime impliziert.[541]

Der Mercosul trug in seiner ökonomischen Grundintention anfangs dazu bei, den intraregionalen Handel spürbar zu erhöhen, doch ab 1995 kamen die Defizite und strukturellen Widersprüche des Integrationsprojekts stärker zum Tragen. Es entbrannten vereinzelte Handelsstreitigkeiten zwischen Argentinien und Brasilien, die ab 1997 in einer veritablen Inflation von Konflikten mündeten. Brasilien hatte im Bündnis gegenüber den anderen Mitgliedern ein Übergewicht und verfolgte eine Entwicklungsstrategie, die weniger marktliberal ausgerichtet war als jene Argentiniens. Somit kam es trotz des damals grundsätzlich bestehenden neoliberalen Konsenses zu ideologischen Meinungsverschiedenheiten über die regulative Ausgestaltung des Mercosul. Auch erwies sich der Mangel an gemeinsamen supranationalen Institutionen als Hemmschuh für die Vertiefung des Integrationsprozesses. Eine Problematik, die im Zusammenhang mit dem Widerstand der brasilianischen politischen Eliten stand, diese fürchteten durch die Etablierung eines solchen institutionellen Gefüges einen politischen Souveränitätsverlust. Das Fehlen von verbindlichen Streitschlichtungsverfahren aber schob vertiefter Integration einen Riegel vor und so rückte die Implementierung der bereits beschlossenen Zollunion in weite Ferne. All diese strukturellen Defizite stürzten den Handelsblock ab 1999 in eine tiefe Krise, welche drei Jahre andauern sollte. Zahlreiche Beobachter konstatierten im Jahr 2002 das Ende des Mercosul, doch es sollte anders kommen. Die Finanz- und Währungskrise in Argentinien 2001/02, die dort substantiell zum Verfall neoliberaler Hegemonie beitrug, leitete das Ende der Integrationsblockade ein. Zwei Dynamiken wirkten nun konstruktiv auf den Mercosul ein: zum einen gab es ab Mai 2003 sowohl in Brasilien als auch in Argentinien Mitte-Links-Präsidenten, die der Idee einer Bündnisvertiefung befürwortend gegenüberstanden, zum anderen waren die Währungen beider Länder nicht mehr an den US-Dollar gekoppelt, was eine intensivierte finanzpolitische Zusammenarbeit ermöglichte. Lula machte von Anfang an klar, dass er das Bündnis als strategisches Projekt vorantreiben wollte und seine kontinentale Ausbreitung von großer Bedeutung sei. Brasilien hätte hierfür nun eine aktive Führungsrolle im Integrationsprozess und die Rolle eines wohlwollenden Hegemons übernehmen müssen. Zwar wurden auf der institutionellen Ebene Fortschritte erzielt, doch fortlaufende Handelsasymmetrien sowie Brasiliens fehlende Bereitschaft, die Integration adä-

541 vgl. Dietrich 2004, 145f.

quat zu finanzieren und mit entsprechenden materiellen Ressourcen zu forcieren, brachten das ambitionierte Vorhaben ins Wanken und führten es abermals in eine Phase der Stagnation.[542]

*Venezuela als neue Hoffnung?*

Die bis dahin ambivalente und fragile Existenz des Mercosul bringen Klein und Luna aus einer primär ökonomischen Sichtweise heraus auf den Punkt, die von ihnen erwähnte Agitation und ständige Infragestellung lässt sich jedoch problemlos auf die politische Ebene umlegen:

> „The rise of Mercosul undoubtedly created an important world free-trade zone and led to major growth of inter-American trade in South America. But Mercosul has suffered periodic crises due to economic problems in individual countries. These crises of adjustment, particularly those affecting exchange rates, create disequilibriums and conflicts that require long negotiations to resolve. Thus, Mercosul, despite its growing importance even for Brazil, lives in a constant state of agitation and questioning, although trade has undoubtedly benefited overall from its existence and the volume of goods being traded has become significant to the Brazilian economy.„[543]

Dennoch konnte Brasilien den Mercosul nicht aufgeben, diente er dem Land doch regional und global in mehrfacher Hinsicht: wirtschaftlich repräsentierte er ein Instrument, mit dem die Idee der Süd-Süd-Kooperation realisiert werden konnte, politisch erweiterte er die eigene Verhandlungsmacht. Zudem stellte der *Gemeinsame Markt des Südens* die Verteidigungslinie gegen eine von den USA dominierte ALCA dar. Die Zukunftsvision war vielmehr, den Anden- und Amazonasraum unter brasilianischer Federführung an den Kern des Mercosul anzubinden, was letztlich zu einer Integration ganz Südamerikas führen sollte.[544] Dieser Plan stand jedoch ernsthaft in Frage, als zum 15jährigen Jubiläum des Bündnisses im März 2006 sowohl Paraguay als auch Uruguay ankündigten, aufgrund der für sie unbefriedigenden wirtschaftlichen Vorteile des Mercosul-Blocks den Abschluss bilateraler Handelsabkommen mit den

---

542 vgl. Schmalz 2008b, 180ff.

543 Klein/Luna 2006, 66

544 vgl. Gratius, März 2004, Seite 12f., 4. 11. 2009

Vereinigten Staaten zu erwägen.[545] Nicht nur das, sie wollten, sollte sich ihre Mitgliedschaft als Nullsummenspiel entpuppen, über Alternativen in ihrer internationalen und regionalen Ausrichtung nachdenken. Konkret hieß diese umständliche Formulierung nichts anderes, als dass ein Austritt aus dem Mercosul für die beiden Kleinstaaten eine realistische Option darstellte. Diese Haltung ist auf die Dominanz von Brasilien und Argentinien zurückzuführen, welche in ihren bilateralen Verhandlungen die kleineren Mitglieder Paraguay und Uruguay gerne zu vergessen und zu übergehen pflegen. Insbesondere Brasilien – obgleich sich bereits Anzeichen von Besserung zeigen, wie zuvor am Beispiel des neuen Itaipú-Vertrages mit Paraguay ersichtlich wurde – sollte erkennen, dass regionale Führerschaft langfristiger Investitionen bedarf, sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht. Auch Staaten wie Uruguay und Paraguay muss die Möglichkeit eingeräumt werden, am *agenda setting* des Mercosul mitzuwirken. Denn, wie Egenhoff richtig feststellt, nichts Geringeres als der regionale Führungsanspruch werde letztendlich daran gemessen werden, wie im Integrationsverbund mit den kleineren Ländern umgegangen werde.[546]

Im Juli 2006 sorgte eine neue Variable im Spiel für ein zumindest temporäres Aufbrechen der festgefahrenen Fronten: auf dem Mercosul-Gipfel im argentinischen Córdoba wurde der Beitritt Venezuelas beschlossen. Paraguay, dessen Parlament diesen Entschluss bis heute nicht ratifiziert hat, und Uruguay hofften darauf, dass durch die Aufnahme eines mittelgroßen Partners die Dominanz Brasiliens und Argentiniens abgeschwächt werden würde. Argentinien hegte seinerseits die Erwartung, Brasilien künftig in einzelnen Fragen zusammen mit Venezuela unter Druck setzen zu können. Husar und Maihold betrachten die Ereignisse des Córdoba-Gipfels als grundsätzlichen Wendepunkt in der Entwicklung des größten lateinamerikanischen Integrationsraumes: neben der klaren Linksverschiebung habe sich der Mercosul wirtschaftspolitisch vom Modell des offenen Regionalismus verabschiedet und setze nun auf eine verstärkte Binnenorientierung. Er verliere damit seine handelspolitische Bedeutung nach außen und werde stattdessen primär als soziales und politisches Projekt für die Entwicklung Südamerikas vertieft.[547] Besonders kritisch wird in diesem Zusammenhang die Aufnahme Venezuelas gesehen: „Brasilien steht nach dem Gipfel in Argentinien als Verlierer da, denn seine

---

545 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 10, 9. 11. 2009

546 vgl. Egenhoff, April 2006, 12. 1. 2010

547 vgl. Husar/Maihold, August 2006, Seite 1, 14. 1. 2010

Gestaltungsmacht im regionalen Bündnis scheint durch das Auftreten von Chávez deutlich reduziert." Und an späterer Stelle: „Die Achse Brasília-Buenos Aires als zentrale Geometrie des Mercosur dürfte der Vergangenheit angehören."[548] Diese Befürchtung wird jedoch nicht von allen Seiten geteilt. So tritt etwa Schmalz den Meinungen, wonach Brasilien aufgrund des künftig größeren Einflusses Venezuelas der klare Verlierer der Mercosul-Erweiterung sei, vehement entgegen. Er argumentiert sogar, dass gerade die Aufnahme Venezuelas paradoxerweise dazu beitragen könnte, dass der brasilianische Regionalmachtsanspruch gestärkt werde: „Denn der mögliche Opponent Venezuela wird nun in den von Brasilien dominierten Mercosur eingebunden und verliert so an Selbständigkeit."[549] Zudem verfüge Brasilien aufgrund seiner Bevölkerungsgröße und seiner wirtschaftlichen Grundlage weiterhin über eine hohe Gestaltungs- und Vetomacht, der Mercosul seinerseits gewinne einen potentiellen *Latin lender of last resort*[550], der zusätzliche finanzielle Ressourcen zum Integrationsprojekt beisteuere.[551] Eine nicht unwesentliche Komponente, so man bedenkt, dass eine Vertiefung der Integration oftmals an Geldfragen scheiterte.

Beim turnusmäßig ein halbes Jahr später stattfindenden Mercosul-Gipfel in Rio de Janeiro waren die bestimmenden Themen die potentielle Aufnahme Boliviens sowie die bereits erwähnten Asymmetrien zwischen den kleineren und größeren Mitgliedsländern des Blocks. Die beiden Aspekte konnten aus nachvollziehbaren Gründen nicht getrennt voneinander diskutiert werden, da eine Mitgliedschaft des Andenstaates die Heterogenität innerhalb des Mercosul zusätzlich verschärft hätte. Nachdem das Gipfeltreffen so geendet hatte, wie es begonnen hatte – nämlich mit deutlichen Diskrepanzen – wurden sowohl eine Aufnahme Boliviens als auch Ecuadors zurückgestellt.[552] Nicht gänzlich verleugnet werden dürfen allerdings Initiativen, die den Anschein der Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft aufrechterhalten. So wird

---

548 Husar/Maihold, August 2006, Seite 2 und 4, 14. 1. 2010

549 Schmalz 2008b, 194

550 Der Begriff *lender of last resort* (in etwa: Kreditgeber der letzten Zuflucht) stammt aus der Bankenwelt. Gerät eine Bank in eine Liquiditätskrise, so kann etwa eine Zentralbank als *lender of last resort* einspringen und den kurzfristigen Engpass der Bank überbrücken. Im genannten Fall würde Venezuela diese Rolle aufgrund seiner Erdölexporterlöse auf staatlicher Ebene für die weiteren Mercosul-Mitglieder einnehmen.

551 vgl. Schmalz 2008b, 193

552 vgl. Hofmeister, Jänner 2007, 14. 1. 2010

seit 2007 ein Mercosul-Parlament (*Parlasul*) einberufen, zusätzlich wurden ein Kohäsionsfonds zur Förderung von Entwicklungsprojekten zum regionalen Ausgleich innerhalb des Bündnisses eingerichtet sowie eine Vereinbarung von Reise- und Niederlassungserleichterungen für Bürger der Mitgliedsstaaten getroffen. Ohne wirtschaftliche Integration, ohne Zollunion und Anstrengungen zur Konstruktion eines gemeinsamen Marktes verlieren aber auch diese kleinen Schritte an Wert, da sie über den Status symbolischer Politik nicht hinauskommen. Für ein wirkliches Voranschreiten des Integrationsprozesses im Mercosul enthalten sie zu wenig konkrete Substanz.[553]

*Vertiefungs- und Erweiterungshemmnisse*

Das südamerikanische Integrationsprojekt Mercosul scheint im letzten Jahr der Regierungszeit Lulas ernsthaft in Frage gestellt zu sein, obgleich der brasilianische Präsident und seine Regierung nicht müde werden zu betonen, dass es auf der außenpolitischen Agenda höchste Priorität genieße. In Zusammenhang mit der Erweiterung und der Vertiefung des Mercosul ist jedoch heute eine Vielzahl von Schwierigkeiten zu konstatieren, welche beide Prozesse bislang gravierend behindert. So droht das Bündnis zu einer bloßen politischen Diskussionsplattform zu verkümmern.

- Traditionelle Rivalitäten zwischen Argentinien und Brasilien stellen den Mercosul zwar nicht existentiell in Frage, schaffen aber ein Klima der Gereiztheit, in dessen Rahmen konstruktive und harmonische Zusammenarbeit erschwert wird.

- Die generelle Konfliktlösungsfähigkeit der Mercosul-Staaten ist gering, es fehlt an institutionell verankerten und verbindlichen Schlichtungsmechanismen. Dies ist unter anderem der Fall, da Brasilien bei einer Erweiterung der Kompetenzen der Gemeinschaftsinstitutionen einen Verlust von Souveränitätsrechten fürchtet.

---

553 vgl. Hofmeister, Dezember 2008, Seite 3, 14. 1. 2010

- Obgleich es die Regierung niemals zugeben würde, bestehen in Brasilien aufgrund des bislang nicht verwirklichten gemeinsamen Marktes in wichtigen Unternehmerkreisen, in den Medien, innerhalb des Außenministeriums und bei zahlreichen Politikern starke Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Mercosul. Wichtige Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft sprechen sich mittlerweile für eine größere Handlungsfreiheit des Landes ohne Rücksicht auf Gemeinschaftsregelungen, die ohnehin nicht eingehalten würden, aus.[554]

- Gegenüber Brasilien herrscht in den anderen Mitgliedsstaaten nach wie vor die Befürchtung, sie könnten vom mit Abstand größten Territorialstaat Südamerikas dominiert werden. Diese Ressentiments konnten von Seiten Brasiliens bis heute nicht nachhaltig zerstreut werden.

- Vom ursprünglichen Ziel, einen gemeinsamen Markt zu bilden, ist das Bündnis nach wie vor weit entfernt, vielmehr ist das Handelsvolumen zwischen den vier Gründerstaaten nach einer anfänglichen Vervierfachung in den vergangenen Jahren auf das Niveau der Jahre 1997/98 zurückgefallen. Zudem wurden bislang nur 40 Prozent der Mercosul-Regeln implementiert.[555]

- Die kleineren Staaten Paraguay und Uruguay sind von den für sie unzureichenden Vorteilen des Mercosul enttäuscht und drohen offen mit bilateralen Handelsabkommen mit den USA beziehungsweise mit einem Austritt aus dem Bündnis, sollte sich an den Asymmetrien zwischen Brasilien und Argentinien auf der einen und ihnen selbst auf der anderen Seite nichts ändern.

- Ein sich daraus ableitender weiterer wesentlicher Konfliktpunkt ist die inkohärente Strategie des Mercosul gegenüber den USA. Während Länder wie Brasilien und Venezuela der von Washington forcierten panamerikanischen Freihandelszone ALCA

---

554 vgl. Hofmeister, Dezember 2008, Seite 2, 14. 1. 2010

555 vgl. Husar/Maihold, August 2006, Seite 1f., 14. 1. 2010

skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, ziehen Paraguay und Uruguay durchaus in Erwägung, mit den Vereinigten Staaten in ökonomischer Hinsicht zu paktieren.

- Auch im inneren Warenverkehr tauchen in regelmäßigen Abständen interne Handelsstreitigkeiten um Ausnahmeregelungen auf.[556]

- Es bleibt abzuwarten, wie sich der (noch nicht ratifizierte) Beitritt Venezuelas auf den Mercosul auswirken wird. Das Projekt scheint sich durch diesen Schritt von der ursprünglichen Intention eines gemeinsamen Marktes zu entfernen und in eine soziale und politische Richtung umzuschwenken. Zudem besteht das Risiko, dass das Bündnis zukünftig mehr von den Interessen und lauten Tönen aus Caracas geprägt werden wird als von der überlegten und auf Ausgleich bedachten professionellen Diplomatie Brasiliens.

Resümierend muss festgehalten werden, dass sich der Mercosul nach 1999 und 2005 auch im letzten Jahr von Lulas Amtszeit wieder in einer veritablen Krise befindet, deren Ausgang zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen ist. Zweifellos liegt es zu einem Großteil an Brasilien selbst, dass diese Blockade durch vermehrten Einsatz von finanziellen Mitteln und politischem Willen gelöst wird. Schmalz betont zu Recht die Funktion des Landes als regionales Bindeglied:

> „Eine neue politökonomische Geographie in Südamerika ist im Entstehen begriffen. […] Sie zeichnet sich durch eine Zweiteilung zwischen dem Mercosur-Block und den Andenländern Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru aus. Zusätzlich hat sich mit Bolivien, Kuba und Venezuela ein Triumvirat zusammengefunden, das eine weitergehende gesellschaftliche Transformation anstrebt. Die südamerikanischen Einzelstaaten verorten sich deswegen zwischen dem antiimperialistischen Linksmodell Venezuela und den außenorientierten, liberalen Modellen wie Chile, mit dem sozialdemokratisch ausgerichteten Brasilien in der Mitte.“[557]

---

556 vgl. Husar/Maihold, August 2006, Seite 1f., 14. 1. 2010

557 Schmalz 2008b, 194

Brasilien ist jedoch nicht nur Bindeglied, es kann – so es über seinen Schatten zu springen vermag – auch als *poder moderador* und als Mediator fungieren. Der lateinamerikanische Riese hat in dieser Aufgabe die großartige Gelegenheit, seinem Anspruch als regionale Führungsmacht gerecht zu werden und den Kontinent zusammenzuführen. Der grundsätzliche Wille dazu scheint nach wie vor vorhanden zu sein, so man Lulas Appell an die Länder des Mercosul Glauben schenken möchte: „Unsere Einheit ist notwendig. Selbst die Stärksten sind nicht in der Lage, die Widersprüche, in denen unsere Länder gefangen sind, zu lösen."[558]

### 5.2.4 Emanzipatorische Integrationsprojekte Lateinamerikas

Der Mercosul ist nicht das einzige Projekt, durch das auf dem südamerikanischen Kontinent Integration – und in weiterer Folge verstärkte Unabhängigkeit von den Ländern des Nordens – angestrebt wird. Die peripheren und semiperipheren Staaten des Südens sind somit bestrebt, ins Zentrum zu rücken und wenn das nicht gelingen sollte, sich zumindest von diesem die ökonomischen Regeln nicht mehr oktroyieren zu lassen. Spuren solcher Versuche, welche von Dietrich im Gegensatz zu den meistens von Washington ausgehenden panamerikanischen Strömungen als emanzipatorische beziehungsweise idealistisch-föderalistische Initiativen klassifiziert werden, lassen sich bis ins Jahr 1948 zurückverfolgen: damals wurde im Rahmen der UN die *Wirtschaftskommission für Lateinamerika* (CEPAL), ein Forum für die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung des Subkontinents, gegründet. Sie hat ihren Sitz in Santiago de Chile und sollte sich als effiziente Denkwerkstatt erweisen, aus deren Konzepten sich alsbald die Forderung nach lateinamerikanischer Wirtschaftsintegration ohne Teilnahme der USA ableitete. Ein erster derartiger Ansatz war die Gründung der Freihandelszone ALALC (*Asociación Latinoamericana de Libre Comercio*[559]) im Jahr 1960, die jedoch erfolglos blieb. Im *Consenso Latinoamericano de Viña del Mar* verabschiedeten sich die Eliten Südamerikas 1969 von der einige Jahre vorher noch von John F. Kennedy proklamierten gesamtamerikanischen *Allianz für den Fortschritt*. Stattdessen wurde Integration nun als emanzipatorischer Weg aus der Unterentwicklung verstanden, woraus in rascher Sukzession eine verwirrende

---

[558] zitiert nach Hofmeister, Jänner 2007, 14. 1. 2010

[559] Viele Namen der folgenden Integrationsinitiativen sind auf Spanisch angegeben. Dies, um in Bezug auf kontinentale Projekte der Mehrzahl an spanischsprachigen Ländern in Lateinamerika Rechnung zu tragen und da sie großteils in den Quelltexten auf diese Weise Anwendung finden.

und unbeständige Vielzahl von regionalen und subregionalen Integrations- und Kooperationseinrichtungen hervorging. Aus diesen ragt flächendeckend das 1975 ins Leben gerufene *Sistema Económico Latinoamericano* (SELA) heraus, das allerdings trotz breiter Akzeptanz und Ratifizierung des Vertrages durch 27 Staaten keine dauerhafte Bedeutung erreichen konnte. Die nie vollendete ALALC wurde 1980 zur *Asociación Latinoamericana de Integración* (ALADI) und stellte somit einen neuerlichen Anlauf einer erfolgreichen Süd-Süd-Integration mit dem Fernziel der Errichtung eines gemeinsamen Marktes dar. Die auf ganz Lateinamerika bezogene ALADI kann als Schirmorganisation für regionale Integrationsbündnisse wie den Mercosul oder die Andengemeinschaft begriffen werden. Mehr politischen als wirtschaftlichen Ursprungs war die Rio-Gruppe, ein kontinentaler Konzertationsverband, der sich 1986 durch die *Declaración de Rio de Janeiro* konstituierte. Sie sah sich selbst als „Gemeinschaft Lateinamerikanischer Nationen" und definierte als ihre Ziele die Förderung bestehender Integrationsansätze und die Erarbeitung eigenständiger Lösungen für Probleme und Konflikte in der Region.[560]

Knappe zwei Dekaden später sollte eine formelle derartige Gemeinschaft in einem rein südamerikanischen Rahmen durch die Gründung der *Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen* (*Comunidad Sudamericana de Naciones*, CSN) Wirklichkeit werden. Im Dezember 2004 wurde somit auf dem dritten Südamerikagipfel in Cuzco eine institutionelle Struktur zur Integration Südamerikas geschaffen, welche den Mercosul mit der Andengemeinschaft (bestehend aus Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru) unter einem Dach zusammenführte und so eine bis zu diesem Zeitpunkt rein ökonomische zu einer politischen Kooperation erweitern sollte.[561] Zu den vorrangigen Aufgabenbereichen der CSN zählen der Dialog, die territoriale Integration, der Umweltschutz, die engere Zusammenarbeit im Energiesektor, im Finanzwesen und im Bereich der Telekommunikation, die Überwindung der Entwicklungsunterschiede, der Einsatz für den Zusammenhalt der Mitgliedsländer, für die gesellschaftliche Integration der ärmeren Schichten sowie für die soziale Gerechtigkeit.[562] Die Initiative hierfür oblag einmal mehr Brasilien, der Grundstein war jedoch bereits vor Lulas Präsidentschaft, noch in Cardosos Regierungsjahren, gelegt worden. Am Rande des Gründungstreffens manifestierten sich

560 vgl. Dietrich 2004, 144

561 vgl. Schmalz 2008b, 190f.

562 vgl. Rodrigues, Oktober 2005, 9. 1. 2010

einmal mehr die Dissonanzen innerhalb des Mercosul: weder der Staatschef von Argentinien noch jene von Paraguay und Uruguay nahmen daran teil. Auch beim ersten Gipfeltreffen der CSN blieben sie entweder fern (Uruguay) oder reisten vorzeitig ab (Argentinien und Paraguay). Allen Widerständen zum Trotz trieb die Regierung Lula das CSN-Projekt ebenso wie die Kooperation zwischen dem Mercosul und der Andengemeinschaft voran und folgte damit unter anderem den Einschätzungen brasilianischer Analysten, welche den Markt des Mercosul in seinen gegenwärtigen Proportionen als zu klein für Brasilien definierten.[563]

Bereits kurz nach der Gründung der CSN wurden Stimmen laut, welche weitergehende Erwartungen formulierten. So forderte Hugo Chávez in radikaler Manier die Auflösung von Andengemeinschaft und Mercosul und deren Überführung in eine südamerikanische Staatenunion. Die vom venezolanischen Staatschef gewünschte Dynamik der politischen Integration divergiert allerdings von einer stark souveränitätsorientierten Haltung der meisten Mitgliedsstaaten der CSN, es ist somit davon auszugehen, dass die beiden genannten ökonomischen Blöcke zumindest mittelfristig nebeneinander weiterexistieren werden.[564] Tatsächlich aber erfüllte sich wenige Jahre später zumindest ein Teil von Chávez' Forderungen: im Mai 2008 wurde von den Repräsentanten der zwölf Mitgliedsländer beschlossen, die Südamerikanische Staatengemeinschaft zur Union der Südamerikanischen Nationen UNASUL (*União de Nações Sul-Americanas*) zu vertiefen. Ihr zentrales Ziel ist die politische, soziale und wirtschaftliche Koordination der Region, die Wirtschaftsintegration nimmt hingegen keinen prioritären Stellenwert ein. Wenige Monate später wurde ein südamerikanischer Verteidigungsrat gegründet, der neben der Konfliktvermeidung die regionale militärische Kooperation fördern und die Verteidigungsindustrien der Protagonisten integrieren soll.[565]

---

563 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 10, 9. 11. 2009

564 vgl. Maihold, Dezember 2004, Seite 1ff., 14. 1. 2010

565 vgl. Hofmeister, Dezember 2008, Seite 6f., 14. 1. 2010

***Abb. 25:*** *Die Union der Südamerikanischen Nationen UNASUL besteht aus allen zwölf Ländern des Subkontinents mit Ausnahme von Französisch-Guyana, das Teil der Europäischen Union ist. Die CSN umfasst ein Gebiet von knapp 18 Millionen Quadratkilometern, was 45 Prozent der Fläche des gesamtamerikanischen Kontinents entspricht und hat 390 Millionen Einwohner.*[566]

Es wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob die Substanz der neuen Staatenunion Südamerika dabei unterstützen kann, sich als *Global Player* zu etablieren. Eine wesentliche Rolle bei der Beantwortung dieser Frage wird in jedem Fall Brasilien spielen. Dieses muss sich aus dem in der Vergangenheit bereits oft zu Tage getretenen Dilemma schälen, seinem traditionellen Handlungsmuster zu folgen und sich aus Angst vor zu großem Souveränitätsverlust in politischer und finanzieller Hinsicht nicht genügend zu engagieren. Vielmehr ist es aufgerufen, sich den Erwartungen der anderen Mitgliedsländer entsprechend mit allen Rechten und Pflichten zum Part einer regionalen Führungsmacht zu bekennen und eine aktive Nachbarschaftspolitik zu betreiben. Dies sollte mit Kostenübernahmen der subregionalen Integration und mit einem offenen Ohr und Zugeständnissen auch an die kleineren Länder Südamerikas einhergehen. Das zugrundeliegende Potential Brasiliens ist mit der UNASUL gestärkt wor-

566 Quelle: Wikipedia: *CSN Estados miembro*, 14. 1. 2010

den, es ist die bei weitem größte Volkswirtschaft im Staatenbund und ein zentraler außenpolitischer Akteur auf dem internationalen Parkett. Auch entspricht die Union zweifellos den Interessen Brasílias, da das Land über den Ausbau der kontinentalen Infrastruktur und Telekommunikation – beides Felder, die zentrale Elemente der südamerikanischen Kooperation repräsentieren – leichteren Zugang zum Pazifik erhielte und seine Kontrolle über das Amazonasbecken ausweiten könnte. Mexiko wiederum, ein langjähriger Konkurrent Brasiliens etwa in der Frage eines eventuellen lateinamerikanischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, verliert durch die UNASUL zusehends seine Verankerung und büßt dadurch auch an Einfluss im südamerikanischen Raum ein.[567]

### 5.3 Beziehungsambivalenzen in der westlichen Hemisphäre

Eine Beziehung besonderer Art stellte stets jene zwischen Brasilien und seinem großen Nachbarn im Norden, den Vereinigten Staaten, dar. In diesem Kontext ergibt sich die Frage, ob Lateinamerikas Riesen die alleinige Verantwortung für seine soziale Lage anzurechnen ist, oder ob sich auch externe Faktoren anführen lassen, welche zur gegenwärtigen Situation beigetragen haben. Hält man sich die geographische Lage Brasiliens vor Augen, so wird ersichtlich, dass das Land alleine aufgrund seiner Größe auf dem südamerikanischen Kontinent zwangsläufig eine führende Rolle einnehmen muss. Mit Ausnahme Chiles und Ecuadors grenzt es an alle Länder dieses Erdteils, was zweifellos von wirtschaftlichem Vorteil ist. Diesen Prämissen unterstehend, könnte man den Eindruck gewinnen, dass Brasilien eine florierende und wohlhabende Nation sein müsste, die in Lateinamerika bereits den Part einer Hegemonialmacht einnimmt.

Die engen Grenzen, welchen die Nation dennoch immer unterworfen war, werden nachvollziehbarer, wenn man den Blick nach Norden wendet und feststellt, dass dort eine ungleich einflussreichere Macht existiert, welche im Laufe der vergangenen zweihundert Jahre einen beispiellosen Aufstieg vollzog und im Moment noch an der Spitze einer – wenn auch porösen und mittelfristig in sich zusammenfallenden – unipolaren Weltordnung steht. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika stellen einen Riesen dar, jedoch einen, der bereits vor langer Zeit

---

[567] vgl. Maihold, Dezember 2004, Seite 2ff., 14. 1. 2010

erwacht ist. Die USA erkannten schon zu Ende des 19. Jahrhunderts, dass ihnen in Gestalt Brasiliens auf dem südamerikanischen Subkontinent bis zu einem gewissen Grad eine Gegenmacht in der westlichen Hemisphäre erwachsen könnte und verstanden es geschickt, diese potentielle Konkurrenz eng an sich zu binden und auf diese Weise unter Kontrolle zu halten. Aus diesem Grund kann man Brasiliens Schicksal nicht losgelöst von Einflüssen und Interventionen des nordamerikanischen Nachbarn begreifen.

### 5.3.1 Brasilien und die USA: ein legitimer Vergleich?

| | **Vereinigte Staaten von Amerika** | **Föderative Republik Brasilien** |
|---|---|---|
| **Fläche** | 9,8 Mio. $km^2$ ; 40% Nordamerikas, drittgrößtes Land der Erde | 8,5 Mio. $km^2$ ; 47% Südamerikas, fünftgrößtes Land der Erde |
| **Bevölkerung (2009)** | 308 Mio.; drittbevölkerungsreichstes Land der Erde; Wachstum 1,1 p.a.; etwa 75% Weiße, 12% Schwarze, 3,6% Asiaten, 1% Indianer | 190 Mio.; fünftbevölkerungsreichstes Land der Erde; Wachstum 1,4 p.a.; geprägt von ethnischer Vielfalt: etwa 53% Weiße, 34% Mulatten und Mestizen, 11% Schwarze, 2% Indianer; |
| **Sprache(n)** | Englisch in amerikanischer Variante, lokal auch andere | Portugiesisch in brasilianischer Variante, diverse Indianersprachen |
| **Religionen** | 54% Protestanten, 25% Katholiken, 11% andere, 10% ohne Bekenntnis | ca. 74% Katholiken, zunehmend protestantische Gruppen und Sekten |
| **Währung** | US-Dollar | Real |
| **BIP/BIP pro Kopf (2008)** | 14.264 Mrd. $ (an 1. Stelle weltweit)/46.859 $ (6.) | 1.981 Mrd. $ (an 9. Stelle weltweit)/10.326 $ (78.) |
| **Unabhängigkeit** | 4. Juli 1776 von Großbritannien | 7. September 1822 von Portugal |
| **Staatsform** | Präsidiale Republik | Präsidiale Föderative Republik |

| | | |
|---|---|---|
| **Staatsoberhaupt** | Barack Obama (seit 2009) | Luiz Inácio „Lula" da Silva (seit 2003) |
| **Parlament** | Kongress, bestehend aus Repräsentantenhaus (435 Abgeordnete) und Senat (100 Senatoren) | Nationalkongress, bestehend aus Abgeordnetenhaus (513 Abgeordnete) und Senat (81 Senatoren) |
| **Wahlspruch** | *In God we trust* | *Ordem e Progresso* (Ordnung und Fortschritt) |

Die vorangegangene Tabelle[568] stellt den Versuch eines unmittelbaren Vergleiches zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien dar. Unterzieht man die einzelnen Kategorien einer genaueren Betrachtung, ergibt sich einerseits ein interessantes Bild voll frappierender Ähnlichkeiten, andererseits aber zeigen sich auch eklatante Unterschiede.

Auf Seiten der Parallelen lässt sich vermerken, dass sowohl die USA als auch Brasilien auf ihren Erdteilen, jedoch auch global gesehen, flächenmäßige Kolosse darstellen. Mit 9,8 beziehungsweise 8,5 Millionen Quadratkilometern sind sie das dritt- und fünftgrößte Land der Erde. Dasselbe gilt für die Einwohnerzahl: 308 Millionen US-Amerikanern stehen 190 Millionen Brasilianer gegenüber, was den beiden Staaten auch in dieser Rangliste global gesehen den dritten und fünften Platz sichert. Die Konsistenz der Population ist in beiden Fällen bemerkenswert, da sowohl die Vereinigten Staaten als auch Brasilien einerseits seit vielen Jahrhunderten den Status eines Immigrationslandes innehatten, andererseits über eine Vielzahl an indianischen Ureinwohnern verfügten. Das Ergebnis ist hier wie dort eine ethnische Vielfalt, die weltweit ihresgleichen sucht. Das überwiegende religiöse Bekenntnis ist christlich, jedoch auf der einen Seite mit Hang zum protestantischen, auf der anderen zum römisch-katholischen Zweig. Auch in den politischen Bereichen „Staatsform" und „Parlament" sind sich die beiden geographischen Riesen außergewöhnlich ähnlich, was nicht zuletzt daran liegt,

---

568 Tabelle basierend auf Daten aus: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=26, 4. 1. 2010; http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=188, 4. 1. 2010; *Das Fischer Länderlexikon. Alle Staaten der Welt auf einen Blick*; Frankfurt am Main 2003

dass die USA Brasilien stets als demokratisches Vorbild dienten und somit auch die brasilianische Verfassung stark von jener der Vereinigten Staaten beeinflusst ist.

Die wesentlichste Differenz stellt die Wirtschaftsleistung der beiden Länder dar: die USA waren 2008 mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 14.000 Milliarden Dollar die stärkste Volkswirtschaft der Welt; Brasilien, obgleich im internationalen Vergleich als Neunter relativ gut platziert, weist mit seinem BIP von 1.981 Milliarden Dollar beträchtlichen Rückstand auf. Das BIP pro Kopf von circa 47.000 beziehungsweise 10.000 Dollar lässt zudem eindeutige Rückschlüsse auf Lebensstandard und Wohlstand im jeweiligen Land zu.

### 5.3.2 Die historischen Phasen der US-brasilianischen Beziehungen

In einer historischen Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen Brasilien und den Vereinigten Staaten können fünf markante Abschnitte unterschieden werden: die Phase der Allianz zwischen der Ersten Republik in Brasilien und dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die Phase der Anbindung bis kurz nach der Ölkrise 1973, die Phase der Autonomie bis zum Fall des Eisernen Vorhanges in Europa und damit einhergehend dem Übergang zur unipolaren Weltordnung, die Phase der Anpassung bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode Fernando Henrique Cardosos und schließlich die Präsidentschaft Lulas, welche eine Periode neuer Multidimensionalität und Emanzipation gegenüber den USA einläutete.

#### 5.3.2.1 Die brasilianische Unabhängigkeit und erste US-Einflussnahmen

Die Geschichte Brasiliens als selbständiger Staat beginnt 1822. Am 7. September dieses Jahres stieß der brasilianische Regent Dom Pedro in Ipiranga bei São Paulo den als *Grito de Ipiranga* berühmt gewordenen Ausruf „Unabhängigkeit oder Tod“ aus. Portugal blieb keine andere Wahl, als die Loslösung Brasiliens hinzunehmen und bereits einen Monat später wurde

Dom Pedro als Pedro I. als „Verfassungsmäßiger Kaiser und Ewiger Verteidiger Brasiliens“ (*Imperador Constitucional e Defensor Perpétuo do Brasil*) proklamiert.[569]

US-amerikanische Einflussnahmen sind interessanterweise bereits in dieser frühen Phase der brasilianischen Staatsbildung erkennbar, jedoch nicht spezifisch auf Brasilien gerichtet, sondern ganz Lateinamerika betreffend (wie meiner Meinung nach eine Vielzahl an Interventionen der Vereinigten Staaten, die Brasilien betrafen und nach wie vor betreffen, nicht ohne den Gesamtkontext der anderen südamerikanischen Staaten verstanden werden kann). Als nach dem Ende der Napoleonischen Kriege die in der Heiligen Allianz zusammengeschlossenen europäischen Mächte Frankreich, Österreich, Preußen und Russland erste Schritte zur Rückeroberung verlorener Kolonien in Lateinamerika unternahmen, ergriffen die USA Partei für die neuen Länder Südamerikas.[570] Dies geschah insofern nicht völlig selbstlos, als es ein wesentliches Interesse der Vereinigten Staaten war, den Einfluss der europäischen Kolonialmächte in der westlichen Hemisphäre – die sie als die ihre betrachteten – zurückzudrängen. 1823 verkündete US-Präsident James Monroe vor diesem Hintergrund die nach ihm benannte Doktrin, welche zwei Grundsätze festlegte: „den Verzicht der USA auf ein Eingreifen in europäische Probleme und die Absage gegenüber Einmischungen der europäischen Mächte in die Angelegenheiten der gerade unabhängig gewordenen amerikanischen Staaten.“[571]

Monroe spricht an dieser Stelle nicht von den „südamerikanischen“, jedoch explizit von „amerikanischen“ Staaten. Dies kann auf zweierlei Weise gedeutet werden: einerseits mag es sein, dass er durch diese Formulierung das Wir-Gefühl der Amerikaner – also die fundamentale Zusammengehörigkeit der Nord- und Südamerikaner – betonen und stärken wollte (in Zusammenhang mit dieser These ist es hilfreich, sich vor Augen zu halten, dass die Vereinigten Staaten zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine expansionistischen Bestrebungen verfolgten). Andererseits beabsichtige er sicherlich, durch die Verwendung des Terminus „amerikanisch“ deutlich zu machen, dass auch eine europäische Einmischung in Angelegenheiten der USA nicht akzeptabel sei. Auf jeden Fall aber wurde die Monroe-Doktrin nun für beinahe hundert Jahre – bis zum Ersten Weltkrieg – zum Grundprinzip der US-amerikanischen Au-

569 vgl. Bernecker/Pietschmann 2000, 136

570 vgl. Frey 2004, 60

571 Favre 2000, 119

ßenpolitik. Die USA etablierten sich zwar als wohlwollende Schutzmacht[572], gleichzeitig aber musste Lateinamerika und damit auch Brasilien die unangefochtene Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre anerkennen.[573]

#### 5.3.2.2 Die Phase der Allianz: 1889-1945

1891 sprach Moniz Bandeira von einer „Amerikanisierung Brasiliens“, da die im Februar desselben Jahres verkündete neue Verfassung im Prinzip jener des großen Vorbilds im Norden, der USA, folgte.[574] Während Brasiliens Erster Republik (1889-1930) folgte das Muster der US-brasilianischen Beziehungen grundsätzlich dem einer losen Allianz, welche von politischen Beobachtern auch als „ungeschriebene Allianz“ bezeichnet wurde. So trat Brasilien 1917 gemeinsam mit den USA in den Ersten Weltkrieg gegen das Deutsche Reich ein.[575] Die Orientierungsachse Brasiliens verschob sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts generell von Europa zu den Vereinigten Staaten. Einerseits, da man realisierte, dass die USA eine aufstrebende Weltmacht waren; andererseits, um Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erhalten. Diese strategische Allianz führte somit zwangsläufig zu einer ökonomischer Abhängigkeit Brasiliens und schloss oftmals politische Gefolgschaft im Austausch gegen materielle Hilfe ein.[576] Sehr aussagekräftig über das damalige Verhältnis ist sicherlich die Tatsache, dass Brasilien 1905 seine allererste Botschaft weltweit in Washington eröffnete, während die USA im selben Jahr ihre erste Botschaft Südamerikas in Rio de Janeiro gründeten.[577]

Dennoch versuchte die brasilianische Regierung unter Getúlio Vargas im Zweiten Weltkrieg Neutralität zu bewahren, da sie sowohl mit dem nationalsozialistischen Deutschland als auch mit den Vereinigten Staaten Handelskontakte unterhielt. Als jedoch manifest wurde, dass sich

---

572 vgl. Frey 2004, 60

573 vgl. Broering 2004, 3. 12. 2008

574 vgl. Bernecker/Pietschmann 2000, 216

575 vgl. Hirst 2005, 1

576 vgl. Schirm 1994, 243

577 vgl. Hirst 2005, 2

das Machtgleichgewicht mittelfristig eindeutig zugunsten der USA verschieben würde, trat Brasilien im August 1942 wie bereits ein Vierteljahrhundert zuvor auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein und beteiligte sich mit der von den USA ausgerüsteten *Força Expedicionária Brasileira*, den "Brasilianischen Expeditionsstreitkräften", und 25.000 Mann ab 1944 an den Kämpfen in Italien.[578]

#### 5.3.2.3 Die Phase der Anbindung: 1945-1974

Zwischen 1945 und 1974 ähnelten die bilateralen Beziehungen im Grunde jenen der Kriegszeit, jedoch scheint es offensichtlich, dass durch die von den USA forcierte brasilianische Kriegsbeteiligung ab 1944 insofern eine Zäsur gesetzt wurde, als das Verhältnis das Element der freundschaftlichen Freiwilligkeit verlor. Brasilien war gegenüber Washington in eine Abhängigkeit geraten. Die brasilianische Unterstützung war für die USA nun ein nützliches Werkzeug, um ihre Bemühungen zur Schaffung eines panamerikanischen Systems mit ihnen selbst an der Spitze voranzutreiben, so beispielsweise 1948 bei der Gründung der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in Bogotá.[579] Brasilien bekannte sich zudem zu einer strikt anti-kommunistischen Außenpolitik, was mit den politischen und militärischen Erwartungen der USA korrespondierte, und identifizierte sich ideologisch voll und ganz mit westlichen Werten, die sie in den Vereinigten Staaten vertreten sahen.[580]

Unter den linkspopulistischen Administrationen von Jânio Quadros (1961) und João Goulart (1961-1964) erneuerten sich – jedoch nur für äußerst kurze Zeit, deshalb ist diese Periode auch nicht als selbständige Phase zu begreifen – die außenpolitischen Prämissen, unter denen Brasilien handelte. So sollten die US-Bindung gelockert und die Außenpolitik primär durch nationale Interessen vorgegeben werden.[581] Als Goulart zudem innenpolitisch eine Landreform und die Verstaatlichung der Ölindustrie (was US-amerikanische Konzerne massiv getroffen hätte) in Angriff nahm, unterstützte der CIA 1964 einen Militärputsch gegen diesen.

---

578 vgl. Bernecker/Pietschmann 2000, 248 und 256

579 vgl. Favre 2000, 114

580 vgl. Hirst 2005, 5

581 vgl. Schirm 1994, 244

„Während der nächsten zwanzig Jahre regierte in Brasilien eine Militärjunta, welche die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerte und tausende politische Gegner tötete“ [582] beschreibt Frey die Folgen dieses Umsturzes. Obgleich Brasilien von häufigen US-Interventionen wie in Nicaragua, der Dominikanischen Republik, Haiti und Mexiko[583] grundsätzlich verschont blieb, stellt Goularts Sturz eine der unmittelbarsten Einflussnahmen Washingtons in Brasiliens Innenpolitik dar.

Die neue Regierung unter General Castelo Branco (1964-67) vollzog umgehend den vom Weißen Haus erwarteten Kurswechsel, gab autonome außenpolitische Ansprüche neuerlich auf und proklamierte eine „Automatische Allianz“ mit den USA. Der brasilianische Botschafter in Washington und Außenminister der Jahre 1966/67, Juracy Magalhães, formulierte es sehr deutlich, indem er lapidar meinte, was gut für die Vereinigten Staaten sei, sei auch gut für Brasilien. Diplomatische Beziehungen zu Kuba wurden abgebrochen und 1965 nahm man an der US-Invasion der Dominikanischen Republik teil. Brasilien war zum Juniorpartner der USA geworden.[584]

#### 5.3.2.4 Die Phase der Autonomie: 1974-1990

Die dritte Phase der US-Brasilianischen Beziehungen begann 1974 unter dem deutschstämmigen Präsidenten General Ernesto Geisel. Zur Mitte der 1970er Jahre kam nun auch die Militärregierung zum Schluss, dass brasilianische Außenpolitik mehr an nationalen Interessen ausgerichtet werden müsste. Die Ära des *pragmatismo responsável*, des verantwortungsbewussten Pragmatismus, begann.[585] Unter dem Einfluss der Ölkrise von 1973 dachte man, dass eine autonomere Außenpolitik neue Türen für Brasiliens auswärtige Interessen öffnen würde. So löste man sich von der ideologischen Agenda des Kalten Krieges, knüpfte Bande

582 Frey 2004, 151f.

583 vgl. Bierling 2003, 30

584 vgl. Schirm 1994, 244f. sowie Hirst 2005, 7

585 vgl. Schirm 1994, 247

mit der Dritten Welt und beendete die Zwänge, die man sich durch die enge Bindung an die Vereinigten Staaten selbst auferlegt hatte.[586]

Die Beziehungen litten zusätzlich während der Regierung Carter, die sich speziell der Themen Menschenrechte und nukleare Proliferation annahm und sich auf diese Weise mit vielen Militärregimen Lateinamerikas – auch mit Brasilien – anlegte. Smith äußert sich zu diesem Umstand folgendermaßen:

> „The high priority that he *[Jimmy Carter, Anm. d. Verf.]* gave to the issue, however, raised controversy in Latin America because violations of human rights, including torture, summary executions, disappearances and the violent activities of military and police forces referred to as 'death squads', were a frequent and well-publicized occurrence in that region especially during the 1970."[587]

1977 kündigte Brasilien einen 1952 geschlossenen Vertrag über gegenseitige militärische Unterstützung auf und führte in Zusammenarbeit mit Deutschland sein Atomprogramm weiter. Nach dieser Phase höchster Spannung zwischen den beiden Nationen war beidseitige Ignoranz die Konsequenz. Unter dem letzten Militärpräsidenten General João Figueiredo war der bilaterale Ton nur mehr von schlichter Verachtung geprägt.[588] 1985 kehrte Brasilien zu einer demokratischen Staatsform zurück. Erster Präsident der neuen Republik wurde José Sarney. „With the return of democracy in 1985, Brazil moved toward its current relationship with the United States, combining cooperation on many fronts with independence and even opposition in some key areas"[589], schrieb Hakim 2002. Dennoch sollte es noch einige Jahre dauern, bis sich die Beziehungen tatsächlich wieder normalisierten.

---

586 vgl. Hirst 2005, 8

587 Smith 2005, 145

588 vgl. Hirst 2005, 8f.

589 Hakim 2002, 155

#### 5.3.2.5 Die Phase der Anpassung: 1990-2002

Obgleich die 1990er Jahre generell von einer erneuten Annäherung Brasiliens an die USA geprägt waren, soll an dieser Stelle diese Zeitspanne in die Legislaturperioden Fernando Collor de Mellos beziehungsweise Itamar Brancos auf der einen sowie Fernando Henrique Cardosos auf der anderen Seite zu unterteilt werden. Dies einerseits, um einen gewissen Schwerpunkt auf die Amtszeit des Letztgenannten zu legen, andererseits, um aufzuzeigen, dass Cardoso den Vereinigten Staaten auch auf einer selbstbewussteren Ebene begegnete als seine unmittelbaren Vorgänger.

**Fernando Collor de Mello und Itamar Branco: 1990-1994**

Die Zeit nach dem Ende der globalen Bipolarität brachte ein sich veränderndes Muster der politischen Beziehungen zwischen den USA und Brasilien mit sich. Bereits am Ende der 1980er Jahre unter José Sarney, speziell jedoch seit Beginn der 1990er Jahre während der Regierungszeit Fernando Collor de Mellos, bemühte sich Brasilien um die Schaffung einer *positive agenda* mit den USA. Dies wurde zur expliziten Zielsetzung des *Itamaraty* (des brasilianischen Außenministeriums), da die häufigen Konflikte mit Washington nunmehr als entwicklungshemmend wahrgenommen wurden.[590] Begünstigt wurden solche Bestrebungen zudem durch die generelle Welle der Demokratisierung, die den südamerikanischen Kontinent in den 1980er Jahren erfasste. Brasilien sah in dieser Entwicklung die Chance, bis dahin existierende Streitigkeiten und Kontroversen, welche nicht zuletzt aus der Epoche der Militärdiktatur herrührten, auszuräumen.[591]

Überdies war das herausragende Merkmal brasilianischer Außenpolitik immer ihre Funktion als Mittel zur Förderung der ökonomischen Entwicklung. Politisch-ideologische Orientierungen wie Kooperation mit den Vereinigten Staaten einerseits oder *Terceiromundismo* – also die Hinwendung zur *Terceiro Mundo*, zur Dritten Welt – andererseits waren stets ein Reflex wirt-

590 vgl. Schirm 1994, 250f.

591 Frey 1993, 175

schaftlicher Zielsetzungen. So kann auch die Annäherung zu Beginn der 1990er Jahre maßgeblich auf die Verschärfung der brasilianischen Wirtschaftskrise, die Hilfsangebote Washingtons – unter der Bedingung der marktwirtschaftlichen Liberalisierung – und die Bedrohung globaler Marginalisierung zurückgeführt werden. Collor de Mello schuf die angesprochene *positive agenda* nun durch verschiedene Maßnahmen:

- die Handelskonflikte der 1980er Jahre wurden durch die Verringerung von Exportsubventionen und die Öffnung des brasilianischen Marktes entschärft.
- in der Uruguay-Runde des GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) unterstützte das Land die USA in der Kritik am Protektionismus der Europäischen Union.
- in der Rio-Gruppe wurde Kuba zur Demokratisierung aufgefordert und marktwirtschaftliche Reformen für ganz Lateinamerika propagiert.
- 1991 unterstützte das *Itamaraty* den Boykott und die UN-Verurteilung des Irak, obwohl dieser zu den wichtigsten Handelspartnern gehört hatte.

Wie bereits erwähnt, begriff sich Brasilien nicht plötzlich als politisch-ideologisch Verbündeter der USA, sondern sah die Annäherung als Mittel zur Entwicklung des Landes.[592] Nachdem Collor de Mello wegen eines Korruptionsskandals 1992 zurücktreten musste, führte Vizepräsident Itamar Branco die bis 1994 dauernde Legislaturperiode zu Ende. Herausragendes Kennzeichen seiner Amtszeit war unter anderem, innerhalb von zwei Jahren im Zuge der Inflationsbekämpfung fünf Finanzminister verbraucht zu haben, ehe es der sechste, ein gewisser Fernando Henrique Cardoso, schaffen sollte, durch die Einführung einer neuen Währung der Inflation – welche zeitweilig bei bemerkenswerten 40 Prozent pro Monat lag – Einhalt zu gebieten.[593]

---

592 vgl. Schirm 1994, 250ff.

593 vgl. Bernecker/Pietschmann 2000, 306f.

**Fernando Henrique Cardoso: 1995-2002**

Durch dieses für brasilianische Begriffe Wunder der Währungsstabilisierung gelang Cardoso bei der folgenden Präsidentschaftswahl ein überragender Sieg. Bereits im ersten Wahlgang erhielt er mit 54 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, wohingegen sich der lange als Favorit gehandelte und schließlich 2002 gewählte Lula damals noch mit 27 Prozent und dem zweiten Platz begnügen musste.[594] Zweifellos war Cardoso der am besten auf seine Aufgabe vorbereitete Präsident Brasiliens: als ausgebildeter Soziologe und Politikwissenschafter ging er zu Beginn der Militärdiktatur ins chilenische Exil, wo er für die CEPAL, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika, tätig war. Gemeinsam mit Enzo Faletto verfasste er 1969 eines der ersten Werke zur Dependenztheorie: „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika".[595] In der Folge stieg er die politische Karriereleiter sukzessive hinauf, wurde 1992 Außen- und ein Jahr später Finanzminister. Dieser Posten und der damit verbundene Erfolg der Währungsstabilisierung ebneten Cardoso den Weg ins Präsidentenamt, welches er offiziell am 1. Jänner 1995 übernahm.[596] Im April desselben Jahres meinte er über die bilateralen Beziehungen zu den USA: „I am confident that what I call an unencumbered *[unbelastet, Anm. d. Verf.]* partnership is possible, one that unites Brazil and the United States in pursuit of a more open international system that focuses on development and makes people its central concern."[597]

Der wichtigste Faktor, welcher die US-brasilianischen Beziehungen auch unter Cardosos Präsidentschaft formte, war die asymmetrische Machtstruktur beider Länder: während für die Vereinigten Staaten Brasilien in Belangen der Weltpolitik und internationalen Sicherheitspolitik offensichtlich nur geringes Gewicht hatte, war dies umgekehrt nicht der Fall. Brasilien beobachtete die nordamerikanische Hegemonialmacht ständig und seine außenpolitischen Entscheidungen hingen immer wesentlich davon ab, welche Vorteile beziehungsweise Kosten daraus mit den USA erwachsen würden. Wie bereits in der Vergangenheit oftmals geschehen, beharrte auch Cardosos Regierung auf einer gewissen Autonomie in den internationalen Be-

---

594 vgl. D'Alva Kinzo 2003, 49

595 vgl. Prutsch, Juni 2005, 14. 1. 2010

596 vgl. Bernecker/Pietschmann 2000, 309

597 Hoge 1995, 69

ziehungen. So war das Verhältnis zwischen Brasilien und den USA zu Mitte der 1990er Jahre von einem Bemühen um schlichte Koexistenz, gelegentlicher Zusammenarbeit und Konfliktvermeidung geprägt.[598]

Eine wesentliche Differenzierung muss zudem zwischen Brasiliens globaler und regionaler Bedeutung für die Vereinigten Staaten vornehmen: schien das südamerikanische Land – trotz intensiver Bemühungen, diesen Zustand zu seinen Gunsten zu verändern – in weltpolitischen Belangen noch immer relativ bedeutungslos für das Weiße Haus, so ist der entstehende Eindruck in Bezug auf regionale Angelegenheiten ein anderer. Schritt für Schritt erkannte Washington Brasilien als jenen Staat, welcher ein wesentlicher Faktor für Frieden und Stabilität auf dem Subkontinent war. Hakim konstatiert dies mit folgenden Worten: „Brazil has become more active and assertive in regional and global affairs, especially since Cardoso took office in 1995. On some issues, Brazil has sought to serve as a counterweight to the United States."[599]

***Weltpolitik unter Cardoso***

Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die Erwartungen der USA in Bezug auf die globale Sicherheit – oftmals ein Zankapfel in den bilateralen Beziehungen – erfüllt. 1994 trat Brasilien dem „Trägertechnologie-Kontrollregime" (*Missile Technology Control Regime*) bei und 1998 ratifizierte es schlussendlich nach einem wahren Hürdenlauf den Atomwaffensperrvertrag und gab seine nuklearen Ambitionen endgültig auf. Gleichzeitig partizipierte es vermehrt an Peacekeeping-Operationen der Vereinten Nationen (so beispielsweise in El Salvador, Mosambik, Angola und Osttimor), wodurch die Zusammenarbeit mit den USA auf einer globalen Ebene vertieft wurde. Diese Kooperation bedeutete jedoch nicht, dass die beiden Staaten keine unterschiedlichen Positionen in den Resolutionen der UN-Generalversammlung bezogen. Ganz im Gegenteil, in diesem Organ der Vereinten Nationen überwog stets der Dissens. Interessanterweise hob sich das gegensätzliche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat auf. Hier kam es sehr selten vor, dass Brasilien in Krisensituationen anders als das ständige Mitglied USA

598 vgl. Hirst 2005, 40

599 Hakim 2002, 153

abstimmte. Der Grund dafür ist, dass Brasiliens Identität in der Generalversammlung näher an Positionen der Dritten Welt angesiedelt ist (hier kommt also noch der sogenannte *Terceiro-mundismo* zum Ausdruck), was gemeinhin den Interessen der USA widerspricht.

Schon längst hat Brasilien zudem bei den USA den Wunsch deponiert, ständiges Mitglied eines erweiterten Sicherheitsrates zu werden. Cardoso untermauerte diesen Anspruch zu Beginn seiner Amtszeit: „It is right for Brazil to play a more active role internationally. [...] We believe a change is due in the United Nations Security Council. Brazil is ready for the responsibilities of a permanent member seat, and we have confidence that other countries believe Brazil is ready to play this role.“[600] Während Frankreich und Russland dieses Vertrauen tatsächlich aufgebracht zu haben scheinen und Brasiliens Kandidatur bereits gebilligt haben, verhalten sich die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit etwas zurückhaltender. Da auch Argentinien und Mexiko an einem ständigen Sitz interessiert sind, möchte das Weiße Haus in dieser Causa keine regionale Präferenz äußern.[601]

Der ehemalige UN-Botschafter der USA, Richard Holbrooke, meinte einmal: „Wir suchen noch nach der globalen Rolle Amerikas für die Ära nach dem Kalten Krieg.“[602] Mit den Geschehnissen vom 11. September 2001 und dem anschließenden und bis zum heutigen Tag andauernden Krieg gegen den Terror unter der Ägide George W. Bushs hatte man diese offensichtlich zumindest temporär gefunden. Nach den Anschlägen in New York und Washington demonstrierte kein südamerikanisches Land mehr Solidarität als Brasilien. Es berief sich umgehend auf den 1947 gegründeten Rio-Pakt [603] und erklärte den Angriff auf die USA zu einer Attacke gegen alle Mitglieder dieses südamerikanischen Verteidigungsbündnisses. Außerdem übernahm es die Führung in einer umgehenden Einberufung einer Konferenz der OAS und bot umfassende Hilfe bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus an. Die-

---

600 Hoge 1995, 68

601 vgl. Hirst 2005, 42ff.

602 Pinzler/Wessel 2001, 141

603 „In 1947 at the Pan-American Conference held in Rio de Janeiro, the Inter-American Treaty for Reciprocal Assistance set up a regional system of collective security known as the Rio Treaty or Rio Pact. Article 3 of the treaty foreshadowed and served as a model for the 1949 North Atlantic Treaty Organization (NATO) by providing ‘that an armed attack by any State against an American State shall be considered as an attack against all the American States’.” in: Smith 2005, 115

ses Vorgehen wurde sowohl von Präsident Bush als auch vom damaligen Außenminister Colin Powell in den höchsten Tönen gelobt.[604] Jedoch erwuchsen in der Folge Differenzen durch die aggressiven Handlungen der Regierung Bush: Brasilien, das durch seine jüngere Geschichte hindurch immer ein strenger Verfechter der nationalen Souveränität und des Nicht-Interventionismus war, sprach sich gegen den Angriff auf Afghanistan aus und betonte die Notwendigkeit, irrationale Reaktionen zu vermeiden. Es empfahl den USA bedächtiges Handeln anstatt einer übereilten militärischen Antwort. Trotz dieser Unstimmigkeiten trafen sich Fernando Henrique Cardoso und George W. Bush im November 2001, um die bilateralen Beziehungen ihrer Länder in Bezug auf die Weltpolitik abzustimmen. Cardoso nahm hier eine relativ ambivalente Position ein, indem er den USA einerseits Unterstützung im Krieg gegen den Terrorismus zusicherte, jedoch eine völlige Akzeptanz der US-amerikanischen Verteidigungspolitik – die wohl in seinen Augen eine Angriffspolitik gewesen sein muss – vermied.[605]

***Regionalpolitik unter Cardoso***

„Brazil is a country of great regional importance but without hegemonic aspirations“[606] kann durchaus als Leitsatz der brasilianischen Lateinamerika-Politik betrachtet werden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Cardoso-Administration und dem Weißen Haus waren auf kontinentaler Ebene insofern von großer Bedeutung, als es galt, verschiedene Krisen in Südamerika zu meistern, wie etwa den Krieg zwischen Ecuador und Peru 1995 sowie politische Instabilitäten in Paraguay im Jahr darauf. Nachdem die brasilianische Regierung unter Mithilfe der Vereinigten Staaten 1997/98 Friedensverhandlungen koordiniert hatte, unterzeichneten Ecuador und Peru im Oktober 1998 einen Friedensvertrag. 1997 verhinderten Brasilien und die USA gemeinsam mit Argentinien einen Putsch gegen die demokratisch gewählte paraguayische Regierung.

Diese Form der erfolgreichen Zusammenarbeit im Krisenmanagement führte dazu, dass die USA Brasiliens Streben nach einer regionalen Führungsrolle anerkannten. Jedoch wurden von

---

604 vgl. Hakim 2002, 154

605 vgl. Hirst 2005, 42

606 Hoge 1995, 66

nordamerikanischer Seite gleichzeitig Bedenken geäußert, dass ein aktiveres Brasilien mit seinem enormen Potential die Länder des südamerikanischen Kontinents in einer Allianz zusammenführen könnte, welche die wirtschaftliche US-Vormachtstellung innerhalb der westlichen Hemisphäre nachhaltig destabilisieren könnte.[607] Hakim ist zuzustimmen, wenn er meint: „Washington knows that the United States cannot achieve many of its central objectives in the western hemisphere without Brazilian support. Yet Brazil continues to challenge the United States on several fronts."[608]

Die Hauptquelle für Meinungsverschiedenheiten repräsentierte ab dem Ende der 1990er Jahre die Situation in Kolumbien. Zunehmende militärische Unterstützung der USA für die kolumbianische Regierung im Kampf gegen den Drogenhandel und Guerillaverbände führte zu einer Ausweitung des Konflikts auf das Amazonasgebiet, welches unmittelbar an Brasilien grenzt. Brasilien sah hier die Gefahr des Einsickerns von Rebellen beziehungsweise Drogenhändlern. Besondere Besorgnis löste der US-amerikanische *Plan Colombia* aus, welcher ursprünglich dafür gedacht war, Kolumbien im Kampf gegen den Drogenhandel zu unterstützen. Nach Meinung Broerings wurde dieser jedoch inzwischen in den internationalen Kampf gegen den Terrorismus integriert und zielt nun primär auf die militärische Bekämpfung der als terroristisch eingestuften Organisationen *Ejército de Leberación Nacional* (ELN) und *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) ab. Für Brasilien aber ist die Präsenz von US-Truppen im Nachbarland bedenklich.[609]

### 5.3.3 Neue Multidimensionalität: die Regierung Lula und die USA

Das Vorgehen der USA in Kolumbien sollte auch in den Folgejahren unter der Ägide Lulas ein Streitthema zwischen Brasília und Washington bleiben. Insbesondere der März 2008, als

607 vgl. Hirst 2005, 45f.

608 Hakim 2002, 154

609 vgl. Broering 2004, 3. 1. 2009

es zu einem Grenzkonflikt zwischen Kolumbien und Ecuador kam[610], markierte in dieser Angelegenheit einen Kulminationspunkt. Bereits einen Tag nach dem kolumbianischen Angriff auf ecuadorianisches Territorium ergriff Lula die Initiative zu einer Konsultationsrunde mit seinen Amtskollegen Álvaro Uribe (Kolumbien), Rafel Correa (Ecuador) und Cristina Fernández de Kirchner (Argentinien). Dieses hervorragende diplomatische Manöver hatte wesentlichen Anteil daran, dass eine militärische Eskalation verhindert und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu einer Missbilligung des kolumbianischen Grenzübergriffs bewegt werden konnten. Die OAS stützte sich in ihrer Entscheidung auf die Artikel 19 und 21 ihrer Charta, in welchen die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität ihrer Mitgliedsstaaten festgeschrieben ist. Nicht nur an die Adresse Kolumbiens, sondern wohl ebenso an die USA war sodann das Statement des brasilianischen Außenministers Celso Amorim gerichtet, als er sich zu diesen Geschehnissen mit den Worten äußerte, man könne aus dem Kampf gegen den Terrorismus (als den Bogotá die Auseinandersetzung mit der FARC betrachtet) keinen Heiligen Krieg machen, mit dem die Ausschaltung der Prinzipien des Völkerrechts gerechtfertigt werde. Mit der diplomatischen Beilegung des Konflikts unter Federführung Brasiliens waren Kolumbien und die USA innerhalb der OAS isoliert. Pignotti geht in seinen Ausführungen so weit, anzumerken, dass aufgrund des Umstandes, dass Kolumbien in der Region der wichtigste militärische Verbündete der Vereinigten Staaten sei und die regionalen Führungsmachtansprüche der Regierung Lula in beiden Ländern nicht auf Gefallen stießen, die Bomben auf ecuadorianisches Hoheitsgebiet in Wirklichkeit als Wink mit dem Zaunpfahl für Brasilien gedacht gewesen seien. Diese Sichtweise scheint jedoch zu weit gegriffen. Zwar offenbarte die Krise in stellvertretender Weise, dass zwischen Brasilien und den USA Differenzen in Fragen der Sicherheit und der südamerikanischen Integration bestehen, doch ist weder von Seiten Brasílias noch Washingtons ein Bruch mit dem jeweils anderen Partner gewünscht. Klar ist jedoch, dass die zwei Monate später erfolgte Gründung der UNASUL, welche die kontinentalen Gemüter wieder etwas beruhigte, von den Vereinigten Staaten skeptisch betrachtet werden muss. Sie stellt ein emanzipatorisches Gegenstück zur ALCA dar und beherbergt das Potential, dass langfristig ein vereintes Südamerika mit deutlicher Distanz zu den politischen und ökonomischen Vorstellungen der USA geschaffen werden kann.[611]

---

610 Kolumbianische Regierungstruppen griffen damals einen Unterschlupf der FARC an, der sich circa 200 Meter von der Grenze entfernt bereits auf ecuadorianischem Staatsgebiet befand, und töteten dabei den zweitwichtigsten Führer der Rebellenorganisation.

611 vgl. Pignotti, April 2008, 6. 1. 2010

Die von Washington vorangetriebenen Verhandlungen zur ALCA, die eigentlich bis Jahresbeginn 2005 ihren Abschluss hätten finden sollen und unter Cardoso geradlinig und zielorientiert abliefen, gerieten nach der Amtsübernahme Lulas schnell in die Krise. Im Laufe des Jahres 2003 ging die neugewählte Regierung zu einer kritischen Dreifrontenstrategie über. Zum einen versuchte sie, den Stichtag des Verhandlungsendes über den 1. Jänner 2005 hinauszuzögern, außerdem begann Lula, durch die Achse Brasília-Buenos Aires im Rahmen des Mercosul ein politisches Gegengewicht zu den USA aufzubauen und drittens strebte Brasilien danach, diverse Punkte, mit denen es nicht einverstanden war, aus dem Vertragswerk zu eliminieren. Nicht zuletzt wurde der Verhandlungsprozess nun transparenter gestaltet. Den Wendepunkt stellte schließlich das XV. Treffen der Verhandlungsdelegationen in Port of Spain (Trinidad und Tobago) im Oktober 2003 dar. Die brasilianische Gruppe präsentierte gemeinsam mit Argentinien, Venezuela und 17 weiteren Staaten ihren Vorschlag und eröffnete mit diesem Vorgehen eine Konfliktlinie, auf deren anderen Seite sich ein Block von 14 Nationen unter der Führung der USA formierte. Der entstandene Interessensgegensatz ließ sich nicht mehr ausräumen, lediglich auf den Entwurf eines Kompromissabkommens konnten sich die Minister einigen. Dieses sah eine ALCA mit unterschiedlichen Integrationsebenen vor, wobei der undefinierte Gesamtrahmen durch regionale und bilaterale Freihandelsabkommen ergänzt werden sollte. Das Ergebnis war jedoch de facto nicht mehr als eine unverbindliche Übereinkunft, welche vorerst keine Verpflichtungen für Brasilien und seine Mitstreiter nach sich zog. Im folgenden Jahr kam es zwar zu neuen Verhandlungsangeboten, doch mehrere wichtige Entscheidungsträger, unter ihnen Lula und Hugo Chávez, verkündeten bereits das Scheitern der ALCA. Ende November 2005 initiierten die Vereinigten Staaten im Rahmen des *Fourth Summit of the Americas* im argentinischen Mar del Plata den bislang letzten Versuch, das Projekt bis Ende 2006 doch noch einer Realisierung zuzuführen, doch erneut scheiterten sie am Widerstand der Mercosul-Gruppe. Im schließlich verabschiedeten Aktionsplan war keine Rede mehr von einer gemeinsamen Freihandelszone.[612] Der renommierte brasilianische Politikwissenschafter und Historiker Moniz Bandeira fasste den Status der ALCA nach Mar del Plata denn auch mit folgenden Worten zusammen: „It is quite possible that there never will be a FTAA, as Washington dreams of, which simply perpetuates an unequal relationship.“[613] Gestützt wird diese These durch den *Fifth Summit of the Americas* im April 2009 in Port of Spain. Dort durfte die ALCA nur mehr ein Schattendasein fristen und schien auf der

---

612 vgl. Schmalz 2008b, 165f.

613 zitiert nach Schmalz 2008b, 166

Agenda des Gipfeltreffens nicht mehr auf. Vielmehr beschäftigten sich die amerikanischen Staaten mit der damals omnipräsenten Wirtschaftskrise sowie Fragen der Wohlstandsverbreitung, der Energiesicherheit und der nachhaltigen Entwicklung.[614]

614 vgl. Organisation Amerikanischer Staaten, April 2009, 19. 1. 2010

***Abb. 26:*** *Nicht zuletzt durch die Wahlsiege linksgerichteter Parteien in zahlreichen Ländern Lateinamerikas in den letzten Jahren löst sich der Subkontinent – und mit ihm auch Brasilien – immer mehr aus dem Einflussbereich Washingtons.*[615]

---

615 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 89

Jenseits ökonomischer Interessensgegensätze bezieht Brasília auch in politischer Hinsicht divergierende Positionen gegenüber Washington. So fördert und unterstützt Brasilien in Südamerika linke, tendentiell USA-kritische Regierungen, die – wie bereits aufgezeigt – in immer mehr Ländern der Region die Macht übernehmen. Dennoch ist das bilaterale Verhältnis kein zerworfenes, vielmehr ist es von Pragmatismus, gutem Willen, Dialogbereitschaft und auch Kontinuität gekennzeichnet (so wechselte Lula etwa bei seinem Amtsantritt den von Cardoso übernommenen Botschafter Brasiliens in Washington nicht aus). Dies konnten die Präsidenten Lula und George W. Bush im Juni 2003 demonstrieren, als sie sich auf eine engere und qualitativ stärkere Partnerschaft einigten, welche regelmäßige Konsultationen auf ministerialer und Verwaltungsebene in nahezu allen Politikbereichen vorsahen. Von Brasilien wurde dieses Zusammentreffen als Erfolg und positive Entwicklung der Beziehungen gewertet.[616] Zwei Jahre später machten zudem drei hochrangige Vertreter der damaligen US-Regierung Lula ihre Aufwartung: Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Außenministerin Condoleezza Rice und der Vize-Außenminister Robert Zoellick. Die US-amerikanischen Repräsentanten machten in diesem Rahmen deutlich, dass sie Brasilien als stabilisierenden Faktor in einer aus ihrer Sicht zunehmend instabilen Region sähen und die Regierung Lula trotz mancher politischer und ideologischer Differenzen als Partner betrachteten. Keinen Konsens konnte man jedoch in der Frage des Umgangs mit Hugo Chávez erreichen. Während die Regierung Bush einerseits den Wert der guten brasilianischen Verbindungen zu Venezuela anerkannte, erwartete sie auf der anderen Seite, dass sich Lula klar gegen Chávez positionierte, da dieser eine Gefahr für die Stabilität in der Region darstellte. Diese Forderung wiederum wurde von Lula abgelehnt, er bot vielmehr seinem Naturell entsprechend eine Vermittlertätigkeit zwischen Washington und Caracas an.[617] Dass aber der sonst so konziliante und um Ausgleich bemühte Ton des Präsidenten aus dem *Palácio do Planalto* gegenüber dem Weißen Haus zuweilen auch härter und sehr kritisch klingen kann, bewies er im September 2008. Auf die von Journalisten gestellte Frage, welche Auswirkungen die sich zuspitzende Finanzkrise auf Brasilien habe, antwortete Lula: „Die Leute fragen mich nach der Krise und ich antworte: geht und fragt Bush, es ist seine Krise und nicht meine.“[618]

---

616 vgl. Gratius 2004, Seite 18f., 4. 11. 2009

617 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 9f., 9. 11. 2009

618 zitiert nach Hofmeister, Oktober 2008, 20. 1. 2010

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Brasilien und den USA heute gekennzeichnet von auf Freundlichkeit bedachter Distanz (wenngleich durch die Präsidentschaft Barack Obamas, der Anfang 2009 ins Weiße Haus einzog, der außenpolitische Wind aus Washington nun generell weniger rauh weht), einer gewissen Rivalität in Südamerika und gegenseitiger Akzeptanz auf der internationalen Bühne. Die Vereinigten Staaten respektieren unterschiedliche Positionen Brasiliens in internationalen Foren und erkennen das Land eingeschränkt als Hegemon im Mercosul an, nicht aber als Führungsmacht in Südamerika.[619] Brasiliens Anspruch wiederum, traditionelle Bündnisse wie jenes mit den USA zu pflegen, gleichzeitig aber neue Allianzen mit den Ländern des Südens aufzubauen, stellt sich als die wesentliche Gratwanderung der brasilianischen Außenpolitik in Bezug auf den panamerikanischen Referenzpunkt Washington dar. Das Geflecht aus alten und neuen Partnern sowie pragmatischen und strategischen Zielen stellt sich als höchst komplexe Aufgabe dar, die ein ständiges Abwägen und Ausbalancieren von widerstreitenden Interessen erfordert.[620]

### 5.4 Ein neues Selbstbild: Brasilien als *Global Player*

Brasilien teilt das Schicksal aller unterentwickelten Länder, die seit dem Aufkeimen der eurozentristischen Globalisierung im 15. Jahrhundert[621] die überwältigende Mehrheit der Nationen der Erde umfassen. Mit dem Anbruch des industriellen Kapitalismus im späten 18. Jahrhundert spaltete eine internationale Arbeitsteilung die Welt in zwei ungleiche Gruppen: in eine erste, deren Staaten Industriegüter und Kapital exportierten, den sogenannten *organic nucleus* der Welt, und eine zweite, bei weitem größere, die eine Anhäufung aller restlichen Länder war, deren einziges Exportgut Rohstoffe waren. Der *organic nucleus* der Weltwirtschaft monopolisierte den technischen Fortschritt und entwickelte sich auf diese Weise in materieller Hinsicht rasch weiter. Seine Produktivität war stets höher und so diktierte er der Peripherie und Semiperipherie Konsumgewohnheiten und oktroyierte ihr seine wissenschaft-

---

619 vgl. Gratius 2004, Seite 19, 4. 11. 2009

620 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 10, 9. 11. 2009

621 Zwar wurde der Begriff „Globalisierung“ erst aufgrund unserer durch Informationstechnologie verbundenen Welt am Ende des 20. Jahrhunderts geprägt, doch liegen die Wurzeln der Globalisierung de facto im 15. Jahrhundert, als Kolumbus nach Amerika segelte und somit die Ära des weltumspannenden Kolonialismus und der globalen Handelsbeziehungen einleitete.

lichen Theorien und politischen Ideologien. Die große Herausforderung der Peripherie ist es heute, ihre technologische Rückständigkeit durch eine beschleunigte Entwicklung zu überwinden. Die Länder des Südens versuchen, sich vom alten Muster des reinen Importeurs zu lösen und selbst die gestaltende Rolle von Produzenten und Exporteuren von Kapital, Technologie und Ideen zu übernehmen. Brasiliens großer Vorteil, diesen ökonomischen Rückstand aufzuholen und auf diese Weise zu einem *Global Player* zu werden, besteht in seinem riesigen Inlandsmarkt. Ein Vorteil, den das Land durch die intensive Liberalisierung, Privatisierung und Denationalisierung in den 1990er Jahren bislang nicht voll ausspielen konnte.[622]

Hand in Hand mit Brasiliens sukzessivem wirtschaftlichen Aufstieg geht das gestärkte Selbstbewusstsein, auf der weltpolitischen Bühne der internationalen Staatengemeinschaft heute ein nicht mehr zu negierender Faktor und substantieller Akteur zu sein. Der südamerikanische Riese nimmt für sich in Anspruch, die treibende Kraft der kontinentalen Integration zu sein (was mit den in Kapitel 5.2 angeführten Abstrichen auch zutrifft), kreiert alternative und dem Norden entgegenlaufende Interessensgruppen in Form einer neuen Süd-Süd-Achse und fordert zumindest punktuell die USA in der westlichen Hemisphäre heraus. Lulas Rede im Rahmen der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2009 gibt Zeugnis davon, dass das einst introvertierte Land heute „ein vor Selbstbewusstsein nur so strotzendes Brasilien“[623] darstellt. Drei zentrale Themen, die miteinander verknüpft werden, stechen daraus besonders hervor: die Finanzkrise, der Klimaschutz und das vorherrschende Weltordnungsmodell.

Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Einbruchs und einer weltweiten Rezession plädiert Lula für eine fundamentale Transformation des globalen Finanzsystems:

> „Brazil – fortunately one of the last countries to be hit by the crisis – is now one of the first to emerge from it. [...] Yet, I hold no illusions that we might solve our problems alone, within our own borders. Because the global economy is interdependent, we are obliged to intervene across national borders and must therefore re-found the world economic order. At the G20 and many other meetings I have held with world leaders, I have insisted on the need to irrigate the world

622 vgl. Singer 2001, 49 & 56

623 Friedl, Jänner 2010, 19. 1. 2010

> economy with a significant volume of credit. I have defended the regulation of financial markets, the widespread adoption of anti-cyclical policies, the end of protectionism and the fight against tax havens. With the same determination, my country has proposed a true reform of multilateral financial agencies. Poor and developing countries must increase their share of control in the IMF *[Internationaler Währungsfonds, Anm. d. Verf.]* and the World Bank. Otherwise, there can be no real change and the peril of new and greater crises will be inevitable. Only more representative and democratic international agencies will be able to deal with complex problems like reorganizing the international monetary system."[624]

Hinsichtlich Umweltfragen und des rasch voranschreitenden Klimawandels nimmt der brasilianische Präsident die internationale Gemeinschaft und vor allem die Industriestaaten des Nordens in die Pflicht und verabsäumt es dabei auch nicht, die Leistungen seines eigenen Landes auf diesem Gebiet hervorzuheben (auf den Umstand, dass diese zumindest partiell ebenfalls ambivalenten Charakters sind, werde ich in Kapitel 5.4.4 noch detailliert eingehen):

> „Unless political will prevails, threats to the world like climate change will continue to grow. All countries must take action to turn back global warming. We are dismayed by the reluctance of developed countries to shoulder their share of the burden when it comes to fighting climate change. They cannot burden developing countries with tasks which are theirs alone. Brazil is doing its part. [...] We plan to consolidate our role as a world power in green energy. Meanwhile, developed countries must set emission-reduction goals that go far beyond those tabled to date, which represent a mere fraction of the reductions recommended by the Intergovernmental Panel on Climate Change. We are also deeply concerned that funding for technological innovations needed to protect the environment in developing countries, as announced to date, is totally insufficient. The solution to these and other impasses will only arise if the perils of climate change are confronted with the understanding that we share common but differentiated responsibilities."[625]

Den Kern der Rede stellt zweifellos eine Reflexion der gegenwärtigen Weltordnung dar. Lula betont die Notwendigkeit einer Reform der Vereinten Nationen und der Zusammensetzung des Sicherheitsrats. Nur integrative Projekte wie die UNASUR in Südamerika könnten ein tragfähiges Gerüst bieten in einer Welt, deren Struktur sich in Richtung Multipolarität und

---

624 United Nations, September 2009, 20. 1. 2010

625 United Nations, September 2009, 20. 1. 2010

Multilateralität verschiebe. Abschließend führt er die drei wesentlichen Bedenken Brasiliens – die Finanzkrise, *global governance* und den Klimawandel – unter dem Dach einer unverzichtbaren Neukonzeption des internationalen Staatensystems zusammen:

> „Sixty five years later, the world can no longer be run by the same rules and values that prevailed at the Bretton Woods Conference. Likewise, the United Nations and its Security Council can no longer be run under the same structures imposed after the Second World War. We are in a period of transition in international relations. We are moving to a multilateral world. However, it is also a multipolar world, based on experiences in regional integration such as South America's experience in creating the UNASUR. This multipolar world will not conflict with the United Nations. On the contrary, it could be an invigorating factor for the United Nations. [...] The issues at the core of our concerns – the financial crisis, new global governance and climate change – have a strong common denominator. It is the need to build a new international order that is sustainable, multilateral and less asymmetric, free of hegemonies and ruled by democratic institutions. This new world is a political and moral imperative."[626]

### 5.4.1 Brasiliens Positionierung in internationalen Organisationen

Durch nichts wird Brasiliens Anspruch auf mehr Mitsprache und Gewicht in der internationalen Gemeinschaft deutlicher als durch die Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. In Kapitel 3 wurde im Zuge der Ausführungen über die Transformation des herrschenden unipolaren Weltordnungsmodells bereits darauf hingewiesen, dass ein Sicherheitsrat, dessen Zusammensetzung in der Grundsubstanz auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurückreicht[627], aus heutiger Sicht einen Anachronismus darstellt und korrigiert werden muss. In ihrer gegenwärtigen Form wird die Legitimität der Vereinten Nationen daher stetig schwinden, „unless the Security council takes at least Japan, India, Brazil, Germany and an African country into permanent membership, so that it reflects today's world rather than the one of 1945."[628]

---

626 United Nations, September 2009, 20. 1. 2010

627 Die faktisch einzige Veränderung ereignete sich 1971, als die aufstrebende Volksrepublik China den ständigen Sitz der Republik China (Taiwan) übernahm.

628 Economist 2007, 16. 3. 2009

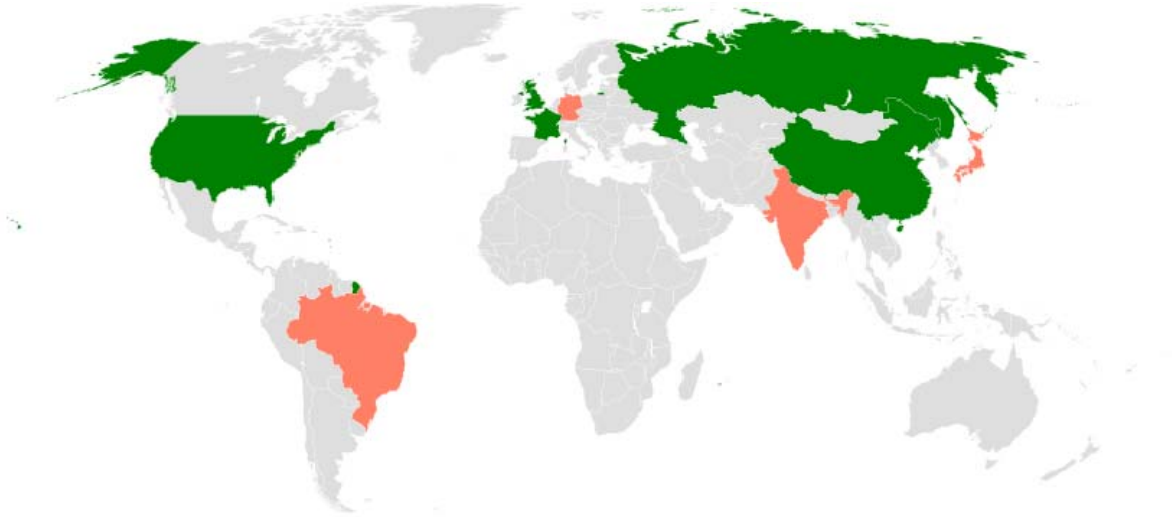

***Abb. 27:*** *Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China (grün von links nach rechts) sowie die einen Sitz beanspruchenden Länder Brasilien, Deutschland, Indien und Japan (rot von links nach rechts).*[629]

Am 26. September 1994 – also noch in den letzten Monaten der Amtszeit Itamar Francos – präsentierte Brasilien seine offizielle Kandidatur für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und wiederholte diese Forderung unter der Präsidentschaft Cardosos drei Jahre später im September 2007. Argumentiert wurde bereits damals nicht nur vor dem Hintergrund substantieller ökonomischer, geographischer und militärischer Qualitäten, die das Land aufwiese, sondern vor allem mit der Notwendigkeit einer stärkeren Repräsentation Lateinamerikas im Gremium. Brasilien sei als Vertreter des Subkontinents prädestiniert, da es den bei weitem größten Akteur der Region darstelle. Zwar erfreut sich Brasília in dieser offensiv ausgerichteten Außenpolitik weltweit vieler Freunde und Unterstützer (zumal es auf eine lange und erfolgreiche Tradition nichtständiger Mitgliedschaften zurückblicken kann und in der Periode 2010/11 bereits zum zehnten Mal temporärer Teil des Sicherheitsrates sein wird), doch stehen lateinamerikanische Staaten wie Mexiko und Argentinien diesen Plänen distanziert gegenüber, da sie entweder selbst ähnliche Ambitionen hegen oder eine weitere Stärkung Brasiliens regional wie global ablehnen.[630] Allen Widerständen zum Trotz erklärten Brasilien, Indien, Japan und Deutschland Ende September 2004, sich gegenseitig im Bemühen um einen

---

629 Quelle: Wikipedia: *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen,* 26. 1. 2010

630 vgl. Calcagnotto 1998, 93f.

ständigen Sitz zu unterstützen. Diese Nationen wurden daraufhin als die G4-Staaten bezeichnet.

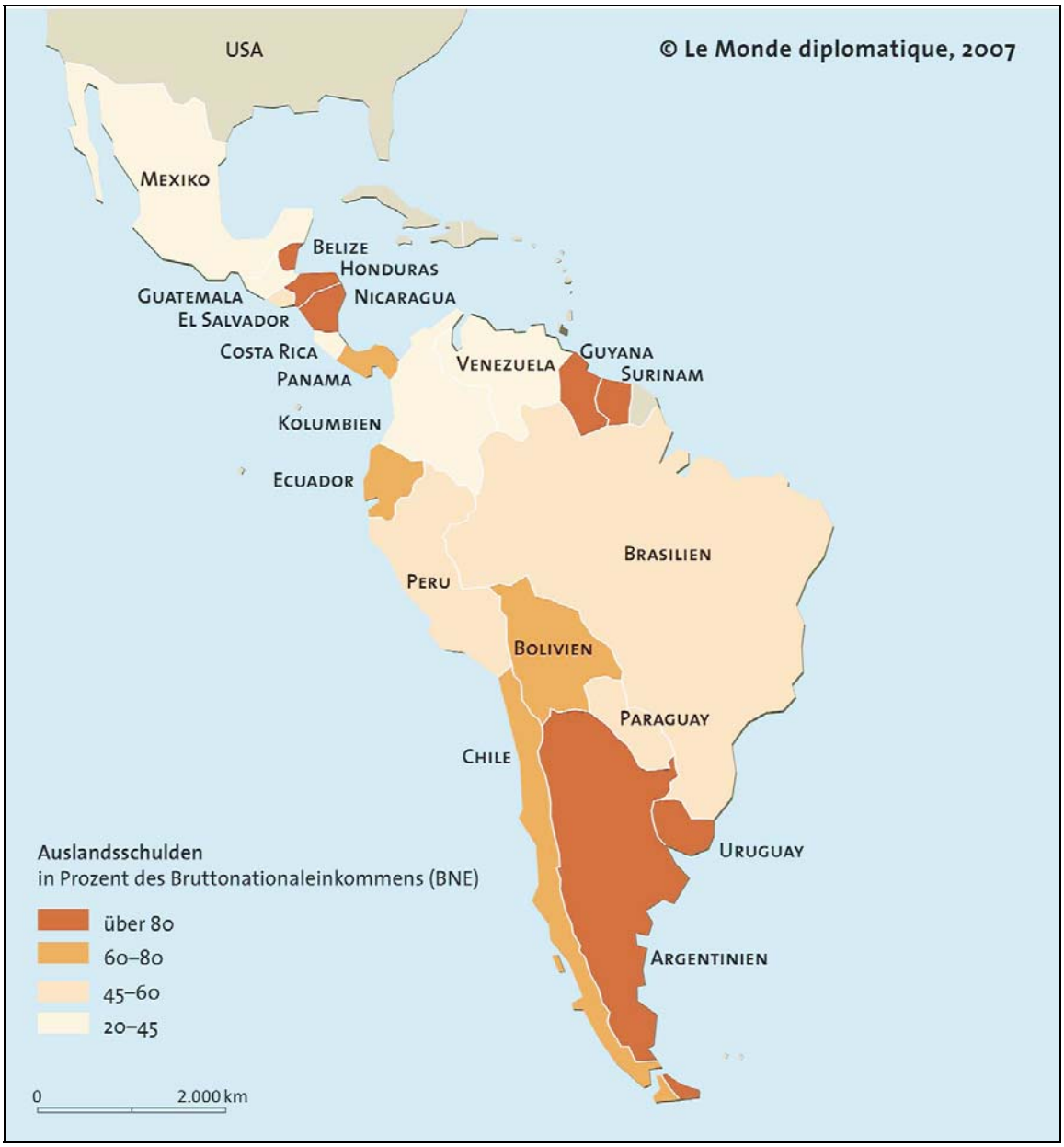


***Abb. 28:*** *Die Auslandsschulden der lateinamerikanischen Staaten in Prozent des Bruttonationaleinkommens. Brasilien schneidet in diesem Vergleich besser als mehrere seiner Nachbarn ab und stärkt dadurch seine Autonomie gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen und OECD-Staaten.*[631]

631 Quelle: Le Monde diplomatique 2007, 88

Einen essentiellen Schritt in Richtung internationale Autonomie und Selbstbestimmung setzte Brasilien im Dezember 2005, als es gemeinsam mit Argentinien verkündete, sich aus der Umklammerung des Internationalen Währungsfonds befreien zu wollen und die dort angehäuften Schulden in Höhe von 15,5 Milliarden US-Dollar zurückzuzahlen.[632] Möglich machten dies neben dem Rückgriff auf 23 Prozent der staatlichen Devisenreserven eine positive Handelsbilanz, ein ausgeglichener Staatshaushalt sowie eine Wertsteigerung des brasilianischen Real gegenüber dem US-Dollar.[633] Brasiliens vorzeitige Schuldenrückzahlung brachte den IWF zudem um Zinseinnahmen im Wert von fast 60 Millionen US-Dollar.[634] Im März 2008 hatte das südamerikanische Land zum ersten Mal in seiner Geschichte gegenüber dem Ausland rein rechnerisch keine Schulden mehr. Ein Bericht der Zentralbank erklärte, dass Brasilien nun kein Schuldner mehr, sondern mit einer Summe von 4 Milliarden US-Dollar Netto-Gläubiger sei. Zwar beliefen sich die faktischen Auslandsschulden auf 198 Milliarden US-Dollar, doch standen diesen die Devisenreserven der Zentralbank in der Höhe von 188 Milliarden US-Dollar sowie die Anlagen brasilianischer Banken im Ausland gegenüber, das Land wäre somit theoretisch in der Lage, die Verbindlichkeiten zu begleichen.[635] Im Juni 2009 kündigte Finanzminister Guido Mantega an, Schuldscheine des IWF im Wert von 10 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Durch diese beispiellose Entscheidung, die ein historisches Novum darstellt, erhofft sich Brasilien mehr Mitspracherecht bei der Reform des Währungsfonds. Lula sagte, dass der Kredit seinem Land die moralische Autorität verleihe, um nötige Reformen einfordern zu können.[636]

Auch die vordergründig ausklingende Finanzkrise vermochte Brasilien bislang nicht ernsthaft zuzusetzen und so die neugewonnene finanzielle Autonomie zu beeinträchtigen. Vielmehr scheinen die von Regierung und Zentralbank eingeleiteten Maßnahmen und Reformen zur Steuerung und Eindämmung der Krise gegriffen zu haben. Die brasilianische Volkswirtschaft ist heutzutage wesentlich stabiler als noch vor zehn Jahren. Ökonomen sind sich weitgehend darin einig, dass ihre Struktur der Regulierung des Finanzsystems und des Zahlungsverkehrs im internationalen Vergleich zu den modernsten gehört. So ist der Finanzplatz Brasilien regu-

632 vgl. Pomrehn, Dezember 2005, 26. 1. 2010

633 vgl. Vogt, Dezember 2005, 26. 1. 2010

634 vgl. Gurtner 2006, 26. 1. 2010

635 vgl. Henkel, März 2008, 26. 1. 2010

636 vgl. Tagesschau.de, Juni 2009, 26. 1. 2010

lierter und kontrollierter als etwa jener Europas und der USA, was sich in Zeiten der Krise als Vorteil erwies. Tatsächlich zeitigte der gerade noch abgewendete Kollaps des internationalen Finanzsystems sogar einen Nebeneffekt, welcher in Brasília durchaus Wohlgefallen hervorrief: die Rolle des Landes als globaler Akteur wurde aufgewertet. Offenbar wurde Lula mehrfach vom damaligen US-Präsidenten Bush kontaktiert und erhielt Informationen über die Maßnahmen der Regierung in Washington. Zugleich baten die Vereinigten Staaten um die Unterstützung ihres lateinamerikanischen Nachbarn. Am 11. Oktober 2008 lud Brasilien, das zu dieser Zeit den Vorsitz innehatte, zu einer G20-Sitzung nach Washington, um im Kreise der zwanzig weltweit stärksten Wirtschaftsmächte über konzertierte Aktionen zur Überwindung der Finanzkrise zu diskutieren. Auf diese Weise konnte sich das Land als ökonomisch maßgeblicher Akteur und verlässlicher Partner auf globaler wie regionaler Ebene profilieren.[637]

Die Regierung Lula setzt auch auf eine aktive WTO-Politik, in deren Zusammenhang die G20 eine essentielle Rolle einnimmt. Laut Schmalz ist dieses Forum „ein politischer Prototyp, der die *power to block consensus* mit der *power to influence* verbindet und als ein Erfolgsmodell für die Bildung neuer Verhandlungsgruppen dient."[638] Die G20 veränderte die lange Zeit in Stein gemeißelt scheinende Machtkonfiguration innerhalb der WTO und erreichte einen verstärkten Einfluss der Peripherie auf Kosten der OECD-Staaten[639], wobei Brasilien in der Gruppe von Anfang an eine Koordinatorenrolle bekleidete, die letztlich selbst von Indien und China akzeptiert wurde. Auch von Ronaldo Munck wird die Wichtigkeit des Landes im Entstehungsprozess der G20 hervorgehoben:

> „The Brazilian role in creating this counter-hegemonic alliance was crucial. [...] If it continues to coordinate its members and the G4 core group (Brazil, China, India and South Africa) are able to work together this would represent a major step in the loosening of the ties that bind the South to the dominant neo-liberal globalization project. And Latin America as a whole – led by Brazil – will undoubtedly play a positive role in this process."[640]

---

637 vgl. Hofmeister, Oktober 2008, Seite 4f., 20. 1. 2010

638 Schmalz 2008b, 150

639 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 9, 9. 11. 2009

640 Munck 2008, 201

Zugleich positionierte sich die Regierung Lula in der WTO in einzelnen Sachfragen klarer und nahm dadurch eine aktive Rolle ein.[641] Diese Strategie sollte bald Früchte tragen, denn Brasilien gelang es durch die Konsolidierung des Interessensblocks der G20, sich als zentraler Akteur bei den WTO-Verhandlungen und als Stimme der Entwicklungsländer zu etablieren.

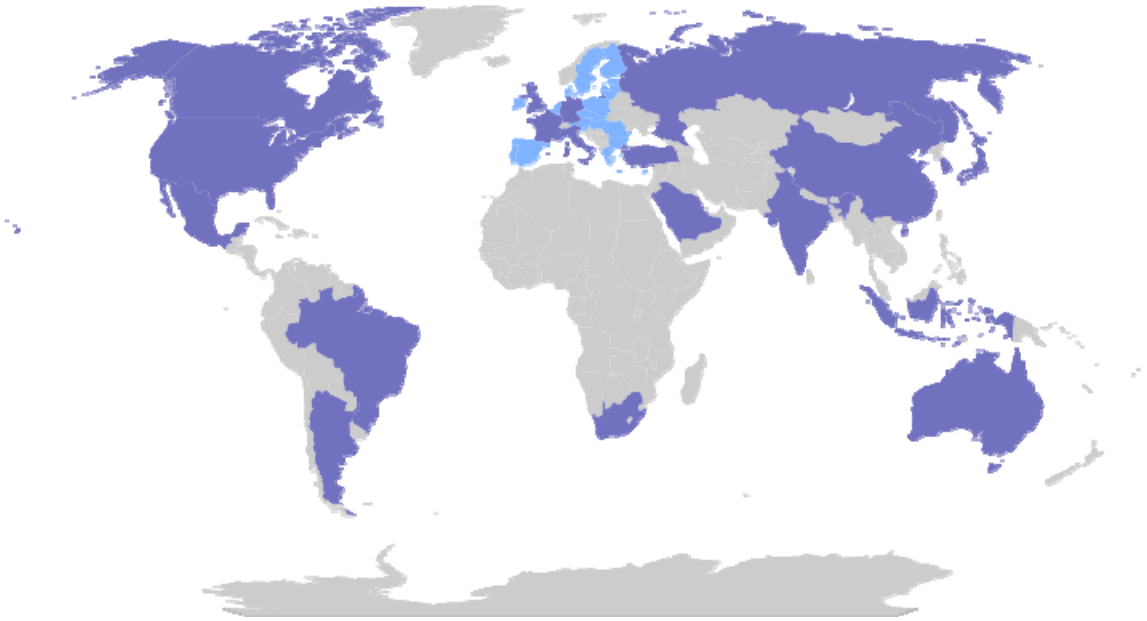

***Abb. 29:*** *Die Gruppe der G20, die als Forum für Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems dienen soll.*[642]

### 5.4.2 Transatlantische Bemühungen zwischen Brasilien und Europa

Die Beziehungen zu Europa pflegt die Regierung Lula über eine Reihe von Kanälen und macht dadurch deutlich, dass sie den europäischen Länderblock – insbesondere die EU – nicht nur als wichtigsten Handelspartner schätzt, sondern ebenso als wesentlichen politischen Partner betrachtet.[643] Neben der historisch bedingten kulturellen Verbindung mit der einstigen

641 vgl. Schmalz 2008b, 150f.

642 Quelle: Wikipedia: *G20*, 26. 1. 2010

643 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 9, 9. 11. 2009

Kolonialmacht Portugal sind Deutschland als größter Außenhandelspartner und Spanien als bedeutendster Investor für Brasilien die wichtigsten europäischen Einzelstaaten. Seit 1999 verhandelt der Mercosul mit der Europäischen Union zudem über ein erweitertes Freihandelsvertragswerk, das EU-Mercosul-Assoziierungsabkommen, jedoch stehen einem Abschluss bis zum heutigen Tag drei Hindernisse im Weg: zum ersten ist der Mercosul der bedeutendste Agrarexporteur Lateinamerikas, seine Ausfuhren nach Europa bestehen zu annähernd 50 Prozent aus landwirtschaftlichen Produkten, die jedoch mit den subventionierten heimischen Erzeugnissen der EU nur schwer zu konkurrieren vermögen. Zweitens möchte Brüssel neben dem reinen Warenaustausch auch Regeln für Investitionen, Dienstleistungen und öffentliches Beschaffungswesen in das Vertragswerk aufnehmen. Der südamerikanische Block war allerdings noch nicht in der Lage, sich in diesen Feldern auf eine gemeinsame Politik zu verständigen. Abschließend ist es dem Mercosul bis heute nicht gelungen, eine vollständige Zollunion mit gemeinsamen Tarifen für alle Importe zu schaffen.[644] Ähnlich wie der ALCA stand die Regierung Cardoso auch dem EU-Mercosul-Assoziierungsabkommen aufgeschlossen gegenüber. Lulas Amtsübernahme leitete allerdings auch hier eine neue Phase der Verhandlungen ein. Nachdem das Abkommen im Oktober 2004 in Lissabon vorerst gescheitert war, da die Angebote des Mercosul der EU nicht weit genug gingen, wurde der Dialog im September 2005 offiziell wieder aufgenommen. Seither würden nach Aussage der Europäischen Kommission die Gespräche auf technischer Ebene weitergeführt. Als zusätzliches Hindernis erwies sich zudem die Vollmitgliedschaft Venezuelas im südamerikanischen Bündnis.[645] Claudia Zilla veranlassen diese Entwicklungen zu einer kritischen Einschätzung des Integrationsprojektes: „Der Mercosur ist weiterhin weder eine perfekte Freihandelszone, noch eine vollständige Zollunion. Dieses Integrationsbündnis hat an Bedeutung verloren. Es ist nicht mehr das Trampolin, von dem aus seine Mitglieder auf den internationalen Markt springen.“[646]

Während der Zeit der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 fand nicht nur die historische Unterzeichnung des am 1. Dezember 2009 schließlich in Kraft getretenen Lissabon-Vertrages statt, welcher die Union auf ein neues institutionelles Fundament

644 vgl. Gratius 2004, Seite 20, 4. 11. 2009

645 vgl. Schmalz 2008b, 170ff.

646 Romero-Castillo, Juli 2009, 10. 2. 2010

stellte, sondern der Ministerpräsident Portugals, José Sócrates, organisierte auch das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und Brasilien. Obgleich es wohl keinen Zufall darstellte, dass gerade Brasiliens frühere Kolonialmacht hierbei federführend war, repräsentierte das Treffen doch ein Bekenntnis der EU als Ganzes, die neue globale Rolle des lateinamerikanischen Landes erkannt zu haben und ihr Rechnung zu tragen. Maihold bezeichnet diesen Schritt als „Brasiliens Aufstieg in die 1. Liga der EU-Außenbeziehungen“[647], wobei Brüssel in erster Linie daran interessiert ist, das bilaterale Verhältnis in den Bereichen Energie (Bioethanol), wissenschaftlich-technologische Kooperation und Regionalentwicklung auszubauen. Mit der Erklärung der „Strategischen Partnerschaft“ erkannte die EU zudem neben der wirtschaftlichen Bedeutung Brasiliens auch dessen gestärkte Position in Südamerika an. Nicht zuletzt soll es im kontinentalen Kontext gegenüber Venezuela aufgewertet werden, dessen wachsendem Einfluss in Lateinamerika von europäischer Seite mit einer gewissen Skepsis begegnet wird. Für Brasilien wiederum ist es in der jüngeren Vergangenheit zunehmend attraktiver geworden, seine Ambitionen jenseits neuer Integrationsbemühungen auf dem eigenen Subkontinent vielmehr auf den Ausbau seiner weltpolitischen Gestaltungsrolle zu fokussieren. Brasilien scheint sich darin zu gefallen, für internationale Partner der letztlich entscheidende südamerikanische Faktor zu sein. Durch sein territoriales und demographisches Gewicht ist das Land schlicht die maßgebliche Größe bei der Ausbalancierung der verschiedenen Integrationsprojekte Südamerikas und bei der Gestaltung der Beziehungen zu externen Akteuren.[648] Um es mit den treffenden Worten Maiholds zu formulieren: „Die Anerkennung als strategischer Partner durch die EU kommt diesem Selbstverständnis Brasiliens, dessen Außenpolitik auf meisterhafte Weise umfassende internationale Präsenz mit einer beschränkten Bereitschaft zur Übernahme von Kosten und maximaler Flexibilität zu vereinbaren weiß, sehr entgegen.“[649]

Während im Juli 2007 die „Strategische Partnerschaft“ zwischen Brasilien und der EU begründet wurde, fand im Dezember des darauffolgenden Jahres das zweite Gipfeltreffen statt, um die bilateralen Beziehungen zu vertiefen und im internationalen Kontext noch enger zusammenzuarbeiten. Der damalige EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy und der Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso berieten mit dem brasilianischen Staatsoberhaupt Lula

---

647 Maihold, Juli 2007, Seite 1, 10. 2. 2010

648 vgl. Maihold, Juli 2007, Seite 1f., 10. 2. 2010

649 Maihold, Juli 2007, Seite 3, 10. 2. 2010

über Fragen von gemeinsamem Interesse. Die wichtigsten Themen der Diskussion waren die internationale Finanzkrise, der Klimawandel, Energie, Multilateralismus und die politische Lage im Süden Lateinamerikas. Zusätzlich wurde ein Aktionsplan verabschiedet, in dem die politischen Prioritäten und Maßnahmen der transatlantischen Partnerschaft Erwähnung fanden. Die ehrgeizigen Eckpunkte dieser Agenda waren: Reform der Vereinten Nationen, Welthandel und Abschluss der Doha-Runde, neue internationale Finanzarchitektur, finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Investitionsbank und der Brasilianischen Entwicklungsbank, Forschung im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie, das EU-Mercosul-Assoziierungsabkommen, Reiseerleichterungen zwischen Brasilien und der EU sowie Umweltfragen. Der zweite transatlantische Gipfel bestätigte einerseits die guten Beziehungen zwischen beiden Partnern und demonstrierte, dass trotz vereinzelter inhaltlicher Divergenzen insgesamt ein hohes Maß an Konsens in zentralen Fragen besteht[650], andererseits konnten am Ende des Treffens wenig konkrete Ergebnisse präsentiert werden. Hervorzuheben ist, dass im Anschluss an den Gipfel eine bilaterale Zusammenkunft zwischen Frankreich und Brasilien stattfand. In deren Rahmen bekräftigte der französische Präsident Sarkozy seine nicht von allen EU-Staaten geteilte Position, wonach das südamerikanische Land das Recht auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat habe.[651]

Anlässlich des dritten Gipfels im Oktober 2009 in Stockholm wurden konkrete Folgemaßnahmen als Reaktion auf den Aktionsplan erwartet. Im Vordergrund der Beratungen standen die Punkte Forcierung von Frieden und Sicherheit durch ein effektives multilaterales System, nachhaltige Entwicklung, Förderung der regionalen Zusammenarbeit, Kooperation in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie die Intensivierung direkter Kontakte zwischen den Menschen Europas und Brasiliens. Darüber hinaus wurde die Errichtung eines Zentrums für Europäische Studien in Brasilien geplant. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, dass der bilaterale Dialog mittlerweile in den verschiedensten politischen und sozialen Bereichen stattfindet und nicht nur hochrangige Regierungsvertreter, sondern auch Akteure aus der Zivilgesellschaft daran partizipieren. Trotz der grundsätzlichen positiven Richtung, die diese Partnerschaft nimmt, darf nicht übersehen werden, dass die Verhandlungen über ein gemeinsames Handelsabkommen (ähnlich wie das EU-Mercosul-

650 vgl. Hofmeister, Dezember 2008, Seite 8f., 14. 1. 2010

651 vgl. Behn, Dezember 2008, 11. 2. 2010

Assoziierungsabkommen) ins Stocken geraten sind. Die größte Herausforderung für die beiden Protagonisten liegt somit nach Meinung Hoffmanns in der Interaktion zwischen bilateralen, interregionalen und multilateralen Ebenen und in der Frage, ob es möglich ist, multilaterale Beziehungen, besonders in Bezug auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, bilateral zu fördern, was der EU die Hauptverantwortung für den positiven Abschluss der Verhandlungen auferlegt.[652]

Bei allem Willen zur intensiven Kooperation schreckt Brasilien jedoch auch nicht davor zurück, die Europäische Union scharf zu kritisieren, wenn es seine Interessen hinsichtlich der Süd-Süd-Achse bedroht sieht. So äußerte sich Lula im Juni 2008 zur neuen EU-Abschieberichtlinie mit den Worten: „Der kalte Wind des Fremdenhasses weht wieder." Die Ausländerfeindlichkeit in Europa sei die falsche Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Globalisierung, vielmehr seien eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Nationen und eine größere Solidarität zwischen den Völkern erforderlich. Anstatt Einreiseverbote für Arme und Flüchtlinge zu verhängen, müsse Europa den Ländern des Südens helfen.[653] Auch ist der Status Europas als einer der engsten internationalen Partner Brasiliens zumindest in der politisch tonangebenden Schicht nicht unangefochten, wie eine rezente Studie offenbart: hierbei wurden die außenpolitischen Eliten des Landes in den Jahren 2001 und 2008 über die geopolitischen Prioritäten Brasiliens befragt. Dabei wurde manifest, dass führende Länder der EU wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien einen Bedeutungsverlust erfahren hatten, die BRIC-Staaten (Russland, Indien und China), die unmittelbaren südamerikanischen Nachbarn und afrikanische Länder – allesamt Akteure der sogenannten Süd-Süd-Achse – hingegen wichtiger geworden waren.[654]

---

652 vgl. Ribeiro Hoffmann, September 2009, Seite 2ff., 1. 12. 2009

653 vgl. Dilger, Juni 2008, 10. 2. 2010

654 vgl. Fischer-Bollin, September 2009c, Seite 1f., 1. 12. 2009

### 5.4.3 Auf zu neuen Ufern: die Süd-Süd-Achse

Nicht nur in den Augen der außenpolitischen Eliten, sondern auch nach Ansicht der Regierung Lula stellen die Länder des Südens eine wesentliche Komponente der neuen Außenpolitik dar. Ziel der Fokussierung auf diese in der Vergangenheit vernachlässigte Region ist es, im Zuge der Globalisierung und vor dem Hintergrund einer gemeinsamen kolonialen Vergangenheit ein Gegengewicht zum ökonomisch vorherrschenden Norden aufzubauen. Mit China und Indien sind hierbei auch die am stärksten aufstrebenden Wirtschaftsmächte des 21. Jahrhunderts als Partner beteiligt. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnte unter Federführung Brasiliens die G20 als seriöse Alternative zur etablierten und westlich-dominierten G8 geschaffen werden. Die indische Tageszeitung *The Hindu* ging 2007 so weit, mit der griffigen Schlagzeile „Vergesst die G8!“ zu titeln und im dazugehörigen Artikel zu betonen, dass es für Staaten wie Indien, Brasilien, China und Südafrika an der Zeit sei, ein eigenes Gipfeltreffen auszurichten, um die Weltordnung effektiver zu transformieren, anstatt wie Bittsteller vor den Portalen der G8 zu warten. Der Bericht wurde vor dem Hintergrund eines offiziellen Staatsbesuches Lulas in Indien, der seinerseits kurz vor dem G8-Treffen in Heiligendamm stattfand, publiziert. Der Zeitpunkt für die brasilianische Visite in Neu-Delhi war somit kein Zufall, sondern sollte davon Zeugnis ablegen, dass beide Länder des Südens sich als mitbestimmende Akteure hinsichtlich der Schaffung einer neuen politischen und ökonomischen Weltordnung begreifen.[655] Lula wurde mit den Worten zitiert, es sei höchste Zeit, „dass die aufstrebenden Nationen zu entscheidenden globalen Fragen gehört werden, wie zum Klimawandel, zu nachhaltiger Entwicklung, neuen und erneuerbaren Energiequellen und zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben.“ Indien und Brasilien seien mit einer ungleichen Weltordnung konfrontiert, welche sich unfähig zeige, auf Entwicklungs- und Sicherheitsprobleme adäquat zu reagieren. Daher würden Indien und Brasilien ihr Vertrauen in Multilateralismus und demokratischen Dialog bekräftigen und ihre entsprechende internationale Verantwortung bewusst wahrnehmen.[656]

---

655 vgl. König, Juni 2007, 18. 2. 2010

656 zitiert nach König, Juni 2007, 18. 2. 2010

Gemeinsam mit Südafrika bilden die beiden Nationen zudem die IBSA-Gruppe[657], welche ihren Ursprung in einem Treffen der entsprechenden Außenminister im Juni 2003 in Brasília hat. Bald folgten weitere Zusammenkünfte in Neu-Delhi, Kapstadt und Rio de Janeiro. Die wichtigsten Wirtschaftsmächte ihrer jeweiligen Region bemühen sich seitdem, durch den Ausbau der trilateralen Beziehungen eine Vorreiterrolle in der Süd-Süd-Kooperation einzunehmen und ein politisches wie ökonomisches Gegengewicht zu den Industrienationen des Nordens zu schaffen. Mbulelo Rakwena, der im südafrikanischen Außenministerium für die Region Lateinamerika zuständig ist, betont, dass die drei Staaten gut zueinander passen würden. Alle seien sie etablierte Demokratien, stünden auf einem vergleichbaren Entwicklungsniveau und hätten ähnliche Probleme mit der Armutsbekämpfung.[658] Gemäß Lula markiert das IBSA-Dialogforum die Vision einer neuen, auf kollektiver Solidarität basierenden Weltarchitektur, die sich in erster Linie auf den Kampf gegen Hunger und Armut konzentriere.[659]

Ein weiterer aus dem Osten stammender Partner der Süd-Süd-Kooperation ist China, das im April 2009 zum ersten Mal in der Geschichte die USA als wichtigsten Handelspartner Brasiliens abgelöst hatte. Bei einem Besuch in Peking kurze Zeit später versuchte Lula seinen chinesischen Amtskollegen Hu Jintao davon zu überzeugen, den US-Dollar als Zahlungsmittel im bilateralen Handel zu minimieren, um die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern und die finanzpolitische Dominanz Washingtons und somit des Westens[660] zu durchbrechen. Dieser Aspekt stellt zudem einen grundsätzlichen Eckpfeiler der außenwirtschaftlichen Prioritäten Lulas dar. Brasilien und China sind jedoch nicht nur auf ökonomischem Gebiet Verbündete, sondern arbeiten auch regelmäßig in den multilateralen Organisationen zusammen. So forderten die beiden Präsidenten unisono eine Reform der internationalen Finanzorganisationen IWF und Weltbank. Dennoch bestehen neben allem Konsens auch durchaus Divergenzen zwischen den beiden Akteuren, etwa in der Frage, auf welche Weise

---

657 IBSA: **I**ndien, **B**rasilien und **S**üd**a**frika

658 vgl. Thakurta, August 2006, 18. 2. 2010

659 vgl. König, Juni 2007, 18. 2. 2010

660 Aus Gründen der geographischen Exaktheit müsste man im Grunde von „Nordwesten“ sprechen, denn aus Sicht Chinas liegen sowohl die USA als auch Brasilien im Westen, letzteres demnach im Südwesten. Die im politischen Diskurs verankerten Termini, um die vorherrschenden Nationen des internationalen Systems kollektiv zu benennen, sind jedoch „Westen“ und „Norden“. Auf diese wird auch hier zurückgegriffen.

der UN-Sicherheitsrat verändert werden sollte.[661] Die brasilianische Öffentlichkeit steht der nominell kommunistischen Volksrepublik mittlerweile ohnehin skeptischer als früher gegenüber. Wurde das Reich der Mitte lange Zeit zum Hoffnungsträger hochstilisiert, dessen scheinbar unersättlicher Bedarf an Rohstoffen und Agrarprodukten Brasilien langfristig wachsende Exportzahlen bescheren sollte, so wird es heute zunehmend als wirtschaftliche Bedrohung wahrgenommen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die deutlicher spürbar werdende chinesische Konkurrenz bei verarbeiteten Produkten wie Bekleidung, Spielzeug und Elektronik. Zudem ist die politische Partnerschaft mit Peking von einer gewissen Stagnation geprägt (wie eben auch anhand der Diskussion um die Erweiterung des Sicherheitsrates ersichtlich wurde), denn während die brasilianische Regierung der chinesischen in zentralen Fragen wiederholt entgegenkam, blieben entsprechende Gegenleistungen eine Seltenheit.[662] So ist das sino-brasilianische Verhältnis in seiner Wertigkeit zusammenfassend nicht mit jenem zur EU und den USA gleichzusetzen.

Weniger relevant sind bislang die Beziehungen zu Russland, diese beschränken sich auf einzelne Abkommen und können sich (noch) auf kein koordiniertes institutionelles Forum stützen. Im Kern handelt es sich daher auf bilateraler Ebene um eine Kooperation ohne größere politische Tragweite, die keine Perspektive einer Gegenhegemonie zur ökonomischen Herrschaft der westlichen Industriestaaten bietet.[663]

Brasilien, Russland, Indien und China formen schließlich die BRIC-Gruppe. Es ist dies ein Begriff, der sich in den letzten Jahren zu einem geflügelten Wort entwickelt hat und häufig in einem Atemzug mit dem Niedergang der hegemonialen Stellung der OECD-Staaten genannt wird. Obgleich die BRIC-Staaten zweifellos über ein enormes Potential verfügen und zukünftig aller Voraussicht nach eine wichtige Rolle als Wachstumszentren der globalen politischen Ökonomie einnehmen werden, sind in einer Analyse auch deutliche Unterschiede in ihrer Sozialstruktur, ihrer ökonomischen Entwicklung und ihrer Position im Weltsystem auszumachen. Aus diesem Grund ist es schwierig, eine Prognose zur weiteren Dynamik der BRIC-Gruppe abzugeben. Sicher ist jedoch, dass diese Entwicklung die Außenwirtschaftspolitik

---

661 vgl. Knobloch, Mai 2009a, 18. 2. 2010

662 vgl. Meier/Radermacher, März 2006, Seite 10f., 9. 11. 2009

663 vgl. Schmalz 2008b, 200

Brasiliens entscheidend beeinflussen wird, da sie die Grundlage für eine breite Diversifizierung der brasilianischen Außenhandelsbeziehungen und somit für eine Politik eines *Terceiro Mundismo* – also einer Hinwendung zur sogenannten Dritten Welt – darstellt.[664]

Dass Gipfeltreffen abseits der herrschenden Weltordnung und unter Ausschluss der wirtschaftlich führenden Mächte allerdings nicht notwendigerweise ein Gegengewicht und somit mehr Balance im internationalen System erzeugen, sondern auch einen veritablen Schlag ins Wasser darstellen können, offenbarte jenes zwischen Südamerika und der Arabischen Liga im Mai 2005. Die Zusammenkunft auf höchster Ebene sollte nicht nur dem biregionalen Handel neue Impulse verleihen, es sollte auch die arabische Welt verstärkt in die Süd-Süd-Kooperation integrieren. Sowohl auf südamerikanischer als auch auf arabischer Seite fiel die Initiative Brasiliens allerdings nicht auf ausschließlich fruchtbaren Boden, vielmehr blieben die Könige von Saudi-Arabien, Jordanien und Marokko sowie die Präsidenten von Ägypten, Syrien und Lybien dem Gipfel fern.[665] Die Zeitung *O Estado de São Paulo* zog dementsprechend ein launiges Resümee: „Die Schlussbilanz des Gipfels Südamerika und Arabische Länder [...] kann in wenigen Worten zusammengefasst werden: Südamerika im allgemeinen hat nichts gewonnen, die arabischen Länder erreichten, was sie wollten – die Konferenz als neue Tribüne zu nutzen, um Israel und die Vereinigten Staaten anzugreifen. Und Brasilien hatte nur Nachteile.“[666] Es ist somit höchst zweifelhaft, ob dieser Gipfel auf kontinentaler oder internationaler Ebene der Reputation und den Interessen Brasiliens genützt hat.

Versucht man, die Wertigkeit und Wichtigkeit der Süd-Süd-Achse für Brasilien zu ergründen, so gilt es zu berücksichtigen, dass die Emphase, die Lula auf diese partiell interperipheren Beziehungen legt, von der parlamentarischen Opposition und auch Teilen des *Itamaraty* nur mit Vorbehalt unterstützt wird. Hinter dieser Skepsis steht die Überzeugung, dass Brasilien seiner Rolle in der Weltpolitik nicht in einer Südallianz, auch nicht in einer Führungsrolle, gerecht werden könne. Dies sei nur möglich, wenn das Land als *principal power* direkt mit den dominierenden Weltmächten interagiere.[667] Dies tut Brasilien jedoch ohnehin, da Indien

---

664 vgl. Schmalz 2008b, 194f.

665 vgl. Hofmeister, Mai 2005, 9. 1. 2010

666 zitiert nach Hofmeister, Mai 2005, 9. 1. 2010

667 vgl. Maihold, Juli 2007, Seite 4, 10. 2. 2010

und China – obwohl gleichzeitig Teil der Süd-Süd-Kooperation – ebendieser Schar ökonomisch vorherrschender Nationen bereits angehören. Südafrika repräsentiert einen der substantiellen Akteure auf dem oft übergangenen afrikanischen Kontinent und mit den mächtigen Eckpfeilern des Nordens, der EU und den USA, werden Beziehungen auf einer qualitativ relativ hohen Ebene, die auch kritische Worte zulässt, gepflegt. Somit ist die Argumentation der in Bezug auf die Süd-Süd-Achse skeptischen Stimmen etwas differenzierter zu betrachten. Die Tragfähigkeit der außenpolitischen Strategie der Regierung Lula wird sich vielmehr an der Frage entscheiden, „ob die neuen Allianzen mit den aufstrebenden Mächten des Südens auch angesichts von Interessensgegensätzen Bestand haben."[668]

### 5.4.4 Brasiliens ambivalenter Beitrag zur Klimapolitik

Immer wichtiger und drängender wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Frage des globalen Klimawandels. Dieser Prozess der Erderwärmung, dessen Zeuge wir gegenwärtig sind, hat in manchen Regionen der Erde durch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürre und Wirbelstürme bereits verheerende Verwüstungen angerichtet. Durch den prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels drohen zudem in Zukunft ganze Inselstaaten des Pazifiks im wahrsten Sinne des Wortes unterzugehen. Brasilien hat beim Versuch, dieser die Menschheit als Ganzes bedrohenden Entwicklung gegenzusteuern in dreierlei Hinsicht eine wichtige Funktion inne: zum ersten stellt es aus ökonomischer Sicht ein Schwellenland dar, welches danach trachtet, den Rückstand auf die Industrieländer des Nordens zu verringern. Dieses Ziel läuft jedoch aufgrund der industriellen Emissionen, die damit verbunden sind, der Absicht der internationalen Gemeinschaft zuwider, den weltweiten $CO_2$-Ausstoß zu verringern. Zweitens nimmt Brasilien heute unter den Produzenten von Biokraftstoffen weltweit eine herausragenden Position ein und bietet somit eine Alternative zu fossilen Brennstoffen an – allerdings um den nicht zu vernachlässigenden Preis, dass die für Bioethanol verwendeten Felder für den Anbau von Nahrungsmitteln verlorengehen. Insbesondere in einem Land, in dem von der Regierung der Kampf gegen den Hunger ausgerufen wurde (*Fome Zero*), ruft dies Bedenken hervor, die nicht einfach negiert werden sollten. Der global betrachtet essentiellste Aspekt ist aber der dritte, nämlich die Tatsache, dass sich mit dem tropischen Waldgebiet Amazônia der

668 Meier/Radermacher, März 2006, Seite 11, 9. 11. 2009

größte Regenwald der Welt und somit die grüne Lunge der Erde zu großen Teilen auf brasilianischem Staatsgebiet befindet.

Brasiliens Selbstverständnis in der Frage nach seinem Beitrag zum Klimawandel wiederum beruht auf vier Säulen: erstens sieht es sich als Schwellenland, das kaum historische Verantwortung für den Klimawandel trägt und durch innere soziale Ungleichheiten zur sozioökonomischen Entwicklung verpflichtet ist; zweitens beruft es sich auf seine Exportkraft im Bereich Biokraftstoffe; drittens weiß es um seinen Ressourcenreichtum und vor allem sein ökologisches Potential und viertens ist es bestrebt, seine Rolle in der internationalen Politik aufzuwerten.[669] Keinen Zweifel an der Wichtigkeit des Themas für sein Land lässt Washington Novães, seines Zeichens Umweltberater und ehemaliger Staatssekretär im brasilianischen Umweltministerium:

> „From whatever angle one approaches the issue, whatever the knot one tries to undo, it remains clear that to overcome the great challenges it will face in the 21st century Brazil must drastically change its posture – and place the environment issue at the forefront and center of every policy, so that it pervades all concepts and all actions. If this is not done, we will proceed from precariousness to precariousness, and always return to an increasingly complex and somber starting point."[670]

Tatsächlich beteiligt sich Brasilien bereits seit dem sogenannten „Erdgipfel" von Rio de Janeiro im Jahr 1992 an der weltweiten Klimadebatte. Im Februar 1994 wurde vom Nationalkongress die Klimarahmenkonvention ratifiziert, im April 1998 das ergänzende Kyoto-Protokoll – bis heute angesichts des faktisch gescheiterten Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 das einzige verbindliche internationale Abkommen zur Verringerung der Treibhausgase – unterzeichnet und schließlich im Februar 2005 ratifiziert. Jedoch ist Brasilien dank seiner Klassifizierung als Schwellenland nicht zur Reduktion der Kohlendioxidemissionen verpflichtet, sondern leistet seinen Beitrag auf freiwilliger Basis.[671] In der aktuellen Klimadebatte betont es daher vornehmlich seine positive Rolle als zukünftig weltweiter Lieferant

669 vgl. Zilla 2009, Seite 87, 1. 1. 2010

670 Novães 2003, 291

671 vgl. Hermanns 2007, 1. 1. 2010

von Biokraftstoffen, die inzwischen zum primären Thema auf der internationalen Agenda des Landes avanciert sind. Diese Alternative zu herkömmlichen, auf Erdöl basierenden Kraftstoffen bietet Brasilien die einzigartige Gelegenheit, sich im Kontext der Weltwirtschaft besser zu positionieren und Wachstum und Entwicklung im eigenen Land zu fördern.[672] Zudem stellen Biokraftstoffe ein außenpolitisches Mehrzweckinstrument der brasilianischen Regierung dar: einerseits wird in ihnen die Chance gesehen, durch sie für die Lösung globaler Probleme wie Klimawandel und unsichere Energieversorgung international an Gewicht zu gewinnen; andererseits verringern sie die Abhängigkeit vom venezolanischen Öl, was Brasiliens ordnungspolitische Rolle als Regionalmacht auf dem Subkontinent stärkt.[673]

Geht man von der ausschließlichen Betrachtung der Biokraftstoffe ab und stellt die brasilianische Umweltpolitik in einen größeren Rahmen, so ergibt sich ein differenziertes Bild aus Aktiva und Passiva: auf der Habenseite ist zu verbuchen, dass der Ausstoß an Treibhausgasen gemessen an der Bevölkerungsgröße und in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt im globalen Vergleich gering ist. Brasiliens Emissionswerte liegen unter jenen anderer Schwellenländer wie China, Indien, Russland oder Südafrika, zudem unterschreiten sie nicht nur den weltweiten, sondern auch den lateinamerikanischen Durchschnitt. Das Land weist auch einen relativ sauberen Energiemix auf, Wasserkraft nimmt mit 36 Prozent Anteil an der nationalen Stromerzeugung die zentrale Rolle ein, wohingegen Kohle mit nur einem Prozent lediglich von marginaler Bedeutung ist. Im Jahr 2008 waren 45,3 Prozent der hergestellten Energie erneuerbarer Natur. Dennoch geht die Entwicklung des Ausstoßes von Treibhausgasen trotz des gegenwärtig noch niedrigen Niveaus in eine alarmierende Richtung. Zwischen 1990 und 2000 nahmen die $CO_2$-Emissionen in absoluten Zahlen um rund 58 Prozent zu, pro Kopf um etwa 31 Prozent. Statistiken, welche die rasante ökonomische Entwicklung eines aufstrebenden Schwellenlandes widerspiegeln. Seinen Status als weltweit höchst signifikanter Faktor im Kampf gegen den Klimawandel verdankt Brasilien allerdings dem Umstand, dass es über eine außergewöhnliche biologische Vielfalt verfügt und zahlreiche Ökoregionen beheimatet. Im

---

672 Gegenwärtig haben Brasilien und die USA gemeinsam einen Anteil von 70 Prozent an der Weltproduktion von Bioethanol. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, wo die Produktion auf Mais beruht, stellt in Brasilien Zuckerrohr die Basis dar. 2006 wurden in Brasilien 17,7 Millionen Kubikmeter Bioethanol hergestellt, wovon 15 Prozent exportiert wurden, was wiederum einem Anteil von circa 50 Prozent am weltweiten Exportmarkt entspricht.

673 vgl. Mildner/Zilla 2007, Seite 2, 1. 1. 2010

Mittelpunkt steht hierbei das Waldgebiet Amazônia, der größte Regenwald der Erde. Dieses deckt 20 Prozent des weltweiten Süßwasserbedarfs und wird aufgrund seiner Kapazitäten zur Sauerstoffproduktion als „Lunge der Welt“ bezeichnet. Auch wenn Brandrodung und Abholzung in den letzten Jahren durch entsprechende Bemühungen der brasilianischen Regierung stark zurückgegangen sind, stellen sie noch immer eine weitverbreitete Praxis mit einem negativen Doppeleffekt dar: nicht nur wird $CO_2$ freigesetzt, auch das Potential, $CO_2$ zu binden, wird durch die Rodung der Wälder vernichtet.[674]

Der bereits zitierte Novães betrachtet es als die substantielle brasilianische Herausforderung des 21. Jahrhunderts, eine Politik einer wahrhaft nachhaltigen Entwicklung zu entwerfen und umzusetzen. Es dürfe dabei ebenfalls nicht außer acht gelassen werden, die gegenwärtig vorherrschenden Wachstumsmodelle, welche lediglich auf ökonomischen Aspekten basierten und ökologische sowie soziale Gesichtspunkte ausklammerten, in Frage zu stellen. An dieser Stelle sieht er auch den Zusammenhang mit der überwältigenden sozialen Ungleichheit im Land: „It must be remembered that, for this reason, we have some of the worst indicators of wealth concentration in the world.“[675]

Drei Faktoren sind es, welche die Formulierung einer klimafreundlicheren Politik und die Implementierung entsprechender Maßnahmen erschweren: erstens wird sozioökonomische Entwicklung nach wie vor als primäres Ziel Brasiliens angesehen, verstärkter Klimaschutz könnte sich hier als Hindernis erweisen. Auch schränkt das mächtige Agrobusiness – ein *global trader* von Agrarprodukten – mit seinen spezifisch wirtschaftlich ausgerichteten Interessen den Spielraum der Regierung in Bezug auf Umweltpolitik erheblich ein. Zweitens beeinträchtigen das riesige Territorium und die föderale Staatsstruktur eine effektive Umsetzung von Beschlüssen der Zentralregierung. In abgelegenen Regionen wie in Amazonien kann der Staat sein Gewaltmonopol kaum geltend machen. Zum dritten ist der Regenwald in Brasilien ein Politikum und genießt einen hohen politisch-strategischen Stellenwert. Aufgrund eines eng verstandenen Souveränitätsprinzips – Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – reagiert das Land sehr sensibel auf Initiativen, welche eine Internationalisie-

674 vgl. Zilla 2009, Seite 83ff., 1. 1. 2010

675 Novães 2001, 298

rung Amazoniens vorsehen und auch gegenüber den Aktivitäten zahlreicher internationaler NGOs im Regenwald.[676]

Trotz all dieser Vorbehalte ist Brasilien ein außerordentlich wichtiger Akteur in der globalen Klimapolitik. Dieses Umstandes ist sich auch Barack Obama bewusst: Brasilien war in Gestalt seines Präsidenten Lula Teil jener vom US-amerikanischen Präsidenten einberufenen illustren Gesprächsrunde auf dem Kopenhagener Klimagipfel, die schließlich den Minimalkonsens hervorbrachte, dass die Erderwärmung künftig 2 Grad Celsius nicht überschreiten dürfe.[677] Das ökologische Potential und sein soziales Entwicklungsmodell machen Brasilien auf diesem Gebiet zu einem unverzichtbaren Partner für *global governance*. Grundsätzlich vertritt es eine harte Verhandlungsposition in der Übernahme von Verpflichtungen zu Umweltschutzmaßnahmen, doch sind eine Reihe nationaler Maßnahmen zum Schutz der Wälder und zur Bewältigung des Klimawandels vorsichtig positiv zu bewerten. Nicht zuletzt legte Brasilien in der jüngsten Vergangenheit eine zunehmende Kompromissbereitschaft bei Klimathemen an den Tag. Diese kann extern am besten gefördert werden, indem die internationale Gemeinschaft von Initiativen Abstand nimmt, welche die brasilianische Souveränität über Amazonien zur Disposition stellen und das Land somit in eine reaktionäre Abwehrhaltung aus Trotz drängen.[678]

### 5.5 Brasilien – Bilanz einer äußeren Verfasstheit

Die Regierung Lula beansprucht für Brasilien eine Führungsrolle auf dem südamerikanischen Kontinent und in letzter Instanz auch eine wesentliche Mitsprache im Kreis der globalen Akteure der Welt. Eine Kritik, welcher das Land in diesem Zusammenhang nicht zu Unrecht

---

676 vgl. Zilla 2009, Seite 91, 1. 1. 2010

677 Aus Klimaschwankungen der letzten Warm- und Eiszeiten wurde ein Temperaturbereich von 2 Grad Celsius definiert, den Flora und Fauna in der Vergangenheit tolerierten. Würde dieser Rahmen verlassen, wären einschneidende Veränderungen in Zusammensetzung und Funktion der heutigen Ökosysteme zu erwarten, so eine Studie. Zahlreiche Klimaforscher warnen vor schweren Folgeschäden, wenn das Zwei-Grad-Ziel nicht erreicht wird. Seit Beginn der Industrialisierung ist die Temperatur um 0,7 Grad Celsius geklettert, es verbleiben also 1,3 Grad Spielraum.

678 vgl. Zilla 2009, Seite 91f., 1. 1. 2010

häufig ausgesetzt ist, zielt auf seine mangelnde Bereitschaft, die politischen und vor allem ökonomischen Kosten einer solchen Führungsrolle zu tragen und sich zu einem klaren Kurs ohne jegliche Ambivalenzen zu bekennen. Zu sehr überwiegt häufig noch das Bemühen, zu allen Akteuren eine gute Beziehung ohne Reibungspunkte zu pflegen. Einerseits werden Lobeshymnen auf Barack Obama angestimmt, andererseits gehörte Brasilien zu den ersten Staaten weltweit, die dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad zum Sieg bei den umstrittenen Wahlen im Juni 2009 gratulierten. Auch die BRIC-Achse genießt gegenwärtig in Brasilien eine gewisse Popularität, gleichwohl sollte Lula gegenüber Regimen wie jenen in Russland und China Vorsicht walten lassen. Eine legitime und anerkannte politische Führung auf dem eigenen Kontinent wird durch solch zweifelhafte Seilschaften nicht erleichtert.[679] Auf den Punkt brachte es kürzlich die renommierte britische Zeitschrift *Economist*, die in den brasilianischen Eliten mit der folgenden Aussage eine Debatte über den eingeschlagenen Kurs entfachte: „Whose side is Brazil on? – It's time for Lula to stand up for democracy rather than embrace autocrats."[680]

Gelingt es Brasilien aber, sich zukünftig zu dieser notwendigen Klarheit zu bekennen, wird es hierdurch auch den Status einer unangefochtenen positiven Regionalmacht einnehmen können. Bei allen noch vorhandenen Mängeln ist das diesbezügliche Urteil Gilberto Calcagnottos jedoch durchaus positiv:

> „The overt functions of the regional power Brazil are highly positive, since they point to cooperation for peace and development both on the internal and external fronts with regard to bilateral, regional, multilateral and international relationships. No hegemonic ambitions nor violent instruments are imminent. Brazilian foreign policy makers reveal a great awareness about the country's social, economic, political and geostrategic problems and perspectives, as well as about the same perspectives and problems of partners."[681]

Susanne Gratius spricht vom Aufstieg Brasiliens von einer diskreten Regional- zu einer kooperativen Führungsmacht: „Brasilien spielt als Wortführer der Schwellenländer und als sta-

---

679 vgl. Fischer-Bollin, September 2009a, 1. 12. 2009

680 zitiert nach Fischer-Bollin, September 2009a, 1. 12. 2009

681 Calcagnotto 1998, 113f.

bilste Demokratie Südamerikas eine zunehmend wichtige Rolle in der Welt. Unter der Regierung von Luiz Inácio ‚Lula' da Silva ist der schlafende Riese des Kontinents zu neuem Leben erwacht und profiliert sich als eine aktive Macht des Südens."[682] Tatsächlich hat das Land in den vergangenen Jahren ein hervorragend funktionierendes Netzwerk aus diplomatischen Beziehungen entwickelt. So unterhält es gute transatlantische Kontakte zur Europäischen Union, arrangiert sich in der eigenen Hemisphäre mit den Vereinigten Staaten, nimmt eine aktive Rolle in den UN ein, und ist daneben bemüht, die Kooperation mit den Ländern des Südens – sei es auf dem afrikanischen Kontinent mit Südafrika oder in Asien mit Indien und China – zu intensivieren, um eine Gegenhegemonie zur westlich dominierten globalen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Das wirksamste Mittel in der Verfolgung einer solch multidimensionalen Außenpolitik ist zweifellos Brasiliens *soft power*, die das höchst professionell agierende *Itamaraty* gekonnt einzusetzen weiß. Der Begriff der *soft power*, der ins Deutsche nur unzureichend mit der Bezeichnung „Weiche Macht" übertragen werden kann, wurde in den 1980er Jahren von dem US-Amerikaner Joseph Nye geprägt.[683] Er bezieht sich auf die politische Einflussnahme – insbesondere in den internationalen Beziehungen – auf Grundlage kultureller Attraktivität, der nationalen Ideale und unter Zuhilfenahme internationaler Institutionen. Das wesentliche Kriterium der *soft power* ist die Machtausübung durch Einwirkung auf die Ziele anderer politischer Akteure, ohne dass hierzu ökonomische Anreize oder gar militärische Drohungen – die dem Gegenpol der *hard power* entsprechen würden – herangezogen werden:

> „Soft power lies in the ability to attract and persuade. Whereas hard power – the ability to coerce – grows out of a country's military or economic might, soft power arises from the attractiveness of a country's culture, political ideals, and policies. [...] And it is soft power that will help us deal with critical global issues that require multilateral cooperation among states."[684]

*Soft power* ist ein substantieller Faktor für Brasiliens Ambitionen, in der internationalen Gemeinschaft einen gewichtigeren Platz einzunehmen. Nicht nur, weil es im globalen Vergleich

---

682 Gratius, März 2004, Seite 5, 4. 11. 2009

683 siehe Nye 2004

684 Nye, 2004, 19. 2. 2010

ohnehin über wenig *hard power* verfügt, sondern vor allem, weil es der bei weitem nachhaltigere und erfolgsversprechendere Weg ist, sich Einfluss und gute Reputation zu verschaffen. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sind letztlich die Faktoren, welche einen Partner auf zwischenstaatlicher Ebene (und nicht nur dort) zu einem guten Partner machen. In einer tabellarischen Zusammenfassung ist die Außenpolitik Lulas durchaus als Erfolgsgeschichte einzustufen, wenngleich naturgemäß auch gewisse Versäumnisse zu konstatieren sind:

| **Erfolge** | **Defizite** |
|---|---|
| Seit Lulas Amtsantritt ist Brasilien nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu einem globalen Spieler geworden. Es hat den Schritt vom *global trader* zum *global actor* erfolgreich gemeistert. | Während Brasilien auf globaler Ebene durchaus selbstbewusst und offensiv auftritt, ist sein Auftreten in der eigenen Region zuweilen noch von zu großer Zurückhaltung geprägt. |
| Durch ein verstärktes Eingehen auf kleinere Nachbarn und deren Interessen und Bedürfnisse erhält Brasilien die moralische Legitimation, sich als kooperative regionale Führungsmacht zu etablieren. | In seinem Anspruch, die lateinamerikanische Führungsmacht zu repräsentieren, ist Brasilien mit einer Opposition aus Argentinien und Mexiko sowie wachsender Konkurrenz durch Venezuela konfrontiert. |
| Der intensivierte Multilateralismus des Südens hat Brasiliens internationale Position gestärkt. Primärer Ausdruck dieser Entwicklung sind das Staatenbündnis IBSA (Indien, Brasilien, Südafrika) und die Gründung der G20. | Ungewiss ist, wie sich die südamerikanischen Integrationsprojekte Mercosul und Unasur weiterentwickeln werden. Hier wird von Seiten Brasiliens mehr konkrete Unterstützung der kleineren Länder erforderlich sein. |
| Lula übt durch seine Politik anders als etwa Venezuelas Chávez in Südamerika mäßigenden Einfluss aus. | Bis heute verfügt Brasilien über keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. |
| Brasilien verfügt über *soft power*, es ist als glaubwürdiger und verlässlicher Partner in der Staatengemeinschaft hoch angesehen. | Die sozialen Ungleichheiten im Land behindern eine uneingeschränkte Entfaltung nach außen. |

Brasilien hat eine Wahl – und zwar nicht lediglich zwischen den von manchen elitären Ideologen vertretenen beiden Extremen, sich entweder demütig in die sich langsam herauskristallisierende neue internationale Ordnung einzufügen (und sich auf diese Weise dem unvermeidlichen Status der Unterordnung hinzugeben) oder einem Rückfall in die Barbarei zu erliegen. Die wahre Wahl liegt nach Arruda Sampaio in der Frage, ob Brasilien der aufkeimenden multipolaren Weltordnung bewusst als Untergebener beitreten möchte oder ob es vielmehr die historische Anstrengung unternehmen wird, den bereits Jahrhunderte währenden Aufbau einer Nation abzuschließen und so das unrühmliche Schicksal einer ökonomischen Rekolonisierung zu vermeiden:

> „By choosing to build the nation, the Brazilian people would certainly not evade hardships and suffering, because no society facing a dilemma can hope to escape them. But at least we would be marching toward becoming a civilized nation, free from the social evils that have become our trademark. [...] Brazilian society meets all the requirements to follow this course. First, because a national sentiment has by now thoroughly penetrated all layers of the population and many of the institutions that would have strategic roles in forming a national State. Second, because the development of production forces has already reached a level that enables the country to produce the goods and services needed to assure an adequate standard of living for everyone. And, finally, as Celso Furtado [...] said, 'Few are the regions in the world where the ratio man/natural resources, including soil and water for agriculture is as favorable as ours.'"[685]

Das Fundament, den autonomen Staatenbildungsprozess, den Brasilien 1822 mit dem *Grito de Ipiranga* und der Ausrufung der Unabhängigkeit begann, zu vollenden, ist allen Widerständen zum Trotz gelegt. Auf Basis einer solchen Transformation, die unter Lula eingeleitet wurde, hat das Land das Potential, seine Energie auch nach außen zu richten und jenen Platz in der Weltgemeinschaft einzufordern, der ihm aus seinem Selbstverständnis heraus zusteht. Nicht umsonst heißt es in Brasilien: *Deus é Brasileiro*[686].

---

685 Arruda Sampaio 2001, 249 & 251f.

686 „Gott ist Brasilianer"

## 6. Conclusio

> „Das Brasilien von heute präsentiert sich so widersprüchlich wie seine Geschichte. Es trägt das Erbe von 500 Jahren Eroberung und Besiedelung, von Sklaverei und Einwanderung gewissermaßen schon genetisch in sich. Es trägt [...] in seinem kollektiven Gedächtnis diese 500 Jahre indianischen, europäischen und afrikanischen Einflusses und ein gutes Jahrhundert republikanischen Glaubens an ‚Ordnung und Fortschritt'. Brasilien nimmt, darin hat es keine Wahl, seine Vergangenheit mit in die Zukunft."[687]

*Politische Evolution*

Die wechselhafte Geschichte der politischen Evolution Brasiliens beginnt mit der Landung des Portugiesen Pedro Álvares Cabral im heutigen Bahia. Sieben Phasen der zivilisatorisch-kulturellen Entwicklung lassen sich definieren, in welchen das System – abgesehen von der kolonialen und imperialen Ära – ab 1889 stets zwischen republikanischen und autoritären Strömungen fluktuierte:

1. Brasilien als portugiesische Kolonie (1500-1822)
2. Das brasilianische Kaiserreich (1822-1889)
3. Die Erste (Alte) Republik (1889-1930)
4. Der Estado Novo (1930-1945)
5. Die Zweite Republik (1945-1964)
6. Die Militärdiktatur (1964-1985)
7. Die Dritte Republik (seit 1985/89)

Eine brasilianische Besonderheit stellt der Umstand dar, dass Regimewechsel beziehungsweise Revolutionen ohne Blutvergießen und große gewalttätige Konflikte verliefen. Brasilien hat keinen Bürgerkrieg erlebt, der das Land in zwei Hälften gespalten hätte, noch gab und gibt es

687 Zoller 2000, 317

sezessionistische Guerrillas, die aus dem Untergrund heraus terroristische Anschläge verübt und subversive Ziele verfolgt hätten. Stets gelang es Brasilien, seine politischen Transitionsphasen verhältnismäßig weich und ohne Kollateralschäden zu gestalten, so auch 1822, als es sich vom kolonialen Mutterland Portugal löste. An diesem Punkt der Geschichte ist ein zweiter bemerkenswerter Aspekt hervorzuheben: da die Unabhängigkeit Brasiliens in einer Bewegung von oben nach unten – durch den *Grito de Ipiranga* des portugiesischen Thronfolgers Dom Pedros – und nicht umgekehrt in Form eines plebiszitären Aufstandes erreicht wurde, blieb die territoriale und linguistische Integrität des riesigen Landes erhalten. Das südamerikanische Kolonialreich Spaniens hingegen zerfiel in zahlreiche Einzelstaaten, die zwar bis heute durch dieselbe Sprache verbunden sind, politisch aber durch geographische und oft auch ideologische Grenzen voneinander getrennt sind. Erst die UNASUL, die südamerikanische Staatengemeinschaft, beginnt nun, diese historische Spaltung in einem der EU ähnlichen Ansatz wieder zu überwinden.

Auch die Repbulikanisierung geschah auf friedliche, beinahe unspektakuläre Weise: Pedro II. ging ins europäische Exil, während Brasilien seine ersten Erfahrungen mit elementaren demokratischen Prinzipien machen durfte. Der Übergang in den autoritären *Estado Novo* unter Getúlio Vargas vier Jahrzehnte später ereignete sich zwar ebenso wie die Rückkehr zur Republik 1945 unter Mithilfe der Militärs, doch auch in diesem Falle blieben die Waffen stumm. Nachdem die Armee in der Vergangenheit an unzähligen erfolgreichen und versuchten Staatsstreichen beteiligt gewesen war, ergriff sie 1964 selbst die Macht und setzte sich für zwanzig Jahre im Präsidentenpalast Brasílias fest. Es ist dies einer der negativen Höhepunkte brasilianischer Geschichte und eine der dunkelsten Epochen des Landes. Repression, Zensur, Folter und politischer Mord waren über Jahre hinweg an der Tagesordnung, ehe ab Mitte der 1970er Jahre von den Generälen die *Abertura*, die Öffnung hin zur Redemokratisierung, initiiert wurde. 1985 wurden die Regierungsgeschäfte wieder an Zivilsten übergeben, doch erst mit dem Jahr 1989, als die ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen nach dem Ende der Diktatur stattfanden, kann der Transformationsprozess hin zur Dritten Republik als endgültig abgeschlossen betrachtet werden. Trotz der gewalttätigen Übergriffe der Armee während der Zeit ihrer autoritären Herrschaft verliefen die Übergänge von Zweiter Republik zu Militärdiktatur sowie von Militärdiktatur zu Dritter Republik einmal mehr friedlich. Mehr noch, die Demonstrationskultur der Bevölkerung gegen Ende des Regimes brachte in Brasilien eine Zivilgesellschaft neuer Qualität, reifer und bewusster, hervor.

Waren die Erste und die Zweite Republik geprägt von Fragilität und der ständigen Bedrohung einer Intervention durch die *poder moderador*, die „mäßigende“ Gewalt, des Militärs, so kann die Dritte Republik der Gegenwart mit Fug und Recht als konsolidierte Demokratie bezeichnet werden, die keiner endogenen Bedrohung ausgesetzt ist. Zwar ist auch sie nicht frei von Defekten, denn abgesehen vom unzureichend durchgesetzten staatlichen Gewaltmonopol sind nach wie vor Korruption, Nepotismus und zuweilen auch Wahlbetrug Themen, welche die Bevölkerung und die Regierung ständig begleiten; doch die Stabilität und Nachhaltigkeit der dritten brasilianischen Republik ist nicht in Frage gestellt. Freie Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht sind mehr als je zuvor eine Selbstverständlichkeit und die Armee beschränkt sich seit dem Ende ihres diktatorischen Regimes auf ihre genuine Rolle als Schutzmacht nach außen und Katastrophenschutztruppe im Inneren. Ihre politische Bedeutung ist heute in Brasilien nicht als wesentlich höher einzustufen als in anderen Ländern des westlich-demokratischen Kulturkreises. Gleichwohl repräsentiert das von den USA übernommene präsidentielle Regierungssystem, hinter dem bis zu einem gewissen Grad die historisch bedingte Sehnsucht nach einer starken Führungspersönlichkeit an der Spitze des Staates steht, eine Achillesferse Brasiliens (und auch anderer lateinamerikanischer Länder). Durch das enorm fragmentierte Parteienspektrum ohne klare und kohärente ideologische Bindungen und Grenzen zwischen den einzelnen Fraktionen mutet die Suche des jeweils amtierenden Präsidenten nach einer parlamentarischen Mehrheit wie eine Herkulesaufgabe an. Das Finden einer Majorität und das Schmieden einer Koalition sind zumeist nicht möglich, ohne große Kompromisse einzugehen, die das ursprüngliche Programm einer Regierung verwässern und es mitunter auch bis zur Unkenntlichkeit verzerren. Ein parlamentarisches System, gegen das die Brasilianer 1993 in einem Referendum votiert haben, da es nicht ihrer Mentalität entspricht, könnte für stabilere Mehrheitsverhältnisse im Kongress und daraus folgend für effizientere Maßnahmen im Bemühen um mehr Gleichheit und Wohlstand im Land sorgen.

*Weltordnung im Umbruch*

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Welt vor einschneidenden Veränderungen, im Zuge derer verkrustete globale Machtstrukturen und ein hegemonialer Zyklus, jener der Vereinigten Staaten von Amerika, ihrem Ende entgegengehen. Die Gegenwart ist eine Zeit der Interdependenz, mehr noch, der Komplexen Interdependenz, wonach nicht nur jede Nation mit jeder anderen, sondern alle funktionalen Teilsysteme der modernen Informationsgesellschaft (Poli-

tik, Wirtschaft, Recht, Massenmedien, Wissenschaft, Kunst, etc.) miteinander verbunden und voneinander wechselseitig abhängig sind. Alleingänge in machiavellistischer Manier werden in diesem Netz bis zur Unmöglichkeit hin erschwert und verlangen von den in vielerlei Hinsicht differenten Akteuren aufeinander abgestimmte und konsensual vereinbarte Handlungsweisen.

Das Konzept der Komplexen Interdependenz ist als Gegenstück zum klassischen Realismus konzipiert, der drei integrale Annahmen zur Erklärung der Welt umfasst: Nationalstaaten seien als kohärente Einheiten die dominanten Akteure der Welt; Gewalt sei ein nützliches und effektives Instrument der Politik; und in der Weltpolitik gebe es eine klare Hierarchie an Themen, an deren Spitze die militärische Sicherheit stünde. Jede dieser drei Hypothesen kann in Frage gestellt und weitgehend entkräftet werden: obgleich der Nationalstaat nach wie vor eine höchst relevante Figur auf dem Schachbrett der internationalen Politik repräsentiert, so ist sein hegemonialer Zenit überschritten, denn mit unzähligen NGOs und sozialen Bewegungen sowie der privatisierten Wirtschaft, die sich kraft ihres Kapitals und ihrer geographischen Ausdehnung über nationalstaatliche Grenzen erhebt, ist ihm eine Konkurrenz erwachsen, die nicht negiert werden kann, sondern vielmehr in das globale Spiel miteinbezogen werden muss. Ebenso sollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund von Myriaden an historischen Beispielen erkannt worden sein, dass Gewalt kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche ist und sie zur nachhaltigen Lösung von Problemen im Sinne eines positiven Friednes nur unzureichend beitragen kann. Vielmehr konnte die Menschheit – abgesehen von wenigen Fällen, in denen ihr Einsatz alternativlos und ultimativ notwendig erschien – sich wiederholte Male ein Bild davon machen, dass Gewalt stets neue Gewalt schürt und eine Spirale in Gang setzt, die sich der Kontrolle einzelner oder auch einer Nation gänzlich entzieht. Aktuelle empirische Belege für diese Tatsache sind der nicht versiegen wollende Nahost-Konflikt und die Wellen des Terrors, die immer wieder durch den Irak und Afghanistan rollen, und denen US-Armee und Nato allen Truppenaufstockungen zum Trotz auf militärische Weise niemals Einhalt gebieten werden können. In diesem letzten Satz enthalten ist zugleich bereits die Antithese zur militärischen Sicherheit als oberster Maxime. Jener Tag, an dem die politischen Führerinnen und Führer dieser Welt erkennen, dass weder brachiale noch hochtechnologisierte Gewalt die bald verzweifelte, bald blinde Gewalt der anderen Seite aufhalten kann, sondern dass soziale, ökonomische und auch künstlerische (man denke etwa an Daniel Barenboims multiethnisches und multikonfessionelles *West-Eastern Divan Orchestra*) Maß-

nahmen und Kooperationen mitunter bessere und nachhaltigere Erfolge zeitigen, mag einen Wendepunkt in der uns bekannten Menschheitsgeschichte markieren.

Die Alternative zum klassischen Realismus stellt das System der Komplexen Interdependenz dar, in dem neben Nationalstaaten zahlreiche weitere Akteure unmittelbar in die weltpolitischen Entscheidungsprozesse involviert sind. Gewalt jedweder Art wird hier als ineffektives, sogar kontraproduktives politisches Mittel geächtet und eine klare thematische Rangordnung ist nicht möglich, da alle Funktionssysteme wechselseitig voneinander abhängen, also interdependent sind (und somit eine Veränderung im Bereich Sozialpolitik eine Transformation im Feld der militärischen Sicherheit evozieren kann; dieses Prinzip gilt ausnahmslos für alle weiteren Sparten wie Wirtschaft, Recht, Kunst oder auch Wissenschaft, um nur diese zu nennen). Vor dem Hintergrund solch gravierender struktureller Transformationsprozesse zerfällt die unipolare Weltordnung, die das unvermittelte Ende des Kalten Krieges hinterlassen hat. Die hegemoniale Ära der Vereinigten Staaten, die aus dem bipolaren Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Supermächten  USA und Sowjetunion hervorging, weicht sukzessive einer Multipolarität neuer Qualität: waren es vor den beiden Weltkriegen noch gemäß realistischer Denktradition mehrere Nationalstaaten, die gemeinsam ein ausbalanciertes Konzert der Mächte bildeten, so wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine erweiterte weltordnungspolitische Struktur herauskristallisieren: in das multipolare Modell der nahen Zukunft müssen aufgrund ihrer ökonomischen und daraus resultierend auch politischen Potenz die private Weltwirtschaft (in Form von Bankenkonsortien und multinationalen Konzernen) sowie die globale Zivilgesellschaft (in vielfältigen und bunten Manifestationen von global agierenden Protestgruppen, sozialen Bewegungen und NGOs) Eingang finden. Die Menschheit fungiert gegenwärtig gleichermaßen als Zeuge und aktiver Protagonist eines Prozesses, der eine neue Art der Trilateralität, die sich aus staatlichen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzt, schafft. Die nationalstaatliche Palette besteht hierbei aus bereits etablierten Ländern und Staatenbünden (USA, EU und Japan), potentiell wiederkehrenden Mächten (Russland) und aufstrebenden Nationen des Ostens und Südens (China, Indien und Brasilien).

Das langfristige Ziel ist die Entwicklung einer kooperativen *Global Governance*-Architektur, die sich durch einen fairen und ausgewogenen Multilateralismus auszeichnet. Günstige Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Struktur sind durchaus vorhanden: es gibt in der

Gegenwart anders als noch im 20. Jahrhundert keine weitreichenden Territorialkonflikte mehr (mit den nicht unwesentlichen Ausnahmen Taiwan und Palästina); nach dem Niedergang des Kommunismus existieren keine fundamentalen politisch-ideologischen Konflikte zwischen den exisitierenden und aufsteigenden Mächten mehr (vielmehr muss allerdings darauf geachtet werden, dass nicht die Religion es ist, die zu Zerwürfnis und Auseinandersetzung führt); aus den umfassenden ökonomischen Interdependenzen der essentiellen Machtpole resultiert das gemeinsame Interesse an internationaler Stabilität; und zuletzt ist die Zahl der nationalstaatlichen Demokratien in der Gegenwart so groß wie nie zuvor, dieser Umstand kann die Befriedung der internationalen Beziehungen erleichtern.

Obgleich es angesichts vieler Krisenherde weltweit nicht den Anschein erweckt, so hat sich doch bereits ein irreversibler Prozess in Gang gesetzt, der die internationale Staatengemeinschaft auf subtile Weise zum Idealistischen Multilateralismus führt. Im Laufe dieser Entwicklung wird zudem eine längst überfällige Reform der Vereinten Nationen und ihrer wichtigsten Institution, des Sicherheitsrates, möglich werden. Senghaas' Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und kooperatives Verhalten der modernen Welt, die er in seinem zivilisatorischen Hexagon aufzeigt, können hierbei als wertvolle Säulen der Orientierung dienen: Gewaltmonopol, Konfliktkultur, Soziale Gerechtigkeit, Interdependenzen und Affektkontrolle, Demokratische Partizipation sowie Rechtsstaatlichkeit. Diese sechs interdependenten Aspekte verdeutlichen, in welche Richtung sich Gesellschaften beziehungsweise die Weltgesellschaft als Ganzes entwickeln muss, um den Prozess der konstruktiven Zusammenarbeit und des positiven Friedens zu fördern. So ergänzen sich Komplexe Interdependenz und die Neue Multipolarität des Globus und tragen das Potential in sich, einen Idealistischen Multilateralismus unter substantieller Partizipation Brasiliens hervorzubringen.

*Brasilien im Inneren*

2002 wurde Luiz Inácio „Lula" da Silva zum Präsidenten Brasiliens gewählt, er setzte sich in der Stichwahl gegen seinen bürgerlichen Herausforderer José Serra durch. Zuvor hatte Lula dreimal in Folge seine Niederlage einräumen müssen, 1989 im zweiten Wahlgang gegen den gewissermaßen aus dem Nichts kometenhaft aufgestiegenen Fernando Collor de Mello (auf dieselbe rasche Weise wurde seine präsidentielle Karriere durch ein auf Korruptionsvorwür-

fen basierendes Amtsenthebungsverfahren dann auch beendet) und 1994 und 1998 jeweils bereits im ersten Wahlgang gegen den von seiner Währungsstabilitätspolitik getragenen Fernando Henrique Cardoso. Sowohl Collor als auch Cardoso legten ein konservatives Amtsverständnis an den Tag und implementierten in Brasilien Reformen gemäß den neoliberalen Prinzipien. Während Collor in seiner kurzen Amtszeit eine drastische Deregulierungs- und Privatisierungspolitik betrieb, die völlig auf das Primat der Ökonomie hin ausgerichtet war, war Cardosos Kurs etwas gemäßigter. Auch er stand trotz seiner linksintellektuellen und teils marxistischen Vergangenheit hinter dem die 1990er Jahre prägenden *Washington Consensus*, war aber gleichzeitig bemüht, die damit verbundene radikale Liberalisierung der Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad durch soziale Maßnahmen abzufedern, die jedoch noch einer feineren Ausarbeitung bedurften, um effizienter zu greifen. Es war schließlich die von der linksgerichteten Arbeiterpartei PT geführte Regierung unter Lula, die ab 2003 offensive Sozialprogramme wie *Bolsa Família* und die sukzessive Erhöhung des Mindestlohns in Angriff nahm. Nicht aus Überzeugung, sondern aus realpolitischem Kalkül, verlieh der aus dem Gewerkschaftsmilieu stammende Präsident der Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger moderate Kontinuität, um eine längerfristige Entwicklung Brasiliens in seinem Sinne zu garantieren und eine zweite Legislaturperiode zu ermöglichen. Eine linksextreme Politik wurde in dem Bewusstsein vemieden, dass diese angesichts zahlreicher innen- wie außenpolitischer Widerstände eine prekäre Pattsituation kreieren würde, welche die Handlungsfähigkeit der Regierung Lula enorm beschränken könnte. Möglicherweise ist die Bezeichnung „postneoliberaler Sozialliberalismus“ für diese Art der Politik adäquat. Lula agiert vor dem persönlichen Hintergrund dreier verlorener Präsidentschaftswahlen und einer zwei Jahrzehnte währenden oppositionellen Erfahrung nach der pragmatischen Maxime, dass es besser sei, aus der Regierungsrolle heraus nicht alle Ziele umsetzen zu können, als in der Opposition über keine Gestaltungskompetenzen zu verfügen. Er verfolgt soziale Reformen und verknüpft diese mit Konzessionen an das vorherrschende neoliberale Wirtschaftssystem. Gleichsam können aber auch klassische sozialdemokratische Tendenzen ausgemacht werden, denn der Zugang der PT und Lulas zu öffentlichen Dienst- und Sozialleistungen zwingt auch die politischen Gegner, ihr Programm zu adaptieren und entgegen früheren Positionen dem der Arbeiterpartei anzugleichen.

Veritable Missstände im Land sind die soziale Ungleichheit, die Landfrage, die ausufernde Gewalt (und die damit verknüpfte Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols), die Indianerpolitik, das prekäre Bildungssystem und die allgegenwärtige Korruption. All diesen gra-

vierenden Schwierigkeiten zum Trotz wohnt Brasilien ein enormes Potential inne, das es – einhergehend mit den notwendigen Anstrengungen zur Lösung der endogenen Probleme – mittelfristig auch ausschöpfen kann. Hilfreich wird im Zuge dieses Projekts auch der Aspekt sein, dass das Land heute zum ersten Mal in seiner republikanischen Geschichte frei von der subversiven Bedrohung durch die eigene Armee agieren kann. Überfällige Reformen können dadurch, abgesehen von der häufig schwierigen Mehrheitsfindung im Kongress, ohne das stets präsente Damoklesschwert eines Staatsstreichs von Seiten der Generäle auf den Weg gebracht werden und zu einem gleichmäßigeren Wohlstand der unterschiedlichen Gesellschaftsschichten führen. Zudem verfügt Brasilien über die Möglichkeit, mehrere (partiell radikale) Schritte setzen, um auf globaler Ebene die wirtschaftliche Dependenz zu verringern, was wiederum innenpolitisch der jeweils amtierenden Regierung zu mehr Autonomie in ihren Entscheidungen und Maßnahmen verhelfen würde: durch Änderungen in der Verfassung, Neuverhandlungen der Auslandsschulden, Senkung der Leitzinsen und Priorität für soziale Programme könnte die nationale Souveränität über die Wirtschaftspolitik wiedererlangt werden; eine institutionelle Reform des politischen Systems (Präsidentialismus vs. Parlamentarismus), Kooperation mit den zahlreich vorhandenen sozialen Bewegungen sowie eine Förderung der Partizipation des Volkes an Entscheidungsprozessen würden den demokratischen Charakter im Land stärken; staatliche Unternehmen vermögen durch ihre strategische Funktion einen wichtigen Beitrag zur nationalen Entwicklung zu leisten; und die Verabschiedung und auch Durchsetzung einer umfassenden Agrarreform ist unerlässlich, um die Landfrage endgültig zu lösen.

Die Schlüsselfrage brasilianischer Innenpolitik ist allerdings ohne jeden Zweifel jene nach mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozioökonomischer Gleichheit in der Bevölkerung. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in einer derart exorbitanten Weise auseinander, dass die soziale Situation im Land eine chronisch gespannte und bisweilen eskalierende ist. An diesem Punkt werden sich die tatsächliche Kompetenz und der Wille zur Veränderung der gegenwärtigen und aller zukünftigen Regierungen Brasiliens messen lassen. Es ist dies gleichzeitig Grundstein und Schlussstein endogener Politik; jenes Kernelement, das der Transformation in eine elaborierte und sozial gerechte Form bedarf, damit die innere Stabilität geschaffen werden kann, aus welcher als Konsequenz erst nachhaltige äußere Stärke hervorgehen kann. Nur eine vor diesem Hintergrund betriebene Außenpolitik wird über hohe Qualität und Glaubwürdigkeit verfügen und das Land befähigen, seinen Part als globaler Akteur zu erfüllen. Gelingt dieser soziale Ausgleich nicht, sind auch die weltpolitischen Ambitionen

Brasiliens zum Scheitern verurteilt. Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2010 werden darüber Aufschluss geben, ob die Bevölkerung gewillt ist, das postneoliberale Projekt der PT fortzusetzen. Lula selbst steht nach den Richtlinien der Verfassung für keine dritte Amtszeit mehr zur Verfügung und hat auch dementsprechende Verfassungänderungen stets ausgeschlossen. Seine Nachfolgekandidatin ist die etwas blasse Wirtschaftswissenschafterin Dilma Rousseff, ebenfalls ein Urgestein der Arbeiterpartei, die sich aller Voraussicht nach mit José Serra, Lulas unterlegenem Gegner in den Wahlen 2002, auseinanderzusetzen haben wird. Serra gehört wie Cardoso der PSDB an, die zwar nominell sozialdemokratisches Gedankengut vertritt und dies auch in ihrem Namen vermittelt, von ihrer tatsächlichen ideologischen Ausrichtung her (so man im brasilianischen Parteiensystem von Ideologie oder Programmatik sprechen möchte) aber tendentiell konservative Positionen vertritt. Gegenwärtig liegt Serra in den Umfragen voran, doch sind Lulas Beliebtheitswerte hoch wie die keines anderen Präsidenten je zuvor, was darauf hindeutet, dass die Brasilianerinnen und Brasilianer durchaus gewillt sein könnten, mit dem Sanktus des amtierenden Staatschefs auch einer weniger charismatischen Persönlichkeit aus den Reihen der PT ihre Stimme zu geben.

*Brasilien als Global Player*

Neben der bewegten Geschichte, die das größte Land Südamerikas ohne Zweifel für sich in Anspruch nehmen kann, neben einer in Transformation begriffenen Weltordnung und neben der inneren Verfassung eines Staates, der soziale Gegensätze wie kaum ein anderer aufweist, ist letztlich die wesentliche Frage, der ich in dieser Arbeit nachgegangen bin, ob es Lula gelungen ist, Brasilien in der internationalen Gemeinschaft als *Global Player* zu etablieren beziehungsweise seinem Land zumindest die Richtung zu diesem privilegierten Status zu weisen. Die Antwort ist – um diese vorwegzunehmen – ein „Ja“, jedoch mit einem „Aber“ versehen. Lula und seiner Regierung ist es in den vergangenen acht Jahren gelungen, auf Fernando Henrique Cardosos solidem außenpolitischen Erbe aufzubauen und Brasilien aus einem erweiterten Kreis diverser Regionalmächte in den inneren (wenngleich auch noch nicht den innersten) Zirkel global relevanter Nationen zu führen.

Die wesentlichen Ziele brasilianischer Außenpolitik unter Lula waren die Forcierung regionaler Integration und politischer Kooperation in Südamerika, die Aufnahme in den UN-

Sicherheitsrat, die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation und ein gleichberechtigter Nord-Süd-Dialog. Nicht alles wurde erreicht, so ist etwa der ständige Sitz im Sicherheitsrat nach wie vor in weiter Ferne. Was Brasilien jedoch durch diesen Anspruch gelingt, ist, die Debatte über eine dringend notwendige Reform der Vereinten Nationen am Leben zu erhalten. Sollte eines Tages der gegenwärtig noch unwahrscheinlich anmutende Fall eintreten, dass sich die fünf Vetomächte tatsächlich von einer zeitgemäßen Sitzverteilung im wichtigsten Gremium der UN überzeugen lassen, so wird an Brasilien durch seine inoffizielle Position als Sprachrohr des Südens und sein Engagement im Rahmen verschiedener UN-Einsätze kein Weg vorbeiführen. Die südamerikanische Integration ist ambivalent zu bewerten, denn das Prestigeprojekt Mercosul ist ins Stocken geraten. Die Verantwortung, diesen Prozess durch den verstärkten Einsatz von finanziellen Ressourcen und klare Willensbekundungen wieder in Gang zu bringen, liegt hier vor allem bei Brasilien. Als bemerkenswerter und erfolgreicher Schritt, der langfristig zu einer kontinentalen politischen Integration führen kann, ist allerdings die Gründung der UNASUL, der südamerikanischen Staatenunion, zu bewerten. So es Brasilien gelingt, über seinen Schatten der unbedingten staatlichen Souveränität zu springen und relevante Kompetenzen nach dem Vorbild der EU auch an supranationale Institutionen abzutreten, hat dieses emanzipatorische Vorhaben eine Perspektive. Zudem müssen kleinere Mitglieder von Brasília in ihren Interessen und Bedürfnissen gehört und ernstgenommen werden, nur dann ist ein intaktes Vertrauensverhältnis zu erreichen, das einerseits den globalen Status der UNASUL stärken wird und andererseits Brasilien die moralische Legitimation verleiht, als regionale Führungsmacht aufzutreten. Große Fortschritte wurden in der Süd-Süd-Kooperation gemacht, der intensivierte Multilateralismus der südlichen Hemisphäre hat Brasiliens internationale Position erheblich gestärkt. Schlagworte sind hier die IBSA- und die BRIC-Staaten sowie die G20. Vor allem in letzterer Gruppe war Lula sehr initiativ, was insofern von großer Bedeutung ist, als in diesem Forum die Nationen des Südens auf jene des Nordens treffen. Brasilien avancierte darin zum anerkannten Wortführer der Entwicklungs- und Schwellenländer für mehr Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen. Das langfristige Ziel ist eine ausgewogene multipolare Weltordnung.

Henry Kissinger äußerte sich zu Brasilien vor wenigen Jahren mit folgenden Worten: „Brasiliens Institutionen und seine Politik [sind] aufgrund der schieren Größe des Landes von einem natürlichen Selbstbewusstsein geprägt statt von Geltungsbedürfnis, das von dem Zwang her-

rührt, ein rastloses Nationalbewusstsein zu befriedigen."[688] In diese Aussage integriert ist ein essentielles Argument für Brasiliens eigentliche Stärke, denn tatsächlich rührt der Antrieb, sich als wesentlicher internationaler Akteur zu verankern, nicht aus einem nationalistischen Geltungsbedürfnis her; vielmehr spielt die Überzeugung des Landes, den globalen Diskurs und die damit verbundenen zukunftsweisenden Entscheidungsprozesse positiv und konstruktiv beeinflussen zu können, die entscheidende Rolle. In Brasília ist man der selbstbewussten Ansicht, dass es für die Welt (nicht nur für die südliche, auch für die nördliche der OECD-Staaten) ein markantes Versäumnis darstellte, wenn die brasilianische Meinung zu einem wichtigen Thema nicht miteinbezogen würde. Durch diesen Zugang erhebt sich Brasilien in seinen Ambitionen über die Motivation einer bloßen nationalistischen Egobefriedigung und erhält eine politische Authentizität, die im Konzert der Mächte von großem Wert sein kann. Vor diesem Hintergrund kann auch die *soft power* des Landes ihr Potential entfalten: Brasilien wird als verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner wahrgenommen, der über ausgezeichnete diplomatische Beziehungen zu Staaten unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung und auch das dementsprechende Geschick verfügt. Im Zentrum dieser Kompetenzen steht neben dem *Itamaraty*, das angesichts wechselnder Präsidenten die außenpolitische Konstante repräsentiert, auch Lula selbst: er fungiert als Mediator zwischen den USA und Hugo Chávez, in regionalen Streitigkeiten, und vor allem zwischen den Ländern des Südens und des Nordens. Es ist diese *soft power*, die als Brasiliens eigentlicher Trumpf zu sehen ist, denn in einer Welt des Idealistischen Multilateralismus wird klassische *hard power* stetig an Bedeutung verlieren. Wie schon Joseph Nye feststellt, ist es *soft power*, welche zukünftig die multilaterale Kooperation im Zuge kritischer globaler Herausforderungen prägen wird.

Die Quintessenz ist, dass die unipolare globale Weltordnung einer irreversiblen Transformation in Richtung neue Multipolarität unterworfen ist. Für aufstrebende Länder wie Brasilien eröffnen sich in diesem Kontext ungeahnte Chancen und Potentiale. Um diese nutzen zu können, ist es unabdingbar, innenpolitisch die soziale Frage zu lösen. Nur durch eine signifikante Verminderung der Ungleichheit wird das Land die endogene Stabiliät erlangen, um nach außen hin glaubwürdig und geachtet auftreten zu können. Lula hat gerade in diesem Punkt in den vergangenen acht Jahren gute und bemühte Schritte gesetzt, doch müssen die Anstrengungen noch vervielfacht werden. Im internationalen Kontext hat Brasilien unabhängig und

---

688 Kissinger 2002, 133f.

klar zu agieren. Gerade diese stringente Klarheit ist es, die dem außenpolitischen Kurs zuweilen noch fehlt und sodann die Vertrauenswürdigkeit Brasílias untergräbt. Die brasilianische Regierung muss willens sein, auch unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen und Meinungen zu vertreten. Ist man von einer politischen Position überzeugt, so ist es nötig, zu dieser allen Widerständen zum Trotz zu stehen und somit gegenüber der internationalen Gemeinschaft auch Ecken und Kanten zu zeigen. Dadurch mag Brasilien zwar für viele ein unbequemerer Partner werden, gleichzeitig aber an Respekt gewinnen: „This will enable the Brazilian people to establish one of the great societies of the 21st century and, if the world does not commit collective suicide with a third world war, to pass in good health into the age of the *Pax Universalis* in the latter half of the 21st century."[689] Lulas außenpolitisches Vermächtnis ist ein weltweit angesehenes und beachtetes Land, dessen globaler Einfluss und dessen Maß an Partizipation in internationalen Entscheidungen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen haben. Brasilien befindet sich auf einem guten Weg, die Fußstapfen eines *Global Players* in naher Zukunft vollends auszufüllen.

**Wien, am 23. März 2010**

689 Jaguaribe 2001, 19

## 7. Anhang

### 7.1 Ein kleines ABC der Begrifflichkeiten

Einige Termini, derer ich mich im Zuge meiner Ausführungen bedient habe, bedürfen einer näheren Definition. Nicht unbedingt, weil sie in ihrer Bedeutung nicht greifbar oder verständlich wären (politikwissenschaftliche Fachausdrücke wie Unilateralismus, Unipolarität oder Hegemonie haben in den letzten Jahren aus weltpolitisch gegebenem Anlass vielfache Verwendung in den Medien gefunden und wurden so einer breiten Masse der politisch interessierten Bevölkerung bekannt, ohne dass diese sich jemals spezifisch mit Weltordnungsmodellen und Geopolitik auseinandergesetzt hätte), sondern vielmehr, damit ihre oftmalige Vielschichtigkeit und auf den ersten Blick womöglich nicht erkennbaren Facetten aufgezeigt werden können.

- ***Bipolarität***

  Ein internationales System, in dem es zwei dominierende Mächte gibt. Das gängigste Beispiel für eine solche Weltordnung ist der Kalte Krieg mit den beiden wesentlichen Akteuren USA und Sowjetunion. Eine intensive Debatte wird von Theoretikern der internationalen Beziehungen darüber geführt, ob bipolare oder multipolare Systeme kriegsträchtiger seien.[690] Eine klare Antwort auf diese Frage kann jedoch nicht gegeben werden: obgleich ein bipolares System aufgrund der begrenzten Zahl an Akteuren berechenbarer erscheint und der Kalte Krieg in keinen offenen Konflikt ausgeartet ist, fanden doch zahlreiche Stellvertreterkriege in verschiedenen Regionen der Welt (Vietnam oder Afghanistan) statt. Zudem gibt es auch historische Beispiele von bipolaren Weltordnungen, die Kriege nach sich zogen (Rom und Karthago).

690 vgl. Gärtner 2006, 22

- ***Demokratischer Frieden***

  Die These des demokratischen Friedens besagt, dass demokratische Staaten keine Kriege gegeneinander führen und Konflikte friedlich lösen. Charles Krauthammer verband 2004 die idealistische These vom demokratischen Frieden mit dem Realismus und entwickelte den fragwürdigen Begriff des demokratischen Realismus, wonach Demokratie überall dort, wo strategische Interessen der USA vorlägen, mit Blut und Geld unterstützt werden solle.[691]

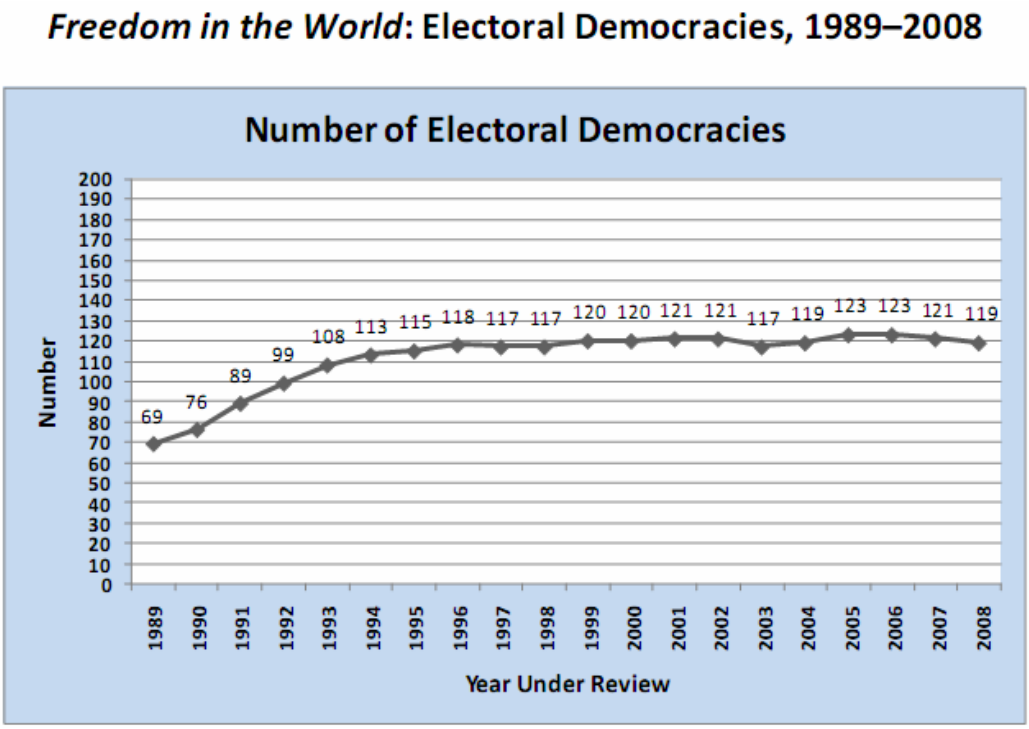


***Abb. 30:*** *Gemäß der Theorie des demokratischen Friedens ist gleichzeitig mit der gestiegenen Zahl freier Demokratien weltweit – obgleich seit 2006 wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist – die Wahrscheinlichkeit von kriegerischen Konflikten gesunken, da Demokratien untereinander keine Kriege führen.*[692]

- ***Geopolitik***

  Die Geopolitik ist eine Methode der Außenpolitikanalyse, welche versucht, Erklärung über außenpolitisches Verhalten eines Staates vor allem durch geographische Variab-

691 vgl. Krauthammer, Februar 2004, 26. 3. 2009

692 Quelle: Freedom House: *Freedom in the World 2009,* 18. 1. 2009

len wie Lage, Größe, Topographie, Rohstoffe, Energie, Technologie, Klima und Demographie zu finden und Vorhersagen darüber zu treffen. Geopolitisches Denken lässt sich bereits im antiken Griechenland ausfindig machen, die Wurzeln moderner Geopolitik gehen auf die Schriften Carl Ritters zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Eng verbunden ist der Begriff zudem mit dem Namen Karl Haushofer, der in seinen klassischen geopolitischen Vorstellungen der Zwischenkriegszeit die Welt in pankontinentale, von Norden nach Süden verlaufende Gebiete einteilte und 1924 in München das *Institut für Geopolitik* gründete.[693]

Wolfgang Baumann wiederum sieht die Wurzeln klassischer Geopolitik im Vormachtstreben der Kolonialmächte gegen Ende des 19. Jahrhunderts:

> „Die Klassische Geopolitik hat ihren Ursprung in der entstehenden Weltordnung am Ende des 19. Jahrhunderts. Als Folge des enormen kolonialistischen Wettrennens der Großmächte um die Aufteilung des afrikanischen Kontinents präsentierte sich die politische Weltkarte erstmals fast ohne weiße Flecken. Alle wichtigen Mächte hatten ihre Besitzansprüche auf Territorien abgesteckt, die nur wenige Jahrzehnte zuvor auf europäischen Landkarten als leer und unbesiedelt erschienen waren. Die expansive Phase des Kolonialismus war vorbei. Der Kampf um die relative Effizienz der Verwaltung, die strategischen Positionen und die militärische Vormacht zwischen den Kolonialmächten kann als Ursprung des geopolitischen Denkens bezeichnet werden. Vor allem Geopolitiker aus dem deutschen und angelsächsischen Raum prägten den Zeitraum der Klassischen Geopolitik.“[694]

- ***Großmacht***

Eine Großmacht ist eine Macht, welche anderen Staaten in einer oder auch mehreren Dimensionen überlegen ist. Es handelt sich hierbei vornehmlich um Parameter wie militärische Stärke, ökonomische Dominanz oder politischer Durchsetzungsfähigkeit.[695] Im Zuge des Kalten Krieges wurde im sprachlichen Diskurs für die USA und die Sowjetunion zunehmend der Begriff „Supermacht“ geprägt, jedoch sollte zwischen Super-

693 vgl. Gärtner 2006, 46

694 Baumann 2004, Seite 13, 17. 4. 2009

695 vgl. Gärtner 2006, 53f.

und Großmacht differenziert werden, da letztere im internationalen System nicht alle Charakteristika und Fähigkeiten einer Supermacht aufweisen muss. Typische Großmächte der Gegenwart sind etwa Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan, China und Russland, wobei sich unter diesen Staaten insbesondere China in einer Transitionsphase hin zu einer noch stärkeren Position befindet.[696]

- ***Hegemonie***

  Das aus dem Griechischen stammende Wort Hegemonie bezeichnet die militärische, wirtschaftliche oder kulturelle Vorrangstellung oder Vorherrschaft eines Staates gegenüber einem oder mehreren anderen Staaten.[697] Theoretische Spielarten einer hegemonialen Ordnung sind zudem die *hegemonic stability* sowie der *hegemonic decline*. Während erstere davon ausgeht, dass Hegemonie eine gewisse Ordnung im internationalen System herstellt, die negative Auswirkungen von Anarchie verhindert, zum Teil Konflikte zwischen mittleren und kleineren Mächten lösen kann und einige Funktionen einer Zentralregierung übernimmt (so etwa Abschreckung, Unterstützung von Freihandel und Leitwährung)[698], ereignet sich ein hegemonialer Niedergang dann, wenn sich eine Hegemonialmacht mit ihren wirtschaftlichen und militärischen Verpflichtungen so stark engagiert, dass sie ihre dominante Stellung wegen des notwendigen Ressourcenverbrauchs zunehmend einbüßt.[699]

- ***Imperium***

  Für Stephen Rosen zeichnet ein Imperium die Fähigkeit aus, andere Akteure sowohl in ihren äußeren als auch inneren – und dies stellt die Besonderheit dar, durch die sich das Imperium wesentlich von einer bloßen Großmacht unterscheidet – Angelegenheiten zu beeinflussen: „Empire is the rule exercised by one nation over others both to regulate their external behavior and to ensure minimally acceptable forms of internal be-

---

696 vgl. Buzan/Weaver 2003, 35f.

697 vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 4. 2009

698 vgl. Gilpin 1987, 72ff.

699 vgl. Gärtner 2006, 55

havior within the subordinate states. Merely powerful states do the former, but not the latter."[700]

Eliot A. Cohen definiert jene Eigenschaften, welche ein Imperium ausmachen, wiederum unter Bezugnahme auf den indischen Schriftsteller Nirad Chaudhuri folgendermaßen:

> „An empire is a multinational or multiethnic state that extends its influence through formal and informal control of other polities. The Indian writer Nirad Chaudhuri put it well: 'There is no empire without a conglomeration of linguistically, racially, and culturally different nationalities and the hegemony of one of them over the rest. The heterogeneity and the domination are of the very essence of imperial relations. An empire is hierarchical. There may be in it, and has been, full or partial freedom for individuals or groups to rise from one level to another; but this has not modified the stepped and stratified structure of the organization.'"[701]

- ***Institutionalismus***

  Der Institutionalismus ist eine Schule der Internationalen Beziehungen, welche auf der Annahme beruht, dass Kooperation in den internationalen Institutionen gemeinsame Prinzipien, Normen und Regeln für friedliche Beziehungen in einer anarchischen Staatenwelt herstellen kann.[702] Innerhalb dieses Paradigmas dominiert der Glaube an die Möglichkeit, zwischenstaatliche Konflikte durch die Bereitstellung inter- oder supranationaler Organisationen friedlich lösen zu können. Die Maxime *function follows form* war als Umkehr des funktionalistischen Ansatzes zu verstehen. Zuerst sollten politische Institutionen geschaffen werden, um als zweiten Schritt die gesellschaftliche Integration herbeizuführen (im Funktionalismus ist es genau umkgekehrt: *form follows function,* zuerst die politische oder ökonomische Integration und erst im Anschluss daran die dazugehörige Institution). Der Institutionalismus ist von der Grundannahme geprägt, dass internationale Institutionen die Interessen der beteiligten Staaten reflek-

700 Rosen 2003, 17. 4. 2009

701 Cohen 2004, Seite 50, 17. 4. 2009

702 vgl. Gärtner 2006, 61

tieren, für diese wichtige Informationen, Normen und Entscheidungsstrukturen bereitstellen und dadurch auf deren Verhalten einwirken können. Zu Interdependenztheoretikern beziehungsweise Vertretern eines neofunktionalistischen und neoinstitutionalistischen Ansatzes sind etwa Robert Keohane und Joseph Nye zu zählen, auf deren Theorien ich an späterer Stelle noch detailliert eingehen werde.[703]

- ***Interdependenz***

  Interdependenz beschreibt den Zustand wechselseitiger Abhängigkeit. Speziell in einer globalisierten Welt, wie wir sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorfinden, sind die Nationen der Erde beziehungsweise deren Handlungen (insbesondere im ökonomischen Bereich) auf unterschiedliche Weise miteinander verknüpft. Dieser Umstand lässt ein dichtes Netzwerk von weltumspannender Interdependenz entstehen, welches das Handeln oder Nichthandeln von Staaten sowie anderen Akteuren auf dem internationalen Spielfeld von einer Vielzahl von Faktoren abhängig macht.

- ***Internationale Organisationen***

  Internationale Organisationen sind Zusammenschlüsse von Staaten, die durch völkerrechtliche Verträge gegründet wurden und mit eigenen Organen und Kompetenzbereichen ausgestattet sind. Sie dienen dazu, auf universaler oder regionaler Ebene konkret vereinbarte politische, militärische, wirtschaftliche oder soziale Aufgaben zu erfüllen, ohne jedoch die Souveränität der Mitgliedsstaaten zu beeinträchtigen. Die weltweit wichtigste, größte und bekannteste derartige Einrichtung ist zweifellos jene der Vereinten Nationen.[704] Der deutsche Politikwissenschafter Volker Rittberger sieht Internationale Organisationen als soziale Institutionen, die gegenüber ihrer Umwelt als Akteure auftreten können. Sie seien intern durch auf zwischenstaatlich vereinbarten Normen und Regeln basierende Verhaltensmuster charakterisiert, extern durch ihre Fähigkeit, gegenüber ihrer Umwelt als Akteure auftreten zu können.[705]

---

703 vgl. Filzmaier (et al.) 2006, 81f.

704 vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 4. 2009

705 vgl. Rittberger 1994, 27

- ***Isolationismus***

  Isolationismus beschreibt eine Politik der Nicht-Partizipation an strittigen internationalen Angelegenheiten und zudem des Rückzuges aus internationalen Organisationen. Insbesondere wird dieser Begriff mit der Politik der USA im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts assoziiert.[706]

- ***Konzert***

  Ein Konzert ist im politikwissenschaftlichen Sinne ein kooperatives Übereinkommen zwischen Großmächten, um gemeinsam die internationalen Beziehungen verwalten und beherrschen zu können. Historisches Vorbild hierbei ist das Konzert der europäischen Mächte Großbritannien, Deutschland, Österreich, Frankreich und Russland nach den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress von 1815.[707]

- ***Liberalismus***[708]

  Der Begriff Liberalismus ist im Kontext der Internationalen Beziehungen als Synonym zur Schule des Idealismus zu verstehen, welche als Reaktion auf die Katastrophen des Ersten Weltkriegs entstand und die Internationale Politik erstmals als eine Wissenschaft zur Krisenbewältigung sah. Ausgangspunkt idealistischer Überlegungen war die Hoffnung, Kriege dauerhaft vermeiden und Frieden nachhaltig sichern zu können, was durch Kriegsursachenforschung mittels historisch-deskriptiver Analysen gelingen sollte. Rechts- und Politikwissenschafter versuchten, allgemeine, normative Soll-Sätze zu formulieren, mit deren Hilfe eine globale Gemeinschaft geschaffen werden sollte: einen Weltstaat mit universellen Wertvorstellungen, die von allen Kulturen und Völkern geteilt werden würden. An die Stelle von nationalstaatlichen Interessen, welche als Wurzel allen Übels betrachtet wurden (und die in der Folge von der den Idealismus ablösenden realistischen Denkschule wieder in den Mittelpunkt gerückt würden), sollten sodann internationale Prinzipien und Richtlinien treten.[709]

---

706 vgl. Gärtner 2006, 68

707 vgl. Gärtner 2006, 75

708 siehe auch Kapitel 3.1

709 vgl. Filzmaier (et al.) 2004, 45

- ***Multilateralismus***

  Gemäß einer multilateralen Politik stimmen sich Staaten in ihrem internationalen Handeln ab, nehmen bei der Wahrnehmung eigener Interessen auch auf jene anderer Staaten Rücksicht und beachten und respektieren gemeinsam vereinbarte oder allgemein anerkannte Normen und Regeln. Der Multilateralismus orientiert sich – anders als der Unilateralismus – an den Prinzipien der Kooperation, des Interessenausgleichs und der Verregelung zwischenstaatlicher Beziehungen.[710]

- ***Multipolarität***

  In einem multipolaren System dominieren mehrere zentrale Mächte. Zweifellos erscheint eine Struktur, in der verschiedene Akteure mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinanderstehen, vordergründig konfliktträchtiger als ein bipolares Gleichgewicht des Schreckens wie im Kalten Krieg oder eine unipolare Vorherrschaft, doch vermochte das multipolare Fünf-Mächte-Konzert von 1815 in Europa ein halbes Jahrhundert Frieden zu schaffen.[711]

- ***Realismus***[712]

  Der politische Realismus nimmt an, dass sich alle Staaten und Gesellschaften in einem Zustand befinden, in dem zwar nicht zwangsläufig Krieg herrscht, dieser jedoch stets möglich ist, und zudem jeder Staat den anderen als potentielle Bedrohung ansieht. Ihm liegen sieben Grundannahmen zugrunde[713]:

  1. *Staatszentrismus*: die Staaten sind die wichtigste Akteure in der Weltpolitik
  2. *Anarchie*: es gibt keine den Staaten übergeordnete Autorität
  3. *Sicherheit*: Staaten streben nach maximaler Sicherheit
  4. *Macht*: Staaten streben nach Macht, um zu überleben oder zu dominieren

---

710 vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 62

711 vgl. Gärtner 2006, 97f.

712 siehe auch Kapitel 3.1

713 vgl. Gärtner 2006, 115

5. *Das internationale System*: die Stellung eines Staates im internationalen System und nicht der innenpolitische Zustand ist entscheidend für staatliches Verhalten
6. *Kapazitäten*: wesentlich für die Stellung der Staaten im internationalen System sind ihre Fähigkeiten, besonders im militärischen Bereich
7. *Rationalität*: Staaten handeln rational

Realisten wenden sich vor allem gegen die Ansicht, dass permanenter Friede möglich sei. Dies bringt der Begründer des Realismus, Hans Morgenthau, deutlich zum Ausdruck: „All history shows that nations active in international politics are continuously preparing for, actively involved in, or recovering from organized violence in the form of war."[714]

- ***Unilateralismus***

Der Unilateralismus steht im Gegensatz zum Multilateralismus für konfrontative und einseitige Durchsetzung nationaler Interessen und die Weigerung, sich kollektiv gültigen Regeln zu unterwerfen. Zentrale Verhaltensmaximen sind hierbei Bewahrung der nationalstaatlichen Souveränität sowie Machtmaximierung, wenn nötig auch durch das Mittel des militärischen Konflikts. Multi- und Unilateralismus stellen jedoch lediglich Extrempole eines Kontinuums dar, in dem sich auch feinere Abstufungen lateralistischer Politik finden lassen: von einem gänzlich kooperativen über einen politikfeldspezifisch-selektiven zum imperialen Multilateralismus, welcher sich nur mehr dem Schein von Zusammenarbeit hingibt, um unilaterale Politik durchsetzen zu können. Davon ausgehend weiter zu einem offenen, aber regional begrenzten Unilateralismus, und schließlich über den isolationistischen zu einem offensiven Unilateralismus, der gezielt multilaterale Institutionen schwächt und untergräbt.[715]

---

714 Morgenthau 1978, 42

715 vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, 62

- ***Unipolarität***

  Die Unipolarität stellt im Unterschied zur Bi- oder auch Multipolarität ein hierarchisch strukturiertes System dar, in welchem nicht das Prinzip der Interdependenz, sondern die militärische, politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Hegemonialmacht vorherrscht. Stabilität und Berechenbarkeit sind relativ hoch, jedoch nicht auf Symmetrie und Gleichgewicht beruhend, vielmehr sind diese durch das Vorhandensein einer klaren Führungsmacht gegeben, wie sie gegenwärtig im militärischen Bereich die USA repräsentieren.[716]

- ***Weltgemeinschaft***

  Die Weltgemeinschaft (oder auch Internationale Gemeinschaft) ist die Kollektivität der Staaten weltweit. Dieser Begriff wird oft in einem positiven Sinne gebraucht, um gemeinsame Werte und Identität zu betonen.[717]

- ***Weltgesellschaft***

  Die Weltgesellschaft besteht nach einer Definition, welche Barry Buzans und Richard Littles Buch „International Systems in World History" entnommen ist[718], aus einer Gemeinschaft von nichtstaatlichen Akteuren und Individuen, die globale gesellschaftliche Identitäten und Zusammenhänge bilden.[719] Nachdem der Begriff „Gesellschaft" jedoch im Grunde eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Formen zusammenlebender Gemeinschaften von Menschen ist, deren Verhältnis zueinander durch Normen, Konventionen und Gesetze bestimmt wird und die als solche eine Gesellschaftsstruktur ergeben[720], habe ich obige Definition für meine Zwecke dahingehend adaptiert, die Weltgesellschaft im Kontext dieser Arbeit als die Gesamtheit der Formen

---

716 vgl. Filzmaier (et al.) 2006, 20

717 vgl. Gärtner 2006, 64

718 siehe Buzan/Little 2000

719 vgl. Gärtner 2006, 159

720 vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 4. 2009

menschlichen Zusammenlebens zu betrachten und in diese somit sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure zu integrieren.[721]

- ***Weltpolitik***

  Die Weltpolitik ist ein Geflecht von Interaktionen, welches sich zwischen den Akteuren der Weltgesellschaft (also sowohl staatlicher als auch ziviler Natur) entfaltet.[722]

---

721 Die Terminologie in diesem Bereich (Weltgemeinschaft, Weltgesellschaft, etc.) hat das Potential, Verwirrung zu stiften, deshalb versuche ich an dieser Stelle, die Begriffsbedeutungen so klar wie möglich abzustecken.

722 vgl. Gärtner 2006, 158

## 7.2 Abstract (deutsch)

Die politische Weltordnung am Anfang des 21. Jahrhunderts ist im Umbruch begriffen. Die aus der Bipolarität des Kalten Krieges hervorgegangene unipolare Stellung der USA geht ihrem Ende entgegen und weicht einer neuen Multipolarität, der neben den weiterhin wesentlichen nationalstaatlichen Akteuren auch die mächtige privatisierte Weltwirtschaft sowie die immer intensiver partizipierende Weltöffentlichkeit in Form von NGOs und sozialen Bewegungen angehören. Am östlichen Horizont erwachsen den Vereinigten Staaten mit China und Indien zwei ökonomische Schwergewichte als Konkurrenten, doch beinahe unbemerkt etabliert sich auch in der westlichen Hemisphäre ein neuer Akteur mit einem enormen wirtschaftlichen und politischen Potential – Brasilien.

Mit einer Fläche von 8,5 Mio. $km^2$ und einer Population von 190 Mio. Menschen ist Brasilien das fünftgrößte und fünftbevölkerungsreichste Land der Erde und scheint für eine essentielle Rolle in der internationalen Gemeinschaft prädestiniert zu sein. Lange Zeit stellte es lediglich einen an der Peripherie angesiedelten Entwicklungsstaat dar, doch lässt sich seit mehreren Jahren eine Aufbruchsstimmung ausmachen, an der die Wahl des Linkspolitikers Lula zum Präsidenten im Jahr 2002 maßgeblichen Anteil hatte. „Der Sieg von Lula ist eines der wenigen Ereignisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts, das uns Hoffnung für den Rest des Jahrhunderts gibt“ titelte die brasilianische Tageszeitung *Folha de São Paulo* damals und verlieh mit diesen Worten der Befindlichkeit einer ganzen Nation Ausdruck.

Die Potenz eines Staates im internationalen Spiel der Kräfte misst sich nicht zuletzt an seiner innenpolitischen Verfassung. Stabilität und Wohlstand oder Fragilität und Ungleichheit geben Aufschluss darüber, ob ein Land seine Energien nach außen richten kann oder diese vorwiegend im Inneren konzentrieren muss. Am Ende der Regierungszeit Lulas und angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Herbst 2010 ist es angebracht, den Fokus auf die vergangenen acht Jahre brasilianischer Innen- und besonders Außenpolitik zu richten und die Frage aufzuwerfen, ob es Lula gelungen ist, Brasilien in der internationalen Gemeinschaft jenen Status zu verschaffen, den das Land gemäß seinem Selbstverständnis für sich in Anspruch nimmt: den eines *Global Player*.

## 7.3 Abstract (englisch)

Since the beginning of the 21st century, the political world order has been changing. The unipolar status of the United States of America, emerging out of the bipolarity of the Cold War, is finally ending. The course is set for a new multipolarity which encompasses not only the still relevant nation states but also the powerful privatised world economy as well as the world public, more and more intensely participating in global processes in terms of NGOs and social movements. With the addition of China and India, two economical heavyweights, Washington accrues rivals on the eastern horizon. Meanwhile, almost unperceived, a new protagonist, ripe with enormous economical and political potential, is establishing itself in the western hemisphere – Brazil.

With an expanse of 8.5 million $km^2$ and a population of 190 million people, Brazil is the fifth largest and fifth most populous country in the world and appears predestined to be a major factor in the international community. For a long time, it merely represented a developing nation, residing on the periphery, but in recent years an atmosphere of departure has been observed, in which the victory of the leftist politician Lula in the presidential elections of 2002 played a crucial part. “The victory of Lula is one of the few events at the outset of the 21st century which gives us hope for the remains of the centenary”, the Brazilian newspaper *Folha de São Paulo* wrote at that time and with these words voiced the emotional state of a whole nation.

The political virility of a state in the international game of power can be measured by means of its domestically prevailing conditions. Stability and prosperity or fragility and inequality shed light on a country’s feasibility to centre its energies outwards or the necessity to concentrate them predominantly inwards. At the end of Lula’s government and in the face of the elections forthcoming in the autumn of 2010, it is appropriate to focus on the bygone eight years of Brazilian internal and foreign policy and to raise the question if Lula succeeded in his ambition: to enforce Brazil’s status as a global protagonist in the international community, to which the country lays claim according to its self-conception.

## 8. Quellenverzeichnis

### 8.1 Literatur


- **Aburdene, Patricia**: *Megatrends 2020. Sieben Trends, die unser Leben und Arbeiten verändern werden!*; Bielefeld 2008

- **Aichinger, Heidi**: *Die Suche nach einer neuen Qualität*; in: Der Standard, Seite 25, 3./4. 1. 2009

- **Amann, Edmund**: *Economic Policy and Performance in Brazil since 1985*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 107-137

- **Andersen, Uwe**: *Weltwirtschaftssystem*; in: **Woyke, Wichard (Hg.)**: *Handwörterbuch Internationale Politik*; Wiesbaden 2005; Seite 583-591

- **Andrioli, Antônio Inácio/Schmalz, Stefan**: *Brasilien: politische Wende oder Fortsetzung neoliberaler Politik?*; in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*; Hamburg 2005; Seite 192-212

- **Arns, Paulo Evaristo**: *Brazil: Challenges and Perspectives*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 219-227

- **Arruda Sampaio, Plínio de**: *A Dilemma and the Challenges Facing Brazilian Society*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 245-258

- **Aued, Bernardete Wrublevski**: Arbeitslosigkeit und Informalisierung; in: Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hg.): *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*; Wiesbaden 2006; Seite 99-113

- **Barrios, Harald**: *Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika: Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay*; Opladen 1999

- **Berger, Herbert/Gabriel, Leo (Hg.)**: *Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik*; Wien 2007

- **Bernecker, Walther L.**: *Kapitel 6-10*; in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst: *Geschichte Portugals*; München 2001; Seite 71-129

- **Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst**: *Geschichte Portugals*; München 2001

- **Bernecker, Walther L.**: *Kolonie – Monarchie – Republik. Das 19. Jahrhundert*; in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*; Frankfurt am Main 2000; Seite 127-212

- **Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger**: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*; Frankfurt am Main 2000

- **Bethell, Leslie**: *Politics in Brazil: From Elections without Democracy to Democracy without Citizenship*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 21-41

- **Bierling, Stephan**: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik: von 1917 bis zur Gegenwart*; München 2003

- **Boeckh, Andreas**: *Die Außenpolitik Brasiliens und die Bundesrepublik Deutschland*; in: Briesemeister, Dietrich/Rouanet, Sergio Paulo (Hg.): *Brasilien im Umbruch: Akten des Berliner Brasilien-Kolloquiums vom 20.-22. September 1995*; Frankfurt am Main 1996; Seite 93-114

- **Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.)**: *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*; Hamburg 2005

- **Boris, Dieter**: *Die Transformation in Brasilien*; Supplement der Zeitschrift Sozialismus; Hamburg 2003

- **Bosi, Alfredo (Hg.)**: *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001

- **Bosl von Papp, Katharina**: *Religion und Revolte. Die Bedeutung des Christentums im Kampf gegen die Sklaverei. Brasilien und Kuba im Vergleich*; in: Nitschack, Horst (Hg.): *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005; Seite 151-162

- **Brandão, Gildo Marçal**: *Demokratisierung und Entwicklung: Ein Forschungsprogramm*; in: Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hg.): *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*; Wiesbaden 2006; Seite 65-78

- **Briesemeister, Dietrich/Rouanet, Sergio Paulo (Hg.)**: *Brasilien im Umbruch: Akten des Berliner Brasilien-Kolloquiums vom 20.-22. September 1995*; Frankfurt am Main 1996

- **Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.)**: *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994

- **Briesemeister, Dietrich**: *Die Kultur Brasiliens – Zur Einführung*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 377-383

- **Brzezinski, Zbigniew**: *The Choice. Global Domination or Global Leadership*; New York 2004

- **Brzezinski, Zbigniew**: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*; Frankfurt am Main 2003

- **Burton, John W**.: *World society*; Cambridge 1972

- **Buzan, Barry/Weaver, Ole:** *Regions and Powers: The Structure of International Security*; Cambridge 2003

- **Buzan, Barry/Little, Richard**: *International Systems in World History: Remaking the Study of International Relations*; Oxford 2000

- **Calcagnotto, Gilberto**: *Die Regierung Lula zwischen neoliberalem Erbe und sozialem Auftrag*; in: Zeitschrift Peripherie Nr. 90/91; Münster 2003; Seite 328-342

- **Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef**: *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch*; Frankfurt am Main 2002

- **Calcagnotto, Gilberto**: *Ein Entwicklungsmodell und die Einkommensverteilung*; in: Briesemeister, Dietrich/Rouanet, Sergio Paulo (Hg.): *Brasilien im Umbruch: Akten des Berliner Brasilien-Kolloquiums vom 20.-22. September 1995*; Frankfurt am Main 1996; Seite 165-184

- **Calcagnotto, Gilberto**: *Politische Kultur und Demokratisierung*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 176-196

- **Carneiro, Leandro Piquet:** *Democratic Consolidation and Civil Rights: Brazil in Comparative Perspective*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 232-250

- **Costa, Sérgio**: *Das politische System Brasiliens*; in: Rinke, Stefan/Stüwe, Klaus: *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*; Wiesbaden 2008; Seite 114-136

- **D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.)**: *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003

- **D'Alva Kinzo, Maria**: *Parties and Elections: Brazil's Democratic Experience since 1985*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 42-61

- **D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James**: *Introduction*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 1-17

- **Dietrich, Wolfgang:** *Von der Intervention zur Integration. Lateinamerika im Schatten der nordamerikanischen Hegemonialmacht und die politisch-militärische Rolle der USA im 20. Jahrhundert*; in: Kallert-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans Werner (Hg.): *Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*; Wien 2004, Seite 135-151

- **Domingues, Walquiria Leão Rego**: *Staatlicher Einkommenstransfer und Bürgerrechte in Brasilien. Das ‚Programa Bolsa Família' der Regierung Lula da Silva*; in: Krampl, Ulrike/Signori, Gabriela (Hg.): *L'HOMME, 20, 1 (2009), Namen*; Wien 2009; Seite 97-110

- **Durkheim, Emil**: *Über soziale Arbeitsteilung*; Frankfurt 1988

- **Edelman, Murray**: *Politik als Ritual; Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*; Frankfurt 2005

- **Favre, Henri**: *Lateinamerika*; Bergisch Gladbach 2000

- **Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard:** *Internationale Politik. Eine Einführung*; Wien 2006

- **Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar**: *Internationale Politik*; Klagenfurt 2004

- **Fischer Taschenbuch Verlag**: *Das Fischer Länderlexikon. Alle Staaten der Welt auf einen Blick*; Frankfurt am Main 2003

- **Frey, Eric**: *Clintons Amerika. Präsident einer neuen Generation*; Frankfurt am Main 1993

- **Frey, Eric**: *Schwarzbuch USA*; Frankfurt am Main 2004

- **Fukuyama, Francis**: *Das Ende der Geschichte – wo stehen wir?*; München 1992

- **Furtado, Celso**: *The Political Factor in the Formation of Brazil*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 177-182

- **Galtung, Johan**: *Frieden mit friedlichen Mitteln, Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*; Opladen 1998

- **Gilbert, Adrian**: *The End of Time – The Mayan Prophecies Revisited*; Edinburgh 2006

- **Gilpin, Robert**: *The Political Economy of International Relations*; Princeton 1987

- **Goldstein, Horst**: *Gott und seine Brasilianer*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 464-480

- **Guimarães, Antonio Sérgio Alfredo**: The Race Issue in Brazilian Politics; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 251-268

- **Hakim, Peter**: *Two Ways to Go Global*; in: Foreign Affairs, Jänner/Februar 2002; Seite 148-162

- **Hall, Anthony**: *Education Reform in Brazil under Democracy*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 269-287

- **Heinz, Wolfgang S.**: *Zur Herausbildung des politischen Denkens im brasilianischen Militär während der ersten Jahrzehne der Republik. Die Rolle ausländischer Konzepte*; in: Nitschack, Horst (Hg.): *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005; Seite 27-43

- **Heinz, Wolfgang S.**: *Menschenrechte und Demokratie in Brasilien*; in: Briesemeister, Dietrich/Rouanet, Sergio Paulo (Hg.): *Brasilien im Umbruch: Akten des Berliner Brasilien-Kolloquiums vom 20.-22. September 1995*; Frankfurt am Main 1996; Seite 79-92

- **Heitmeyer, Wilhelm/Loch, Dietmar (Hg.)**: *Schattenseiten der Globalisierung*; Frankfurt am Main 2001

- **Hentschke, Jens**: *Brasiliens Republikanisierung: Die Suche nach Alternativen in einem Prozess der „Amerikanisierung“*; in: Nitschack, Horst (Hg.): *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005; Seite 45-72

- **Hirst, Mônica**: *The United States and Brazil: a long road of unmet expectations*; New York 2005

- **Hobbes, Thomas**: *Leviathan*; München 2006

- **Hoge Jr., James F.**: *Fulfilling Brazil's promise. A conversation with President Cardoso*; in: Foreign Affairs, Juli/August 1995; Seite 62-75

- **Jaguaribe, Helio:** *Brazil and the 21st century*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 13-19

- **Journal für Entwicklungspolitik XXIV**, 2/2008

- **Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans Werner (Hg.)**: *Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*; Wien 2004

- **Kaltefleiter, Werner/Schumacher, Ulrike:** *The Rise of a Multipolar World*; Frankfurt am Main 1998

- **Kant, Immanuel:** *Zum ewigen Frieden*; Frankfurt am Main 2009

- **Kennedy, Paul:** *Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung*; München 2007

- **Kennedy, Paul**: *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*; Frankfurt am Main 2002

- **Kennedy, Paul**: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*; Frankfurt am Main 2000

- **Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.**: *Power and Interdependence*; 3rd Edition; New York 2001

- **Kissinger, Henry**: *Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert*; München 2002

- **Klein, Herbert S./Luna, Francisco Vidal**: *Brazil since 1980*; New York 2006

- **Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hg.)**: *Einführung in die internationale Politik*; München 2004

- **Krampl, Ulrike/Signori, Gabriela (Hg.)**: *L'HOMME, 20, 1 (2009), Namen*; Wien 2009

- **Krell, Gert**: *Weltbilder und Weltordnung*; Baden-Baden 2003

- **Krishanmurti, Jiddu**: *Vollkommene Freiheit*; Frankfurt am Main 1999

- **Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hg.)**: *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*; Wiesbaden 2006

- **Kurz, Robert**: *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*; München 2002

- **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2009

- **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007

- **Leubolt, Bernhard/Tittor, Anne**: *Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika: Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich*; in: Journal für Entwicklungspolitik XXIV, 2/2008; Seite 116-141

- **Leubolt, Bernhard**: *Brasilien – Lula: Sozialdemokratie in der Ära des Liberalismus*; in: Berger, Herbert/Gabriel, Leo (Hg.): *Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik*; Wien 2007; Seite 129-160

- **Luhmann, Niklas**: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*; Frankfurt am Main 1998

- **Lühr, Volker**: *Soziale Ungleichheit im Selbstbild Brasiliens*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 140-154

- **Maia, Antônio Cavalcantí**: *Kulturelle Diversität und nationale Identität Brasiliens: Ihre gegenwärtigen Herausforderungen*; in: Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hg.): *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*; Wiesbaden 2006; Seite 49-64

- **Mandelbaum, Michael**: *The Case for Goliath: How America Acts as the World's Government in the 21st Century*; New York 2005

- **Mark, Lothar**: *Die Wahrnehmung der neuen Rolle Brasiliens in Südamerika aus parlamentarischer Perspektive*; in: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef: *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch*; Frankfurt am Main 2002; Seite 270-275

- **Mattos, Patrícia**: *Klassenherrschaft und Geschlechterherrschaft: Referenzielle Verschränkungen*; in: Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hg.): *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*; Wiesbaden 2006; Seite 114-128

- **Menzel, Ulrich**: *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*; Frankfurt am Main 1992

- **Modelski, George/Thompson, William R.**: *Leading Sectors and World Powers. The Coevolution of Global Politics and Economics*; Columbia 1996

- **Moltmann, Bernhard:** *Das Militär: Neuorientierungen in Zeiten der Krise*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 229-242

- **Moltmann, Bernhard:** *Brasilien: Zwanzig Jahre Militärherrschaft – lange Schatten eines ehrgeizigen Entwicklungsmodells*; in: Steinweg, Reiner (Hg.): *Militärregime und Entwicklungspolitik*; Frankfurt am Main 1989; Seite 85-103

- **Morgenthau, Hans J.:** *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*; New York 1978

- **Morris, Justin**: *Collective Security: The United Nations and the Challenge of the Future*; in: Kaltefleiter, Werner/Schumacher, Ulrike: *The Rise of a Multipolar World*; Frankfurt am Main 1998; Seite 193-212

- **Munck, Ronaldo**: *Contemporary Latin America*; New York 2008

- **Nitschack, Horst (Hg.)**: *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005

- **Nitschack, Horst**: *Einleitung*; in: Nitschack, Horst (Hg.): *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005; Seite 7-9

- **Nitschack, Horst**: *Brasilianische Kultur: Gegensätze und Vielfalt*; in: Briesemeister, Dietrich/Rouanet, Sergio Paulo (Hg.): *Brasilien im Umbruch: Akten des Berliner Brasilien-Kolloquiums vom 20.-22. September 1995*; Frankfurt am Main 1996; Seite 243-256

- **Novães, Washington**: *The Challenges of the 21st Century*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 291-300

- **Novy, Andreas**: *Die Unordnung der Peripherie: von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*; Wien 2001

- **Nye, Joseph S**.: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*; New York 2004

- **Paul, Wolf**: *Genealogie der Verfassung der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien*; in: Nitschack, Horst (Hg.): *Brasilien im amerikanischen Kontext. Vom Kaiserreich zur Republik: Kultur, Gesellschaft, Politik*; Frankfurt am Main 2005; Seite 11-25

- **Paul, Wolf**: *Verfassungsgebung und Verfassung*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 197-206

- **Pfaltzgraff Jr., Robert L.**: *The United States: The World's Only Superpower*; in: Kaltefleiter, Werner/Schumacher, Ulrike**:** *The Rise of a Multipolar World*; Frankfurt am Main 1998; Seite 19-33

- **Pietschmann, Horst**: *Kapitel 1-5*; in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst: *Geschichte Portugals*; München 2001; Seite 9-71

- **Pietschmann, Horst**: *Portugal – Amerika – Brasilien. Die kolonialen Ursprünge einer Kontinentalmacht*; in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*; Frankfurt am Main 2000; Seite 11-123

- **Pinzler, Petra/Wessel, Günther**: *George W. Bush – Wende in Amerika*; Hamburg 2001

- **Plettenbacher, Tobias**: *Neues Geld, Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*; Wien 2008

- **Porto , Mauro P.**: *Mass Media and Politics in Democratic Brazil*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 288-314

- **Powils, Romy**: *Negro – die Untersuchung einer schwarzen Identität in Brasilien als ethnische Identität*; Hamburg 2009

- **Reis, Fábio Wanderley**: *The World Today and the Challenges Facing Brazil*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 107-114

- **Revel, Jean-François**: *So enden die Demokratien*; München 1984

- **Rey, Romeo**: *Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*; München 2006

- **Rinke, Stefan/Stüwe, Klaus**: *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*; Wiesbaden 2008

- **Rittberger, Volker**: *Internationale Organisationen: Politik und Geschichte. Europäische und weltweite zwischenstaatliche Zusammenschlüsse*; Opladen 1994

- **Rode, Reinhard**: *Strukturen und Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft*; in: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hg.): *Einführung in die internationale Politik*; München 2004; Seite 587-615

- **Rouquié, Alain**: *The Military and the State in Latin America*; Berkeley 1987

- **Sallum Jr., Brasilio**: *The Changing Role of the State: New Patterns of State-Society Relations in Brazil at the End of the Twentieth Century*; in: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hg.): *Brazil since 1985: Politics, Economy and Society*; London 2003; Seite 179-199

- **Schelsky, Detlev**: *Das Verhältnis der Rassen in Brasilien*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 124-139

- **Schirm, Stefan A**.: *Außenpolitik*; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 243-254

- **Schmalz, Stefan**: *Brasilien: Die Regierung Lula als Wiedergeburt der klassischen Sozialdemokratie. Zum Aufstieg und Niedergang eines neoliberalen Projekts in Lateinamerika*; in: Schmidt, Ingo (Hg.): *Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan*; Hamburg 2008a; Seite 68-85

- **Schmalz, Stefan**: *Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation*; Münster 2008b

- **Schmidt, Ingo (Hg.)**: *Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan*; Hamburg 2008; Seite 68-85

- **Schrader, Achim**: Gesellschaft und Politik. Zur Einführung; in: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd et. al. (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*; Frankfurt am Main 1994; Seite 109-111

- **Senghaas, Dieter**: *Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht*; in: Leviathan, März 2003; Seite 117-152

- **Senghaas, Dieter (Hg.)**: *Kapitalistische Weltökonomie: Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Frankfurt 1979

- **Singer, Paul**: *Brazil on the Threshold of the Third Millennium*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 49-62

- **Smith, Joseph**: *The United States and Latin America. A history of American diplomacy 1776-2000*; London 2005

- **Steckel, Helmut (Hg.)**: *Tibet – eine Kolonie Chinas. Ein buddhistisches Land sucht die Befreiung*; Hamburg 1993

- **Steinweg, Reiner (Hg.)**: *Militärregime und Entwicklungspolitik*; Frankfurt am Main 1989

- **Sterr, Albert**: *Einleitung*; in: Sterr, Albert (Hg.): *Die Linke in Lateinamerika. Analysen und Berichte*; Köln 1997; Seite 9-57

- **Sterr, Albert (Hg.)**: *Die Linke in Lateinamerika. Analysen und Berichte*; Köln 1997

- **Stiftung Entwicklung und Frieden**: *Globale Trends 2007. Frieden, Entwicklung, Umwelt*; Frankfurt am Main 2006

- **Strange, Susan**: *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*; Cambridge 1996

- **Taylor, Michael**: *Community, Anarchy and Liberty*; Cambridge 1989

- **Thurman, Robert A. F.**: *Der Schlüssel zum Überleben. Die Wiedergeburt Tibets und die Zukunft unseres Planeten*; in: Steckel, Helmut (Hg.): *Tibet – eine Kolonie Chinas. Ein buddhistisches Land sucht die Befreiung*; Hamburg 1993; Seite 270-279

- **Todd, Emmanuel**: *Weltmacht USA. Ein Nachruf*; München 2003

- **Todd, Emmanuel**: *Vor dem Sturz – das Ende der Sowjetherrschaft*; Frankfurt am Main 1977

- **Touraine, Alain**: *Globalisierung – eine neue kapitalistische Revolution*; in: Heitmeyer, Wilhelm/Loch, Dietmar (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung*; Frankfurt am Main 2001; Seite 41-62

- **Toynbee, Arnold J**.: *Der Gang der Weltgeschichte. Aufstieg und Verfall der Kulturen*; Stuttgart 1954

- **Velho, Gilberto:** *The Challenge of Violence*; in: Bosi, Alfredo (Hg.): *Brazil: Dilemmas and Challenges*; São Paulo 2001; Seite 155-160

- **Voigt, Rüdiger**: *Mythen, Rituale und Symbole in der Politik*; in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Symbole der Politik. Politik der Symbole*; Opladen 1989; Seite 9-36

- **Voigt, Rüdiger (Hg**.): *Symbole der Politik. Politik der Symbole*; Opladen 1989

- **Wallerstein, Immanuel**: *Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse*; in: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie: Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Frankfurt 1979; Seite 31-67

- **Watson, Adam**: *The Evolution of International Society. A comparative historical analysis*; London 2003

- **Wesel, Reinhard**: *Symbolische Politik der Vereinten Nationen. Die „Weltkonferenzen" als Rituale*; Opladen 2004

- **Wimmer, Hannes**: *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit*; Wien 2000

- **Wimmer, Hannes**: *Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie*; Wien 1996

- **Woyke, Wichard (Hg.)**: *Handwörterbuch Internationale Politik*; Wiesbaden 2005

- **Zakaria, Fareed**: *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*; München 2009

- **Zeitschrift Peripherie Nr. 90/91**; Münster 2003

- **Zoller, Rüdiger**: *Präsidenten – Diktatoren – Erlöser. Das lange 20. Jahrhundert*; in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*; Frankfurt am Main 2000; Seite 215-320

- **Zweig, Stefan**: *Brasilien – ein Land der Zukunft*; Stockholm 1941

## 8.2 Onlinequellen


- **Araújo, João Hermes Pereira de**: *Diplomatie der Unabhängigkeit*; April 2008; in: http://brasilianische-botschaft.de/geschichte-der-brasilianischen-diplomatie/teil-1-das-koloniale-vermachtnis-die-monarchie/diplomatie-der-unabhangigkeit/, 2. 3. 2010

- **Auswärtiges Amt Deutschland**: *Brasilien auf einen Blick*;
  in: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Brasilien.html, 4. 1. 2010

- **Auswärtiges Amt Deutschland**: *Die USA auf einen Blick*;
  in: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=188, 4. 1. 2010

- **Baumann, Wolfgang**: *Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren*; 2004;
  in: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_vu1_01_gbf.pdf; 17. 4. 2009

- **Behn, Andreas**: *Strategische Partnerschaft mit Brasilien. Die EU will Schwellenländer stärker in die Bekämpfung der Finanzkrise einbeziehen*; Dezember 2008;
  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Brasilien/eu.html, 11. 2. 2010

- **Bender, Peter**: *America: The New Roman Empire?*; Winter 2003;
  in: http://www.sciencedirect.com/science?_ob=ArticleURL&_udi=B6W5V-479VGG4-1&_user=10&_rdoc=1&_fmt=&_orig=search&_sort=d&view=c&_acct=C000050221&_version=1&_urlVersion=0&_userid=10&md5=eb86a8e8938fdc53c192cc47c7083784, 6. 5. 2009

- **Berger, Timo**: *Gemeinsame Projekte: Treffen von Staatschefs aus Argentinien, Brasilien und Venezuela. Kooperation soll trotz politischer Differenzen verstärkt werden*; August 2008;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Lateinamerika/koop.html, 9. 1. 2010

- **Bertelsmann Stiftung**: *BTI 2008 – Brazil Country Report*; 2007;

  in: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI_2008/LAC/Brazil.pdf, 17. 6. 2009

- **Blanco, Luis Fernando**: *Die neue Vereinbarung zwischen Brasilien und Paraguay zum Abkommen von Itaipú. Übernimmt Brasilien mehr Verantwortung als regionale Führungsmacht?*; Mai 2009;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17714-544-1-30.pdf, 6. 1. 2010

- **Boehringer, Simone**: *Interview mit Dennis Meadows: "Es geht darum, weniger zu konsumieren"*; Oktober 2008;
  in: http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/919/314815/text/, 13. 3. 2009

- **BrasilGate**: *Geschichte Brasiliens*;
  in: http://www.brasilgate.com/main/geschichte.php, 14. 5. 2009

- **Brasilianische Botschaft Berlin**: *Demokratie und Rechtsstaat*; April 2008;
  in: http://brasilianische-botschaft.de/politik/demokratie-und-rechtsstaat/, 4. 6. 2009

- **Breuer, Anja**: *Sozialausgaben in Brasilien: ein effizientes Mittel zur Armutsbekämpfung?*; August 2006;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_8968-544-1-30.pdf, 18. 6. 2009

- **Broering, Katrin**: *Die brasilianische Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu den USA*; Dezember 2004;

  in: http://www.weltpolitik.net/Regionen/Nord-%20und%20Lateinamerika/Brasilien/Analysen/Die%20brasilianische%20Außenpolitik%20unter%20besonderer%20Berücksichtigung%20des%20Verhältnisses%20zu%20den%20USA.html, 3. 1. 2009

- **Bundeszentrale für politische Bildung**;

  in: http://www.bpb.de; 17. 4. 2009

- **CIA**: *The World Factbook: Brazil*; aktualisiert am 18. Dezember 2008;

  in: https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/br.html, 5. 1. 2009

- **CNNmoney.com**: *Global Fortune 500*;

  in: http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2008/full_list/, 12. 3. 2009

- **Cohen, Eliot A.**: *History and the Hyperpower*; Juli/August 2004;

  in: http://www.globalpolicy.org/empire/history/2004/07hyperpower.pdf, 17. 4. 2009

- **Dilger, Gerhard**: *Lulas umstrittene Nachfolge-Kandidatin*; Februar 2010;

  in: http://derstandard.at/1266541113870/Lulas-umstrittene-Nachfolge-Favoritin, 22. 2. 2010

- **Dilger, Gerhard**: *Mercosur soll größer werden. Brasilien ratifiziert Beitritt Venezuelas/Nun fehlt noch "Ja" aus Paraguay*; Dezember 2009;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Lateinamerika/mercosur5.html, 9. 1. 2010

- **Dilger, Gerhard**: *Brasilien kritisiert EU-Abschieberichtlinie*; Juni 2008;

  in: http://derstandard.at/, 10. 2. 2010

- **Dowideit, Martin**: *Interview mit Dennis Meadows: Warum unser Planet auf totales Chaos zusteuert*; Juni 2008;

  in: http://www.welt.de/wirtschaft/article2133531/

  Warum_unser_Planet_auf_totales_Chaos_zusteuert.html; 13. 3. 2009

- **Dröge, Susanne (Hg.)**: *Die internationale Klimapolitik. Prioritäten wichtiger Verhandlungsmächte*; Dezember 2009; Seite 83-92;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6612, 1. 1. 2010

- **Fehndrich, Martin/Wilko Zicht**: *US-Präsidentenwahl 2000*; Oktober 2004;

  in: http://www.wahlrecht.de/ausland/us-wahl.html, 17. 1. 2009

- **Economist, The**: *A chance for a safer world*; Jänner 2007;

  in: http://pierretristam.com/Bobst/07/wf010907.htm; 16. 3. 2009

- **Egenhoff, Tjark**: *Die Großen unter sich. Der Mercosur und die kleinen Mitgliedsstaaten*; April 2006;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_8225-544-1-30.pdf, 12. 1. 2010

- **Exenberger, Andreas**: *Die Wiege der Globalisierung. Die portugiesischen Entdeckungsfahrten im 15. und 16. Jahrhundert und ihre politischen, ökonomischen und geistigen Auswirkungen auf Europa und die Welt*; Februar 1999;
  in: http://homepage.uibk.ac.at/~c43207/die/Portugal.pdf, 18. 5. 2009

- **Fischer-Bollin, Peter**: *Ohne Lula geht nichts…*; September 2009a;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17427-544-1-30.pdf; 1. 12. 2009

- **Fischer-Bollin, Peter**: *Brasilien – ein Jahr vor dem Ende der Ära Lula*; September 2009b;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17479-544-1-30.pdf; 1. 12. 2009

- **Fischer-Bollin, Peter**: *Der 3. EU-Brasilien-Gipfel am 6. Oktober. Erwartungen und Perspektiven*; September 2009c;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17733-544-1-30.pdf; 1. 12. 2009

- **Fischer-Bollin, Peter**: *Die Ausnahmeerscheinung Lula im Vorwahljahr. Zur Innenpolitik in Brasilien*; Mai 2009;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_16382-544-1-30.pdf, 3. 11. 2009

- **Focus**: *Wirtschaft, Bevölkerung, Inflation: Brasilien*;
  in: http://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/latino-boersen/laenderdaten_aid_26436.html, 22. 1. 2009

- **Fontoura, Joana**: *Die Zukunft der Ausbildung in Brasilien. Der neue Plan zur Entwicklung des Bildungswesens*; Mai 2007;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_11080-544-1-30.pdf, 18. 6. 2009

- **Freedom House**: *Freedom in the World 2009. Setbacks and Resilience*;
  in: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables&GraphsForWeb.pdf, 18. 1. 2009

- **Friedl, Walter**: *US-Hilfe für Haiti mit Eigeninteressen*; Jänner 2010;

  in: http://kurier.at/nachrichten/1970255.php, 19. 1. 2010

- **Goerdeler, Carl D.**: *Getúlio Vargas: Für meine Freunde alles*; August 2004;

  in: http://www.zeit.de/2004/36/A-GetulioVargas?page=all; 6. 3. 2010

- **Gratius, Susanne/Zilla, Claudia**: *Brasilien hat gewählt: Lula bleibt Staatspräsident bis 2010*; November 2006;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3438, 28. 10. 2009

- **Gratius, Susanne**: *Die Außenpolitik der Regierung Lula. Brasiliens Aufstieg von einer diskreten Regional- zu einer kooperativen Führungsmacht*; März 2004

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1124, 4. 11. 2009

- **Gresh, Alain**: *Die Welt und der Westen. Nach dem Washington Consensus eine multipolare Ordnung*; November 2008;

  in: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/11/14/a0032.text.name,askt9DTYC.n,3, 22. 4. 2009

- **Gurtner, Bruno**: *Die Macht des IWF schmilzt wie Schnee in der Sonne. Sechs Thesen zur Zukunft des IWF*; 2006;

  in: http://www.entwicklungspolitik.org/home/13-14-006-01/, 26. 1. 2010

- **Hamburger Abendblatt**: *Die Folgen von exponentiellem Wachstum unterschätzen wir gern*; Juni 2008;

  in: http://www.abendblatt.de/daten/2008/06/03/888791.html, 13. 3. 2009

- **Heintel, Martin**: *Zentrum, Peripherie und Grenze. Alte und neue Herausforderungen in der europäischen Raumplanungspolitik*;

  in: http://www.iff.ac.at/regionalentwicklung/download/zentrum-heintel.pdf, 14. 12. 2007

- **Henkel, Christine**: *Brasilien strotzt vor Selbstbewusstsein. Stabilisierung der makroökonomischen Fundamentaldaten*; März 2008;

  in: http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/

  brasilien_strotzt_vor_selbstbewusstsein_1.688734.html, 26. 1. 2010

- **Hermanns, Klaus**: *Brasilien auf der Gewinnerseite des Klimawandels?*; Juni 2007;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_12279-544-1-30.pdf, 1. 1. 2010

- **Hofmeister, Wilhelm**: *Die Gipfelblase. Brasiliens Gipfeltreffen mit Lateinamerika der Europäischen Union*; Dezember 2008;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15517-544-1-30.pdf, 14. 1. 2010

- **Hofmeister, Wilhelm**: *„Fragen Sie Bush!" – Brasilien und die internationale Finanzkrise*; Oktober 2008;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14941-544-1-30.pdf, 20. 1. 2010

- **Hofmeister, Wilhelm**: *Brasilien brummt*; März 2008;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13279-544-1-30.pdf, 25. 6. 2009

- **Hofmeister, Wilhelm**: *Wo, bitte, geht's zum Mercosur? Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Gemeinschaft beim Gipfeltreffen in Rio de Janeiro*; Jänner 2007;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_9952-544-1-30.pdf, 14. 1. 2010

- **Hofmeister, Wilhelm**: *Ein Gipfel der falschen Erwartungen und des falschen Zungenschlags. Das 1. Gipfeltreffen Südamerika-Arabische Liga*; Mai 2005;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6657-544-1-30.pdf, 9. 1. 2010

- **Husar, Jörg/Maihold, Günther**: *Neue Prioritäten im Mercosur. Der Beitritt Venezuelas und seine Folgen für das südamerikanische Integrationsbündnis*; August 2006;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3166, 14. 1. 2010

- **Ikenberry, G. John/Kupchan, Charles A.**: *Liberal Realism: The Foundations of a Democratic Foreign Policy*; Herbst 2004;

  in: http://web.clas.ufl.edu/users/zselden/Course%20Readings/IkenberryKupchan.pdf, 21. 4. 2009

- **Kagan, Robert**: *Power and Weakness*; Juni/Juli 2002;

  in: http://www.esi2.us.es/~mbilbao/pdffiles/rkagan.pdf, 20. 4. 2009

- **Kaller-Dietrich, Martina/Mayer, David**: *Die Weltwirtschaftskrise 1929 in Lateinamerika und die Herausbildung des Populismus*; 2005a;

  in: http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/

  geschichte/pdf/wewikrise.pdf, 3. 3. 2010

- **Kaller-Dietrich, Martina/Mayer, David**: *Entwicklungsdiktaturen in Lateinamerika*; 2005b;

  in: http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/

  geschichte/pdf/entwickdik.pdf, 3. 3. 2010

- **Knobloch, Andreas**: *Lugo kritisiert Lula. Brasilianische Truppenbewegungen sorgen für Protest aus Paraguay*; Juni 2009;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Paraguay/brasilien.html, 7. 1. 2010

- **Knobloch, Andreas**: *Lula verhandelt in Peking. Brasilianischer Präsident zu Staatsbesuch in China*; Mai 2009a;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/China/brasilien.html, 18. 2. 2010

- **Knobloch, Andreas**: *Aufschwung für wenige. Brasilen auf dem Weg zur wirtschaftlichen Weltmacht. Ein Großteil der Bevölkerung hat nichts davon*; Mai 2009b;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Brasilien/aufschwung.html, 24. 2. 2010

- **König, Hilmar**: *„Vergesst die G8!" The Hindu: Zeit für Gipfel Brasilien, China, Indien undSüdafrika*; Juni 2007;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/gipfel2.html; 18. 2. 2010

- **Krause, Silvana**: *Brasilien nach den Wahlen 2006*; 2006;

  in: http://www.bpb.de/publikationen/MMRBVO,0,0,Brasilien_nach_den_Wahlen_2006.html#art0, 27. 10. 2009

- **Krauthammer, Charles**: *In Defense of Democratic Realism*; Herbst 2004

  in: http://arts.anu.edu.au/sss/pols3017/Recent%20Articles/In%20Defense%20of%20Democratic%20Realism%20Krauthammer.pdf, 20. 4. 2009

- **Krauthammer, Charles**: *Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World*; Februar 2004;

  in: http://www.aei.org/publications/pubID.19912,filter.all/pub_detail.asp, 26. 3. 2009

- **Kupchan, Charles A.**: *After Pax Americana: Benign Power, Regional Integration, and the Sources of a Stable Multipolarity*; Herbst 1998;

  in: http://psci.colorado.edu/~lewiso/Kupchan%20-%20After%20Pax%20Americana.pdf, 7. 5. 2009

- **Legião Urbana**: *Que país é este*;

  in: http://legiao-urbana.musicas.mus.br/letras/46973/, 19. 1. 2009

- **Lemoine, Maurice**: *Lateinamerika geht eigene Wege*; November 2008;

  in: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/11/14/a0032.text.name,askt9DTYC.n,3, 6. 1. 2010

- **Maihold, Günther**: *Brasiliens Aufstieg in die 1. Liga der EU-Außenbeziehungen. Potential und Grenzen der neuen strategischen Partnerschaft*; Juli 2007;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4188, 10. 2. 2010

- **Maihold, Günther**: *Die südamerikanische Staatengemeinschaft. Ein neuer Partner für die EU in Lateinamerika?*; Dezember 2004;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1839, 14. 1. 2010

- **Meier, Katharina/Radermacher, Reiner**: *Vom Hoffnungsträger zum kleinere Übel? Die Regierung Lula im letzten Jahr ihrer Amtszeit*; März 2006;

  in: http://www.fes.de/aktuell/documents/FES-AnalyseBrasilien.pdf; 9. 11. 2009

- **Menzel, Ulrich**: *Konkurrierende Weltordnungsmodelle in historischer Perspektive*; Juli 2004; in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_5065-544-1-30.pdf, 18. 1. 2009

- **Menzel, Ulrich**: *Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung?*; Mai 2004; in: http://www-public.tu-bs.de:8080/~umenzel/inhalt/forschungsberichte/BlaueReihe59.PDF, 18. 1. 2009

- **Mildner, Stormy/Zilla, Claudia**: *Brasilien und Biokraftstoffe. Chancen und Stolpersteine für eine engere Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland*; November 2007; in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4500, 1. 1. 2010

- **National Intelligence Council (NIC)**: *Global Trends 2025. A Transformed World*; November 2008; in: http://www.dni.gov/nic/NIC_2025_project.html, 18. 1. 2009

- **National Intelligence Council (NIC)**: *Mapping the Global Future: Report of the Intelligence Council's 2020 Project*; Dezember 2004; in: http://www.dni.gov/nic/NIC_globaltrend2020.html, 23. 4. 2009

- **Niebel, Ingo**: *Achse Caracas-Brasília läuft. „Lula" und Chávez vertiefen Zusammenarbeit. Brasilien will Venezuelas Beitritt zum Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur) ratifizieren*; Juli 2008; in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Brasilien/venezuela.html, 9. 1. 2010

- **Novy, Andreas**: *Dependenztheorie*; in: http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-2702.html, 12. 3. 2009

- **Nye, Joseph S.**: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*; 2004;
  in: http://content.ksg.harvard.edu/leadership/index.php?option=com_content&task=view&id=17&Itemid=62, 19. 2. 2010

- **Organisation Amerikanischer Staaten**: *Fifth Summit of the Americas*; April 2009;
  in: http://www.fifthsummitoftheamericas.org/index.htm, 19. 1. 2010

- **O'Brien, Conor Cruise**: *Ritual humiliation at the UN*; Juni 1993; in:
  http://www.independent.co.uk/opinion/ritual-humiliation-at-the-un-1489553.html, 23. 3. 2009

- **Oehrlein, Josef**: *Geld gegen Gewalt*; August 2007;
  in: http://www.faz.net/print/Politik/Geld-gegen-Gewalt, 17. 6. 2009

- **Office of the Spokesperson for the Secretary-General**: *Secretary-General's address at the Truman Presidential Museum and Library followed by Questions and Answers*; Dezember 2006;
  in: http://www.un.org/apps/sg/sgstats.asp?nid=2357, 22. 1. 2009

- **Oliveira, Guacira César de/Pietricovsky, Iara**: *Equity postponed*; 2005;
  in: http://www.socialwatch.org/en/informesNacionales/425.html, 18. 6. 2009

- **Pignotti, Darío**: *Brasilien macht sich stark für Südamerika*; April 2008;
  in: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/11/14/a0032.text.name,askt9DTYC.n,3, 6. 1. 2010

- **Plettenbacher, Tobias**: *Neues Geld, Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*;

  in: http://www.timesozial.org/fileadmin/Download/Neues_Geld_-_Neue_Welt_V1.pdf, 13. 3. 2009

- **Pomrehn, Wolfgang**: *Befreiung aus der Umklammerung. Argentinien und Brasilien wollen ihre Schulden beim IWF mit einem Schlag zurückzuzahlen*; Dezember 2005;

  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Argentinien/schulden-iwf.html, 26. 1. 2010

- **Prutsch, Ursula**: *Brasilien 1889 – 1985. Von der ersten Republik bis zum Ende der Militärdiktatur*; Juni 2005;

  in: http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/brasilien/brasilien-90.html, 14. 1. 2010

- **Ramonet, Ignacio**: *Lula Paradigma*; Jänner 2003;

  in: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/01/17/a0005.text.name,ask5gdsQY.n,1; 7. 7. 2009

- **Ramos, Silvia/Lemgruber, Julita**: *Urban violence, public safety policies and responses from civil society*; 2004;

  in: http://www.socialwatch.org/en/informesNacionales/408.html, 18. 6. 2009

- **Ribeiro Hoffmann, Andrea**: *Konkrete Maßnahmen als Zielsetzung des dritten Gipfels*; in: Fischer-Bollin, Peter: *Der 3. EU-Brasilien-Gipfel am 6. Oktober. Erwartungen und Perspektiven*; September 2009;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17733-544-1-30.pdf; 1. 12. 2009; Seite 2-5

- **Rodrigues, Ana Carolina**: *Ein Gipfeltreffen mit Misstönen*; Oktober 2005;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7494-544-1-30.pdf, 9. 1. 2010

- **Romero-Castillo Evan**: *Mercosur – der zahnlose Tiger?*; Juli 2009;

  in: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4512736,00.html, 10. 2. 2010

- **Rosen, Stephen**: *An Empire, If You Can Keep It*; Jänner 2003;

  in: http://www.nationalinterest.org/General.aspx?id=92&id2=11674, 17. 4. 2009

- **Sader, Emir**: *Taking Lula's Measure*; Juni 2005;

  in: http://www.newleftreview.org/?view=2564, 13. 10. 2009

- **San Francisco Bay View**: *"Do you have blacks, too?"*;

  in: http://www.sfbayview.com/061202/haveblacks061202.html, 12. 2. 2006

- **Standard, der**: *Menschenrechtsreport: Soziale Ungleichheit stieg unter Lula*; 5. Dezember 2008;

  in: http://derstandard.at/, 3. 11. 2009

- **Standard, der**: *Niederlagen für Partei von Präsident Lula bei Stichwahl*; 27. Oktober 2008;

  in: http://derstandard.at/, 3. 11. 2009

- **Standard, der**: *Bischof Kräutler kritisiert korrupte Polizei und Justiz*; 21. Oktober 2008;

  in: http://derstandard.at/, 9. 11. 2009

- **Standard, der**: *Präsident Lulas PT gewinnt Kommnalwahlen*; 6. Oktober 2008a;

  in: http://derstandard.at/, 3. 11. 2009

- **Standard, der**: *30 Verletzte bei Zusammenstößen zwischen Polizisten*; 6. Oktober 2008b;

  in: http://derstandard.at/, 9. 11. 2009

- **Standard, der**: *Brasília entwickelt erstes Atom-U-Boot in Lateinamerika*; 30. August 2008;

  in: http://derstandard.at/, 6. 1. 2010

- **Standard, der**: *Hintergrund: Lulas schleppende Landreform*; 8. Juni 2008;

  in: http://derstandard.at/, 9. 11. 2009

- **Stichweh, Rudolf**: *Die Weltgesellschaft – Strukturen eines globalen Gesellschaftssystems jenseits der Regionalkulturen der Welt*; 2001;
  in: http://www.uni-bielefeld.de/(de)/soz/iw/pdf/stichweh_3.pdf, 23. 4. 2009

- **Suhr, Henning**: *Aufbruch und Armut im Land der Zukunft – Leben und Arbeiten in Brasilien*; November 2008;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15248-544-1-30.pdf, 17. 6. 2009

- **Suhr, Henning**: *Kommunalwahlen in Brasilien: Begrenzter Einfluss von Präsident Lula*; Oktober 2008;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14787-544-1-30.pdf, 3. 11. 2009

- **Suhr, Henning**: *Brasiliens Indianerpolitik zwischen neuer Gewalt und alten Problemen*; Juni 2008;
  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13908-544-1-30.pdf, 17. 6. 2009

- **Tagesschau.de**: *Vom Schuldner zum Gläubiger*; Juni 2009;
  in: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/brasilieniwf100.html, 26. 1. 2010

- **Thakurta, Pranjoy Guha**: *Süden formiert sich. Indien, Brasilien und Südafrika wollen die trilaterale Kooperation intensivieren*; August 2006;
  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/sueden.html, 18. 2. 2010

- **Thielen, Helmut**: *Leonardo Boff und Tarso Genro – kreative Denker auf der Seite der Linken in Brasilien*; März 2001;
  in: http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/thielen125.pdf, 5. 7. 2009

- **United Nations**: *Statement by H. E Luiz Inácio Lula da Silva, President of the Federative Republik of Brazil, at the General Debate of the 64th Session of the United Nations General Assembly*; September 2009;
  in: http://www.un.org/ga/64/generaldebate/pdf/BR_en.pdf, 20. 1. 2010

- **United Nations**: *In Larger Freedom. Towards Development, Security and Human Rights for All*; März 2005;
  in: http://www.un.org/largerfreedom/contents.htm; 16. 3. 2009

- **Vogt, Jürgen**: *Argentinien baut Schulden ab. Bis Jahresende bekommt der IWF sein Geld zurück*; Dezember 2005;
  in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Argentinien/schulden-iwf.html, 26. 1. 2010

- **Wagner, Thomas**: *Funktionale Differenzierung und ein ökonomischer Primat – hat die systemtheoretische Gesellschaftstheorie ausgedient?*;
  in: http://www.sozialarbeit.ch/dokumente/oekonomischer_primat.pdf, 13. 10. 2009

- **Wirtschaftskammer Österreich**: *Länderprofil Brasilien*; aktualisiert im September 2008;

  in: http://wko.at/awo/publikation/laenderprofil/lp_BR.pdf, 5. 1. 2009

- **Zilla, Claudia**: *Brasilien und die Klimapolitik: Ein kreativer Partner mit Potential*; in: Dröge, Susanne (Hg.): *Die internationale Klimapolitik. Prioritäten wichtiger Verhandlungsmächte*; Dezember 2009; Seite 83-92;

  in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6612, 1. 1. 2010

- **Zürn, Michael**: *Institutionalisierte Ungleichheit*; Juli/August 2007;

  in: http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2007/mai-2007/institutionalisierte-ungleichheit.html, 8. 1. 2009

## 8.3 Abbildungen

In Bezug auf die herangezogenen Graphiken habe ich mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Abbildungen in dieser Arbeit einzuholen. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung vorliegen, ersuche ich um Meldung bei mir.

- ***Abb. 1***: **ARRL**: *Map of Brazil*;
  in: http://www.arrl.org/news/stories/2003/10/16/4/?nc=1, 28. 12. 2008

- ***Abb. 2***: **Menzel, Ulrich**: *Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung?*; Mai 2004; in: http://www-public.tu-bs.de:8080/~umenzel/inhalt/forschungsberichte/BlaueReihe59.PDF, 18. 1. 2009

- ***Abb. 3***: **Wikipedia**: *Flagge Brasiliens*;
  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Brasiliens, 3. 3. 2010

- ***Abb. 4***: **Menzel, Ulrich**: *Konkurrierende Weltordnungsmodelle in historischer Perspektive*; Juli 2004; in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_5065-544-1-30.pdf, 18. 1. 2009
- ***Abb. 5***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 55

- ***Abb. 6***: **Wikipedia**: *Die BRIC-Staaten*;
  in: http://de.wikipedia.org/wiki/BRIC-Staaten, 22. 4. 2009

- ***Abb. 7***: **Bischof, Burkhard**: *Verkehrte Welt: Krise im Westen, Zuwächse in Asien*; 27. März 2009; in: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/465203/
  index.do?parentid=0&act=0&isanonym=0, 23. 4. 2009

- ***Abb. 8***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 61

- ***Abb. 9***: **Plettenbacher, Tobias**: *Neues Geld, Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*; Seite 4;

  in: http://www.timesozial.org/fileadmin/Download/Neues_Geld_-_Neue_Welt_V1.pdf, 13. 3. 2009

- ***Abb. 10***: **Plettenbacher, Tobias**: *Neues Geld, Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*; Seite 6;

  in: http://www.timesozial.org/fileadmin/Download/Neues_Geld_-_Neue_Welt_V1.pdf, 13. 3. 2009

- ***Abb. 11***: **Plettenbacher, Tobias**: *Neues Geld, Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege*; Seite 6;

  in: http://www.timesozial.org/fileadmin/Download/Neues_Geld_-_Neue_Welt_V1.pdf, 13. 3. 2009

- ***Abb. 12***: eigene Darstellung

- ***Abb. 13***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 65

- ***Abb. 14***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 97

- ***Abb. 15***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 92

- ***Abb. 16***: **Universität Trier**: *Das zivilisatorische Hexagon*;

  in: http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/ws0203/vl_zivhex.gif, 27. 4. 2009

- ***Abb. 17***: **Wikipedia**: *Wahlen in Brasilien 2006*;

  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlen_in_Brasilien_2006, 10. 6. 2009

- ***Abb. 18***: **Wikipedia**: *Wahlen in Brasilien 2006*;

  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlen_in_Brasilien_2006, 10. 6. 2009

- ***Abb. 19***: **Suhr, Henning**: *Kommunalwahlen in Brasilien: Begrenzter Einfluss von Präsident Lula*; Oktober 2008;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14787-544-1-30.pdf, 3. 11. 2009

- ***Abb. 20***: **Ramos, Silvia/Lemgruber, Julita**: *Urban violence, public safety policies and responses from civil society*; 2004;

  in: http://www.socialwatch.org/en/informesNacionales/408.html, 18. 6. 2009

- ***Abb. 21***: **Ramos, Silvia/Lemgruber, Julita**: *Urban violence, public safety policies and responses from civil society*; 2004;

  in: http://www.socialwatch.org/en/informesNacionales/408.html, 18. 6. 2009

- ***Abb. 22***: **Breuer, Anja**: *Sozialausgaben in Brasilien: ein effizientes Mittel zur Armutsbekämpfung?*; August 2006;

  in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_8968-544-1-30.pdf, 18. 6. 2009

- ***Abb. 23***: **Wikipedia**: *Gini-Koeffizient*;

  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient; 19. 6. 2009

- ***Abb. 24***: **Sfmission**: *Mercosul*;

  in: http://www.sfmission.com/cgi-bin/gallery/imageFolio.cgi?action=view&link=Brazil/Travel_Tools/Trade&image=mercosur.jpg&img=&tt=, 14. 1. 2010

- ***Abb. 25***: **Wikipedia**: *CSN Estados miembro*;

  in: http://pt.wikipedia.org/wiki/Ficheiro:CSN_Estados_miembro.png, 14. 1. 2010

- ***Abb. 26***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 89

- ***Abb. 27:*** **Wikipedia**: *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*;

  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Sicherheitsrat_der_Vereinten_Nationen, 26. 1. 2010

- ***Abb. 28***: **Le Monde diplomatique**: *Atlas der Globalisierung*; Berlin 2007; Seite 88

- ***Abb. 29***: **Wikipedia**: *Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer*;

  in: http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_der_zwanzig_wichtigsten_Industrie-_und_Schwellenl%C3%A4nder, 26. 1. 2010

- ***Abb. 30***: **Freedom House**: *Freedom in the World 2009. Setbacks and Resilience*;

  in: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables&GraphsForWeb.pdf, 18. 1. 2009

## Lebenslauf

**Marcus Hölzl**

4773 Eggerding 60

marcushoelzl@hotmail.com

Geboren am 21. Februar 1981 in Schärding am Inn als jüngster Sohn von Theresia und Alois Hölzl. Geschwister Christian, Gerald und Manuela.

### Ausbildung

| | |
|---|---|
| *1987-1991* | Volksschule in Eggerding, Bezirk Schärding, Oberösterreich |
| *1991-1999* | Bundesgymnasium in Schärding am Inn |
| *Juni 1999* | Matura |
| *ab September 1999* | Studium der Instrumentalpädagogik Posaune am Brucknerkonservatorium Linz |
| *Juli 2000-Sept. 2001* | Absolvierung des Präsenzdienstes bei der Militärmusik Oberösterreich |
| *Juni 2003* | Abschluss des Studiums der Instrumentalpädagogik Posaune |
| *Sept. 2003-August 2004* | Tätigkeit als Musiklehrer in Entre Rios (Brasilien) |

| | |
|---|---|
| *ab Oktober 2004* | Masterstudium der Instrumentalpädagogik Posaune an der Anton-Bruckner-Privatuniversität Linz sowie Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien |
| *Februar 2007* | Abschluss des Masterstudiums der Instrumentalpädagogik Posaune an der Anton-Bruckner-Privatuniversität Linz mit ausgezeichnetem Erfolg |
| *Februar-Juni 2007* | Erasmus-Aufenthalt in Porto/Portugal |
| *seit Oktober 2007* | Tätigkeit als Lehrer für Posaune und Euphonium an der Musikschule Wien. |
| *Okt. 2007-Jänner 2010* | Tätigkeit als Assistent von Dr. Alcides Murtinheira im „Zentrum für portugiesische Sprache – Instituto Camões“ an der Romanistik Wien. |
| *April 2008* | Abschluss des Diplomstudiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien mit ausgezeichnetem Erfolg |
| *seit April 2008* | Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien |
| *Jänner 2009* | Veröffentlichung des Buches „Tibet – vom Imperium zur chinesischen Kolonie“ im Peter-Lang-Verlag |
| *seit September 2009* | Ausbildung zum diplomierten Humanenergetiker |